

FORSCHUNGEN ZUR BALTISCHEN GESCHICHTE

I
2006

Herausgegeben von

MATI LAUR und KARSTEN BRÜGGEMANN

unter Mitwirkung von

ANTI SELART, ENN KÜNG, TÖNU TANNBERG,
ÜLLE TARKIAINEN, JAAK VALGE

in Verbindung mit

TORBJÖRN ENG (Uppsala), JUHAN KREEM (Tallinn),
KONRAD MAIER (Lüneburg), ILGVARIS MISĀNS (Riga),
EVGENIJA NAZAROVA (Moskau), KATRI RAIK (Narva/Tartu),
DAVID J. SMITH (Glasgow), GVIDO STRAUBE (Riga),
KARI TARKIAINEN (Helsinki/Tartu), RALPH TUCHTENHAGEN (Hamburg),
HORST WERNICKE (Greifswald), SEPPO ZETTERBERG (Helsinki/Jyväskylä)



Forschungen zur baltischen Geschichte - Bd. 1
hrsg. von MATI LAUR und KARSTEN BRÜGGEMANN
Tartu: Akadeemiline Ajalooselts, 2006

Redaktion und Drucklegung wurden gefördert
mit Mitteln der Republik Estland
Sihifinantseerimine TFLAJ 2700

Redaktion: SIRJE TAMUL, MERIT VOORE
Historisches Institut der Universität Tartu
Ülikooli 18, Tartu, Estland, EE-50090
e-mail: sirje.tamul@ut.ee

Bestellungen und Manuskripte werden durch die Redaktion erbeten

Umschlag: IRINA TAMMIS

ISSN 1736-4132

© Akadeemiline Ajalooselts, 2006
Alle Rechte vorbehalten

Printed in Estonia

INHALT

VORWORT

AUFSÄTZE

VALTER LANG: Die Wacke im vorzeitlichen und mittelalterlichen Estland. Ein Beitrag zur Erforschung der vorzeitlichen Bodennutzung und des Steuersystems	7
ANTI SELART: Fürst Konstantin von Polock und die Geschichte Livlands im dritten Viertel des 13. Jahrhunderts	29
SULEV VAHTRE: Die Briefe an den Papst über den Estenaufstand 1343	45
IVAR LEIMUS: Die spätmittelalterliche große Wirtschaftskrise in Europa – war auch Livland davon betroffen?	56
MARGUS LAIDRE: Der Hundertjährige Krieg (1558-1660/61) in Estland	68
ENN KÜNG: Die Entwicklung der Stadt Nyen im zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts	82
TIT ROSENBERG: Die Stadt Walk/Valga im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts	108
TÖNU TANNBERG: <i>Numerus clausus</i> in der russischen Armee. Über die religiösen und nationalen Beschränkungen bei der Kompletierung der Truppen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts	125
AGO PAJUR: Die Geburt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests 1918	136
VÄINO SIRK: Züge der stalinistischen Politik in Bezug auf die estnische Bildungselite	164

MITTEILUNGEN

KARSTEN BRÜGGEMANN: Groß und Klein in der Geschichte des Ostseeraums. Konferenzbericht.	175
MATI LAUR: Dissertationen aus dem Fachbereich Geschichte der Universität Tartu seit 1991	184
TÖNU TANNBERG: Zehn Jahre „Jahrespreis für die estnische Geschichtsschreibung“ (1996–2005)	191

BESPRECHUNGEN

Narva und die Ostseeregion. Beiträge der II. Internationalen Konferenz über die politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Russland und der Ostseeregion (<i>Kari Tarkiainen</i>)	195
Страны Балтии и Россия: общества и государства (<i>Tõnu Tannberg</i>)	202
Estland und Russland. Aspekte der Beziehungen beider Länder (<i>Konrad Maier</i>)	208
Die baltischen Länder und der Norden. Festschrift für Helmut Piirimäe zum 75. Geburtstag (<i>Olaf Mertelsmann</i>)	212
Keskus – tagamaa – ääreala: uurimusi asustushierarhia ja võimukeskuste kujunemisest Eestis [Zentrum – Hinterland – Peripherie: Studien über die Entwicklung der Siedlungshierarchie und der Machtzentren in Estland] (<i>Heiki Valk</i>)	216
Eesti aastal 1200 [Estland im Jahre 1200] (<i>Anti Selart</i>)	219
Saare-Lääne piiskopkond: Artiklid Lääne-Eesti keskajast [Das Bistum Ösel-Wiek: Beiträge zum Mittelalter in Westestland] (<i>Linda Kaljundi</i>)	223
Eesti ajalugu. IV: Põhjasõjast pärisorjuse kaotamiseni [Estnische Geschichte. IV: Vom Nordischen Krieg bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft] (<i>Vello Helk</i>)	228
Mart Laar: Äratajad. Rahvuslik ärkamisaeg Eestis 19. sajandil ja selle kandjad [Die Erwecker. Die Zeit des nationalen Erwachens in Estland im 19. Jahrhundert und deren Protagonisten] (<i>Kristi Kukk</i>)	240
Jaak Valge: Lahtirakendamine: Eesti Vabariigi majanduse stabiliseerimine 1918-1924 [Abtrennung: die Stabilisierung der Wirtschaft der Republik Estland 1918-1924] (<i>Kalev Kukk</i>)	246
Magnus Ilmjärv: Hääletu alistumine [Stumme Unterwerfung] (<i>Toomas Hiio</i>)	257
Sõja ja rahu vahel. I: Eesti julgeolekupoliitika 1940. aastani [Zwischen Krieg und Frieden. I: Die estnische Sicherheitspolitik bis zum Jahr 1940] (<i>Jaak Valge</i>)	264
Carl Göran Andræ: Sverige och den stora flykten från Estland 1943-1944 [Schweden und die große Flucht aus Estland 1943-1944] (<i>Enn Küng</i>)	274

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie halten die erste Nummer der „Forschungen zur baltischen Geschichte“ in der Hand, mit denen von nun an ein breiterer Interessentenkreis sich jährlich über den Stand der baltischen Geschichtsschreibung informieren kann. Das grundsätzliche Ziel der Zeitschrift ist es, aktuelle Forschungen aus den baltischen Staaten zur baltischen Geschichte über den jeweils engen Rahmen der eigenen Sprachen Estnisch und Lettisch (oder auch Litauisch) hinaus bekannt zu machen, um damit nicht nur die innerbaltische fachliche Kommunikation zu fördern, sondern dieses Spezialgebiet auch einer breiteren regionalgeschichtlich interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Im heutigen Sprachgebrauch verbindet man mit dem Begriff „Baltikum“ zumeist die drei Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Für Historiker jedoch verweist dieses Wort in erster Linie auf die drei historischen Regionen Estland, Livland und Kurland, welche die heutigen Staaten Estland und Lettland umfassen. Die „Forschungen zur baltischen Geschichte“ konzentrieren sich auf diese Regionen, wobei Litauen natürlich spätestens im 20. Jahrhundert nicht mehr von der baltischen Geschichte zu trennen ist. In Anerkennung des Umstands, dass die Grenzen dessen, was im Deutschen mit dem noch jungen Begriff des „Baltikums“ bezeichnet wird, im historischen Raum stark variieren können, gehört die gesamte Ostseeküste von St. Petersburg bis Königsberg/Kaliningrad zum weiteren geographischen Rahmen unserer Zeitschrift. Es sei angemerkt, dass in dem für das *mental mapping* in Nordosteuropa im 20. Jahrhundert wohl einflussreichsten Dokument, dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, auch Finnland als „baltischer“ Staat bezeichnet worden ist. Nicht zuletzt die sowjetische Annektion der drei Staaten Estland, Lettland und Litauen hat demgegenüber das uns heute vertraute Bild des Baltikums entscheidend geprägt. Doch will sich diese Zeitschrift bewusst nicht auf das heutzutage in der internationalen Historiographie dominierende 20. Jahrhundert beschränken, im Gegenteil. Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis der vorliegenden ersten Nummer belegt, dass von der Vorzeit bis zur Sowjetzeit alle historischen Perioden vertreten sind.

Die Veröffentlichung dieser Zeitschrift in deutscher Sprache folgt einer historischen Tradition, da ja ein Großteil sowohl des Quellenbestands als auch der Historiographie zur im engeren Sinne „baltischen“ Geschichte bis weit in das 20. Jahrhundert hinein deutschsprachig ist. Die heutige Geschichtsschreibung in Estland und Lettland (sowie in Litauen) hat aufgrund der Sprachbarriere nur einen engen Leserkreis, was nicht nur die Rezeption ihrer Ergebnisse außerhalb des Baltikums verhindert, sondern auch die intradisziplinäre Kommunikation selbst zwischen den Kolle-

gen beeinträchtigt, die über ein- und dasselbe Thema forschen. Als *lingua franca* unter den Kollegen gilt im Übrigen nach wie vor das Deutsche.

Trotz vielfältiger Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen in Riga im Vorfeld dieser Edition bietet die erste Nummer der „Forschungen zur baltischen Geschichte“ überwiegend Beiträge aus estnischer Feder. Die Seiten unserer Zeitschrift sind aber grundsätzlich für Arbeiten aus allen Nachbarländern offen. Wie die Zusammensetzung des Redaktionskollegiums eindrucksvoll dokumentiert, handelt es sich bei den „Forschungen“ nicht um einen estnischen Alleingang, auch wenn die Initiative (und das Gros der Mitarbeiter) aus der Historischen Abteilung der Universität Tartu stammt. Die Herausgeber halten die Heranziehung von Fachkollegen aus den Nachbarländern für eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Hier ist in erster Linie auch an den Rezensionsteil gedacht, der in Zukunft über die neuesten Publikationen zur baltischen Geschichte zumindest in allen drei Baltischen Staaten informieren soll. In diese Nummer sind bereits Besprechungen von Büchern aus der Bundesrepublik Deutschland, Schweden sowie der Russischen Föderation eingeflossen. Dies zeigt, dass baltische Geschichte einen wesentlichen regionalen Aspekt der Geschichte des Ostseeraums und damit ganz Europas darstellt. Möge unsere Neugründung einen entsprechenden Resonanzrahmen finden.

Zu danken ist dem Wissenschaftsfonds der Republik Estland, der Akademischen Historischen Gesellschaft, der Universität Tartu und dem Narva Kolleg der Universität Tartu. Für die Übersetzung schulden wir folgenden Damen und Herren verbindlichen Dank: Anu Aibel-Jürgenson, Kaie Kukk, Marju und Olaf Mertelsmann, Natalja Schönfeld (Zusammenfassungen), Kai Tafenau und Tea Vassiljeva. Für das Layout und die optische Gestaltung dieses Jahrbuchs bedanken wir uns bei Irina Tammis und Meelis Friedenthal.

Zu danken ist auch den Autoren der hier publizierten Beiträge, die bei eiligen Übersetzungsproblemen stets mit Rat und Tat bereit standen, sowie den Redaktionen der Periodika, denen diese Texte entnommen wurden.

Abschließend sei unserer Leserschaft anregendes Vergnügen bei der Lektüre der Texte gewünscht; wie jedes neue Projekt kommt auch dieses sicherlich nicht fehlerfrei daher. Gelohnt hat sich der Einsatz, so finden wir, allemal. Für Anregungen und Kritik ist die Redaktion natürlich jederzeit dankbar, denn die Planungen für die nächste Nummer sind bereits im vollen Gange.

TARTU UND HAMBURG, IM MÄRZ 2006

MATI LAUR
KARSTEN BRÜGGEMANN

Die Wacke im vorzeitlichen und mittelalterlichen Estland. Ein Beitrag zur Erforschung der vorzeitlichen Bodennutzung und des Steuersystems*

VON VALTER LANG

Die Forscher sind sich bisher einig gewesen, dass die Verwaltungsstruktur in Estland am Ausgang der Frühzeit die Ebenen des Dorfes, des Gaus und der Landschaft umfasst hat. Hinsichtlich der Probleme der Einzelhöfe und vorzeitlichen Gutshöfe sowie insbesondere in Bezug auf die Frage, ob zwischen Dorf und Gau noch irgendein Zwischenglied existierte, hat es jedoch Meinungsverschiedenheiten gegeben. In den schriftlichen Quellen liegen zu dieser eventuellen Zwischenebene keine eindeutig auslegbaren Mitteilungen vor, was zu den unterschiedlichen Auffassungen in der Forschung geführt hat.

* Unterstützt durch den Estnischen Wissenschaftsfond (ETF grant 6451). Vgl. VALTER LANG: Vakus ja linnusepiirkond Eestis. Lisandeid muistse haldusstruktuuri uurimisele peamiselt Harjumaa näitel [Wacke und Burgbezirk in Estland. Beiträge zur Forschung der frühzeitlichen Verwaltungsstruktur, hauptsächlich auf dem Beispiel Harriens], in: Keskus – tagamaa – ääreala. Uurimusi asustushierarhia ja võimukeskuste kujunemisest Eestis [Zentrum – Hinterland – Peripherie: Studien über die Entwicklung der Siedlungshierarchie und der Machtzentren in Estland], hrsg. von DEMS., Tallinn, Tartu 2002 (Muinasaja teadus 11), S. 125–168. Im Aufsatz werden die folgenden estnischen Ortsnamen benutzt: Alu/Allo; Ämari/Habbinem; Angerja/Angern; Aruküla/Arro; Aude/Audae; Hageri/Haggers; Harjumaa/Harrien; Harku/Hark; Hatu/Hattoküll; Hiietse/Hietagga; Iira/Ira; Jaanika/Janik; Jalase/Jallas; Järvamaa/Jerwen; Kabila/Kappel; Keo/Keoküll; Kernu/Kirna; Kohatu/Kohhat; Kohila/Koil; Kõmmaste/Kemnast; Kõrgu/Kuirgo; Kulna/Kuldna; Kurkse/Kurks; Käkiküla/Kaebi; Lagedi/Laakt; Laitse/Laitz; Lehetu/Lehhet; Lehola/Lehhola; Lihula/Leal; Lipa/Lippe; Lohu/Loal; Määra/Maeraküll; Mäeküla/Mähküll; Mälivere/Meliwer; Mõnuste/Mõnnuste; Munalaskme/Munnalas; Mustu/Musta; Nahkjala/Nahkülla; Nurme/Nurms; Odulemma/Odolema; Ohtu/Ocht; Oru/Orrenhof; Paeküla/Paeküll; Pajaka/Pajak; Palamulla/Pallamulla; Palmse/Palms; Pirita/Brigitten; Purku/Burko; Rabivere/Rabbifer; Rahula/Rahhola; Raikküla/Rayküll; Raka/Rakka; Ranna/Rannaküll; Rävvala/Revele; Riisipere/Riesenberg; Ristiküla/Kreuz; Ruila/Ruil; Sikeldi/Siklecht; Suurküla/Suurkülla; Tallinn/Reval; Tohisoo/Tois; Tõrma/Tuirma; Ubasalu/Ubbasalo; Väikeküla/Weikekülla; Väo/Fäht; Vardi/Schwarzen; Varese/Warese; Vasalemma/Wassalem; Vihasoo/Wigaso; Vihterpalu/Wichterpal; Viruküla/Wiru; Virumaa/Wierland. Vgl. Baltisches historisches Ortslexikon, Teil 1: Estland (einschliesslich Nordlivland), bearb. von GERTRUD WESTERMANN, Köln, Wien 1985 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte 8/1).

Bei der Untersuchung dieser Frage haben sich die Historiker und Archäologen hauptsächlich auf die Analyse der Bedeutung der Begriffe „Mark“, „Wacke“ und *terra* konzentriert. Nach Ansicht von Paul Johansen¹ stellte *terra* das Zwischenglied zwischen Dorf und Gau dar, das inhaltlich entweder mit dem Begriff der Mark oder dem der Wacke übereinstimmte und im Estnischen mit *vald* bzw. *aru* (*arwe*) bezeichnet worden sei. Arvi Korhonen² war der Auffassung, dass die Institution der Wacke in Estland von den Wikingern eingeführt worden sei, wie dies zur gleichen Zeit auch in der nordwestlichen Rus' und in Lettland erfolgte. Harri Moora und Herbert Ligi³ dagegen waren überzeugt, dass die Wacke als Steuerbezirk schon vor der Wikingerzeit auf örtlicher Basis entstanden sei. Die zuletzt genannten Forscher brachten dies in erster Linie mit der Herausbildung der Burgen und Burgbezirke ab Mitte des 1. Jahrtausends n. Chr. in Verbindung, indem sie als Begründung vorbrachten, dass für den Bau der mächtigen Wehrbauten eine Zusammenarbeit größerer Menschengruppen organisiert werden musste. Auch Evald Tõnisson⁴ vertrat eine ähnliche Auffassung und meinte, dass das in den schriftlichen Quellen des 13. Jahrhunderts verwendete Wort *terra* eben die Burgbezirke bezeichnete und „Landschaft“ eher eine Ansammlung dieser Bezirke (*terrae*) und nicht der Gauen bedeutete. Enn Tarvel⁵ aber geht davon aus, dass der Ausdruck *terra* in den Quellen sowohl in Hinsicht auf die – im Vergleich zu den Gauen – größeren (und allgemeineren) Gebilde wie auch der kleineren verwendet wird, und es daher

¹ PAUL JOHANSEN: Siedlung und Agrarwesen der Esten im Mittelalter. Ein Beitrag zur estnischen Kulturgeschichte, Dorpat 1925 (Verhandlungen der gelehrten Estnischen Gesellschaft 23), S. 4.

² ARVI KORHONEN: Vakkalaitos. Yhteiskuntahistoriallinen tutkimus [Die Wackeninstitution. Eine gesellschaftsgeschichtliche Untersuchung], Helsinki 1923 (Historiallisia tutkimuksia 6). Vgl. HEINZ VON ZUR MÜHLEN: Die mittelalterliche Agrarstruktur Alt-Livlands im ostmitteleuropäischen Vergleich, in: Muinasaja loojangust omariikluse läveni. Pühendusteos Sulev Vahtre 75. sünnipäevaks [Vom Untergang der Vorzeit bis zur Schwelle der Eigenstaatlichkeit. Festschrift für Sulev Vahtre zum 75. Geburtstag], hrsg. von ANDRES ANDRESEN, Tartu 2001, S. 123-145, hier S. 124f.

³ HARRI MOORA, HERBERT LIGI: Wirtschaft und Gesellschaftsordnung der Völker des Baltikums zu Anfang des 13. Jahrhunderts, Tallinn 1970, S. 68-73.

⁴ EVALD TÕNISSON: Viron yhteiskuntajärjestelmä ja muinaislinnat 1100–1200-luvuilla [Die Gesellschaftsordnung und die Wallburgen in Estland im 12.-13. Jahrhundert], in: Suomen varhaishistoria [Die Frühgeschichte Finnlands], hrsg. von KYÖSTI JULKU, Rovaniemi 1992 (Studia Historica Septentrionalia 21), S. 595-604; DERS.: Die Wallburg Warbola – ein Zentrum im westlichen Estland. Aspekte zur militärischen, politischen und sozialen Funktion, in: Europeans or Not? Local Level Strategies on the Baltic Rim 1100-1400 AD, hrsg. von NILS BLOMKVIST, SVEN-OLOF LINDQUIST, Visby 1999 (CCC Papers 1), S. 173-184.

⁵ ENN TARVEL: Ühiskondlikud suhted II aastatuhande algul [Die gesellschaftlichen Beziehungen am Anfang des 2. Jahrtausends], in: Eesti talurahva ajalgu [Geschichte des estnischen Bauerntums], Bd. 1, hrsg. von JUHAN KAHK u.a., Tallinn 1992, S. 116-126, hier S. 124f.

keine Grundlage gibt, ihn direkt mit der Wacke in Zusammenhang zu bringen. Diese, die in den schriftlichen Quellen erstmals 1341 und 1403 erwähnt wird, sei erst dem Mittelalter zuzurechnen; die frühesten Hinweise auf die Institution der Wacke könne man erst aus dem Vertrag von 1241 zwischen den Öselern und dem Deutschen Orden herauslesen.⁶

Im Jahre 1996 habe ich die Hypothese aufgestellt, dass die mit der Wacke vergleichbare Institution (im Sinne des Steuerbezirks) tatsächlich schon sehr alt sein kann, da sie zumindest in Nordestland bis an den Beginn der Eisenzeit bzw. sogar bis in die späte Bronzezeit zurückzuverfolgen ist.⁷ Diese Meinung beruhte sowohl auf der Analyse des Fundmaterials der Grabstätten wie auf der Untersuchung der Bodennutzungssysteme und der Eigentumsverhältnisse, die zeigten, dass erstens von der späten Bronzezeit bzw. spätestens von der Eisenzeit an der bebaute Boden Gegenstand der Besteuerung⁸ geworden war, und zweitens sich zur gleichen Zeit die Bezirke dort herauszubilden begannen, wo es nur eine wohlhabende Siedlungseinheit (Bauernhof) neben anderen gewöhnlichen gab. Dieses so genannte System eines dominierenden Bauernhofs hat sich vermutlich hauptsächlich aufgrund der Existenz einer Steuerordnung herausbilden können, durch die ein gewisser Teil der Produktion der umliegenden Bauernhöfe einem Zentrum zugeführt wurde. Von der späten Bronzezeit an bis zur römischen Eisenzeit waren solche Systeme relativ groß, sodass sie 100-200 km² umfassen konnten, um das 4. Jahrhundert n. Chr. jedoch zersplitterten sie in kleinere Gebiete mit einer Fläche von etwa 40-60 km².⁹ Ob und inwieweit die erwähnten Systeme mit den aus dem Mittelalter bekannten Wacken verbunden waren, musste 1996 – nur auf Grundlage des archäologischen Materials – unklar bleiben.

Der vorliegende Beitrag setzt sich zum Ziel, die Frage der Wacken sowohl auf Grundlage des archäologischen Materials als auch der schriftlichen Quellen zu analysieren. Die Wacken werden im Folgenden ausschließlich als Steuerbezirk betrachtet, da sich deren weitere wichtige Funktion – die Gastung bzw. der Wackenschmaus – auf der Grundlage des archäologischen Materials nicht beobachten lässt. Bei der Betrachtung

⁶ MOORA, LIGI, *Wirtschaft* (wie Anm. 3), S. 71; ENN TARVEL: *Die Wackeninstitution in Estland im 13.-17. Jahrhundert*, in: *Europeans or Not?* (wie Anm. 4), S. 285-292, hier S. 291.

⁷ VALTER LANG: *Muistne Rävola. Muistised, kronoloogia ja maaviljelusliku asustuse kujunemine Looode-Eestis, eriti Pirita jõe alamjooksu piirkonnas* [Frühzeitliches Revele. Denkmäler, Chronologie und die Herausbildung der landwirtschaftlichen Siedlung in Nordwestestland, vor allem am Unterlauf des Brigittenbaches], Bd. 1-2, Tallinn 1996, S. 458-482 (Bd 2).

⁸ Unter „Besteuerung“ wird hier sowie auch in der letztgenannten Publikation das breiteste Spektrum von Verpflichtungen gemeint, von Erfüllung der öffentlichen Pflichten bis zu Naturalabgaben und Buntmetall. Der Beginn der Abgabepflicht der gemeinen Mitglieder einer Gesellschaft gegenüber den Häuptlingen ist schon in der Zeit der Jäger und Sammler zu vermuten.

⁹ LANG, *Muistne Rävola* (wie Anm. 7), S. 482.

tung der Frage der vorzeitlichen Wacken ist von entscheidender Bedeutung der Vergleich des Grundbesitzes im 13. Jahrhundert sowie der in den ältesten Wackenbüchern aufgezählten Wacken mit den im *Liber Census Daniae* (LCD)¹⁰ angeführten Angaben zur Gruppierung der Dörfer auf der Grundlage der Hakenzahl, aber ebenfalls mit dem archäologischen Material über das Siedlungsbild in den verschiedenen Phasen der Vorzeit. Unter Berücksichtigung des vorhandenen Materials werden im Folgenden hauptsächlich das vorzeitliche Harrien und in gewissem Maße auch das angrenzende Revele betrachtet.

*

Das Wesen der Wacke wird von Balthasar Russow, dem Revaler Chronisten des 16. Jahrhunderts, wie folgt beschrieben:

„Mit den Lyfflendischen Wacken, aerst erholdt ydt sick also, dath aller Herrn vnde Edellüde Dörper in Wacken gedelet sint, der groten vnde vermögenen Dörper, sint ein edder twe in einer Wacken, vnde der geringen vnde vnuormögenen sint mehr thosamende vorordenet, dath also ein yglicker Herr vnde Eddelman na antal syner Dörper etlike Wacken gehaft hefft, vnd ein yglicke Wacken müste dem Hern edder dem Junckern jarlicks ein statlich Gasteboth vthrichten, dar sick denn alle die Buren vnde Landfryen de tho der Wacken gehöreden, ock hen vorfögen musten, dem Hern edder dem Junckern, synen Jahrliken tinsse vnde Tribut tho erleggende [...] vnde also de Tinsse erlecht was, hefft man do angefangen tho schlömen vnde tho dömen nach allem vormöge.“¹¹

Aus dieser Beschreibung gehen drei wesentliche Merkmale der Wacke hervor: 1. ein festes Territorium bzw. der Wackenbezirk, 2. die Entrichtung von Steuern (wozu in Wirklichkeit noch die Gerichtsbarkeit hinzukam) – somit das Wackenrecht, und 3. der Wackenschmaus bzw. die Gastung des Steuereintreibers auf Kosten der Steuerpflichtigen.

Die Wackenbezirke waren in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts von recht unterschiedlicher Größe: in der Umgebung von Reval umfassten sie durchschnittlich 35 Haken, auf den Inseln 15, in Westestland an manchen Orten 50, in Jerwen und in der Gegend von Leal aber sogar einige hundert Haken. Die Zahl der Dörfer in einer Wacke belief sich etwa in Jerwen auf 5-15. Die Wacke bildete in der Regel eine territoriale Einheit, da keine zuverlässigen Mitteilungen darüber vorliegen, dass ein getrennt liegender Bauernhof oder ein Dorf zu einer Wacke gehört hätte, zu der keine direkte geographische Verbindung bestand.¹² Zwar konnte es solche Siedlungseinheiten geben, die zu keiner Wacke gehörten. Der Wackenbezirk war relativ beständig, zumindest in jener Zeit, aus der schriftliche Mitteilungen vorliegen. Änderungen wurden hauptsächlich

¹⁰ Siehe PAUL JOHANSEN: Die Estlandliste des Liber Census Daniae, Kopenhagen, Reval 1933.

¹¹ BALTHASAR RUSSOW: Chronica der Prouintz Lyfflandt, in: Scriptores rerum Livonicarum, Bd. 2, Riga, Leipzig 1848, S. 1-194, hier S. 42.

¹² KORHONEN, Vakkalaitos (wie Anm. 2), S. 111f.

aus zwei Gründen vorgenommen: Zum einen wurden kleinere frühere Wacken zu größeren Einheiten vereinigt, wenn sich ein Bezirk ruinierte oder ruiniert wurde. Zum anderen konnte es passieren, dass ein Dorf getrennt von der Wacke veräußert wurde.¹³ Die Wacke wurde nach deren größtem Dorf oder einfach nach einem wohlhabenden Dorf benannt, gelegentlich bezeichnete der Name der Wacke zugleich sowohl das Dorf wie die Wacke, zuweilen hatte die Wacke mehrere Namen.

Korhonen und nach ihm auch Tarvel¹⁴ haben betont, dass die Wacke nicht mit der Bodennutzung und dem Grundbesitz in Zusammenhang stand. Das Dorf habe mit seinen Allmenden und Grenzen ein Ganzes gebildet, von den Allmenden und Grenzen der Wacke sei jedoch nirgends die Rede. Siedlungsgeschichtliche Beziehungen zwischen den verschiedenen Dörfern einer Wacke ließen sich nicht feststellen. Die zuletzt genannte Schlussfolgerung ist jedoch an sich äußerst fraglich, da weder Korhonen noch jemand anderer siedlungsgeschichtliche Untersuchungen zur Klärung dieser Frage durchgeführt hat. Bei Einzelhöfen auf dem lettischen Territorium Livlands verhielt sich die Lage anders – da konnte der Begriff der Wacke (*pagasts*) mit dem des Dorfs sowohl im Sinne des Grundbesitzes wie der Gemeinde übereinstimmen, d.h. die Wacke hatte ihre Grenzen und Allmenden, wie das anderswo auch für das Dorf charakteristisch war. Korhonen zufolge handelte es sich dabei um eine Nuance, die in späterer Zeit die Bedeutung der Wacke ergänzt habe, doch hat er diese These nicht ausreichend begründet. Wie weiter unten ersichtlich sein wird, kann dies tatsächlich eine uralte und primäre Relevanz haben, die sich bis zum Mittelalter nur dort erhalten hat, wo auch die Einzelhofsiedlung erhalten geblieben war. Es sei noch hinzugefügt, dass ursprünglich nur die Hakenbauer zur Wacke gehörten und alle Steuern bzw. der Großteil der jeweiligen Steuern nach Haken berechnet wurden, ungeachtet dessen, wie viele Bauernhöfe es in der betreffenden Wacke tatsächlich gab.¹⁵

Im Unterschied zur Wacke regelte die Mark die Bodennutzung. Die Mark gehörte der ganzen Dorfgemeinde, allerdings schweigen die mittelalterlichen schriftlichen Quellen darüber, wie sie funktionierte.¹⁶ Nach Ansicht von Johansen wurde die Mark im Estnischen mit den Wörtern *aru* bzw. *arwe* bezeichnet, welche sogar ins örtliche Niederdeutsche übernommen worden seien, auch wenn man meistens die Ausdrücke *samende marke*, *samtheit* usw. benutzt habe.¹⁷ Tarvel war der Ansicht, dass mit den Wörtern *aru* und *arwe* die Flurstücke eines Bauernhofes innerhalb des Dorffeldes bezeichnet wurden.¹⁸ Aus den von Johansen angeführten Bei-

¹³ Ebenda, S. 113f.

¹⁴ Ebenda, S. 119-121; TARVEL, Wackeninstitution (wie Anm. 6), S. 291.

¹⁵ KORHONEN, Vakkalaitos (wie Anm. 2), S. 163.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ JOHANSEN, Siedlung (wie Anm. 1), S. 41f.

¹⁸ ENN TARVEL: Talu ja küla [Hof und Dorf], in: Eesti talurahva ajalugu (wie Anm. 5), S. 180-196, hier S. 184f.

spielen geht jedoch hervor, dass dieser Terminus auch die Ansammlung von mehreren Dörfern beinhaltete.

Diese Ansammlung von mehreren Dörfern wird Großmark genannt. Während in der Dorfmark die Bauernhöfe als Subjekt der Bodennutzung galten, waren es in der Großmark die Dörfer – je nach ihrer Größe. Nach Ansicht von Johansen wurde der Nutzungsanteil der Dörfer in der Großmark anhand deren Hakenzahl ermittelt: Wenn ein Dorf über etwa 20 und das andere über 10 Haken verfügte, so hatte demnach das Erstere auch zwei Mal mehr Nutzungsrecht am Gemeindeboden als das Letztere.¹⁹ Zugleich machte Johansen darauf aufmerksam, dass im LCD die Hakenzahlen der Nachbardörfer in vielen Fällen entweder völlig gleich sind oder zumindest einen gemeinsamen Nenner haben, was eben darauf hinweise, dass die betreffenden Dörfer zur Gemeindemark gehört hätten. Sowohl im vorzeitlichen Revele wie in Wierland sind die Dorfgruppen, die auf der Grundlage der Hakenzahlen gebildet worden waren, die einen gemeinsamen Nenner hatten, in der Landschaft recht gut erkennbar.²⁰ Die Zahl der Dörfer in diesen Gruppen schwankte in Revele in der Regel zwischen 3 und 6, wobei sie sich in einem (einigermaßen fraglichen) Ausnahmefall bis auf 15 belief.²¹ Die Hakenzahlen der zu den benachbarten Gruppen gehörenden Dörfer hatten einen unterschiedlichen Nenner, was die Unterscheidung dieser Gruppen überhaupt erst möglich machte. Die Größe mehr oder weniger fester und relativ klar umrissener Gruppen (13) in Haken reichte von 25 bis 56, durchschnittlich betrug sie 38,8 Haken.

Warum nutzte eine gewisse Anzahl von Dörfern eine Hakenzahl, die einen gemeinsamen Nenner hat? Johansens Erklärung, der zufolge dies notwendig war um den Dörfern zur Bewirtschaftung des Gemeindebodens das Nutzungsrecht einzuräumen, ist nicht überzeugend. Wenn die Bewohner von Vão, Uusküla und Lagedi im 15. Jahrhundert die Gemeindewiesen etwa so nutzten, dass Vão im ersten, Uusküla im zweiten, die eine Hälfte von Lagedi im dritten und die andere Hälfte von Lagedi im vierten Jahr sie bewirtschafteten,²² so war die Hakenzahl dieser Nutzungsanteile gar nicht völlig gleich – nach den Angaben im LCD betrug sie jeweils 13, 16 und 23 Haken.²³ Hakenzahlen, die einen gemeinsamen Nenner haben, erleichtern zwar die Nutzung des Gemeindebodens der betreffenden Dörfer, sind jedoch nicht dringend erforderlich. Es wäre

¹⁹ JOHANSEN, Siedlung (wie Anm. 1), S. 40; JOHANSEN, Estlandliste (wie Anm. 10), S. 223-225.

²⁰ LANG, Muistne Rävåla (wie Anm. 7), S. 375-377; VALTER LANG: Keskusest ääremaaks. Viljelusmajandusliku asustuse kujunemine ja areng Vihasoo-Palmse piirkonnas Virumaal [Vom Zentrum zur Peripherie. Entstehung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Siedlung im Gebiet Wigaso-Palms in Wierland], Tallinn 2000 (Muinasaja Teadus 7), S. 267-285.

²¹ LANG, Muistne Rävåla (wie Anm. 7), Abb. 142-145

²² JOHANSEN, Siedlung (wie Anm. 1), S.38.

²³ Vão, Uusküla und Lagedi hatten im 15. Jahrhundert entsprechend 13, 20 und 29,5 Haken. Siehe JOHANSEN, Estlandliste (wie Anm. 10), S. 659, 634-635, 468f.

weitaus einfacher und objektiver gewesen, die Bodennutzung anhand der Zahl der Menschen, der Zahl der Bauernhöfe oder Ähnlichem zu ermitteln, da diese sich ständig verändernden Kennzahlen die wirkliche Lage erheblich besser widerspiegeln. Es verhielt sich aber wiederum anders, wenn es um die Besteuerung innerhalb eines bestimmten Bezirks ging: Es lag ja in jedermanns Interesse genau festzulegen, einen wie großen Anteil er an der Gesamtsteuer, an den Abgaben oder an den Gemeinwohlverpflichtungen des Gemeindesteuerbezirks zu leisten bzw. wahrzunehmen hatte. Hierbei war der gemeinsame Nenner tatsächlich vonnöten, denn es musste festgelegt werden, wie viel Anteile an der eingeforderten Abgabe das eine, zweite oder dritte Dorf zu leisten hatte. Es ist wichtig zu betonen, wie notwendig die Existenz der Gemeindesteuer für einen bestimmten kleineren Bezirk war. Wären Steuern zu gleichen Teilen etwa auf dem Territorium eines Gaus oder einer Landschaft eingetrieben worden, hätte man solche Kleinbezirke voneinander nicht unterscheiden können. Durch die Verwendung der Abstraktion 'Haken' konnten zugleich auch sonstige Einnahmen berücksichtigt werden, welche die eine oder die andere Siedlungseinheit etwa nur aufgrund ihrer günstigen Lage in Hinsicht auf die Handelswege, Jagd- oder Fanggründe bezog.

Wenn die oben angeführte Erklärung stichhaltig ist, so wird es sich bei den Dorfgruppen, die sich nach Angaben im LCD in der Landschaft abzeichnen, wohl um vorzeitliche Wacken handeln.²⁴ Hierbei sind jedoch ergänzende Argumente für oder gegen diese These zu finden. Wenn die im LCD genannten Dorfgruppen tatsächlich mit den ab dem Mittelalter bekannten Wacken verbunden waren, dann müssten sie auch mit der Landschaft in gewissem Maße übereinstimmen. Natürlich kann hierbei keine vollständige Übereinstimmung vorausgesetzt werden, da im Laufe der dazwischen liegenden Jahrhunderte Änderungen hinsichtlich der Grenzen der eventuellen Wackenbezirke vorgenommen worden sind. Außerdem ist die Bestimmung der vorzeitlichen Wacken nur auf der Grundlage der im LCD aufgeführten Haken oft dadurch erschwert, dass diese Urkunde an vielen Stellen Lücken aufweist: Auch wenn nur eine Stelle ausgelassen ist, wird das System der Berechnung der Haken der ganzen näheren Umgebung zwangsläufig unverständlich. Gewisse Übereinstimmungen in Hinsicht auf die durchschnittliche Größe (die Anzahl von Dörfern und Haken) sowie auf die Lage in der Landschaft der mittel- und vorzeitlichen Wacken müssten sich jedoch zeigen.

*

Da frühe, aus dem 15.-16. stammende Wackenbücher nur in geringer Zahl erhalten sind und sich der Großteil davon nicht in Estland befindet, kann hier nur eine stichprobenartige Übersicht über einige Bezirke gegeben werden. Eine solche Quelle ist das 1564-1565 erstellte Wackenbuch „Har-

²⁴ LANG, Keskusest ääremaaks (wie Anm. 20), S. 284.

rien. Ruigel. Fegefewr och Harcko Lähn“.²⁵ Darin sind die Verzeichnisse der Dörfer sowie der Einzelhöfe der Wacken Lohu, Mustu, Kustja und Laitse aufgeführt. Bei der Lokalisierung dieser Wacken in der Landschaft tauchten zwar Schwierigkeiten auf, die Umriss der ehemaligen Wacken werden von den identifizierten Siedlungseinheiten jedoch recht gut markiert. Die in der Abbildung dargestellten Grenzen der Wacken sind natürlich sozusagen mit freier Hand gezeichnet; berücksichtigt wurde die Lage des Dorfes in der Landschaft, nicht aber die Ausdehnung des Dorfgebietes hinsichtlich nicht landwirtschaftlich genutzter Flächen. Um Verwirrung zu vermeiden sind die Namen der mittelalterlichen Wacken bei der erstmaligen Erwähnung durch Fettdruck hervorgehoben, die hierbei verwendeten Namen der vermutlichen vorzeitlichen Wacken sind unterstrichen; die Kursivschrift verwende ich für die im Wackenbuch und im LCD gebräuchliche Namensform.

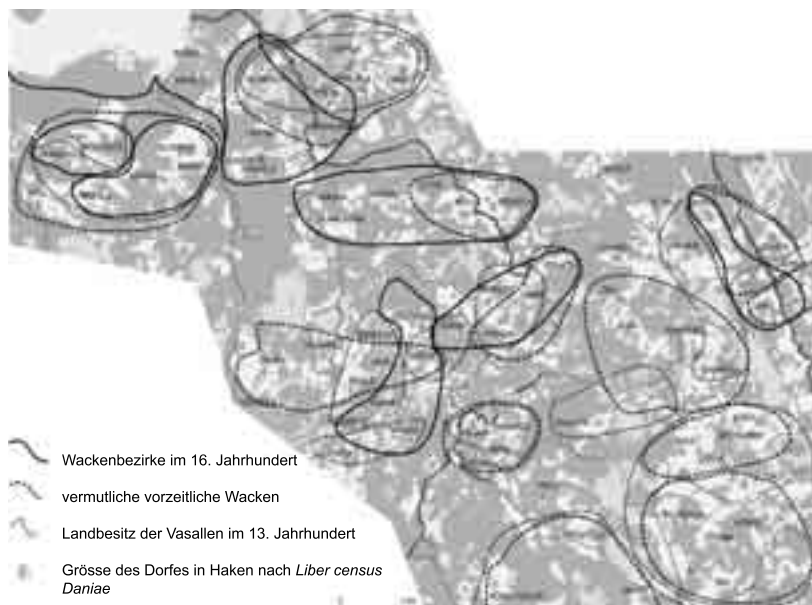
Die vermutlichen vorzeitlichen Wacken sind auf der Grundlage der im LCD fixierten Hakenzahlen bestimmt worden. Als vorzeitliche Wacke wird ein kompakter Bezirk bezeichnet, dessen Siedlungseinheiten entweder die gleiche Hakenzahl hatten oder deren Hakenzahl einen gemeinsamen Nenner hatte. So bildeten etwa Laitse, Ruila und Aruküla eine Wacke, da deren Hakenzahlen (15, 15, 5) den gemeinsamen Nenner fünf hatten und sie geographisch ein einheitliches Gebiet bildeten. Eine Wacke bildeten aber offensichtlich auch solche Dorfgemeinschaften, wo die Hakenzahl des größten Dorfes derjenigen der nächsten Nachbardörfer entsprach: Lipa (7) und Keo (3) etwa waren zusammen gleich groß wie ihr Nachbar Purku (10). Manchmal unterscheiden sich die Hakenzahlen der Nachbardörfer um plus/minus einen Haken – diesen Fehler, der durch die Abrundung der betreffenden Zahlen entstanden ist, hatte schon Johansen berücksichtigt.²⁶ Um eine ähnliche Abrundung handelt es sich auch in den Fällen, bei denen grundsätzlich Bruchzahlen, die man aber nicht kennt, vonnöten wären. So werden Sikeldi (9), Kõrgu (9), Palamulla (5), Tõrma (4) und Iira (13) offensichtlich zusammengehört haben, wobei der gemeinsame Nenner entweder 4 oder 5 (oder 4,5) ist. Es muss betont werden, dass die vermutlichen vorzeitlichen Wacken, die sich durch solche Berechnungen ergeben haben, in vielen Fällen hypothetisch bleiben und in so manchem Fall auch alternative Möglichkeiten der Grenzziehung gefunden werden können.

*

Zur Wacke **Lohu** gehörten im dritten Viertel des 16. Jahrhunderts die Dörfer: *Melleuerby*/Mälivere, *Loalby*/Lohu, *Tõyhesaby*/Tohisoo, *Kasoby*/

²⁵ Eesti Ajalooarhiiv [Estonisches Historisches Archiv, EAA] Bestand 1, Findbuch 2, Akte 931.

²⁶ JOHANSEN, Siedlung (wie Anm. 1), S. 40f.

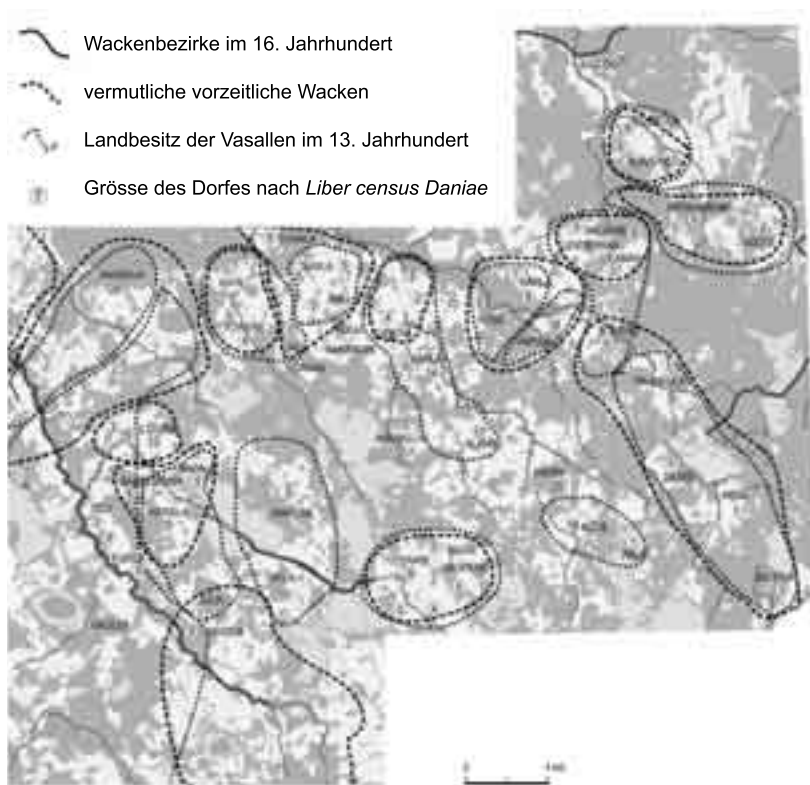


– **Abb. 1.** Die Wackenbezirke im westlichen Teil Harriens und im südwestlichen Teil Reveles.

Kasu, *Aru*, *Tammreküllby* (ein Einzelhof in der Umgebung von Mälivere und Lohu) sowie weitere Einzelhöfe dieses Bezirks (Abb. 1-2). Insgesamt gab es in der Wacke Lohu 10 Siedlungseinheiten (davon 4 Einzelhöfe) mit 29 Haushalten (darunter 20 Hakenhöfe) und 34,5 Haken. Im LCD sind aus dieser Gegend folgende Ortschaften aufgeführt: Kasu (12 Haken), Kohila (24), Tohisoo (16), Lohu (27) sowie das etwas ferner gelegene Angerja (25). Es kann die Existenz von zwei vorzeitlichen Wacken angenommen werden: 1) Kohila, Kasu, Tohisoo ($24+12+16 = 52$) sowie 2) Lohu und Angerja ($27+25 = 52$).

Darauf, dass Angerja und Lohu in der Vorzeit zum Gemeindebesitz gehörten, weist außer der Hakenzahl noch die Tatsache hin, dass im zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts ein Teil beider Dörfer (von Lohu vier und Angerja acht Haken) dem Vasallen Hænrich fan Anger gehörte, einem Adligen aus dem Dorf Angerja, der offensichtlich estnischer Herkunft war.²⁷ Der andere Teil beider Dörfer gehörte dem dänischen König, dessen Landbesitz sich jedoch auch noch weiter in den Südosten erstreckte. Außerdem besaß der Vasall Ludolf in Angerja fünf Haken. Von der anderen vermutlichen vorzeitlichen Wacke, der Wacke Kohila, wurde ein Teil dem Vasallen Hælf als Lehen gegeben – ganz Kasu, ein Teil (14 Haken) von Kohila, außerdem noch Hageri (6) sowie Väike- und Suurküla von Rabivere (*Kyuzæl*, 15). Der andere Teil von Kohila und die

²⁷ MOORA, LIGI, Wirtschaft (wie Anm. 3), S. 87-89.



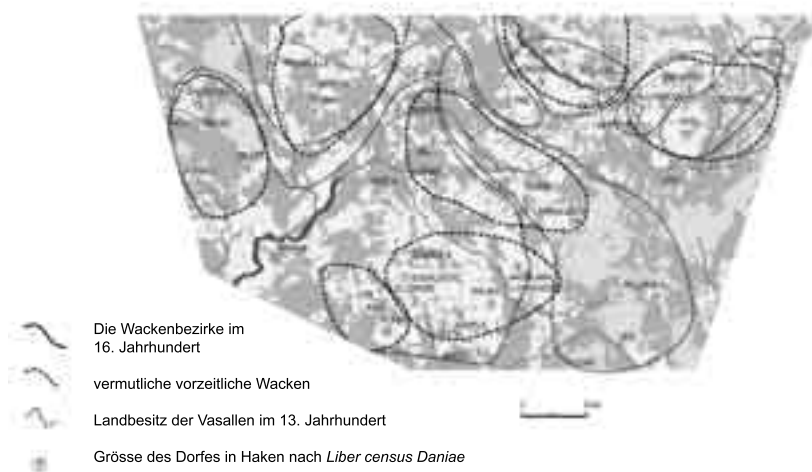
– **Abb. 2.** Die Wackenbezirke im mittleren und östlichen Teil Harriens.

Hälfte von Tohisoo wurden dem Vasallen Hermann, die andere Hälfte von Tohisoo aber dem Vasallen Æuerard übergeben.

Wenn die Übereinstimmungen zwischen den vermutlichen vorzeitlichen Wacken, dem Grundbesitz des zweiten Viertels des 13. Jahrhunderts und den Wacken des 16. Jahrhunderts hier auch nicht groß sind, so sind sie doch vorhanden. Es hat den Anschein, dass ein Teil der vorzeitlichen Wacke Lohu nach der Eroberung ihrem ehemaligem vermutlichem Besitzer fan Anger überlassen, der größte Teil davon aber veräußert wurde. Die vorzeitliche Wacke Kohila wurde jedoch unter drei Vasallen aufgeteilt.

In der Wacke **Mustu**²⁸ befanden sich im 16. Jahrhundert folgende Dörfer und Einzelhöfe: *Mustaby*/Mustu, *Normeby*/Nurme, *Rauelby*/Rahula, *Warresby*/Varese, *Oudaby*/Aude, *Suurmets*, *Janick*/Jaanika, *Wisu*/Viisu, *Yriamæ*/Ûrjaste bzw. Ûrjapea, *Oddemoolby*/Odulemma, *Saita*/Saida und *Tammepaio* (?) (Abb. 1). Insgesamt gab es in der Wacke zwölf Siedlungs-

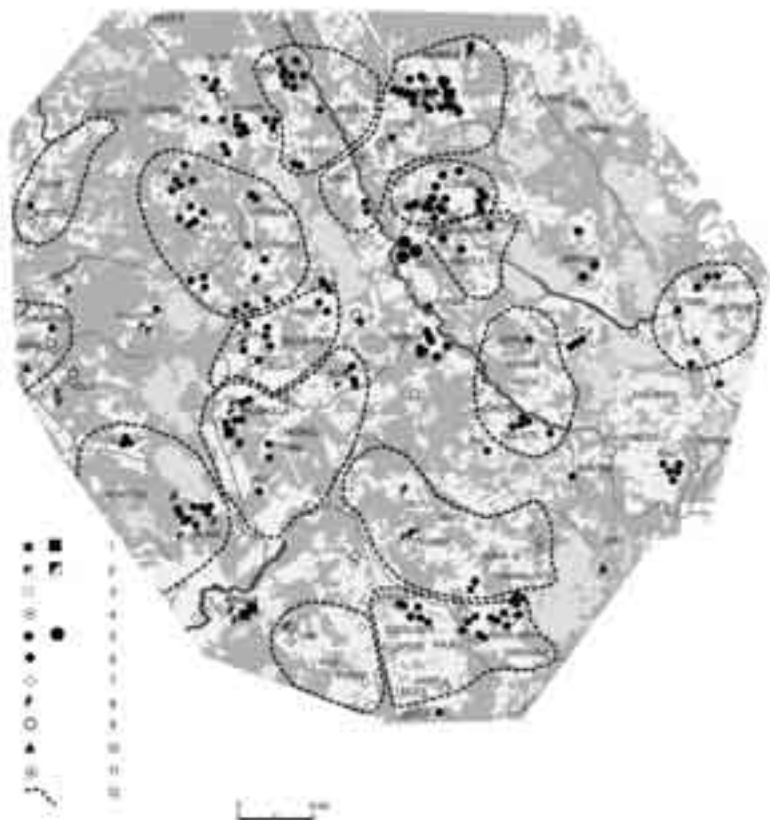
²⁸ Im Wackenbuch wird die Wacke *Nye Gudt* genannt, das Dorf Mustu kommt in der Liste als erstes vor.



– **Abb. 3.** Die Wackenbezirke im südlichen Teil Harriens.

einheiten (darunter fünf Einzelhöfe) mit 24 Hakenhöfen und 28,5 Haken. Im LCD sind aus dieser Wacke die Dörfer Odulemma (6), Mustu (3), Nurme (3), Varese (5) und Rahula (4) angeführt. In jener Zeit wird es in dieser Gegend zumindest zwei gesonderte Wacken gegeben haben. 1) Varese, Nurme, Rahula und ein paar Kilometer entfernt Lehetu ($5+3 = 8$ und $4+4 = 8$, somit insgesamt 16 Haken) sowie 2) Vilumäe, Mustu, Nissi, Madila, Tabara und Viruküla ($5+3+2+5+2+3 = 20$ Haken). Riisipere/*Wahanna* und Odulemma scheinen getrennt gestanden zu haben.

Im Hinblick auf die Landverteilung in der Zeit nach der Eroberung ergab sich in dieser Gegend ein recht buntes Bild. Die Hälfte der vermutlichen vorzeitlichen Wacke Varese war dem Vasallen Odvardus, die andere Hälfte dem Magister Burguardus gegeben worden; dem Letzteren gehörten auch die nächsten Nachbardörfer aus der vermutlichen vorzeitlichen Wacke Vilumäe (Madila, Nissi und ein Teil von Riisipere). Der Eigentümer von Viruküla, Vilumäe und eines Teils von Riisipere war Mattis Risbit, allerdings bildete dieser Besitz keine territoriale Einheit, da er durch das dem Vasallen Elf (Hælf) gehörende Dorf Tabara geteilt war; Elf herrschte auch über Mustu. Risbit besaß noch das Dorf Hiitse mit einer Fläche von fünf Haken, das zur südöstlich gelegenen vorzeitlichen Wacke Vardi (insgesamt 24 Haken) gehörte. Der übrige Teil der Letzteren – Pajaka (6), Ubasalu (6) und Vardi (7) – gehörte dem Vasallen Pæter Tolk, der offensichtlich estnischer Herkunft war (zu den mittelalterlichen Wacken liegen aus dieser Gegend keine Angaben vor). Somit lässt sich Folgendes konstatieren: Während drei Viertel der vorzeitlichen Wacke Vardi im 13. Jahrhundert ihrem ehemaligen Besitzer blieb und die vorzeitliche Wacke Varese zwischen zwei neuen Eigentü-



– **Abb. 4.** Die Altertümer und vermutliche vorzeitliche Wacken im mittleren und südlichen Teil Harriens. 1 – Steingrab der älteren Eisenzeit (1 und 3-5), 2 – Steingrab der Eisenzeit (1 und 3-5), 3 – Steingrab der mittleren und jüngeren Eisenzeit, 4 – Burg, 5 – Lochstein (1 und 5), 6 – Siedlungsstätte der älteren Eisenzeit, 7 – Siedlungsstätte der mittleren und jüngeren Eisenzeit, 8 – fossiler Acker, 9 – Kultstätte, 10 – Hortfund, 11 – Zufluchtsort, 12 – Grenze der vermutlichen vorzeitlichen Wacke.

mern halbiert wurde, wurden aus der Gegend Vilumäe drei verschiedene Vasallen mit einem Landstück belehnt.

Die Wacke **Kustja** befand sich unmittelbar neben Mustu. Hierzu gehörten folgende Ortschaften: *Haibaby*/Haiba, *Kustusby*/Kustja, *Joentackaby*/Jöeküla (?), *Kirferby*/Kirikla, *Monnaste*/Mönuste, *Harcko* [?]/Harku, *Sypa*/Sipa sowie einige Einzelhöfe. Insgesamt gab es hier mindestens 13 Siedlungseinheiten, von denen nur Haiba und Jöeküla echte Dörfer mit je sieben und sechs Bauernhöfen darstellten, bei anderen wird

es sich wohl um Einzelhaushalte oder Kleindörfer gehandelt haben.²⁹ Im LCD sind Harku (5), Mõnuste (4), Haiba (7), Kustja (17) und Kohatu (10) aufgezählt. Das einheitliche System bildeten offensichtlich Kohatu, Haiba und Kustja (10+7 = 17 und 17 Haken, insgesamt 34); ob auch Mõnuste und Harku mit ihren insgesamt neun Haken hierzu gehörten, ist nicht klar.

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts wurde das Kerngebiet der Wacke Kustja (Kustja, Haiba und Mõnuste) demselben Odvardus, der auch Rahula und Lehetu verwaltete, als Lehen gegeben. Harku gehörte Elf und Kohatu Øirik. Eine kontinuierliche Entwicklung von der vorzeitlichen Wacke über das 13. Jahrhundert bis zur mittelalterlichen Wacke hin lässt sich in dieser Gegend eindeutig verfolgen. Es sei erwähnt, dass die Lehen von Odvardus und Elf zu Beginn des 13. Jahrhunderts zu beiden Seiten der Grenze zwischen Harrien und Revele lagen, während hier in der späteren Zeit keine landschaftliche Grenze mehr verlief.

Die Wacke Laitse umfasste damals folgende Siedlungseinheiten: *Laidzby/Laitse*, *Monnalaskby/Munalaskme*, *Kimoneby/Kibuna*, *Kaskel/Kaasiku*, *Arroküll/Aruküla*, *Memme*, *Kabel/Kabila*, *Mehentark*, *Alliuckmekh/Allika* (?), *Waybe*, *Türisalby*, *Wehema*, *Kerckemäby/Mäeküla* (?), *Kamla*, *Jervekan* (5 Einzelhöfe), *Udenküll* (Abb. 1). Insgesamt gab es hier somit 20 Siedlungseinheiten (darunter zwölf Einzelhöfe) mit 39 Hakenhöfen und 58 Haken. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts werden aus dieser Gegend aber nur drei Ortschaften genannt: Aruküla (5), Laitse (15) und Ruila (15). Es gibt keinen Zweifel, dass diese Dörfer, die von den anderen etwas getrennt lagen, ein System bildeten, das einen gemeinsamen Nenner hatte (5+15+15 = 35); später hat sich die betrachtete Wacke einfach vergrößert. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts wurden die erwähnten drei Dörfer verschiedenen Vasallen als Lehen gegeben. Die territoriale Kontinuität zwischen der vorzeitlichen Wacke und der Wacke des 16. Jahrhunderts ist jedoch unumstritten.

Angaben zur Lage der späteren Wacken auf den Besitzungen des Klosters Padis sind von Paul Johansen vorgelegt worden.³⁰ Direkt an der Küste lagen im 16. Jahrhundert die Wacken Vihterpalu, Kurkse und Ranna, auf deren Gebiet es jedoch keine vorzeitlichen Dörfer gab. Hierbei sind in erster Linie die Wacken Paeküla und Ristiküla von Interesse. Von den im LCD erwähnten Dörfern befinden sich in der Wacke **Paeküla** das Dorf Paeküla selbst (14 Haken), Pälli/*Hyränkula* (2), Määra (4)

²⁹ Im Wackenbuch fehlen die Blätter für einige Siedlungseinheiten dieser Wacke, einige Ortsnamen sind nur in der zusammenfassenden Liste verzeichnet. Daraus ergibt sich auch der Gesamtzahl der Bauernhöfe: 31.

³⁰ PAUL JOHANSEN: *Asustuse ja agraarolude areng. Talurahva olund XIV sajandi keskpaigani* [Entwicklung der Siedlung und der Agrarverhältnisse. Die Lage der Bauern bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts], in: *Eesti ajalugu* [Geschichte Estlands], Bd. 2: *Eesti keskaeg* [Estlands Mittelalter], hrsg. von HANS KRUS, Tartu 1937, S. 51-82, hier Abb. 33.

und *Melanculæ* (4), außerdem noch zahlreiche in späteren Jahrhunderten entstandene Siedlungseinheiten. Im Gebiet der benachbarten Wacke Ristiküla befanden sich die im LCD aufgeführten Dörfer Kõmmaste (3) und Kalumatsu (5) sowie einige jüngere Siedlungseinheiten. Die Hakenzahlen lassen darauf schließen, dass es in dieser Gegend in der Vorzeit anscheinend nur eine einzige große Ansammlung gab, wozu außer den oben genannten Dörfern auch das benachbarte Hatu mit seinen acht Haken gehörte. Insgesamt gab es in dieser vermutlichen vorzeitlichen Wacke mindestens sieben Dörfer mit 40 Haken.³¹ Hatu 8, Kalumatsu und Kõmmaste ($5+3 = 8$), Paeküla und Hyränkulæ ($14+2 = 16$) sowie Määra und *Melanculæ* ($4+4 = 8$). Nach der dänischen Eroberung erwarben die Mönche von Dünamünde den größten Teil dieser vorzeitlichen Wacke, nur Kõmmaste und Hatu wurden dem König überlassen. Somit lässt sich auch hier die Kontinuität in der Entwicklung des Landbesitzes über das 13. Jahrhundert bis zum 16. Jahrhundert hin sehr gut verfolgen.

Ein paar Kilometer nordöstlich der beschriebenen Wacken liegt ein kompakter Bezirk, der zu Beginn des 13. Jahrhunderts dem Vasallen Tuko als Lehen gegeben wurde. Dazu gehörten Ohtu (20), Nahkjalä (18), Lehola (7), Ämari (5) und Maeru (4). Der betrachtete Bezirk bildete offensichtlich auch in der Zeit vor der Eroberung ein gesondertes System, da die Hakenzahlen einen gemeinsamen Nenner haben: $(5+4)+9+18+(20+7)$. Zugleich ist es nicht unmöglich, dass auch Vasalemma (12) und Kulna (20), die später zwar verschiedenen Vasallen als Lehen gegeben wurden, zur vorzeitlichen Dorfgruppe gehört haben. Die Kontinuität zwischen dem Landbesitz in der Vorzeit und in der Zeit nach der Eroberung ist offensichtlich. Von der mittelalterlichen Regelung der Wacken hierzulande wurden die früheren Gegebenheiten jedoch nicht mehr respektiert.

*

Aufgrund der angeführten Beispiele sollte ersichtlich sein, dass die ab dem Mittelalter bekannten Wacken im Hinblick auf deren Größe und geographische Lage mit jenen Dorfgemeinschaften vergleichbar sind, deren Hakenzahl nach den Angaben des LCD einen gemeinsamen Nenner hatte. Tarvels Behauptung, dass eine solche Übereinstimmung nicht gegeben sei,³² ist somit nicht stichhaltig. Die Beziehung zwischen diesen zwei zeitlichen Schichten wird dadurch verstärkt, dass sich in der Landschaft der Landbesitz des zweiten Viertels des 13. Jahrhunderts mehr oder weniger an denselben Stellen befand. Obwohl überall gewisse Ände-

³¹ In dieser Gegend (*in Pous* – nicht genauer lokalisierbar) werden im LCD noch 10 Haken erwähnt, die den Mönchen von Dünamünde gehörten, aber von Jacob Skyttæ verwaltet wurden.

³² TARVEL, Wackeninstitution (wie Anm. 6), S. 290.

rungen vorgenommen worden sind, sind sie einerseits natürlich, andererseits aber weitgehend irrelevant. Somit gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die Entstehung unserer ab dem Mittelalter bekannten Wackenbezirke bis in die Vorzeit zurück reicht.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Verbreitungskarte der Altertümer und Wacken überzeugt uns davon, dass die Letzteren in der Landschaft getrennt liegende kleine Siedlungsbezirke bilden. Unter einem Siedlungsbezirk versteht man ein für die landwirtschaftliche Bodennutzung geeignetes Gebiet, das von den anderen gleichartigen Gebieten durch breitere oder schmalere zur Besiedlung ungeeignete Zonen (Wälder, Sümpfe, Gewässer) abgetrennt und durch langjährige menschliche Tätigkeit in eine Kulturlandschaft verwandelt worden ist.³³ Dort, wo größere Flächen an Ackerboden vorhanden sind und die Besiedlung daher einheitlicher und dichter ist, können in einem Bezirk auch mehrere vorzeitliche Wacken festgestellt werden. Vorherrschend scheint jedoch – zumindest in der recht stark zergliederten Landschaft Harriens, wo zur Besiedlung geeignete Gebiete deutlich durch tiefer liegende Gebiete und Wälder abgetrennt sind – folgende Regelung zu sein: ein Siedlungsbezirk entspricht einer Wacke. Folglich entstanden die vorzeitlichen Wacken als Ergebnis einer langzeitigen Entwicklung der mit ackerbaulicher Nutzung verbundenen Besiedlung, d.h. die Dörfer eines Wackenbezirks waren durch siedlungsgeschichtliche Beziehungen verbunden. Diese Schlussfolgerung steht aber im Gegensatz zu der oben zitierten Ansicht von Korhonen und Tarvel, dass man siedlungsgeschichtliche Beziehungen zwischen den Dörfern einer Wacke nicht beobachten könne.

Diesen siedlungsgeschichtlichen Prozess kann man sich wie folgt vorstellen. Schon im späten Neolithikum und in der Bronzezeit bildeten sich im Laufe der mit ackerbaulicher Nutzung verbundenen Landnahme Siedlungskerne heraus, die unter anderem durch die Nutzung des Gemeindebodens (Wald, Gewässer, Wiesen) miteinander verbunden waren. Diese Zusammenarbeit der Bauernhöfe eines Siedlungsbezirks bei der Verwaltung des Gemeindelandes kann als Beginn der markgenossenschaftlichen Bodennutzung bezeichnet werden. Im Laufe der Zeit entstanden zwischen den Siedlungseinheiten eines Bezirks Unterschiede: Aus verschiedenen Gründen wurde eine von ihnen größer und wohlhabender als die anderen. Zugleich komplizierten sich auch die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen und Familien. Für das System eines dominierenden Bauernhofes ist die Tatsache bedeutsam, dass es nur aufgrund der Existenz eines (einerlei wie primitiven) Steuersystems entstehen konnte. Die Tatsache, dass eine Siedlungseinheit wohlhabender als die anderen war, weist darauf hin, dass ein Teil der Produktion anderer Einheiten diesem Zentrum zugeführt wurde. Auch die Erforschung fossiler Flursysteme zeigte, dass beim Übergang zur Eisenzeit damit begonnen wurde,

³³ Siehe LANG, Muistne Rävala (wie Anm. 7), S. 349.

Feldstücke schon vor deren Anlage auszumessen – auch dies zeugt von der Existenz eines gewissen Steuersystems.³⁴ Also hatte sich als Ergebnis der Entwicklung sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen eine Situation herausgebildet, in der die Bauernhöfe eines Bezirks gegenüber einem zentralen Bauernhof (Gutshof), der wohlhabender und einflussreicher als andere war, in gewisser Weise steuerpflichtig waren. Die Entstehung der Institution der vorzeitlichen Wacke als Steuerbezirk kann somit in diese Zeit datiert werden. Mit anderen Worten, die ursprüngliche Institution der Wacke bildete sich auf der Basis der früheren markgenossenschaftlichen Bodennutzung heraus und zumindest vorläufig stimmten diese Strukturen geographisch überein.

In Harriens wird das betreffende System frühestens in der römischen Eisenzeit entstanden sein. Die wichtigsten Siedlungszentren der späteren Eisenzeit waren Kábiküla-Nadalama und Kabala im südlichen Teil Harriens sowie die Umgebung von Angerja-Kasu-Hageri im nördlichen Teil der Landschaft; einige Siedlungsbezirke befanden sich auch in der Gegend von Palamulla, Raka und Oru im westlichen Teil der Landschaft, während aus der östlichen Ecke nur Siuge zu erwähnen ist. Außer diesen größeren Zentren, die kreisförmig den dünner besiedelten mittleren Teil Harriens umgaben, gab es kleinere Siedlungseinheiten auch an anderen Orten (Kumma, Jalase, Alu u.a.). Aus dem Vergleich der Lage der Altertümer der vorrömischen und – insbesondere – der römischen Eisenzeit mit den aus dem Ende der Vorzeit stammenden Wacken wird eindeutig ersichtlich, dass sich jedes der oben genannten Zentren in einer gesonderten Wacke befand. Da in fast all diesen Wacken auch andere, mehr oder weniger gleichzeitige, jedoch bescheidener markierte Siedlungseinheiten beobachtet werden können, handelt es sich offensichtlich auch hier um das so genannte System eines dominierenden Bauernhofes, das in der Landschaft weitgehend mit den aus der späteren Zeit bekannten Wacken übereinstimmte. Es sei hinzugefügt, dass noch nicht alle aus dem Ende der Vorzeit stammenden Wacken in der römischen Eisenzeit besiedelt waren, dies gilt insbesondere für diejenigen in den Randgebieten der Landschaft.

Da es sich in jenen fernen Zeiten vorwiegend um Einzelhofsiedlungen handelte, war der Begriff der Wacke als Bodennutzungs- und Besteuerungseinheit zunächst nicht vonnöten. Die Lage änderte sich offensichtlich erst dann, als sich die Siedlungseinheiten hinsichtlich der Größe unterschiedlich entwickelten, als aus mehreren Bauernhöfen bestehende Einheiten entstanden und sich Dörfer herausbildeten. Dieser Prozess, der in verschiedenen Teilen Estlands unterschiedlich datiert werden kann, erfolgte jedoch überwiegend in der zweiten Hälfte des I. Jahrtausends n. Chr.³⁵ Da es wahrscheinlich ist, dass die Einheit Haken ursprünglich

³⁴ Ebenda, S. 490-492.

³⁵ Ebenda, S. 446-448.

einen Durchschnittsbauernhof bedeutete, dessen Ackerland mit einem Pfluggespann bestellt werden konnte,³⁶ wurde die Größe der Siedlungseinheiten eben nach Bauernhöfen berechnet und in Haken ausgedrückt. Solange einstweilen so genannte soziale Machtspiele die Grenzen eines Siedlungsbezirks nicht überschritten hatten, war die Abrundung der Hakenzahlen innerhalb dieses Bezirks jedoch noch nicht dringend notwendig. Dies bedeutet zwar nicht, dass nicht gelegentlich doch Abrundungen vorgenommen wurden, doch waren sie nicht zwangsläufig vonnöten.

Die Abrundung der Hakenzahlen und die Berechnung nach dem jeweiligen gemeinsamen Nenner wurden im Prinzip erst dann notwendig, als Adlige, die über mehr als einen Siedlungsbezirk herrschten, die Arena betraten. Nur vor diesem Hintergrund ist es einleuchtend, warum man Steuern (und die Leistung der Gemeinwohlverpflichtungen) von einem kleinen kompakten Bezirk als einer Einheit einzutreiben begann – wenn jemand über eine ganze Reihe von Bezirken herrschte, fiel es ihm leichter, Steuern jeweils aus diesen Bezirken und nicht von jedem einzelnen Bauernhof und Dorf einzufordern. Es ist wichtig zu betonen, dass ein Bezirk bzw. eine Wacke als etwas Ganzes angesehen wurden, und dass sich die Macht- und Eigentumsverhältnisse eher in Bezug auf diese Wacken veränderten als in Bezug auf einzelne Dörfer. Dabei ist es logisch anzunehmen, selbst wenn es nicht nachgewiesen werden kann, dass die Machthierarchie aus zwei Stufen bestand – niedere Adlige, die Siedlungsbezirken resp. Wacken vorstanden, waren einem zentralen Adligen untergeordnet. Am überzeugendsten erscheint die Vorstellung, dass sich die beschriebene Situation in unserer Vorgeschichte in Zusammenhang mit der vermehrten Errichtung von Burgen ab dem letzten Viertel des I. Jahrtausends, insbesondere aber ab Beginn des II. Jahrtausends bringen lässt. Wie schon viele Forscher betont haben, handelte es sich bei der Errichtung von großen, für die letzten Jahrhunderte der Vorzeit typischen Burgen überall um ein Vorhaben, das einer Koordinierung der Zusammenarbeit vieler Menschen, Dörfer und Siedlungsbezirke bedurfte. Neben allem anderen ging damit zwangsläufig die Aufteilung bestimmter Leistungen, Belastungen und Steuern unter den entsprechenden Bezirken einher.

Somit lässt sich zusammenfassen, dass es sich bei der (vorzeitlichen) Wacke ursprünglich um eine Besteuerungs- und offensichtlich auch um eine Verwaltungseinheit handelte, die aus der markgenossenschaftlichen Bodennutzung der Dörfer und Bauernhöfe eines kleineren Siedlungsbezirks erwachsen war. Es ist wichtig, hierbei die ursprüngliche Verbindung zwischen der Wacke und der Großmark zu betonen – diese Strukturen stimmten geographisch offensichtlich lange überein. In den mehr

³⁶ ENN TARVEL: Der Haken. Die Grundlagen der Landnutzung und der Besteuerung in Estland im 13.-19. Jahrhundert, Tallinn 1983, S. 65f.

entwickelten und dichter besiedelten Bezirken wurden später gerade hinsichtlich der Steuerbezirke willkürliche Änderungen vorgenommen. In den dünner besiedelten Gebieten erhielt sich die territoriale Übereinstimmung dieser Strukturen auch im Mittelalter. Die durchschnittliche Größe der 25 Wacken Harriens, die zuverlässig festgestellt werden können, belief sich zu Beginn des 13. Jahrhunderts auf 30 Haken und war somit vergleichbar mit den aus dem Mittelalter bekannten Größenordnungen. Jede Wacke hatte einen Verwalter („Eigentümer“), dem innerhalb ihrer Grenzen das Besteuerungsrecht und die Gerichtsbarkeit zustanden. Einer Person konnten auch mehrere Wacken gehören. Die Verwalter der Wacken bildeten am Ausgang der Vorzeit offensichtlich die niederste und zugleich die zahlreichste Gruppe der Adligen. Die Wacke als eine geeignete Steuerinstitution wurde von den Eroberern im 13. Jahrhundert übernommen und bis ins 16./17. Jahrhundert hinein genutzt. Ob der Wackenschmaus schon in der Vorzeit bekannt war, lässt sich nicht feststellen. Zugleich gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass derartige Feste gefeiert wurden – war dieser Brauch doch in ganz Nordeuropa weit verbreitet.

*

Im Hinblick auf die Institution der Wacke sollte noch kurz beachtet werden, ob und wie sie mit analogen Institutionen in den Nachbarländern verbunden war. Nach Ansicht Tarvels³⁷ war das ganze betreffende Steuersystem gemeinsam mit weiteren charakteristischen Elementen des Feudalismus von den Deutschen im 13. Jahrhundert eingeführt worden. Diese Annahme wurde seinerzeit schon von Korhonen mit der Begründung widerlegt, dass die Eroberer überall vorzugsweise örtliche Steuersysteme übernahmen, dass sie in ihrer Sprache kein Wort zur Bezeichnung der Institution der Wacke hatten – im Unterschied etwa zu den Russen, die in Lettland das Wort *pogost* in Umlauf brachten – und im von den Deutschen unterworfenen Preußen die Gastung nicht bekannt war. Korhonen zufolge stammte die Institution der Wacke und des Pogost in den baltischen Ländern aus der Zeit vor den Kreuzzügen, jedoch sei sie nicht von der örtlichen Bevölkerung, sondern von den skandinavischen Wikingern entweder direkt (in Estland) oder durch Vermittlung der Rus' (in Lettland) eingeführt worden.³⁸ Die Ansicht von Korhonen beruhte darauf, dass die betreffende Steuerinstitution bei verschiedenen Völkern des Baltikums völlig identisch gewesen – weshalb es sich sozusagen um eine Übernahme von außen, nicht um eine vor Ort erfolgte Entwicklung gehandelt hat –, und dass dies zugleich eine uralte Regelung bei den Germanen, insbesondere bei den Nordgermanen gewesen sei.

³⁷ TARVEL, Wackeninstitution (wie Anm. 6).

³⁸ KORHONEN, Vakkalaitos (wie Anm. 2), S. 206-208.

Beide zitierte Auffassungen schließen die Existenz und Machtambitionen der örtlichen Oberschicht geradezu aus. Dass die Institution der Wacke mindestens im Sinne des Steuerbezirks in Estland schon während der Eisenzeit auf örtlicher Basis entstanden war, wurde bereits oben begründet. Wie sich die Lage in Lettland darstellte, ist mangels entsprechender Untersuchungen nicht bekannt. Zugleich ist aber klar, dass die Burgbezirke auch dort der Existenz eines gewissen Steuersystems bedurften. So ist Muntis Auns der Ansicht, dass etwa Kurland in kleinere Bezirke (*novads*) aufgeteilt war. Diese hätten mit einem Burgbezirk oder mehreren Burgbezirken (*pilsnovads*) übereingestimmt, die ihrerseits aus mehreren Wacken (*pagasts*) bestanden.³⁹ Dass es sich bei der lettischen Bezeichnung der Wacke um ein Lehnwort aus dem Russischen handelt, braucht noch nicht zwangsläufig die Fremdartigkeit und somit auch den späten Zeitpunkt der Übernahme des betreffenden Begriffs zu bedeuten. Das Wort *pogost*⁴⁰ wird in den schriftlichen Quellen erstmals unter dem Jahr 947 erwähnt, in dem die Großfürstin Olga das Steuersystem in Ingermanland geregelt haben soll.⁴¹ Die Pogoste waren in der Rus' vorwiegend in den nordwestlichen, von den finnougri-schen Völkern besiedelten Gebieten verbreitet. Wie aus dem Text des 1323 abgeschlossenen Friedensvertrages von Nöteborg hervorgeht, bedeutete *pogost* in Karelien dasselbe wie Gau (*gislalagh*); später zerfielen diese Gebilde in kleinere Besteuerungseinheiten, die *perevaara* genannt wurden.⁴²

Hieraus ist ersichtlich, dass sich die Institution der Wacke unter dem einem oder anderen Namen aus Lettland über Estland bis in die nordwestliche Rus' und bis nach Karelien verbreitet hat; ihr charakteristisches Merkmal war ein bestimmter (und nicht besonders großer) Bezirk, dessen Einwohner gemeinsam Steuern entrichteten, zu welchem Anlass auch der Wackenschmaus gefeiert wurde. Offensichtlich ist die Ansicht von Kustaa Vilku-na zutreffend, wonach auch die Abhaltung der finnischen *pitäjä* mit solch einer Institution in Zusammenhang steht. Vilku-na leitete diese Bezeichnung aus den finnischen volkssprachlichen Wörtern *pido* und *pidäntä* ab. Das erste bezeichnete die Gastung und das andere eben das, was heutzutage als 'Steuer' bezeichnet wird, also etwas, was abgezogen bzw. weggenommen wird. Die Steuer heißt im Finnischen *vero*, womit in den östlichen Dialekten des Finnischen gelegentlich auch die Nahrung, im Lappischen aber die Hochzeitsfeier bezeichnet wird.⁴³ Aus

³⁹ MUNTIS AUNS: Districts, administrative centres or villages? Places in North Curonia mentioned in 13th century agreements, in: Lübeck Style? Novgorod Style? Baltic Rim Central Places as Arenas for Cultural Encounters and Urbanisation 1100-1400 AD, hrsg. von DEMS., Riga 2001 (CCC Papers 5), S. 307-313.

⁴⁰ *позоститъ* – russ. bewirten, zu Gast weilen.

⁴¹ KORHONEN, Vakkalaitos (wie Anm. 2), S. 208f.

⁴² *непешарумъ* – russ. Brauen, Bier trinken. Bier war eine der wichtigsten Abgaben, die von solchen Bezirken zu leisten waren.

⁴³ KUSTAA VILKUNA: Kihlakunta ja häävuo-de. Tutkielmia suomalaisen yhteiskunnan järjestyksen vaiheilta [Gau und Hochzeitsbett Forschungen zur Entstehung

diesen Zusammenhängen kann gefolgert werden, dass überall in den ostseefinnischen Siedlungsgebieten die Institution der Wacke einschließlich der Gastung sicherlich bis in die Vorzeit, dabei zumindest in die Wikingerzeit zurück reicht. Es ist wichtig zu betonen, dass der Inhalt und die Form der Wacke resp. des Pogost teilweise mit denen der *pitäjä* und des Gaus identisch gewesen sind.

Korhonens Schema, nach dem die betreffende Steuerinstitution in den an der Ostküste der Ostsee liegenden Ländern von den Wikingern eingeführt worden sei, entbehrt schon daher der Stichhaltigkeit, dass die Wacke resp. der *pogost* gleichmäßig in sehr weitläufigen Gebieten verbreitet war, darunter auch dort, wo von einer skandinavischen (oder russischen) Eroberung keine Rede sein kann. Dies bedeutet aber gleichzeitig nicht, dass der skandinavische Einfluss völlig auszuschließen wäre. Von engen Kontakten über die Ostsee kann schon spätestens ab der Bronzezeit gesprochen werden, hinzu kommt noch, dass sich kulturelle Erscheinungen auch anders als nur durch Migrationen und Eroberungen verbreiten.⁴⁴ Denn zweifellos wurden diverse nachbarschaftliche Kontakte in erster Linie durch die zu den Oberschichten der Gesellschaft gehörenden Personen aufrecht gehalten, für die ja eine gewisse „Weiterbildung“ hinsichtlich der Erhöhung und Gewährleistung regelmäßiger Einnahmen lebenswichtig war. Eben aufgrund solch eines engen gegenseitigen Kontaktes entwickelten sich auch die Grundlagen des Steuersystems relativ einheitlich.

Die oben beschriebene Regelung der Wacken – wozu ihre Zusammenfassung zu Burgbezirken kam⁴⁵ – darf nicht mit dem Lehnrecht verwechselt werden. Dieses war streng hierarchisch organisiert, und einem Vasallen gegebene Lehen, die gelegentlich getrennt voneinander in verschiedenen Teilen des Landes lagen, hatten keine Beziehung zur örtlichen Bodennutzung oder Besiedlung. Bei vorzeitlichen Wacken handelte es sich aber um das Ergebnis einer langfristigen, sozusagen von unten nach oben vor Ort erfolgten Entwicklung. Die Wacken erwachsen aus der markgenossenschaftlichen Bodennutzung der Siedlungsbezirke, deren Bauernhöfe und Dörfer miteinander sowohl durch wirtschaftliche als auch durch soziale Beziehungen verbunden waren. Obwohl in der Machtpyramide offensichtlich Adlige der niederen (Verwalter der Wacken) und der höheren Stufe (Vorsteher der Burgbezirke) vertreten

der finnischen Gesellschaft], Helsinki 1964, S. 33f.

⁴⁴ Auch das *hundare*- und *häräd*-System in Schweden hatte sowie inhaltlich als auch formal viel gemeinsam mit den entsprechenden Regelungen auf dem europäischen Festland und auf den Britischen Inseln. Siehe ÅKE HYENSTRAND: Centralbygd – Randbygd. Strukturella, ekonomiska och administrativa huvudlinjer i mellansvensk yngre järnålder [Zentrale Besiedlung – Periphere Besiedlung. Strukturelle, wirtschaftliche und administrative Grundzüge der mittelschwedischen jüngeren Eisenzeit], Stockholm 1974 (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studies in North-European Archaeology 5), S. 33.

⁴⁵ Siehe LANG, Keskusest ääremaaks (wie Anm. 20), S. 283–285.

waren, fehlten hier Landesherren, die ihren Landbesitz an zahlreiche Lehnsleute als Lehen hätten geben können.

Abschließend sei betont, dass ich keinesfalls der Meinung bin, das betreffende Thema sei beim jetzigen Quellenstand erschöpft. Es könnte noch sehr viel für die Untersuchung der mittelalterlichen Wacken auf der Grundlage der sowohl in Estland wie auch in Schweden und Dänemark erhaltenen Wackenbücher getan werden. Den Archäologen steht ein breites Tätigkeitsfeld bei der Bestimmung des vorzeitlichen Siedlungsnetzes offen – in vielen Bezirken sind noch keine gründlichen Forschungen auf zeitgenössischem Niveau durchgeführt worden, weshalb ein großer Teil der Altertümer (insbesondere die Siedlungsstätten und Ackerrelikte) erst festgestellt und auf der Karte eingezeichnet werden müssen. Interessante Informationen kann man sicher auch aus der Erforschung der älteren Katasterpläne gewinnen. Die vorzeitliche Verwaltungsstruktur und die gesellschaftlich-politische Ordnung ist aber ein Thema, bei dem vollkommene Ergebnisse nur im interdisziplinären Austausch erreicht werden können.

SUMMARY

The Vakus-institution in prehistoric and mediaeval Estonia. Appendices to the study of ancient administrative structure

This article analyses *vakuses*, i.e. groups of villages that jointly paid taxes to the landlord and offered him a feast, and their place in late prehistoric administration. The study proceeds from the author's earlier results in archaeological investigations of settlements (cultivated land as one of the objects of taxation, and the formation of territorial units with one dominant farm from the Late Bronze Age), the Danish "Domesday Book" *Liber Censu Daniae* (LCD) from the early 13th century, where villages can be grouped according to the numbers of their ploughlands having a common denominator, and the late mediaeval written sources about the *vakuses* existing at the time in the study area. The hypothesis was that territories with one dominating farm, groups of LCD villages with equal or comparable numbers of ploughlands, and mediaeval *vakuses* were different chronological levels of the same institution elaborated for the "payment" of taxes. In order to test this hypothesis, one had to find an area where data about all three supposed levels of the institution of the *vakus* were available. The prehistoric Harju district was suitable for that purpose. All corresponding archaeological and available written data are

presented in Figures 1–4. It was possible to conclude that in terms of both their overall size and geographical location, the mediaeval *vakuses* were comparable with the groups of LCD villages whose size in ploughlands had a common denominator – hence, the former had prehistoric roots. As there is also a good correspondence in terms of geographical location and size between the mediaeval *vakuses* / groups of LCD villages and prehistoric settlement areas with one outstanding unit, the main hypothesis presented in this article can be considered to be proven.

Fürst Konstantin von Polock und die Geschichte Livlands im dritten Viertel des 13. Jahrhunderts*

VON ANTI SELART

In den Quellen zur livländischen Geschichte aus dem 13. und 14. Jahrhundert wird wiederholt ein gewisser Fürst Konstantin von Polock erwähnt, der Lettgallen dem Deutschen Orden geschenkt habe. Wegen der knappen Kenntnisse über die Geschichte von Polock in den 1260er und 1270er Jahren ist die Einordnung des Fürsten in die Reihe der Polocker Fürsten dieser Zeit kompliziert. Die Historiker haben eine ganze Menge von Hypothesen dargeboten, die aber alle quellenmäßig kaum zu fundieren sind. Der unbekannte Konstantin ist wie ein Joker, der in historischen Darstellungen manchmal fast willkürlich gerade dort eingesetzt worden ist, wo es am besten in die jeweilige Konzeption des Autors gepasst hat. Es ist zum Beispiel vermutet worden, dass er ein Sohn des bis 1263 in Polock regierenden Litauerfürsten Tautwil/Tautvilas¹ und dabei viel-

* Der Aufsatz ist im Rahmen eines vom „Eesti Teadusfond“ unterstützten Forschungsprojekts (Nr. 5514) verfasst worden. Er ist bereits in weißrussischer Sprache erschienen: АНТЫ СЭЛАРТ: Полацкі князь Канстанцін і гісторыя Інфлянтаў у трэцяй чвэрці XIII ст., in: Беларускі Гістарычны Агляд 2004, Nr. 11, S. 3-25.

Verwendete Abkürzungen:

LUB: Liv-, esth- und curländisches Urkundenbuch nebst Regesten, hrsg. von FRIEDRICH GEORG VON BUNGE, Bd. 1-6, Reval, Riga 1853-1873.

LVA: Senās Latvijas vēstures avoti, hrsg. von ARVEDS ŠVĀBE, Rīga 1937-1940 (Latvijas vēstures avoti 2).

NL1: Новгородская первая летопись старшего и младшего изводов, hrsg. von Арсений Насонов u.a., Москва 2000 (PSRL 3).

PG: Полоцкие грамоты XIII - начала XVI вв., hrsg. von Анна Л. Хорошкевич, Bd. 1-3, Москва 1977-1980.

PSRL: Полное собрание русских летописей.

PUB: Preußisches Urkundenbuch, Bd. 1/2-2, hrsg. von RUDOLPH PHILIPPI u.a., Königsberg 1882-1939.

ZfO: Zeitschrift für Ostforschung/Ostmitteleuropa-Forschung.

¹ ERNST BONNELL: Russisch-livländische Chronographie von der Mitte des neunten Jahrhunderts bis zum Jahre 1410, St. Petersburg 1862, Comm. S. 239 vgl. Chron. S. 75; MICHAEL VON TAUBE: Internationale und kirchenpolitische Wandlungen im Ostbaltikum und Russland zur Zeit der deutschen Eroberung Livlands (12. und 13. Jahrhundert), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 3 (1938), S. 11-46, hier S. 38-40; Владимир Т. Пашуто: Образование Литовского государства, Москва 1959, S. 381-386; Владимир А. Кучкин: Особая редакция „Наказания“ Симеона Тверского, in: Изучение русского языка и источниковедение, hrsg. von В. Ф. Дубровина, Москва 1969, S. 243-251, hier S. 244; MICHAŁ GIEDROYĆ: The Arrival of Christianity in Lithuania: Early Contacts (Thirteenth Century), in: Oxford

leicht identisch mit dem etwas später erwähnten Polocker Fürsten Izjaslav gewesen sein soll.² Weiter war man der Auffassung, Konstantin sei der christliche Taufname Tautwils gewesen,³ andere wieder meinten, wer auch immer dieser Konstantin gewesen sein mag, so war er keinesfalls Tautwils Sohn.⁴ Als andere mögliche Vorfahren Konstantins sind außerdem noch der Lettgallerfürst Vsevolod von Gerzike/Jersika († vor 1239),⁵ Fürst Vladimir von Polock († 1216)⁶ oder Fürst Davyd Rostislavič von Smolensk († 1197)⁷ vermutet worden.

Die Quellen, die uns über die „Konstantinsche Schenkung“ in Livland berichten, stammen aus der zweiten Hälfte des 13. und aus dem 14. Jahrhundert. Um diese Quellen richtig zu verstehen, muss die allgemeine politische Lage im Livland dieser Zeit behandelt werden. Die Unterwerfung der Stammesterritorien im heutigen Lettland durch die Kreuzfahrer begann am Ende des 12. Jahrhunderts und war in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts noch in vollem Gang. Nach den ersten Erfolgen, der Gründung Rigas 1201 und der Etablierung des Bistums Riga in der Zeit danach, waren in den 1230er Jahren auch schwere Rückschläge zu vermeiden. Nach der für die Christen unglücklich ausgegangenen Schlacht

Slavonic Papers 18 (1985), S. 1-30, hier S. 26; KRZYSZTOF STOPKA: Próby chryścianizacji Litwy w latach 1248-1263 [Versuche der Christianisierung Litauens in den Jahren 1248-1263], in: *Analecta cracoviensia* 19 (1987), S. 3-68, hier S. 36; JOHN FENNEL: *The Crisis of Medieval Russia, 1200-1304*, London, New York 1993 (Longman History of Russia), S. 133; ГЕНАДЬ САГАНОВІЧ: Полацк і інфлянцыя немцы ў XIII ст. [Polock und die Deutschen in Livland im 13. Jh.], in: *Беларусь паміж усходам і захадам. Праблемы міжнацыянальнага, міжрэлігійнага і міжкультурага ўзаемадзеяння, дыялогу і сінтэзы* [Weissrussland zwischen Ost und West. Probleme der internationalen, interkonfessionellen und interkulturellen Beziehungen, des Dialogs und der Synthese], Bd. 2, Мінск 1997 (Беларусіка 6), S. 15-21, hier S. 19.

² MICHAEL VON TAUBE: Russische und litauische Fürsten an der Düna zur Zeit der deutschen Eroberung Livlands (XII. und XIII. Jahrhundert), in: *Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven* 11 (1935), S. 367-503, hier S. 411f.

³ BERNHARD DIRCKS: Russisch-livländische Beziehungen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch des baltischen Deutschtums* 33 1986 (1985), S. 25-34, hier S. 29.

⁴ ALBERT M. AMMANN: Kirchenpolitische Wandlungen im Ostbaltikum bis zum Tode Alexander Newski's. Studien zum Werden der Russischen Orthodoxie, Roma 1936 (*Orientalia christiana analecta* 105), S. 276; STEPHEN C. ROWELL: Between Lithuania and Rus': Dovmont-Timofey of Pskov, his Life and Cult, in: *Oxford Slavonic Papers* 25 (1992), S. 1-33, hier S. 6; ДМИТРИЙ Н. АЛЕКСАНДРОВ, ДМИТРИЙ М. ВОЛОДИХИН: Борьба за Полоцк между Литвой и Русью в XII-XVI веках, Москва 1994, S. 35.

⁵ BONNELL, Russisch-livländische Chronographie (wie Anm. 1), Chron. S. 75 vgl. Comm. S. 239.

⁶ ВАСИЛИЙ Е. ДАНИЛЕВИЧ: Очерк истории Полоцкой земли до конца XIV столетия, Киев 1896, S. 142-144, 251, geneal. Tabelle.

⁷ STEPHEN C. ROWELL: *Lithuania Ascending. A Pagan Empire within East-central Europe, 1295-1345*, Cambridge 1994 (*Cambridge Studies in Medieval Life and Thought* 25), S. 20f.

bei Saule 1236 wurde der Schwertbrüderorden in den Deutschen Orden integriert, wodurch der livländische Zweig des Deutschen Ordens ins Leben gerufen wurde. Die Neugestaltung der livländischen Verhältnisse 1237/38 führte zu einer inneren Beruhigung in Livland, durch die eine Expansion nach außen wieder ermöglicht wurde. Seit ca. 1242 wurde in Kurland Krieg geführt und das Land schrittweise erobert. Die Macht des Deutschen Ordens und des Bischofs von Kurland war aber südlich der Düna/Daugava noch lange ziemlich unsicher. 1260 wurde das livländische Heer bei Durben/Durbe von den Žemaiten geschlagen. Daraufhin war der Deutsche Orden in Livland mit der Zurückeroberung Kurlands beschäftigt, die erst 1267 abgeschlossen werden konnte. Ein anderer Krieg wurde seit ca. 1250 gegen die Semgaller geführt, die ebenso wie die Kuren von den Žemaiten und Litauern unterstützt wurden.

Ein Aspekt bei diesen „Heidenkämpfen“ war die Konkurrenz zwischen dem Deutschen Orden in Livland und dem Erzbischof von Riga. Das Erzbistum war 1245-1246 gegründet worden, als der frühere Domherr von Bremen und spätere Erzbischof von Armagh in Irland, Albert Suerbeer († 1273), als Nachfolger des Bischofs Christian von Preußen († 1245) zum Erzbischof von Preußen, Livland und Estland ernannt wurde. Tatsächlich aber fehlte es ihm an Besitz und Einkommen, weil das ganze vorgesehene Bistumsland in Preußen vom Deutschen Orden kontrolliert wurde. 1251 wurde entschieden, Riga zum Zentrum der Kirchenprovinz zu erklären, doch konnte der Erzbischof erst seit 1253 hier residieren, nachdem der bisherige Bischof von Riga, Nikolaus (1229/1231-1253), gestorben war.⁸ 1246 wurde Albert Suerbeer schließlich zum päpstlichen Legaten in Preußen, Livland, Estland, Gotland, Holstein und Rügen ernannt.⁹ Zudem war er noch als päpstlicher Legat in Russland tätig, wo er Kontakte zwischen dem Papst und den wolyhynischen sowie den nordostrussischen Fürsten vermittelte, also sich aktiv für das Zustandekommen einer Kirchenunion einsetzte.¹⁰

⁸ PETER VON GOETZE: Albert Suerbeer, Erzbischof von Preussen, Livland und Ehstland, St. Petersburg 1854, S. 15f.; MARTIN ROHKOHL: Albert Suerbeer, Erzbischof von Livland, Estland und Preußen, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 47 (1917), S. 68-90, hier S. 70-87; KURT FORSTREUTER: Die Gründung des Erzbistums Preussen 1245/1246, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr 10 (1960), S. 9-31; DERS.: Die Fragen der Mission in Preußen von 1245 bis 1260, in: ZfO 9 (1960), S. 250-268, hier S. 250-254; RAINER HERRMANN: Lübeck und die Päpste (1201-1267), in: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertums-kunde 75 (1995), S. 9-52, hier S. 29f. Siehe auch: FRITZ SCHONEBOHM: Die Besetzung der livländischen Bistümer bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts, in: Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands 20 (1910), S. 295-365, hier S. 319-324; GUSTAV A. DONNER: Kardinal Wilhelm von Sabina, Bischof von Modena 1222-1234. Päpstlicher Legat in den nordischen Ländern (†1251), Helsingfors 1929 (Societas Scientiarum Fennica. Commentationes Humanarum Litterarum 2/5), S. 404f.

⁹ LUB, Bd. 1, Nr. 189; LVA, Nr. 286.

¹⁰ LUB, Bd. 1, Nr. 189, 191, 214, 262, 291; Documenta Pontificum Romanorum historiam Ucrainae illustrantia (1075-1953), Bd. 1, hrsg. von ATHANASIOS G. WE-LYKYJ, Romae 1953 (Analecta ordinis S. Basilii Magni sectio 3, 2/1), Nr. 14.

Unter dem Jahr 1239 wird in der Novgoroder Chronik Fürst Brjačislav von Polock erwähnt, der Schwiegervater des Fürsten Aleksandr Jaroslavič, des Aleksander „Nevskij“ der modernen Geschichtsschreibung.¹¹ Der einstige Machtbereich des Polocker Fürstentums war im 13. Jahrhundert schon zersplittert und ein großer Teil der politischen Bedeutung der Fürsten dadurch verloren gegangen, sodass sie auch aus den russischen *letopisi* verschwanden. In der Mitte des Jahrhunderts konsolidierte sich die Macht des Großfürsten Mindowe/Mindaugas († 1263) von Litauen, während dessen Herrschaft die litauische Expansion nach Osten und Süden einsetzte. In der Rus' wahrten dabei oft die lokalen Herrscherhäuser ihre Macht, wenn sie die litauische Vormacht anerkannten. Um seine großfürstliche Position zu sichern, musste Mindowe jedoch auch die innere Opposition der anderen litauischen Fürsten bekämpfen. Ende der 1240er Jahre war einer seiner Gegner sein Neffe Tautwil, der von den Fürsten Daniil und Vasil'ko von Wolhynien unterstützt wurde.¹² Einen weiteren Verbündeten fand Tautwil in Livland: Um 1250 kam er persönlich nach Riga, wo er sich taufen ließ.¹³ Dadurch wurde eine christliche Koalition gegen Mindowe begründet. Mindowe konnte allerdings seinerseits diese Koalition bald aufbrechen, indem er ein Bündnis mit dem Deutschen Orden in Livland schloss. Über die Vermittlung des livländischen Ordensmeisters Andreas von Felben wurde er 1251 getauft und zwei Jahre später von Bischof Heidenreich von Culm/Chełmno zum König von Litauen gekrönt.¹⁴ Mindowe donierte dem Orden u.a.

¹¹ NL1, S. 77.

¹² Ипатьевская летопись, hrsg. von Борис Клоос u.a., Москва 1998 (PSRL 2), S. 815. Michajl Hruševs'kyj datierte die Ereignisse ungefähr auf das Ende des Jahres 1248/49: МИХАЙЛ ГРУШЕВСЬКИЙ: Хронологія подій Галицько-Волинської літописи, in: Записки Наукового Товариства імени Шевченка 3(41) (1901), S. 1-72, hier S. 35.

¹³ Ипатьевская летопись (wie Anm. 12), S. 815f. Nach ГРУШЕВСЬКИЙ, Хронологія (wie Anm. 12), S. 35 konnte Tautwil um 1250, jedenfalls vor 1251 getauft werden.

¹⁴ ZENONAS IVINSKIS: Mindaugas und seine Krone, in: ZfO 3 (1954), S. 360-386, hier S. 373-375; MANFRED HELLMANN: Der Deutsche Orden und die Königskrönung des Mindaugas, in: ZfO 3 (1954), S. 387-396, hier S. 389-394; DERS.: Die Stellung des livländischen Ordenszweiges zur Gesamtpolitik des deutschen Ordens vom 13. bis zum 16. Jahrhundert, in: Von Akkon bis Wien. Studien zur Deutschordensgeschichte vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Festschrift zum 90. Geburtstag von Althochmeister P. Dr. Marian Tumler O.T. am 21. Oktober 1977, hrsg. von UDO ARNOLD, Marburg 1978 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 20), S. 6-13, hier S. 9; DIETER WOJTECKI: Zur Identität einiger Livländischer Landmeister des Deutschen Ordens im 13. Jahrhundert, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 20 (1971), S. 40-68, hier S. 50-53; vgl. RASA MAŽEIKA: When Crusader and Pagan Agree: Conversion as a Point of Honour in the Baptism of King Mindaugas of Lithuania (c. 1240-63), in: Crusade and Conversion on the Baltic Frontier, 1150-1500, hrsg. von ALAN V. MURRAY, Aldershot 2001, S. 197-214.

Selonien, worauf früher das Erzbistum Riga prätendierte hatte.¹⁵ Der Deutsche Orden unterstützte Mindowe nun gegen Tautwil und seine Verbündeten, bis schließlich die Litauerfürsten untereinander eine vorübergehende Versöhnung zustande brachten.¹⁶

Tautwil regierte 1262 als Fürst in Polock. Schon 1258 wurde Voiščina unweit von Smolensk von „Litauern mit Polockern“ gemeinsam erobert.¹⁷ Ob Tautwil schon Ende der 1240er Jahre in Polock die Macht ergriffen hat, oder erst zu einer späteren Zeit, ist ungewiss.¹⁸ Hätte er schon vor seiner Taufe 1251 in Polock regiert, wäre dort ein Heide als Fürst anerkannt werden, was wohl doch ausgeschlossen werden kann. Also hat er erst nach seiner Taufe seine Position in Polock sichern können. Noch unwahrscheinlicher ist die Überlegung, dass Tautwil zweimal, orthodox und katholisch getauft worden sei. Denn der konfessionelle Gegensatz hatte sich damals im baltischen Raum noch nicht völlig herausgebildet, sodass das katholische wie das orthodoxe Christentum in den damaligen Quellen noch als eine Gemeinschaft dargestellt werden konnte, die ein gemeinsames Gegengewicht zum Heidentum bildete.¹⁹ Der polnische Chronist Maciej Strykowski († nach 1582) schrieb zwar, dass „Theophila [...] był ochrzczony w Ruską wiarę“, dass Theophil also nach russischem Ritus getauft wurde, doch handelt es sich hier wahrscheinlich um eine für

¹⁵ PUB, Bd. 1/2, Nr. 39-40, 79, 106; LUB, Bd. 1, Nr. 252, 255, 294, 308, 342, 354, 363 vgl. LUB, Bd. 1, Nr. 153; LVA, Nr. 219.

¹⁶ Ипатьевская летопись (wie Anm. 12), S. 817-820.

¹⁷ NL1, S. 82-83, 310-312.

¹⁸ НИКОЛАЙ УЛАЩИК: Введение в изучение Белорусско-литовского летописания, Москва 1985, S. 97-99. Dass Tautwil schon in den 1240er Jahren in Polock regierte, ist eine Vermutung, die in den im 16. Jahrhundert verfassten Quellen vorkommt: Хроники: Литовская и Жмойтская, и Быховца. Летописи: Баркулабовская, Аверки и Панцырного, hrsg. von НИКОЛАЙ УЛАЩИК, Москва 1975 (PSRL 32), S. 26, vgl. S. 132. Der Brief von Papst Innozenz IV. vom 15. September 1248 *Alexandro Illustri Regi Nogardie*, in dem Pläne erwähnt werden, in *Pleskowe Civitate tua* eine katholische Kathedrale zu bauen (ГОЕТЗЕ, Albert Suerbeer [wie Anm. 8], S. 174f., Nr. 5) betrifft den Großfürsten Aleksandr Jaroslavič und Pleskau, nicht jedoch einen Polocker Fürsten, wie manchmal vermutet worden ist. Siehe АНТОН ГОРСКИЙ: Два „неудобных“ факта из биографии Александра Невского, in: Александр Невский и история России, Новгород 1996, S. 64-75.

¹⁹ Siehe ANDREAS KAPPELER: Ethnische Abgrenzung: Bemerkungen zur ostslawischen Terminologie des Mittelalters, in: Geschichte Altrusslands in der Begriffswelt ihrer Quellen. Festschrift zum 70. Geburtstag von Günther Stökl, hrsg. von UWE HALBACH u.a., Stuttgart 1986 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 26), S. 124-138; BERNHARD DIRCKS: Krieg und Frieden mit Livland (12.-15. Jahrhundert), in: Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht 11.-17. Jahrhundert, hrsg. von DAGMAR HERRMANN, München 1988 (West-östliche Spiegelungen, Reihe B 1), S. 116-145; БОРИС Н. ФЛОЯ: У истоков конфессионального раскола славянского мира (XIII в.), Санкт-Петербург 2004 (Bibliotheca slavica).

die Geschichtsschreibung dieser Zeit typische gelehrte Konstruktion aufgrund des Fürstennamens (Tautwil ~ Tautvila ~ Towtiwil > Theophil).²⁰

Wenn jetzt Tautwil in den 1250er Jahren, nach seiner Taufe in Riga, in Polock regierte, hieß das, dass die Rigaer Kirche deswegen später auf ihre kirchliche Obermacht in Polock präbendieren konnte. Davon künden dann auch die Quellen aus dem 14. Jahrhundert. Nachdem sich der Konflikt zwischen dem Deutschen Orden und dem Erzbischof von Riga seit den letzten Jahren des 13. Jahrhunderts erheblich zugespitzt hatte und 1297 in Livland ein offener Krieg ausgebrochen war, wurde 1311-1312 ein päpstlicher Kapellan und Domherr von Lâon, Franciscus de Moliano, nach Livland gesandt, um hier eine gründliche Inquisition durchzuführen. Eine Reihe livländischer Geistlicher wurde über ordensfeindliche Stimmungen verhört, und das Protokoll²¹ – von dem schätzungsweise etwa eine Hälfte erhalten geblieben ist – stellt eine Hauptquelle zur Geschichte Livlands um die Wende des 13. zum 14. Jahrhunderts dar. Dabei ist es eine äußerst polemische Quelle, wie alle damaligen livländischen Prozessakten, welche die „europäische Öffentlichkeit“ darin zu überzeugen suchen, dass die andere Seite gemeinsam mit Heiden und Schismatikern gegen das wahre Christentum wirke.²²

In diesen Prozessakten wird tatsächlich behauptet, dass Polock einst katholisch gewesen sei, bevor es durch die Schuld des Deutschen Ordens abfiel. Prior Heinrich aus dem Zisterzienserkloster Falkenau/Kärkna unweit von Dorpat/Tartu hatte von einem *conversus* seines Ordens, der *tunc* in Polock geweilt habe, sowie „von vielen anderen zuverlässigen Männern“ gehört, dass der *rex* von Polock und sein Volk gläubig geworden seien und dort ihre Bischöfe, Prälatten und andere Geistliche gehabt hätten. Dann aber hätten die Brüder des Deutschen Ordens einen so starken Druck auf das Fürstentum ausgeübt, dass das Volk die Heiden zur Hilfe rief, die dann gemeinsam mit den Ordensbrüdern die Christgläubigen verjagt, verhaftet und getötet und später auch die Kathedralen zerstört hätten.²³ Einer anderen Information zufolge habe der Orden die erzbischöfliche Burg Polock den Heiden verkauft. So seien die Chris-

²⁰ MACIEJ STRYKOWSKI: Kronika Polska, Litewska, Źmódzka i wszystkiej Rusi [Die Chronik von Polen, Litauen, Źemaiten und der ganzen Rus'], hrsg. von MIKOŁAJ MALINOWSKI, Bd. 1, Warszawa 1846, S. 285. Vgl. AMMANN, Kirchenpolitische Wandlungen (wie Anm. 4), S. 273; GIEDROYĆ, The Arrival of Christianity (wie Anm. 1), S. 13.

²¹ Das Zeugenverhör des Franciscus de Moliano (1312). Quellen zur Geschichte des Deutschen Ordens, bearb. von AUGUST SERAPHIM, Königsberg 1912.

²² Siehe ANTI SELART: Confessional Conflict and Political Co-operation: Livonia and Russia in the Thirteenth Century, in: Crusade and Conversion (wie Anm. 14), S. 151-176.

²³ Zeugenverhör (wie Anm. 21), S. 27, T. VII §14: „quod ille ecclesie cathedrales... fuerunt postea destructe“.

ten *a tota frontaria* von den Heiden verjagt worden.²⁴ Das Lager der Rigaer Kirche behauptete, dass Polock einst von einem Fürst ohne legitimen Nachfolger regiert worden sei, weshalb dieser sein Land an die Kirche übergeben hätte. Durch die Schuld des Deutschen Ordens aber besäßen die heidnischen Litauer das Land, und zwei Kathedralen, *Czelouiensis videlicet et Rutheniensis ecclesie consistentes in regno predicto*, seien zerstört worden.²⁵ Der Deutsche Orden seinerseits konnte sich mit dem Beweis rechtfertigen, dass Polock immer eine Stadt der russischen Kirche gewesen sei.²⁶

Dass der Herrscher von Polock zum Christentum bekehrt worden sein soll, verweist auf sein früheres Heidentum, weshalb hier an Tautwil zu denken ist.²⁷ Dieser hatte zwar zumindest einen Sohn,²⁸ doch konnte dessen Legitimität als Kind heidnischer Eltern von der Rigaer Kirche in Zweifel gezogen werden. Die Behauptung, dass Tautwil keinen Erben gehabt habe und Polock einst lateinisch gewesen sei, ist mehr als fünfzig Jahre später aufgeschrieben worden, weshalb man hierin mehr eine Art Wunschbild als detailtreue Information über historische Geschehnisse sehen sollte. Aber auch zeitlich unmittelbare Quellen sprechen über ein russisches Suffraganbistum von Riga. Auf eine Bitte des Erzbischofs nahm Papst Alexander IV. 1255 Albert Suerbeer mit allen seinen Suffraganbistümern unter seinen Schutz und in dieser, ursprünglich offensichtlich nicht aus der päpstlichen Kanzlei, sondern aus der nächsten Umgebung Suerbeers stammenden Liste der Bistümer stehen neben den Bistümern von Ösel/Saaremaa, Dorpat, Kurland, Wirland/Virumaa, Culm, Ermland/Warmia, Pomesanien/Pomezania und Samland/Sambia noch die Bistümer *Rutheniensem et Wersoniensem*.²⁹ Obwohl die Histori-

²⁴ Zeugenverhör (wie Anm. 21), S. 57, T. VIII §182, S. 164, B. IV §13, S. 169, B. V §13.

²⁵ Zeugenverhör (wie Anm. 21), S. 169, B. V §14 (Var.: „Goloviensis videlicet et Puchemensis“); vgl. JOSEPH BENDER: De Livoniae, Estoniae, Prussiae vicinarumque terrarum episcopis saec. XIII. apud Germaniae ordinarios peregrinantibus commentatio, in: Index lectionum in Lyceo Regio Hosiano Brunsbergensi per aetatem a die XXIX. Aprilis MDCCLXVII instituendarum, Brunsbergae 1867, S. 3-17, hier S. 6-f. Weitere Schreib- und Lesarten: „Colomensis videlicet et Rutheniensis“ (LUB, Bd. 2, S. 50, Nr. 630; Codex diplomaticus regni Poloniae et magni ducatus Lituaniae, hrsg. von MACIEJ DOGIEL, Bd. 5, Vilnae 1759, S. 34, Nr. 37); „Zelouiensis videlicet et Rutheniensis“ (IOANNIS DŁUGOSSI seu Longini Historiae Polonicae libri XII, Bd. 1, Lipsiae 1711, Liber IX, sub anno 1311, S. 947).

²⁶ Zeugenverhör (wie Anm. 21), S. 200, B. IX §215-216.

²⁷ MANFRED HELLMANN: Das Lettenland im Mittelalter. Studien zur ostbaltischen Frühzeit und lettischen Stammesgeschichte, insbesondere Lettgallens, Münster, Köln 1954 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 1), S. 195; DIRCKS, Russisch-livländische Beziehungen (wie Anm. 3), S. 28f.

²⁸ NL1, S. 84.

²⁹ LVA, Nr. 418; Vetera monumenta Poloniae et Lithuaniae gentiumque finitimarum historiam illustrantia, hrsg. von AUGUSTIN THEINER, Bd. 1, Romae 1860, Nr. 124. Weitere Schreib- und Lesarten: „Ruteniensem et Wersoviensem“ (LUB, Bd. 1, Nr. 282); „Rutheniensem et Wersoniensem“ (PUB, Bd. 1/1, Nr. 317); „Ru-

ker sich meist davon überzeugt zeigen, dass das „Russische Bistum“ hier Polock bedeutet,³⁰ ist dies keinesfalls eindeutig. Man hat auch vermutet, dass hier Karelien und Watland³¹ oder Pleskau/Pskov gemeint waren.³² Zwar handelt es sich hier gleichzeitig um eine Liste der Machtansprüche, weil der Bischof von Wirland als ein Suffraganbischof von Riga nur ein Titularbischof war, der wahrscheinlich nie Wirland besucht hat. Wirland, der nordöstliche Teil Estlands, war von Dänemark aus christianisiert worden und stand in den 1250er Jahren kirchlich schon fest unter der Kontrolle des Bischofs von Reval/Tallinn, eines Suffraganbischofs von Lund.³³ Es ist nicht mehr festzustellen, ob das katholische Bistum Polock zu irgendeinem Zeitpunkt tatsächlich existierte, oder ob es sich dabei nur um Rigaer Präventionen handelte. In einigen Quellen wird neben dem Russischen Bistum noch die *Czelouiensis ecclesia* genannt, wie bereits zitiert wurde. Dies meinte Selonien,³⁴ ein 1218 gegründetes und de facto besitzloses Missionsbistum, da dessen vorgesehene Territorium bereits 1226 mit dem Bistum Riga vereinigt worden war. Der Bischof erhielt dafür wiederum Semgallen, eine Landschaft, die damals noch nicht end-

thenensem; Wersomensem“ (Die päpstlichen Kanzleiordnungen von 1200–1500, hrsg. von MICHAEL TANGL, Innsbruck 1894, S. 13); „Ruthenensis; Worthonienensis; Semigallensis“ (LEONID ARBUSOW: Römischer Arbeitsbericht II., in: Latvijas Universitātes Raksti 20 [1929], S. 475–657, hier S. 491–493; Päpstliche Urkunden und Regesten aus den Jahren 1343–1378, die Gebiete der heutigen Provinz Sachsen und deren Umlande betreffend, Hrsg. von PAUL KEHR, GUSTAV SCHMIDT, Halle 1889 [Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete 22], S. 386); „Litoniensem tenent infideles; Zimaliensem“ (HEINRICH DIEDRICH: Die Annaten-Taxe der livländischer Bistümer, in: Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Althertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands aus dem Jahre 1873 [1874], S. 27–30, hier S. 30). Die letzten Versionen stammen aus den Bistumslisten des 14. Jahrhunderts, die aus fiskalischen Gründen zusammengestellt worden sind; wahrscheinlich deswegen sind hier möglichst viele Bistümer einer Kirchenprovinz erwähnt, dadurch ist auch das damals schon längst nicht mehr existierende Bistum Selonien-Semgallen versehentlich doppelt aufgeführt worden. Siehe auch EMIL GÖLLER: Der Liber taxarum der päpstlichen Kammer, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 8 (1905), S. 113–173, 305–343.

³⁰ AMMANN, Kirchenpolitische Wandlungen (wie Anm. 4), S. 273; HELLMANN, Lettenland (wie Anm. 27), S. 184f; PAUL JOHANSEN: Das Lettenland im Mittelalter, in: ZfO 5 (1956), S. 106–111, hier S. 110; DIRCKS, Russisch-livländische Beziehungen (wie Anm. 3), S. 28f.

³¹ ARTTURI H. WIRKKUNEN: Albert Suerbeeri aegsed üritused Roomakatoliku usku Venes levitada [Die Versuche den römischen Katholizismus in der Rus' zu verbreiten in der Zeit von Albert Suerbeer], in: Ajalooline Ajakiri 4 (1925), S. 41–44, hier S. 43.

³² GOETZE, Albert Suerbeer (wie Anm. 8), S. 71; WŁADYSŁAW ABRAHAM: Powstanie organizacyi kościoła łacińskiego na Rusi [Die Entstehung der lateinischen Kirchenorganisation in der Rus'], Bd. 1, Lwow 1904, S. 145f.

³³ GEORG KAESTNER: Das refundierte Bistum Reval. Untersuchungen zur Geschichte von Harrien und Wirland im dreizehnten Jahrhundert, Göttingen 1876.

³⁴ So schon JOHANSEN, Lettenland (wie Anm. 30), S. 110; vgl. ABRAHAM, Powstanie organizacyi kościoła łacińskiego (wie Anm. 32), S. 150f.

gültig unterworfen war. 1251 fand wieder eine Neuordnung statt und das Stift Sempgallen wurde zwischen dem Deutschen Orden und der Kirche von Riga aufgeteilt. Der letzte Bischof von Sempgallen wurde nun Bischof von Kurland, wodurch das Bistum Kurland gegründet wurde. Weil *Wersoniensis* und *Czelouiensis ecclesia* in einem Quellentext gleichzeitig nicht vorkommen, ist auch die *Wersoniensis ecclesia* wahrscheinlich mit Selonien gleichzusetzen.³⁵ Die Wortform *Wersonia* ist also mit einem Schreibfehler zu erklären, dem eine Texttradition zugrunde liegt. Wann genau Selonien, ein Gebiet an der Grenze Livlands zu Litauen und Polock, endgültig mit dem katholischen Livland vereinigt wurde, ist nicht bekannt. Der südliche Teil Seloniens blieb für immer unter Kontrolle der litauischen Fürsten. Am Ende des 13. Jahrhunderts führten Livland und Litauen hier jedenfalls fast ständig Krieg.

Grundsätzlich ist noch eine weitere Möglichkeit denkbar. Zwar wurde um 1232/33 Gerhard († nach 1254), Abt des Kollegiatstifts zu Opatów in Polen, zum katholischen Bischof in der Rus' geweiht.³⁶ Es ist vermutet worden, dass seine Missionstätigkeit in Verbindung mit Bischof Christian von Preußen zustande kam.³⁷ Als jetzt Albert Suerbeer „Erbe“ Christians wurde, könnte Suerbeer auch deswegen Russland als einen Teil seiner Kirchenprovinz betrachtet haben. Weil aber am Anfang des 14. Jahrhunderts gerade Polock als Standort der *Rutheniensis ecclesia* genannt wurde,³⁸ ist hier doch wohl Polock zu bevorzugen. Polock war ein alter orthodoxer Bischofssitz, und aufgrund der politischen Verbindung Polocks mit Riga

³⁵ Vgl. die Hypothesen bei: GOETZE, Albert Suerbeer (wie Anm. 8), S. 70, 144-146, wo eine fehlerhafte Lesung des Wortes „Revaliensis“ vermutet wird; JOHANSEN, Lettenland (wie Anm. 30), S. 110 wo nach Leonid Arbusow „Wersonia“ mit Karšuva identifiziert wird, da 1259-1260 die Ordensburg Georgenburg errichtet wurde. HELLMANN, Lettenland (wie Anm. 27), S. 185f., denkt an Viški etwas nördlich von Dünaburg; TAUBE, Russische und litauische Fürsten (wie Anm. 2), S. 497, identifiziert den Ortsnamen mit Galēni ca. 20 km südlich von Varakļāni.

³⁶ Kronika Wielkopolska [Großpolnische Chronik], hrsg. von BRYGIDA KÜRBIŚ, Warszawa 1970 (Pomniki dziejowe Polski seria 2, 8), S. 82 §61, S. 101 §105; Documenta Pontificum Romanorum (wie Anm. 10), Nr. 6.

³⁷ HERBERT LUDAT: Bistum Lebus. Studien zur Gründungsfrage und zur Entstehung und Wirtschaftsgeschichte seiner schlesisch-polnischen Besitzungen, Weimar 1942, S. 216-278; GOTTHOLD RHODE: Die Ostgrenze Polens. Politische Entwicklung, kulturelle Bedeutung und geistige Auswirkung, Bd. 1, Köln, Graz 1955 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 2), S. 158-161; JÓZEF SZYMAŃSKI: Kanonicy opatowscy w planach polityki ruskiej z przełomu XII i XIII wieku [Die Kanoniker von Opatów in den Plänen der Russlandpolitik an der Wende des 12. zum 13. Jahrhunderts], in: Przegląd Historyczny 56 (1965), S. 388-396; НАТАЛЬЯ ЩАВЕЛОВА: Древнерусские известия Великопольской хроники, in: Летописи и Хроники 1976 г., Москва 1976, S. 54-66, hier S. 62-64; TERESA DUNIN-WĄSOWICZ: Projets missionnaires cisterciens dans la Rus' du sud-ouest aux XIIe-XIIIe siècles, in: Harvard Ukrainian Studies 12-13 (1988-1989), S. 531-550, hier S. 538-540.

³⁸ Zeugenverhör (wie Anm. 21), S. 200, B. IX §215; S. 27 T. VII §14.

dürfte er von katholischen Kirchenfürsten wenigstens theoretisch als ein Suffragan von Riga betrachtet worden sein.

In Litauen wurden 1263 Mindowe und seine zwei Söhne ermordet. Noch im selben Jahr wurde auch einer der Verschwörer beseitigt: Tautwil. Dessen anonymen Sohn flüchtete nach Novgorod. Der neue Herrscher in Polock wurde Fürst Gerden von Nalsen (litauisch: Nalšia). Die Details der Machtübernahme sind unbekannt, und es ist auch ungewiss, wer genau die konkurrierenden Mächte im Kampf um die Herrschaft in Polock stellte. Während die Rigaer Kirche einerseits später behauptete, dass der Fürst von Polock, der keinen legitimen Erben habe, sein Land der Kirche übergeben hätte, besaß der Deutsche Orden einige Urkunden, denen zufolge Ostlettgallen dem Orden geschenkt worden sei. Eine in Riga ausgestellte Urkunde, datiert *коли богъ былъ 1000 лет и 200 летъ и 60 лет и 4 лет по роженъи божию дни за три дни*, d.h., den 28. Dezember 1264 oder – wahrscheinlicher – 1263 (abhängig davon, ob in Riga damals der 1. Januar oder der 25. Dezember als Jahresanfang galt),³⁹ vermeldet im Namen Gerdens, dass der Meister des Deutschen Ordens in Livland und die Stadt Riga mit Polock und Vitebsk einen Frieden geschlossen hätten. Gerden versprach, keine Ansprüche auf Lettgallen zu erheben und nicht in das Land einzudringen, das vom Fürsten Konstantin mit einer versiegelten Urkunde dem Orden übergeben worden war. Der Orden dagegen verzichtete auf das Polocker Land. Zusätzlich garantierte man sich gegenseitige Handelsfreiheiten.⁴⁰ Mehr als ein halbes Jahr später bestätigte Papst Urban IV. gleichzeitig mit einigen anderen Urkunden, von denen der Deutsche Orden profitierte, jenem den Besitz der Ländereien, die *Constantinus, rex Ruthenorum illustris, quasdam terras et possessiones in suo regno Rusciae vobis, prout spectabant ad eum, regia liberalitate donavit*.⁴¹ Die Bestätigung geschah somit aufgrund der Bitte des Ordens.

Die Urkunde Gerdens ist auf Russisch verfasst worden, aber entspricht dem lateinischen Urkundenformular und ist *anno Domini* datiert. Der Text ist nur in einer Kopie vom Anfang des 15. Jahrhunderts erhalten, weshalb der bekannte Mediävist Manfred Hellmann überlegt hat, ob es sich hier nicht um eine Fälschung handelt.⁴² Doch kann man einige Argumente gegen diese These anbringen. Die Urkunde Gerdens aus dem Jahre 1263 ist in Riga angefertigt worden, weil die litauischen Fürsten damals noch keine Kanzlei besaßen, und entspricht deswegen

³⁹ Siehe: BONNELL, Russisch-livländische Chronographie (wie Anm. 1), Chron. S. 76, Comm. S. 91f.

⁴⁰ PG, Bd. 1, Nr. 1; LUB, Bd. 6, Nr. 3036. Siehe auch PG, Bd. 3, S. 112-117.

⁴¹ LUB, Bd. 1, Nr. 380. Vgl. LUB, Bd. 1, Nr. 345 (1260), wo in einem Schutzprivileg von Papst Alexander IV. an den Deutschen Orden die zukünftigen Besitzungen des Ordens in der Rus' erwähnt werden, darunter sowohl die dem Orden legitim donierten als auch die von den Tartaren eroberten Ländereien.

⁴² HELLMANN, Lettenland (wie Anm. 27), S. 197-200.

der lateinischen Formel.⁴³ In Polock hat zu einer bestimmten Zeit ein Fürst unbekanntes Ursprungs namens Konstantin Handlos (*Безрукый*) regiert, der in der „Ermahnung“ des Tver’er Bischofs Simeon von Polock († 1289) erwähnt wird, der wiederum in den Quellen erstmals 1271-1272 als Bischof in Tver’ anzutreffen ist.⁴⁴ In der „Ermahnung“ wird ein Festmahl beim Fürsten beschrieben, während dessen der Bischof Simeon den Fürsten ermahnt habe, nur gerechte Vögte (*тиуны*) einzustellen. Falls dieser Konstantin in den 1260er Jahren in Polock regiert hat, könnte er mit dem Donator der Urkunde identisch sein.⁴⁵

Konstantin wird wiederholt in den vom Deutschen Orden im 14. Jahrhundert verfassten Quellen erwähnt. Hier werden sein Name und seine Donation mit dem Territorialstreit des Ordens mit dem Erzbischof von Riga in Verbindung gebracht. Der *konnick Constantinus van Ploskow* wurde auch als ein Wohltäter des Ordens bezeichnet und gepriesen.⁴⁶ Als der Orden und das Erzbistum wegen der Besitzrechte in der Umgebung des Lubahnscher See/Lubāna ezers in Lettgallen Prozesse führten, wurde die „Schenkung“ auch näher beschrieben. Als die Rigaer Kirche auf den See Anspruch erhob, erklärte der Orden, der See gehöre zur Ordensburg Rositten/Rēzekne und sei abgesehen von einem kleinen Teil schon immer im Ordensbesitz gewesen, da Fürst Konstantin von Polock das Land dem Orden geschenkt hätte.⁴⁷ Also betraf die Donation Ostlettgallen, d.h. das Ordensterritorium von Rositten und Ludsen/Ludza an der Polocker Grenze.

⁴³ Siehe auch: FRIEDRICH BENNINGHOVEN: Der Livländische Ordensmeister Konrad von Mandern, in: Hamburger mittel- und ostdeutsche Forschungen 6 (1967), S. 137-161, hier S. 152f.

⁴⁴ Наставление тверского епископа Семена, in: Библиотека литературы Древней Руси, hrsg. von ДМИТРИЙ С. ЛИХАЧЕВ u.a., Bd. 5, Санкт-Петербург 1997, S. 394f.; Кучкин, Особая редакция (wie Anm. 1), S. 244-245; Антон Горский: Русские земли в XIII-XIV веках. Пути политического развития, Москва 1996, S. 53, 106. Der Bischof „Симеон Полотский“ ist auch 1274 ohne eine Verbindung mit Tver’ erwähnt worden: Памятники древне-русского канонического права, Teil 1 (памятники XI-XV в.), 2. Ausgabe, Санктпетербург 1908 (Русская историческая библиотека 6), Nr. 6, S. 83f.

⁴⁵ Siehe: HELLMANN, Lettenland (wie Anm. 27), S. 201; ЕККЕHАRД КЛУG: Das Fürstentum Tver’ (1247-1485). Aufstieg, Selbstbehauptung und Niedergang, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 37 (1985), S. 7-355, hier S. 54-56.

⁴⁶ Die Statuten des Deutschen Ordens nach den ältesten Handschriften, hrsg. von МАХ РЕРLВАСН, Halle 1890, S. 132, §11.

⁴⁷ HERMANNI DE WARTBERGE Chronicon Livoniae, hrsg. von ERNST STREHLKE, in: Scriptores rerum Prussicarum. Die Geschichtsquellen der preussischen Vorzeit bis zum Untergange der Ordensherrschaft, Bd. 2, Leipzig 1863, S. 9-178, hier S. 153, §9; LUB, Bd. 2, Nr. 1036 §9; LUB, Bd. 6, Nr. 2884 §9. Siehe auch HEINRICH LААКMANN: Zur Geschichte Heinrichs von Lettland und seiner Zeit, in: Beiträge zur Kunde Estlands 18 (1932-34), S. 57-102, hier S. 100f.; ARVEDS ŠVĀBE: Strāumes un avoti [Flüsse und Quellen], Bd. 2, [Lincoln] 1965, S. 385f.; HELLMANN, Lettenland (wie Anm. 27), S. 196.

Während der Unterwerfung des Gebietes standen sich der Deutsche Orden und der Erzbischof von Riga als Konkurrenten gegenüber. Der detaillierte Verlauf dieser Geschichte ist allerdings unmöglich zu rekonstruieren, sicher ist, dass alle Beteiligten Erfolge und Misserfolge zu verzeichnen hatten. In den 1260er-1270er Jahren existierte eine Ordensburg Wolkenburg südlich vom Rāzna-See.⁴⁸ Es ist vermutet worden, dass die Burg unmittelbar nach Konstantins Schenkung gegründet worden ist.⁴⁹ Die Ordensburg Rositten existierte spätestens in den 1280er Jahren. Die Unterwerfung der verschiedenen Landschaften Alt-Livlands im 13. Jahrhundert bedeutete aber nicht nur militärische Eroberung, sondern auch Befestigung der politischen Obermacht mithilfe anderer Instrumente – ungleiche Bündnisverträge, „Doppelvasallität“ u.a.m. Die rechtliche und politische Lage der einzelnen Landschaften konnte ziemlich verschieden sein, eine Egalisierung kam erst im Laufe der Zeit zustande. Das südöstliche Lettgallen wurde am Anfang des 13. Jahrhunderts offensichtlich bis zu einem gewissen Grade von Polock kontrolliert. 1209 musste der teilweise von Polock abhängige lettgallische Dünafürst Vsevolod von Gerzike mit Bischof Albert von Riga einen Vassalitätsvertrag abschließen.⁵⁰ Dessen ungeachtet führte Vsevolod auch danach seine ziemlich unabhängige Politik weiter, obwohl der Einfluss Rigas in seinem Machtbereich immer stärker wurde. Um 1226 konkurrierte in Lettgallen ein Lehensmann des Bischofs von Riga, Theoderich von Kokenhusen, mit dem Schwertbrüderorden um Besitzrechte.⁵¹ 1256 galt diese Gegend (*Warkunde*) schon als

⁴⁸ LUB, Bd. 1, Nr. 378, 425, 426, Regest Nr. 423; Siegel und Münzen der weltlichen und geistlichen Gebietiger über Liv-, Est- und Curland bis zum Jahre 1561 nebst Siegeln einheimischer Geschlechter, hrsg. von JOHANNES SACHSSENDAHL, Reval, 1887 (Est- und Livländische Brieflade 4), Nr. 83, S. 79f.; GOETZE, Albert Suerbeer (wie Anm. 8), S. 212, Nr. 24, Tafel 3, Nr. 12. Vgl. LUB, Bd. 2, Nr. 873, 874, 875, 900, die jedoch nicht beweisen, dass die Burg noch im 14. Jahrhundert existierte, wie es behauptet wurde bei ANDRIS CAUNE, IEVA OSE: *Latvijas 12. gadsimta beigu - 17. gadsimta vācu piļu leksikons* [Lexikon der deutschen Burgen in Lettland des 12.-17. Jahrhunderts], Rīga 2004 (Latvijas viduslaiku pils 4), S. 320-323.

⁴⁹ TAUBE, *Russische und litauische Fürsten* (wie Anm. 2), S. 409, 463; HELLMANN, *Lettenland* (wie Anm. 27), S. 192-194 vgl. BENNINGHOVEN, *Der Livländische Ordensmeister* (wie Anm. 43), S. 153. Siehe auch: KLAUS MILITZER: *Von Akkon zur Marienburg. Verfassung, Verwaltung und Sozialstruktur des Deutschen Ordens 1190-1309*. Marburg 1999 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 56; Veröffentlichungen der Internationalen historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens 9), S. 377. Einer anderen Meinung zufolge ist die Burg noch vom Schwertbrüderorden vor 1236 gegründet worden. Siehe HELLMANN, *Lettenland* (wie Anm. 27), S. 192 (Hinweis auf eine mündliche Vermutung von Heinrich Laakmann); FRIEDRICH BENNINGHOVEN: *Der Orden der Schwertbrüder. Fratres milicie Christi de Livonia*, Köln, Graz 1965 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 9), S. 316f.

⁵⁰ *Livländische Güterurkunden*, Bd. 1 (aus dem Jahren 1207 bis 1500), hrsg. von HERMANN VON BRUININGK, NICOLAUS BUSCH, Riga 1908, Nr. 2; HEINRICHS *Livländische Chronik*, bearb. von LEONID ARBUSOW, ALBERT BAUER, Hannover 1955 (*Scriptores rerum germanicarum in usum scholarum ex MGH separatam editi*), S. 71, XIII.4.

⁵¹ LUB, Bd. 1, Nr. 84; LVA, Nr. 129.

Ordensterritorium, jedoch unter dem Vorbehalt, dass den Leuten des Erzbischofs hier, wie früher, freier Fischfang erlaubt war.⁵² Im 15. Jahrhundert war *Warka* (offensichtlich Varakļāni südlich des Lubahnschen Sees) zwar noch immer ein Lehen der Familie von Tiesenhausen, der Erben des Theoderichs von Kokenhusen, lag aber auch jetzt im Ordensgebiet.⁵³ Während also in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts der Deutsche Orden in Lettgallen erfolgreich war, versuchte das Erzbistum seinen Einfluss in Polock zu sichern, der Orden aber befestigte seine Besitztitel mit den Urkunden Konstantins.

Nach der Ermordung Tautwils herrschte in Polock eine politisch wohl sehr unsichere Lage. Weil die Rigaer Kirche später behauptet hat, dass sie Polock durch Tautwil für den Katholizismus gewonnen hätte, der Deutsche Orden sich aber mit Konstantin gegen die Präntionen des Erzbistums wehrte, dürfte Konstantin unter der Tautwil-feindlichen Opposition in Polock zu suchen sein. Er könnte ein Vertreter der alten Polocker Dynastie gewesen sein,⁵⁴ oder aber einem Smolensker Fürstengeschlecht angehört haben. Die Urkunde Gerdens von Nalsen, der ja Polock bis zu seinem Tode 1267 beherrschte,⁵⁵ passt gut zu der politischen Situation in den 1260er Jahren. Gerden erkannte die Oberherrschaft des orthodoxen litauischen Großfürsten Woischelg/Vaisilkas an, der von Wolhynien abhängig war. Um 1265 wird ein Izjaslav als Fürst von Polock erwähnt, der wie auch der in derselben Urkunde erwähnte Fürst Izjaslav von Vitebsk von Woischelg abhängig war.⁵⁶ Der Namensform nach zu urteilen könnten beide Izjaslavs Vertreter der alten Polocker Dynastie sein. Woischelg hatte gute Beziehungen zum

⁵² LUB, Bd. 1, Nr. 288; LVA, Nr. 432; HERMANNI Chronicon (wie Anm. 47), S. 40. Vgl. LUB, Bd. 1, Nr. 329, 330; LUB, Bd. 2, Nr. 968; BENNINGHOVEN, Orden (wie Anm. 49), S. 455, Nr. 125; Ritterbrüder im livländischen Zweig des Deutschen Ordens, hrsg. von LUTZ FENSKE, KLAUS MILITZER, Köln, Weimar, Wien 1993 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte 12), S. 318, Nr. 396.

⁵³ Livländische Güterurkunden (wie Anm. 50), Nr. 554, 558. Siehe auch: Des Bannerherrn HEINRICH VON TIESENHAUSEN des Aelteren von Berson ausgewählte Schriften und Aufzeichnungen, hrsg. von RICHARD HASSELBLATT, s.l. 1890, S. 11, vgl. S. 41; HEINRICH LAAKMANN: Zur Geschichte des Grossgrundbesitzes im Erzstift Riga in älterer Zeit, in: Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga. Vorträge zur Hundertjahrfeier am 6.-9. Dezember 1934, Riga 1936, S. 51-62, hier S. 60.

⁵⁴ Vgl. NICOLAS DE BAUMGARTEN: Généalogies et mariages occidentaux des Rurikides Russes du Xe au XIIIe siècle, Roma 1927 (Orientalia christiana Bd. 9/1, Nr. 35), S. 33.

⁵⁵ Новгородская четвертая летопись, hrsg. von ФЕДОР И. ПОКРОВСКИЙ u.a., Москва 2000 (PSRL 4/1), S. 236 („и Гердея оубиша“); vgl. NL1, S. 84f., 313f.; Ипатьевская летопись (wie Anm. 12), S. 860-863.

⁵⁶ PG, Bd. 1, Nr. 2; LUB, Bd. 6, Nr. 3037. Der Satz: „Чего ся есме отступили въ Ризе, к тому вамъ не прискывати ни люди, ни земли, ни воды, ни борти“ kann noch eine nachmalige Bestätigung der Echtheit der „Konstantinschen Schenkung“ sein. Vgl. HELLMANN, Lettenland (wie Anm. 27), S. 194; ГОРСКИЙ, Русские земли (wie Anm. 44), S. 53.

Deutschen Orden in Livland.⁵⁷ Die zitierte Urkunde Gerdens macht es wahrscheinlich, dass Konstantin seinerseits die Obermacht Gerdens anerkannte.

Gleich nach dem Tode von Tautwil, im Winter 1263-1264, war die politische Situation für den Donationsvertrags günstig. Indem der Vertrag die Macht Konstantins in Polock unterstützte und die Position des Ordens in Lettgallen sicherte, kam er auf Kosten des Erzbischofs zustande. Dass der Orden die Donation vom Papst bestätigen ließ, zeigt wiederum, dass zu den Gegnern des Abkommens auch Katholiken gezählt haben müssen. Eine weitere beteiligte Partei am Vertrag des Ordens mit Gerden war nämlich die Stadt Riga, die spätestens am Ende der 1260er Jahre gemeinsam mit dem Orden gegen den Erzbischof kämpfte.⁵⁸ Während der heftigen inneren Machtkämpfe in Litauen, und weil der Orden nach der verlorenen Schlacht bei Durben 1260 geschwächt war, sind die Verzichtleistungen von beiden Seite auch verständlich.

Die späteren Vorwürfe, dass durch die Schuld des Deutschen Ordens der Katholizismus in Polock seine Position verloren hätte, spiegeln eventuell den Vertrag des Ordens mit Gerden bzw. Konstantin wider, weil dadurch der Orden die Macht Gerdens in Polock billigte, wofür der Polocker Fürst seinen Rechten in Lettgallen entsagte. Ob es zur Zeit der Formulierung der livländischen „Konstantinschen Schenkung“ um die Anerkennung der schon tatsächlich vorhandenen Herrschaft des Ordens in Ostlettgallen ging oder ob es sich um die Aerkennung der lehensrechtlichen Obermacht des Ordens handelte, wobei die alten Besitzverhältnisse gewahrt werden sollten (*feudum oblatum*),⁵⁹ oder ob ein Thronprätendent das Gebiet dem Orden im Tausch für eine zukünftige Hilfe versprach, ist nicht eindeutig zu entscheiden.

Der Rigaer Magistrat beklagte sich ca. 1285-1300 beim Fürsten Michail von Vitebsk darüber, dass den Rigaer Kaufleuten in der Rus' allerlei Unrecht geschehen sei. Dabei wird erwähnt, dass in der Zeit, als Michails Vater Konstantin regierte, keinerlei Handelsstreitigkeiten vorgekommen seien.⁶⁰ Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieser Konstantin mit dem Polo-

⁵⁷ Livländische Reimchronik mit Anmerkungen, Namensverzeichnis und Glossar, hrsg. von LEO MEYER, Paderborn 1876, Vers 7133-7209. Vgl. HERMANNI Chronicon (wie Anm. 47), S. 45.

⁵⁸ Siehe: LUB, Bd. 1, Nr. 406, 412; PAUL JOHANSEN: Eine Riga-Wisby-Urkunde des 13. Jahrhunderts, in: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 37 (1957), S. 93-108.

⁵⁹ Vgl. ein Beispiel von *feudum oblatum* aus dieser Zeit: MAX PERLBACH: Urkunden des Rigaschen Capitel-Archives in der Fürstlich Czartoryskischen Bibliothek zu Krakau, in: Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands 13 (1886), S. 1-23, hier S. 17-18, Nr. 17b.

⁶⁰ LUB, Bd. 6, Nr. 3059. Zur Datierung des Briefs siehe: LEOPOLD K. GOETZ: Deutsch-Russische Handelsverträge des Mittelalters, Hamburg 1916 (Abhandlungen der Hamburgischen Kolonialinstituts 37. Reihe A: Rechts- und Staatswissenschaften 6), S. 332-334.

cker Namensvetter identisch war. Eine weitere Frage wäre, ob der Polocker Konstantin mit dem „Fürsten Konstantin, dem Schwager von Aleksandr“ identisch war, der 1262 gemeinsam mit Dmitrij, dem Sohn des Großfürsten Aleksandr Jaroslavič, sowie dem Bruder des Großfürsten Jaroslav und mit Tautwil Dorpat belagert und auch 1268 am Krieg gegen Livland teilgenommen hat.⁶¹ Aufgrund der Autorität Nikolaj Karamzins, eines der Begründer der russischen Historiographie, ist der „Schwager von Aleksandr“ fast einmütig als ein Sohn des Fürsten Rostislav von Smolensk identifiziert worden,⁶² da „Konstantin“ ein Leitname des Smolensker Fürstenhauses war. Dieser Konstantin, der „Schwager von Aleksandr“, kommt in den Quellen nur in Verbindung mit Novgorod vor und war offensichtlich von den nordostrussischen Fürsten abhängig.

Im letzten Viertel des 13. Jahrhunderts dauerten die Kämpfe um die dominierende Position in südöstlichen Lettgallen weiter an. Die Beteiligten an diesen Streitigkeiten waren auf der eine Seite Litauen und das von Litauen mehr oder weniger kontrollierte Polock sowie auf der anderen Seite der Deutsche Orden und das mit diesem konkurrierende Erzbistum Riga. Im Bezug auf die unsicheren Machtverhältnisse in Litauen kamen wahrscheinlich auch in Polock häufige Fürstenwechsel vor. Der Ordensmeister in Livland Ernst von Ratzeburg (1274-1279) baute an der Stelle der lettgallischen Wallburg Naujene (auch Novene) eine neue Festung Dünaburg, die aber bald danach an die Litauer abgetreten und erst 1313 wieder gegründet wurde.⁶³ Vor dem Inquisitor Franciscus de Moliano wurde ausgesagt, dass der Deutsche Orden zwei Burgen den Heiden übergeben hätte. Offensichtlich waren hier Polock und Dünaburg gemeint.⁶⁴ Während dieser und der späteren Prozesse wurde der Orden beschuldigt, dass er die Dünaburg dem Erzbischof weggenommen und/oder den Litauern verkauft bzw. auf Befehl der Litauer zerstört habe.⁶⁵ Der Orden rechtfertigte sich und tat kund, dass die Dünaburg immer

⁶¹ NL1, S. 83, 86, vgl. S. 620; vgl. LUB, Bd. 1, Nr. 546 (Datum 1271); ROWELL, *Between Lithuania and Rus* (wie Anm. 4), S. 13-16.

⁶² НИКОЛАЙ КАРАМЗИН: *История государства Российского*, Buch 1 (Bd. 1-4), Москва 1988, Bd. 4, S. 56, Anm. 107. Als Quelle werden hier Geschlechtsbücher („родословные книги“) erwähnt. Siehe auch: ВАЛЕНТИН Л. ЯНИН: *К вопросу о датировке экземпляров Д и К „Смоленской правды“*, in: *Археографический ежегодник за 1968 года*, Москва 1970, S. 102-108, hier S. 105f. Vgl. die eher hagiographische Darstellung: ЮРИЙ БЕГУНОВ: *Александр Невский. Жизнь и деяния святого и благоверного великого князя*, Москва 2003 (*Жизнь замечательных людей 1041*), S. 150, 167, wo der „Schwager“ für einen Fürst von Vitebsk und gleichzeitig für einen Sohn Tautwils gehalten wird.

⁶³ HERMANNI *Chronicon* (wie Anm. 47), S. 48, 56-57; *Livländische Reimchronik* (wie Anm. 57), Vers 8169-8294.

⁶⁴ *Zeugenverhör* (wie Anm. 21), S. 40, T. VII §182, S. 164, B. IV §13. Vgl. ТАУБЕ, *Russische und litauische Fürsten* (wie Anm. 2), S. 495-497.

⁶⁵ HERMANNI *Chronicon* (wie Anm. 47), S. 152 §7; *Zeugenverhör* (wie Anm. 21), S. 7, T. VI §13, S. 27, T. VII §13, S. 40, T. VII §182, S. 111, T. XX §13, S. 126, T. XXII §182, S. 164, Beil. IV §13; LUB, Bd. 2, Nr. 968.

eine Ordensburg gewesen sei.⁶⁶ Was Polock betrifft, ist hier wahrscheinlich immer noch die „Konstantinische Schenkung“ gemeint.

Die Quellen zur Geschichte des Fürsten Konstantin von Polock sind knapp und widersprüchlich. Wichtig ist, dass seine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Orden in Livland in den 1260er Jahren eindeutig beweisen kann, dass die politische Zusammenarbeit zwischen katholischen und orthodoxen Würdenträgern damals noch problemlos möglich war. Die Kämpfe um die Vormacht in Livland, in Litauen und in Polock waren miteinander verbunden und es handelte sich nicht um voneinander getrennte Konfessionsgebiete. Die politische Zusammenarbeit machte alle Grenzen flexibel und durchlässig. Schließlich ist auch im Falle der livländischen Geschichte immer daran zu denken, dass Quellen, die in Interessen der Machtrivalität entstanden sind, nicht nur die historische Sachlage, sondern auch historische Wunschbilder widerspiegeln können.

SUMMARY

Prince Constantine of Polotsk and Livonian history in the third quarter of the 13th century

The 13th and 14th century sources that are related to the Livonian branch of the Teutonic Order repeatedly mention a Polotsk prince Constantine who supposedly gave Latgale (East Latvia) to the Teutonic Order and whose activities apparently took place around the 1260s. Different historians have identified prince Constantine with rather different Russian princes. The background to the Livonian texts mentioning Constantine is a bitter controversy between the Archbishop of Riga and the Teutonic Order over hegemony in Livonia and competition for the subjugation of East Latvia in the 13th and 14th century. Sources describing these events are biased and deeply polemical. The article identifies Prince Constantine with a representative of the Polotsk or Smolensk local dynasty who came into power in Polotsk for some time after the death of Lithuanian Prince Tautvila in 1263. While Tautvila as the Prince of Polotsk had associated himself with the Riga Archdiocese – for which reason the archdiocese could later argue in its dispute with the Order that Polotsk had been Catholic but because of the Teutonic Order had fallen into the hands of pagans or the schism again, – Constantine was in alliance with the Teutonic Order. It is not known whether Constantine actually “gave” Latgale to the Teutonic Order (possibly in winter 1263-1264) as a seigni-

⁶⁶ HERMANNI *Chronicon* (wie Anm. 47), S. 152 §7; LUB, Bd. 2, Nr. 1036 §7; Zeugenverhör (wie Anm. 21), S. 201, B. IX §236-239.

Die Briefe an den Papst über den Estenaufstand 1343

VON SULEV VAHTRE

Im Jahre 1961 veröffentlichte Dr. Hans Koeppen im dritten Band des „Preußischen Urkundenbuches“ die Regesten von drei Urkunden, die über den Estenaufstand 1343 (estn. *Jüriöö ülestõus*; „Aufstand der St. Georgsnacht“) berichten, so wie sie im Jahre 1502 im Inventar (Verzeichnis) des in Rom, an der päpstlichen Kurie befindlichen Archivs des Generalprokurators des Deutschen Ordens niedergeschrieben worden waren.¹ Als Erläuterung zu deren Einbeziehung in das „Preußische Urkundenbuch“, „in das sie – streng genommen – nicht gehören“, verwies Koeppen darauf, dass eine dieser Urkunden das früheste Dokument über den Estenaufstand des Jahres 1343 darstelle, alle drei aber in der gesamten Literatur völlig unbekannt seien und auch in der damals gerade erschienenen Publikation von Quellen zur Geschichte des Mittelalters in Dänemark² nicht verzeichnet waren.

Der Generalprokurator des Deutschen Ordens an der päpstlichen Kurie war ein bedeutender und gewählter Amtsträger, durch den die Kommunikation des Ordens mit dem Papst hauptsächlich abgewickelt wurde.³ Sein Verhältnis zum Papst war doppeldeutig: Einerseits war er ständiger Gesandter des Ordensstaates am päpstlichen Hof, andererseits wurde er, da er einer direkt dem Papst unterstellten Korporation angehörte, als solcher bis zu einem gewissen Grade in den päpstlichen Hof eingegliedert. So manches Mal nahmen die Generalprokuratoren die vom Papst auferlegten Amtsaufgaben an der Kurie oder woanders wahr und fungierten als offizielle Vertreter des Papstes.

Der Generalprokurator des Ordens war ein äußerst wichtiger Sammler und Vermittler von Informationen. Am päpstlichen Hof verkehrten ständig viele Menschen und dorthin gelangten die Nachrichten aus der ganzen damaligen christlichen Welt. Der Generalprokurator besorgte

¹ Preußisches Urkundenbuch, Bd. 3. Nachträge, hrsg. von HANS KOEPPEN, Marburg, 1961, Nr. 767, 768, 769, S. 655-656.

² Diplomatarium Danicum, 3. Reihe, Bd. 1, hrsg. von CARL ANDREAS CHRISTENSEN, København 1958.

³ Siehe: KURT FORSTREUTER: Die Geschichte der Generalprokuratoren von den Anfängen bis 1403, Göttingen 1961 (Die Berichte der Generalprokuratoren des Deutschen Ordens an der Kurie, Bd. 1. Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Heft 12); JAN-ERIK BEUTTEL: Der Generalprokurator des Deutschen Ordens an der Römischen Kurie. Amt, Funktionen, personelles Umfeld und Finanzierung, Marburg 1999 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 55).

Informationen für seinen Orden und verbreitete seinerseits Informationen im Interesse dieses Ordens. Er verfügte in Rom über eine repräsentative Residenz mit Häusern und Kirchen. Wenn sich der Papst anderswo aufhielt, zog auch der Generalprokurator mit seinen Gehilfen und dem Haushalt dorthin nach. So residierte er auch während der Avignonschen Periode der Päpste (1309-1367, 1370-1377) in Avignon. Zur Zeit des Aufstandes in der St. Georgsnacht nahm Helmich Rone aus Preußen diese Funktion wahr.

Im Laufe der Zeit entstand das Archiv des Generalprokurators, das jedoch entweder völlig vernichtet bzw. noch nicht gefunden worden ist. Das im Jahre 1502 in Rom erstellte Inventar „Privilegia et iura domus ordinis Theutonicorum. Rome. Anno MDII“⁴ bietet über die damals im Archiv befindlichen Materialien jedoch einen recht guten Überblick, und die zu jeder einzelnen Urkunde erstellten Kurzregesten, die den Grundinhalt wiedergeben, scheinen sachkundig zu sein. Bei den hierin angeführten Urkunden handelt es sich meist jedoch nicht um Originale, sondern um Abschriften (Transsumpte).

Bald nach seiner Erstellung wurde das Inventar des Jahres 1502 samt vielen anderen Ordensurkunden ins damalige Zentralarchiv des Ordens nach Königsberg gebracht, wo es, zuletzt im Bestand des Historischen Staatsarchivs Königsberg, bis zum Zweiten Weltkrieg aufbewahrt worden ist. Vor dem Krieg hatte man das Königsberger Archiv in die Bergwerke Grasleben, danach nach Goslar evakuiert; anschließend gelangte es ins Archivalager Göttingen. Gegenwärtig befindet es sich in Berlin/Dahlem im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.

Bei den drei Regesten im Inventar des Jahres 1502, die für uns von Interesse sind, handelt es sich um die folgenden:

1) Das von Egbert(us) Korte⁵ erstellte Notariatsinstrument über drei Briefe fast gleichen Inhalts – im zweiten und dritten sind jeweils Anfang und Ende identisch. Verfasst wurden sie vom Bischof Hermann von Ösel-Wiek, vom Revaler Bischof Olav und vom estländischen (harrisch-wierischen) Adel sowie von der Vasallenschaft (*nobiles*) und berichteten darüber, wie die Neugetauften Livlands (Neophyten) ins Heidentum zurückgefallen seien und alle Christen erschlugen (*quomodo neophite in Livonia redeuntes ad paganismum trucidarunt omnes Cristianos*).⁶ Am Ende des Regests steht als Datum der 22. April 1343 (*Actum anno Christi MCCCXLIII in profesto sancti Georgii martiris*), und wie bei allen Reges-

⁴ FORSTREUTER, Geschichte (wie Anm. 3), S. 29-43.

⁵ Der Kleriker Egbert Korte (*Ecbertus Korte[n]*) ist im Mai 1361 als Notar (*notarius publicus*) in Livland nachweisbar. Siehe: LEONID ARBUSOW: Livlands Geistlichkeit vom Ende des 12. bis ins 16. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Genealogie, Heraldik und Sphragistik 1901 (1902), S. 1-160, hier S. 48.

⁶ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (= GStAPK), XX:HA Historisches Staatsarchiv Königsberg, OF (= Ordensfolianten) 79, fol. 48v; Preußisches Urkundenbuch, Bd. 3, Nr. 767. Siehe auch FORSTREUTER, Geschichte (wie Anm. 3), S. 106.

ten im Inventar des Jahres 1502 wird zur Erleichterung der Benutzung am Rande eine Signatur angegeben, in diesem Falle lautet sie *Neophite in Livonia redeuntes ad paganismum interficiunt catolicos*.

Beim ersten Hinsehen erstaunt hier am meisten das Datum, der 22. April. Dem Ordenskaplan Bartholomäus Hoeneke, einem Zeitgenossen der Ereignisse, der selbst im Mai 1343 an einem gegen den Aufstand gerichteten Kriegszug des livländischen Ordenszweiges teilgenommen hatte, verdanken wir die sog. Jüngere Livländische Reimchronik, die detailreichste narrative Quelle zum Estenaufstand, die uns durch Johannes Renners ziemlich genaue Prosaerzählung und Balthasar Russows Nacherzählung bekannt ist. Hierin ist als Beginn des Aufstandes eindeutig die Nacht zum Georgstag, d.h. die Nacht vom 22. auf den 23. April angegeben.⁷ Mit dem lateinischen *profestum, in profesto* wurde im Mittelalter bei der Datierung im Allgemeinen der Vortag eines Feiertages (Heiligentages), bezeichnet (so wie auch *vigilia, in vigilia*), genauer formuliert konnte das Wort aber auch „am Abend vorher“, „am Vorabend“ bedeuten.⁸ Wie dem auch sei, die Datierung im Kortes Instrument dürfte in jedem Fall als der 22. April zu interpretieren sein.⁹

Mit Kortes Datierung stimmt auch diejenige Hermanns von Wartberge überein, des Nachfolgers von Hoeneke. Wartberge lehnte sich in seiner um 1378 vollendeten lateinischen „*Chronicon Livoniae*“ bei der Beschreibung des Aufstandes der St. Georgsnacht an Hoenekes Reimchronik an, fügte jedoch seinerseits einige Mitteilungen hinzu, indem er mitunter auch auf mündliche Überlieferungen zurückgriff. Nach den Worten Wartberges begann der Aufstand *in profesto S. Georgii*.¹⁰

Hoenekes und Wartberges Datierungen weichen voneinander ab, stehen jedoch nicht im Widerspruch zueinander. Wenn Wartberge tatsächlich den Vorabend gemeint haben sollte, dann ist auch das schon ein Teil der Nacht (der mit dem Sonnenuntergang einsetzt). Es fragt sich hierbei nur, ob der Aufstand vor oder nach Mitternacht ausbrach. Ob Wartberge, der an anderen Stellen im Chroniktext mehrmals die Bestimmung

⁷ BARTHOLOMÄUS HOENEKE: *Liivimaa noorem riimkroonika* [Jüngere Livländische Reimchronik], [hrsg. von SULEV VAHTRE], Tallinn 1960, S. 78-79, 122-123. Zu den Quellen des Aufstandes vgl. SULEV VAHTRE: Die Darstellung des Estenaufstandes 1343 bis 1345 in Deutschordenschroniken, in: *Aus der Geschichte Alt-Livlands. Festschrift für Heinz von zur Mühlen zum 90. Geburtstag*, hrsg. von BERNHART JÄHNIG, KLAUS MILITZER, Münster 2004 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission, Bd. 12), S. 55-69.

⁸ HERMANN GROTEFEND: *Zeitrechnung des deutschen Mittelalters und der Neuzeit*, Bd. 1, Hannover 1891, S. 159, 200-201.

⁹ Von Hans Koeppen (*Preußisches Urkundenbuch*, Bd. 3 [wie Anm. 1], Nr. 767) und FORSTREUTER, *Geschichte* (wie Anm. 3), S.106, wurde sie jedoch als 23. April interpretiert.

¹⁰ HERMANNI DE WARTBERGE: *Chronicon Livoniae*, hrsg. von ERNST STREHLKE, in: *Scriptores rerum Prussicarum*, Bd. 2, Leipzig 1863, S. 9-178, hier S. 62. Siehe auch HOENEKE, *Liivimaa noorem riimkroonika* (wie Anm. 7), S. 20-23, 106-107.

in nocte, „in der Nacht“¹¹, verwendet, die Anfangszeit des Aufstandes präzisieren wollte, bleibt jedoch fraglich.

Wie lässt sich aber Kortess Datierung erklären? Wenn wir, in Anlehnung an die Jüngere Reimchronik, dabei bleiben, dass der Aufstand in der Georgsnacht begann – und es gibt allen Grund, Hoenekes ausführlicher Beschreibung zu trauen –, dann lässt es sich nicht erklären, wie die drei miteinander koordinierten Briefe über den Aufstand – der eine in Hapsal/Haapsalu, die anderen in Reval/Tallinn, der eine der beiden letzteren sogar kollektiv – schon in dessen ersten Stunden (oder sogar davor!) hätten abgefasst und dann auch noch vom Notar abgeschrieben werden können.

Die Lösung scheint im Wortlaut der Datierung selbst zu liegen. In der Regel wurde im Mittelalter bei der Datierung von Urkunden zwischen den Bestimmungen *datum* und *actum* unterschieden: das Erstere bezeichnete den Zeitpunkt der Erstellung und der Übergabe der Urkunde und kann mit „gegeben“ übersetzt werden, mit dem Zweiteren wurden aber der Ort und der Zeitpunkt der durch die Urkunde bestätigten Handlung angegeben, in der Übersetzung „geschehen“.¹² In Kortess Instrument gibt es offensichtlich ein *actum*, womit man wohl den Zeitpunkt angeben wollte, wann der Aufstand sich ereignet (oder begonnen) hatte. Die Zeit der Niederschrift des Instrumentes ist somit nicht angegeben,¹³ auch ist der jeweilige Zeitpunkt, wann die darin angeführten drei Briefe abgefasst wurden, nicht genauer bekannt. Allerdings können wir nur vermuten, warum Korte – wie auch Wartberge – bei der Datierung des Aufstandes die Bestimmung *in profesto*, nicht *in nocte* bevorzugte.

2) Ein Brief des estländischen Adels und der Vasallenschaft (*littera nobilium ex terra Revaliensi*), versiegelt mit zwölf roten Wachssiegeln. Dieser an Papst Clemens VII. gerichtete Text berichtet darüber, wie die aufständischen Neophyten im Bistum Ösel Katholiken umbrachten und andere gesetzeswidrige Taten verübten, indem sie in die Irrtümer des Heidentums zurückgefallen seien (*quomodo neophiti in terra Osiliensi insurgentes occiderunt catholicos et alia enormia commiserunt in errores gentilitatis relabentes*).¹⁴ Datum den 5. Juni 1343. Am Rande finden wir: *Neophiti Ozilienses occidunt universos catholicos*.

Die zwölf Siegel sind zweifelsohne diejenigen der Mitglieder des aus den Vasallen Harrien-Wierlands bestehenden königlichen Rates, von

¹¹ DE WARTBERGE *Chronicon Livoniae* (wie Anm. 10), S. 87: *in nocte S. Mathei* (1369); *in nocte Oculi mei* (1373).

¹² Siehe z.B. PETER-JOHANNES SCHULER: Datierung von Urkunden, in: *Lexikon des Mittelalters*, Bd. 3, Stuttgart, Weimar 1999, S. 575-579.

¹³ FORSTREUTER, *Geschichte* (wie Anm. 3), S. 30, weist darauf hin, dass im Inventar des Jahres 1502 die Transsumpte oft undatiert sind; die Namen der Notare und Versiegler jedoch sind zumeist angegeben.

¹⁴ GStAPK, XX:HA, OF 79, fol. 50v; Preußisches Urkundenbuch, Bd. 3, Nr. 768.

denen es in der Regel genau zwölf gab. Somit handelt es sich um einen Brief des Leitungsorgans der Vasallen. Unter *Terra Osiliensi, Ozilienses* sind nicht Ösel/Saaremaa und die Osilianer, sondern das Bistum Ösel-Wiek und dessen Einwohner zu verstehen. Mit Rücksicht auf die Beschreibung der anderen Quellen, insbesondere derjenigen der Reimchronik Hoenekes, sind hier im engeren Sinne der Festlandsteil des Bistums und die Einwohner der Wiek/Läänemaa gemeint.

Es ist möglich, dass dieser Brief identisch ist mit demjenigen, der in Kortes Instrument als dritter nach den Briefen der Bischöfe von Ösel und Reval ebenfalls als *littera nobilium* bezeichnet wird. Es mutet jedoch merkwürdig an, dass die Ritter von Harrien-Wierland nur über den Aufstand in der Nachbarregion schreiben, nicht aber über den in ihrem eigenen Gebiet. Dies kann sich allerdings auch aus dem Belieben des Regestautors ergeben, sodass im Brief selbst durchaus vom Bistum Ösel und Reval die Rede gewesen sein mag, genauso wie in dem anschließend betrachteten Brief des Revaler Bischofs.

3) Ein Brief des Revaler Bischofs Olav, versehen mit seinem eigenen und zwei anderen Siegeln, abgefasst zusammen mit dem Abt von Padis/Padise (*Pades*). In diesem an Papst Clemens VI. gerichteten Text geht es darum, wie der Livländische Meister und die Ordensbrüder mit den vom Glauben abgefallenen Einwohnern der Wiek und der Landschaft Revala kämpften und sie für den katholischen Glauben zurückgewannen (*quomodo magister et fratres in Livonia deficientes Ezilienses et Revalienses dimicaverunt et eos ad catholicam fidem reduxerunt*).¹⁵ Datum den 6. Juni 1343. Am Rande finden wir: *Episcopus Revaliensis excusat magistrum et ordinem*.

Auch hier sind unter den *Ezilienses* offensichtlich die Einwohner der Wiek zu verstehen, sodass der Text mit den anderen Quellen übereinstimmt. Die Tatsache, dass die Briefe der Ritter von Harrien-Wierland und des Revaler Bischofs an aufeinander folgenden Tagen abgefasst wurden, weist auf ihre Koordinierung hin, die Unterschiede liegen im Inhalt – der Ersterer berichtet einfach über den Aufstand, der Zweitere unterstreicht die Tätigkeit des Ordens bei der Unterdrückung des Aufstandes (*excusat* – entschuldigt, rechtfertigt). Ob in den Briefen selbst dieser Unterschied so deutlich erkennbar war, bleibt jedoch fraglich, und auch hier ist auf das Ermessen des Regestautors Rücksicht zu nehmen. Im Inventar sind diese Regesten weder nebeneinander noch in der chronologischen Reihenfolge zu finden, der Brief des Bischofs vom 6. Juni befindet sich ein paar Seiten vor dem der Vasallenschaft vom 5. Juni.

Auch dieser Brief lässt die Vermutung zu, dass es sich um den Brief des Revaler Bischofs handeln könnte, der an zweiter Stelle im Kortes Instrument erwähnt wird.

¹⁵ GStAPK, XX:HA, OF 79, fol. 46v; Preußisches Urkundenbuch. Bd. 3, Nr. 769.

Die erste Schlussfolgerung, die sich aus den drei betrachteten Regesten ergibt, kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Die hierin angeführten Briefe (entweder drei, vier oder fünf) gehören in eine Reihe mit den im damaligen Verzeichnis des Livländischen Ordensarchivs angeführten Attesten, die Carl Schirren in Stockholm entdeckt und erstmals veröffentlicht hat,¹⁶ welche später auch im Liv-, est- und kurländischen Urkundenbuch editiert worden sind.¹⁷

All diese Atteste beweisen, wie es sich auch aus den äußerst knappen Regesten des Ordensarchiv-Verzeichnisses ergibt, dass der christliche Glaube in Livland nur mit Hilfe des Ordens habe gerettet werden können. Dies bestätigten die livländischen Stände am 6. Juli 1343, die Stadt Riga am 8. Juli 1343, der Bischof von Reval, die estländische Vasallenschaft und die Stadt Reval am 17. Oktober 1343 in ihren Briefen an den dänischen König; die Atteste der Stadt Reval, des Bischofs von Reval, des Abtes von Padis, der Bischöfe von Preußen und des Bischofs von Ösel aus demselben Jahr sind mit keinem Datum versehen. Am 24. Juni 1344 sprach auch König Waldemar IV. dem Orden seinen Dank aus.

Einige gleichartige Urkunden sind als Abschriften ebenfalls erhalten geblieben. Zunächst handelt es sich dabei um eine Urkunde der estländischen königlichen Räte (diesmal 15 an der Zahl) und der Vasallen vom 16. Mai 1343, welche davon berichtet, dass das Land vor dem Estenaufstand von niemand anderem als dem Orden gerettet worden sei, und dass man daher den Ordensmeister zum Schutzherrn, Leiter und Beschützer gewählt und ihm die Burgen von Reval und Wesenberg/Rakvere übergeben habe.¹⁸ Im Verzeichnis des Ordensarchivs ist auch die von der estländischen Vasallenschaft und dem Adel an ihren Führer erteilte Vollmacht vom 22. Mai 1343 angeführt, den Aufstand in Estland zu unterdrücken. Am 27. Oktober 1343 haben der Revaler Bischof Olav, der Dekan Gotfrid und das gesamte Kapitel, der Abt Gobelin des Klosters Roma auf Gotland, der Abt Nikolaus von Padis, der Vizeprior Wifbrand vom Revaler Dominikanerkonvent, 15 namentlich angeführte Räte des dänischen Königs, die Vasallenschaft des Königs und der Rat Revals eine Urkunde ausgestellt, in der sie ausführlich erklären, zu schwach gewesen zu sein, um die aufständischen Esten zu zügeln, und dass sie nur aufgrund der äußersten Notlage den Orden selbst um Hilfe baten, ohne welche der christliche Glaube im Lande nicht hätte beschützt werden können.¹⁹ Am Ende des Jahres 1343 wurde die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit dem Orden und zur gegenseitigen Unterstützung aufgrund der sich

¹⁶ CARL SCHIRREN: Verzeichniss livländischer Geschichts-Quellen in schwedischen Archiven und Bibliotheken, Dorpat 1861-1868, S. 135, Nr. 2005: 237-241, 243-250.

¹⁷ Liv-, Est- und Kurländisches Urkundenbuch (= LUB), Bd. 6, hrsg. von HERMANN HILDEBRAND, Riga 1873, Reg. 967 a, b, d, e, f, g, h, i, k, l, m.

¹⁸ LUB, Bd. 2, hrsg. von FRIEDRICH GEORG VON BUNGE, Reval 1855, Nr. 814.

¹⁹ LUB, Bd. 2 (wie Anm. 18), Nr. 820.

aus dem Estenaufstand ergebenden Gefahr vom Dorpater Bischof Wessel und vom Bischof Hermann von Ösel unterstrichen.²⁰

In der Urkunde vom 27. Oktober findet sich der bemerkenswerte Hinweis, dass eine solche Erklärung notwendig gewesen sei, um die gegen den Orden gerichteten Verleumdungen zu widerlegen. Aus dem Text kann herausgelesen werden, dass dem Orden der Einfall in das Gebiet anderer Landesherren vorgeworfen wurde, vielleicht waren aber auch die seit langem gegen den Orden generell erhobenen Anschuldigungen gemeint, sich kirchenfeindlich betätigt zu haben. Hinter solchen Anschuldigungen stand in erster Linie der politische Haupttrivale des Ordens, der Erzbischof von Riga. Auch in der Urkunde der Bischöfe von Dorpat und von Ösel wird direkt auf die Konflikte mit dem Erzbischof hingewiesen. Es ist gewiss kein Zufall, dass zwar auch die Stadt Riga unter denjenigen war, die dem Orden freundlich gesinnte Atteste verfasst haben, nicht aber der Erzbischof von Riga.

Die gesamte Aktion mit den Attesten war offenkundig durch den Orden veranlasst worden. Dazu wurden Zusammenkünfte der Vertreter der Stände organisiert, die nach Ansicht Oskar Stavenhagens am 16. Mai, am 6. Juli, am 27. Oktober und im Dezember 1343 stattgefunden haben;²¹ unter Anlehnung an das Inventar des Jahres 1502 kann dieser Liste der 5./6. Juni 1343 hinzugefügt werden.

Die bereits früher bekannten Atteste zeigen, dass der Orden insbesondere vor dem dänischen König seine Handlungsweise zu rechtfertigen versucht hatte. Aus dem Inventar des Jahres 1502 ergibt sich aber erstmals die wesentliche Schlussfolgerung, dass solche Atteste auch dem Papst vorgelegt worden sind. Es wäre logisch gewesen, dies auch schon früher anzunehmen, doch liegen erst jetzt sichere dafür Beweise vor. Der Estenaufstand wurde betont als ein religiöses Ereignis betrachtet – die Esten seien vom Christentum zurück ins Heidentum gefallen, die Unterdrückung des Aufstandes habe den christlichen Glauben wiederhergestellt, der Retter sei der Deutsche Orden gewesen, also war der Orden in Livland der sicherste Beschützer des katholischen Glaubens und der Kirche. Der Orden hatte solche Erklärungen dringend nötig und dies vor allen Dingen gegenüber dem Papst, denn die politischen Gegner des Ordens behaupteten hartnäckig, dass sich der Orden glaubens- und kirchenfeindlich betätige. Es war noch nicht sehr lange her, dass 1311/12 der Auditor des Papstes Franciscus de Moliano eine gründliche Inspektion in Livland durchgeführt hatte, als deren Ergebnis ein sehr langes Protokoll erstellt worden war, das zum Vorteil der Gegner des Ordens ausfiel.²² Mit dem Aufstand in der St. Georgsnacht entstand eine Situation,

²⁰ Akten und Recesse der Livländischen Ständetage, hrsg. von OSKAR STAVENHAGEN, Bd. 1 (1304-1460), Lieferung 1, Riga 1907, Nr. 39.

²¹ Akten und Recesse (wie Anm. 20), Nr. 35-39.

²² Das Zeugenverhör des Franciscus de Moliano (1312). Quellen zur Geschichte des Deutschen Ordens, bearb. von AUGUST SERAPHIM, Königsberg 1912.

die dem Orden eine ausgezeichnete Möglichkeit zur Rehabilitierung bot, und diese Gelegenheit wurde vom Orden auch maximal ausgenutzt.

Also wurde der Papst in Avignon nach kurzer Zeit vom Estenaufstand ausdrücklich in Kenntnis gesetzt, was sich schnell im kirchlichen Zentrum Europas, an der päpstlichen Kurie herumsprach. Hierbei handelte es sich um gehaltvolle Informationen, die hauptsächlich durch den damaligen Generalprokurator des Ordens Helmich Rone vermittelt und organisiert wurden. Es versteht sich, dass diese Informationen einseitig, in einem für den Orden günstigen Sinne geprägt waren. Das Faktum jedenfalls, dass sich der Aufstand ereignet hatte, war mitgeteilt worden und konnte sich wiederum von Avignon aus in die übrige katholische Welt verbreiten.

Wie groß der Einfluss dieser den Orden preisenden Informationen am päpstlichen Hof tatsächlich war und inwieweit der Orden damit die Lorbeeren ernten konnte, muss zunächst jedoch fraglich bleiben. Wahrscheinlich dürften die Aktien des Ordens gestiegen sein, doch legten auch die Rivalen ihre Hände nicht in den Schoß. Auch die livländischen Bischöfe hatten ihre Vertreter beim Papst, die Erzbischöfe von Riga lebten im 14. Jahrhundert sogar am päpstlichen Hof, als vier von ihnen, Isarnus von Fontiano, Friedrich von Pernstein, Engelbert von Dolen und Siegfried Blomberg, in Avignon sowie Fromhold von Vifhusen in Rom (1369) gestorben sind.²³

Im internen Kampf in Livland selbst konnte der Orden die angestrebte Hegemonie jedoch nicht erlangen. So betonte etwa die Stadt Reval im Jahre 1355 in einem Brief an den Papst die schwache Verbindung des Bistums Reval zum Livländischen Orden – man sei dem Ordensmeister nur in weltlichen Dingen unterstellt und auch dies nur in Vollmacht des Hochmeisters des Deutschen Ordens.²⁴ Im Brief wird zwar an den Aufstand der Neugetauften vor zwölf Jahren erinnert, die Dienste des Ordens bei dessen Unterdrückung werden jedoch mit keinem Wort erwähnt.

Allerdings wird aus dem Inventar des Jahres 1502 noch eine weitere, bisher unbekannte Tatsache ersichtlich, die eng mit dem Vorhergehenden verbunden ist. Der Orden wird nämlich noch 40 Jahre später, im Jahre 1373, in der Situation eines scharfen internen Kampfes mit dem Erzbischof von Riga – in diesem Jahr brach der sog. Habitstreit aus, in dem der Papst den Erzbischof unterstützte –, vor dem Papst den Trumpf der Georgsnacht ausspielen.

Im Inventar gibt es vier Regesten der Briefe aus dem Jahre 1373: 1) Eine Bescheinigung (*littera testimonialis*) des Abtes Nicolaus Risebiter von

²³ Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches 1198 bis 1448. Ein biographisches Lexikon, hrsg. von ERWIN GATZ, Berlin 2001, S. 650–654.

²⁴ Tallinna märkmeteraamatud (Libri de diversis articulis) 1333–1374, hrsg. von PAUL JOHANSEN, Tallinn 1935 (Tallinna Linnaarhiivi väljaanded, Nr. 8), S. XXIV; TIINA KALA: Tallinna rae kiri paavst Innocentius VI-le [Ein Brief des Revaler Rats an den Papst Innozenz VI.], in: Vana Tallinn 7 (11) (1997), S. 141–143.

Padis an den Papst Gregor XI., in der die gegen den Livländischen Ordensmeister und die Ordensbrüder erhobenen Anschuldigungen widerlegt werden (*excusantis magistrum et fratres coram Gregorio pontifice super criminibus eis impositis, que exprimuntur in eis*), gegeben (*datum*) im Kloster Padis im Jahre 1373.²⁵ 2) Ein Brief gleichen Inhalts, verfasst vom Abt von Falkenau/Kärkna, gegeben (*datum*) in Wenden/Cësis am 2. Mai 1373.²⁶ 3) Ein Brief der Stadt Reval gleichen Inhalts, *immediate* in Reval am 13. Mai 1373.²⁷ 4) Ein Brief des Revaler Bischofs Ludwig gleichen Inhalts, versehen mit seinem Siegel und den Siegeln des Kapitels, gegeben (*datum*) in Reval am 13. Mai 1373.²⁸

Auf glückliche Weise ist uns der Text dieser Briefe bekannt, da angeblich alle vier gleichen Inhalts waren, denn das Konzept bzw. die Abschrift eines von ihnen hat sich im Stadtarchiv Tallinn erhalten und ist auch im Druck veröffentlicht worden.

Dabei handelt es sich um den Brief des Revaler Rats und der Gemeinde vom 13. Mai 1373 an den Papst Gregor XI.²⁹ Die Absender des Briefes teilen zunächst mit, sie hätten von Briefen an den Papst und das Kollegium der Kardinäle gehört, die boshafte Beschuldigungen gegen den Ordensmeister und die Ordensbrüder enthielten, als ob diese auf jegliche Weise gegen die Geistlichkeit, den Glauben und die Kirche verstoßen hätten. All dies wird für ganz und gar unzutreffend erklärt und es wird behauptet, dass die tatsächliche Situation durchaus umgekehrt sei: Gerade der Orden nämlich würde die Kirche behüten und beschützen. Ohne den Schutz des Ordens hätten sich die Geistlichkeit und das Christentum in Livland überhaupt nicht behaupten können, sondern wären durch die Ungläubigen vernichtet worden, wie dies jedem Freund der Wahrheit gut bekannt sei. Den Grundinhalt des Briefes stellt die Erinnerung an den wiederholten Abfall des Volkes der Diözesen Ösel und Reval vom Christentum dar. Erinnert wird an die grausame Ermordung der Christen und Geistlichen, der weder die Landesherren noch die Stadt Reval Widerstand entgegenzusetzen vermochten, weshalb sie den Ordensmeister und die Ordensbrüder zu Hilfe riefen, die mit den Abtrünnigen blutige Schlachten geschlagen und dann sogar den Hochmeister hätten zu Hilfe rufen müssen. Dieser habe schließlich ein starkes Ordensheer geschickt, doch seien viele Ordensbrüder im Kampf gefallen (ein deutlicher Hinweis auf den Aufstand der St. Georgsnacht).

Mit Hilfe des Inventars aus dem Jahre 1502 wird der längst bekannte Brief des Revaler Rats in einen neuen Kontext gestellt. Anstelle eines dem Orden günstig gesinnten Briefes kennen wir jetzt vier Briefe glei-

²⁵ GStAPK, XX:HA, OF 79, fol. 46.

²⁶ GStAPK, XX:HA, OF 79, fol. 49.

²⁷ GStAPK, XX:HA, OF 79, fol. 49.

²⁸ GStAPK, XX:HA, OF 79, fol. 46v. All diese vier Regesten sind ediert bei FORSTREUTER, Geschichte (wie Anm. 3), S. 273-274, Nr. 148.

²⁹ LUB, Bd. 3, hrsg. von FRIEDRICH GEORG VON BUNGE, Reval 1857, Nr. 1090.

chen Inhalts. Natürlich kann dies kein Zufall sein und es ist nicht schwer anzunehmen, dass hier die Hand des Ordens im Spiel gewesen sein dürfte. Der livländische Orden, der zu dieser Zeit unter Leitung Wilhelms von Vrimerheim stand, hat offensichtlich eine erneute Aktion mit Attesten veranlasst, ganz ähnlich derjenigen im Jahr 1343. Zwar war die spätere Aktion grundsätzlich vergleichbar, doch von erheblich bescheidenerem Umfang. Es waren hierfür die Stadt Reval und der Revaler Bischof sowie die zwei Zisterzienserklöster Padis und Falkenau engagiert worden. Die einzige ernstzunehmende politische Kraft unter ihnen war Reval, die übrigen waren von recht zweitrangiger Bedeutung. Wahrscheinlich wird der Orden mit diesen Briefen nicht viel erreicht haben.

Wichtig ist hierbei die abschließende Erkenntnis, die sich aus dem in diesen Zeilen behandelten Geschehen ergibt: Noch 40 Jahre nach dem Aufstand in der St. Georgsnacht hielt ihn der Orden für ein so aktuelles Ereignis und seine Unterdrückung für einen so großen Dienst an der Kirche, dass er ihn am päpstlichen Hof als besonders gewichtiges Argument zugunsten seiner politischen Interessen erneut ausnutzen zu können glaubte.

SUMMARY

Letters to the Pope about the 1343 Estonian Uprising

The article considers three early 16th century regests (summaries of archive documents) made in the Archives of the General Procurator of the Teutonic Order in Rome and providing a brief summary of letters describing the Estonian uprising that started on the 23rd of April 1343. The letters themselves have been lost. These are as follows:

- 1) The Notary Instrument of the letters of the Bishop of Saaremaa, the Bishop of Tallinn and the nobility of North Estonia about the apostasy of neophytes, actum 22 April 1343;
- 2) The letter of the nobility of North Estonia to the Pope about how neophyte insurgents killed Catholics, datum 5 June 1343;
- 3) The letter of the Bishop of Tallinn and the Cistercian Abbot of Padise to the Pope about how the Teutonic Order in Livonia fought against Estonians from the Saaremaa Diocese and North Estonia and brought them back into Catholic faith, datum 6 June 1343.

The first of them apparently mentions the date of the event rather than that of the letter(s). The letters named in the regests are related to the Teutonic Order's action aimed at obtaining proof that would justify its

efforts to suppress the uprising in the domain of the Danish king and the Bishop of Saaremaa. The Order had probably been accused of acting against the Church, primarily by the main political opponent of the Order, the Archbishop of Riga. The Order also needed an excuse for the Danish king whose lands had actually been invaded while suppressing the uprising. In the conflict between the Teutonic Order and the Archbishop of Riga the Order had its supporters and subordinates mention its merits in suppressing the 1343-1345 uprising to the Pope once again in 1373.

Die spätmittelalterliche große Wirtschaftskrise in Europa – war auch Livland davon betroffen?

VON IVAR LEIMUS

Im Leben Westeuropas stellten das 14. und 15. Jahrhundert eine schwierige Zeit dar, man hat sogar von der spätmittelalterlichen großen Krise gesprochen.¹ Unbeständige Witterungsverhältnisse² und damit einhergehende Hungersnöte; Epidemien, Kriege und Bauernunruhen führten zu einem merklichen Rückgang der Bevölkerungszahl.³ Viele Dörfer wurden verlassen.⁴ Hinzu kam der Silbermangel (*bullion famine*), der seinerseits zur Verschlechterung der Lebensverhältnisse beitrug. Zwischen 1331 und 1500 verminderte sich die in Europa zirkulierende Geldmenge etwa um 75 %, was vermutlich durch das Defizit im Fernhandel Europas mit den Ländern des Nahen Ostens bedingt war.⁵ Im östlichen Teil des hansischen Raumes wurde die Zunahme des Silberdefizits zum Teil auch durch den Abfluss des Silbers nach Livland und Russland, das damals nur fremdes Silber verbrauchte, verursacht. In die norddeutschen Hansestädte wurden aus Livland zweimal mehr Waren geliefert, als von dort ins Baltikum, und die Differenz musste mit Silber abgedeckt werden.⁶ Außerdem unterlag Silber einem natürlichen Verschleiß. Obwohl die Angaben zur Geschwindigkeit des Münzumschlages überwiegend spe-

¹ Eine kritische Behandlung des Themas samt ausführlicher Bibliographie findet sich bei PETER SCHUSTER: Die Krise des Spätmittelalters. Zur Evidenz eines sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Paradigmas in der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 269 (1999), S. 19-55. Vgl. WILHELM ABEL: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland, Göttingen 1986, S. 17-19.

² HANS-RUDOLF BORK: Landschaftsentwicklung in Mitteleuropa. Wirkungen des Menschen auf Landschaften, Gotha, Stuttgart 1998, S. 237 ff.

³ Vgl. die Bibliographie bei WERNER RÖSENER: Agrarwirtschaft, Agrarverfassung und ländliche Gesellschaft im Mittelalter, München 1992 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 13), S. 95-115.

⁴ WILHELM ABEL: Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, Stuttgart 1955 (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte 1); JANKEN MYRDAL: Jordbruket under feodalismen 1000-1700 [Die Landwirtschaft während des Feudalismus], in: Det svenska jordbrukets historia [Die Geschichte der schwedischen Landwirtschaft], Bd. 2, Borås 1999, S. 119 ff.

⁵ JOHN DAY: The Question of Monetary Contraction in Late Medieval Europe, in: Nordisk Numismatisk Årsskrift 1981 (1982), S. 12-29.

⁶ MICHAEL NORTH: Geldumlauf und Wirtschaftskonjunktur im südlichen Ostseeraum an der Wende zur Neuzeit (1440-1570), Sigmaringen 1990 (Kieler Historische Studien 35), S. 172.

kulativ sind, zeigen die Untersuchungen, dass etwa in England bis zu 1 % des umlaufenden Geldes in den Händen der Menschen verschliss. Hinzu kamen das Umschmelzen, das Vergraben von Münzschatzen u.ä., was bei Wechselgeld zu einem jährlichen Verlust von insgesamt 3-5 % führte.⁷ Mithin wäre, falls die Münzen für längere Zeit ihre Arbeit eingestellt hätten, bald kein Geld mehr da gewesen. So herrschte eine nahezu katastrophale Lage auf dem Geldmarkt in den Jahren 1395-1415 und insbesondere 1440-1460, als die Münzprägung in vielen Ländern tatsächlich eingestellt wurde.⁸

Wenn es an Geld mangelt, wird die allgemeine Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigt. Andererseits wird dadurch aber die Kaufkraft des Geldes gesteigert. Anders ausgedrückt, die Preise sinken und der Realwert der Löhne steigt. Daher halten Monetaristen gerade den Geldmangel für einen der Hauptgründe des Preisrückgangs im Spätmittelalter, während die Neumalthusianer den demographischen Faktor in den Vordergrund rücken.⁹ In der Realität kam es darauf an, welcher der beiden Trends jeweils vorherrschte. Wenn die Sterblichkeit höher war als der Rückgang der Münzprägung, dann nahm die Geldmenge *per capita* faktisch zu und von irgendwelchen deflationären Erscheinungen konnte keine Rede sein. Die Depression wurde in diesem Falle in erster Linie durch die „Knappheit“ der Hersteller und Verbraucher verursacht. Wenn wiederum die Geldmenge schneller sank als die Bevölkerungszahl, wurde das Geld teurer, die Preise fielen, man verlor den Mut zu investieren – und in der Wirtschaft zeigten sich Anzeichen einer Krise.¹⁰

Im Gegensatz zu Westeuropa wird in der Geschichte Livlands das 15. Jahrhundert als Blütezeit angesehen.¹¹ In Reval setzte ein richtiger Bauboom ein, es wurde eine Reihe Kirchen, öffentlicher Gebäude und Wohnhäuser errichtet bzw. durch Umbauten vergrößert, auch die Stadtmauer wurde in erheblichem Maße erweitert.¹² Große öffentliche Gebäude zeugen zweifelsohne vom Wohlstand der Oberschichten. Gewöhnlich wird diese Blüte Livlands durch die führende Rolle im hansischen Russlandhandel erklärt, welche die hiesigen Zentren insbesondere nach der Besetzung Visbys durch den dänischen König 1361 gespielt haben.¹³ Genoss

⁷ NORTH, Geldumlauf (wie Anm. 6), S. 109 f.

⁸ DAY, Question (wie Anm. 5), S. 15-16, 21-24.

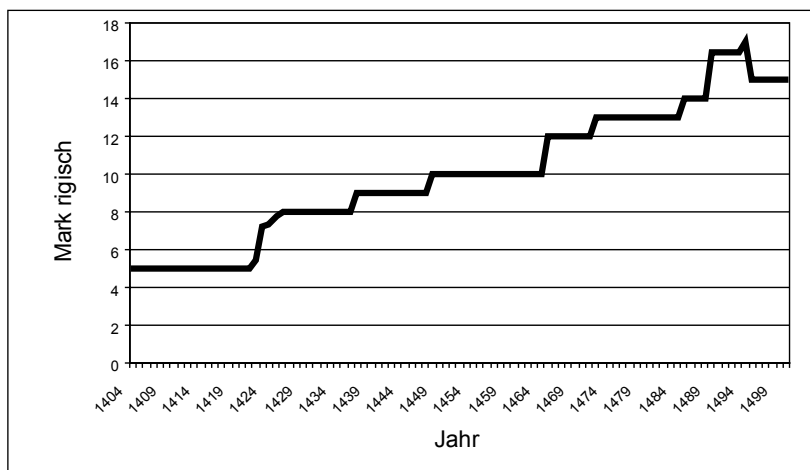
⁹ Kritisch dazu siehe z.B. JOHN H. MUNRO: *Postan, Population and Prices in Late-Medieval England and Flanders*, Toronto 2002 (Department of Economics, University of Toronto 2002: Working Paper 19).

¹⁰ NORTH, Geldumlauf (wie Anm. 6), S. 119-121.

¹¹ So z.B. kürzlich LILIAN KOTTER: *Tallinna rae finantsid 15. sajandil (1433-1507)* [Die Finanzen des Revaler Rates im 15. Jahrhundert (1433-1507)], Tallinn 1999 (Tallinna Linnaarhiivi Toimetised 4), S. 6.

¹² Siehe zusammenfassend *Eesti arhitektuur* [Architektur Estlands], Bd. 1, Tallinn [Reval], hrsg. von VILLEM RAAM u.a., Tallinn 1993.

¹³ PAUL VON DER OSTEN-SACKEN: *Der Kampf der livländischen Städte um die Vorherrschaft im Hansekontor zu Novgorod bis 1442*, in: *Beiträge zur Kunde Liv-*



– **Abb. 1.** *Der Silberpreis in Livland im 15. Jahrhundert*

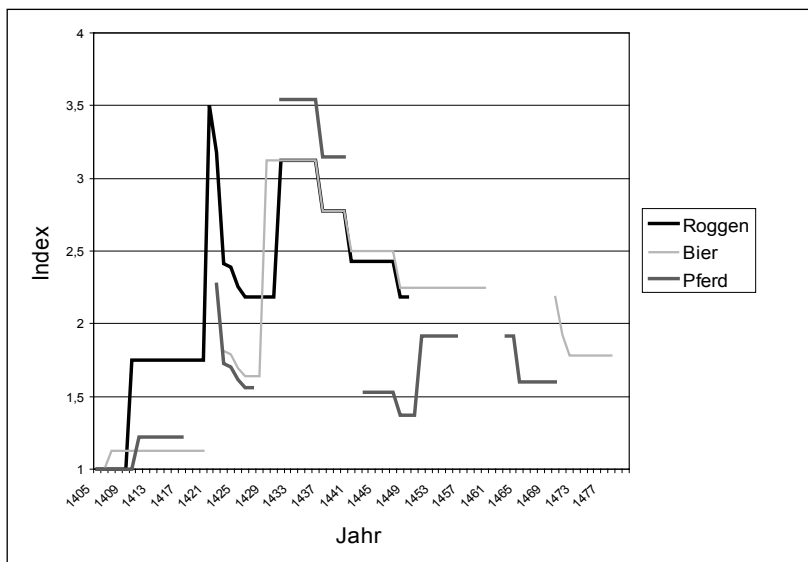
Livland dank seiner Rolle als Brücke zwischen West und Ost tatsächlich die Vorzüge, die es vor den Krisenerscheinungen, die ganz Europa mehr als ein Jahrhundert beschäftigten, zu bewahren vermochten?

Um diese Frage beantworten zu können, werden in diesem Beitrag die Preise einiger Erzeugnisse in Livland im 15. Jahrhundert betrachtet. Da sich die Nominalpreise nach dem jeweils umlaufenden Geld richteten und daher nicht die tatsächliche Preisbewegung zeigen, wurden sie durch den zum gleichen Zeitpunkt gängigen Silberpreis dividiert (Abb. 1). Als Resultat dieser Operation ergeben sich die realen Preise. Es wäre ebenfalls möglich gewesen, die Preise mit dem jeweils gültigen Münzfuß zu vergleichen, d.h. zu fragen, wie viele Münzen mit welchem Silbergehalt aus einer Gewichtseinheit Silber geprägt wurden. Allerdings sprechen zwei Gründe gegen einen solchen Vergleich: Erstens wurden in Livland damals bis zu drei verschiedene Münzsorten nach einem uneinheitlichen Münzfuß geprägt. Zweitens zeigt gerade die Bewegung des Silberpreises die Reaktion des Markts auf die Münzverschlechterung, die nicht sofort, sondern erst nach einer geringen zeitlichen Verzögerung erfolgte.

Die Nominalpreise sind der vor fast einem halben Jahrhundert verfassten, jedoch nach wie vor wie neu wirkenden, inspirierenden Untersuchung Vasilij V. Dorošenkos entnommen,¹⁴ in der insbesondere die Preisreihen zu Roggen, Bier und Pferden höchst aufschlussreich sind. Es ist zwar einzuräumen, dass diese Zahlenreihen zum Roggen schon zur Mitte des 15. Jahrhunderts abbrechen, aber in Bezug auf Bier und Pferde liegen fortlaufende Angaben bis zu den 1470er Jahren vor. Zur Vermeidung der von Witterungsbedingungen o.ä. verursachten zufäl-

Est- und Kurlands 7 (1912), S. 269-373.

¹⁴ Василий В. Дорощенко: Цены на продукты сельского хозяйства в Ливонии XV века, in: История СССР, 1959, Nr. 2, S. 158-169.



– Abb. 2. Die Preise in Livland im 15. Jahrhundert (I = Silber)

ligen Schwankungen berechnete Dorošenko in seiner Untersuchung das gewogene Mittel der Preise mehr oder weniger jahrzehnteweise. Dieser Umstand vermindert zwar die zeitliche Genauigkeit der Abb. 2 etwas, doch wird das Gesamtbild dadurch nicht entstellt. Die Nominalpreise der betrachteten Warenkategorien wurden indexiert – durch den jeweils gängigen Silberpreis dividiert und auf den gemeinsamen Anfangspunkt 1 zurückgeführt.

Die Abbildung 2 zeigt eindeutig, dass eine derartige Geldverteuerung bzw. ein solcher Preisrückgang, wie er mancherorts in Westeuropa auftrat, in Livland nicht verzeichnet werden kann. Allerdings lässt sich auch Dorošenkos These, dass die hiesigen Realpreise im 15. Jahrhundert relativ stabil gewesen seien, nicht bestätigen. Sie stiegen im Gegenteil sogar um ein Mehrfaches an. Es fallen deutlich zwei teure Perioden auf: der Beginn der 1420er Jahre und insbesondere die 1430er Jahre, als die Preise aller drei zum Vergleich herangezogenen Waren um mehr als das Dreifache anstiegen. Es sei hier noch einmal betont, dass es sich nicht um *Nominalpreise*, sondern um indexierte *Realpreise* handelt.

Was dürfte denn nun während eines knappen Vierteljahrhunderts den Anstieg der Lebenshaltungskosten in Livland mindestens um das Dreifache verursacht haben? Die zu Beginn der 1420er Jahre erfolgte sprunghafte Verteuerung des Roggens war offensichtlich durch eine Missernte bedingt,¹⁵ da ja die Getreidepreise einer einmaligen Klimaschwankung ohnehin am meisten ausgesetzt sind. Aber auch andere Waren erlebten eine sprunghafte, wenn auch keine derartig heftige Verteuerung. In

¹⁵ Ebenda, S. 161.

gewissem Maße dürfte hier ein psychologisches Moment in Betracht kommen – die Reaktion der Menschen auf die Münzreform von 1422-1426. Mit dieser Reform hatten die Landesherren versucht, die ursprüngliche Güte der livländischen Münzen, wie sie 1363-1390 geprägt worden waren, wiederherzustellen. Demgegenüber erfolgte allerdings aufgrund des Widerstandes der Städte eine mehr als 40-prozentige Münzverschlechterung.¹⁶ Man kann angesichts dieser verworrenen Zeiten auch davon ausgehen, dass Preisspekulationen vorgekommen sind. Dies umso mehr, als die Preise danach ja zeitweilig tatsächlich gesunken sind, vermutlich infolge der administrativen Maßnahmen der Landesherren. Als Gegenargument sei jedoch vorgebracht, dass sich der Silberpreis immerhin nicht so sprunghaft geändert hat, sondern gleichmäßiger anstieg. Zum Jahre 1430 erreichten die Preise in Livland sowohl in ihrem Nominal- wie auch in ihrem Realwert erneut das Höchstniveau, auf dem sie fast ein Jahrzehnt lang blieben.

Ein solcher Anstieg der Realpreise kann unter der Voraussetzung, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in der betrachteten Periode relativ konstant war, drei Erklärungen haben:

1) ein durch einen demographischen Kollaps bedingter sprunghafter Preisanstieg auf dem Außenmarkt, der auch vor Ort zur Verteuerung der Waren führt;

2) eine vor Ort sprunghaft ansteigende Nachfrage nach Waren – die Zahl der Verbraucher stieg insbesondere in den Städten, woraus sich ein Defizit ergibt;

3) ein vor Ort sprunghaft gesunkenes Angebot – die Menge der vom Lande in die Stadt gelieferten Waren nimmt ab.

Betrachten wir nun diese Möglichkeiten etwas näher. Hinsichtlich der westeuropäischen Preise hat John H. Munro vergleichende Angaben zu den Lebensmittelpreisen in England und Flandern veröffentlicht.¹⁷ Daraus wird ersichtlich, dass die Schwankung der Getreidepreise im ersten Drittel des 15. Jahrhunderts in beiden Ländern 20-40 % nicht überschritt. Ein etwas höherer Preisanstieg (in Flandern bis zu 85 %) erfolgte erst in den Jahren 1436-1440, war aber ebenfalls nur kurzzeitig und lässt sich keinesfalls mit diesbezüglichen Entwicklungen in Livland vergleichen.

Was die Einwohnerzahl der livländischen Städte betrifft, so liegen dazu aus dem 15. Jahrhundert leider nur unzureichende Angaben vor. Aufgrund der erhaltenen Schosslisten lassen sich diesbezügliche Angaben nur im Falle Revels vergleichen. Wie vorsichtig jedoch bei ihrer

¹⁶ IVAR LEIMUS: Einleitung, in: Tallinna mündiraamatud. Revaler Münzbücher 1416-1526, hrsg. von DEMS., Tallinn 1999 (Tallinna Linnaarhiivi Toimetised 3), S. 31-53, hier S. 45 f.

¹⁷ MUNRO, Postan (wie Anm. 9), Tab. 3, 5; DERS: Wage-Stickiness, Monetary Changes, and Real incomes in Late-Medieval England and the Low Countries, 1300-1450: Did Money Really Matter?, Toronto 2001 (Department of Economics, University of Toronto 2001: Working paper 3), Tab. 4.

Beurteilung vorzugehen ist, zeigt der Vergleich der auf denselben Quellen beruhenden Untersuchungen von Küllike Kaplinski und Heinz von zur Mühlen. Während Kaplinski die Anzahl der Haushalte in Reval im Jahre 1371 auf 765 und im Jahre 1372 auf 645 schätzte,¹⁸ kam von zur Mühlen auf 664 bzw. 710 Haushalte.¹⁹ Allgemein kann man sagen, dass in den 1390er Jahren die Anzahl der Haushalte in Reval cum gransalis zwischen 700 und 800 schwankte, bis Anfang der 1420er Jahre auf über Tausend anstieg (1030-1035)²⁰ und in den Jahren 1527-1538 wieder auf 890 sank.²¹ Sogar mit Rücksicht auf einen bestimmten Ungenauigkeitsspielraum dürfte die Einwohnerzahl Revals zu Beginn des 15. Jahrhunderts tatsächlich angestiegen sein. Auf den wachsenden Wohlstand der Stadtbürger weist der bereits erwähnte Bauboom im ersten Viertel des 15. Jahrhunderts hin. Der Bevölkerungszuwachs überschritt jedoch nie 50 %, während die Preise, wie bereits erwähnt, um mehr als 200 % anstiegen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Zunahme der Einwohnerzahl in den Städten allein einen so großen Preisanstieg verursacht haben kann.

Folglich lässt sich die dritte Erklärung besser in das livländische Szenario einfügen – ein erheblicher Rückgang bei der Versorgung der Stadtbewohner mit Bedarfsgütern. So etwas mag durch verschiedene Faktoren ausgelöst worden sein. Erstens durch einen spürbaren Zuwachs der Landbevölkerung. Da die Bevölkerungszahl gewöhnlich schneller anwächst als die Produktion, verbraucht in diesem Fall das Land selbst den Großteil seiner Erzeugnisse, die dann für die Versorgung der Stadt einfach nicht mehr ausreichen. Allerdings würde dieses Szenario voraussetzen, dass die Bauernschaft sowohl über ihre Herren als auch über die städtischen Kaufleute ein gewisser Weise ein Diktat ausgeübt hat – was unter den Bedingungen im mittelalterlichen Livland wohl kaum vorstellbar ist. Mit Rücksicht auf die Beziehungen zwischen den Bauern und den Kaufleuten in Reval zu Beginn des 16. Jahrhunderts kann man wohl eher das Gegenteil behaupten. In der Regel blieb der Bauer Schuldner des Stadtbürgers und beglich seine Schuld mit der Ernte des nächsten Herbstes.²²

Zweitens könnte es sich um eine deutliche Verminderung des Umfangs der landwirtschaftlichen Produktion im betrachteten Zeitraum gehan-

¹⁸ KÜLLIKE KAPLINSKI: Tallinna käsitöölised XIV sajandil [Revaler Handwerker im 14. Jh.], Bd. 1, Tallinn 1980, S. 38 f.

¹⁹ HEINZ VON ZUR MÜHLEN: Schosslisten der Stadt Reval 1369-1372. Ein Querschnitt durch die Bevölkerungsentwicklung Revals von der Frühzeit bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 48 (2002), S. 117-218, hier S. 190. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in der Tabelle von Kaplinski die Zeilen verwechselt worden sind; ist dies der Fall, dann sind die Unterschiede in den Abgaben Kaplinskis und von zur Mühlen nicht so groß.

²⁰ KAPLINSKI, Tallinna käsitöölised (wie Anm. 18), S. 38 f.

²¹ VON ZUR MÜHLEN, Schosslisten (wie Anm. 19), S. 205.

²² JÜRI KIVIMÄE: Põllumajanduse turusidemed [Die Marktverbindungen der Agrarwirtschaft], in: Eesti talurahva ajalugu [Geschichte des estnischen Bauerntums], Bd. 1, hrsg. von JUHAN KAHK u.a., Tallinn 1992, S. 234-250; hier S. 244 f.

delt haben. Damals waren keine militärisch-politischen Kataklysmen in Livland zu verzeichnen, die großen Konflikte des 14. Jahrhunderts hatten ihre vorübergehende Lösung gefunden. Zwar konnten Missernten die Getreidepreise zeitweilig auf ein sehr hohes Niveau steigen lassen; im Allgemeinen dauerte die Hochkonjunktur jedoch nicht länger als ein paar Jahre an. Folglich haben wir es in Livland im 15. Jahrhundert mit einem merklichen Rückgang der Produzentenzahl, d.h. der Landbevölkerung zu tun. Zu einem gewissen Teil wird sie in die Städte gezogen sein, doch lässt sich die Verminderung der Produzentenzahl in den Dörfern dadurch nicht allein erklären.

Zur Erklärung des Sachverhalts ist es hilfreich, Schleswig-Holstein zum Vergleich heranzuziehen. Auch dort stieg die Anzahl der Stadtbewohner im 15. Jahrhundert merklich an (in Hamburg sogar um das Zweifache, in Lübeck etwa um 25 %). Zur gleichen Zeit verwaiste durchschnittlich ein Drittel der Dörfer, wenn auch der hierbei herangezogene Wüstungsquotient als eine recht unbestimmte und nur schwer einschätzbare Größe anzusehen ist.²³ Leider liegen keine Einschätzungen darüber vor, wie sich die Anzahl der Landbevölkerung Livlands im 15. Jahrhundert verändert hat – Versuche, die hiesige Bevölkerungszahl zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert genauer zu schätzen, stehen noch aus.²⁴ Jedoch könnte der konstatierte sprunghafte Preisanstieg in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts auf eine zwar nur zeitweilige, aber immerhin spürbare Verkleinerung der Landbevölkerung hinweisen.

Zwar ist in vielen Ländern Westeuropas zur gleichen Zeit genau das Gegenteil zu beobachten – der Rückgang der Getreidepreise.²⁵ Aber die Sonderstellung Livlands ist vielleicht auch durch die hohe Kaufkraft der Städte zu erklären, zumindest zu Beginn der Krise.

Vom Gesichtspunkt der Numismatik aus bedingt der Anstieg der Sterblichkeit auf dem Lande eine größere Anzahl vergrabener Münzschatze, da ja einige im Erdinneren verborgene Vermögenswerte ihren Eigentümer verloren. Gegenwärtig kennt man in Livland tatsächlich mindestens 20 Münzschatze aus den Jahren 1390-1420, also durchschnittlich sieben Funde pro Jahrzehnt, während für die Zeit davor und danach die entsprechende Zahl der Funde nicht mehr als ein bis zwei je Dezennium

²³ NORTH, Geldumlauf (wie Anm. 6), S. 120 f.; über die gleiche Erscheinung in Preußen siehe: KLAUS NEITMANN: Deutsch und „Undeutsch“ im Preußenland: die Politik des Deutschen Ordens gegenüber den Prußen, in: Tausend Jahre Nachbarschaft. Die Völker des baltischen Raumes und die Deutschen, hrsg. von Wilfried Schlau, München 1995, S. 46-57; vgl. zu Schweden: MYRDAL, Jordbruket (wie Anm. 4), S. 124 f.

²⁴ ENN TARVEL: Asustus ja rahvastik [Siedlung und Bevölkerung], in: Eesti talurahva ajalugu (wie Anm. 22), S. 136-147; hier S. 144; HELDUR PALLI: Eesti rahvastiku ajalugu aastani 1712 [Die Geschichte der Bevölkerung Estlands bis 1712], Tallinn 1996 (Academia 6), S. 30, 40.

²⁵ ABEL, Die Wüstungen (wie Anm. 4), S. 94 f.

beträgt.²⁶ Dieser Reichtum an Funden ist übrigens nicht nur auf Livland beschränkt, sondern kann auch im benachbarten Finnland beobachtet werden.²⁷

Es ist nicht ausgeschlossen, dass durch die Verringerung der Landbevölkerung einerseits sowie durch das Vergraben von Münzschatzen andererseits die Einnahmen der Lehensmänner sanken²⁸ und die Landesherren sich daher gezwungen sahen, den Wert der Münzen zu steigern, d.h. die Münzreform der Jahre 1422-1426 zu veranlassen. Nach der Reform nahm die Anzahl der Schätze zwar tatsächlich sprunghaft ab, doch lässt sich dies sowohl durch die in finanzieller Hinsicht verworrenen Jahre wie auch durch die Verarmung der Bauern und die gesunkene Einwohnerzahl erklären.

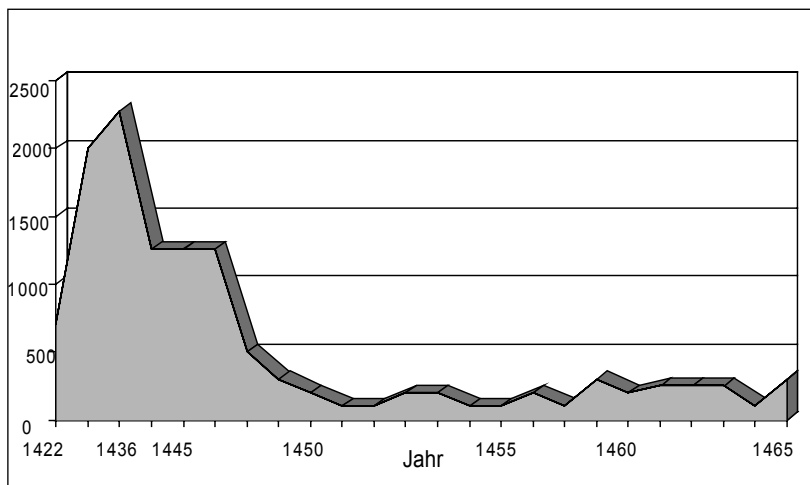
Die oben erwähnten überhöhten Preise blieben nicht lange bestehen. Die betrachteten Waren wurden in der Tat schon 1436 billiger, doch war dies die Folge einer gewissen Verteuerung des Silbers, was angesichts des Umstands, dass die Münze gleich blieb, in keiner Weise zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung beitragen konnte. Der Preisrückgang, sowohl nominal wie auch real, setzte sich in den 1440er Jahren fort, abgesehen vom Preis für Pferde, deren Preis aber ohnehin als der am schwierigsten zu bestimmende gilt, da er von der politischen Lage und der Rasse des Pferdes sowie von weiteren Faktoren abhängt. Die Realpreise sanken auch in den folgenden Jahrzehnten und näherten sich zum Ende des 15. Jahrhunderts dem Niveau des Jahrhundertbeginns (vereinzelt, aus den 1490er Jahren stammende Angaben weisen im Vergleich zum Jahre 1405 folgende Preisindizes auf: Roggen 2, Bier $1\frac{1}{3}$ und Pferde 1).

Bedeutet dies, dass die demographische Kurve im Dorf zu steigen begann? Dass neue menschliche Ressourcen mehr Waren auf den Markt brachten? Auch wenn wir, wie bereits erwähnt, hierüber nichts Genaues wissen, können wir es auch nicht ausschließen. Allerdings weist schon der oben erwähnte Bevölkerungsrückgang in Reval in den Jahren 1527-1538 (während die Vorstädte wuchsen) darauf hin, dass in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts überwiegend eine Verminderung der Bevölkerungszahl zu verzeichnen war. Auch der grundsätzlich nach unten gerichtete Trend der Revaler Jahresgebühr in den letzten zwei Dritteln des 15. Jahr-

²⁶ IVAR LEIMUS: Einige Beiträge zur Münzgeschichte Livlands am Ende des 14. Jahrhunderts, in: Die baltischen Länder und der Norden. Festschrift für Helmut Piirimäe zum 75. Geburtstag, hrsg. von MATI LAUR, ENN KÜNG, Tartu 2005 (Nordistica Tartuensia 13), S. 58-81, hier S. 79-81.

²⁷ TUUKA TALVIO: Ett medeltida skattfynd från Ulvsby i Finland. Ett preliminärt meddelande [Ein mittelalterlicher Schatzfund von Ulvsby in Finnland. Eine vorläufige Mitteilung], in: Myntstudier. Mynttidskriften på Internet 2005, Nr. 1, S. 26 f. (URL: http://www.numismatikaforskningsgruppen.su.se/content/1/c4/30/23/Myntstudier_2005-01_h%F6g.pdf, letzter Zugriff 30.11.2005).

²⁸ Vgl. MYRDAL, Jordbruket (wie Anm. 4), S. 144-150.



– **Abb. 3.** Die Produktion der Münzstätte Reval 1422-1465 (in Gewichtsmark)

hunderts kann dahingehend interpretiert werden.²⁹ Es ist zwar einzuräumen, dass es sich hierbei um eine städtische, nicht um die Landbevölkerung handelt, doch dürfte in dem Fall, dass das Volk vom Lande in die Stadt zieht und nicht umgekehrt, der Rückgang der Anzahl der Stadtbewohner auf entsprechende Prozesse auch auf dem Lande hinweisen.

Die Wirtschaftswissenschaft behauptet, dass die Preise auch durch die Verminderung der zirkulierenden Geldmenge gesenkt werden können, was einen deflationären Effekt bewirkt. Wenn man die Produktivität der Münzstätte Reval im 15. Jahrhundert schätzt (Abb. 3),³⁰ so zeigen sich trotz der Lückenhaftigkeit der Angaben deutlich zwei Tendenzen. Während der Münzreform von 1422-1426 und in den 1430er Jahren war die geprägte Silbermenge groß, wodurch der Geldbedarf der Gesellschaft offensichtlich gedeckt werden konnte. In den 1440er Jahren verminderte sich jedoch die Menge des jährlich geprägten Geldes um ein Mehrfaches und blieb zumindest bis zum Jahre 1465 äußerst gering. Das Gleiche scheint auch in den anderen Münzen Livlands, also in Riga und Dorpat erfolgt zu sein. Hiernach brechen die Angaben leider ab, jedoch ist von einer erheblichen Zunahme der Geldproduktion in Livland nicht vor den 1480er Jahren auszugehen, als die massenhafte Herstellung von Schillingen wieder einsetzte.³¹ Hierbei sei besonders betont, dass Reval mit einer zeitlichen Verschiebung von kaum einem Jahrzehnt alle Anstiege und Rückgänge der Münzherstellung des 15. Jahrhunderts in Westeuropa

²⁹ KOTTER, Tallinna rae finantsid (wie Anm. 11), S. 61 f., Abb. 16.

³⁰ LEIMUS, Einleitung (wie Anm. 16), S. 39.

³¹ Ebenda, S. 39-40, 46-47.

durchgemacht hat,³² unter Umständen abgesehen vom Tiefstand zu dessen Beginn.

Es ist durchaus klar, dass ein paar Hundert Gewichtsmark Silber von geringem Feingehalt jährlich (d.h. durchschnittlich ein paar dutzend Kilo Münzen bzw. etwa 1000 Rigische Mark), wie sie ab der Mitte des 15. Jahrhunderts im Laufe von mindestens 15 Jahren, aber vielleicht auch länger, geprägt wurden, den Geldbedarf Revals und seines Hinterlandes keinesfalls befriedigen konnten. Grob gerechnet entsprach dies jährlich nur einem Pfennig pro Person!³³ Da es an Geld zwangsläufig mangeln *musste*, wurde es teuer. Anders ausgedrückt – die Preise begannen zu sinken. Beim Vergleich der Preistrends im 15. Jahrhundert und der Diagramme zum Umfang der Münzherstellung zeigt sich tatsächlich eine unverkennbare Übereinstimmung. Somit war der Preisrückgang offensichtlich einfach durch den Geldmangel bedingt.

Hierauf weisen auch noch weitere Faktoren hin. So kam etwa die bisher so rege Bautätigkeit in Reval zum Erliegen.³⁴ Um die Mitte und im dritten Viertel des 15. Jahrhunderts konnten nur einzelne größere Bauwerke fertig gestellt werden. Es ist zwar einzuräumen, dass um die Mitte des Jahrhunderts in Reval sehr viel Wert auf die Modernisierung der Wehrbauten gelegt wurde,³⁵ jedoch musste zu deren Finanzierung eine hohe Biersteuer eingeführt werden.³⁶ Nach ein paar Jahren reichten allerdings auch diese Einnahmen nicht mehr aus und die Errichtung von Verteidigungsanlagen wurde unterbrochen. Eine Trendwende erfolgte offensichtlich erst im letzten Viertel des Jahrhunderts, als sich die Bautätigkeit wieder belebte³⁷ und aus dem Ausland kostbare Kunstwerke bestellt werden konnten. Wie bereits erwähnt, konnte nun auch der Umfang der Münzprägung in erheblichem Maße erhöht werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die Bedarfsgüter in Livland im ersten Drittel des 15. Jahrhunderts um mehr als das Dreifache verteuert haben. Eine gewisse Steigerung der städtischen Einwohnerzahl hätte einen so großen Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht verursachen können, weswegen von einer merklichen Verminderung der Zahl der Produzenten auf dem Lande auszugehen ist. In den 1430-1440er Jahren begannen die Realpreise zu sinken, und dieser Trend setzte sich mindestens bis in die 1470er Jahre hinein fort. Das Sinken der Realpreise war

³² DAY, *Question* (wie Anm. 5), S. 20.

³³ 1 Mark = 36 Schilling = 108 Pfennig.

³⁴ Vgl. MYRDAL, *Jordbruket* (wie Anm. 4), S. 159-161.

³⁵ REIN ZOBEL: *Tallinna keskaegsed kindlustused* [Die mittelalterlichen Stadtbefestigungen Revals], Tallinn 1980, S. 152 ff.

³⁶ KOTTER, *Tallinna rae finantsid* (wie Anm. 11), S. 66-68.

³⁷ Vgl. z.B. ZOBEL, *Tallinna keskaegsed kindlustused* (wie Anm. 35), S. 153; KAUR ALTOA: *Tartu toomkiriku kooriosa kujunemisest* [Zur Baugeschichte des Chorraumes der Domkirche zu Dorpat], in: *Kunstiteaduslikke uurimusi* 3-4 (12) (2003), S. 30-54.

vermutlich durch den sprunghaften Rückgang der Münzproduktion seit den 1440er Jahren, rein förmlich aber auch durch eine gewisse Änderung des Silberpreises bedingt. Somit deutet die Preiskurve an, dass Livland im 15. Jahrhundert offensichtlich entsprechende Entwicklungen wie Westeuropa durchgemacht hat, wenn auch mit einer geringen zeitlichen Verschiebung. Die Zahl der Landbevölkerung scheint rückläufig gewesen zu sein, wozu sich noch der Geldmangel gesellte, der die Wirtschaftsentwicklung hemmte. Der Wendepunkt trat erst mit dem letzten Viertel des 15. Jahrhunderts ein, als sich die Münzprägung wieder belebte und das Geld wieder sowohl für Bauarbeiten als auch für die Anschaffung kostbarer Altäre ausreichte.

SUMMARY

The Great Depression of the late Middle Ages in Europe – also in Livonia?

A number of depression phenomena were typical of the economy of Western Europe during the 14th and 15th century. In contrast to Western Europe, the 15th century in Livonia is usually described in historiography as a flourishing period. Livonia's wealth is normally explained by its leading role in the Hanseatic League's Russian trade. The article looks at the real prices of rye, beer and horses in Livonia in the 15th century, taking into account changes in silver prices at the same time. It turns out that real prices multiplied in Livonia in the 15th century, particularly dramatically at the beginning of the 1420s and in the 1430s. Considering that the turnover rate of money was relatively constant at the time, such an increase in real prices may have three explanations:

- 1) A surge in foreign market prices due to demographic collapse, which caused the price increase in the area;
- 2) A surge in demand for goods in the area;
- 3) A drop in supply in the area.

It is highly unlikely that the growth of urban population alone could have caused such a big increase in prices in the 15th century. The price surge was most probably brought about by a dramatic decrease in agricultural production in Livonia, which, in turn, could be caused by the temporary but significant reduction of the rural population. The real prices started going down in the late 1430s. The reason for the price fall might have been the extreme scarcity of silver that resulted in very limited coinage in Livonia and hence a deflationary effect. Thus Livonia apparently

underwent the same developments as Western Europe in the 15th century, although with some delay. The rural population seems to have dwindled and the money deficit also hampered economic development. The turning point arrived in the last quarter of the 15th century when coinage re-intensified.

Der Hundertjährige Krieg (1558-1660/61) in Estland

VON MARGUS LAIDRE

Im Verlauf jener anderthalb Jahrhunderte zwischen der Mitte des 16. Jahrhunderts und dem Anfang des 18. Jahrhunderts mussten die Esten unter fünf verschiedenen Herrschern leben, wobei jeder Machtwechsel von heftigen und langen Kriegen begleitet wurde. Im Zeitraum von 1558 bis 1710 betrug das Verhältnis von Kriegs- zu Friedensjahren 70 zu 82. In diesem Zusammenhang sollte allerdings beachtet werden, dass die Kriege sowohl in geografischer als auch in zeitlicher Hinsicht mit unterschiedlicher Intensität erfolgten, es gab zudem kürzere und längere Pausen, doch ebenso Elemente eines „totalen Krieges“, um eine Terminologie aus der moderneren Zeiten zu gebrauchen.

Der beschriebene Zustand betraf nicht allein Estland. In ganz Europa sahen die Herrscher nur ein Mittel, um ihre „Rechte“ zu verteidigen, ihren Willen durchzusetzen oder eine Beleidigung abzuwaschen: das Kreuzen der Klingen. So schien Krieg ein nahezu „natürlicher“ Zustand der Gesellschaft zu sein. Krieg wirkte wie ein Perpetuum mobile, das nicht innehielt. Im 16. Jahrhundert herrschte nur in zehn Jahren Friede in Europa, im 17. in vier und im 18. in 16 Jahren.¹ Der Zeitraum von 1500 bis 1700 war überhaupt mehr als andere Perioden in der Geschichte reich an Kriegen. Dies gilt sowohl in quantitativer Hinsicht bezüglich der Kriegsjahre und der Häufigkeit der Kriege – es gab nahezu alle drei Jahre einen Krieg – als auch in qualitativer Hinsicht bezüglich des Ausmaßes der Kriege.² Viele größere Staaten befanden sich während der Hälfte oder sogar der überwiegenden Mehrzahl dieser Jahre im Kriegszustand. Von 1560 bis 1715 war Frankreich 110 Jahre im Krieg, das entspricht 70 %. Daneben scheint der prozentuale Anteil der Kriegsjahre dieser Periode im Falle Estlands mit 46 % vergleichsweise gering zu sein, doch trägt dieser Eindruck. Denn Frankreich führte auch Krieg außerhalb seiner Landesgrenzen, während es sich im Falle Estlands um Konflikte handelte, die auf dem Siedlungsgebiet der Esten stattfanden.

¹ GEORGE NORMAN CLARK: *The Seventeenth Century*, Oxford 1950, S. 98; GEOFFREY PARKER: *The Military Revolution: Military Innovation and the Rise of the West, 1500-1800*, Cambridge 1989, S. 1.

² JACK S. LEVY: *War in the Modern Great Power System, 1494-1975*, Lexington 1983, S. 139-141; MARGUS LAIDRE: *Üks hä, tru ja öige sullane: Elust Rootsi sõjaväes Eesti- ja Liivimaa 1654-1700* [Ein guter, treuer und gerechter Knecht. Über das Leben in der schwedischen Armee in Est- und Livland 1654-1700], Tartu 1999, S. 2.

Ein wahres Chaos regierte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in der sich der 25 Jahre währende Livländische Krieg (1558-1583) mit dem nordischen Siebenjährigen Krieg (1563-1570) und dem Russisch-Schwedischen Krieg (1570-1595) überlagerte, deren Schauplatz zum größten Teil das Gebiet des heutigen Estland war. Dabei handelt es sich beim „Livländischen Krieg“ auch nur um eine üblich gewordene Bezeichnung für eine längere Serie von militärischen Auseinandersetzungen, die um Alt-Livland ausgefochten wurde. Tatsächlich bestand er aus vier unterschiedlichen, doch miteinander eng verzahnten Konflikten:³ a) Der Russisch-Livländische Krieg (1558-1561), b) der nordische Siebenjährige Krieg (1563-1570), c) der Russisch-Schwedische Krieg (1570-1595) und d) der sich über sieben Hauptphasen erstreckende Polnisch-Russische Krieg (1576-1582). Eine Frage der Vereinbarung ist auch das Ende des Livländischen Kriegs, denn 1582/83 wurden die Kriegshandlungen nur zeitweise unterbrochen, das Kräfteverhältnis zwar fixiert, die Frage der Hegemonie jedoch ungeklärt belassen.

Grundsätzlich herrscht unter den estnischen Historikern Einigkeit darüber, dass in den fünfziger Jahren des 16. Jahrhunderts die Zeit der großen Kriege begann, die mit Unterbrechungen bis 1629 anhielt.⁴ Dieses Jahr allerdings zum Schlussdatum des Kampfes um die Vorherrschaft an der östlichen Küste der Ostsee zu erklären, wäre übereilt. Erst die Schwedisch-Polnischen und Russisch-Schwedischen Kriege in der Mitte des 17. Jahrhunderts führten dazu, dass die Mosaiksteine ihren Platz fanden. Nach Auffassung des Verfassers kann damit in der estnischen Geschichte von einem eigenen Hundertjährigen Krieg (1558-1660/61) gesprochen werden, denn genau diese Zeit war nötig, um nach dem Verfall der alten Machtstrukturen Klarheit über die neue Vormacht zu gewinnen. In der bisherigen Historiographie ist der Gang der Ereignisse nicht ausreichend beachtet worden, in dessen Verlauf ein Krieg den Ausbruch des nächsten verursachte, bevor sich die Machtverhältnisse endlich festigten. Die Konflikte erfolgten tatsächlich ja zwischen den gleichen Antagonisten, die sich nacheinander eliminierten und dabei schließlich ausfochten, wer

³ Der britische Historiker David Kirby spricht zwar auch von den „Livländischen Kriegen“ im Plural, wobei er ebenfalls vier Phasen unterscheidet: a) 1558-1561, b) 1561-1570, c) 1570-1577 und d) 1577-1583, doch letztlich bilden sie bei ihm einen großen Krieg. Siehe DAVID KIRBY: Northern Europe in the Early Modern Period: The Baltic World 1492-1772, London 1990, S. 107.

⁴ M. OJAMAA, A. VARMAS, T. VARMAS: Eesti ajalugu [Estnische Geschichte], Stockholm 1946, S. 117; Eesti ajalugu. 1. osa: muinasajast kuni 19. sajandi lõpuni [Estnische Geschichte. 1. Teil: Von der Vorzeit bis zum Ende des 19. Jahrhunderts], hrsg. von SILVIA ÕISPUU, Tallinn 1989; TOIVO U. RAUN: Estonia and the Estonians. Second ed., Stanford, Cal. 1991, S. 27f.; Eesti ajalugu: Kronoloogia. [Estnische Geschichte: Chronologie], hrsg. von SULEV VAHTRE, Tallinn 1994; AIN MÄESALU, TÕNIS LUKAS u.a.: Eesti ajalugu 1 [Estnische Geschichte 1], Tallinn 1995, S. 104; MATI LAUR: Eesti ajalugu varasel uusajal 1550-1800 [Estnische Geschichte in der frühen Neuzeit 1550-1800], Tallinn 1999, S. 46-50.

zum jeweiligen Zeitpunkt der stärkste war. Im Folgenden wird es etwas ausführlicher um das hier einleitend nur kurz Angedeutete gehen.

*

In der Mitte des 16. Jahrhunderts war Alt-Livland aufgeteilt in fünf lose miteinander verbundene und sich oftmals feindselig gegenüberstehende Kleinstaaten. In ihrer unmittelbaren Nähe wurden zwei ebenfalls rivalisierende Staaten, das Moskauer Großfürstentum und Polen-Litauen, immer stärker und interessierten sich immer mehr dafür, ihren Einfluss im Baltikum zu vergrößern und den Handelsprofit in die eigenen Hände fließen zu lassen. Das Interesse an dieser Region nahm ebenfalls in Dänemark und Schweden zu. Ein Krieg um die Vorherrschaft über die Ostsee wurde unvermeidlich.

Im Januar 1558 drangen schließlich russische Kräfte unter Führung des ehemaligen tatarischen Khans Schigalei in Livland ein. Der livländische Chronist Balthasar Russow beschrieb die Lage in den 1570er Jahren folgendermaßen: Nach einer festlichen Adelshochzeit, auf der manch ein markiger Spruch gegen die gerade eingefallenen Russen zu hören gewesen sei, seien viele der versammelten Herren „nicht allein vor einen Rüssen, besondern ock vor Dannenböme vnde Büsche geflagen, de se van vernes vor ydel Rüssen angesehen hebben.“⁵ Man begann ausländische Hilfe zu suchen, doch diese Suche blieb unbeholfen und jeder Kleinstaat tat dies allein. Damit unterschrieb man im Prinzip das eigene Todesurteil.

1561, nur drei Jahre nach Kriegsbeginn, waren der Livländische Ordensstaat und die gesamte bisherige alt-livländische Staatenordnung aufgelöst. Auf politischer Ebene handelte es sich um einen Kampf zwischen dem Alten und dem Neuen, in dem die Manifestation von Stärke seitens der erwachenden frühneuzeitlichen Nationalstaaten ihre Überlegenheit gegenüber einer überlebten Gesellschaftsordnung demonstrierte. Auf dem von Esten besiedelten Gebiet endete das Mittelalter. Zwar hat Pärtel Piirimäe kürzlich die Ansicht vertreten, dass bereits ein halbes Jahrhundert vor dem Anschluss an die neuzeitlichen Staaten Schweden und Polen die alt-livländischen Bistümer infolge der inneren Entwicklung zu Territorialstaaten geworden seien, vergleichbar mit jenen frühneuzeitlichen Staaten im sich verändernden Europa.⁶ Dem Verfasser des vorliegenden Beitrags scheint es sich jedoch eher um politische Konstruktionen, also künstliche Schöpfungen gehandelt zu haben, die von ihrem

⁵ BALTHASAR RUSSOW: *Chronica der Prouintz Lyfflandt (...)*, Bart 1584, hier zit. n. dem Nachdruck Hannover-Döhren 1967, S. 53 (Bl. 41a).

⁶ PÄRTEL PIIRIMÄE: *Riik, maaisand ja seisused: Varauusaegsete võimustruktuuride kujunemisest Vana-Liivimaa piiskopkondades* [Staat, Landesherr und Stände: Über die Entwicklung der frühneuzeitlichen Machtstrukturen in den Bistümern Alt-Livlands], in: *Kleio: Ajaloo ajakiri* Nr. 3. Tartu 1995, S. 24.

Charakter her in die Vergangenheit und nicht in die Zukunft wiesen, weshalb ihnen die nötigen Voraussetzungen fehlten, um sich zu frühneuzeitlichen Nationalstaaten zu entwickeln.

Aus dem anfangs bilateralen Konflikt erwuchs recht bald ein blutiger Kampf zwischen Russland, Polen, Schweden und Dänemark um das Erbe Alt-Livlands. Als erstes griff Polen ein. Im August 1559 nahm Sigismund II. August (Zygmunt II. August) den Livländischen Orden und das Erzbistum Riga unter den Schutz Polens und versprach das letztere gegen den Angriff der Russen zu verteidigen. Danach kam Dänemark an die Reihe. Im Herbst 1559 kaufte der dänische König Friedrich II. das Bistum Ösel-Wiek (Saare-Lääne) für 30 000 Taler für seinen schwierigen Bruder Herzog Magnus von Holstein. Dieser wurde zu einer der Hauptfiguren der folgenden Kriegsergebnisse.

Im Juni 1561 schworen die Ritterschaften von Harrien/Harjumaa, Wierland/Virumaa und Jerwen/Järvamaa sowie die Stadt Reval/Tallinn dem schwedischen König die Treue. Im November schlossen der livländische Ordensmeister Gotthard Kettler, der Erzbischof von Riga, die Vertreter des Ordensadels sowie der Städte Wenden/Cēsis und Wolmar/Valmiera in Wilna/Vilnius einen Unterwerfungsvertrag (*pacta subjectio-nis*) mit dem polnischen König Sigismund II. August.

Der Livländische Orden säkularisierte sich. Aus dem letzten Ordensmeister wurde der weltliche Herzog Kurlands, ein Vasall des polnischen Königs. Offiziell wurde der Unterwerfungsvertrag im Frühjahr 1562 in Riga unterschrieben: Livland wurde mit Polen als Lehen vereinigt. Damit endet **die erste einführende bzw. Russisch-Livländische Etappe (1558-1562)** des Hundertjährigen Krieges.

Polen, das sein „Goldenes Zeitalter“ durchlebte, sah sich als einzigen Erben Livlands. Russland, Schweden und Dänemark dachten nicht daran, dies zu akzeptieren, sondern versuchten den eigenen Herrschaftsbereich auszudehnen. Im Februar 1563 erklärte der dänische König Friedrich II. Schweden den Krieg.⁷ Den Dänen kamen Lübeck und Polen zur Hilfe. Es begann **die zweite Etappe, der nordische Siebenjährige Krieg (1563-1570)**. Die Front verlief zwischen Dänemark, Polen und Lübeck auf der einen Seite gegen Schweden auf der anderen. Zu ihnen stieß Russland hinzu, das sozusagen als dritter Teilnehmer seine eigenen Interessen vertrat. In dem gegen Dänemark gerichteten Kampf auf estnischem Boden waren aber die Schweden erfolgreich: Sie hielten die Wiek und verwüste-

⁷ Der schwedische Kriegshistoriker Ulf Sundberg unterscheidet zwischen dem Siebenjährigen Nordischen Krieg (1563-1570) und dem so genannten Ersten Polnischen Krieg (1563-1568). Während des ersten Kriegs erfolgten die Kriegshandlungen auf dem Meer und in Schweden selbst. Der zweite hingegen umfasst dieser Periodisierung nach die übrigen militärischen Aktionen im Baltikum, deren Abtrennung als nicht besonders gelungen bezeichnet werden kann. Vgl. ULF SUNDBERG: Svenska krig 1521-1814 [Die schwedischen Kriege 1521-1814], Lund 1998, S. 65.

ten bei der Eroberung Ösels zweimal Sonneburg/Maasilinn und die Insel Mohn/Muhu. Im Rahmen des nordischen Siebenjährigen Krieges blieben dennoch die Dänen siegreich. Im Dezember 1570 wurde in Stettin zu für die Schweden schwierigen Bedingungen Frieden geschlossen. Die in Livland eroberten Gebiete sollte Schweden als Entschädigung an den Deutschen Kaiser übergeben, was nicht geschah, da kein Geld gezahlt wurde.

Die dritte oder Russische Etappe (1570-1595) wird durch große Aktivität seitens Moskaus charakterisiert. Zu dieser Phase gehören sowohl der 25 Jahre andauernde Krieg zwischen Russland und Schweden als auch der Polnisch-Russische Krieg (1576-1582). Der unter dem Druck der Schweden leidende und sich mit seinem Bruder streitende Herzog Magnus suchte als Ausweg aus der schwierigen Situation zuerst die Hilfe der Polen, doch wurde er von ihnen recht kühl behandelt. Schließlich war der inzwischen mithilfe eines Staatsstreichs an die Macht in Schweden gelangte Johan III. mit Katharina, der jüngeren Schwester Sigismund II. Augusts verheiratet. Infolge dieser Ehe hatten sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern gebessert.

Anschließend schickte Herzog Magnus eine Gesandtschaft nach Moskau, wo seine Bitte um Hilfe nicht auf taube Ohren stieß. Der schon einige Zeit recht zurückhaltend agierende russische Zar sah seine Stunde gekommen. Im März 1570 schwor Magnus in Moskau Ivan IV. den Treueid und wurde zum König Livlands erklärt, wo er in Oberpahlen/Põltsamaa residieren sollte. Im Spätherbst desselben Jahres setzte der massive russische Angriff auf Livland ein, der den langen Konflikt mit Schweden verursachte.

In den ersten sieben Jahren erzielten die Truppen des Zaren große Erfolge. Praktisch das gesamte alt-livländische Festland mit Ausnahme Rigas, des zweimal belagerten Reval (August 1570 - März 1571, Januar - März 1577) sowie Kurlands wurde gehalten. Dann griff Polen erneut in den Krieg ein und die Zusammenarbeit Herzog Magnus' mit Moskau brach ab, nachdem dieser beim Zaren in Ungnade gefallen war. Zwischendurch gingen die Schweden zum Gegenangriff über. Im Januar 1582 wurde in Jam Zapol'ski ein zehnjähriger Waffenstillstand zwischen Russland und Polen geschlossen. Darauf folgte im August 1583 ein zwischen Schweden und Russland im Flussdelta der Pljussa abgeschlossener Waffenstillstand, der zunächst für drei Jahre gelten sollte – im Dezember 1585 wurde er um weitere vier Jahre bis zum Dreikönigs-Tag 1590 verlängert. Nach Ablauf dieser Frist begannen die russischen Streitkräfte erneut mit Kampfhandlungen gegen Schweden in Ingermanland.⁸ Erfolglos wurde Narva belagert. Im Januar 1593 kamen die gegnerischen Parteien überein,

⁸ Toivo Raun hält die Kriegshandlungen 1590-1595 zwischen Russland und Schweden fälschlicherweise für einen eigenständigen kleinen Krieg, ohne die Verbindung mit dem 1570 ausgebrochenen Konflikt zu sehen. Siehe RAUN, Estonia (wie Anm. 4), S. 27.

einen zweijährigen Waffenstillstand abzuschließen, an dessen Ende im Mai 1595 der Frieden von Tāyssinä/Teusina folgte, der den Schlusspunkt eines langen Krieges setzte.⁹

Will man diese dritte Etappe zusammenfassen, muss darauf hingewiesen werden, dass sich ein neues, allerdings nur zeitweiliges Gleichgewicht der Kräfte herausbildete. Nordestland befand sich unter schwedischer und Südostland unter polnischer Herrschaft. Auch Dänemark hielt sich von den Kämpfen fern, vermochte aber weiterhin im Besitz der Insel Ösel zu verbleiben.

In **der vierten oder der Zwischenetappe (1595-1599)** herrschte augenscheinlich Frieden. Am Horizont zog aber ein neuer Konflikt heran, dessen Wurzeln ins Jahr 1592 zurückreichen, als der polnische König Sigismund III. (Zygmunt III Waza) von seinem Vater den schwedischen Thron erbt, woraufhin eine schwere Krise einsetzte. Die Tatsache, dass der König Katholik war, wurde in Schweden nicht gern gesehen. Es bildete sich eine Opposition unter Führung von Gustav Wasas jüngerem Sohn Karl heraus.

Der Zusammenstoß der polnischen und schwedischen Interessen in Estland verschärfte die allgemeine Situation weiterhin. Vor seiner Abreise hatte Sigismund dem Sejm gegenüber gelobt, dass Schweden alle seine baltischen Herrschaften Polen überlässt. Das Problem lag darin, dass er in Schweden zugleich versprochen hatte, die in Estland erworbenen Territorien nicht aus der Hand zu geben. Die ohnehin ausweglose Lage wurde noch dadurch zugespitzt, dass die Zahl der Unterstützer Sigismunds in Schweden sehr gering war. Finnland bildete eine Ausnahme, wo man den neuen König als sicherheitspolitischen Vorteil ansah. Das Bündnis zwischen Schweden und Polen garantierte Finnland eine größere Sicherheit, denn die finnischen Gebiete trugen im Falle eines russischen Angriffs stets eine bedeutendere Last.

Die ganze Angelegenheit besaß auch eine gesamteuropäische Dimension. Sigismunds 1598 gefällte Entscheidung Schweden mit Hilfe der Armee gefügig zu machen¹⁰ wurde in den Hauptstädten des Katholizismus, Rom und Madrid, als Gegenreaktion auf die Vernichtung des Protestantismus interpretiert. Der Plan der Katholiken sah vor, nach der Unterwerfung Schwedens in Dänemark und in den norddeutschen Städten die alte Ordnung wiederherzustellen. Aus dem in Westschweden

⁹ In Russland setzte in der Folge die so genannte Zeit der Wirren (*смута*) ein, weshalb man sich vorerst aus dem Kampf um Estland und Livland heraushielt. Wohl aber mischten sich Schweden und Polen in die inneren Angelegenheiten Russlands ein. Die Schweden führten dort in den Jahren 1609-1610 und 1610-1617 Krieg, die Polen 1609-1612 und 1617-1618.

¹⁰ Geplant war eine koordinierte Aktion, an der zusätzlich zu Sigismunds Streitkräften zu Lande und zu See auch die Flotte von Arvid Erikson Stålarms aus Finnland und Estland teilnehmen sollte. Siehe RAINER FAGERLUND: Den äldre Vasatiden [Die ältere Vasa-Zeit], in: Finlands historia 2 [Finnische Gesichte 2], Esbo 1993, S. 85.

gelegenen Älvsborg sollte aber ein Stützpunkt für die spanische Flotte werden, von dem aus geplant war mit England die Hauptfestung des Protestantismus anzugreifen.¹¹ Europa stand vor einer vergleichbaren Situation, die dem späteren Dreißigjährigen Krieg vorausgehen sollte. Ein großer gesamteuropäischer Konflikt, an dem auch das estnische Gebiet beteiligt gewesen wäre, hätte bereits 20 Jahre früher als tatsächlich ausbrechen können – mit Schweden auf Seiten der Katholiken.

Doch Clio wählte diesmal einen anderen Weg. 1599 unterdrückte Herzog Karl den Widerstand derjenigen, die Sigismund in Schweden unterstützten, besetzte im Herbst Finnland und trug die militärischen Aktionen nach Estland.

Es folgte **die fünfte Etappe (1600-1629) oder der „dreißigjährige Krieg“ zwischen Schweden und Polen**. Zum Eröffnungsschlag geriet die Versetzung einer 14 000 Mann starken Armee nach Estland. Mit deren Hilfe begann Herzog Karl, das zu Polen gehörende Livland zu erobern. Anfangs waren die Schweden erfolgreicher, doch die Polen erholten sich vergleichsweise schnell von der Überraschung. Die Streitkräfte überrollten das Land erneut, und niemand vermochte zu sagen, welche Macht in der nächsten Woche oder im folgenden Monat herrschen würde. So nahmen die Bürger von Dorpat/Tartu 1625, nachdem ihre Stadt in die Hände der Schweden gefallen war, für alle Fälle eine Bescheinigung von den abziehenden Polen entgegen, dass sie die Stadt sorgfältig verteidigt hätten. Dies diente als Vorsorge, sollte das Kriegsglück den Polen erneut lachen. Es wechselten auch die Herrscher. Aus Herzog Karl wurde König Karl IX. (1604), auf den wiederum sein Sohn Gustav II. Adolf (1611) folgte.

Die Gefechte dauerten allerdings nicht ständig an, denn es gab zwischen ihnen eine Reihe kürzerer und längerer Pausen. Bereits 1607-1608 galt ein zwischen den örtlichen schwedischen und polnischen Befehlshabern geschlossener Waffenstillstand, den Karl IX. jedoch nicht anerkannte. Offiziell galten Waffenstillstandsabkommen von November 1611 bis zur Mitte des Jahres 1617, von November 1618 bis November 1620 sowie vom Sommer 1622 bis zum Jahr 1625. Die aktive Kriegsführung machte also weniger als 55-59 % der offiziellen Kriegszeit aus.

Die Pausen entstanden hauptsächlich deshalb, weil sowohl Polen als auch Schweden sich in die Machtkämpfe in Russland einmischten, mit

¹¹ SUNDBERG, Svenska krig 1521-1814 (wie Anm. 7), S. 90. Bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre des 16. Jahrhunderts kursierten mehrere Pläne zur Wiederherstellung des Katholizismus in Skandinavien, einer der Hauptinitiatoren war der aus Flensburg stammende Abenteurer Anders Lorichs. Siehe ausführlicher hierzu VELLO HELK: Laurentius Nicolai Norvegus S.J. En biografi med bidrag til belysning af romekirkens forsørg på at genvinde Danmark-Norge i tiden fra reformationen til 1622 [Laurentius Nicolai Norvegus S.J. Eine Biographie mit einem Beitrag zur Erhellung des Versuchs der römischen Kirche in der Zeit von der Reformation bis 1622 Dänemark und Norwegen zurückzugewinnen], København 1966 (Kirkehistoriske Studier. II, 22).

ihren Truppen verschiedene Kandidaten für den Moskauer Thron unterstützten, aber auch untereinander auf russischem Boden die Klängen kreuzten. Als kürzere Episode passt in diese Etappe des Hundertjährigen Kriegs noch der so genannte Kalmarer Krieg (1611-1613) zwischen Dänemark und Schweden, in dessen Rahmen die Schweden Ösel und Mohn verwüsteten.

Die Schlussphase des fast dreißigjährigen Kampfes zwischen Schweden und Polen ist auch bekannt als Preußischer Krieg (seit 1626), weil ein großer Teil der Kriegereignisse sich auf preußischem Gebiet abspielten.¹² Zwischendurch erlangten die Schweden eine immer stärkere Überlegenheit: Ihr größter Sieg war zweifelsohne die Unterwerfung Rigas im Spätsommer 1621 infolge einer einmonatigen intensiven Belagerung, an der König Gustav II. Adolf persönlich teilnahm.¹³

Ungeachtet des großen Erfolgs der Schweden endeten die Feindseligkeiten mit einem Waffenstillstand, der im September 1629 in dem Dorf Altmark (poln. Stary Targ) abgeschlossen wurde. Dieses Ereignis leitete **die sechste Etappe oder die Phase der Waffenstillstände (1629-1654)** ein. Auf Basis des Abkommens, das von Frankreich, England und Brandenburg vermittelt wurde, verzichtete Polen auf die Gebiete nördlich des Flusses Väina einschließlich Rigas. Das estnische Festland unterstand somit Stockholm.

Doch handelte es sich auch dabei um keine endgültige Lösung. Zunächst wurde die Dauer des Waffenstillstands auf gerade einmal sechs Jahre festgesetzt. Gustav II. Adolf war mit dieser kurzen Dauer vor allem deshalb einverstanden, weil die Entwicklungen in Deutschland seine Aufmerksamkeit erregt hatten, die im Juni 1630 zum direkten Eingreifen Schwedens in den dortigen großen Krieg führten. Polen seinerseits war beschäftigt mit innenpolitischen Problemen,¹⁴ doch gab man

¹² Der schwedische Historiker Axel Norberg hat behauptet, dass der Hauptgrund, weshalb Livland 1617-1626 nicht schneller erobert werden konnte, darin gelegen hätte, dass Schweden nach dem Frieden von Stolbovo 1617 nicht in der Lage war, ausreichend Kräfte zu mobilisieren. Die Verlagerung des Schwerpunkts der Kriegshandlungen auf Preußen 1626 sei als Hinweis darauf zu deuten, dass man hoffte, mit Hilfe dieser vergleichsweise reichen Region die finanzielle Basis für die Kriegsführung zu verbessern. AXEL NORBERG: Polen i svensk politik 1617-1626 [Die schwedische Polen-Politik 1617-1626], Norrtälje 1974, S. 286.

¹³ In der Eroberung Rigas wurde in erster Linie die Möglichkeit gesehen, Polen eigene Friedensbedingungen diktieren zu können. Die Rückgabe der Stadt an die *Rzeczpospolita* wurde in den ersten Jahren nach der Kapitulation keineswegs für unmöglich gehalten. Je mehr Opfer der Frieden aber forderte, desto klarer wurde mit der Zeit, dass die Eroberungen als Kompensation unter der schwedischen Krone verblieben. Siehe RAGNAR LILJEDAHL: Svensk förvaltning i Livland 1617-1634 [Die schwedische Verwaltung in Livland 1617-1634], Uppsala 1934, S. 170.

¹⁴ Der polnische Thron war nicht vererbbar, Polen war ein Wahlkönigtum. Sigismund wollte schon zu Lebzeiten seinen Sohn Władysław als Nachfolger sehen. Zur Überraschung ganz Europas kandidierte auch Gustav II. Adolf auf den polnischen Thron, der hoffte, die Ansprüche der polnischen Wasa-Dynastie bezüglich

die Hoffnung noch nicht auf, die Situation im eigenen Interesse wenden zu können. Dies trat jedoch nicht ein.

1635 wurde der Waffenstillstand in Stuhmdorf um 26 Jahre verlängert.¹⁵ Die wirtschaftlichen Ressourcen Schwedens gingen durch die Kriegstätigkeit in Deutschland zur Neige, hinzu kam die vernichtende Niederlage in der Schlacht von Nördlingen 1634. Deswegen verzichtete Stockholm darauf, Polen zu große Forderungen zu stellen, um zu vermeiden, dass es auf die Gegenseite geriet.¹⁶ Livland verblieb wie zuvor bei Schweden, doch musste auf die Eroberungen in Preußen verzichtet werden, weshalb wichtige Häfen verloren gingen. Indes handelte es sich nur um einen Waffenstillstand, d. h., man fand sich schlicht zunächst mit einer Situation ab, die für keine der beiden Seiten befriedigend war.

Vom Standpunkt des hier interessierenden Themas gehört der Krieg Schwedens gegen Dänemark (1643-1645) als Interludium in diese Etappe.¹⁷ Im Ergebnis des Friedens von Brömsbro fiel Ösel endgültig an Schweden. Hiermit endete die 26 Jahre währende Beteiligung Dänemarks an den Kämpfen um die östliche Küste der Ostsee definitiv.

Nach Ende des Dreißigjährigen Kriegs war Schwedens Selbstbewusstsein außerordentlich gewachsen. Aus Schweden war eine Großmacht geworden, mit der auf dem europäischen Festland gerechnet wurde. Ein Stachel im Fleisch war weiterhin Polen, weil die dortige Wasa-Dynastie nicht auf ihre Ansprüche auf den schwedischen Königsthron verzichtete und weiterhin Livland als juristisch dem eigenen Reich zugehörig betrachtete.

Andere Faktoren kamen hinzu. Nach der Machtübernahme der Romanovs war Russland auf eine sicherere Grundlage gestellt worden, wozu sich eine aktive Haltung Moskaus in Fragen der Außenpolitik gesellte. Die Niederlagen gegen die Polen – 1611-1612 lag eine polnische Garnison im Kremlin! – waren noch nicht aus dem Gedächtnis verschwunden. Die aufgrund des Kosakenaufstands schwierige innenpolitische Situation

des Stockholmer Könighauses eliminieren zu können. Doch der Plan scheiterte. Nach einem halbjährigen Interregnum wurde Władisław IV. zum König gewählt, was sich als Ironie des Schicksals drei Tage nach der Schlacht von Lützen ereignete. Das Wahlergebnis war einstimmig, was in der polnischen Geschichte ohne Beispiel war. Siehe NILS AHNLUND: Gustav Adolf den Store [Gustav Adolf der Große], Stockholm 1932, S. 284.

¹⁵ Siehe ausführlicher ULF SUNDBERG: Svenska freder och stillestånd 1249-1814 [Die Friedensschlüsse und Waffenstillstände Schwedens 1249-1814], Lund 1997, S. 241f.

¹⁶ Zu den unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des schwedischen Machtgefüges über den Waffenstillstand siehe MICHAEL ROBERTS: The Swedish Imperial Experience, Cambridge 1979, S. 37.

¹⁷ Die dänische Historiographie kennt ihn als „Torstenssons Krieg“, benannt nach dem schwedischen Armeeführer Lennart Torstensson. Siehe SUNDBERG, Svenska krig (wie Anm. 7), S. 191.

Polens ausnutzend, griff Russland seinen östlichen Nachbarn 1654 an.¹⁸ Die Russen erzielten einen schnellen Erfolg, der in Stockholm jedoch nicht gerade herzlich begrüßt wurde.

Über diese Situation wurde im Stockholmer Reichsrat im Dezember 1654 angeregt diskutiert. Gestritten wurde hauptsächlich darüber, ob Dänemark, mit dem noch alte Rechnungen zu klären waren, zuerst angegriffen werden sollte oder Polen. Eine weitere Alternative war ein Bündnis mit Polen, um die Russen aufzuhalten. Aber der schwedisch-polnische Gegensatz im Baltikum erwies sich als unüberwindbar.

Nun folgte **die siebte Etappe (1655-1660/61) oder der schwedische Triumph**. In den ersten Tagen des Monats Juli 1655, noch bevor der Krieg offiziell erklärt worden war, überschritt die schwedische Armee die livländische Grenze und eroberte Dünaburg/Daugavpils. Ein Dutzend Tage später begann von Pommern aus der Angriff der schwedischen Hauptstreitkräfte. Die Situation und die Schwäche des Gegners ausnutzend, verletzte Karl X. Gustav daher einseitig den Waffenstillstand von Stuhmsdorf, der eigentlich noch sechs weitere Jahre gelten sollte. Schwedische Historiker erkennen wohl an, dass es sich um einen Angriffskrieg handelte, aber sie übergangen schweigend die Tatsache der Verletzung des Waffenstillstands oder versuchen die Bedeutung des Vorgangs durch den Hinweis abzuschwächen, es habe sich dabei nur um einen zeitweiligen Vertrag gehandelt und daher nicht um einen regelrechten Friedensbruch.

Die Zeitgenossen begründeten den Beginn des Krieges damit, dass Polen bewusst den Abschluss eines neuen Vertrags hinauszögere. Demnach war Polen nicht an einem Frieden interessiert.¹⁹ Hierbei haben wir es indes mit einem lediglich der Selbstrechtfertigung dienenden Vorwurf zu tun. In einer derartigen Situation, in der bis zum Ende des gültigen Waffenstillstands noch viele Jahre verblieben, war es ganz natürlich, dass niemand wirklich an einem neuen und möglicherweise ungünstigeren Vertragsabschluss interessiert war.

Nach einem Anfangserfolg ging der Angriffselan der Schweden jedoch zurück. Große Aufmerksamkeit erregte der schwedische Sieg in der so genannten Drei-Tages-Schlacht bei Warschau im Juli 1656, doch seine strategische Bedeutung gering. Nach weniger als einem Jahr verließ Karl

¹⁸ Die während der Rada von Perejaslav' 1654 getroffenen Vereinbarungen sahen die Kosaken als eine zeitweilige, von den Umständen aufgenötigte Zusammenarbeit mit dem Zaren an. Im Jahr 1657 versuchten die Kosaken die Ukraine erneut in die *Rzeczpospolita* zu inkorporieren, doch war es bereits zu spät. Der Russisch-Polnische Krieg dauerte bis 1667 an.

¹⁹ ANDERS FLORÉN: Karl X Gustav, in: ANDERS FLORÉN, STELLAN DAHLGREN, JAN LINDEGREN: Kungar och krigare: Tre essäer om Karl X Gustav, Karl IX och Karl XII [Könige und Krieger: Drei Essays über Karl X. Gustav, Karl IX. und Karl XII.], Malmö 1992, S. 75.

X. Gustav Polen mit seiner Hauptstreitmacht und wandte sich gegen Dänemark, das in der Zwischenzeit Schweden den Krieg erklärt hatte.

Am Ende kam man soweit überein, dass 1659 in Toruń Friedensverhandlungen begannen. Diese zogen sich jedoch hin, denn die Schweden blieben hartnäckig bei ihren territorialen Forderungen. Die Kriegsmüdigkeit nahm dennoch weiter zu, und Ende April 1660 schlossen Schweden und Polen im Kloster Oliwa in der Nähe Danzigs schließlich Frieden.²⁰ Livland wurde als zu Schweden gehörig anerkannt und die polnische Wasa-Dynastie verzichtete auf ihre Ansprüche auf den polnischen Thron. Als letztes estnisches Gebiet fiel die Insel Runö/Ruhnu mit diesem Frieden an Schweden, die zuvor zum Herzogtum Kurland gehört hatte.

Karl X. Gustav hatte seine ganze Aufmerksamkeit Polen gewidmet. Mit Russland wollte man demgegenüber friedliche Beziehungen pflegen und schickte sogar zwei Gesandtschaften nach Moskau, die den Vorschlag unterbreiten sollten, die Interessensphären in Polen untereinander aufzuteilen. Es kam aber nicht zu einer Übereinkunft, und im Sommer 1656 begann Zar Aleksej Michajlovič den Krieg.

Aus schwedischer Perspektive standen die Kämpfe mit Polen und später mit Dänemark an erster Stelle, während den Kriegshandlungen mit Russland in den Ostseeprovinzen eine sekundäre Bedeutung beigemessen wurde. Genauso werden die Konflikte auch in der schwedischen, finnischen und estnischen Historiografie behandelt.²¹ Unterschätzt wird hingegen die Tatsache, dass Moskau, das nicht am reichen Erbe Livlands teilhaben konnte, ernsthaft versuchte, die schwedischen Ostseeprovinzen zu erobern. Die vor Riga liegende und die Düna-Metropole belagernde Hauptstreitmacht der Russen kommandierte Zar Aleksej Michajlovič höchstpersönlich. Die Stadt blieb allein wegen der schlechten Organisation des Gegners von Schlimmerem verschont – das Verhältnis von Angreifern zu Verteidigern hatte 6,5:1 betragen. Die Russen okkupierten weiterhin einen großen Teil des Landes, wobei ihr weiteres Vordringen weniger vom schwedischen Widerstand als vielmehr von der in Estland und Livland ausgebrochenen Pestepidemie gestoppt wurde.

²⁰ Neben allen anderen Faktoren begünstigte der unerwartete Tod Karl X. Gustavs im Februar 1660 den Friedensschluss. Nun erlahmte die expansive Außenpolitik Schwedens.

²¹ Siehe z. B. MANFRED CARLON: *Ryska kriget 1656-1658* [Der russische Krieg 1656-1658], Stockholm 1903; STEN CARLSSON, JERKER ROSÉN: *Svensk historia* [Schwedische Geschichte], Bd. 1, Stockholm 1969, S. 468-477; RAINER FAGERLUND: *Kriget i Östersjöprovinserna 1655-1661: Operationer och krigsansträngningar på en bikrigsskådeplats under Carl X Gustafs krig*. [Krieg in den Ostseeprovinzen 1655-1661: Operationen und Kriegsanstrengungen auf dem Nebenkriegsschauplatz während des Krieges von Karl X. Gustav], Vaasa 1979. Die von Silvia Öispuu herausgegebene Geschichte Estlands sowie Toivo Raun erwähnen die in Est- und Livland in der Mitte des 17. Jahrhunderts stattgefundenen Kämpfe überhaupt nicht. Siehe *Eesti ajalugu*. 1. osa (wie Anm. 4), S. 54; RAUN, *Estonia* (wie Anm. 4), S. 27-32.

In Verbindung mit dem erneuten Ausbruch von Kampfhandlungen zwischen Polen und Russland war der Zar bereit den Krieg mit Schweden zu beenden. Im Oktober 1657 schickte man einen Gesandten aus Moskau mit einem Friedensangebot an Karl X. Gustav. Die Vorverhandlungen begannen im April 1658 und im Dezember schloss man in der Nähe von Narva bei Usnova/Vallisaare einen dreijährigen Waffenstillstand ab, in dessen Folge den Russen die von ihnen im Krieg besetzten Territorien verblieben.

Schon im Sommer 1659 setzten erneut Verhandlungen ein, während der die Russen sämtliche von ihnen besetzten Gebiete, Ingermanland sowie einen Teil Kareliens für sich forderten. Dies belegt, dass der Zar den Krieg mit Schweden nicht einfach deswegen angefangen hatte, um sein Glück zu erproben, sondern mit sehr erstzunehmenden Absichten. Offensichtlich in Verbindung mit dem Tod des schwedischen Königs brachen die Russen im Frühjahr 1660 die Verhandlungen ab. Aufgrund der Tatsache, dass dem Gegner eine starke Führung fehlte, hoffte man auf eine bessere Ausgangsposition.

Erneute große Rückschläge im Krieg mit Polen zwangen die Russen aber wieder an den Verhandlungstisch. Schließlich kam man zu einer Übereinkunft und schloss im Juni 1661 in Kardis/Kärde einen Frieden zu den Bedingungen des *status quo ante bellum*. Der Hundertjährige Krieg in Estland wurde hiermit beendet.

*

Kriege erhalten ihren eigentlichen Namen oft erst, nachdem die Tinte auf dem Friedensvertrag getrocknet ist, wie dies im Falle des Dreißigjährigen Krieges geschah, manchmal jedoch noch während des Krieges oder aber erst sehr viel später. Bezüglich der Namen lassen sich vier größere Gruppen von Kriegen unterscheiden:

a) Bezeichnung nach den Gegnern: z. B. Russisch-Schwedischer oder Französisch-Preußischer Krieg. Hierbei ist es Brauch, die auslösende Partei des Konflikts an erster Stelle zu nennen, weshalb an dieser Stelle Unterschiede aufgrund der differierenden Geschichtsinterpretationen der einzelnen Länder auftreten können;

b) Bezeichnung nach der Dauer des Konflikts: z. B. Siebenjähriger Krieg 1756-1763, Neunjähriger Krieg 1688-1697 oder Hundertjährige Krieg 1337-1453;

c) Bezeichnung nach dem Ausmaß oder dem Ort des Konflikts: z. B. Holländischer Krieg 1672-1679, Erster und Zweiter Schlesischer Krieg 1740-1742 und 1744-1745, Nordischer Krieg 1700-1721 oder Erster Weltkrieg 1914-1918;

d) Bezeichnung nach der Ursache des Konflikts: z. B. Devolutionskrieg 1667-1668, Spanischer Erbfolgekrieg 1701-1713.

Im Kontext dieser Auflistung erscheint es korrekter, den Hundertjährigen Krieg in Estland mit dem Friedensschluss von Kardis enden zu lassen, wobei zugegeben sei, dass die Zeitgenossen ihn sicherlich nicht als hundert Jahre andauernden Konflikt empfanden. Für den Gebrauch des angebotenen Terminus spricht dennoch, dass die Kämpfe auf dem Gebiet des heutigen Estland stattfanden, das durchgängige Leitmotiv die Rivalität an der östlichen Ostseeküste war und der Kreis der beteiligten Mächte stabil blieb.

Der aufmerksame und kritische Leser mag an dieser Stelle behaupten, dass Russland nur in den Jahren 1558-1617 und Dänemark nur 1559-1645 und somit nur während einer kürzeren Periode involviert waren. Moskaus Rückkehr in der Mitte des 17. Jahrhunderts erfolgte zudem bereits unter anderen Umständen und besaß keine direkten Anknüpfungspunkte an die vorher erwähnten Kämpfe – doch blieben die Gründe bestehen. In erster Linie jedoch verleihen die sich ständig wiederholenden Konflikte zwischen Schweden und Polen dem Begriff eines Hundertjährigen Krieges Legitimität. Sie waren nur durch Waffenstillstände unterbrochen, die demonstrative „Kontinuität“ gewährleisten konnten, da der eigentliche Konflikt noch nicht gelöst und somit nicht beendet war.

Als nächster Einwand mag angeführt werden, dass nicht ununterbrochen hundert Jahre gekämpft wurde. Doch dies ist nichts Besonderes, denn längere oder kürzere Pausen und Waffenstillstände waren typisch für die mittelalterliche, frühneuzeitliche und neuzeitliche Kriegsführung. Auch der geradezu „klassische“ Hundertjährige Krieg (1337-1453) war ja keine ununterbrochene Kette von Kämpfen. Dies gilt auch etwa für den Dreißigjährigen Krieg oder den Nordischen Krieg.

Unter anderer Perspektive kann durchaus behauptet werden, dass der Hundertjährige Krieg in Estland aus mehreren verschiedenen Konflikten bestand. Doch wurde das Moment der Kontinuität bereits erwähnt; hier kann eine Parallele gezogen werden zu dem Hundertjährigen Krieg des 14. und 15. Jahrhunderts, der ebenso wenig ein formaler Konflikt zwischen England und Frankreich war, sondern aus sechs größeren, von England ausgehenden königlichen Expeditionen sowie einer größeren Zahl kleinerer provinzieller Kampagnen und den Raubzügen unabhängiger Heerführer bestand. Dabei waren die beiden letztgenannten Elemente für diesen Krieg insgesamt sehr viel charakteristischer als die königlichen Expeditionen.²² Beim Dreißigjährigen Krieg unterscheidet man ebenfalls fünf verschiedene Perioden: der Böhmisches-Pfälzische (1618-1623), der Dänisch-Niedersächsische (1625-1619), der Schwedische (1630-1635) und der Französisch-Swedische Krieg (1635-1648). Ebenso ist es mit dem Nordischen Krieg, aus dem sich insgesamt sieben größere Kampagnen oder kleinere Kriege herausfiltern lassen: der Konflikt mit Dänemark (der Kriegszug nach Själland) im Jahr 1700, der Krieg in den

²² NORMAN DAVIES: *Europe: A History*. Oxford University Press 1997, S. 420.

Ostseeprovinzen 1700-1701, der Krieg in Polen 1701-1706, der Kriegszug nach Russland 1707-1709, die Verteidigung Stralsunds 1714-1715 sowie zwei Kriegszüge nach Norwegen 1717 und 1718. Hinzu kommen noch zahlreiche Gefechte auf Nebenkriegsschauplätzen.

Es bleibt also nur die Namensfrage, die verständlicherweise von der zeitlichen Dauer des Konflikts ausgeht. Hier mag man einwenden, dass die Zeitgenossen den Krieg nicht unter diesem Namen kannten. Das ist korrekt, doch auch der eben bereits als „klassisch“ bezeichnete Hundertjährige Krieg (1337-1453) trug anfangs nicht diesen Namen, sondern begann erst 370 Jahre später zu „leben“. Es handelt sich bei dieser Bezeichnung um eine Konstruktion von Historikern, die erstmals 1823 zur Charakterisierung der langen Periode der Wirren (*le temps des malheurs*) gebraucht wurde und die heutzutage allgemeine Anerkennung gefunden hat.²³ All dies zusammenfassend mag der Verfasser seine Meinung nicht verhehlen, dass in unserem Falle 345 Jahre *post factum* Grund genug besteht, von einem Hundertjährigen Krieg in Estland zu reden.

SUMMARY

A hundred-year war (1558-1660/61) in Estonia

The article considers the wars that were fought in Estonia and Livonia in the second half of the 16th and the first half of the 17th century. They started with the Russian-Livonian war that broke out in 1558 and led to the collapse of the political structures of Old Livonia in the next couple of years. The period also involved several other armed conflicts (the Nordic Seven Years' War in 1563-1570, the Russian-Swedish war in 1570-1595, the Polish-Russian war in 1576-1582) which affected Estonian territory with differing degrees of intensity. The period of wars that started in the mid-16th century lasted with short breaks until 1629, followed by a brief peaceful period that lasted until the mid-1650s. Sweden and Poland were at war again from 1655 and Russia and Sweden from 1656. Subsequently with the peace treaties in Oliva in 1660 and in Kärde in 1661 both Russia and Poland finally admitted that Estonia and Livonia belonged to Sweden. As this put an end to the division of the historical heritage of Old Livonia that started in 1558, the period 1558-1660/61 could be called a hundred-year war in the history of Estonia.

²³ Ebenda, S. 419. Mitunter wird der Krieg auch Zweiter Hundertjähriger Krieg genannt, um ihn auf diese Weise von einem früheren englisch-französischen Konflikt 1152-1259 zu unterscheiden.

Die Entwicklung der Stadt Nyen im zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts

VON ENN KÜNG

In den ersten Jahren des Nordischen Krieges drang die russische Armee nach Ingermanland ein, wodurch Schweden 1702 und 1703 zwei wichtige Festungen an der Neva einbüßte, der Wasserstraße zwischen Ladogasee und Finnischem Meerbusen. Im Oktober 1702 eroberten die Russen Nöteborg am Oberlauf der Neva und am 1. Mai 1703 fiel die Festung Nyenschanz (*Nyenskans, Skansen vid Nyenfloden, Nevanlinna, Newaschanze, Skanz ter Nyen, Ниеншанц, Канец*) im Mündungsgebiet des Flusses am Nebenfluss Ochta zugleich mit der Stadt Nyen. Nach der Besetzung der Stadt fasste Zar Peter der Große am 16. (27.) Mai den Entschluss, die Peter-und-Paul-Festung an der Neva zu errichten. Kurz danach wurde an den Mauern der Festung die Stadt gegründet, die den Namen Sankt Petersburg erhielt.¹ Damit sicherte der Zar Russland einen Zugang zur Ostsee bzw. stieß ein Fenster nach Europa auf – so zumindest hat es die Geschichtsschreibung bildlich ausgedrückt. Die Gründung von St. Petersburg stellte eine wichtige historische Veränderung nicht nur für Russland dar, sondern auch für die breitere Ostseeregion und die damals führenden westeuropäischen Seemächte Niederlande und England.

Historiographischer Überblick

Im letzten Jahrhundert ist keine umfassende Untersuchung über die Geschichte der Stadt Nyen erschienen. Für die sowjetische Geschichtsschreibung war sie sicher kein aktuelles Forschungsthema, da sie mit der Legende der Gründung von St. Petersburg durch Peter den Großen in der Mitte der Sümpfe nicht zusammenpasste. Dennoch wurde in jeder Abhandlung über den Nordischen Krieg und das Leben von Peter I. das Faktum erwähnt, dass die russischen Truppen Anfang Mai 1703 die schwedische Festung Nyenschanz in der Mündung der Neva eroberten.

¹ ГЕОРГИЙ ПРИАМУРСКИЙ: Санкт-Петербург и судьба Ниеншанца [St. Petersburg und das Schicksal von Nyenschanz], in: Шведы на берегах Невы. Сборник статей [Die Schweden an den Ufern der Neva. Artikelsammlung], Стокгольм 1998, S. 44-51, hier S. 44.

Auf das Wesen der Festung wurde jedoch nicht näher eingegangen,² obwohl in Russland schon vor der Revolution eine Untersuchung von Antti Juhana Hipping über die historische Bedeutung der Neva erschienen war (1909). Dieses auf Schwedisch erstmals 1836 veröffentlichte Buch wurde von Aleksander Lappo-Danilevskij ins Russische übersetzt. Der zweite Teil des Buches, der sich gerade auf die Geschichte der Stadt Nyen konzentrierte, wurde auf der Grundlage des Manuskripts von Hipping herausgegeben.³ Darüber hinaus edierte Lappo-Danilevskij 1913 einen von Hipping und A. A. Kunik zusammengestellten Katalog der Karten und Pläne der Umgebung des Flusses Neva und der Stadt Nyen aus dem 17. Jahrhundert.⁴ Warum das erstgenannte landesgeschichtliche Werk von Hipping ins Russische übersetzt wurde, ist schwer zu sagen, weil schon 1891 eine Untersuchung über Stadt und Festung aus der Feder von Carl Gabriel von Bonsdorff erschienen war.⁵ Bonsdorff stützte sich sowohl auf finnische als auch auf schwedische Archivmaterialien, und sein Werk, in dessen Anhang auch die wichtigsten Dokumente zur Geschichte Nyens veröffentlicht wurden, fand bereits bei dem zeitgenössischen Rezensenten Georg V. Forstén eine sehr positive Bewertung.⁶ 1916 wurden schließlich in Petrograd die von Hipping gesammelten Archivmaterialien zur Geschichte der Stadt und Festung Nyen veröffentlicht.⁷ Nach Hipping und von Bonsdorff ist die Geschichte Nyens jedoch nicht weiter behandelt worden. Alle späteren Forscher haben sich in Vielem auf die Standpunkte der älteren Arbeiten gestützt.

Zur gleichen Zeit fand Nyen in allen Werken über die Geschichte Ingermanlands im 17. Jahrhundert Erwähnung. Als Beispiele seien hier die

² Als Beispiel sei hier ein von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegebenes Buch angeführt: ВИКТОР ИВАНОВИЧ БУГАНОВ: Петр Великий и его время [Peter der Große und seine Zeit], Москва 1989, S. 79.

³ ANTTI JUHANA HIPPIING: Neva och Nyenskans [Die Neva und Nyenschanz], Helsingfors 1836; А. И. ГИППИНГ: Нева и Ниеншанц [Die Neva und Nyenschanz], Bd. 1-2, СПб. 1909. Im Zusammenhang mit dem Jubiläum von St. Petersburg erschien 2003 eine Neuaufgabe dieses Buchs.

⁴ А. С. ЛАППО-ДАНИЛЕВСКИЙ: Карты и планы Невы и Ниеншанца собранные А. И. ГИППИНГОМ и А. А. КУНИКОМ [Die von A. I. Gipping und A. A. Kunik gesammelten Karten und Pläne der Neva und Nyenschanz], СПб. 1913.

⁵ CARL GABRIEL VON BONSDORFF: Nyen och Nyenskans: historisk skildring [Nyen und Nyenskans: eine historische Schilderung], Helsingfors 1891 (Sonderdruck aus: Acta Societatis scientiarum Fennicae, 18).

⁶ ГЕОРГ ФОРСТЕН: Критика и библиография [Kritik und Bibliographie], in: Журнал Министерства Народного Просвещения, ч. ССLXXXI, 1892 май, СПб. 1892, S. 172-181.

⁷ А. И. ГИППИНГ: Сборник документов касающихся истории Невы и Ниеншанца [Dokumentensammlung zur Geschichte der Neva und Nyenschanz], Пг. 1916.

Werke von Carl Öhländer,⁸ Johan Ax. Almquist,⁹ Alvin Isberg¹⁰ und Kyösti Väänänen¹¹ angeführt.

In den Arbeiten über die Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Schweden und Russland im 16. und 17. Jahrhundert ist auch Nyens Rolle behandelt worden.¹² Besonders hervorzuheben ist der im Jahre 1976 erschienene Artikel der sowjetrussischen Historikerin Ė. D. Ruchmanova über den russisch-schwedischen Handel entlang des Neva-Wasserwegs und die Stadt Nyen.¹³ Darüber hinaus hat Igor P. Šaskol'skij in seinen Werken die Handelsbeziehungen der nordwestrussischen Städte, vor allem Tichvins, mit Schweden über Nyen behandelt. Wie von Bonsdorff, hat auch Šaskol'skij zur Charakterisierung des Warenumsatzes von Nyen die Zollbücher aus den Jahren 1687-1696 im Finnischen Nationalarchiv benutzt.¹⁴

⁸ CARL ÖHLANDER: Bidrag till kännedom om Ingermanlands historia och förvaltning [Beitrag zur Kenntnis der Geschichte und Verwaltung Ingermanlands], Bd. 1 (1617-1645), Uppsala 1898; DERS.: Om den svenska kyrkoreformationen uti Ingermanland. Ett bidrag till svenska kyrkans historia åren 1617-1704 [Über die schwedische Kirchenreformation in Ingermanland. Ein Beitrag zur Geschichte der schwedischen Kirche 1617-1704], Uppsala 1900.

⁹ JOHAN AX. ALMQUIST: Den civila lokalförvaltningen i Sverige 1523-1630 [Die lokale Zivilverwaltung in Schweden 1523-1630], 2. Teil, Stockholm 1922. Hier das Kapitel „Ingermanland“, S. 657-688.

¹⁰ ÄLVIN ISBERG: Svensk segregations- och konversionspolitik i Ingermanland 1617-1704 [Schwedische Segregations- und Konversionspolitik in Ingermanland], Uppsala 1973.

¹¹ KYÖSTI VÄÄNÄNEN: Herdaminne för Ingermanland. I. Lutherska stiftsstyrelsen, församlingarnas prästerskap och skollärare i Ingermanland under svenska tiden [Ingermanlands Geistlichkeit. I. Lutherisches Konsistorium, Ingermanlands Gemeindepriester und Schullehrer in der schwedischen Zeit], Helsingfors 1987 (Skrifter utgivna av Svenska litteratursällskapet i Finland, 538).

¹² Siehe beispielsweise ARNOLD SOOM: Die Politik Schwedens bezüglich des russischen Transithandels über die estnischen Städte in den Jahren 1636-1656, Tartu 1940 (Õpetatud Eesti Seltsi Toimetused. XXXII); HELMUT PIIRIMÄE: Kaubanduse küsimused Vene-Rootsi suhetes 1661-1700. a. [Handelsfragen in den russisch-schwedischen Beziehungen 1661-1700], Tartu 1961 (Tartu Riikliku Ülikooli Toimetised, 113); STEFAN TROEBST: Handelskontrolle – „Derivation“ – Eindämmung. Schwedische Moskaupolitik 1617-1661, Wiesbaden 1997 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München. Reihe Forschungen zum Ostseeraum, 2); ENN KÜNG: Rootsi majanduspoliitika Narva kaubanduse küsimuses 17. sajandi teisel poolel [Schwedische Wirtschaftspolitik in der Frage des Narvaer Handels in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts], Tartu 2001 (Scripta archivi historici Estoniae).

¹³ Э. Д. РУХМАНОВА: Русско-шведская торговля по Невскому пути и город Канцы [Der russisch-schwedische Handel entlang des Neva-Wasserwegs und die Stadt Nyen], in: Вопросы истории Европейского Севера, Петрозаводск 1976, S. 140-163.

¹⁴ ИГОРЬ П. ШАСКОЛЬСКИЙ: Русская морская торговля на Балтике в XVII в. (Торговля со Швецией) [Der russische Seehandel auf der Ostsee im 17. Jh. (Der Handel mit Schweden)], СПб. 1994.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Verschwinden der Ta-buthemen in der Geschichte, aber mit Sicherheit auch das 300-jährige Jubiläum von St. Petersburg haben dazu beigetragen, dass sich sowohl in Schweden und Russland als auch anderswo die Forschung zur Geschichte des Neva-Gebiets vor der Gründung von St. Petersburg wieder belebt hat. 1995 erschien in Finnland hierzu ein Buch von Saulo Kepsu,¹⁵ drei Jahre später veröffentlichten schwedische und russische Historiker in Stockholm eine gemeinsame russischsprachige Artikelsammlung über die Schweden an den Ufern der Neva.¹⁶ Mehrere Beiträge dieser Sammlung befassen sich direkt mit der Geschichte Nyens. Darüber hinaus fand in demselben Jahr in Stockholm eine auf schwedischen und russischen Archivmaterialien fußende Ausstellung „St. Petersburg und Stockholm“ statt. Im Rahmen dieser Ausstellung erschien ein umfangreicher Katalog, in dem zwei einleitende Kapitel auch die Geschichte Nyens kurz behandeln.¹⁷ Einer der Autoren des Katalogs, Bengt Jangfeldt, beginnt seine Spezialuntersuchung über die Schweden in St. Petersburg ebenfalls mit der Geschichte Nyens.¹⁸ 2001 veröffentlichte P. E. Sorokin in St. Petersburg eine wertvolle Abhandlung über die archäologische Untersuchung der Stadt Nyen und des Mündungsgebiets der Neva.¹⁹ 2003 erschienen auch in Estland zwei längere Artikel über die Geschichte Nyens.²⁰ Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit dem Feiern des 300. Jubiläums von St. Petersburg mehrere Werke zur Geschichte der ehemaligen Hauptstadt des russischen Imperiums und deren Bevölkerung veröffentlicht. Auch in diesen Werken wurde Nyen als Vorgänger

¹⁵ SAULO KEPSU: Pietari ennen Pietaria: Nevansuon vaiheita ennen Pietarin kaupungin perustamista [St. Petersburg vor St. Petersburg: das Mündungsgebiet der Neva vor der Gründung St. Petersburgs], Helsinki 1995 (Suomalaisen kirjallisuuden seuran toimituksia, 608).

¹⁶ ШВЕДЫ на берегах НЕВЫ (wie Anm. 1).

¹⁷ BENGT JANGFELDT: Hur Nyen blev Sankt Petersburg [Wie Nyen zu St. Petersburg wurde], in: Vattenstäder: Sankt Petersburg – Stockholm [Wasserstädte: St. Petersburg – Stockholm], Stockholm 1998, S. 15-24; SERGEJ V. SEMENTSOV: Spåren av Nyen i dagens Sankt Petersburg [Die Spuren Nyens im heutigen St. Petersburg], in: ebenda, S. 25-48.

¹⁸ BENGT JANGFELDT: Svenska vägar till Sankt Petersburg: kapitel ur historien om svenskarna vid Nevans stränder [Schwedische Wege nach St. Petersburg. Kapitel aus der Geschichte der Schweden an den Ufern der Neva], Stockholm 1998. Das Buch ist insgesamt vier Mal erschienen, 2003 wurde es auch ins Russische übersetzt: БЕНГТ ЯНГФЕЛЬДТ: Шведские пути в Санкт-Петербург, СТОКГОЛЬМ 2003.

¹⁹ П. Е. СОРОКИН: Ландскрона, Невское устье, Ниеншанц. 700 лет поселению на Неве, СПб. 2001.

²⁰ ENN KÜNG: Nyen (Nevanlinna) transiitkaubanduse keskusena Neeva jõe suudmealal 1632-1703 [Nyen (Nevanlinna) als Transithandelszentrum im Mündungsgebiet des Flusses Neva 1632-1703], in: Tuna. Ajalookultuuri ajakiri 6 (2003), Nr. 2, S. 2-26; PIRET LOTMAN: Unustatud uus linn [Die vergessene neue Stadt], in: ebenda, Nr. 3, S. 25-34.

der Metropole an der Neva erwähnt. Als Beispiel sei hier das essayistische Buch von Dmitrij Spivak genannt.²¹

Der folgende Beitrag stützt sich auf bisher unbenutzte Quellen aus den Archiven Estlands, Schwedens und Finnlands und konzentriert sich in erster Linie auf die Entstehung der Kaufmannssiedlung im Mündungsgebiet der Neva, auf die Verleihung der Stadtprivilegien an Nyen und die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Stadt in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Russisch-Schwedischen Krieges 1656. Daneben werden die Befestigung der im schwedisch-russischen Grenzgebiet gelegenen Stadt und die Bevölkerung Nyens thematisiert. Auf den Transithandel Nyens wird nicht näher eingegangen.

Militärischer Stützpunkt im Mündungsgebiet der Neva

Am 6. September 1581 eroberte Pontus De la Gardie nach zweitägiger Belagerung die Stadt Narva. Noch in demselben Herbst wurden die ingermanländischen Festungen Ivangorod, Jama und Koporje an Schweden angegliedert.²² 1583 äußerte König Johan III. den Gedanken, einen militärischen Stützpunkt an der Mündung der Neva zu gründen, um einem eventuellen Angriff der Russen gegen Finnland vorzubeugen. Mit großer Wahrscheinlichkeit begann man, diese Erdfestung eben an der Stelle der zukünftigen Stadt Nyen zu errichten.²³ 1590 war Schweden aber gezwungen, Ingermanland Russland zu überlassen. Die so entstandene Situation wurde im Friedensvertrag von Täuysinä (Teusino) 1595 festgehalten. Zwei Jahre später überließ Schweden Russland auch *Kexholms län* (schwed. Bezirk Kexholm).²⁴ Diese Gebiete blieben bei Russland bis 1609, als die schwedische Armee, die in der so genannten *smuta*, der „Zeit der Wirren“ Russland zunächst zu Hilfe kam, seit 1612 jedoch allmählich einen großen Teil Nordwestrusslands von Kexholm bis Novgorod besetzte und die aus strategischer Hinsicht wichtigen Festungen Nöteborg, Koporje, Jama und Ivangorod in seinen Besitz nahm.²⁵

²¹ ДМИТРИЙ СПИВАК: *Метафизика Петербурга. Начала и основания* [Die Metaphysik St. Petersburgs: Die Anfänge und Grundlagen], СПб. 2003.

²² *История Швеции* [Geschichte Schwedens], hrsg. von А. С. КАН, Москва 1974, S. 167f.

²³ BONDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 359-361; ALMQUIST, Den civila lokalförvaltningen (wie Anm. 9), S. 688, Anm. 1; JANGFELDT, Svenska vägar (wie Anm. 18), S. 29.

²⁴ VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 11), S. 11.

²⁵ HELGE ALMQUIST: *Sverige och Ryssland 1595-1611. Tvisten om Estland, förbundet mot Polen, de Ryska gränslandens eröfring och den stora dynastiska planen* [Schweden und Russland 1595-1611. Streit um Estland, Bündnis gegen Polen, Er-

Um die Neva, die ursprünglich als ein Grenzfluss zwischen Schweden und Russland galt, zu befestigen, erließ Karl IX. zu Beginn der Besetzung 1610 den Befehl, einen zur Errichtung einer Festung geeigneten Ort im Neva-Delta zu finden. Bald entwickelte sich dieser Stützpunkt zu einem Aufmarschgebiet für weitere schwedische Eroberungen. Mit der Errichtung eines weiteren Stützpunkts an der Mündung der Ochta (*Svärta å, Svartebäck*), eines Nebenflusses der Neva, wurde 1611 begonnen.²⁶ Die Festung bekam den Namen *Nyenskans*. Der Name kann auf zweierlei Weise gedeutet werden: zum einen als eine neue Festung (zusammengestellt aus den schwedischen Worten *ny* und *en skans*), zum anderen als eine Festung an der Neva (die von den Schweden auch *Ny-en* genannt wurde). Denselben Namen trug bis zum Jahr 1642 auch die Kaufmannssiedlung, die in der Nähe der Festung entstand. 1611 wurde das Statthalteramt in der zu gründenden Festung von Henrik Eriksson (Sabelstjerna) bekleidet; aus den Jahren 1613-1618 sind die Wirtschaftsrechnungen des Statthalters Fredrik Müller bekannt. Die Festung befand sich im Schlossverwaltungsgebiet von Nöteborg. Die Wirtschaftseinheit *Nyens län* bestand aus den Gemeinden Spaski und Korboiselski zusammen mit der Landspitze von Wiborg und der Mündung des Neva-Flusses. Dieses Territorium sollte die Versorgung der Festung gewährleisten.²⁷

Die Einrichtung des neuen militärischen Stützpunktes war mit mehreren Schwierigkeiten verbunden. Es mangelte sowohl an Männern (neben Soldaten versuchte man auch die Bauern von Wiborg und *Kexholms län* für Schanzarbeiten einzusetzen) als auch an Baumaterialien. Weil im Neva-Delta weder geeignetes Bauholz noch Steine vorhanden waren, mussten diese mit großen Schwierigkeiten aus entlegeneren Gegenden herbeigeschafft werden. Trotz des mühsamen Verlaufs der Bauarbeiten konnte man in den ersten paar Jahrzehnten einen provisorisch befestigten Stützpunkt auf der Landspitze errichten. Seine Bemannung war ebenfalls mit Problemen verbunden. Soweit bekannt, gab es zur Zeit des Friedensschlusses von Stolbovo in Nöteborg und Nyenschanz zusammen insgesamt 200 Männer.²⁸ Als ein interessantes Faktum sei noch erwähnt,

oberung der russischen Grenzgebiete und der Plan der großen Dynastie], Uppsala 1907, S. 15; История Швеции (wie Anm. 22), S. 168f.

²⁶ BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 361-363, 381; ALMQUIST, Den civila lokalförvaltningen (wie Anm. 9), S. 688; VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 11), S. 11; МИХАИЛ МИЛЬЧИК: Шведские крепости вокруг Петербурга [Schwedische Festungen in der Nähe Petersburgs], in: Шведы на берегах Невы (wie Anm. 1), S. 26-33, hier S. 31; JANGFELDT, Svenska vägar (wie Anm. 18), S. 29.

²⁷ ALMQUIST, Den civila lokalförvaltningen (wie Anm. 9), S. 688.

²⁸ JANGFELDT: Svenska vägar (wie Anm. 18), S. 33. 200 Männer waren für die Festungen Nöteborg und Nyenschanz auch in einem 1615 oder 1616 von Axel Oxenstierna zusammengestellten Vorschlag vorgesehen worden: Rikskansleren Axel Oxenstiernas skrifter och brevvevling, afd. 1, bd 1: historiska och politiska skrif-

dass die Schweden 1611 einen gleichartigen Stützpunkt an der Mündung des Flusses Vol'chov in den Ladogasee zu gründen versuchten, jedoch verblieb dieser Teil der Küste nach dem Frieden von Stolbovo in russischem Besitz.²⁹

In den Jahren 1610/11-1617 war Nyen ein schwach entwickelter militärischer Stützpunkt. Auf staatlicher Ebene wurde nur an die militärische Verteidigung und an ein Aufmarschgebiet für die Armee gedacht.³⁰ Für den Handel war die Zeit hingegen äußerst ungünstig, weshalb während dieser Periode noch keine Kaufmannssiedlung neben der Festung entstanden ist. Aufgrund des Kriegszustands war der Handelsverkehr sowohl zwischen Schweden und Russland als auch zwischen Russland und Westeuropa auf dem Wasserweg der Neva und im Finnischen Meerbusen zum Stillstand gekommen. Dennoch hat Schweden schon vor dem Friedensschluss von Stolbovo das ingermanländische Getreide über Nyen und die Neva zoll- und akzisefrei ausgeführt.³¹

Die Anlage der Kaufmannssiedlung und die Verleihung der Stadtrechte 1632

Bekanntlich galt die Neva schon in der Zeit der Wikinger als ein wichtiger Abschnitt auf dem Weg „von den Warägern zu den Griechen“.³² Auch später im Mittelalter, als der überwiegende Teil des russischen Transithandels über die altlivländischen Hansestädte abgewickelt wurde, war die Neva als Verkehrsweg bekannt und in Gebrauch.³³ Hierdurch

ter [Schriften und Briefwechsel des Reichskanzlers Axel Oxenstierna, 1. Abt., Bd. 1: Historische und politische Schriften], Stockholm 1888, S. 366f.

²⁹ ALMQUIST, Den civila lokalförvaltningarna (wie Anm. 9), S. 688.

³⁰ 1614 wurden beispielsweise sowohl Kriegsausrüstung als auch Soldaten über die Neva verschifft: Rikskansleren Axel Oxenstiernas skrifter och brevvevling, afd. 2, bd 1: K. Gustaf II Adolfs bref och instruktioner [Schriften und Briefwechsel des Reichskanzlers Axel Oxenstierna, 2. Abt., Bd. 1: Briefe und Instruktionen des Königs Gustav II. Adolf], Stockholm 1888, S. 33, 46.

³¹ Samling af urkunder rörande Finlands historia, d. 5: Handlingar upplysande Finlands historia under Gustaf II Adolfs tid [Urkundensammlung betreffend die Geschichte Finnlands, Teil 5: Dokumente zur Geschichte Finnlands zurzeit Gustav II. Adolfs], hrsg. von JOHAN E. WAARANEN, Bd. 2: 1615-1618, Helsingfors 1878, S. 149.

³² STEFAN TROEBST: Isfahan – Moskau – Amsterdam: Zur Entstehungsgeschichte des moskauischen Transitprivilegs für die Armenische Handelskompanie in Persien (1666-1676), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 41 (1993), S. 180-209, hier S. 180; INGMAR JANSSON: Forna färder över Östersjön – vikingars och andras [Vorzeitliche Fahrten über die Ostsee – die der Wikinger und der anderen], in: Öster om Östersjön [Östlich der Ostsee], Stockholm 2000 (Ymer, 120), S. 9-23, hier S. 9-14.

³³ Hansische Handelsstraßen, Teil 2: Textband, hrsg. von FRIEDRICH BRUNS, HUGO WECZERKA, Köln u.a. 1967 (Quellen und Darstellungen zur Hansischen Ge-

konnte man den Zugang zum russischen Binnenwasserstraßennetz gewinnen. Einer der geeigneten Aufenthaltsorte auf diesem langen Weg war das Mündungsgebiet der Neva: Sowohl schriftliche als auch archäologische Quellen zeugen davon, dass man an der Mündung der Ohta in die Neva Station machte.³⁴ Aus der Zeit der Anlage der Festung Nyenschanz in den Jahren 1583 und 1611 gibt es jedoch keine Nachrichten von einer Siedlung neben der Festung,³⁵ obwohl an der am Oberlauf der Neva gelegenen Festung Nöteborg schon in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein Hakelwerk vorhanden war.³⁶

Die Situation änderte sich nach dem am 27. Februar 1617 geschlossenen Frieden von Stolbovo, gemäß dem Russland durch einen etwa 20 Kilometer breiten Festlandsstreifen vom Finnischen Meerbusen abgeschnitten und Ingermanland an das Schwedische Reich angegliedert wurde. Darüber hinaus wurde durch den Paragraphen 14 des Friedensvertrags den russischen Kaufleuten verboten, außerhalb der schwedischen Grenzen nach Westen zu fahren. Die letztgenannte Bedingung sicherte den schwedischen Kaufleuten eine Vermittlerrolle, von der vor allem die Grenzstädte Reval, Narva und Riga (später auch Nyen) profitierten.³⁷ In Ingermanland fielen die Festungen Ivangorod, Jama, Koporje, Nöteborg und Kexholm unter schwedische Herrschaft. In der Nähe dieser Festungen befanden sich auch Kaufmannssiedlungen, die Gustav II. Adolf gleich nach dem Abschluss des Friedensvertrags für die Vermittlung des russischen Transithandels einzusetzen hoffte. Aufgrund eines Artikels im Friedensvertrag jedoch, der russischen Adligen und Bojaren sowie russischen Mönchen und Bürgern aus Ingermanland den Umzug nach Russland gestattete, zogen viele russische Kaufleute fort, und Jama, Koporje und Nöteborg verkamen schon 1617 zu Handelsorten von nurmehr lokaler Bedeutung. Nur die Bürgerschaft Ivangorods blieb größtenteils erhalten – dies wurde seitens der schwedischen Zentralbehörden

schichte, N.F., 13), S. 769-770, 773, 774.

³⁴ СОРОКИН, Ландскрона (wie Anm. 19), S. 22-29.

³⁵ BONDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 381.

³⁶ МИЛЬЧИК, Шведские крепости (wie Anm. 26), S. 31.

³⁷ ИГОРЬ П. ШАСКОЛЬСКИЙ: Столбовский мир 1617 г. и торговые отношения России со Шведским государством [Der Frieden von Stolbovo 1617 und die russisch-schwedischen Handelsbeziehungen], Москва-Ленинград 1964, S. 79-113; DERS.: Восстановление русской торговли со шведскими владениями в первые годы после Столбовского мира [Der Wiederbelebung des russischen Handels mit den schwedischen Gebieten in den ersten Jahren nach dem Frieden von Stolbovo], in: Скандинавский сборник 11, Таллинн 1966, S. 61-79; ARTUR ATTMAN: The Struggle for Baltic Markets. Powers in Conflict 1558-1618, Göteborg 1979, S. 42-82, 103-113, 133-145, 185-204; История Швеции (wie Anm. 22), S. 186; История внешней политики России. Конец XV-XVII век [Die Geschichte der russischen Außenpolitik vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zum 17. Jahrhundert], Москва 1999, S. 219.

mit mehreren Vergünstigungen und der Verleihung der Stadtrechte an Ivangorod erkauft.³⁸

Der Siedlungsort in der unmittelbaren Nähe der Festung an der Mündung der Ohta in die Neva konnte sich also erst nach dem Frieden von Stolbovo entwickeln. Soweit bekannt, waren bereits 1615 an der Mündung der Neva 14 Schiffe aus Reval, den Niederlanden, Wiborg, Norrköping, Narva, russischen Städten und anderswoher angelangt.³⁹ Wie sich der Handel Nyens in den ersten Jahrzehnten entwickelte, ist jedoch ungewiss. In Reval jedenfalls wurde die Konkurrenz durch den neuen Handelsort durchaus bemerkt, weil im Zollpachtvertrag, den Reval im Juni 1623 mit Schweden auf sechs Jahre abschloss, neben den Städten, in denen die Revaler anstelle des Staates Zoll erheben sollten, auch das Mündungsgebiet der Neva bzw. die Kaufmannssiedlung von Nyen erwähnt wurde.⁴⁰ Zur gleichen Zeit benutzte das Schwedische Reich in den 1620er und 1630er Jahren neben der Stadt Narva die Festung Nyenschanz ständig als Ausfuhrort für ingermanländisches Getreide. Als Beweis dafür sei hier die Anordnung der Reichsräte vom 18. Mai 1630 über die Haferausfuhr durch die genannten Hafenerorte angeführt.⁴¹ Im selben Zusammenhang wird die Stadt Nyen in den Jahrzehnten nach dem Friedensschluss von Stolbovo auch in den Protokollen des schwedischen Reichsrats erwähnt.⁴² Zu dieser Zeit befassten sich die Staatsbehörden jedoch noch nicht mit der Gestaltung der städtischen Siedlung bei der Festung. Aktueller war der Anschluß ganz Ingermanlands an das Schwedi-

³⁸ ARNOLD SOOM: De ingermanländska städerna och freden i Stolbova 1617 [Die ingermanländischen Städte und der Frieden von Stolbovo], in: *Svio-Estonica* 3 (1936), S. 34-44; DERS.: Ivangorod als selbständige Stadt 1617-1649, in: *Õpetatud Eesti Seltsi Aastaraamat* 1936, Tartu 1938, S. 215-219.

³⁹ ШАСКОЛЬСКИЙ: Русская морская торговля (wie Anm. 14), S. 134f.

⁴⁰ KURT REINHOLD MELANDER: Die Revaler Zollarende 1623-1629 und die dadurch zwischen Schweden und Lübeck hervorgerufenen Mißhelligkeiten, in: *Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde* 14 (1912), S. 247-249; SOOM: Die Politik Schwedens (wie Anm. 12), S. 9f.; ТРОЕВСТ: Handelskontrolle (wie Anm. 12), S. 133-135; ERNST GIERLICH: Reval 1621 bis 1645. Von der Eroberung Livlands durch Gustav Adolf bis zum Frieden von Brömsebro, Bonn 1991 (*Historische Forschungen*), S. 157-161.

⁴¹ Eesti Ajaloohiiv (Estonisches Historisches Archiv, EAA), Bestand 632, Findbuch 1, Akte 2. Mehr zum staatlichen Getreidehandel in der Stadt Nyen und ihren Nachbarstädten in den 1630er Jahren bei ARNOLD SOOM: Der baltische Getreidehandel im 17. Jahrhundert, Stockholm 1961 (Kungl. Vitterhets-, historie- och antikvitetsakademiens handlingar. Historiska serien, 8), S. 28f., 278. Der Reichskanzler Axel Oxenstierna hat den staatlichen Getreidehandel beispielsweise in einem längeren Aufsatz vom 4. Januar 1631 behandelt, in dessen 16. Artikel auch die Getreideausfuhr durch die Städte am Finnischen Meerbusen berührt wird: Rikskanslens Axel Oxenstiernas skrifter och brevexling, afd. 1, bd 6: bref 1631 [Schriften und Briefwechsel des Reichskanzlers Axel Oxenstierna, 1. Abt., Bd. 6: Briefe von 1631], Stockholm, 1918, S. 14.

⁴² Siehe beispielsweise: Svenska riksrådets protokoll [Protokolle des schwedischen Reichstags], 1: 1621-1629, Stockholm 1878; Svenska riksrådets protokoll [Protokolle des schwedischen Reichstags], 2: 1630-1632, Stockholm 1880.

sche Reich und die Unterwerfung der größtenteils russisch-orthodoxen Bevölkerung unter staatliche Kontrolle.⁴³ Dies brachte schließlich die Kolonisierung Ingermanlands durch Schweden, Finnen und sogar durch Völker westeuropäischer Herkunft mit sich.⁴⁴ Beispielsweise informierte Gustav II. Adolf am 27. Mai 1626 die ingermanländische Administration über seine Anordnung, Bauern aus Deutschland nach Ingermanland umzusiedeln. Die Umsiedlung der Bauern sollte unterstützt werden, z.B. durch die Bereitstellung der zum Ackerbau nötigen Pferde.

Nyens Kaufmannssiedlung als ein perspektivischer Handelsort erregte die Aufmerksamkeit der Zentralbehörden dennoch erst in den 1630/40er Jahren in Verbindung mit einem umfassenden Reformplan, der auch Narva und Reval berührte.⁴⁵ In diesem Zusammenhang ist auch der Beschluss König Gustav II. Adolfs zu erwähnen, den er am 17. Juni 1632 in seinem Feldlager unter Hersbruck in Deutschland fasste. Hiernach sollten an der Neva sowie an anderen geeigneten Orten in Karelien und Ingermanland Städte gegründet und mit den vom schwedischen Stadtrecht ausgehenden Rechten und -privilegien versehen werden. Darüber hinaus sollten die neuen Städte für sechs Jahre von allen Steuern befreit werden, und man versprach, dass für jeden, der in der Stadt Steinhäuser und andere Gebäude bauen würde, die Steuerbefreiung weitere sechs Jahre lang gelten werde. Dieser Umstand wurde besonders in Hinblick auf Nyen hervorgehoben. Die Steuerbefreiung wurde verbunden mit dem Eintritt in die Stadtbürgerschaft und dem Versprechen, nach dem Ablauf der steuerfreien Jahre die Stadt nicht zu verlassen. Ihre ersten Privilegien sollten Nyen und andere neue Städte in Karelien und Ingermanland allerdings erst nach dem Ablauf der Freijahre erhalten.⁴⁶

⁴³ Mehr dazu bei: ISBERG, *Svensk segregations- och konversionspolitik* (wie Anm. 10); PIRET LOTMAN: *Ingermanlands kyrkliga utveckling från superintendenturens inrättande till svensk-ryska kriget 1640-1657* [Die kirchliche Entwicklung Ingermanlands von der Einrichtung der Superintendentur bis zum Schwedisch-Russischen Krieg 1640-1657], in: *Stat – kyrka – samhälle. Den stormaktstida samhällsordningen i Sverige och Östersjöprovinserna*, hrsg. von TORDEL JANSSON, TORBJÖRN ENG, Stockholm 2000 (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensia, 21), S. 87-137.

⁴⁴ EAA, 632-1-2.

⁴⁵ Mehr dazu bei KÜNG, Nyen (wie Anm. 20), S. 13.

⁴⁶ Die Anordnung ist gedruckt in: *Samling utaf Kongl. bref, stadgar och förordningar angående Sveriges rikets commerce, politie och oeconomie uti gemen, ifrån årh 1523 in til närvarande tid* [Sammlung der königlichen Briefe, Statuten und Verordnungen betreffend den Handel, die Politik und Wirtschaft des schwedischen Reiches im Allgemeinen, vom Jahr 1523 bis zur gegenwärtigen Zeit], 1: 1523-1632, hrsg. von ANDERS ANTON VON STIERNMAN, Stockholm 1747, S. 1003f.; *Privilegier, resolutioner och förordningar för Sveriges städer*, [Privilegien, Resolutionen und Verordnungen für schwedische Städte], 6: 1621-1632, hrsg. von CARL-FREDRIK CORIN, FOLKE SLEMAN, Stockholm 1985, S. 594. Siehe auch BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 381f.

Die Städtegründung in der abgelegenen Provinz des Staates war kein im Feldlager gefasster Blitzbeschluss, sondern das Ergebnis einer konsequenten Politik. Darauf weist ein Abschnitt im Memorandum des liv- und ingermanländischen Generalgouverneurs Johan Skytte an den Kammerrat Mårten Augustinsson vom 10. September 1631 hin. In diesem Memorandum kommentierte Skytte die Anordnung Gustav II. Adolfs, an geeigneten Orten in Ingermanland und Kexholm Städte zu gründen, und bot in *Kexholms län* die Orte Sortavala und Salmi an, wo sich örtliche russische Kaufleute niederzulassen wünschten. Zugleich gab er bekannt, dass man schon angefangen habe, bei der Festung Nyenschanz eine Stadt zu gründen.⁴⁷

Warum beschlossen die Zentralbehörden, eine neue Stadt zu gründen? Sicher wollte man Narva keine Konkurrenz machen, da man um dieselbe Zeit anfang, nach Möglichkeiten zur Förderung der Wirtschaftsbedingungen dieser Stadt zu suchen. Auch das Argument, dass Nyen hinsichtlich der Privilegien eine Tabula rasa war, die von der Staatsmacht beliebig beeinflusst werden konnte, war nicht entscheidend. Als Hauptgrund ist eher der Versuch Stockholms anzusehen, durch die neue Grenzstadt, die mit dem Binnenwasserstraßennetz Russlands in Verbindung stand, weitere Produktionsgebiete in Nordwest- und Nordrussland in die Einflussosphäre des Ostseehandels einzubeziehen. Dank des Handelsverkehrs auf der Neva war die Kaufmannssiedlung mit der dazugehörigen Infrastruktur ohnehin schon auf natürlichem Weg im Entstehen begriffen. Die Gründung der Stadt an der Mündung der Neva war ein Teil des Programms von Gustav II. Adolf, um den russischen Transithandel in die schwedischen Städte zu holen. Obwohl das Jahr 1632 vom Standpunkt der Geschichte der Stadt Nyen durchaus von Bedeutung ist, muss der Beschluss zur Gründung der Stadt als provisorisch angesehen werden. Konkrete Privilegien wurden der Stadt nicht verliehen und in der alltäglichen Verwaltungsarbeit sollte vom schwedischen Stadtrecht ausgegangen werden. Darüber hinaus wurden in der Anordnung neben Nyen auch weitere, unbestimmte Orte in Karelien und Ingermanland genannt, wo ebenfalls Städte gegründet werden konnten. Die Suche nach geeigneten Orten war an der Tagesordnung. Neben den wirtschaftlichen Aspekten war die Gründung der neuen Städte nach wie vor mit dem Programm der Kolonisierung Ingermanlands mit Schweden und anderen Neusiedlern verbunden.⁴⁸ Zweifellos ist auch die Beobachtung von Piret Lotman wichtig, dass die Gründung der Stadt bei der Festung Nyenschanz mit der Gründung mehrerer Städte in Schweden zusammenfiel.⁴⁹ Das oben

⁴⁷ Svenska Riksarkivet (Schwedisches Reichsarchiv, künftig zit. RA), Livonica II, Vol. 65.

⁴⁸ KÜNG, Nyen (wie Anm. 20), S. 13f.

⁴⁹ LOTMAN, Unustatud uus linn (wie Anm. 20), S. 25.

angeführte Memorandum von Johan Skytte weist ebenfalls auf das Vorhandensein einer staatlichen Städtepolitik hin.

Obwohl die Verleihung der konkreten Stadtprivilegien an Nyen vorläufig in die Zukunft verschoben wurde, fassten die mit Russen verkehrenden Kaufleute den königlichen Beschluss vom 17. Juni 1632 als Legitimierung des Nyener Stapelplatzes sowie des ganzen Handelsweges auf. Als sich die Kaufleute mit der Stadt verbanden, waren für sie nicht die Freijahre, sondern vielmehr das Stapelrecht von Bedeutung. Dies geht aus einem Brief von Anton Bröijer, einem Wiborger Kaufmann, deutlich hervor, der über die Neva mit Russland handelte. Bröijer erklärte in seinem Brief an die schwedischen Reichsräte vom 9. August 1633, dass gerade die Privilegien den Fremden, die sich in Nyen niederlassen, dort Steinhäuser bauen und zu Bürgern werden wollten, die dort geltenden Rechte und Freiheiten zeigten. Er war davon überzeugt, dass man, sobald die Stadt die Privilegien erhalte, ihren Inhalt in die wichtigsten Handelsstädte an der Ostsee und in die Niederlande schicken werde. Nachdem die auswärtigen Kaufleute und Handwerker sich mit den Privilegien vertraut gemacht hätten, würde Nyen mit der Zeit mächtig werden und der Krone viel Nutzen bringen. Weiter gab Bröijer bekannt, dass der Generalgouverneur Skytte dieses Werk habe fortsetzen wollen und daher die Vornehmsten der in Russland handelnden fremden Kaufleute darum gebeten hätte, dass sie ihre Waren für und aus Russland durch Nyen führten. Unter den folgenden Bedingungen seien die Kaufleute damit einverstanden: Erstens wollten sie nicht mehr Zoll bezahlen als zwei Prozent bei der Einfuhr nach Russland und ein Prozent bei der Ausfuhr. Zweitens wollten sie nicht erlauben, dass man ihre Waren in Nyen öffne, sondern wollten den Zoll aufgrund der in den Niederlanden oder in Russland ausgestellten Zollbescheinigungen bezahlen. Drittens wünschten sie, dass Schweden mit dem Zaren ein Übereinkommen treffen möge, damit ihre über Nyen eingeführten Waren ungehindert bis nach Moskau gelangten – genau so wie es ihnen garantiert sei, wenn sie ihre Waren über Archangel'sk nach Moskau sandten. Für die Entwicklung der Stadt wäre nach Auffassung der Kaufleute noch nützlicher, wenn man vom Zaren für die Kaufleute, die sich in Nyen niederließen, die Erlaubnis erhalte, Russland frei passieren zu können, um mit Persien zu handeln.⁵⁰ Nach den Angaben von Bonsdorfs stellte Bröijer am 8. März 1634 der Reichsregierung erneut einen Antrag auf die Privilegierung von Nyen, in welchem er dieselben Argumente (Zollbegünstigungen, freier Verkehr nach und von Russland) vorbrachte, um den Handel von Archangel'sk nach Nyen umzuleiten.⁵¹

Bröijers Antrag an die Reichsräte spiegelt gewissermaßen den eigentlichen Zustand des Nyener Handels wider. Aus seinen Ausführungen geht

⁵⁰ RA, Livonica II, Vol. 626.

⁵¹ BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 415f.

hervor, dass Nyen in dieser Periode von Russland nicht als Einfuhrort anerkannt wurde – dieses Recht sollte es erst noch erhalten. Und tatsächlich war Nyen nicht auf der Liste der Stapelstädte vermerkt, die gemäß dem Friedensvertrag von Stolbovo erlaubt waren.

Stadtrechtliche Stellung Nyens 1632–1638

In der folgenden Periode bis zum Herbst 1638 stagnierte die Entwicklung Nyens. Wie schon Bröijer in der Einleitung zu seinem Antrag erwähnt hatte, brachte der plötzliche Tod des Königs Gustav II. Adolf 1632 die Entwicklung des Gemeinwesens zu einer Stadt zum Stillstand. Bröijer versuchte mit seinen Argumenten das Interesse der Reichsräte für Nyen wieder herzustellen, doch traf er auch auf Widerstand. Die Hauptgegner des königlichen Beschlusses vom 17. Juni 1632 waren die Nachbarstädte Reval, Wiborg und Narva, die fürchteten, dass die Waren, die früher über Narva nach Russland geliefert worden waren, nun nach Nyen gebracht würden.⁵² Aufgrund dieser Klagen beschloss die Regierung am 6. Mai 1638 den aus Westen kommenden fremden Schiffen zu verbieten an Reval vorbei nach Nyen zu segeln und dort Waren umzuschlagen.⁵³ Charakteristisch für die Unentschlossenheit der Zentralregierung in Bezug auf das weitere Schicksal Nyens als Stadt ist der Vermerk auf einem Antrag, der vom ingermanländischen Gouverneur N. Assarsson Mannersköld in Stockholm eingereicht wurde. Mannersköld gab am 7. September 1636 dem schwedischen Reichsrat bekannt, dass die Einwohner Nyens den Wunsch hätten, eine Kirche zu bauen. Da ihnen hierfür aber die nötigen Geldmittel fehlten, hätten sie den Gouverneur darum gebeten, bei der Regierung Unterstützung zu beantragen. Über ein Jahr später, am 24. November 1637, wurde auf dem Antrag vermerkt, dass zuerst beschlossen werden müsse, ob Nyen nun zu einer Stadt werde oder nicht (*skall först resolveras, om itz bliffer stadh eller ej*).⁵⁴ Darüber hinaus hatte Mannersköld am 24. September 1636 der Vormundschaftsregierung der Königin Christina vorgeschlagen, den Niederländern in Nyen das Recht zu geben, Gottesdienste entsprechend ihrem Glaubensbekenntnis durchzuführen. Obwohl dies nach Ansicht des Gouverneurs Niederländer aus Archangel'sk nach Nyen gebracht hätte,⁵⁵ erregte auch dieser Vorschlag in Stockholm keinerlei Aufmerksamkeit.

⁵² Soom, Die Politik Schwedens (wie Anm. 12), S. 13, 52–53, 57; KÜNG, Nyen (wie Anm. 20), S. 14f.

⁵³ Samling utaf Kongl. bref, stadgar och förordningar (wie Anm. 46), 2: 1633–1659, Stockholm 1750, S. 168–170; BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 383; ГИППИНГ, Нева и Ниеншанц (wie Anm. 3), 2, S. 45–47.

⁵⁴ RA, Livonica II, Vol. 195.

⁵⁵ RA, Livonica II, Vol. 67.

Nach Ansicht von Arnold Soom erwachte 1638 in der schwedischen Regierung das Interesse am Russlandhandel wieder.⁵⁶ Dies brachte noch im selben Jahr eine neue Wendung in das Problem des Nyener Handels. Denn die Vormundschaftsregierung der Königin Christina kehrte fast fünf Monate nach dem vorangegangenen Beschluss am 28. September 1638 zurück zur Resolution Gustavs II. Adolf vom 17. Juni 1632. Im neuen Erlass wurde zunächst an den Wunsch des verstorbenen Königs erinnert, an der Mündung der Neva eine Stadt zu gründen – dieser Wunsch habe wegen des unerwarteten Todes des Königs und anderer Ungelegenheiten nicht in die Tat umgesetzt werden können. Daraufhin bestätigte die Vormundschaftsregierung die Absicht, die Stadtgründung wieder in die Wege zu leiten. Auch diesmal sollte in Nyen das schwedische Stadtrecht gelten. Weiter wurde bestätigt, dass sowohl der Binnen- als auch der Außenhandel der Stadt auf denselben Grundlagen ruhen sollten wie in Wiborg und Narva. In diesem Zusammenhang wurde auch die Aufhebung des Gasthandelsverbots in Nyen betont. Den Stadtbürgern wurde nun schon für zwölf Jahre eine Befreiung vom kleinen Zoll, dem Backgeld und von der Bier- und Branntweinakzise sowie von allen gewöhnlichen bürgerlichen Steuern versprochen. Wie schon 1632 mussten alle, die sich in Nyen niederlassen und bürgerliche Nahrung treiben wollten, versprechen, dass sie nach dem Ablauf der Freijahre die Stadt nicht verließen.⁵⁷ Am 16. März 1639 betonte die Reichsregierung nochmals, dass alle Begünstigungen, die im Erlass vom 28. September 1638 erwähnt worden waren, nur für jene Neubürger gälten, die in jedem Fall am Ort wohnhaft bleiben und nach dem Ablauf der Freijahre die Stadt nicht verlassen würden.⁵⁸

Was konnte hinter dem schnellen Sinneswandel der Zentralregierung stecken? Eine mögliche Erklärung hierfür sind die Proteste der ausländischen Kaufleute, die sich in Nyen niedergelassen hatten. Die Kaufleute, die sich als Untertanen der Königin bezeichneten, hatten nämlich am 20. August 1638 der Vormundschaftsregierung geschrieben, dass sie sich eben in Anlehnung an die Erlasse Königs Gustavs II. Adolf und der Königin Christina in Nyen niedergelassen, dort Häuser gebaut und unter großen Mühen Schiffe bestellt hätten. Nach der Veröffentlichung des Verbots sei aber der Nyener Hafen leer geblieben, und auch die russischen Schiffe dürften nicht mehr in den Finnischen Meerbusen segeln. Der Stillstand des Handelsverkehrs habe die Preise für Importwaren hochgetrieben, woraus vor allem den Einwohnern Ingermanlands Schaden erwachse, weil es in der Nähe keine andere Städte gebe, in denen man solche Waren beschaffen könne. Die Nyener Kaufleute behaupteten, dass sie mit den Nachbarstädten nicht in Konkurrenz stünden, weil Nyen

⁵⁶ SOOM, Die Politik Schwedens (wie Anm. 12), S. 28.

⁵⁷ Samling utaf Kongl. bref, stadgar och förordningar, 2 (wie Anm. 53), S. 173-175. Siehe auch BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 382.

⁵⁸ BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 384.

von Wiborg 28, von Narva 24 und von Reval 55 Meilen entfernt sei. Zum Schluss baten sie, dass die Stadtgründungsurkunde von Gustav II. Adolf wieder in Kraft gesetzt werde.⁵⁹

Der Beschluss der Vormundschaftsregierung von 1638 kann inhaltlich als ein neuer Anfang in der Entwicklung Nyens zu einer Stadt betrachtet werden. Die Gleichstellung der Handelsbedingungen Nyens mit denjenigen in Narva und Wiborg ermöglicht es zugleich, Nyens eigentliche Position im Außenhandel Schwedens einzuschätzen. Die Regierung hatte vor allem die aus Russland kommenden Waren und deren Vermittlung im Blick. Denkt man an die Lage in Narva, so war es vor 1643 den Westeuropäern nicht erlaubt, an Reval vorbei direkt nach Narva zu segeln – folglich auch nicht nach Nyen.⁶⁰ Festzustellen ist mithin, dass Nyen 1638 den Status eines passiven Stapels erhielt.

Die Stadtprivilegien von 1642 und die Öffnung Nyens für den Außenhandel

Die ersten Stadtprivilegien erhielt Nyen 1642, wobei die Initiative von den Stadtbewohnern selbst ausgegangen war. Die Gerichtspfleger und Älteste Nyens hatten drei Gesandte, Hans Soldhan, Hans Rokes und Cordt Fuchting nach Stockholm geschickt, um von der Zentralregierung mit Hinweis auf die Stadtgründungserlasse von 1632 und 1638 die Stadtprivilegien zu erhalten. Das Hauptargument in der am 9. Juni 1642 den Gesandten ausgestellten Vollmacht war die Feststellung, dass nur Privilegien Fremde dazu bewegen könnten, sich in Nyen niederzulassen und dort Handel zu treiben.⁶¹ Die Vollmacht und das Gesuch, die Privilegien zu verleihen, wurden von den Gesandten am 23. Juni der Vormundschaftsregierung der Königin Christina überreicht. Zwei Tage später reichten sie zudem einen Vorschlag in 21 Punkten bezüglich der zukünftigen Privilegien Nyens ein.⁶²

Die Nyener wollten erstens das Augsburgerische Glaubensbekenntnis bewahren. Das Wort Gottes sollte sowohl auf Deutsch als auch auf Schwedisch gepredigt werden. Die Geistlichen sollten das Recht haben, innerhalb der Stadt zu wohnen, ihren Unterhalt sollten sie vom Staat

⁵⁹ RA, Livonica II, Vol. 67. Hipping behauptet, dass der Wandel dem Generalgouverneur Finnlands, Per Brahe, zuzuschreiben sei, der im Frühling 1638 die in germanländischen Festungen und Siedlungen besucht und auf der Reise die Handelsvorteile dieser Orte verstanden habe: Гиппинг, Нева и Ниеншанц (wie Anm. 3), 2, S. 50f.

⁶⁰ KÜNG, Rootsii majanduspoliitika (wie Anm. 12), S. 93-101; DERS., Nyen (wie Anm. 20), S. 15.

⁶¹ RA, Livonica II, Vol. 207. Für die Einsicht in die Materialien über Nyens Deputation nach Stockholm 1642 dankt der Verfasser Piret Lotman sehr herzlich.

⁶² RA, Livonica II, Vol. 207.

oder von der Gemeinde erhalten. Aufgrund der Tatsache, dass sich die Stadt in der unmittelbaren Nachbarschaft Russlands befand, wurde ihre Befestigung beantragt, damit die Einwohner mit umso größerer Sicherheit dort Steinhäuser errichten könnten. Die Befestigung der Stadt sollte auch zur größeren Sicherheit Ingermanlands und Finnlands beitragen. Die Schlüssel der Stadttore sollten dem Magistrat anvertraut werden. In mehreren Punkten wurden Zollfragen behandelt. Es wurde beantragt, dass sowohl die von Osten als auch die von Westen nach Nyen kommenden Kaufleute nur den Lizenzzoll zu zahlen hätten, während sie mit dem kleinen Zoll und anderen Grenzzöllen nicht belastet werden sollten. Problematisch waren für die Nyener auch die Zollverhältnisse Russlands, weil dort die Zollbeamten sich nicht nach einer festgelegten Preisliste richteten, sondern die Gebühr nach eigenem Gutdünken erhoben, also Bestechungsgelder erwarteten. Da dies Fahrten ausländischer Kaufleute nach Nyen nicht gerade begünstigte, bat man die Regierung mit dem Großfürsten zu verhandeln, damit die Kaufleute, die über Nyen nach Russland fuhren, keine höheren Zölle bezahlen müssten als die russischen Kaufleute in den schwedischen Städten. Von Interesse ist der Vorschlag, dass die örtlichen Bürger als Vertreter („Faktoren“) der Ausländer tätig sein und die Waren der Fremden an alle en gros verkaufen sollten. Weiter wurde angeregt, dass die kexholmschen Bauern, die in Ingermanland landwirtschaftliche Produkte ankauften, sich in der Vorstadt Kexholms als Bürger niederlassen dürften und künftig ihre Waren nach Wiborg und Nyen senden sollten. Von dort könnten die Waren dann nach Stockholm weitergeliefert werden. Kexholm sollte dabei den Status einer *Uppstad* haben, einer Stadt, die keinen eigenen Außenhandel betreiben durfte. Wiborg und Nyen hingegen sollten Stapelstädte sein. Zur aktiven Handelstätigkeit gehörten auch eigene Schiffe, die nach Auffassung der Nyener die russischen Waren nach Stockholm und anderswohin nach Westen liefern sollten. Den russischen Schiffen sollte es verboten werden, an Nyen vorbei weiter in den Finnischen Meerbusen zu segeln. Darüber hinaus sollte der Stadtweinkeller das Privileg erhalten, gewisse Mengen von Bier, Wein u.ä. akzisefrei einzuführen. Was die Rechtsangelegenheiten angeht, so wollte man sich mit allen Angelegenheiten beschäftigen, die in den Jurisdiktionsbereich der Stadt fielen, die Vormundschaftsregierung sollte dennoch dem Rat einen gelehrten Mann zur Hilfe entsenden. Für den besseren Unterhalt der Stadt wurden Güter, Fischfangplätze u.ä. in der Umgebung der Stadt beantragt. Man wollte auch das Recht haben, Silbermünzen zu prägen. Um den Stadtstatus zu unterstreichen, wurde die Zentralregierung um ein Stadtwappen gebeten, auf dem ein zwischen zwei Flüssen stehender Löwe mit Schwert zu sehen sein sollte. Hervorzuheben ist noch das Gesuch, der

Stadt einen Namen zu geben. Die Nyener selbst schlugen keinen Namen vor und stellten die Entscheidung der Zentralregierung anheim.⁶³

Die drei Monate später am 20. September 1642⁶⁴ verliehenen Privilegien befolgten nur in geringem Maße die Nyener Vorschläge, waren aber insgesamt wesentlich konkreter. Als Leitungsorgan der Stadt wurde hier ein Rat benannt, dessen Kompetenz, Zusammensetzung und Arbeitszeiten sowie die Ämter der Ratsmitglieder festgelegt wurden, während seine Größe unbestimmt blieb. Darüber hinaus wurden in den Privilegien zwei Bürgermeister, davon ein präsidierender, ein Stadtschreiber, zwei Kammerherren, ein Baumeister und andere Amtspersonen erwähnt. Traditionsgemäß gehörten zu den Aufgaben des Rats sowohl die Regelung des Stadtlebens als auch die Verhandlung von Zivil- und Kriminalfällen. Seine Tätigkeit sollte von der Schlossbeamtenschaft, dem königlichen Statthalter oder dem Schlossvogt überwacht werden.⁶⁵ Zur Bestätigung des Stadtstatus bekam Nyen auch das Wappen. Darüber hinaus wurden in den Privilegien die Grundsätze wiederholt, die schon in den Resolutionen von 1632 und 1638 erwähnt worden waren: Die neuen Bürger sollten für zwölf Jahre vom kleinen Zoll, dem Backgeld sowie von der Bier- und Branntweinakzise befreit werden. Nach dem Ablauf der Freijahre durften sie wenigstens sechs Jahre lang die Stadt nicht verlassen. Der Binnen- und Außenhandel Nyens war auch weiterhin dem von Wiborg und Narva gleichgestellt. Obwohl Reval, Narva und Wiborg auch nach dem Jahr 1642 Protest gegen Nyen erhoben,⁶⁶ bestätigte Königin Christina die Privilegien am 15. September 1647 erneut.⁶⁷

Gleichzeitig sind die 1642 erteilten Privilegien mit denen Revals oder sogar Narvas, die von den schwedischen Behörden seit dem 16. Jahrhundert mehrfach bestätigt worden waren, nicht vergleichbar. Nyens Eigenart im Vergleich zu Reval und Narva bestand eben darin, dass es für die Zentralregierung ein unbeschriebenes Blatt war. Dort brauchte man nicht auf frühere historische Privilegien oder andere Rechtsakte Rücksicht zu nehmen, wie es beispielsweise in Reval der Fall war, sondern konnte das so genannte schwedische Modell anwenden. Obwohl auch im

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Nyens Privilegien von 1642 sind veröffentlicht in: BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 453-459.

⁶⁵ Laut den Protokollen des Nyener Rats von 1648 gehörten zum Bestand des Magistrats ein Bürgermeister (Hindrich Piper) und mindestens fünf Ratsherren (Jacob Röling, Hans Soldhan, Cordt Fuchingh, Jonas Jeßperßon und Larß Liungh). Auch der Landeshauptmann (Antoni Johan Nyroth) war bei den Ratssitzungen häufig anwesend: EAA, 632-1-24. Dabei wurde vorausgesetzt, dass die Ratsbeamten, vor allem die Bürgermeister, die vier örtlichen Sprachen, d.h. Schwedisch, Deutsch, Finnisch und Russisch, beherrschten. Siehe beispielsweise das Schreiben des in germanländischen Generalgouverneurs Carl Mörner an Königin Christina, Nyen 24. Februar 1646: RA, Livonica II, Vol. 171.

⁶⁶ SOOM, Die Politik Schwedens (wie Anm. 12), S. 57.

⁶⁷ BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 462.

Fall Narvas sowohl in den Stadtprivilegien von 1585 als auch später mehrere Male erwähnt worden ist, dass das schwedische Stadtrecht bei der Regelung des Stadtlebens Vorrang haben sollte, wurde es dort eher als Vorbild denn als absolute Grundlage angesehen.⁶⁸

Im selben Jahr 1642 wurde Nyen zur Hauptstadt Ingermanlands erklärt. In der dem ersten ingermanländischen Generalgouverneur Erik Gyllenstierna am 20. Juli erteilten Instruktion wird Nyen als seine Residenz angegeben.⁶⁹ Den Status der Provinzhauptstadt hat Nyen jedoch nicht lange genießen können. Schon 1651 wurde beschlossen, die Residenz des Generalgouverneurs nach Narva zu überführen, wo die Infrastruktur besser entwickelt und die Sicherheit größer war. Für die Belebung der Nyener Wirtschaft war ebenso der Beschluss der Königin vom 31. August 1646 wichtig, demzufolge ein dreiwöchiger Jahrmarkt im August auszurichten sei, wodurch das Interesse der Ausländer an Nyen mit Sicherheit verstärkt wurde. Während des Jahrmarkts durften fremde Kaufleute sowohl unter sich und mit den Stadtbürgern als auch mit den Bauern der Umgebung frei und ohne Beschränkungen Handel treiben.⁷⁰ Darüber hinaus war es bedeutsam, dass die Hälfte des Portoriums der Stadt überlassen wurde, obwohl der Zollertrag der russischen Waren zunächst im vollen Umfang an den Staat gehen sollte. Zusätzliche Begünstigungen bekam Nyen durch den königlichen Beschluss vom 29. November 1650, aufgrund dessen auch die Hälfte des Portoriums der russischen Waren von nun an der Stadt gehörte. Darüber hinaus bestätigte die Königin den Stadtbürgern die Befreiung von mehreren Steuern sowie von Kontributionen.⁷¹

Ein wichtiger Rechtsakt, der den Status Nyens als Stapelstadt stärkte, war die am 13. Oktober 1643 den Lübeckern erteilte Erlaubnis, ohne Reval zu durchqueren direkt nach Narva zu segeln, dort mit allen Waren (einschließlich Salz und Hering) en gros zu handeln und die Waren ungehindert weiter nach Russland zu führen.⁷² Obwohl dieser Regierungsbeschluss nur die Lübecker betraf, öffneten diese den Weg nach Narva und Nyen allen Westeuropäern. Eine noch wichtigere Verordnung wur-

⁶⁸ Ebenda, S. 83f.

⁶⁹ RA, Livonica II, Vol. 626. Der Status der Residenzstadt wird im § 35 der Instruktion behandelt.

⁷⁰ Wahrscheinlich begann man nicht sofort nach dem Jahr 1646 mit der Organisation der Jahrmärkte; Peter Anton Loofeldt meinte noch 1648, dass sowohl in Narva als auch in Nyen Jahrmärkte eingerichtet werden müssten. RA, Manuskriptsamlingen, Vol. 68.

⁷¹ BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 396, 459-461, 463-465; KÜNG, Nyen (wie Anm. 20), S. 16.

⁷² KURT REINHOLD MELANDER: Die Beziehungen Lübecks zu Schweden und Verhandlungen dieser beiden Staaten wegen des russischen Handels über Reval und Narva während der Jahre 1643-53, Helsinki 1903 (Historiallinen Arkisto, 18), S. 5-59; TROEBST, Handelskontrolle (wie Anm. 12), S. 156-157; KÜNG, Rootsijamanduspolitiikka (wie Anm. 12), S. 101, 278-282.

de 1648 erlassen: Damals gingen Reval, Narva und Nyen ein Bündnis für Transithandel ein, das am 31. Juli 1648 durch ein die Ein- und Ausfuhr der russischen und westlichen Waren regulierendes Zollreglement in Kraft gesetzt wurde.⁷³ In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts verfolgte die Zentralregierung gegenüber Reval, Narva und Nyen eine einheitliche Handelspolitik, und Reval und Narva waren gezwungen, sich mit dem Dasein Nyens abzufinden. In der Region am Finnischen Meerbusen orientierten sich offiziell nur diese drei Städte am russischen Markt: Auf Wiborg wurde in dieser Hinsicht nicht mehr Rücksicht genommen, und Ivangorod war 1645 Narva angegliedert und dadurch als Konkurrent ausgeschaltet worden.⁷⁴ Diese handelsrechtliche Situation herrschte bis zum Ende des 17. Jahrhunderts.

Die Befestigung Nyens

Wie bereits erwähnt, wurde seit 1611 auf einer natürlichen Landspitze an der Mündung der Ochta in die Neva eine Schanze gebaut. Auf dem ältesten Plan Nyens von 1644 ist sie als eine so genannte Sternschanze dargestellt. Wie wir im Folgenden sehen werden, entsprach dieser Plan von Georg Schwengell jedoch nicht der Wirklichkeit und ist daher nur als Projektskizze aufzufassen.⁷⁵

Auf dem anderen, dem so genannten finnischen Ufer der Ochta begann seit den 1620er Jahren eine Kaufmannssiedlung zu entstehen. Anfänglich war die Siedlung von keiner Befestigungszone umgeben, erst in den 1640er Jahren tauchte die Notwendigkeit auf, auch das Stadtgebiet zu sichern. Als die Gesandten Nyens am 25. Juni 1642 der Vormundschaftsregierung den 21-Punkte-Vorschlag über die künftigen Privilegien Nyens übergaben, wurde unter anderen Aufgaben des Staats zur Entwicklung des städtischen Raums auch die Befestigung des Stadtgebiets erwähnt.⁷⁶ In den 1640er Jahren allerdings kam der Staat nicht dazu, in dieser Richtung tätig zu werden. 1648 beispielsweise schrieb Peter Anton Loofeldt in einem Memorandum an Königin Christina, dass Nyen immer noch

⁷³ Samling utaf Kongl. bref, stadgar och förordningar, 2 (wie Anm. 53), S. 532-575. Eine Zusammenfassung dieser Zollordnung befindet sich in: EAA, 1646-2-41, Bl. 2-3f; als Drucksache in: EAA, 854-2-515.

⁷⁴ Soom, Ivangorod (wie Anm. 38), S. 272-281; EAA, 1646-1-1, Bl. 79f-83f.

⁷⁵ Krigsarkivet (Kriegsarchiv), 406 H, Utländska kartor, stads- och fästningplaner, del 8. Nyen, Nr. 1. Die Karte von 1644 hat von Bonsdorff näher beschrieben, der zugleich aufgrund von zwei Plänen (ca. 1646) auch eine Beschreibung des Nyener Schlosses gibt. Es war ein niedriges, nach dem einen Plan einstöckiges, nach dem anderen ein zweistöckiges Gebäude mit zwei oder drei Türmen. BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 364. Auch Ė. D. Ruchmanova hat sich bei ihrer Beschreibung von Nyen in vielem auf das Projekt von Schwengell gestützt. Siehe РУХМАНОВА, Русско-шведская торговля (wie Anm. 13), S. 143-145.

⁷⁶ RA, Livonica II, Vol. 207.

ohne Wall, Mauern und Lattenzaun sei, dass Speicher und Buden offen stünden und deshalb die Kaufleute, vor allem die auswärtigen, Bedenken hätten, ihre Waren dort aufzubewahren. Die königliche Majestät wisse aber sicher gute Mittel, so zeigte sich Loofeldt überzeugt, diesen Fehler gnädigst zu verbessern, und lasse wenigstens einen Lattenzaun um die Buden herum bauen, um diese wenigstens etwas zu sichern.⁷⁷

In ähnlicher Weise wurde die Lage Nyens am 17. März 1652 vom in germanländischen Generalgouverneur Erik Stenbock geschildert, der ebenfalls die Auffassung vertrat, dass die Schutzlosigkeit der Stadt die Ausländer, vor allem die Lübecker, ernsthaft daran hindere, zum Handeln nach Nyen zu kommen. Der Generalgouverneur begnügte sich jedoch nicht nur mit Klagen, sondern sandte der Königin das einst vom Generalquartiermeister Johan von Rodenburg zusammengestellte Fortifikationsprojekt Nyens zur Kenntnis, das erneut durchgesehen worden war, und bat um dessen Bestätigung. Dem Brief ist eine Anlage beigelegt worden, in der der Nyener Zeugmeister und Ingenieur Seulenbergh über die Fortifikation Nyens berichtet. Seulenbergh erklärte, dass die alte Schanze inzwischen niedergerissen worden sei, obwohl Georg Schwenngell einen Fortifikationsplan sowohl des Schlosses als auch der Stadt erarbeitet hätte – wahrscheinlich handelte es sich um den oben erwähnten Plan von 1644 –, eine neue Schanze sei bislang jedoch nicht gebaut worden. Damit nun ein solch günstig gelegener Ort nicht unbefestigt gelassen werde, und weil Bürgermeister und Rat den Generalgouverneur um einen Gassenplan gebeten hätten, wo genau sie Häuser, eine Kirche und andere öffentliche Gebäude bauen könnten, sei auf dessen Befehl hin das beigelegte Projekt aufgesetzt worden, in dem das Gassennetz auf zweierlei Art dargestellt sei. Man erwarte nun von der königlichen Majestät einen Beschluss, auf welche Weise die Fortifikation ausgeführt und wie die Gassen angeordnet werden sollten.⁷⁸ Aus einem Brief von Stenbock vom 24. Juli 1652 geht hervor, dass die Zentralregierung in Stockholm am 31. Mai desselben Jahres eine Instruktion zur Fortifikation Nyens erteilt hatte und empfahl, bei der Durchführung der Arbeiten die Soldaten der örtlichen Garnison einzusetzen. Weil sich in der Stadt aber nur eine Kompanie befand, bat Stenbock darum, neue Soldaten aus dem Wiborger Kreis nach Nyen zu schicken.⁷⁹ Die Befestigungsarbeiten kamen jedoch nicht von der Stelle, wie der Generalgouverneur am 10. August 1653 in einem Memorandum an die Königin vermerkte. Sowohl die Nyener Festung als auch die Stadt waren fortwährend ungeschützt und standen dem Feind offen. Stenbock wollte erreichen, dass im Frühling 1654 wei-

⁷⁷ RA, Manuskriptsamlingen, Vol. 68.

⁷⁸ RA, Livonica II, vol. 172; BONSORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 365.

⁷⁹ RA, Livonica II, Vol. 172.

tere Arbeitskräfte nach Nyen kämen, damit es mit den Bauarbeiten voranginge.⁸⁰

1654 wurde Gustav Horn zum neuen Generalgouverneur Ingermanlands ernannt, der im Herbst desselben Jahres eine Inspektion in Nyen vornahm. Über deren Ergebnisse erstattete er der Königin am 29. November 1654 Bericht. Hierin äußert Horn die recht neue Auffassung, dass Nyens Standort inmitten von Sümpfen für eine Stadt unpassend sei. Der sumpfige Boden hindere die Bewohner daran, anständige Gebäude zu bauen, da die Häuser keine Keller haben dürften, denn diese würden sich sofort mit Wasser füllen. Deshalb würden sich viele Leute entgegen ihren eigenen Wünschen nicht in Nyen niederlassen. Auch Horn hielt die Stadtbefestigung für wichtig, aber bei den schweren Gebäuden sei zu befürchten, dass der Boden nicht hält und alles zusammenbricht. Sogar eine oder zwei Ellen tiefe Fundamente würden nicht helfen und alle Ausgaben wären sinnlos. Deshalb sollte Horn zufolge die ganze Stadt auf die Landspitze zwischen der Neva und der Ohta umgesiedelt, die Landspitze selbst durch einen breiten Graben vom Festland getrennt und mit langen Schutzmauern, Türmen und drei oder vier Bastionen befestigt werden. Dieser Plan habe auch den Nyenern gefallen, die auch nicht mehr im Sumpf bauen wollten. Die Verlegung der Stadt, so schloss der Generalgouverneur, gewährleiste ihre weitere Entwicklung, den Anstieg des Warenumschlags und der Bevölkerung.⁸¹

So sah es also in Nyen vor dem Russisch-Schwedischen Krieg aus. Während man in Narva umfangreiche Befestigungsarbeiten vornahm, wurden in Nyen keine großzügigen Fortifikationen gebaut. Das war auch einer der Gründe, warum die russische Armee schon am 5. Juni 1656 imstande war, die Stadt zu erobern und niederzubrennen. Als Nyen im September von den Schweden zurückerobert wurde, war der städtische Raum qualitativ auf das Niveau der Anfangszeiten reduziert worden. Die zweite Periode in der Geschichte Nyens, die Phase bis zum Ausbruch des Nordischen Kriegs, war vom Standpunkt der Stadtbefestigung aus gesehen zweifellos von mehr Erfolg gekrönt.

Bevölkerung

Aus der Periode vor dem Russisch-Schwedischen Krieg sind nur aus den 1640er Jahren Angaben über die Bevölkerung Nyens vorhanden. Eine detaillierte Übersicht über die Einwohner gibt eine Namenliste von 67 männlichen Stadtbewohnern und/oder Bürgern. Diese Liste wurde auf Befehl des Generalgouverneurs von Liv- und Ingermanland Bengt

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ RA, Livonica II, Vol 173.

Oxenstierna am 14. Juni 1640 vom Assessor des Dorpater Hofgerichts Daniel Kempe zusammengestellt und beinhaltet außer den Namen auch den Geburtsort, die Aufenthaltsdauer und den Tätigkeitsbereich des jeweiligen Einwohners. 13 Stadtbewohner waren schon seit den 1620er Jahren in Nyen wohnhaft, neun von ihnen seit Anfang oder Mitte des Jahrzehnts – dies deutet auf die Entstehung der städtischen Siedlung an der Mündung der Neva bald nach dem Friedensschluss von Stolbovo hin. Aus der Liste geht hervor, dass die älteren Bewohner Nyens den ärmeren Volksschichten angehörten. Nur einer von ihnen, der Russe Ivan Matsson (*Iffwan Matsson*), war Kaufmann, die Übrigen waren Handwerker, in der Mehrzahl Schuster. Etwa ein Dutzend Personen hatte sich in den Jahren 1630/31 in Nyen niedergelassen. Von sechs Personen unter 67 wird ausdrücklich gesagt, dass sie Russen seien, mindestens 41 Bewohner oder Bürger stammten aus Finnland, von diesen wiederum 16 aus Wiborg und 13 aus dessen Hinterland. Zehn Nyener stammten aus Deutschland, drei aus Est- und Livland und sechs aus Schweden. Betrachtet man die Geburtsorte nach den Berufen, dann stammten nur fünf Kaufleute aus Finnland. Die Mehrzahl der Finnen waren Handwerker. Aus Deutschland gab es ebenfalls fünf Kaufleute. Es fällt auf, dass ein großer Anteil der Einwohnerschaft Beamte (Lizenzmeister, Russisch-Dolmetscher, Schiffer usw.) waren. Es gab auch Personen, die bei den Staatsbeamten oder Bürgern angestellt waren. Im Allgemeinen waren die Nyener ziemlich arm, nur in zwei Fällen wurde erwähnt, dass die betreffenden Personen erfolgreich Handel betrieben. Von Bengt Matsson wird beispielsweise gesagt, dass er ein erfolgreicher Kaufmann sei (*drifwer wacker handell på landet med allehanda wahrur som här passera*).⁸²

Mit dieser Liste hängt ein ebenfalls 1640 zusammengestelltes Verzeichnis der Nyener Schüler zusammen, in dem 39 Jungen mit ihren Geburtsorten aufgezählt sind. Zwölf der Kinder kamen aus Wiborg, elf aus Nyen, vier aus Kexholm, drei aus Nöteborg, zwei aus Savolax sowie aus Reval, Wesenberg und einigen kleineren Orten in Finnisch-Karelien je eines. In einem anderen Schülerverzeichnis von 1641 sind die Namen von 38 Schülern und drei Skribenten angegeben, jedoch ohne die Geburtsorte.⁸³ In den Stadtbewohner- und Schülerlisten von 1640 spiegelt sich das Hinterland, aus dem die Nyener stammten. Die überwiegende Mehrheit der Stadtbewohner war finnischer und schwedischer Herkunft, während der Anteil der Russen in der Bürgerschaft bescheiden war. Der wohlhabendere Teil der Kaufmannschaft war deutschsprachig.

⁸² Die Bewohnerliste Nyens ist veröffentlicht in: TORSTEN G. AMINOFF: Borgerskapet i Narva och Nyen 1640 [Die Bürgerschaft von Narva und Nyen 1640], in: Genealogiska samfundets i Finland årsskrift 41 (1979), S. 134-138. Das Original befindet sich in: RA, Livonica II, Vol. 68. Mit etwas irreführenden Schlussfolgerungen ist die Liste referiert worden in: ШАСКОЛЬСКИЙ, Русская морская торговля на Балтике (wie Anm. 14), S. 138f.

⁸³ EAA, 278-1-XXIV:82; LOTMAN, Unustatud uus linn (wie Anm. 20), S. 31.

Die umfangreichsten Verzeichnisse der Nyener Einwohnerschaft sind die Listen für die so genannte Kopfsteuer (*Mantalslängdh*), in den Quellen auch „Mühlensteuer“ genannt (*Qwarnetullen*). Diese Listen, die in den Rechnungsbüchern des ingermanländischen Generalgouverneurs überliefert sind, wurden gemäß dem Beschluß des schwedischen Reichstags von 1635 in Schweden und Finnland angelegt. Auch Ingermanland und *Kexholms län* wurden als steuerpflichtig angesehen. Alle, sowohl männliche als auch weibliche Personen ab dem 12. Lebensjahr mussten die Mühlensteuer zahlen. Das Mindestalter konnte aber auch angehoben werden. Bis 1652 war das Höchstalter ebenfalls nicht begrenzt, dann wurde es auf 63 festgesetzt. Außer den Kindern und alten Menschen wurden auch die Armen und Kranken nicht in die Listen aufgenommen ebenso wie die Soldaten und die im Stadtgebiet wohnenden Adligen. Vom Gesichtspunkt der Quellenkritik aus gesehen, hat man die Arbeit der schwedischen Steuerbeamten als nachlässig erachtet, besonders was die Aufstellung der Listen der 1640er Jahre angeht.⁸⁴ Inkonsequenz und große Schwankungen treten auch in den Kopfsteuerlisten Nyens auf, die aus den Jahren 1640–1642 überliefert sind. Aus diesen Listen ist zu ersehen, dass 1640 in Nyen 294 Personen (124 Männer und 170 Frauen) Kopfsteuer bezahlten, 1641 384 (176/208) und 1642 schon 471 (232 und 239).⁸⁵

Bei der Berechnung der Einwohnerzahl schwedischer Städte aufgrund der Kopfsteuerlisten hat sich Sven Lilja des Multiplikators 2,2–2,6 bedient.⁸⁶ Die Anwendung eines solchen Koeffizienten scheint berechtigt zu sein, schon weil es auch dem Verfasser dieses Beitrags bei der Berechnung der Einwohnerzahl Narvas und Ivangorods für 1638–1646 – ausgehend von einem durchschnittlichen Koeffizienten 2,4 – gelungen ist, eine Gesamtgröße der Bevölkerung zu erreichen, die in derselben Größenordnung liegt wie die aufgrund der Anzahl der Haushalte errechnete.⁸⁷ Geht man nun auch bei den Kopfsteuerlisten Nyens von dem Koeffizienten 2,4 aus, ergibt sich, dass es 1640 in Nyen mindestens 705, im Jahre 1641 921 und im Jahre 1642 1130 Einwohner gab. Sicherlich handelte es sich nicht um einen explosionsartigen Zuwachs der Bevölkerung.

⁸⁴ GÖSTA LEXT: *Mantalskrivningarna i Sverige före 1860* [Kopfsteuerlisten in Schweden vor 1860], Göteborg 1968 (Meddelanden från Ekonomiskhistoriska institutionen vid Göteborgs universitet, 13), S. 43–45.

⁸⁵ Suomen Kansallisarkisto (Finnisches Nationalarchiv), 9651, 9653, 9656; BONDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 5), S. 410.

⁸⁶ SVEN LILJA: *Stockholms befolkningsutveckling före 1800: problem, metoder och förklaringar* [Die Entwicklung der Bevölkerung Stockholms vor 1800: Probleme, Methoden, Erklärungen], in: *Historisk tidskrift (svensk)* 115 (1995), S. 304–337, hier S. 315.

⁸⁷ ENN KÜNG: Über die Größe der Bevölkerung Narvas und Ivangorods in der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: *Aus der Geschichte Alt-Livlands. Festschrift für Heinz von zur Mühlen zum 90. Geburtstag*, hrsg. von BERNHART JÄHNIG, KLAUS MILIZER, Münster 2004 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission, 12), S. 329–349.

Das Wachstum könnte eher mit der sorgfältigeren Zusammenstellung der Steuerlisten begründet werden. Man kann jedoch auch aufgrund der Liste von 1642 noch nicht behaupten, dass Nyen in diesem Jahr wirklich 1130 Einwohner hatte. Diese Anzahl ist als Minimum zu betrachten. Leider sind aus späterer Zeit keine Einwohnerlisten der Stadt mehr überliefert. Man hat vermutet, dass es beim Ausbruch des Russisch-Schwedischen Krieges in der Mitte des 17. Jahrhunderts 2000-2500 Einwohner in der Stadt und deren näheren Umgebung gab,⁸⁸ aber diese Angabe ist wahrscheinlich übertrieben.

Über die Einwohnerschaft Nyens ist auch eine zeitgenössische Aussage überliefert. Die Bürgermeister und der Rat Nyens gaben um das Jahr 1648, als sie die Fortdauer der Freijahre beantragten, der Königin Christina bekannt, dass es in der Stadt 40 Bürger bzw. Kaufleute gebe, hinzu kämen noch Handwerker und andere Personen. Insgesamt gäbe es in der Stadt fast 200 bewohnte Grundstücke, und der Rat hoffte, dass sich in Zukunft noch viele neue Einwohner in der Stadt niederließen.⁸⁹

Zusammenfassung

Im Jahre 1611, zur Zeit des Schwedisch-Russischen Krieges von 1609-1617, fing die schwedische Regierung an, an der Mündung der Ohta in die Neva eine Festung zu bauen. 1611-1617 blieb Nyen ein nur schwach entwickelter militärischer Stützpunkt. Die Entstehung der städtischen Siedlung neben der Festung hing mit einer längeren Friedenszeit zusammen, während der die am Russlandhandel interessierten Kaufleute begannen, Nyen, das günstig am Ausgang des russischen Binnenwasserstraßennetzes gelegen war, als Aufenthaltsort zu nutzen. Gleich nach dem Frieden von Stolbovo jedoch befasste sich die schwedische Zentralregierung nicht mit der Gestaltung der städtischen Siedlung und wurde erst in den 1630/40er Jahren auf den perspektivischen Handelsort aufmerksam. Am 17. Juni 1632 beschloss Gustav II. Adolf, dass am Fluss Neva und an anderen geeigneten Orten in Karelien und Ingermanland Städte gegründet und mit Stadtrechten und Privilegien versehen werden sollten. Die Gründung einer Stadt an der Mündung der Neva war ein Teil des Programms, wodurch der König den russischen Transithandel in die schwedischen Städte bringen wollte. In der Periode bis zum Herbst 1638 war die Entwicklung der Stadt dennoch von Stagnation gekennzeichnet, nachdem der Tod Gustavs II. Adolf die Entwicklung Nyens zu einer Stadt zum Stillstand gebracht hatte. Die Nachbarstädte Wi-

⁸⁸ РУХМАНОВА, Русско-шведская торговля (wie Anm. 13), S. 146; ШАСКОЛЬСКИЙ, Русская морская торговля (wie Anm. 14), S. 139, 179; СОРОКИН, Ландскрона (wie Anm. 19), S. 58.

⁸⁹ RA, Livonica II, Vol. 207.

borg, Narva und Reval wollten nicht erlauben, dass Nyen sich zu einem Transithandelszentrum entwickelt, und im Mai 1638 gelang es ihnen, die Zentralregierung dazu zu bewegen, dass sie es den aus Westen kommenden Fremden verbot, an Reval vorbei nach Nyen zu segeln und dort Waren umzuschlagen. Die schnell wechselnden Auffassungen der Behörden über Nyens Zukunft als Transithandelszentrum hatten keinen günstigen Einfluss auf die Entwicklung der Stadt. Erst im September 1638 wurde ihr endgültig der Status einer Handelsstadt verliehen. Ihre ersten Privilegien erhielt die Stadt am 20. September 1642. Durch die Beschlüsse der Zentralregierung von 1643 und 1648 wurde die Stadt auch für den Außenhandel geöffnet – Nyen wurde den Städten Narva und Reval handelsrechtlich gleichgestellt. Dennoch war die Zentralregierung nicht imstande, das Territorium der Stadt Nyen vor dem Russisch-Schwedischen Krieg (1656-1661) zu befestigen. Auch die Verteidigungsfähigkeit der Festung war schwach. Vor dem Krieg belief sich die Einwohnerzahl Nyens auf etwas mehr als 1000 Menschen.

SUMMARY

*About the shaping of the urban environment of
Nyen in the second quarter of the 17th century*

The article focuses on the establishment of a merchant town at the mouth of the river Neva in Nyen, the granting of city privileges to it and further preconditions of its development as an urban environment in the first half of the 17th century until the beginning of the Russian-Swedish war in 1656. The fortification of the town in the Swedish-Russian border area and the population are considered separately. Transit trade through Nyen is left out.

In contrast to neighbouring settlements, Nyen was a new town lacking historical privileges and rights which the Swedish authorities would have had to take into account. The town was established on the state's initiative in 1632 on the site of a former merchant village. Its establishment was finalised in 1638. This was done as part of an economic and political reform conducted by the central power and aimed at diverting Russia's foreign trade from Archangel to the Baltic Sea and expanding Swedish cities' trade in Russia. The advantages of Nyen for the implementation of this national economic and political programme were based on its favourable location at the starting point of Russia's inland waterways, although the town was far from major Western European seaports and dif-

difficult to access from the Baltic Sea. The Stolbovo (1617) and later Kärde (1661) peace treaties ensured for Swedish trade towns situated at the Gulf of Finland the role of mediators between Western Europe and Russian merchants. We should also remember another national programme made by Gustavus II Adolphus that envisaged the colonisation and Swedification of Ingria and its unification with Sweden. For a short time (1642-1651) Nyen had an administrative function as the provincial capital. At the same time the town's location was strategically vital to Sweden. Nyen was a kind of lock for Russia, preventing the latter from having direct access to the Baltic Sea.

Die Stadt Walk/Valga im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts

VON TIIT ROSENBERG

Zu Beginn des Jahres 1828 wurde im „Provinzialblatt“, als dessen Herausgeber der bekannte livländische Aufklärer und Literat Garlieb Merkel fungierte, die Stadt Walk anhand statistischer Angaben beschrieben. Im Jahre 1827 zählte die Stadt 72 Bürger und insgesamt 595 Einwohner, davon waren 291 männlich und 304 weiblich. Außerdem lebten im Gebiet des Stadtpastorats und der kleineren städtischen Güter bzw. im so genannten Patrimonialgebiet noch 181 Männer und 177 Frauen. Alles zusammengerechnet lebten somit 953 Menschen in Stadt und Gebiet. Im Laufe eines Jahres waren hier 27 Menschen gestorben und 32 geboren worden. Als eine besonders bemerkenswerte, charakteristische Tatsache für das Leben der Stadt wurde hervorgehoben, dass hier, in einer Stadt, die über vier Steinhäuser (von denen drei der Krone gehörten) und 81 Holzhäuser verfügte, während des Vierteljahrhunderts von 1802 bis Ende 1827 kein einziges Gebäude errichtet worden war – mit der Ausnahme eines 1826 niedergebrannten Hauses, das man wiederaufgebaut hatte.¹

Worauf ist ein solcher Stillstand oder sogar Rückschritt im Leben der Stadt zurückzuführen in einer Phase, der Regierungszeit des Zaren Alexander I. (1801–1825), die in den Ostseeprovinzen durch die in der Aufhebung der Leibeigenschaft kulminierenden Bauerngesetze (1804–1819) sowie durch den Ausbau eines umfangreichen Schulnetzes von den Elementarschulen bis zur Universität Dorpat gekennzeichnet war? Welches war der Status der Stadt Walk und wie lebte man hier? Diese und andere Fragen lassen sich anhand der interessanten Materialien, die von Otto Huhn (1764–1832), einem Rigaer Arzt und Heimatforscher, gesammelt und geordnet worden sind² und in seinem Personalfonds im Lettischen Staatlichen Historischen Archiv in Riga aufbewahrt werden, aufklären.³

¹ Provinzialblatt für Kur-, Liv- und Estland, Nr. 2, 11.01.1828.

² Siehe: FERDINAND LINNUS: Ühest unustatud Balti uurijast. Dr. med. Otto v. Huhn ja tema kogud [Über einen vergessenen baltischen Forscher. Dr. med. Otto v. Huhn und seine Sammlungen], in: Ajalooline Ajakiri [Historische Zeitschrift], 1939, Nr. 3, S. 147–153.

³ Topographisch-statistische Beiträge Livlands. Kreisstadt Walk 1821, in: Latvijas Valsts Vēstures Arhivs (LVVA, Lettisches Historisches Staatsarchiv) Bestand 6810, Findbuch 1, Akte 43. So nicht auf andere Quellen verwiesen wird, basieren die folgenden Angaben auf die von Otto Huhn zusammengestellten Materialien dieser Akte.

Bevor Walk anschließend einer näheren Betrachtung unterzogen wird, sollte seine Position unter den anderen Städten des Livländischen Gouvernements betrachtet werden. In den Jahren 1819-1820 lebten in den zehn Städten sowie in einem Flecken des Gouvernements 61 114 und auf dem Lande 528 994 Einwohner. Der Einwohnerzahl nach war Walk unter den Städten die kleinste, während die Gouvernementsstadt Riga 41 781, die Kreisstädte Dorpat/Tartu 9 230, Pernau/Pärnu 3 607, Arensburg/Kuressaare 1 945 und Wenden/Cēsis 865 Einwohner zählten. Unter den so genannten Landstädten war die größte Fellin/Viljandi mit 951 Einwohnern, es folgten Werro/Võru mit 796, Lemsal/Limbaži mit 674, Wolmar/Valmiera mit 520 und schließlich Walk mit 451 Einwohnern, dem nur noch der in der Nähe von Riga gelegene Flecken Sloka mit 294 Einwohnern größtmäßig unterlegen war.⁴ Eigentlich gehörten von den Letztgenannten auch Fellin, Werro, Wolmar und Walk ab 1783 zu den Kreisstädten. Bei den angeführten Zahlen ist zu beachten, dass hier weder die Bauern des außerhalb der Stadtgrenzen liegenden Patrimonialgebietes, noch die zwar ins Seelenverzeichnis der Stadt eingetragenen, jedoch auf dem Lande lebenden Bürger der Stadt zu ihren Bewohnern gezählt worden sind. Was die Städte des Estländischen Gouvernements anbetrifft, so zählte Reval/Tallinn damals 12 872, Weißenstein/Paide 857, Hapsal/Haapsalu 647, Wesenberg/Rakvere 574, Baltischport/Paldiski 184 und Narva, das damals allerdings zum Gouvernement St. Petersburg gehörte, etwa 3 500 Einwohner.⁵ Somit war Walk eine der kleinsten Städte nicht nur in Estland, sondern im ganzen Baltikum.

Lage und Grenzen

Walk lag an der Kriegsstraße St. Petersburg-Riga, von der Hauptstadt 396 und von der Düna-Metropole 149 Werst (1 Werst \approx 1,067 km) entfernt. Die nächste Stadt war Wolmar, das in einer Entfernung von 45 Werst lag, während die Entfernung nach Wenden, Werro, Dorpat und Fellin jeweils 80 Werst betrug. Die Stadt war auf einer kleinen Anhöhe mit fruchtbarem Boden gelegen, die von Feldern und Wiesen umgeben war; im Norden war sie vom Fluss Pedeli, im Westen und Osten von zwei kleinen Bächen eng umschlossen (s. Abb. 1: Plan des Walk-Luhdeschen Kirchspiels⁶). Das eigentliche Stadtgebiet hatte die Form eines un-

⁴ Topographisch-statistische Beiträge des Gouvernements Livland 1819-1820, in: LVVA, 6810-1-12, Bl. 108-110.

⁵ RAIMO PULLAT: Eesti linnad ja linlased XVIII sajandi lõpust 1917. aastani [Die Städte und Stadtbewohner Estlands vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Jahr 1917], Tallinn 1972, S. 37.

⁶ Topographisch-statistische Beiträge des Wenden-Walkschen Kreises, in: LVVA, 6810-1-17, Bl. 53.



– Abb. 1. Plan des Walk-Luhdeschen Kirchspiels

regelmäßigen Rechtecks, das eine Werst lang und etwas weniger breit war, so dass die Länge der Stadtgrenze 3,5 Werst betrug.⁷

Östlich und südlich der Stadt lag die Stadtmark bzw. das Patrimonialgebiet, das zusammen mit dem eigentlichen Stadtgebiet eine Fläche von über 17 Quadratwerst (1 Quadratwerst \approx 107,13 ha) umfasste. In diesem Raum befanden sich vier kleinere Güter samt ihren Feldern und Bauernhaushalten – Oosoli (dt. Ohselhof, später auch Alexandershof, lett. Ohsulmuiž), Vidriku (dt. Friedrichshof, lett. Pidrika), Laatsi (dt. Wichmannshof, lett. Latsche) und Kapsta (dt. Engelhardtshof). Im östlichen

⁷ Topographisch-statistische Beiträge Livlands. Kreisstadt Walk 1821 (wie Anm. 3), Bl. 5f.



– **Abb. 2.** *Plan der Stadt Walk mit ihren Grenzen.*

Teil der Stadtmark lag der Gemeindewald mit einer Fläche von etwa vier Quadratwerst, aus dem man das für Bau- und Renovierungsarbeiten in der Stadt benötigte Nutz- sowie Brennholz besorgte und wo auch ärmere Stadtbewohner Reisig und Äste sammeln durften (s. Abb. 2: Plan der Stadt Walk mit ihren Grenzen⁸). Über eigenen Landbesitz verfügte das Pastorat, das auch vier Bauernhaushalte besaß. Die Bauern des Patrimonialgebietes samt den Stadtbewohnern fielen unter die Jurisdiktion des Magistrats und waren Mitglieder der städtischen Johannismairie Walk.

Stadtbauten

Folgen wir den Angaben der von Dr. Otto Huhn verfassten Übersicht, so bestand das Städtchen aus zwei Stadtteilen, von denen die Moskausche Straße den einen und die Rigische, Herren-, Schmiede- und Johannische Straße mit den daran liegenden Grundstücken den anderen bildeten. Von den Straßen waren nur einige mit Pflaster belegt und auch diese nur zum Teil, wie auch ein Abschnitt des Marktplatzes sowie der Anfang der aus der Stadt hinausführenden Landstraßen. Das Pflaster war verschliffen und dürrftig, doch zu dessen Instandsetzung fehlte der Stadtkasse das

⁸ Ebenda, Bl. 29.

Geld. Wohl aber wurden die durch das Gebiet verlaufenden Landstraßen von den Bauern des Patrimonialgebietes gut instand gehalten.

Eine Vorstadt fehlte, obwohl es auf der Seite von Luke, auf den in adligem Besitz befindlichen Ländereien mehrere Gebäude und Einwohner gab, die wegen der Verletzung von Privilegien der Stadtbewohner über ein halbes Jahrhundert lang der Zankapfel im Streit zwischen der Stadt und den Gutsherren gewesen waren.

Die Bauten wurden in Krons-, Stadt- und Privatgebäude eingeteilt. Die Krone besaß in der Stadt drei Steinhäuser – das Schulhaus, das Gerichtsgebäude und das Magazin. Mit Ausnahme der St. Johanniskirche, deren Bau 1787 begonnen worden war und die erst 1816 vollendet werden konnte, waren alle übrigen der elf Stadtbauten aus Holz: das Rathaus, das Haus des Pastors, das Stabsgebäude, das Regimentsgebäude, das Lazarett und die Etappenkaserne, der Wagenschuppen, das Lagerhaus, das Spritzenhaus sowie das Wächterhaus, an dessen anderem Ende sich auch das Stadtgefängnis befand. Die letztgenannte Einrichtung sei jedoch äußerst selten vonnöten gewesen, da im Jurisdiktionsgebiet der Stadt während der letzten 20 Jahre, d.h. seit Beginn des Jahrhunderts, nur drei Straftaten verübt worden waren – ein vorsätzlicher Mord durch Vergiftung mit Kupfervitriol sowie zwei Kindermorde.

Das Aussehen und die Grundrisse der öffentlichen Gebäude von Walk sind 1797 von Johann Christoph Brotze (1742-1823), einem Rigaer Schulmeister und großen Sammler, für die Nachwelt festgehalten worden. In seiner zehnbändigen handschriftlichen Sammlung kulturhistorischer Materialien finden sich vier Bildtafeln zu den Bauten in Walk.⁹

Privathäuser gab es in der Stadt 64 an der Zahl, die mit Ausnahme des Backsteinhauses des Maurermeisters Roeding alle aus Holz gebaut und überwiegend mit einem Bretterdach gedeckt waren. Vor der Stadt, auf der Seite von Luke, befanden sich 15 Holzhäuser, von denen sechs mit Ziegel- und neun mit Bretterdach gedeckt waren. Somit waren die im Gutsland gelegenen Wohngebäude denen der Stadtbewohner qualitativ weit überlegen.

Die Stadt war wegen der großen Anzahl der Holzhäuser und ihrer Nebengebäude besorgt, da sie aufgrund ihres Alters und baulichen Zustands nicht mit Ziegeldach bedeckt werden konnten, was zur Verminderung der Feuergefahr hätte beitragen können. Man war der Auffassung, dass eine gemeinsam von den livländischen Kleinstädten gegründete Brandkasse unbedingt vonnöten sei, deren Satzung sich die entsprechende Einrichtung in Riga zum Vorbild nehmen könnte. Sollte in der Stadt ein Großbrand ausbrechen, in dessen Verlauf zehn bis zwölf Häuser auf

⁹ Lettische Akademische Bibliothek in Riga, Sammlung von J. C. BROTZE, Bd. VII, Bl. 71, 107-109. Publiziert in: TIIT ROSENBERG: Valga linn 19. sajandi esimesel veerandil [Die Stadt Walk im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts], in: Valga linna ajaloo 18. sajandi lõpust kuni aastani 1939. Valga Muuseumi aastaraamat 2000 [Über die Geschichte Walks vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1939. Jahrbuch des Museums Walk], Valga 2001, S. 24-26.

einmal niederbrennen, dann wären andernfalls die übrigen Hausbesitzer nicht imstande, die Kosten des Wiederaufbaus zu tragen, ohne ihre Vermögen zu belasten.

Einwohner und Steuerpflichtige (Okladisten)

Nach den Angaben des Magistrats der Stadt Walk lebten 1818 insgesamt 451 Einwohner ständig in der Stadt und 364 Bauern in ihrem Gebiet. Neben der quantitativen Ermittlung der Anzahl von ständigen Einwohnern wurde auch über die Steuerzahler Rechnung geführt. So waren im Bürger- und Arbeiteroklad, der Kopfsteuerliste der Stadt Walk, insgesamt 633 männliche und 706 weibliche Personen verzeichnet, welche keinen bleibenden Aufenthalt in der Stadt hatten, sondern auf dem Lande arbeiteten und sich bald hier, bald dort aufhielten.¹⁰

Nach Nationalität¹¹ waren die Deutschen, die mit 359 Personen nahezu 80 % der Stadtbewohner ausmachten, in der Überzahl. Letten gab es unter den Einwohnern Walks 45, Russen 34 und Esten nur 13. Nach Ständen gliederten sich die Stadtbewohner wie folgt: 17 Adlige (sieben männlichen und zehn weiblichen Geschlechts), 132 Literaten, Beamte und Personen, die vom Ertrag aus diversen Abgaben lebten (81 davon männlich, 51 weiblich), sieben aus dem geistlichen Stand (vier männlich, drei weiblich), 75 Kaufleute (34 männlich, 41 weiblich); den Rest bildeten Handwerker, ungelernete Arbeiter, Dienstleute sowie als Hausgesinde bei Adligen tätige Erbbauern (155 männlich, 65 weiblich).

1819 wurden in der Stadtgemeinde Walk, der, wie eingangs erwähnt, auch im Patrimonialgebiet ansässige Bauern lettischer Herkunft angehörten, 17 Paare (davon 12 bäuerliche Paare) getraut, 74 (59) Kinder getauft und 41 (30) Verstorbene begraben. Somit hatten im betreffenden Jahr sowohl die Stadtbewohner wie das Volk des Patrimonialgebietes ein positives Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Durch Unfall oder Selbstmord war in den letzten Jahren niemand aus dem Leben geschieden, was vermuten lässt, dass im Stadtgebiet Walk ein verhältnismäßig ruhiges und geborgenes Leben geführt wurde. Wohl aber hatte der Pastor allen Grund zur Besorgnis um die Sittlichkeit der Gemeindeglieder. Es waren nämlich während der letzten drei Jahre 28 uneheliche Kinder geboren (davon drei deutscher und 25 lettischer Herkunft) bzw. durchschnittlich acht bis neun außerhalb der Ehe geborene Kinder pro Jahr. Hieraus folgt, dass die nichtehelichen Kinder mehr als ein Zehntel

¹⁰ Berichte über die Ursachen des Verfalls der Städte in den Ostseeprovinzen (1818), in: Eesti Ajalooarhiiv (Estnisches Historisches Archiv, EAA), Bestand 291, Findbuch 9, Akte 87, Bl. 78.

¹¹ Die folgenden detaillierten Angaben über die Einwohnerzahl nach: Topographisch-statistische Beiträge (wie Anm. 3), Bl. 7f.

der Neugeborenen ausmachten. Im Hinblick auf die große Überzahl der Männer in einer so kleinen Gemeinde mutet die betreffende Anzahl besonders hoch an, wenn auch die Anzahl unehelicher Kinder in den Städten schon immer größer war als in den Landgemeinden.¹²

Handwerk und Handel

Über die Lage der Erwerbszweige, welche die wirtschaftliche Grundlage der Stadt bildeten, äußert sich der Verfasser der Übersicht überaus besorgt und kritisch. Es gebe in Walk nur zwei Handwerkszünfte (die Schneider- und Schusterzunft) und vereinzelte Handwerker, die sich in den Zünften anderer Städte eingeschrieben hätten. Diejenigen Gewerbetreibenden aber, deren Handwerk eher dem Luxus diene (Sattler, Stellmacher, Goldschmiede u.a.) und nicht der Versorgung mit lebensnotwendigen Dingen, könnten ihren Lebensunterhalt am Ort nicht bestreiten. In der jetzigen Zeit schaffe sich jedermann nur das Nötigste an. Außerdem ließen sich die Gutsherren in zunehmendem Maße solche Dinge, die früher in der Stadt bestellt wurden, von ihren ausgebildeten Bauern anfertigen, weshalb ein Großteil der in der Stadt angemeldeten Bürger und Handwerker ohne festen Wohnsitz auf dem Lande lebe und nach Aufträgen suche, weshalb sie der Stadt als Bewohner und Steuerzahler verloren gegangen seien. Daher sei das Handwerk in den Kleinstädten aufgrund dieser rasch wachsenden Volksschicht im Untergang begriffen.

Solche Klagen über die Krise des Zunfthandwerks waren nicht nur für Walk charakteristisch, sondern damals allgemein verbreitet. Einen schweren Schlag für das Zunfthandwerk hatte die während der Statthalterschaftszeit im Baltikum eingeführte russische Handwerksordnung von 1785 bedeutet. Sie hatte den Zunftzwang aufgehoben und die Kleinen Gilden aufgelöst; seither hatten sich die Handwerker nach Gewerbearten im Magistrat anzumelden. Die bisherigen „Pfuscher“ und „Bönhasen“ wurden zu vollberechtigten Handwerkern, sie durften allerdings keine Gesellen und Lehrlinge anstellen – dieses Recht blieb den Zunftmeistern vorbehalten. Obwohl Paul I. das genannte Reglement im Jahre 1796 aufgehoben hatte, konnte die Monopolstellung der Zunftmeister nicht mehr wiederhergestellt werden, da viele Handwerker, die keiner Zunft angehörten, ihr Gewerbe weiter betrieben, während Gesellen, die

¹² In den estnischen Landkirchspielen war die Anzahl unehelicher Kinder nach Einschätzung des Demographen Heldur Palli sowohl im 17. als auch im 18. Jahrhundert mit nur etwa 2 % im Allgemeinen gering. Siehe Eesti talurahva ajalugu, kd. I [Geschichte der estnischen Bauernschaft, Bd. 1], hrsg. von JUHAN KAHK u.a., Tallinn 1992, S. 311.

ihre Hoffnung auf den Meistertitel aufgegeben hatten, aufs Land zogen, wo sie gut aufgenommen wurden.¹³

Die Krise des Zunfthandwerks versuchte man mithilfe des vom Generalgouverneur am 27. Juni 1819 für die livländischen Kreisstädte erlassenen neuen Handwerksreglements zu überwinden.¹⁴ In der neuen Regelung hieß es, dass die wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft infolge der Beschränkung der Zahl der Zunftmeister nicht mehr zufrieden gestellt werden könnten. Der Erwerb des Meistertitels wurde erleichtert, indem man die Probezeit für die Gesellen aufhob bzw. verkürzte und die Dauer der Wanderjahre je nach Gewerbe auf zwei bis drei Jahre beschränkte. Außerdem wurden die an das Meisterstück gestellten Anforderungen erleichtert und die Kosten für den Erwerb des Titels gesenkt. Die Handwerker, die keiner Zunft angehörten, durften zwar ihr Gewerbe betreiben, jedoch keine Gehilfen heranziehen – bei Verstoß gegen diese Anordnung liefen sie Gefahr, aus der Stadt ausgewiesen oder zu einer Haftstrafe verurteilt zu werden.

Nach Angaben der Seelenrevision von 1816 belief sich die Zahl der Zunfthandwerker auf 230 männliche Seelen (zusammen mit den jeweiligen Familienmitgliedern). In den 20 Handwerkszweigen zählte man 76 Meister, 25 Gesellen und 28 Lehrlinge. Zahlreicher waren im Seelenverzeichnis Schneider, Schuster und Müller (jeweils acht Meister), Tischler (sechs) sowie Gerber, Schmiede und Sattler (jeweils fünf) vertreten.¹⁵ Erst 1851 wurde in Walk eine Tischlerzunft gegründet, die dritte neben den bereits existierenden Schneider- und Schusterzünften.¹⁶

Die Zahl der Kaufleute in Walk schwankte zwischen 12 und 17. Zum Jahr 1820 hatten sich bei der dritten Gilde 17 Kaufleute eintragen lassen, von denen zehn hauptsächlich mit Flachs und Hanf handelten, wobei

¹³ EPP KANGILASKI: Tartu Väikegildi liikmeskonnast 18. sajandi lõpul ja 19. sajandi esimesel poolel [Über die Mitgliedschaft der Kleinen Gilde in Dorpat am Ende des 18. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts], in: Etnograafiamuuseumi aastaraamat [Jahrbuch des Ethnographischen Museums], Bd. 26, Tallinn 1972, S. 193-195; RAIMO PULLAT: Handwerk in der Tartuer Bevölkerung im 18. und zu Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Hansische Studien IV. Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen, Weimar 1979 (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte. Bd. 18), S. 100-105.

¹⁴ Reglement für die Handwerks-Aemter in den sämtlichen Kreis- und Landstädten des Livländischen Gouvernements, Riga 1819. Abgeschrieben von CARL GUSTAV BERGMANN, Tischlermeister in Walk, am 20. October 1839, in: LVVA 6093-1-1.

¹⁵ LINDA RAND: Valga ajaloo 19. sajandil [Zur Geschichte von Walk im 19. Jahrhundert], Diplomarbeit, Tartu 1961, S. 60-62; JÜRI LINNUS: Käsitöölised Eesti väikelinnades 18. sajandi lõpul ja 19. sajandi algul [Handwerker in den estnischen Kleinstädten am Ende des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts], in: Etnograafiamuuseumi aastaraamat (wie Anm. 13), S. 181f.

¹⁶ Ein- und Ausschreibe-Buch der Lehrlinge, wie auch die Unterschriften der neu eingetretenen Meister des Tischler-Amtes zu Walk, 1853-1915, in: LVVA 6093-1-10.

sie daneben auch kleinere Bauern- und Leinengeschäfte betrieben. Unter den lokal ansässigen Kaufleuten habe es nur einen Russen gegeben, der hauptsächlich so genannte russische Waren zum Verkauf anbot.

Der Ladenhandel wurde in Walk durch den Markt und Jahrmärkte ergänzt, von denen schon im Stadtprivileg von 1584 die Rede war. Unsere Quelle erwähnt nicht, wie oft der Markt abgehalten wurde – dem Stadtprivileg zufolge sollte er wöchentlich am Freitag stattfinden –, sondern bemerkt, dass die Stadtbewohner lebensnotwendige Dinge hauptsächlich bei den Bauern der stadtnahen Güter besorgen, die ihre Erzeugnisse bekanntlich nur auf dem städtischen Marktplatz unter freiem Himmel feilbieten durften. Erwähnt werden der Jahrmarkt sowie drei Viehmärkte, worunter offensichtlich die auch von August Wilhelm Hupel genannten Johannis-, Laurentius- und Michaelismärkte gemeint wurden.¹⁷ Die Viehmärkte, auf denen verschiedene Erzeugnisse der Bauernwirtschaften meist von den Bauern selbst feilgeboten wurden, dauerten in der Regel ein bis drei Tage, während die Jahrmärkte mehrere Wochen lang andauern konnten. Sie lockten Kaufleute auch aus fernerer Städten an und boten den örtlichen Handwerkern beste Verkaufsmöglichkeiten, zumal auch Gutsherren unter den Käufern waren. Ab 1819 begann man in Walk von Ende Dezember bis zum 5. Januar den so genannten deutschen Krammarkt abzuhalten, offensichtlich um die Kaufleute, die durch die Stadt zum im Januar stattfindenden Dorpater Jahrmarkt reisten, einen Zwischenaufenthalt schmackhaft zu machen. In demselben Jahr wurde in Dorpat auch der legendäre Kaufhof fertig gestellt.¹⁸

Ungeachtet dessen, dass der Handel im Allgemeinen einen Aufschwung erlebte, waren die Kaufleute von Walk damit nicht zufrieden, da sie an Einfluss einbüßten. Der Ankauf von Flachs und Hanf, der früher einen reichlichen Ertrag abgeworfen hatte, war nämlich zum Erliegen gekommen, heißt es in unserer Quelle. Wie aus ihrer Handelsübersicht ersichtlich wird, bereitete den Kleinhändlern in Walk die Konkurrenz der großen Handelsfirmen von Pernau und Riga die größten Kopfschmerzen, da jene die Einkaufspreise diktierten, beim Aussortieren das Sortiment bestimmten und im Begriff waren, den ganzen Flachshandel an sich zu reißen. In einer Situation, in der die lokalen Kaufleute fast keine Direktaufträge mehr für Flachs- und Hanfwaren bekamen, seien sie auch nicht mehr zum Ankauf von Waren imstande. In der statistischen Übersicht von 1827 wurde außerdem noch darüber geklagt, dass die Verdienstmöglichkeiten der städtischen Kaufleute durch die den Bauern erteilten Handelsgenehmigungen geschmälert worden seien.¹⁹ Mit den Manifesten der Regierung vom 8. Dezember 1810 und 11. Februar 1812 war den Bauern

¹⁷ Eesti. V. Valgamaa [Estland. Bd. V., Landkreis Walk], Tartu 1932, S. 550, 560.

¹⁸ Tartu ajalugu [Geschichte Tartus], hrsg. von RAIMO PULLAT, Tallinn 1980, S. 121f.

¹⁹ Provinzialblatt (wie Anm. 1).

nämlich die Genehmigung erteilt worden, überall landwirtschaftliche Produkte anzukaufen und in den Städten zum Verkauf anzubieten. Handel treibende Bauern wurden in drei Klassen eingeteilt und nach gleichen Grundsätzen besteuert wie städtische Kaufleute. Aus der Bauernschaft stammende Ankäufer waren daher zu gefährlichen Konkurrenten für die städtischen Kaufleute geworden. Die Kaufmannsgilden wandten sich wiederholt mit Klagen an die Regierung, in denen sie sich über die Krise der Kleinstädte beschwerten.²⁰ Gleichzeitig klagte man auch über die jüdische Konkurrenz im Stoffhandel.²¹

Verwaltung der Stadt, Finanzen und Lasten

Die Gerichts- und Polizeigewalt in der Stadt stand dem Magistrat zu, der aus dem Bürgermeister und drei Ratsherren bestand, die aus dem Kreis der das Gildegeld leistenden Kaufleute gewählt wurden. Sollte die Stelle des Ratsherrn im Falle seines Ablebens oder Rücktrittes vakant bleiben, so besetzte der Magistrat die freie Stelle mit jemandem aus dem Kreis der so genannten ratsfähigen Personen, der durch die Gouvernementsregierung bestätigt werden musste. An der Verwaltung der Stadt waren auch der Gildemeister, der von sämtlichen vollberechtigten Stadtbürgern aus der Mitte der Gilde-Kaufleute gewählt wurde, sowie der Dockmann beteiligt, der alle übrigen Kopfsteuer zahlenden Stadtbewohner vertrat.

Die Verwaltung der Finanzen der Stadt oblag dem Kassenkollegium, dem der Bürgermeister als oberster und einer der Ratsherren als einfacher Kassenherr angehörten, während der Gildemeister, der Dockmann und einer der Stadtbürger als Beisitzer fungierten. Wie der Verfasser unserer Quelle jedoch bemerkt, war es nicht ganz zweckmäßig, dass der Bürgermeister zugleich das Amt des obersten Kassenherrn ausübte, da dies zu Missbrauch oder zu Streit führen konnte, wie sich nach dem Tod des vorigen Bürgermeisters herausgestellt habe.²² Um die Rechnungslegung kümmerte sich ein gegen Entgelt angestellter Buchhalter. Den Mitgliedern des Rats und des Kassenkollegiums wurden ihre Leistungen von der Stadt nicht vergütet, obwohl deren Ämter und Pflichten mit verschiedenen Kosten verbunden waren.

²⁰ Eesti talurahva ajalugu (wie Anm. 12), S. 409.

²¹ Provinzialblatt (wie Anm. 1).

²² Eine bestechende Beschreibung der Verwaltung der Kleinstadt sowie der Leidenchaften, die durch die Untrennbarkeit verschiedener, d.h. wirtschaftlicher, polizeilicher und gerichtlicher Funktionen, sowie durch die Tatsache, dass die Macht in den Händen eines engen Personenkreises konzentriert war, hervorgerufen wurden, findet sich in den Erinnerungen von Julius Eckardt (dem Älteren), der in den Jahren 1830-1840 in Wolmar, in der Nachbarstadt von Walk, als Stadtsekretär tätig war. Siehe Altlivländische Erinnerungen. Gesammelt von FR. BIENEMANN, Reval 1911, S. 270-300.

Die hauptsächlichliche Einnahmequelle der Stadt war die Pacht des Gutes Ohselhof. Das kleine Gut, das über 61 männliche und 63 weibliche Seelen verfügte, habe dem Pächter, dessen Person nicht bekannt ist, so viel eingetragen, dass er davon der Stadt 610 Silberrubel Pacht jährlich zahlen konnte. Schließlich habe er jedoch erkannt, dass diese Summe seine Kräfte übersteigt und im Frühjahr 1821 die Kündigung des Pachtvertrags geplant. 1820 wurde ein Assignatrubel unserer Quelle zufolge mit 25 Silberkopeken gleichgesetzt. Somit erbrachte die Pacht des Gutes Ohselhof der Stadtkasse jährlich 2 640 Assignatrubel. Da die Ausgaben der Stadt in der letztgültigen Währung berechnet waren, werden anschließend alle Angaben nach dem Kurs des Assignatrubels angeführt.

Von den anderen ständigen Einnahmequellen gingen aus den städtischen Hausplätzen und Flurstücken 274 Rubel Grundstückssteuer bei der Stadtkasse ein, außerdem noch 46 Rubel aus der Pacht eines Weidestücks. 150 Rubel wurden von der Regierung als Ausgleich für das im Jahre 1782 geänderte Marktgeld gezahlt. Von den unregelmäßigen Einnahmen bildeten einmalige Gebühren den Löwenanteil, die bei der Eintragung eines neuen Bürgers ins Bürgerbuch der Stadt erhoben wurden – vom Kaufmann 100 und vom Handwerker 35 Rubel. In den letzten zehn Jahren hatten sie der Stadt im Durchschnitt etwa 250 Assignatrubel jährlich eingetragen. Somit beliefen sich die Einnahmen der Stadt jährlich auf 3 160 Rubel.

Die Ausgaben, von denen die Gehälter der Stadtbeamten und Dienstleute den Hauptanteil ausmachten, verschlangen aber mindestens 3 440 Rubel jährlich. Davon machten allein die Polizeikosten 770 Rubel aus, wovon für die Wahrnehmung polizeilicher Zusatzaufgaben dem Stadtsyndikus 100 und dem Ratsschreiber 30 Rubel gezahlt wurden, dem Brandmeister 300, den zwei Nachtwächtern insgesamt 240 und der Hebamme 100 Rubel. Von den 1 325 Rubel Ratskosten wurden dem Stadtsyndikus 300 Rubel als Gehalt und 250 Rubel als Ausgleich für die kostenlose Wohnung gezahlt, als Gehalt des Ratsschreibers waren 400 Rubel zu veranschlagen und der Ratsdiener erhielt 25 Rubel sowie für Kanzleikosten 150 Rubel. Die 390 Rubel Kirchenkosten setzten sich aus 265 Rubeln für den Stadtgeistlichen und 125 Rubeln für den Küster zusammen, die 955 Rubel Wirtschaftskosten aus 530 Rubeln für den Buchhalter des Kassenkollegiums, 100 Rubeln für dem Marktvogt und 50 Rubeln für den Eintreiber des Stadtgeldes, während die Kosten für die Heizung des Rathauses mit 50 Rubeln und für die Waisenversorgung mit 225 Rubeln veranschlagt wurden. Die Gehälter, die im Allgemeinen niedrig waren, blieben infolge des sinkenden Kurses des Papiergeldes weit hinter der Entwicklung der Preise für Verbrauchsgüter und Lebensmittel zurück und gewährleisteten keine angemessene Vergütung der Beamten.

Außer diesen Ausgaben, die für das Funktionieren der Stadt unvermeidlich waren, hatte die Stadt noch eine große Schuldenlast zu tragen –

es mussten für 17 585 Assignatrubel an anfallenden Zinsen in Höhe von 1 055 Rubeln pro Jahr gezahlt werden. Darüber hinaus hatte die Stadt noch eine zinslose Anleihe in Höhe von 13 106 Rubeln aufgenommen. Das Defizit, dessen Höhe zusammen mit der Schuldtilgung mindestens 1 335 Rubel betrug, musste durch zusätzliche Abgaben, die auf 73 Hausbesitzer und Familienoberhäupter verteilt wurden, gedeckt werden.

Ein Großteil der Schuldenlast der Stadt war durch den Bau der St. Johanniskirche entstanden. Wie in der unserer Quelle geklagt wird, habe die Errichtung dieses riesigen Gebäudes, das auf eine Anweisung von oben erbaut worden war und dessen Ausmaße in keiner angemessenen Relation zur Einwohnerzahl der Stadt standen, den Stadtbewohnern eine große Schuldenlast und als eine zusätzliche Ausgabe noch die Zinszahlung aufgebürdet.

Schon im Jahre 1771 hatte der Kaufmann Berend Johan Ecklund ein Legat gestiftet, durch das er der Stadt ein Kapital in Höhe von 7 000 Assignatrubeln vererbte, unter der Bedingung, dass es durch Zinsen bis auf 100 000 Rubel vermehrt und dann zur Errichtung einer Steinkirche, eines Rathauses und eines Schulgebäudes verwendet werden sollte. Zum Jahr 1820 war Ecklunds Kapital auf 21 038 Rubel angewachsen.²³ Außer dem Kapital von Ecklund waren für die Errichtung der Kirche bei Privatpersonen aufgenommene Anleihen sowie eine innere Anleihe aus einer Emittierung der Stadtmarken verwendet worden. Da die im Jahre 1816 eingeweihte Kirche bei weitem noch nicht fertig war, hatte man nach Angaben der Quelle vor der Alternative gestanden, ob man die zum Teil fertig gestellte Kirche wieder einstürzen lassen oder sich um deren Fertigstellung bemühen sollte. Letztere Variante bedeutete aber neue Schulden, sodass nur die Hoffnung auf einen glücklichen Zufall blieb.

Weitere Aufwendungen wären für die Instandhaltung der Stadtbauten sowie der Wirtschaftsgebäude und der Brücke des Gutes Ohselhof nötig gewesen, außerdem fielen die mit der Erfüllung der Einquartierungspflicht verbundene Kosten an – die Kaserne und das Lazarett mussten mit Beleuchtung, Strohsäcken, Holzgeschirr und notwendigem Zubehör ausgestattet werden. Diverse Ausgaben waren mit Empfängen für hohe Würdenträger, den Reisen der Stadtbeamten sowie der Anschaffung neuer Gesetzbücher und Apothekenzubehörs verbunden. 1817 beliefen sich die Ausgaben der Stadt auf 7 238 Rubel, womit sie die Einnahmen um 3 931 Rubel überstiegen. Wie der Verfasser der Übersicht bemerkt, fielen für jeden Walkschen Kaufmann im Durchschnitt jährlich 500-866 Rubel an Staats- und Stadtsteuern an, während die Handwerker, die über Grundbesitz verfügten, 20-27 Rubel, und diejenigen, die über keinen Grundbesitz verfügten, 18-20 Rubel Steuern zu zahlen hatten.

Wie sind nun die Einnahmen von Walk in Hinblick auf seine Größe und im Vergleich zu den anderen livländischen Städten einzuschätzen,

²³ Topographisch-statistische Beiträge (wie Anm. 3), Bl. 15.

waren sie hoch oder niedrig? Auch diese Frage kann anhand der Materialsammlung von Otto von Huhn aufgeklärt werden. Vergleicht man die städtischen Einnahmen pro Einwohner, so zählten die von Walk zu den niedrigsten oder mit anderen Worten ausgedrückt – die Stadtsteuern waren hier relativ niedrig, wodurch die Klagen der Bewohner Walks an Schärfe verlieren.²⁴

Außer den Verpflichtungen den Gläubigern gegenüber hatte die Stadt noch eine Reihe weiterer alltäglicher Pflichten zu tragen. Die schwerste aller Lasten war die Einquartierungspflicht.²⁵ In der Stadt war ständig das Etappen- bzw. Invalidenkommando stationiert – ein Leutnant, fünf Unteroffiziere und 62 Soldaten, die mit dem Transport der Gefangenen und mit Bewachungsaufgaben betreut waren. Darüber hinaus war die Stadt zur Einquartierung der entlang der Kriegsstraße St. Petersburg-Riga ziehenden Truppen verpflichtet, deren Bewegung jedoch unvorsehbar war und sowohl von der außen- wie auch der innenpolitischen Lage abhing. Ein besonders reges Treiben hatte in Walk in Verbindung mit den napoleonischen Kriegen 1805-1807 und 1812-1814 geherrscht, als die Bewohner des Städtchens eine wirklich erdrückende Einquartierungslast tragen mussten. Das Wesen der Einquartierungspflicht lässt sich aus dem Einquartierungsreglement der Stadt Walk ersehen, das am 26. August 1814 von dem zu diesem Zweck gebildeten Sonderkomitee unter dem Vorsitz von Gustav Baron Mengden, dem Livländischen Landrat, erstellt worden war.²⁶

Dem Reglement nach oblag die Einquartierung der Truppen dem aus fünf Mitgliedern bestehenden Einquartierungskollegium, dem einer der Ratsherren, der Dockmann, der Zunftmeister, der zugleich Hausbesitzer war, außerdem je ein Vertreter der Zünfte und der Stadtbewohner, die über keinen Grundbesitz verfügten, angehörten. Mit Ausnahme des Ratsherrn, der als Vorsteher des Kollegiums fungierte, mussten die anderen Mitglieder im Interesse ihrer respektablen Vertretung jedes Jahr erneut gewählt und vom Rat vereidigt werden. Das Einquartierungskollegium war beauftragt, sich mit der Verteilung der Truppen zu beschäftigen, den ordnungsgemäßen Zustand der Unterkünfte zu überwachen, sich um Kranke zu kümmern, die von den durchmarschierenden

²⁴ Das höchste Pro-Kopf-Einkommen in den livländischen Städten hatte Pernau zu verzeichnen – 22,00 Assignatrubel, es folgten Werro – 15,74, Wenden – 11,20, Wolmar 9,04, Dorpat 8,70, Walk 7,01, Fellin 5,17, Lemsal 5,02 und Arensburg mit 3,12 Assignatrubeln. Siehe Topographisch-statistische Beiträge (wie Anm. 4), Bl. 125ff.

²⁵ Allgemein zur Einquartierungspflicht В. В. Лапин: Постоянная повинность в России [Die Einquartierungspflicht in Russland], in: Английская набережная, 4. Ежегодник С.-Петербургского научного общества историков и архивистов. 2000 г., Лики России [Das Englische Ufer, 4. Jahrbuch der St. Petersburger wissenschaftlichen Gesellschaft der Historiker und Archivisten. 2000, Gesichter Russlands], С.-Петербург 2000, S. 135-164.

²⁶ Topographisch-statistische Beiträge (wie Anm. 3), Bl. 23-27.

Truppen hinterlassen wurden, sowie über die Aufteilung und Verwendung des Brennholzes, das von den Gütern zu Einquartierungszwecken bereitgestellt wurde, Rechnung zu führen.

Unterbringungsmöglichkeiten waren in Walk jedoch nur in geringer Zahl vorhanden. Das im Besitz der Krone befindliche große steinerne Gerichtshaus, in dem früher in der Regel 20 Offiziere und 80 Soldaten einquartiert worden waren, stand ab dem Jahre 1809 der Vermessungs- und Revisionskommission Walk zur Verfügung. Seitdem waren auch die Häuser, die von den Mitgliedern der genannten Kommission bewohnt wurden, von der Einquartierungspflicht freigestellt. Ferner waren auch Krons- und öffentliche Gebäude wie die Schulhäuser und die Wohngebäude des Pastors und der Schulmeister von der Einquartierungspflicht freigestellt. Der Stadt standen zur Einquartierung auch noch das so genannte Stabsgebäude zur Verfügung, in dem für gewöhnlich der Befehlshaber der Truppe untergebracht wurde, sowie das Wächterhaus und die Kaserne, in denen insgesamt nur drei Stabsoffiziere und sieben Unteroffiziere einquartiert werden konnten. Zur Einquartierung der Soldaten und Unteroffiziere hielt man 30 Privathäuser bereit, in denen insgesamt 90 Mann eine Unterkunft finden konnten. Bei der Einquartierung wurde nämlich darauf Rücksicht genommen, dass nicht mehr als drei Soldaten in einem Wohngebäude untergebracht wurden, da es den Stadtbürgern anderenfalls unmöglich war, ihr Gewerbe weiter zu betreiben. Je nach der Situation konnte jedoch auch eine so genannte zwei- und dreifache Einquartierung vorkommen. In diesem Falle mussten sich Haushaltsangehörige wie auch ihre Mieter sowohl auf großem Raumangel als auch auf eine Verletzung der Privatsphäre einstellen.

Das Einquartierungskollegium verfolgte das Prinzip, dass bei demjenigen, der bei sich einen Offizier unterbringt, keine Soldaten und Unteroffiziere einquartiert werden. Bei der Verteilung der Soldaten sollte Augenmaß und Gerechtigkeitsgefühl walten, damit wohlhabenden Stadtbewohnern, die über größere Räumlichkeiten verfügten, eine größere Einquartierungslast zufiele als den Armen.

Zur Ausstattung der Quartiere mit Stroh, Kerzen, Geschirr und anderen Gebrauchsgegenständen wurde von den Stadtbewohnern noch ein jährliches Einquartierungsgeld erhoben. Zwei Drittel des Geldes hatten die Hausbesitzer proportional zur Größe ihrer Grundstücke in die Einquartierungskasse einzuzahlen; ein weiteres Drittel kam von den Stadtbürgern, die über keinen Grundbesitz verfügten. Die konkrete Höhe des Einquartierungsgeldes wird aus den vorliegenden Materialien nicht ersichtlich. Was aber die tatsächliche Einquartierungslast anbetrifft, so liegen darüber genauere Angaben im „Provinzialblatt“ vom Jahre 1828 vor. So waren vom 1. Januar bis zum 2. April 1827 in Walk 15 Offiziere sowie 207 Soldaten und Unteroffiziere, vom 30. September 1827 bis zum Januar 1828 17 Offiziere sowie 200 Soldaten und Unteroffiziere einquartiert

worden bzw. durchschnittlich ein Offizier und vier Soldaten pro Hausbesitzer.²⁷ Somit werden die im Städtchen untergebrachten Militärs zahlenmäßig nahezu die Hälfte der Zivilbevölkerung gestellt haben, was tatsächlich als äußerst erdrückend gelten kann und offensichtlich im Vergleich zu anderen Städten eine verhältnismäßig große Belastung bedeutete. Zu den regelmäßigen Pflichten gehörten noch die Versorgung der aus der Mitte der Stadtbewohner eingezogenen Rekruten, die Instandhaltung von öffentlichen Straßen, sowie die Verantwortung dafür, dass im Magazin notwendige Vorräte an Saatgut zum Verleih an die Bauern des Patrimonialgebietes vorhanden waren. Da es in der Stadt keine Poststation gab (die nächste lag in Teiliz/Tölliste), war Walk von der Instandhaltung der Postbahnhöfe befreit.

Über die Armenversorgung heißt es in der Quelle, dass sie im Grunde nicht vonnöten sei, da es in Walk keine Blinden oder Behinderten gebe, die ihren Lebensunterhalt selbst nicht bestreiten könnten. Vereinzelt so genannte Hausarme würden nur etwas finanzielle Unterstützung brauchen, damit sie ihren Mitbürgern nicht zur Last fielen.

Aufgrund ihrer Lage beherbergte die Stadt fast ein halbes Jahrhundert lang eine äußerst bemerkenswerte Institution, die bisher in der Geschichte von Walk bestenfalls nur flüchtig erwähnt worden ist. In den Jahren 1809-1823 arbeitete hier nämlich die Livländische Vermessungs- und Revisionskommission (auch Walksche Kommission genannt) und in den Jahren 1823-1854 die Vermessungs- und Revisionskommission livländischer Kronsgüter. Die genannten Kommissionen spielten eine äußerst wesentliche Rolle in der estnischen und lettischen Agrargeschichte, indem sie zur Gestaltung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und der Lebenshaltung der Bauern beitrugen. Zugleich werden sie zweifelsohne auch das Milieu und den Alltag in Walk mitgestaltet haben, zumal eine ganze Reihe herausragender Persönlichkeiten als Kommissionsmitglieder in Walk arbeitete und lebte. Darunter finden sich mehrere Personen, deren Beziehung zu Walk bisher nicht wahrgenommen bzw. unverdient vergessen worden ist. Da die mit den genannten Kommissionen verbundenen Personen eine gesonderte Betrachtung verdienen, bleiben sie im vorliegenden Beitrag unerwähnt.

Schulen und geselliges Leben

Wie es für die Aufklärungszeit typisch war, wurde in Walk im Jahre 1789 ein erster Treffpunkt für geselliges Beisammensein gegründet – der Klub „Harmonie“. Ihm gehörten Beamte und Kaufleute an, und er hat noch im Jahre 1820 erfolgreich funktioniert. Es gab in Walk damals drei

²⁷ Provinzialblatt (wie Anm. 1).

Lehranstalten – außer der Kreisschule noch die Unterrichtsanstalt des Schusters Abel, wo Kindern Elementarkenntnisse vermittelt wurden, und Frau Heislers Schule, wo den Töchtern vermögender Eltern täglich ein paar Stunden Schulweisheiten und Handwerk beigebracht wurden.²⁸

Die Stadtschule als Vorgängerin der Kreisschule ist in Walk schon im Jahre 1638 erwähnt worden, eine durchgehende Tätigkeit der Schule ist jedoch erst ab den 1730er Jahren zu verzeichnen. Ein Ukas vom 4. Februar 1785 sah vor, dass in jeder livländischen Kreisstadt eine Volksschule gegründet werden musste. Zum Bau des Schulhauses in Walk wurden 1 000 Taler und zum Unterhalt der Schule 400 Taler jährlich bereitgestellt. So wurde in Walk ein für die damalige Zeit sehr schönes Schulhaus fertig gestellt. 1805 wurde die Volksschule in eine Kreisschule umgewandelt, in der durchschnittlich 30-50 Schüler lernten.²⁹ Da es keinen Rummangel gab, wurde zur Verbesserung der allgemeinen Lage der Stadt die Idee unterbreitet, in Walk sogar ein Gymnasium zu gründen, was dazu beitragen sollte, Menschen und Geld in die Stadt anzulocken. Man war der Meinung, dass Lehrer und Schüler in Walk besser zurecht kämen als im großen und teuren Dorpat, wo im Jahre 1802 die Universität wiedereröffnet worden war und im Herbst 1804 auch das Gymnasium seine Tore öffnete. In Wirklichkeit mussten die Einwohner von Walk allerdings noch ein ganzes Jahrhundert auf ihr Gymnasium warten.

Tatsächlich jedoch wurde Walk schon 1849 zu einer im livländischen Bildungsleben herausragenden Schulstadt, als man das seit seiner Gründung 1839 in Wolmar tätige Livländische Gemeindelehrer- und Küsterseminar hierher verlegte. Das unter dem Namen seines Direktors Janis Cimze (1814-1881) bekannt gewordene Cimze-Seminar existierte in Walk noch bis 1887 und hinterließ sowohl im lettischen als auch im estnischen Bildungsleben tiefe Spuren.

Ein aus Stein errichtetes Rathaus jedoch, von dem schon der Kaufmann Berend Johan Ecklund geträumt hatte, entbehrt Walk bis heute.

²⁸ Topographisch-statistische Beiträge (wie Anm. 3), Bl. 21.

²⁹ Eesti kooli ajalugu, kd. I: 13. sajandist 1860. aastateni [Geschichte der estnischen Schule, Bd. 1.: Vom 13. Jahrhundert bis zu den 1860er Jahren], hrsg. von FERDINAND EISEN, ENDEL LAUL, Tallinn 1989, S. 330ff.

SUMMARY

The town of Valga in the first quarter of the 19th century

The article describes the life of Valga, the town that had the smallest population of any in the Livonian Province, at the beginning of the 19th century. It is based mostly on Riga ethnographer Otto Huhn's (1764-1832) manuscript topography held in the Latvian National Historical Archives. Out of the 451 permanent residents of Valga - located at the Estonian-Latvian language border - 359 were German, 45 Latvian, 34 Russian and only 13 Estonian. The gender structure, 281 men and 170 women, demonstrates the significant prevalence of men among the residents. The majority of the population were craftsmen. There were also two guilds in the town: tailors and shoemakers, each with eight masters. There were also eight millers in the town. The number of merchants fluctuated between 12 and 17. The first quarter of the 19th century was a period of stagnation for the town: there were no building activities, trade and crafts languished and the residents had to bear a heavy debt burden caused mostly by the building of St. John's Church. The main source of income for the town was the rent for the Oosol Manor owned by the town. Valga was one of Livonian towns where tax rates for the residents were low. The article dwells on the obligation to accommodate the military, which was an extremely unpleasant burden for Valga considering that the town was located at the important St. Petersburg-Riga military route. Due to its location, the town housed a very remarkable institution in Livonia's agrarian history for nearly half a century: the Livonian Land Surveying and Auditing Committee (also known as the Valga Committee) operated here in 1809-1823 and the Livonian Governmental Manors Land Surveying and Auditing Committee in 1823-1854.

Numerus clausus in der russischen Armee.

*Über die religiösen und nationalen
Beschränkungen bei der Komplettierung
der Truppen in der zweiten
Hälfte des 19. Jahrhunderts*

VON TÖNU TANNBERG

Einführung

In der Geschichtsschreibung wird zuweilen behauptet, in der russischen Armee habe es weder nationale noch religiöse Beschränkungen beim Eintritt in die Armee und während der Dienstzeit gegeben.¹ Angesichts des herrschenden autokratischen Regimes war die russische Armee in sozialer Hinsicht tatsächlich eine überraschend offene Institution, die auch den weniger privilegierten Ständen sowie Vertretern der verschiedenen Nationalitäten des Imperiums eine Karriere in den Streitkräften ermöglichte. Allerdings war es für die zarische Regierung immer entscheidend, die dominierende Rolle der Russen, genauer der Ostslaven (Russen, Ukrainer und Weißrussen) in der Armee zu sichern.

Russland war bekanntlich ein multinationales Imperium, in dem die Russen schon seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung stellten.² In der Armee – sowohl unter den Offizieren als auch unter den einfachen Soldaten – war jedoch die Anzahl der Russen erheblich größer. Nach den Angaben der Volkszählung von 1897 waren 1,4 % der Russen in der Armee beschäftigt, sodass sie zu den am stärksten militarisierten Nationalitäten des Imperiums zählten.³ Bei der Mehrheit der Nationalitäten lag dieser Wert unter 1 % – bei den Esten z.B. betrug er 0,5 %.

Um die führende Rolle der Russen in der Armee zu sichern, wurden seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geheime Vorschriften einge-

¹ Siehe z.B.: Т. АРХИПОВА, М. РУМЯНЦЕВА, А. СЕНИН: История государственной службы в России XVIII–XX века, Москва: РГГУ, 1999, S. 144.

² Während die Russen 1646 noch 95 % der Bevölkerung stellten, war ihr Anteil bis 1917 auf 44,6 % gesunken (БОРИС МИРОНОВ: Социальная история России. Т. 1, С.-Петербург, 1999, S. 25).

³ ANDREAS KAPPELER: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München: Beck, 1992, S. 329. Hier wurden bei der Prozentzahl der Militärs die Familienmitglieder mit eingerechnet.

führt, mit deren Hilfe die Regierung die Zusammensetzung der Armee zu regulieren und kontrollieren versuchte. Es handelte sich dabei um Beschränkungen und Begrenzungen aus religiösen, später auch aus nationalen Gründen, die bei der Zusammensetzung der Militäreinheiten sowohl in Bezug auf die Offiziere als auch auf die einfachen Soldaten einzuhalten waren. Darüber hinaus galten für einige Nationalitäten (vor allem für Juden⁴) gewisse Begrenzungen beim Eintritt in den Wehrdienst.⁵

Das Aufkommen dieses Problems – die Einführung von Einschränkungen für Menschen bestimmter Glaubensbekenntnisse oder Nationalität im Armeedienst – war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eindeutig mit den nationalen Freiheitsbewegungen verbunden, d.h. mit dem Anwachsen des nationalen Selbstbewusstseins sowohl bei den Völkern an der Peripherie des Imperiums als auch bei den Russen selbst. Eine gewisse Rolle haben dabei sicherlich auch die Bemühungen der Regierung gespielt, das Imperium zu unifizieren und es gleichzuschalten, mit anderen Worten – es zu russifizieren.

In dieser innenpolitischen Situation wurde es für die Regierung des Zaren äußerst wichtig, eine zu hohe Konzentration von Offizieren und Militärbeamten anderer Nationalitäten in den Armeeeinheiten zu vermeiden. So gelangte man zur Einführung eines Numerus clausus, der die zahlenmäßige Dominanz der Großrussen in den verschiedenen Militäreinheiten und -institutionen garantieren sollte.⁶

Die Einführung der ersten Einschränkungen

Die ersten Einschränkungen galten für die Polen. Anlass dafür war der Polnische Aufstand 1863/64, während dem sich viele Offiziere polnischer

⁴ Die sog. „Judenfrage“ wurde in Russland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aktuell, nach den Teilungen Polens, in dessen Grenzen sehr viele Juden gelebt hatten. 1815 lebten in Russland 1,2 Millionen Juden, 1915 schon 5,5 Millionen. Die neuen jüdischen Bürger des Imperiums durften nur in bestimmten Gegenden wohnen. Bis 1832 durften sie keine Unteroffiziere werden. Später war es ihnen zwar erlaubt Unteroffizier zu werden, doch musste jeder konkrete Fall vom Zaren bestätigt werden. 1860 gelangte man in Regierungskreisen zu der Auffassung, dass Juden wie alle anderen zu Unteroffizieren ernannt werden dürften, womit sich auch Aleksandr II. einverstanden erklärte, allerdings unter der Bedingung, dass sie keineswegs nun auch Offiziere werden durften. Diese Regel wurde auch entsprechend umgesetzt. Für die wenigen zur Orthodoxie konvertierten Juden galt diese Beschränkung jedoch nicht (siehe: Н. МАКШИН: Высшая военная школа Российской империи XIX-начале XX века, Москва: Академия, 1997, S. 148).

⁵ Vgl. allgemein zu den Juden in der russischen Armee ДИЕТРИХ БЕУРАУ: Alte Vorurteile und neue Chancen. Die Juden in den russischen Streitkräften 1900 bis 1926, in: Osteuropa 53 (2003), S. 1793-1809; ИОХАНАН ПЕТРОВСКИЙ-ШТЕРН: Евреи в русской армии. 1827-1914, Москва: Новое литературное обозрение, 2002.

⁶ ДИТРИХ БАЙРАУ: Империя и её армия, in: Новый часовой 1997, N. 5, S. 25.

Herkunft den Aufständischen angeschlossen hatten. Die Antwort der Zarenregierung war eine umfassende Politik der Straf- und präventiven Maßnahmen um die Wiederholung einer ähnlichen Situation in der Zukunft zu vermeiden.

Kriegsminister Dmitrij Miljutin war schon vor dem Aufstand auf die „polnische Frage“ in der Armee aufmerksam geworden, da die in Polen dislozierte 1. Armee eine viel zu große Konzentration von Polen aufwies: 1861 gab es über 35 % Katholiken unter den dort stationierten Offizieren, insgesamt über 2000 Männer. Unter den einfachen Soldaten und Unteroffizieren war die Zahl der Polen sogar noch größer. Zunächst ging Miljutin davon aus, dass keine allgemeinen administrativen Maßnahmen erforderlich seien um die Zahl der Polen in der genannten Armee zu verringern.⁷ Trotzdem fing man schon 1861 damit an, Offiziere polnischer Herkunft in andere Gouvernements zu schicken, auch wurden die Einheiten der 1. Armee nicht mehr mit örtlichen Soldaten ergänzt.

Umfassende Maßnahmen mit dem Ziel der Verringerung des polnischen Einflusses wurden nach der Niederschlagung des Aufstandes meist unter Miljutins Leitung getroffen. Der Kriegsminister war den nationalen Minderheiten gegenüber recht feindselig eingestellt und sah gerade in der Armee einen „Schmelztiegel“, der ihre Vertreter zu Russen wandelte. Das Ziel bei der Einführung von Beschränkungen war dafür zu sorgen, dass in der ganzen Armee nicht mehr als 20 % der Offiziere polnischer Herkunft sein durften und sich das „polnische Element“ insgesamt nicht vermehrte.⁸ Die ersten administrativen Schritte bezogen sich zunächst nur auf die Nationalität (Polen), später wurden sie jedoch auch auf den Glauben erweitert und betrafen alle Katholiken.⁹ Darüber galten die Beschränkungen für alle Offiziere, die mit Katholikinnen polnischer Herkunft verheiratet waren.¹⁰

1864 wurden bestimmte Quoten eingeführt, die 1865 und 1874 ergänzt und erweitert wurden. Hier wurde vorgeschrieben, wie viele katholische Offiziere in verschiedenen Einheiten, Militärbehörden und Lehranstalten sein durften. Sowohl die Generalstabsakademie als auch später die Militärgerichtliche Akademie wurde für Polen geschlossen. Seit 1869 herrschte eine Obergrenze von 10 % an allen anderen höheren Militärschulen.¹¹ In der Michail-Artillerie- sowie der Nikolaj-Ingenieurtruppen-Akademie war die Aufnahme von Polen beschränkt auf eine Per-

⁷ Леонид Горизонтов: Парадоксы имперской политики: поляки в России и русские в Польше. Москва: Индрик, 1999, S. 47.

⁸ Макшин, Высшая военная школа (wie Anm. 4), S. 149.

⁹ Hierzu sei angemerkt, dass bei Einzelpersonen in Russland nicht die Nationalität, sondern das Glaubensbekenntnis das entscheidende Kriterium war.

¹⁰ Петр Зайонковский: Самодержавие и русская армия на рубеже XIX-XX столетий. 1881-1903, Москва: Мысль, 1973, S. 199.

¹¹ Макшин, Высшая военная школа (wie Anm. 4), S. 149.

son pro Jahr.¹² Bei der Aufstellung der Garde- und Infanterieregimenter war darauf zu achten, dass nicht mehr als 20 % der Offiziere katholisch waren. In den Einheiten des Warschauer Militärbezirks, in den Festungen des kaukasischen und europäischen Teils Russlands und in den meisten Ingenieureinheiten war es überhaupt verboten, polnische Offiziere in Dienst zu nehmen oder als Lehrkräfte in den militärischen Lehranstalten zu beschäftigen.¹³

Der Generalstab machte jedoch einen eigenen Vorschlag für die Lösung der „nationalen Frage“. Seiner Meinung nach sollte bei der Aufstellung der Armee mit Offizieren und einfachen Soldaten der Grundsatz als Ausgangspunkt dienen, dass die Zahl der anderen Nationen in einzelnen Einheiten dem Anteil dieser Nationalitäten an der Gesamtbevölkerung des Imperiums entsprechen sollte. Dieser Vorschlag wurde teilweise auch berücksichtigt. Im Frühjahr 1874 wurde eine Geheimvorschrift verabschiedet, nach der in den einzelnen Einheiten die oberste Grenze für Juden 3 % und für Katholiken 20 % der etatmäßigen Stellen für Offiziere war.¹⁴

Somit waren die in den 1860er bis 1870er Jahren eingeführten Beschränkungen gegen solche Nationalitäten gerichtet, bei denen in den Augen der Machthaber das Potential für Rebellion am stärksten ausgeprägt war – Juden und Polen. Im breiteren gesellschaftlichen Kontext bildeten diese Vorschriften eine Grundlage für die Politik der nationalen Diskriminierung, die in der Zeit Alexanders III. (1881-1894) ihre volle Blüte erreichte.

Eine Instruktion aus dem Jahr 1888

Der im Jahr 1860 eingeführte Numerus clausus spielte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine wichtige Rolle bei der Komplettierung der Armee mit Offizieren, wobei sich in den 1880er Jahren auf Regierungsebene die Frage nach weiteren Zugangsbeschränkungen für andere Nationalitäten stellte. Gleichzeitig galt es, alle bisherigen unterschiedlichen Vorschriften und Regelungen in ein einheitliches System zu fassen, das die Nationalitätenfrage in der Armee auf koordinierte Weise regulieren sollte.

Für die Abfassung von einheitlichen Vorschriften benötigte man vier Jahre. Am 24. Mai 1888 bestätigte Alexander III. eine Instruktion des russischen Kriegsministers Pjotr Vannovskij, die viel gründlicher als vorher die Quoten für die Offiziere anderer Nationalitäten in den militärischen Einheiten, Behörden und Lehranstalten festlegte.¹⁵

¹² Горизонтов, Парадоксы имперской политики (wie Anm. 7), S. 48.

¹³ Ebenda, S. 47f.

¹⁴ Мақшин, Высшая военная школа (wie Anm. 4), S. 149f.

¹⁵ Siehe hierzu „Росписание войск военных управлений, заведений и учреждений, с показанием допускаемого в составе их числа офицеров, классовых ме-

Die Instruktion bestand aus insgesamt 94 Paragraphen, die in sieben größere Kapitel unterteilt waren. Einen kurzen Überblick darüber gibt die folgende Tabelle.

– **Tab. 1.** *Die Beschränkungen für die einzelnen Nationalitäten, eingeführt durch die Instruktion des Jahres 1888.*

Nationalität	Paragraphen	Erste Vorschrift
Polen	80	1864
Einwohner der baltischen Gouvernements	3	1888
Einwohner Finnlands	1	1886
Armenier	4	1888
Einwohner des Kaukasus	2	1888
Juden	3	1874
Insgesamt andere Nationalitäten	1	1888

In Grunde kodifizierte diese Geheiminstruktion die ganze bisherige behördliche, die Dienstbeschränkungen für die Offiziere und Militärbeamten anderer Nationalitäten betreffende Gesetzgebung, und fügte mehrere neue Bestimmungen in insgesamt 54 Paragraphen hinzu.

Grundsätzlich war die Instruktion gegen die Polen gerichtet, denn mit den Einschränkungen, die direkt sie betrafen, befassten sich zwei Drittel aller Paragraphen. Alle früheren Maßnahmen blieben in Kraft, dazu kamen einige neue, z.B. durften die polnischen Offiziere nicht mehr in den Stäben der Armeekorps dienen.

Bemerkenswert war diese Instruktion jedoch auch deswegen, weil sie erstmals Beschränkungen für die Einwohner der baltischen Gouvernements einführte, welche sich auf die russischen Militäreinheiten und -behörden bezogen, die auf dem Territorium der drei baltischen Gouvernements Est-, Liv- und Kurland stationiert waren. Als „Einwohner der baltischen Gouvernements“ bezeichnete die Regierung zusammenfassend Deutschbalten, Esten, Letten, Schweden und Finnen. Dabei war bei der Anwendung des Numerus clausus 1888 nicht das Glaubensbekenntnis ausschlaggebend, sondern die Nationalität.

Die auf das Baltikum bezogenen Einschränkungen lassen sich in drei Gruppen unterteilen:

1. Für die in Baltikum dislozierten Einheiten, militärischen Lehranstalten und andere Behörden wurde eine Quote von 20 % eingeführt. Diese galt:
- für Offiziere, für medizinisches Personal und für Beamten örtlicher Herkunft in der etatmäßigen Besetzung jeder militärischen Institution;

дицинских и немедицинских чиновников и вольноопределяющихся принадлежащих к иноверному населению“; publiziert bei Горизонтов, Парадоксы имперской политики (wie Anm. 7), S. 224-237.

- für die Gesamtzahl der Freiwilligen (inkl. der Unterleutnants und sog. „Junker“)
- 2. Für die Kommandeure der in Baltikum stationierten Truppen (bis zu den Batteriekommandeuren) galt ebenfalls eine Quote von 20 %.
- 3. Unter den Truppenkommandeuren in den baltischen Gouvernements durfte niemand örtlicher Herkunft sein.

In den anderen Paragraphen der Instruktion wurde festgelegt, dass die Finnen nur in finnischen Truppen dienen durften und dass unter den Offizieren des kaukasischen Militärbezirks nicht mehr als 20 % Armeier sein durften.

In Bezug auf die Juden unterschied man klar zwischen Talmudisten und den Karäern. Für erstere war der Weg zum Offizier so gut wie ausgeschlossen. Sie wurden auch zu den militärischen Lehranstalten nicht zugelassen. Eine Ausnahme bildeten die militärmedizinischen Beamtenstellen: hierunter durften bis zu 2 % jüdische Talmudisten sein. Für die Karäer galt dieselbe Barriere von 20 % in allen Einheiten, sie durften jedoch in den Gouvernements Taurien und Wilna nicht zu Gebietsbefehlshabern aufsteigen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass 1881 ein besonderes Gesetz verabschiedet wurde, demzufolge die für Juden festgelegten Beschränkungen nicht für die Karäer galten, welche mit den anderen Untertanen des Imperiums gleichgestellt wurden.

Der letzte Paragraf der Instruktion von 1888 legte fest, dass in den Militäreinheiten und -behörden nicht mehr als 30 % der Offiziere anderer Nationalität sein durften. Gewisse Ausnahmen blieben in Kraft für den kaukasischen Militärbezirk und in Turkestan. Dem Kriegsminister wurde aber das Recht vorbehalten, während eines Ausnahmezustands auf die Anwendung Richtlinien zu verzichten.

Das Einführen des Numerus clausus war nach Ansicht des Militärs eine notwendige Maßnahme, um die nationale Zusammensetzung der Armee unter Kontrolle zu halten. Der Generaladjutant Aleksej Kuropatkin, der 1898 Kriegsminister wurde, fragte bei den Kommandeuren aller Militärbezirke und den Leitern der Zentralbehörden des Kriegsministeriums nach, ob sie mit der gültigen Instruktion für den Dienst von Offizieren anderer Nationalität zufrieden seien. Die meisten waren zwar der Meinung, dass man die Instruktion des Jahres 1888 nicht ändern müsse, einige jedoch forderten, dass die geltenden Beschränkungen für Offiziere anderer Nationalitäten noch mehr verstärkt werden sollten.¹⁶

Auch am Anfang des 20. Jahrhunderts blieb die „nationale Frage“ in der Armee auf der Tagesordnung. Während des russisch-japanischen Krieges wurde die Instruktion des Jahres 1888 teilweise revidiert. Zar Nikolaj II. gab im Dezember 1904 dem Senat eine entsprechende Verordnung mit dem Hinweis, dass all diejenigen Punkte erhalten bleiben sollten, die ein-

¹⁶ МАКШИН, Высшая военная школа (wie Anm. 4), S. 151.

deutig dem russischen Volke dienten. Kriegsminister Kuropatkin schlug daraufhin Nikolaj vor, dass der Anteil der Offiziere anderer Nationalitäten dem jeweiligen Anteil an der Gesamtbevölkerung des Imperiums entsprechen solle, und fügte hinzu, dass keine Juden in das Offiziersamt zugelassen werden dürften. Der Anteil verschiedener Nationalitäten an der Einwohnerschaft des Imperiums wurde im Kriegsministerium wie folgt berechnet: Turko-Tataren 10 %, Polen 6 %, Juden 4 %, Finnen¹⁷ 3 %, Litauer 2 %, Deutsche 1 % und Armenier ebenfalls 1 %.¹⁸ Vom militärischen Aspekt her gesehen konnte der Numerus clausus während des Ersten Weltkrieges nicht in vollem Maße beachtet werden.

Der Numerus clausus bei der Ergänzung der Armee mit einfachen Soldaten

Die Regierung des Zaren achtete sehr aufmerksam auf die Proportion der Nichtrussen in der Armee und in den Militärbehörden, nicht nur im Bezug auf den Dienst der Offiziere und Militärbeamten, sondern auch beim personellen Nachschub der Armee mit einfachen Soldaten. So geriet auch diese Frage in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf die Tagesordnung der russischen Innenpolitik.

Schon Peter I. war der festen Überzeugung gewesen, dass die russische Armee ausnahmslos aus Großrussen zusammengesetzt sein sollte, deswegen gab es beim Komplettieren der Mannschaften zunächst weder religiöse noch nationale Probleme. Die Lage begann sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu ändern, als das Territorium des Reiches größer und damit der Anteil der Russen an der Bevölkerung wesentlich geringer wurde. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass am Ende des 18. Jahrhunderts die Russen schon die kleinere Hälfte der Einwohnerschaft des Imperiums stellten. In solch einer demografischen Situation war die Regierung schon aus praktischen Erwägungen dazu gezwungen, das bisherige Prinzip der mononationalen Armee aufzugeben. Daher wurden seither immer mehr Vertreter anderer Nationalitäten in den Wehrdienst gestellt. So wurde die Rekrutenpflicht zunächst auf die Gebiete der Ukraine und Weißrusslands und Ende des Jahrhunderts auch auf die baltischen Gouvernements erweitert.¹⁹

Das Heranziehen der Nichtrussen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts machte die Zusammensetzung der Mannschaftsdienstgrade in

¹⁷ Unter der Bezeichnung „Finnen“ sind hier alle ostseefinnischen Völker zu verstehen, darunter auch die Esten.

¹⁸ МАКШИИ, Высшая военная школа (wie Anm. 4), S. 151f.

¹⁹ Siehe hierzu TÕNU TANNBERG: Maakaitseväekohustus Balti kubermangudes 19. sajandi 1. poolel [Milizpflicht in den baltischen Gouvernements in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts] (1806-1856), Tartu: Eesti Ajalooarhiiv, 1996, S. 51f.

der russischen Armee multinational. Es gab viele, denen das schon damals nicht gefiel. Der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in russische Dienste getretene General Alexandre Andrault de Langeron schrieb ziemlich deutlich, dass „die Finnen, Livländer und all dieser Mischmasch [...] die russischen Fußtruppen nur verdorben“ hätten, womit er nur die Esten und Letten gemeint haben kann.²⁰ Die Polen wiederum hielt er zwar durchaus für gute Soldaten, doch seien sie kaum zum Kampf für Russlands Interessen zu begeistern.

Die Heranziehung von Nichtrussen zum Wehrdienst brachte mit Sicherheit zahlreiche Probleme mit sich, z. B. für die russischen Militärbeamten; besonders groß waren sie jedoch für die frisch herangezogenen Vertreter der kleinen Völker. Der Dienst in einer fremdsprachigen Umgebung war für die meisten eine Tragödie und oft eine schlimmere Strafe als es Zwangsarbeit hätte je sein können. Deshalb findet man im 19. Jahrhundert kaum jemanden, der z. B. aus Estland gern in den Wehrdienst gezogen wäre. Es war eher umgekehrt: Man setzte alle möglichen Hebel in Bewegung um den Wehrdienst zu umgehen—angefangen vom Abhacken der Finger bis zum Freikauf.²¹

Die Regierung ihrerseits hatte das Problem der mangelnden Sprachkenntnisse der Rekruten bzw. der seit 1874 zur Wehrpflicht eingezogenen und des Russischen nicht mächtigen jungen Soldaten. Diese zu unterrichten stellte die Militärverwaltung tatsächlich vor ein großes Problem. Hier sei nur ein Beispiel mit baltischem Bezug genannt: In den Jahren 1863-1864 wurden aus Estland insgesamt 314 Rekruten in den Dienst der 2. Equipage der Baltischen Flotte gezogen – den Angaben des Kommandanten von Kronstadt zufolge konnten von ihnen nur 80, d.h. ein knappes Viertel, ein wenig Russisch. Der Kommandant beklagte sich auch darüber, dass die Rekruten miteinander Estnisch sprechen konnten, da dies wiederum sie am Russischlernen hindere. Der Equipagekommandeur schlug daraufhin vor, die zarische Marine solle zukünftig nur mit Russen ergänzt werden.²²

Der primäre Ziel der Militärführung war es, die Dominanz der Russen auch unter den einfachen Soldaten konsequent zu bewahren. Beim Komplettieren der Einheiten wurden deshalb administrative Maßnahmen ergriffen. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde das ganze Territorium des Imperiums in zwei Kategorien von Kom-

²⁰ Илья Ульянов: Регулярная пехота 1801-1855. История российских войск, Москва: АСТ, 1997, S. 7.

²¹ Vgl. zur Rekrutenordnung in den baltischen Gouvernements Tõnu TANNBERG: Das Imperium und sein Grenzgebiet. Hauptzüge und Eigenarten der Rekrutenordnung in den baltischen Gouvernements (1796-1874), in: Festschrift für Vello Helk zum 75. Geburtstag. Beiträge zur Verwaltungs-, Kirchen- und Bildungsgeschichte des Ostseeraumes, Tartu: Eesti Ajalooarhiiv, 1998, S. 297-332.

²² Российский Государственный Архив Военно-морского флота (Russländisches Staatsarchiv der Kriegsmarine), St. Petersburg, *fond* [Bestand] 283, *opis'* [Findbuch] 3, *delo* [Akte] 3798, Bl. 1-5.

pletterungsabteilungen – für die russischen Einwohner (darunter fielen neben den Russen die Ukrainer und Weißrussen) und für alle anderen – eingeteilt. Bei der Ergänzung der Regimenter sollten jeweils 75 % der frisch Eingezogenen aus der ersten Kategorie kommen, d.h. die fehlende Mannschaftsstärke sollte zu 75 % mit Russen ergänzt werden.²³ Die Gardetruppen und Grenadierregimenter wurden jedoch auf der Basis aller Landkreise des europäischen Russland ergänzt.

Vorschriften für die Regulierung der nationalen Zusammensetzung der Armee wurden aber auch später noch verabschiedet. In den Gardeeinheiten und Grenadierregimenten blieben die oben beschriebenen Grundregeln erhalten, für die anderen Waffengattungen wurden 1890 jedoch drei verschiedene Ergänzungsabteilungen für die Großrussen, die Ukrainer und Weißrussen sowie für alle anderen geschaffen. Für die Auffüllung der Truppen wurde das Prinzip eingeführt, dass wenigstens ein Drittel der neuen Soldaten in jedem Regiment Großrussen sein sollten. 1887 wurden auch neue Regeln für die Verteilung des „jüdischen Elements“ über die Einheiten eingeführt. Während Juden früher vor allem zur Infanterie geschickt wurden, benutzte man sie nun auch für die Komplettierung der Kavallerie und der Festungsartillerieeinheiten.²⁴ Während des Ersten Weltkriegs wurden diese Grundsätze wie bei den Offizieren auch bei den einfachen Soldaten nicht in vollem Maße befolgt.²⁵

Zusammenfassung

Die Einführung des Numerus clausus in der russischen Armee in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat sich in ihren Folgen nicht nur auf die Sphäre des Militärwesens beschränkt. Es handelte sich dabei vielmehr um einen Komplex von Maßnahmen, der unserer Auffassung nach die damalige russische Gesellschaft weitaus mehr beeinflusst hat. Dies sollte auch bei der Untersuchung der politischen Situation in den baltischen Gouvernements während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Betracht gezogen werden, besonders wenn man die Hintergründe für die Durchführung der zarischen Russifizierungspolitik aufklären will.

²³ Олег Леонов, Илья Ульянов: Регулярная пехота 1855-1918. История российских войск, Москва: АСТ, 1998, S. 10.

²⁴ Ebenda, S. 92.

²⁵ Vgl. zur Komplettierung der russischen Armee insgesamt MARK VON HAGEN: The Limits of Reform: The Multiethnic Imperial Army Confronts Nationalism, 1874-1917, in: Reforming the Tsar's Army. Military Innovation in Imperial Russia from Peter Great to the Revolution, hrsg. von DAVID SCHIMMELPENNICK VAN DER OYE, Bruce W. Menning, Cambridge: Cambridge University Press, 2004, S. 34-55; JOSEPH A. SANBORN: Drafting the Russian Nation. Military Conscription, Total War and Mass Politics, 1905-1925, DeKalb: Northern Illinois University Press, 2003.

Die von der Militärverwaltung eingeführten Beschränkungen haben die Karrieremöglichkeiten in der Armee für viele Minderheiten eingeschränkt, vor allem aber für Juden und Polen. Gerade sie haben daher versucht, sich in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu engagieren, die weniger unter der Kontrolle des Staats waren und wurden z. B. Juristen, Anwälte oder Kaufleute. Die nationale Diskriminierung hat sicherlich auch das Ihre zur rebellischen Stimmung dieser Nationalitäten beigetragen. Dabei ist zu betonen, dass die im Militärbereich eingeführten Einschränkungen als Vorbild für die Behörden in anderen Bereichen dienten.

Aufgrund der Militarisierung der Gesellschaft nutzte man viele der in der Armee bewährten Maßnahmen auch im Zivilleben für die Regulierung verschiedener Bereiche, besonders im Bildungswesen,²⁶ bei der Eisenbahn und auf einigen anderen Gebieten.²⁷ Für diese Herangehensweise war zum großem Teil bereits die Weltanschauung Peter I. verantwortlich, nach der die Armee Vorbildcharakter für die ganze Gesellschaft haben sollte. Besonders wichtig war die Russifizierung des Bildungssystems, eine russischsprachige Bildung entsprach aber vor allem den Wünschen und Bedürfnissen der Militärbehörden. Andererseits kann man die Tatsache nicht übersehen, dass als Folge der Russifizierung die Russischkenntnisse der Esten und Letten sich so verbesserten, dass sie in Russland studieren und Karriere machen konnten, z. B. als Offizier in der Armee.

Der Polnische Aufstand – und damit die Zeit, in der die Grundlage für die Einführung des Numerus clausus in der russischen Armee gelegt wurde – bedeutete für die Zarenregierung tatsächlich einen Umbruch auch in der Nationalpolitik in Bezug auf die Grenzgebiete. Nach Ansicht von Boris Mironov verlor die Zentralregierung nach dem Aufstand den Glauben daran, dass die Grenzgebiete auf liberale Art und Weise unifiziert werden könnten, woraufhin man einen Kurs kompromissloser Machtpolitik einschlug.²⁸ Es sieht so aus, als ob es sich lohnen könnte, diese Machtpolitik (die man auch Russifizierungspolitik nennen kann) nicht nur auf einer eng nationalen Ebene zu betrachten, sondern eher im Kontext der Modernisierung des russischen Gesellschaft und vor allem im Kontext der innenpolitischen Entwicklungen in anderen europäischen Ländern (vor allem in Deutschland). Diese Betrachtungsweise würde es uns erlauben, einen neuen Blick auch auf die Entwicklungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Baltikum zu werfen.

²⁶ So wurde die Aufnahme der Polen in die Universitäten mit den von Bildungsministerium eingeführten Quoten reguliert. Diese Beschränkung galt zunächst nicht für die Universität Dorpat/Tartu, woraufhin sich die Anzahl der polnischen Studenten spürbar erhöhte. Erst die Russifizierungspolitik im Baltikum reduzierte die Zahl der Polen an der Universität.

²⁷ Горизонтов, Парадоксы имперской политики (wie Anm. 7), S. 62f.

²⁸ Миронов, Социальная история России (wie Anm. 2), S. 36f.

SUMMARY

Numerus Clausus in the Russian Army. Religious and ethnic restrictions for recruitment to the military in the second half of the 19th century

Certain numerical quotas (numerus clausus) were established for recruitment to the Russian military in the second half of the 19th century. The quotas had to ensure the domination of ethnic Russians in different military units and institutions. These were restrictions and barriers based on people's religious and later ethnic background which had to be observed for the recruitment of both soldiers and officers to military units. The quotas that were first introduced in 1864 (and amended and extended in 1865 and in 1874) limited the proportion of Catholics among officers. Barriers against Jews were established in 1874. Further, from 1888 the numerus clausus was also applied to Baltic Germans, Estonians, Latvians, Lithuanians and Finns. The general principle was that there could be no more than 30% of non-Russian officers in different military units. Also, at least 2/3 of young soldiers recruited to military units had to be Russian. The establishment of the numerus clausus in the Russian Army in the second half of the 19th century and the consequences of this fact were not confined to military affairs. Due to the militarization of society, many measures tested in the military were used to regulate different aspects of civil life, for instance, the railway. The background for this approach was Peter the Great's idea that society should model itself on the military. The influence of the military was particularly important for the Russification of the educational system, which was largely based on the aspirations and needs of military authorities and significantly affected the political situation in the Baltic provinces in the second half of the 19th century.

Die Geburt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests 1918

VON AGO PAJUR

Die Gründung des unabhängigen estnischen Staates hat in den 1920-1930er Jahren viele Künstler inspiriert, darunter z. B. den berühmtesten estnischen Schlachtenmaler Maximilian Maksollys. Sein Gemälde „Die Unabhängigkeitserklärung am 24. Februar 1918 in Tallinn“ zeigt einen von Menschen gefüllten Saal, in den helles Licht aus den Fenstern im Hintergrund fällt, was der ganzen Szenerie ein heiteres und feierliches Kolorit verleiht. Auf einem kleinen Podium im Vordergrund stehen Konstantin Konik, Konstantin Päts und Jüri Vilms, die Mitglieder des so genannten Estnischen Rettungskomitees, in dessen Namen die Unabhängigkeit deklariert wurde. Mit dieser Arbeit von Maksolly war jedoch bei weitem nicht jeder Betrachter einverstanden. Die Herausgeber eines Almanachs zum Thema der Staatsgründung kommentierten die Reproduktion dieses Gemäldes folgendermaßen: „Eine Geschichtsfälschung!“ Denn so, wie der Künstler Maksolly die Szene der Unabhängigkeitserklärung darstellte, habe sie sich in Wirklichkeit nie zugetragen.¹

Das dargestellte Ereignis hat tatsächlich so nie stattgefunden, dennoch kann man kaum dem Künstler die Schuld geben, wo doch nicht einmal die Historiker es geschafft haben, ein allgemein verständliches Bild vom Prozess der Staatswerdung Estlands zu zeichnen. Gerade weil die bisherige Historiographie reichlich lückenhaft ist und voller Irrtümer und Widersprüche steckt, braucht diese Problematik dringend weitere Behandlung.² Auf den folgenden Seiten wird versucht, sich zumindest mit einem Teil des angedeuteten Problems zu beschäftigen, mit der Frage nämlich, wo, wie und wann die Ausrufung der Unabhängigkeit tatsächlich stattgefunden hat.

Nach der russischen Februarrevolution 1917 war das historische Siedlungsgebiet der Esten administrativ erstmals zu einem nationalen Gouvernement zusammengefasst worden und hatte eigene Selbstverwaltungsorgane erhalten – den halbwegs demokratisch gewählten *Maapäev* (Landtag) oder *Maanõukogu* (Landrat, von der russ. Bezeichnung *zems-kij sovet*) und eine eigene Gouvernementsregierung unter einem est-

¹ Tähised: Eesti ajakirjanike iseseisvuspäeva almanak [Zeichen: Almanach der estnischen Journalisten zum Unabhängigkeitstag], Tallinn 1933, S. 21.

² Vgl die neueste Darstellung: KARSTEN BRÜGGEMANN: Die Gründung der Republik Estland und das Ende des „Einen und Unteilbaren Russland“. Die Petrograder Front des Russischen Bürgerkriegs 1918-1920, Wiesbaden 2002 (Forschungen zur Geschichte des Ostseeraums 6).

nischen Kommissar als Vertreter der Petrograder Provisorischen Regierung.³ In der Folge beschäftigten sich die führenden estnischen Politiker vor allem mit der Sicherung des Erreichten. Doch in Zusammenhang mit dem wachsenden Chaos in Russland und der Demoralisierung in der russischen Armee drohte die deutsche Armee, ihre Besatzung auf Estland auszuweiten. Daher begannen hier im Spätsommer 1917 neue Ideen über die politische Zukunft zu kursieren. Vor allem die immer noch bestehende Verbindung Estlands mit dem russischen Imperium galt in der neuen Situation als gefährlich, weshalb nach Möglichkeiten gesucht wurde, diese Bindung zu lösen. Nach dem bolschewistischen Oktoberumsturz wurde dies zum dringlichsten Ziel. Denn jetzt war zum einen endgültig klar geworden, dass Russland keinen Schutz mehr gegen Deutschland würde bieten können, und zum anderen, dass Estland eine weitere, noch größere Gefahr drohte: Die Politik der Bolschewiki schien das ganze Imperium in einen Bürgerkrieg bzw. die totale Anarchie zu stürzen. Die geplanten sozialen Experimente stellten zudem das Überleben der Kleinvölker unter ein großes Fragezeichen. Deswegen hat der *Maapäev* am 15. November 1917⁴ die historische Entscheidung getroffen, in naher Zukunft eine Verfassungsgebende Nationalversammlung einzuberufen, um die Staatsordnung für ein unabhängiges Estland festzulegen. In der Zwischenzeit sollte der *Maapäev* selbst als einziger Träger der höchsten Gewalt im Lande gelten.⁵ Diese Entscheidungen sind von mehreren renommierten Juristen später dahingehend interpretiert worden, dass am 15. November die Trennung vom Imperium vollzogen und der estnische Staat de jure konstituiert worden sei.⁶

Tatsächlich ist an diesem Tag die Eigenstaatlichkeit Estlands noch nicht endgültig begründet worden. Der *Maapäev* wurde kurz darauf von den Bolschewiki mithilfe revolutionärer russischer Soldaten und Matrosen gewaltsam auseinander gejagt, wodurch die Verwirklichung der Beschlüsse unmöglich gemacht wurde. Hieraus leiteten die national gesinnten Politiker ab, dass ihre vordringliche Aufgabe nun darin

³ Siehe zu Estland unter bolschewistischer Herrschaft ebenda, S. 58–64, sowie OLAVI ARENS: Soviets in Estonia 1917/18, in: Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917, hrsg. von ANDREW EZERGALLIS, GERT VON PISTOHLKORS, Köln, Wien 1982 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte 4), S. 295–314.

⁴ Bis zum 31. Januar 1918 (inkl.) sind die Daten nach dem julianischen Kalender, ab dem 1./14. Februar 1918 nach dem gregorianischen Kalender angegeben.

⁵ EDUARD LAAMAN Eesti iseseisvuse süünd [Die Geburt der estnischen Unabhängigkeit], Stockholm 1964, S. 161f. Siehe auch OLAVI ARENS: The Estonian Maapäev During 1917, in: The Baltic States in Peace and War, hrsg. von V. STANLEY VARDYS, ROMUALD J. MISIUNAS, Pennsylvania 1978, S. 19–30.

⁶ Vabaduse tulekul [Als die Freiheit kam], Bd. 1, Tartu 1938; ALEKSANDER LOORING: Eesti riigi süünd [Die Geburt des estnischen Staates], Tartu 1939; STEPHAN VON CSEKEY: Die Verfassungsentwicklung Estlands 1918–1928, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts 16 (1928), S. 170.

bestehe, die Unabhängigkeit Estlands öffentlich zu deklarieren. So wurde es auf einer Versammlung am 1. Januar 1918 auch offiziell beschlossen.⁷

Zunächst blieb jedoch unklar, auf welche Weise eine solche Deklaration verwirklicht werden sollte. Die größten Hoffnungen waren mit der Estnischen Verfassunggebenden Nationalversammlung verbunden, deren Eröffnung für den 15. Februar anberaumt worden war. Tatsächlich haben die Bolschewiki in der Hoffnung auf einen eigenen Sieg erst am Wahltag, dem 27. Januar, die Wahlen zur Nationalversammlung gestoppt und zugleich umfassende Repressionen eingeleitet – vor allem gegen die Vertreter der deutschbaltischen Oberschicht, aber auch gegen einige „bourgeoise“ estnische Aktivisten. Nun mussten neue Wege gefunden werden, wollte man Estland öffentlich unabhängig erklären.

Zum Zentrum der für die Unabhängigkeit eintretenden Kreise entwickelten sich die bescheidenen Räumlichkeiten des Revaler Estnischen Gelehrtenklubs (*Tallinna Eesti Haritlaste Klubi*) im Obergeschoss des Theaters „Estonia“. Bei einer Tasse Tee oder am Schachbrett diskutierten hier die nationalen Politiker, d.h. diejenigen, die sich trauten, trotz der drohenden Gefahr der Festnahme auf den Versammlungen zu erscheinen, die Themen des Tages und wägten die Zukunftsperspektiven ab. Auf einer dieser Versammlungen wurde wahrscheinlich Mitte Februar beschlossen, die Unabhängigkeit auf „revolutionärem Wege“⁸ zu deklarieren: durch das Verlesen eines speziellen Manifests sollte dem Volk die Entscheidung zur Selbstständigkeit verkündet werden.

Die Abfassung des Manifests

Für die schriftliche Abfassung des Unabhängigkeitsmanifests wurde eine Kommission gewählt, doch herrscht über ihre Zusammensetzung und den Zeitpunkt ihrer Gründung Unklarheit. Sicher scheint sich die Literatur über den Januar 1918 zu sein, und nennt die folgenden drei Männer als Kommissionsmitglieder: den Leiter der Finanzabteilung in der von den Bolschewiki abgesetzten Gouvernementsregierung, Juhan Kukk, den stellvertretenden Vorsitzenden des aufgelösten *Maapäev*, Jüri Jaakson, sowie den Leiter der Technischen Abteilung der Gouvernementsregierung, Ferdinand Peterson (Petersen).⁹

⁷ Zit. n. Mälestused iseseisvuse võitluspäevilt [Erinnerungen aus den Tagen des Freiheitskampfes], Bd. 1, Tallinn 1927, S. 395.

⁸ Iseseisvuse saabumine [Die Ankunft der Unabhängigkeit], in: Vaba Maa, 24.02.1933.

⁹ LAAMAN, Eesti iseseisvuse süüd (wie Anm. 5), S. 235; ELMAR JÄRVESOO: Kuidas süüdis Eesti Iseseisvuse Manifest [Wie ist das estnische Unabhängigkeitsmanifest entstanden?], in: Kodumaal ja võõrsil: ÜS Liivika koguteos [Daheim und in der Fremde: Sammelband der Studentenvereinigung „Liivika“], Toronto 1965, S. 177; ALEKSANDER LOORING: Jüri Vilmsi tegevusest 1918. aastal ja surmast [Über die

Im Protokoll der ordentlichen Versammlung des Gelehrtenklubs vom 18. Februar heißt es: „Besprochen wird das Projekt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests. Die Grundzüge des Manifests werden einstimmig gebilligt. Für dessen Endredaktion wird eine Kommission aus den Herren Kuk, Jaakson, Ast und Vilms gewählt, die die Arbeit zum nächsten Tag fertig stellen sollen.“¹⁰ Aus diesem Dokument hat man später zwei fragwürdige Schlüsse gezogen: Erstens habe auf der erwähnten Versammlung eine Art Urfassung des Manifests bereits vorgelegen, und zweitens sei sein endgültiger Text am nächsten Tag, d. h. am 19. Februar, definitiv gebilligt worden.¹¹

Die erste Schlussfolgerung ist zwar schwer zu widerlegen, doch sollte man sie trotzdem anzweifeln. Denn die Formulierung des Protokolls, demzufolge das Projekt des Manifests besprochen und in seinen Grundzügen gebilligt worden sei, kann man auch so verstehen, dass am 18. Februar erst die Grundzüge festgelegt worden sind, nach denen man sich bei der Abfassung des Textes richten sollte.

Während die erste Schlussfolgerung höchstens Zweifel hervorruft, so ist die zweite mit Sicherheit falsch, da das Manifest weder am 19. noch am 20. Februar gebilligt wurde. Dies bestätigen vor allem die Erinnerungen des Journalisten Johan Juhtund. Dieser kam am Abend des 20. Februar mit einem Vorschlag der Führung des 1. Estnischen Regiments in Tallinn an. Demzufolge sollten sich die estnischen nationalen Politiker nach Haapsalu/Hapsal begeben und dort unter dem Schutz des Regiments die Unabhängigkeit Estlands deklarieren. Nach einigem Herumirren durch Tallinn war Juhtund in den Gelehrtenklub gelangt, wo er die Anwesenden mit dem Ziel seiner Fahrt bekannt machte, und zu seiner Überraschung feststellen musste, dass es nicht möglich war, gleich wieder nach Haapsalu zurück zu fahren, und zwar, wie er sich erinnerte, „aus einem sehr merkwürdigen Grund“: das Manifest war nämlich noch nicht endgültig redigiert gewesen. Die Versammlung sei mit dem Beschluss beendet worden, am nächsten Morgen am selben Ort wieder zusammenzukommen, um das Manifest zu billigen.¹² Auch viele andere Erinnerungen bestätigen, dass eine ursprüngliche Fassung des Manifests erst am Abend des 20. Februar im Gelehrtenklub besprochen und seine endgültige Version am 21. Februar vormittags gebilligt wurde.¹³

Tätigkeit und den Tod von Jüri Vilms im Jahr 1918], in: Jüri Vilms mälestustes [Jüri Vilms in Erinnerungen], hrsg. von HANDE RUNNEL, Tartu 1998, S. 333.

¹⁰ Eesti Rahvusväeosade Album [Das Album der nationalen estnischen Truppen], Bd. 3, Tallinn 1938, S. 13; LOORING, Jüri Vilmsi tegevusest (wie Anm. 9), S. 334.

¹¹ LOORING, Eesti riigi süünd (wie Anm. 6), S. 226; Eesti ajalugu: Kronoloogia [Die Geschichte Estlands: Chronologie], hrsg. von SULEV VAHTRE, Tallinn 1994, S. 137.

¹² JOHAN[NE]S JUHTUND: Kõik eesti rahvale ... [Alles dem estnischen Volke ...], in: Jüri Vilms mälestustes (wie Anm. 9), S. 375.

¹³ AUGUST JÜRMAN: Kuidas Eesti iseseisvus väljakuulutati [Wie die Unabhängigkeit Estlands deklariert wurde], in: Kümme esimest aastat 1918-1928: Eesti iseseis-

Daraus ergibt sich, dass das Protokoll vom 18. Februar nicht die Billigung des fertigen Manifests im Blick hatte, sondern den Beschluss, ein solches Manifest zu verfassen. Gleichzeitig kann aber festgehalten werden, dass Juhan Kukk, Jüri Jaakson, Karl Ast und Jüri Vilms die Kommission bildeten, die mit der Aufgabe betraut wurde, das Manifest zu verfassen.

Angesichts der Gefahr, die häufige gemeinsame Versammlungen bedeuteten, bekam Kukk von der Kommission die Vollmacht, allein einen Entwurf auszuarbeiten. Kukk selbst hat die Arbeit am Manifest folgendermaßen beschrieben: „Der Text des Manifests wurde nach und nach verfasst. Im Untergrund konnte man ja nie ruhig über längere Zeit an der Arbeit bleiben. Man musste mehrmals einzelne Sätze neu redigieren und einzelne Teile umschreiben. Den Text schrieb ich auf lose Kladdeblätter, jedes Blatt habe ich an einer anderen Stelle aufbewahrt, damit das Manifest im Falle einer neuerlichen Durchsichtung nicht als Ganzes in die Hände der Bolschewiki geriete.“¹⁴

Den weiteren Verlauf der Ereignisse schildert Ferdinand Peterson, der in seinen Erinnerungen auch von einer Diskussion über Kukks Fassung berichtet.¹⁵ Zunächst hat man den Eindruck, dass es sich dabei um die Versammlung von 19. Februar handeln müsse, weil Peterson neben dem Manifest auch die Gründung des Rettungskomitees erwähnt, und darauf hinweist, dass die Wahl von Konstantin Konik in dieses Komitee gerade auf seinen Vorschlag hin geschehen sei. Hier sei angemerkt, dass das „Komitee zur Rettung Estlands“ (*Eestimaa Päästmise Komitee*) zwar tatsächlich am 19. Februar im Gelehrtenklub gegründet worden ist, zu seinen Mitgliedern aber zunächst neben Vilms und Päts noch Juhan Kukk gehörte. Päts und Kukk haben aber an dieser Versammlung nicht teilgenommen und wurden in Abwesenheit ins Komitee gewählt. Kukk zog sich erst *später*, am 20. Februar, zurück und wurde durch Konik ersetzt.¹⁶ Folglich kann Peterson nur die Versammlung von 20. Februar meinen, wenn er erwähnt, dass Konik ins Rettungskomitee gewählt wurde. Weiter berichtet er, dass die verlesene Variante des Manifests „unkonkret und

vuse 10-aastapäeva mälestusi ja nähteid [Die ersten zehn Jahre 1918-1928: Erinnerungen und Gesehenes zum 10. Jahrestag der Unabhängigkeit Estlands], Tallinn 1928, S. 23-26; HUGO KUUSNER: Eesti iseseisvaks kuulutamine Pärnus 23. veebruaril 1918 [Die Unabhängigkeitserklärung Estlands am 23. Februar 1918 in Pärnu], in: Tähistel (wie Anm. 1), S. 19-22; DERS.: Eesti iseseisvuse väljakuulutamine Pärnus [Die Ausrufung der estnischen Unabhängigkeit in Pärnu], in: Eesti Rahvusväeosade Album (wie Anm. 10), S. 61-64.

¹⁴ JUHAN KUKK: Iseseisvuse manifesti saamisluugu [Die Entstehungsgeschichte des Unabhängigkeitsmanifests], in: Eesti iseseisvuse tähistel: Eesti Vabariigi 13. aastapäeval [An den Wendepunkten der estnischen Unabhängigkeit: Am 13. Jahrestag der Republik Estland], Tallinn 1931, S. 19.

¹⁵ FERDINAND PETERSEN: Mälestusi ja tähelepanekuid [Erinnerungen und Beobachtungen], Tallinn 2001, S. 160-167.

¹⁶ LOORING, Eesti riigi süüd (wie Anm. 6), S. 226f.

eher wie ein emotionales Flugblatt“ geklungen habe. Da die Anwesenden zahlreiche Änderungsvorschläge gemacht hätten, sei für die Endredaktion des Textes eine neue, diesmal aus drei Mitgliedern bestehende Kommission gewählt worden: Kukku, Jaakson und Peterson.¹⁷ Dies ist die Zusammensetzung der Kommission, die in der historischen Literatur auch am häufigsten genannt wird.

Petersons Erinnerungen zufolge blieb Jaakson jedoch der eigentlichen Arbeit der Redaktionskommission fern. Peterson und Kukku seien schließlich vom Gelehrtenklub in Kukkus Wohnung gegangen, wo der Text des Manifests dann seine endgültige Form bekommen habe: „Wir haben Wörter und Sätze gegeneinander abgewogen, denn das Manifest sollte die Bestrebungen des estnischen Volkes ausdrücken und den Standpunkt der Mehrheit der Volksvertreter wiedergeben; seine Gedanken und Formulierungen sollten klar sein und spätere Fehlinterpretationen ausschließen.“¹⁸

Mehrere Erinnerungen stimmen somit darin überein, dass das Unabhängigkeitsmanifest erst am Morgen des 21. Februar fertig war. Einige Stunden später wurde es auf der nächsten Versammlung im Gelehrtenklub gebilligt.¹⁹ Es ist nicht klar, von wem und in wie weit der Text auf dieser Versammlung noch diskutiert wurde, doch wurde dem Manifest wahrscheinlich zu dieser Zeit die Unterschrift „Der Ältestenrat des estnischen *Maapäev*“ (*Eesti Maapäeva Vanemate Nõukogu*) hinzugefügt, denn Petersons Angaben zufolge hatten er und Kukku die Unterschrift zuvor in der Annahme offen gelassen, dass die Mitglieder des Rettungskomitees unterschreiben würden.²⁰

Bislang konnten wir zwar Genaueres über die Entstehungsgeschichte des Manifests erfahren, doch bleibt eine der wichtigsten Fragen, wer nämlich als sein Autor zu gelten hat, noch unbeantwortet. Einerseits unterstreicht Kukku seine eigene Rolle bei der Abfassung des Manifests und betont, dass sein Entwurf auf der Versammlung vollständig akzeptiert worden sei.²¹ Andererseits behauptet Peterson, das Projekt von Kukku sei „unkonkret“ und „emotional“ gewesen, weshalb die Redaktionskommission (also Peterson selbst) noch einiges hätte ergänzen und verbessern müssen.²² Außerdem ist nicht bekannt, welche Richtlinien auf der Versammlung vom 18. Februar für die Abfassung des Manifests gegeben worden waren und inwiefern der Text von früheren Dokumenten dieser Art beeinflusst worden ist. Denn es handelte sich bei ihm nicht um das

¹⁷ PETERSEN, Mälestusi (wie Anm. 15), S. 162.

¹⁸ Ebenda, S. 163.

¹⁹ JUHTUND, *Kõik eesti rahvale* (wie Anm. 12), S. 376; KUUSNER, *Eesti iseseisvaks kuulutamine* (wie Anm. 13), S. 19–22.

²⁰ PETERSEN, Mälestusi (wie Anm. 15), S. 164.

²¹ JUHAN KUKK: *Kuidas Eesti iseseisvuse manifest sündis* [Wie entstand das Unabhängigkeitsmanifest Estlands?], in: *Vaba Maa*, 24.02.1919.

²² PETERSEN, Mälestusi (wie Anm. 15), S. 162.

erste Dokument, das von der estnischen Selbstständigkeit sprach: Aus der Zeit davor datieren die Memoranden der Sozialrevolutionäre „Die estnische Arbeitsrepublik“ (Ende 1917)²³ und des *Maapäev*-Ältestenrats „Der selbständige estnische Volksstaat“,²⁴ welches am 5. Januar in der Zeitung „Eesti Sõjamees“ (Estnischer Soldat) erschien, sowie die Denkschrift, welche den Mitgliedern der nach Westeuropa entsandten Auslandsdelegation mitgegeben wurde.²⁵

Diese Dokumente waren eng miteinander verbunden und eins aus dem anderen hervorgegangen.²⁶ In allen drei wurde die Notwendigkeit betont, Estland in der nächsten Zukunft zu einer selbstständigen Republik zu erklären, und für die Sicherung der zukünftigen Unabhängigkeit auf die Karte einer international garantierten Neutralität gesetzt. In diesem Zusammenhang forderte man die sofortige Räumung der estnischen Gebiete von deutschen und russischen Truppen, verwahrte sich vor der Errichtung von Militärobjekten und verpflichtete sich, die estnische Armee auf ein Minimum zu reduzieren. Weiterhin forderte man das Recht einer eigenen Vertretung auf der zukünftigen Friedenskonferenz und versprach, unter der Aufsicht eines neutralen Staates in Estland eine Volksabstimmung durchzuführen, um „die Frage der staatlichen Selbstständigkeit oder der Vereinigung mit einem anderen Staat“ endgültig zu entscheiden. Neben den genannten gemeinsamen Standpunkten wurde in den Memoranden der Sozialrevolutionäre und der Auslandsdelegation gefordert, zukünftig allen nationalen Minderheiten Estlands Kulturautonomie zu gewähren.

Wenn man das Unabhängigkeitsmanifest mit diesen drei Dokumenten vergleicht, zeigt sich, dass neben der Absicht, Estland für unabhängig zu erklären, die internationale Neutralität, die Reduzierung der Armee sowie der Gedanke der Kulturautonomie für die nationalen Minderheiten beibehalten wurden. Darüber hinaus enthält das endgültige Manifest eine Liste weiterer wichtiger Aufgaben: gleiche Rechte für alle Bürger zu sichern, umfassende Bürgerrechte durchzusetzen, Gerichtsorgane

²³ Eesti Töövabariik: Eesti Sotsialistide-Revolutsioonäride Partei märgukiri Eesti iseseisvuse küsimuses [Die estnische Arbeitsrepublik: Das Memorandum der Estnischen Partei der Sozialrevolutionäre zur Frage der Unabhängigkeit Estlands], zusammengestellt von GUSTAV SUITS, Tallinn 1918.

²⁴ Iseseisev Eesti rahvariik: Seletuskiri Eesti poliitilise seisukorra kohta [Die selbstständige Volksstaat Estland: Ein Erläuterungsschreiben über die politische Situation Estlands], in: Eesti Sõjamees, 05.01.1918.

²⁵ ANTS PIIP: Tormine aasta: Ülevaade Eesti välispoliitika esiajast 1917.-1918. aastal dokumentides ja mälestusis [Das stürmische Jahr: Eine Übersicht über die Anfangszeit der estnischen Außenpolitik 1917-1918 in Dokumenten und Erinnerungen], Tartu 1934, S. 96-98; BRÜGGEMANN, Gründung (wie Anm. 2), S. 64-68.

²⁶ LAAMAN, Eesti iseseisvuse süünd (wie Anm. 5), S. 234; ANTS PIIP: Iseseisvuse esipäivilt [In den ersten Tagen der Unabhängigkeit], in: Iseseisvuse tuleku päivilt: Mälestused [Aus den Tagen, an denen die Unabhängigkeit kam: Erinnerungen], Tartu 1923, S. 44.

einzuführen, politische Gefangene zu befreien, demokratisch gewählte Selbstverwaltungsorgane zu reorganisieren und Gesetzentwürfe für die „Lösung der Landfrage, der Arbeiterfrage, der Fragen der Nahrungsmittelversorgung und des Finanzwesens“ vorzubereiten. Die bedeutendste Änderung war das Fehlen der Volksabstimmung im Text des Manifests. Wahrscheinlich lässt sich dies damit erklären, dass sich der Grundsatz der völligen Souveränität durchgesetzt hatte und gegenüber allen möglichen Verbindungen mit anderen Staaten – etwa mit Finnland²⁷ – die absolute Unabhängigkeit bevorzugt wurde.

So kann man das Unabhängigkeitsmanifest als eine Kompilation aus verschiedenen bereits zuvor veröffentlichten Positionen mit den wichtigsten tagespolitischen Aufgaben betrachten und es ist zwecklos, nach dem einen Autoren dieses Textes zu suchen – der Kreis der Menschen, die ähnliche Gedanken geäußert hatten, war dafür viel zu groß. Sowohl Juhan Kukk als auch Ferdinand Peterson haben in der Entstehungsgeschichte des Manifests sicherlich eine bedeutende Rolle gespielt, nicht weniger wichtig waren jedoch die anderen führenden Persönlichkeiten unter den damals aktiven Politikern der nationalen Richtung. Beim Unabhängigkeitsmanifest haben wir es also mit einer kollektiven Schöpfung zu tun.

Versuche, das Unabhängigkeitsmanifest auszurufen

Nachdem das Manifest fertig war, musste man nach Möglichkeiten suchen, es öffentlich zu verkünden. Da Tallinn hierfür nicht geeignet war – die Übermacht der Bolschewiki war hier zu groß –, setzte man die Hoffnungen auf Haapsalu, schon weil dort das national gesinnte 1. Estnische Regiment stationiert war. Der Regimentskommandeur Oberst Ernst Pödder hatte nachdem ihn am 20. Februar sichere Informationen über den Beginn der deutschen Offensive erreicht hatten, wie gesehen, Johan Juhtund unverzüglich nach Tallinn geschickt, um einen der nationalen Führer von dort mit der Vollmacht mitzubringen, die Unabhängigkeit Estlands auszurufen.

Am Abend des 20. Februar wurde auf der Versammlung im Gelehrtenklub entschieden, am nächsten Tag einige Vertreter des *Maapäev* nach Haapsalu zu schicken.²⁸ Am 21. Februar machten sich Konstantin Päts und Jüri Vilms als Mitglieder des Rettungskomitees, der Vorsitzende der für Haapsalu zuständigen Kreisverwaltung von Läänemaa/Wiek, Alek-

²⁷ SEPPÖ ZETTERBERG: Die finnisch-estnischen Unionspläne 1917-1919, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 32 (1984), S. 517-540.

²⁸ JÜRMAN, Kuidas Eesti iseseisvus väljakuulutati (wie Anm. 13), S. 23-26; JUHTUND, Kõik eesti rahvale (wie Anm. 12), S. 374.

sander Saar, sowie Johan Juhtund mit dem Auto auf den Weg. Trotz des kalten Wetters, der Schneewehen und eines unangenehmen Zusammenstoßes mit revolutionären Matrosen bewältigte man fast zwei Drittel des Weges. Dann traf man auf die Soldaten des 1. Estnischen Regiments, die versicherten, dass die deutschen Truppen schon am Morgen in Haapsalu einmarschiert seien. In der veränderten Situation hatte die Weiterfahrt keinen Sinn mehr, man kehrte um und gelangte am Abend wieder nach Tallinn.²⁹

Trotz des Misserfolgs des Rettungskomitees kann man dennoch behaupten, dass die estnische Unabhängigkeit erstmals in Haapsalu verkündet wurde. Das 1. Estnische Regiment hatte nämlich gleich nach der Abreise des Journalisten Juhtund nach Tallinn mit den Vorbereitungen für den nächsten, erwartungsgemäß historischen Tag angefangen. Die Soldaten nahmen am Abend des 20. Februar die örtlichen Führer der Bolschewiki fest und entwaffneten die in der Stadt befindlichen russischen Truppen.³⁰ Gleichzeitig fand im Regimentsstab eine Besprechung der Kreisverwaltung Läänemaa, der Stadtverwaltung von Haapsalu und der Offiziere des Regiments statt. Es wurde beschlossen, dass – falls die Vertreter des *Maapäev* am nächsten Morgen nicht einträfen – zumindest im Namen des Regiments und der Selbstverwaltungsorgane gehandelt werden müsse. Am 21. Februar um acht Uhr morgens marschierte jedoch die Vorhut der deutschen Truppen in Haapsalu ein. Bei einem Treffen mit dem Kommandeur der deutschen Einheit, Major Steffens, erklärten Oberst Pödder und sein Begleiter, der Schriftsteller Karl-August Hindrey, dass Estland ein selbstständiger Staat sei, der sich im gegenwärtigen russisch-deutschen Krieg für neutral erkläre. Danach unterschrieb man ein entsprechendes beiderseitiges Übereinkommen.³¹ Hindreys Erinnerungen zufolge ließ Pödder danach die Soldaten auf den Marktplatz antreten, um ihnen eine „Rede über den selbstständigen estnischen Staat“ zu halten.³²

²⁹ Ebenda, S. 376; KONSTANTIN PÄTS: Mälestusleht [Ein Erinnerungsblatt], in: Vaba Maa, 24.02.1919; ALEKSANDER SAAR: Katse Eesti iseseisvust Haapsalus välja kuulutada [Ein Versuch, die Estnische Unabhängigkeit in Haapsalu auszurufen], in: K. Päts. Tema elu ja töö: kaasaeglaste mälestusi [K. Päts. Sein Leben und Werk: Erinnerungen der Zeitgenossen], hrsg. von ARTUR TUPITS, Tallinn 1934, S. 198f.

³⁰ Kindral E. Pödder'i mälestusi [Erinnerungen von General E. Pödder], in: Eesti Rahvusväeosade Album (wie Anm. 10), S. 8f.; ERNST PÖDDER: Eesti rahvuslised väeosad [Die estnischen nationalen Truppen], in: Mälestused iseseisvuse võitluspäevilt (wie Anm. 7), Tallinn 1927, S. 198-200.

³¹ Kindral E. Pödder'i mälestusi (wie Anm. 30), S. 14; OSKAR KURVITS: 1. Eesti polk Eesti iseseisvuse väljakuulutamisel Haapsalus [Das 1. Estnische Regiment bei der Ausrufung der estnischen Unabhängigkeit in Haapsalu], in: Vabadussõja Tähistel [An den Wendepunkten des Freiheitskrieges] 1937, Nr. 2, S. 55.

³² H. RK. [KARL-AUGUST HINDREY]: Sakslaste sissetulek Haapsalusse [Der deutsche Einmarsch in Haapsalu], in: Päevaleht, 24.02.1919.

Inhaltlich haben die Ereignisse in Haapsalu den Absichten der nationalen Politiker exakt entsprochen. Formell war die Sache jedoch etwas komplizierter, da zum einen die Unabhängigkeit zu diesem Zeitpunkt zwar noch nicht öffentlich deklariert worden war, zum anderen aber am selben Tag das auf den 21. Februar datierte Manifest fertig geworden ist, das das Land „ab dem heutigen Tag“ zu einer selbstständigen demokratischen Republik erklärte.

Die Fahrt nach Haapsalu war den Mitgliedern des Rettungskomitees zwar misslungen, doch waren die Beteiligten selbst noch unversehrt und weiterhin entschlossen, die Sache zu Ende zu führen. Nun wurde beschlossen, die Republik Estland in Tartu/Dorpat auszurufen.³³ Die Ortswahl war logisch, war doch Tartu das nationale und geistige Zentrum Estlands und außerdem die zweitgrößte Stadt. Außerdem konnte man auf die Unterstützung des in Tartu stationierten estnischen Reservebataillons hoffen. Und schließlich waren die Bolschewiki, was die Mitglieder des Rettungskomitees freilich noch nicht wussten, am 21. Februar in Tartu gestürzt worden.³⁴

Der 22. Februar verging mit den Vorbereitungen für die Fahrt nach Tartu. Aleksander Veiler, der Verbindungsmann des Rettungskomitees, trieb einen Wagen auf und versprach, Päts, Vilms und Konik, die vorsichtshalber die Stadt zu Fuß verlassen hatten, am Stadtrand abzuholen. An selben Tag jedoch erhielten auch die Tallinner Bolschewiki, die bislang alle Berichte über den deutschen Angriff für Gerüchte gehalten hatten, ernstzunehmende Informationen über das Anrücken der deutschen Truppen, woraufhin sie den Wachdienst verschärften und sowohl in der Stadt als auch in der Umgebung zusätzliche Patrouillen einsetzten und alle Kraftfahrzeuge streng kontrollierten. So misslang auch die Mission von Veiler und ihm blieb nichts weiter übrig, als die Mitglieder des Rettungskomitees zurückzurufen, bevor diese in die Hände der Bolschewiki fielen.³⁵

Daraufhin entschied man, den Text des Manifests gleichzeitig in mehrere größere Städte zu schicken, in der Hoffnung, dass es irgendwo schon gelingen würde, die Unabhängigkeit es zu deklarieren. In den Erinne-

³³ VOLDEMAR PÄTS: *Iseseisvuse manifesti avaldamine* [Die Publikation des Unabhängigkeitsmanifests], in: K. Päts (wie Anm. 29), Tallinn 1934, S. 200; PÄTS, Mälestusleht (wie Anm. 29); ALEKSANDER VEILER: *Kuidas pöranda all tööd tehti* [Wie im Untergrund gearbeitet wurde], in: *Vaba Maa*, 24.02.1919.

³⁴ EDUARD MEOS: *Eesti tagavarapataljon ja temaga ühenduses olevad sündmused 1917-1918* [Die estnische Reservebataillon und die mit ihm verbundenen Ereignisse 1917-1918], Tartu 1928, S. 88-95; siehe auch *Postimees*, 22.02.1918, 01.03.1918.

³⁵ PÄTS, *Iseseisvuse manifesti avaldamine* (wie Anm. 33), S. 200; VEILER, *Kuidas pöranda all tööd tehti* (wie Anm. 33); LOORING, *Eesti riigi sünd* (wie Anm. 6), S. 230; KONSTANTIN PÄTS: *Iseseisvuse esimesed tunnid* [Die ersten Stunden der Unabhängigkeit], in: Konstantin Päts: *Minu elu – mälestusi ja kilde eluloost* [Konstantin Päts: Mein Leben: Erinnerungen und Episoden der Lebensgeschichte, hrsg. von HANDO RUNNEL, Tartu 1999, S. 104-106.

rungen werden Tartu, Pärnu/Pernau, Viljandi/Fellin, Paide/Weißenstein und Haapsalu erwähnt, wobei Letzteres wohl überflüssig zu sein scheint.³⁶ Den Auftrag, das Manifest nach Tartu zu bringen, haben verschiedenen Angaben zufolge entweder Peeter Pöld oder Karl Ast oder, was wahrscheinlicher ist, beide gemeinsam erhalten. Vermutlich sind sie getrennt abgefahren, um die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns zu verringern, doch ist keiner von beiden weiter als bis Jõgeva/Laisholm gekommen. Am Abend des 23. Februar erreichten die deutschen Truppen Jõgeva und haben die Bahnverbindung nach Tartu unterbrochen. Ast war gezwungen, das in seinem Besitz befindliche Manifest in Jõgeva zu vernichten und höchstwahrscheinlich war das Schicksal des Exemplars von Pöld nicht anders. Die estnische Unabhängigkeit wurde jedenfalls nicht in Tartu ausgerufen.³⁷

Die Deklaration des Manifests in Pärnu

Auf der Versammlung im Gelehrtenklub am 20. Februar schlug August Jürman, der Organisator des Estnischen Bauernbunds (*Eesti Maarahva Liit*) aus Pärnu, Folgendes vor: „Falls es euch nicht gelingt, das Unabhängigkeitsmanifest anderswo auszurufen, kommt doch nach Pärnu. Dort fürchten wir uns nicht so sehr vor den Bolschewiki und könnten das Manifest ausrufen.“³⁸ Dieser Vorschlag wurde für den Fall des Scheiterns der Fahrt nach Haapsalu als Alternative vermerkt. Den Erinnerungen des *Maapäev*-Abgeordneten Hugo Kuusner zufolge hat Päts unmittelbar vor der Abfahrt nach Haapsalu zu ihm gesagt: „Falls es in Haapsalu nicht klappen sollte, müssen Sie das Manifest in Pärnu ausrufen.“³⁹ Allerdings haben sowohl Jürman als auch Kuusner Tallinn verlassen, bevor das Scheitern der Fahrt nach Haapsalu bekannt wurde.

Gleichzeitig konnten die nationalen Kräfte die Macht in Pärnu übernehmen. Am Abend des 20. Februar bekamen die dortigen Bolschewiki beunruhigende Nachrichten, wonach zusätzlich zu den deutschen Truppen, die sich vom Süden her der Stadt näherten, eine deutsche Angriffskolonne, die auf der Insel Muhumaa/Moon ihre Offensive gestartet hatte, bereits in der Gegend von Virtsu/Werder gelandet sei. Daraufhin flüchteten die Bolschewiki und mit ihnen die russischen Truppen aus der Stadt. Am Morgen des 22. Februar gab Stabskapitän Feliks-Johannes Tannebaum, der Kommandeur des in Pärnu stationierten 3. Bataillons

³⁶ VEILER, Kuidas pöranda all tööd tehti (wie Anm. 33); KUKK, Kuidas Eesti iseseisvuse manifest südis (wie Anm. 21).

³⁷ PETERSEN, Mälestusi (wie Anm. 15), S. 164; LOORING, Eesti riigi südis (wie Anm. 6), S. 230.

³⁸ JÜRMAN, Kuidas Eesti iseseisvus väljakuulutati (wie Anm. 13), S. 23-26.

³⁹ KUUSNER, Eesti iseseisvuse väljakuulutamine (wie Anm. 13), S. 62.

des 2. Estnischen Regiments, in seinem Tagesbefehl bekannt, dass „die volle exekutive Gewalt in der Stadt und im Kreis Pärnu auf das Estnische Bataillon in Pärnu übergegangen“ sei.⁴⁰

Am Abend fand im Pärner Theater „Endla“ eine Volksversammlung statt.⁴¹ Jürman, der gerade aus Tallinn angekommen war, berichtete von seinen Eindrücken aus der Hauptstadt und teilte mit, dass der *Maapäev* ein Manifest verfasst hatte, das Estland zu einer unabhängigen demokratischen Republik erklärt. Die Zuhörer verabschiedeten eine Resolution in der es hieß, dass der Sturz des bolschewistischen Exekutivkomitees in Pärnu auf Wunsch des Volkes geschehen sei und dass die Versammlung die Ausrufung der Unabhängigkeit Estlands durch den Ältestenrat des *Maapäev* begrüße sowie die Erklärung der Neutralität gegenüber allen anderen Staaten für notwendig erachte.⁴² Ob auch anderswo in Estland eine Volksversammlung eine Resolution über die Unabhängigkeitserklärung verabschiedet hat, wissen wir nicht.

Am Nachmittag des 23. Februar kam ein „kurz gewachsener älterer Herr im kurzen Pelzmantel und mit rasiertem Gesicht“ in Kuusners Pärner Wohnung, in dem der Hausherr Jaan Soop, den Sachbearbeiter der Gouvernementsregierung erkannte.⁴³ Nach der Begrüßung habe dieser sich wortlos gebückt und aus seiner Galosche einen zusammengefalteten Papierfetzen herausgezogen und ihn übergeben. Ein weiteres Papier kam aus seinem Pelzmantel hervor.⁴⁴ Hierbei handelte es sich um die zwei Exemplare des Unabhängigkeitsmanifests, die Soop nach Pärnu bringen sollte. Es hatte sich gelohnt, die Papiere gut zu verstecken, denn Soop war schon in Tallinner Bahnhof von Bolschewiki durchsucht worden und ihnen nur dadurch entkommen, dass er in den Waggon stieg, sich einen Uniformmantel überzog und einen schlafenden Soldaten vor-tauschte.⁴⁵

Nun mussten die Pärner ihr in Tallinn gegebenes Versprechen einlösen. Die organisatorische Arbeit wurde dem Redakteur der Zeitung „Pärnu Postimees“ (Der Pärner Postbote) Jaan Järve übertragen, der wiederum andere Personen mit einbezog. Die örtlichen nationalen Akti-

⁴⁰ Pärnu Eesti Pataljon: 2-se Eesti Polgu 3-nda pataljoni ajalugu [Das Estnische Bataillon in Pärnu: Die Geschichte des 3. Bataillons des 2. Estnischen Regiments], hrsg. von Kapitän d. Res. LUCIUS TREIBERG. Manuskript in der Handschriften-sammlung des Estnischen Literaturmuseums (Tartu), KM KA Fond 230 M 18:1, S. 23-30.

⁴¹ OSKAR KASK: Eesti Vabariigi väljakuulutamine Pärnus [Die Ausrufung der Republik Estland in Pärnu], in: Vaba Maa, 26.02.1919; Pärnu Eesti Pataljon (wie Anm. 40), S. 31.

⁴² JÜRMAN, Kuidas Eesti iseseisvus väljakuulutati (wie Anm. 13), S. 23-26.

⁴³ Pärnus kuulutati iseseisvus välja 23. veebruaril [In Pärnu wurde die Unabhängigkeit am 23. Februar ausgerufen], in: Postimees, 23.02.1928.

⁴⁴ JAAN JÄRVE: Eesti iseseisvuse esimene väljakuulutamine [Die erste Ausrufung der estnischen Unabhängigkeit], in: Postimees, 24.02.1919.

⁴⁵ KUUSNER, Eesti iseseisvuse väljakuulutamine (wie Anm. 13), S. 63.

visten sammelten sich um sieben Uhr abends im Buchladen von Jaan Karu, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Kuusner wurde die Aufgabe übertragen, das Manifest zu verlesen, weil er hierzu die mündliche Vollmacht von Päts hatte. Gleichzeitig verbreitete man in der Stadt die Nachricht, dass um acht Uhr vor dem Theater „Endla“ die Unabhängigkeit ausgerufen werde.

Was darauf folgte, ist von einem anonymen Zeugen lebhaft geschildert worden: „Die Nachricht, dass am Abend etwas Außerordentliches, etwas fast Unvorstellbares passieren würde, verbreitete sich wie ein Lauffeuer und brache Unmengen von Menschen vor dem „Endla“ zusammen. Man kam von der anderen Seite des Flusses, und auch aus weiter entfernten Vororten, auch das Estnische Bataillon mit seinen rund 100 bewaffneten Männern war gekommen. Um acht Uhr wurden auf dem Balkon des Theatergebäudes Fackeln angezündet, genau wie einst in der Georgsnacht. Einige Minuten später erschien auf dem Balkon die kraftvolle Gestalt des Landtagsmitglieds H. Kruusner. Erhobenen Hauptes und mit sicherem Schritt trat er zum Balkonrand. Er hielt das Unabhängigkeitsmanifest in der Hand. In seinem ganzen Wesen verkörperte der Verkünder des Manifests den unerschütterlichen Willen des Volkes, von nun an sein eigenes, eigenständiges, freies Leben zu leben. Kühn, klar und deutlich klangen die Worte des Manifests, das Volk hielt beim Hören den Atem an. Kaum waren die pathetischen Schlussworte des Manifests erklingen, brach unter den Salutschüssen des Bataillons ein Sturm der Begeisterung in Volke aus. Es wurde gejubelt, die Hüte wurden in die Luft geworfen, man fiel einander in die Arme. [...] Die freudige Erregung dieses Abends, die hell strahlenden Sterne im klaren und kalten Himmel, die brennenden Fackeln, die sachlich-pathetischen Worte des Manifests und die riesige, andächtig lauschende Menschenmenge werde ich niemals vergessen.“⁴⁶ Der unabhängige estnische Staat war ausgerufen worden.

Am Morgen des 24. Februar wurde das Manifest in Pärnu erneut vorgelesen, diesmal von Ferdinand Alexander Johannes Hasselblatt, dem Pastoren der Pärnuer Elisabeth-Gemeinde. Es gibt außerdem Hinweise darauf, dass das Manifest an diesem Tag auch noch in der Kirche von Tori/Torgel verlesen worden ist.⁴⁷

Schon bevor das Manifest verlesen wurde, hatte man beschlossen, am nächsten Tag eine Parade zu Ehren der Unabhängigkeitsdeklaration zu veranstalten. Mit deren Organisation wurden wieder Järve sowie Oskar Kask, der spätere Bürgermeister von Pärnu, berufen. Auch Stabskapitän Tannbaum befahl seinen Untergebenen „in Hinblick auf die heute, am

⁴⁶ Zit. n. Tähised (wie Anm. 1), S. 19.

⁴⁷ JAAN PIIKAR: Eesti vabariigi väljakuulutamine Pärnus [Die Ausrufung der Republik Estland in Pärnu], in: Nädal Pildis [Die Woche im Bild] 1938, Nr. 4, S. 78f.

23. Februar des Jahres 1918 erfolgte Unabhängigkeitserklärung“, sich am 24. Februar um 11.30 Uhr in Reih und Glied und in voller Ausrüstung vor dem Bataillonsstab, der ehemaligen Stadtschule auf dem Glabe-Platz zu versammeln. Von dort aus sollten die Truppen dem Befehl zufolge in einem „zeremoniellen Marsch“ unter Musikbegleitung durch die Stadt ziehen. Weiter befahl Tannbaum, „in Wachdienstuniform zu erscheinen, nach Möglichkeit mit einem estnischen Querband an den Epauletten oder einem estnischem Band auf der Brust.“⁴⁸ Dieser „zeremonielle Marsch“ wurde zur ersten Militärparade in der Geschichte der Republik Estland.

Am 24. Februar sammelte sich vor dem „Endla“ eine Menschenmenge, wie sie die Stadt noch nie zuvor gesehen hatte, wenn man alten Pärnuern Glauben schenkt. Zur Stelle waren Vereine, Schulen, das Estnische Bataillon und viele andere Stadtbürger in großer Zahl. Die Veranstaltung begann mit einigen Reden vom Balkon des Theaters aus, wobei Jaan Järve den Anfang machte, nach ihm sprachen u.a. August Jürman und Jaan Piiskar. Zur Orchesterbegleitung wurde die Hymne gesungen und zugleich am Fahnenmast des Theaters die estnische Trikolore gehisst. Danach zog man durch die Stadt, hielt vor dem Rathaus, wo u.a. der *Maapäev*-Delegierte Juhan Lasn und der Vizebürgermeister J. Timusk sprachen, und kam schließlich wieder beim „Endla“ an. Das Ganze schloss mit dem erneuten Singen der Hymne und dem „Marsch von Pori“.⁴⁹ Nach der Veranstaltung sammelten sich die Vertreter der Pärnuer Behörden und Vereine im Rathaus, wo ein offizielles Dokument über die Deklaration der Unabhängigkeit Estlands abgefasst wurde.⁵⁰

Die Deklaration des Manifests in Tallinn

Gleichzeitig suchte das Rettungskomitee immer noch nach Möglichkeiten, um die Selbständigkeit auch in Tallinn auszurufen. Ein gewagter Plan wurde am 23. Februar entwickelt. Demnach sollte Jüri Vilms am 24. Februar, einem Sonntag, während der Nachmittagsaufführung von „Madame Sans-Gêne“ im „Estonia“-Theater durch die Hintertür ins Gebäude gelangen und während der Pause zwischen zwei Akten das Manifest von der Bühne verlesen. Man hoffte auf das Überraschungsmo-

⁴⁸ 2. Eesti Polgu III pataljoni ülema päevakäsk [Tagesbefehl des Kommandanten des 3. Bataillons des 2. Estnischen Regiments], 23.02.1918, in: Eesti Riigiarhiiv [Estnisches Staatsarchiv, ERA] Bestand 535, Findbuch 1, Akte 2, Bl. 47.

⁴⁹ Pärnus kuulutati iseseisvus välja (wie Anm. 43); Pärnu Eesti Pataljon (wie Anm. 40), S. 33; KUUSNER, Eesti iseseisvaks kuulutamine (wie Anm. 13), S. 22.

⁵⁰ AUGUST JÜRMAN: Kuidas Eesti iseseisvust väljakuulutati [Wie die Unabhängigkeit Estlands ausgerufen wurde], in: Kaja, 24.02.1928; JÄRVE, Eesti iseseisvuse esimene väljakuulutamine (wie Anm. 44); KUUSNER, Eesti iseseisvaks kuulutamine (wie Anm. 13).

ment und auf ein paar Duzend treue bewaffnete Männer, die versuchen sollten, Vilms vor den Bolschewiki zu schützen. Aleksander Veiler hatte schon geeignete Männer ausgesucht, als klar wurde, dass der Plan aufgegeben werden musste. Diesmal war der Grund der Belagerungszustand, der am 23. Februar von den Bolschewiki über Tallinn verhängt worden war, der auch ein Verbot aller Theateraufführungen bedeutete.⁵¹

Am Abend des 23. Februar druckte Eduard Taska, ein Lehrer an der Kunstgewerbeschule, in seiner Buchbinderei ein paar Duzend Plakate mit dem Text „Estland ist eine unabhängige Republik!“ (*Eesti on iseseisev vabariik!*) – für mehr reichte die alte Druckpresse der Werkstatt nicht aus –, die von Voldemar Päts und Aleksander Veiler nach Einbruch der Dunkelheit überall in der Stadt aufgehängt wurden.⁵² Auch die Mitglieder des Rettungskomitees, die tatenlos in einer konspirativen Wohnung saßen, wurden in die Arbeit einbezogen: Sie fertigten Plakate an mit dem Aufruf „Bürger, gibt Acht, wenn die Bolschewiki die Stadt verlassen!“. Auch diese wurden von Veiler und V. Päts in der Dunkelheit an die Litfasssäulen geklebt.⁵³ Natürlich war das alles nicht genug.

Innerhalb von einigen Stunden hatte sich jedoch die Situation grundlegend geändert. In der Nacht auf den 24. Februar erreichte die Tallinner Bolschewiki die offizielle Nachricht der sowjetischen Regierung, dass Estland den deutschen Truppen überlassen worden sei. Zugleich kehrten die Reste eines in Keila/Kegel von den Deutschen aufgeriebenen Rotgardistentrupps nach Tallinn zurück. Es begannen hektische Vorbereitungen zur Flucht. Bis zum Morgen hatten sich alle Bolschewiki aus der Stadt ins Hafengebiet zurückgezogen und wurden auf Kriegsschiffe evakuiert.⁵⁴

In dieser Zeit traten die national gesinnten Kräfte wieder auf den Plan. Alles geschah ohne konkrete Absprachen und zentrale Steuerung, wobei sich mehrere provisorische Aktionszentralen bildeten. Im Gebäude der Staatsbank begann der Sozialdemokrat Aleksander Hellat mit der Neuformierung der Miliz, gleichzeitig versuchte Leutnant Konrad Rotschild zusammen mit den Offizieren des 3. Estnischen Regiments, Stoßtrupps zu bilden; im Schloss auf dem Domberg organisierte man Selbstschutzeinheiten, im Gebäude der Realschule bildete der Sportlehrer Anton Õunapuu bewaffnete Gruppen aus Schülern; im Vereinshaus „Lootus“ wiederum versuchten Martin Bleimann und Nikolai Riuhkrand von den Estnischen Linken Sozialrevolutionären, welche die Idee einer unab-

⁵¹ LOORING, *Eesti riigi süüd* (wie Anm. 6), S. 232f.; VEILER, *Kuidas pöranda all tööd tehti* (wie Anm. 33).

⁵² PÄTS, *Iseseisvuse manifesti avaldamine* (wie Anm. 33), S. 201; *Iseseisvuse saabumine* (wie Anm. 8).

⁵³ PÄTS, *Iseseisvuse manifesti avaldamine* (wie Anm. 33), S. 201; PÄTS, *Iseseisvuse esimesed tunnid* (wie Anm. 35), S. 106.

⁵⁴ LAAMAN, *Eesti iseseisvuse süüd* (wie Anm. 5), S. 228, 241; LOORING, *Eesti riigi süüd* (wie Anm. 6), S. 233.

hängigen Arbeitsrepublik verfolgten, ihre Macht durchzusetzen, und im Rathaus rief Bürgermeister Voldermar Vöölmán, der als einziger namhafter Bolschewik auf die Flucht verzichtet hatte, eine außerordentliche Versammlung des von seinen eigenen Parteigenossen auseinander getriebenen Stadtrats zusammen.⁵⁵ Trotz des planlosen Charakters war das Ziel des Ganzen für jeden klar: die Machtübernahme und das Ausrufen der Unabhängigkeit.

Am Nachmittag des 24. Februar hatte sich das wichtigste Machtzentrum im Bankgebäude konzentriert, dorthin begaben sich nun auch die Mitglieder des Rettungskomitees in einem mit der estnischen Trikolore geschmückten Wagen. Den ganzen Abend und die Nacht hindurch liefen rege organisatorische Arbeiten, jedoch wurde die Unabhängigkeit nicht öffentlich ausgerufen. Zwar gibt es in der Literatur Hinweise darauf, dass der zum Kommandanten Tallinns ernannte Rotschild am Bankgebäude das Manifest verlesen hätte, doch ist die Mehrheit der Zeitzeugen und Historiker der Ansicht, dass die öffentliche Ausrufung der Unabhängigkeit am 24. Februar nicht stattgefunden hat.

In Tallinn wurde das Manifest zum ersten Mal erst am Morgen des 25. Februar verlesen, auf Befehl des Rettungskomitees wurden daraufhin in den Schulen Festakte und in den Kirchen Gottesdienste abgehalten. Dabei fanden die der Unabhängigkeitswerdung gewidmeten Gottesdienste nur in den estnischen Gemeinden – d.h. in der Karls- und Johanneskirche – sowie in der orthodoxen Verkärungskathedrale statt, denn die deutschen Pastoren entschuldigten sich damit, dass das Manifest noch nicht ins Deutsche übersetzt worden sei.⁵⁶ Natürlich war diese Entschuldigung nur ein Vorwand, da die in Wirklichkeit auf die deutschen Truppen wartenden Deutschbalten von einer Republik Estland nichts wissen wollten. Am Mittag wurde im Stadtzentrum zu Ehren der staatlichen Unabhängigkeit Estlands eine Militärparade organisiert, an der die Einheiten des 3. Estnischen Regiments teilnahmen. Die Parade wurde auf der Treppe der Realschule vom Premierminister der Provisorischen Regierung Konstantin Päts abgenommen, der den vor der Realschule versammelten Menschen auch das Unabhängigkeitsmanifest verlas.⁵⁷

⁵⁵ PÄTS, *Iseseisvuse manifesti avaldamine* (wie Anm. 33), S. 202f.; ARTUR SÄLG: 3. Eesti polgu tegevusest Eesti iseseisvuse väljakuulutamise aegadel [Über die Tätigkeit des 3. Estnischen Regiments während der Ausrufung der estnischen Unabhängigkeit], in: *Eesti Rahvusväeosade Album* (wie Anm. 10), S. 53-55; ILMAR RAA-MOT: *Mälestused* [Erinnerungen], Bd. 1, Turku 1975; LOORING, *Eesti riigi süünd* (wie Anm. 6), S. 233f.

⁵⁶ JOHAN JUHTUND: *Aasta tagasi: Isiklised muljed ja mälestused* [Vor einem Jahr. Persönliche Eindrücke und Erinnerungen], in: *Päevaleht*, 24.02.1919.

⁵⁷ PEETER KANN: *Kuidas toimus iseseisvuse väljakuulutamine* [Wie fand die Ausrufung der Unabhängigkeit statt], in: K. Päts (wie Anm. 29), S. 206f.

Die Deklaration des Manifests an anderen Orten

In Viljandi hatte das 2. Estnische Regiment unter dem Kommando von Oberst Johan Unt die Macht von den fliehenden Bolschewiki übernommen. Der Text des Manifests erreichte die Stadt am Nachmittag des 24. Februar dank Jakob Karus, der am Abend zuvor in Pärnu ein Paket frisch gedruckter Manifeste eingesteckt und nach Viljandimaa/Kreis Fellin aufgebrochen war. Gegen vier Uhr stieg Gustav Talts, der Bürgermeister von Viljandi, auf eine Bank auf der Treppe vor dem städtischen Gerichtshaus und las den versammelten Bürgern das Unabhängigkeitsmanifest vor: „Man hörte in Totenstille zu, und als die Lesung mit den Worten der Hymne endete, entblößte man die Häupter und es erklangen die mächtigen Worte der Hymne ‚Mein Vaterland, mein Glück und meine Freude‘ (*Mu isamaa, mu õnn ja rõõm*).“ Zugleich wurde die blau-schwarz-weiße Flagge am Gebäude gehisst.⁵⁸

Ungefähr zur selben Zeit, d.h. am Nachmittag des 24. Februar, kam der Schriftsteller und Milizchef von Järvamaa/Kreis Jerwen, Jaan Linftrop, von Tallinn nach Paide. Er hatte von Jaan Soop, den Sachbearbeiter der Gouvernementsregierung, ein Exemplar des Manifests mitbekommen, um es nach Möglichkeit in Paide öffentlich vorzutragen. Kapitän Jaan Maide, der Leiter des in Paide stationierten 3. Bataillons des 4. Estnischen Regiments, erließ den Befehl an die Soldaten und Bürger, sich am Mittag des 25. Februar auf den Marktplatz zu versammeln: „Gehobener Stimmung atmete jedermann freier. Die Musik erklang und alle sangen ‚Mein Vaterland, mein Glück und meine Freude‘. Kapitän Maide las dem Volk das Unabhängigkeitsmanifest vor [...] und eine Gruppe von Soldaten schoss Salut, so dass sich die Telefonleitungen sausend herabsenkten.“⁵⁹

⁵⁸ Iseseisvuse tulek Viljandisse [Die Ankunft der Unabhängigkeit in Viljandi], in: Sakala, 24.02.1928; VILLEM JAKOBSON: 2. Eesti polgu loomispäevilt Viljandis [In den Gründungstagen des 2. Estnischen Regiments in Viljandi], in: Eesti Rahvusväeosade Album (wie Anm. 10), S. 78f.; 24. veebruar 1918 meie provintsilinnades [Der 24. Februar in unseren Provinzstädten], in: Kaitse Kodu! [Schütze die Heimat!] 1938, Nr. 3/4, S. 106; R. V.: Veebruari pühapäev 1918 [Der Sonntag im Februar 1918], in: Sakala, 24.02.1928; JOHAN ÜNT: Mälestusi 2. jalaväe rügemendi algpäevilt [Erinnerungen aus den ersten Tagen des 2. Infanterieregiments], in: Sõdur [Soldat] 1927, Nr. 46/47, S. 1162; JUHAN JÄRVER: 2-se jalaväe rügemendi sünnipäev [Die Geburt des 2. Infanterieregiments], ebenda, S. 1168.

⁵⁹ V. K.: Kuidas sattus Paidesse iseseisvuse manifest [Wie das Unabhängigkeitsmanifest nach Paide geraten ist], in: Järva Teataja, 22.02.1938; T. KÄSEBIER: Enamlaste vägivalla valitsuse kukutamine Paides öösel vastu 24. veebr. 1918 [Der Sturz der bolschewistischen Gewaltregierung in Paide in der Nacht des 24. Februar 1918], in: Vaba Maa, 25.02.1919; VALTER LENTS: 4. polk enamlaste kukutaja ja Eesti Vabariigi väljakuulutaja Paides [Der 4. Regiment als stürzt die Bolschewiki und ruft die Republik Estland in Paide aus], in: Sõdur [Soldat] 1932, Nr. 48/49, S. 1251.

Am Abend des 24. Februar ernannte das Rettungskomitee Leutnant Theodor Käärik zum „Postkommandanten“ der Stadt Tallinn. Dieser machte es sich zu seiner wichtigsten Aufgabe, die Provinzstädte von den Ereignissen in Tallinn zu informieren. Obwohl die meisten Telegraf- und Telefonleitungen zu diesem Zeitpunkt wegen des Vormarsches der deutschen Truppen unterbrochen waren, funktionierte die Kommunikation nach Osten, d.h. nach Rakvere/Wesenberg, Narva und Petrograd, noch ganz ordentlich.

In Rakvere gab der national gesinnte Postamtsleiter A. Torn das aus Tallinn verschickte Telegramm an den Kreiskommissar von Virumaa/Wierland, Tõnis Kalbus, weiter. Dieser informierte seinerseits Mihkel Juhkam, den Vorsitzenden der Kreisverwaltung. Am frühen Morgen des 25. Februar wurde das hektographierte Telegramm schon von Hand zu Hand verbreitet und nachdem einige Stunden später das 4. Estnische Regiment unter Kapitän Heinrich Vahtramäe die Stadt unter seine Kontrolle gebracht hatte, hängte man die Nachricht über die Unabhängigkeitserklärung an die öffentlichen Anschlagssäulen und organisierte eine Volksversammlung, auf der „Kalbus das Unabhängigkeits-Telegramm vorlas“.⁶⁰

In Narva versammelte Christjan Kaarna, der Redakteur der örtlichen Zeitung „Meie Elu“ (Unser Leben) die national gesinnten Personen in der Nacht zum 25. Februar in den Räumen der Arbeitspartei und las ihnen die Meldung von Käärik vor. „Dem Verlesen des Telegramms wurde entblößten Hauptes stehend zugehört, danach ließ man voller Begeisterung die junge Republik hochleben.“ Nachdem die erste Begeisterung vorbei war, beschloss man, das Telegramm zu drucken und in der Stadt öffentlich auszuhängen. Jakob Kull, der Leiter der Druckerei „K. Anvelt & Co“, übernahm diese Aufgabe. Um 8 Uhr morgens waren rund 2500 Exemplare fertig und man fing an, sie „heimlich zu verteilen“, indem man sie den Passanten im Vorbeigehen in die Hand steckte, da ja die Bolschewiki in Narva noch fest an der Macht waren. Natürlich blieb die Tätigkeit der nationalen Aktivisten nicht geheim und die Massenverhaftungen, die einige Stunden später anfangen, setzten der Verbreitung des Telegramms ein Ende. Außerdem erklärten die Bolschewiki dem Volk von der Treppe des Narvaer Rathauses aus, dass es eine Republik Estland gar nicht gebe: Die Macht der Bolschewiki in Tallinn sei sicher und das verbreitete Telegramm nichts als eine provokative Lüge.⁶¹

⁶⁰ THEODOR KÄÄRIK: Telegraafi töö iseseisvuse väljakuulutamisel [Die Arbeit des Telegrafens bei der Ausrufung der Unabhängigkeit], in: Vaba Maa, 25.02.1919; 24. veebruar 1918 (wie Anm. 58), S. 108; HENRIK VAHTRAMÄE: 4. Eesti jalaväepolk [Das 4. Estnische Infanterieregiment], in: Sõdur [Soldat] 1932, Nr. 48/49, S. 1248; Iseseisvuse väljakuulutamine Rakveres [Die Ausrufung der Unabhängigkeit in Rakvere], in: Vaba Maa, 24.02.1919.

⁶¹ J. TREUFELDT: Mälestused Eesti iseseisvuse väljakuulutamisest Narvas [Erinnerungen an die Ausrufung der estnischen Unabhängigkeit in Narva], in: Vaba Maa,

Das Telegramm von Leutnant Käarik erreichte auch die Hauptstadt Sowjet-Russlands. Die Petrograder estnische Zeitung „Eesti“ (Estland) vermeldete die Erklärung der Selbständigkeit Estlands in ihrer Ausgabe von 26. Februar und druckte dabei sowohl den Text des Unabhängigkeitsmanifests als auch die Tagesbefehle des Rettungskomitees ab.⁶² Mehr konnten die Petrograder Esten im wichtigsten Machtzentrum der Bolschewiki nicht ausrichten.

Das Drucken des Manifests

Wie schon erwähnt, wurde die Endversion des Manifests am 21. Februar verfasst. In seinen Erinnerungen behauptet Peterson, dass Kukkk den handschriftlichen Text schon vor der entscheidenden Versammlung im Gelehrtenklub mit einer Schreibmaschine in fünf Exemplaren abgetippt hatte.⁶³ Veiler zufolge hat man den Text erst nach der Versammlung vervielfältigt, doch erfahren wir von ihm nicht, wer es gemacht hat.⁶⁴ Gottlieb Ney, der spätere Direktor des Staatsarchivs, kam zu dem Schluss, dass die ersten vier bis fünf Kopien auf einer Schreibmaschine im Büro der Arbeitspartei vom einem gewissen J. Jõgi abgetippt worden seien. Ein Exemplar sei dabei auf dickeres Papier getippt worden – dieses stellte später das so genannte Original dar –, andere aber auf dünnem Velourspapier, damit sie leichter zu verbergen waren.⁶⁵

Nach Veilers Angaben blieben zwei Schreibmaschinenexemplare des Manifests in Tallinn, eins wurde nach Tartu, ein weiteres nach Pärnu und ein drittes nach Paide geschickt. Die Gesamtzahl von fünf Exemplaren wird allerdings schon dadurch in Zweifel gezogen, dass nach Pärnu zwei Exemplare geschickt worden sind und auch Põld und Ast wahrscheinlich jeweils ein Exemplar nach Tartu mitbekommen haben. So darf man davon ausgehen, dass die fünf Exemplare irgendwann und irgendwo von irgendjemand weiter vervielfältigt worden sind. In jedem Fall jedoch blieb die Gesamtzahl der Kopien ziemlich begrenzt.

In Tallinn wurde das Original seinem Autoren Kukkk anvertraut, der es Karl Tiitso, dem Sekretär der Arbeitspartei weiter gab. Tiitso rollte das Manifest zusammen, wickelte es in Wachspapier und bewahrte es bis

25.02.1919; 24. veebruar 1918 (wie Anm. 58), S. 107; J. FELDMAN: Kui Narvas Eesti iseseisvusest teada saadi [Als man in Narva von der Unabhängigkeit Estlands erfuhr], in: Sakala, 24.02.1928.

⁶² MATI GRAF: Eesti rahvusriik. Idee ja lahendus: ärkamisajast Eesti Vabariigi sünnini [Der estnische Nationalstaat. Ideen und Lösungen: Von der Zeit des nationalen Erwachens bis zur Geburt der Republik Estland], Tallinn 1993, S. 243.

⁶³ PETERSEN, Mälestusi (wie Anm. 15), S. 163.

⁶⁴ VEILER, Kuidas pöranda all tööd tehti (wie Anm. 33).

⁶⁵ Riigiarhiivi direktori kiri riigisekretärile [Ein Brief des Direktors des Staatsarchivs an den Staatssekretär], 21.06.1937, in: ERA 31-6-58, Bl. 1.

zum 24. Februar in einer leeren Flasche auf, in der Hoffnung, dass die Bolschewiki bei einer Durchsuchung diese nicht beachten würden.⁶⁶ Die Kopie erhielt Veiler, dessen Aufgabe es war, eine Möglichkeit ausfindig zu machen, das Manifest zu drucken. Im Unterschied zu Tiitso hielt Veiler es für sicherer, das Manifest ständig bei sich zu haben und versteckte es in seinem Stiefelschaft.⁶⁷ Wegen der drohenden Gefahr und der vielen sich überstürzenden Ereignisse schien es Veiler später, als hätte er das Manifest „eine ganze Woche lang“ bei sich getragen – was wohl in Hinblick darauf, wann es verfasst und wann es verlesen wurde, nicht den Tatsachen entspricht.

In den folgenden Tagen hat Veiler nach Möglichkeiten gesucht, das Manifest zu drucken, wobei er sich an seine Parteigenossen Karl Mikita und Artur Devis um Hilfe wandte, die sich im Druckwesen auskannten. Letzterer schreibt in seinen Erinnerungen: „Veiler wandte sich an den Verfasser der vorliegenden Zeilen mit dem Vorschlag, ich solle irgendwie versuchen, das Manifest zu setzen und zu drucken. Ich war einverstanden. Nachdem ich mich einige Tage nach der Situation erkundigt hatte, musste ich jedoch das Vorhaben absagen“ – alle Tallinner Druckereien waren von den Bolschewiki nationalisiert worden und wurden streng kontrolliert.⁶⁸

Deshalb war es erst dann möglich, das Manifest zu drucken, als der Abzug der Bolschewiki begann, d.h. am 24. Februar. Der Druck wird in der Forschung meist mit Konstantin Konik in Verbindung gebracht, der die Aufgabe vom Rettungskomitee erhalten haben soll.⁶⁹ Diese Version wird auch von Konik selbst bestätigt: „Die Aktion begann am 24. Februar um 2 Uhr [...]. Meine Aufgabe war es, die Druckerei der Tageszeitung „Päevaleht“ [Tagesblatt] zu übernehmen und unverzüglich mit dem Druck des Manifests zu beginnen.“⁷⁰ Aus diesem Zitat geht jedoch nur hervor, dass Konik die genannte Aufgabe übertragen wurde, nicht jedoch, ob er sie auch erfüllt hat.

Die Angaben darüber, auf welche Weise das Manifest schließlich gedruckt wurde, gehen auseinander. Besonders viel Verwirrung stiftet Juhan Kukk mit seinen widersprüchlichen Erinnerungen. 1923 berichtete er, wie er „persönlich mit den Herren Veiler, Mikita und dem Mitglied der Gouvernementsregierung Peterson [...] gegen zehn Uhr am Mor-

⁶⁶ KUKK, *Iseseisvuse manifesti saamisluugu* (wie Anm. 14), S. 20; *Iseseisvuse saabumine* (wie Anm. 8).

⁶⁷ VEILER, *Kuidas põranda all tööd tehti* (wie Anm. 33).

⁶⁸ ARTUR DEVIS: *Kuidas iseseisvuse manifesti Tallinnas trükiti* [Wie das Unabhängigkeitsmanifest in Tallinn gedruckt wurde], in: *Vaba Maa*, 24.02.1919.

⁶⁹ ÕIE ELANGO, ANTS RUUSMANN, KARL SILLIVASK: *Eesti maast ja rahvast: Maailmasõjast maailmasõjani* [Vom estnischen Land und dem estnischen Volk: Vom Weltkrieg bis zum Weltkrieg], Tallinn 1998, S. 129; LOORING, *Eesti riigi sünn* (wie Anm. 6), S. 234; PÄTS, *Iseseisvuse manifesti avaldamine* (wie Anm. 33), S. 202.

⁷⁰ KONSTANTIN KONIK: *Mälestuste katkendid* [Erinnerungsfragmente], in: *Mälestused iseseisvuse võitluspäevilt* (wie Anm. 7), S. 19.

gen in die Druckerei des „Päevaleht“ in der Dunkri Straße gegangen“ sei, und dass „schon um zwei Uhr die ersten Exemplare des gedruckten Manifests“ fertig gewesen seien.⁷¹ Anfang der 1930er Jahre wiederum erinnerte sich Kukkk in entscheidenden Details anders an diese Aktion.⁷² Nun wurde seine eigene Rolle nicht mehr so sehr betont – aus dem Text kann man nur schließen, dass er sich irgendwann in der Druckerei des „Päevaleht“ aufgehalten hat. Da Kukks Name auch von den Zeitzeugen nicht im Zusammenhang mit dem Druck des Manifests erwähnt wird, darf man diese späteren Aussagen für zuverlässiger halten. Außerdem sind darin die Zeitangaben, die Namen der Beteiligten sowie der Verlauf der Ereignisse korrigiert worden. Wenn man diese Texte mit den Erinnerungen der anderen Beteiligten vergleicht, fügt sich das Ganze zu einem einigermaßen vollständigen Bild zusammen. Der nun folgende Rekonstruktionsversuch beruht auf den Erinnerungen mehrerer Personen sowie auf späteren Abhandlungen.⁷³ Es mag durchaus nicht jedes Detail wahr sein, doch dürfte diese Version insgesamt der Wirklichkeit wenigstens nicht widersprechen.

Mit der Kopie des Manifests in Veilers Stiefelschaft gingen er, Karl Mikita und Artur Devis am Nachmittag des 24. Februar, wahrscheinlich um zwei Uhr, in die Druckerei des „Päevaleht“, die sich in Tallinner Stadtzentrum befand. Die Druckerei war am Sonntag geschlossen, doch bekamen sie von der Hausmeisterin die Schlüssel und gelangten so zu den nötigen Druckmaschinen. Mit Revolvern bewaffnet, bewachten Veiler und Mikita die Eingangstür, Devis, der sich von den drei im Druckwesen am besten auskannte, brachte mit einem Feuer unter dem Kessel der Satzmaschine das Blei zum Schmelzen. Nach einiger Zeit konnte Devis anfangen, den Text des Manifests zu setzen. Dies nahm allerdings für einen alleine mehr Zeit in Anspruch, als es, seinen eigenen Worten nach, „für die Beteiligten empfehlenswert war.“⁷⁴

Da die Bolschewiki die Stadt noch nicht endgültig verlassen hatten, befürchtete man Gegenaktionen und bat um bewaffnete Wachposten. Nach einiger Zeit kamen tatsächlich einige bewaffnete Schuljungen

⁷¹ JUHAN KUKK: Kaks „ülevõtmist“ [Zwei „Übernahmen“], in: Iseseisvuse tuleku päivilt (wie Anm. 26), S. 66.

⁷² KUKK, Iseseisvuse manifesti saamislugu (wie Anm. 14), S. 18-21; JUHAN KUKK: Iseseisvuse manifesti saamislugu [Die Entstehungsgeschichte des Unabhängigkeitsmanifests], in: Vabaduspäev: Eesti Vabariigi XIV aastapäeva puhul [Freiheitstag: Zum 14. Jahrestag der Republik Estland], Tallinn 1932, S. 6f.

⁷³ DEVIS, Kuidas iseseisvuse manifesti Tallinnas trükiti (wie Anm. 68); JUHAN KUKK: Iseseisvuse manifesti saamislugu [Die Entstehungsgeschichte des Unabhängigkeitsmanifests], in: Kaitse Kodu! [Schütze die Heimat!] 1928, Nr. 3, S. 136-141; KUKK, Iseseisvuse manifesti saamislugu (wie Anm. 14), S. 18-21; VOLDEMAR PÄTS: Leheküljed pävaraamatust [Tagebuchseiten], in: Jüri Vilms mälestustes (wie Anm. 9), S. 398-403; PETERSEN, Mälestusi (wie Anm. 15), S. 166; Iseseisvuse saabumine (wie Anm. 8).

⁷⁴ DEVIS, Kuidas iseseisvuse manifesti Tallinnas trükiti (wie Anm. 68).

zur Druckerei, von denen ein Teil die Druckerei bewachte, während die anderen in die Stadt geschickt wurden, um weitere Arbeitskräfte in ihren Wohnungen aufzusuchen. Tatsächlich waren einige Arbeiter auch schon von sich aus hinzugestoßen, um herauszufinden, warum die Druckerei am Sonntag beleuchtet war. Trotzdem blieben die Vorbereitungen für das Drucken an den drei Männern hängen, die die Sache begonnen hatten: Entweder fehlten unter den anwesenden Arbeitern die benötigten Spezialisten oder sie verweigerten die Mitarbeit. Auch dies kam offensichtlich vor, und obwohl Kukk als Grund der Arbeitsverweigerung die Angst vor der möglichen Rache der Bolschewiki betonte, sieht es so aus, als ob es sich zum Teil auch um weltanschauliche Differenzen gehandelt hat. Warum hätte man sonst einige Arbeiter später unter bewaffnete Aufsicht gestellt?

Weil man den Meister für die Schnelldruckpresse nicht ausfindig machen konnte, wurde der gesetzte Text in die alte wackelige Handpresse gelegt, die noch mit der Handkurbel betätigt werden musste. Es heißt, der erste Abzug sei von Mikita gefertigt worden, danach hätten alle Anwesenden nacheinander kurbeln müssen: Devis, Veiler, die Drucker und die Schuljungen – und schließlich auch das Rettungskomiteemitglied Konik sowie der Vertreter des *Maapäev*-Ältestenrates, Jaan Raamot, die beide in die Druckerei gekommen waren.

Auf dieser Handpresse wurden einige Hundert Exemplare des Manifests hergestellt. Schließlich kam der Schnelldruck-Meister doch noch hinzu, sodass die Arbeit mit modernerer Technik fortgesetzt werden konnte. Gleichzeitig brachte man die ersten Tagesbefehle und Anordnungen des Rettungskomitees in die Druckerei und konnte nun alle anwesenden Drucker zur Arbeit heranziehen, die die ganze Nacht andauerte. Am 25. Februar frühmorgens fing man aber dann doch damit an, die erste Aufgabe des nach seinem Verbot wieder erscheinenden „Päeva-leht“ zu drucken.

Am 24. Februar abends, so gegen fünf Uhr, d.h. gleich nachdem die ersten paar Duzend Exemplare des Manifests mithilfe der Handpresse fertig gestellt waren, fing man an, sie in der Stadt aufzuhängen. Die Initiative hatten dabei wieder die Mitglieder der Arbeitspartei übernommen. Am aktivsten hat sich der Malermeister Mikita engagiert, der die nötigen Arbeitsmittel beschaffte: den Leim, die Pinsel und Töpfe. Das erste Exemplar des Manifests wurde auf die Fensterläden eines Geschäfts an der Ecke Dunkri Straße/Rathausplatz geklebt, das zweite an die Rathauswand usw. Ney behauptete, dass noch bevor die gedruckten Plakate ausgehängt wurden, ein Schreibmaschinenexemplar des Manifests an die Wand der Tallinner Stadtapotheke geklebt worden sei, und nimmt an, dass auf Befehl von Vilms hier die Mitarbeiter des Tallinner Büros der

Arbeitspartei aktiv geworden waren, die in demselben Haus ihren Sitz hatte.⁷⁵

Es ist nicht bekannt, wie groß die Auflage des Manifests war, wohl aber, wie viel es gekostet hat. Aus den Aufzeichnungen Jaan Raamots, der die finanziellen Angelegenheiten des *Maapäev* verwaltete, ergibt sich, dass der Druck des Manifests (Papier, Druckfarbe, Strom usw.) insgesamt 317,30 Rubel gekostet hat, wobei noch die Lohnkosten für die Drucker von 120 Rubel addiert werden müssen.⁷⁶

Trotzdem gebührt nicht Tallinn die Ehre des ersten Druckes des Unabhängigkeitsmanifests, denn erneut kam Pärnu auch hierbei der Hauptstadt zuvor. Wie oben erwähnt, kam der Sachbearbeiter der Gouvernementsregierung Soop am Nachmittag des 23. Februar in Pärnu an und brachte zwei Kopien des Manifests mit. Der Redakteur der Zeitung „Pärnu Postimees“ brachte eine der Kopien in die Druckerei „Meie Kodumaa“ (Unser Heimatland), um den Text dort drucken zu lassen. Von den Beteiligten ist der Druck des Manifests in ihren Erinnerungen erwähnt worden, doch beinhalten diese Schriften kaum weitere wichtige Informationen.⁷⁷ Ihre Angaben unterscheiden sich sogar in der Höhe der genannten Auflage: Während Järve von 60 000 Exemplare spricht, begnügt sich Jürman mit 20 000. Hier würde man gern Jürman Recht geben, denn 60 000 erscheint für die Kapazitäten einer damaligen Provinzstadt doch als eine zu große Auflage, aber wer weiß... Jedenfalls reichten die in Pärnu gedruckten Manifeste für den Versand nicht nur im Pärnuer Kreis, sondern sie wurden auch nach Viljandi und Tartu geschickt. In seinen Erinnerungen fügt Jürman noch ein weiteres interessantes Detail hinzu: Die Druckarbeiten in Pärnu seien von Pärnuer Büro des Bauernbunds finanziert worden, der insgesamt 700 Rubel investierte.⁷⁸ Angesichts der Tatsache, dass die Druckkosten in Tallinn grob gerechnet um die Hälfte kleiner waren, und ausgehend davon, dass die Auflage in Pärnu 20 000 Exemplare betrug, könnte man vielleicht mit einer Tallinner Auflage von ungefähr 10 000 Stück rechnen.

Tallinn und Pärnu blieben nicht die einzigen Orte, wo man es geschafft hat, das Unabhängigkeitsmanifest noch vor dem Einmarsch der deutschen Truppen zu drucken. Nachdem der Schriftsteller Lintrop am 24. Februar mit der Kopie des Manifests in Paide angekommen war, wurde mit Hilfe des Estnischen Bataillons die örtliche Seidelberg-Druckerei

⁷⁵ Riigiarhiivi direktori kiri (wie Anm. 65), Bl. 2.

⁷⁶ Jaan Raamoti arvaamat 1917-1918 [Das Rechnungsbuch von Jaan Raamot 1917-1918], in: ERA, 2281-1-29 (unpaginiert).

⁷⁷ Pärnus kuulutati iseseisvus välja (wie Anm. 43); KUUSNER, Eesti iseseisvuse väljakuulutamine Pärnus (wie Anm. 10), S. 63; PIISKAR, Eesti vabariigi väljakuulutamine Pärnus (wie Anm. 47), S. 78; JÄRVESOO, Kuidas sündis Eesti Iseseisvuse Manifest (wie Anm. 9), S. 182; JÜRMAN, Kuidas Eesti iseseisvus väljakuulutati (wie Anm. 13), S. 26.

⁷⁸ Ebenda.

übernommen, der Text des Manifest gesetzt und eine kleine Handpresse in Gang gebracht. In Paide wurde die Druckmaschine abwechselnd von Lintrop, dem in Vereinswesen aktiven Jaan Sauga und den estnischen Soldaten gekurbelt. Es wurden insgesamt 10 000 Exemplare gedruckt, die sofort mit Boten in die Gemeinden von Järvamaa verschickt worden sind.⁷⁹

Somit wurde das Unabhängigkeitsmanifest in drei Städten – Pärnu, Tallinn und Paide – gedruckt, seine Gesamtauflage mag bei ungefähr 40 000 Exemplaren gelegen haben.

Die in verschiedenen Städten gedruckten Texte des Manifests stimmen nicht hundertprozentig überein, weshalb man wenigstens von zwei verschiedenen Redaktionen sprechen muss. Eine von ihnen stammt wahrscheinlich aus Pärnu (oder Paide?)⁸⁰, die andere aber aus Tallinn (von ihr gibt es wiederum zwei bis drei Versionen).⁸¹ Das „Pärnuer Manifest“ entspricht dabei genau dem Original, von dem sich die Tallinner Variante ein wenig unterscheidet. Vermutlich haben die Mitglieder des Rettungskomitees in der Zeit vom 22. bis 24. Februar noch einige Änderungen eingefügt.

Die Unterschiede sind aber unwesentlich. Am meisten fällt natürlich der Titel auf: In Pärnu wurde ein „Manifest an die Völker Estlands“ gedruckt, in Tallinn ein „Manifest an alle Völker Estlands“. Dazu kommen noch viele Kleinigkeiten, vor allem in der Rechtschreibung mancher Wörter, in der Interpunktion und in der Großschreibung. Allein die Datierung könnte manche inhaltlichen und staatsrechtlichen Probleme verursachen. In der unteren linken Ecke des in Pärnu gedruckten Manifests steht der Vermerk „In Tallinn, am 21. Februar 1918“. Die Tallinner Redaktion ist entweder gar nicht datiert oder es steht der 24. Februar darunter.

⁷⁹ KÄSEBIER, Enamlaste vägivalla valitsuse (wie Anm. 59); V. K., Kuidas sattus (wie Anm. 59); LENTS, 4. polk (wie Anm. 59), S. 1251.

⁸⁰ Iseseisvusmanifest [Das Unabhängigkeitsmanifest], 21.02.1918, in: ERA 31-6-58, Bl. 8f.

⁸¹ Siehe z. B.: Eesti iseseisvus ja selle häving: Album [Die Unabhängigkeit Estlands und deren Untergang. Album], Teil 1, hrsg. von MART LAAR, Tallinn 2000, S. 35. Diese Version findet sich auch in den Gymnasiumslehrbüchern für estnische Geschichte.

*Das estnische Unabhängigkeitsmanifest
(Pärnuer Redaktion)*⁸²

Manifest an die Völker Estlands

Das estnische Volk hat im Laufe von Jahrhunderten sein Streben nach Unabhängigkeit nicht verloren. Von Generation zu Generation hat es die geheime Hoffnung gehegt, dass ungeachtet der finsternen Nacht der Sklaverei und der Tyrannei fremder Völker in Estland wieder eine Zeit anbricht, in der „alle Qualen an beiden Enden in Flammen aufgehen werden“ und Kalev einmal nach Hause kommt und seinen Kindern das Glück bringt.

Nun ist diese Zeit gekommen.

Ein unerhörter Kampf der Völker hat die verrotteten Fundamente des russischen Zarenreiches bis auf den Grund zerstört. Eine verheerende Anarchie breitet sich in der sarmatischen Ebene aus und droht, alle Völker unter sich zu begraben, die auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Staates leben. Von Westen nähern sich die siegreichen deutschen Truppen, um ihren Teil des russischen Erbes zu fordern und vor allem die Küste des Baltischen Meeres unter ihre Macht zu bringen.

In dieser Schicksalsstunde hat der Estnische Landtag (*Eesti Maapäev*), als der rechtmäßige Vertreter des Landes und des Volkes, in einmütiger Übereinstimmung mit denjenigen estnischen Parteien und Organisationen, die auf dem Prinzip der Demokratie fußen, und kraft des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, es als notwendig angesehen, folgende entscheidenden Schritte zu unternehmen, um das Schicksal des estnischen Landes und Volkes zu bestimmen:

Estland wird in seinen historischen und ethnographischen Grenzen von heute an zu einer unabhängigen demokratischen Republik erklärt.

Zu dem Territorium der unabhängigen estnischen Republik gehören: Harjumaa, Läänemaa, Järvamaa, Virumaa mit Narva und seiner Umgebung; Tartumaa, Võrumaa, Viljandimaa und Pärnumaa mit den Ostseeinseln – Saare-, Hiiumaa- und Muhumaa und anderen, wo die Esten von alters her die Mehrheit stellen. Um die Staatsgrenzen in den an Lettland und den russischen Staat grenzenden Gebieten endgültig und detailliert

⁸² ERA 31-6-58, Bl. 8.

festzulegen, wird eine Volksabstimmung durchgeführt, sobald der jetzige Weltkrieg beendet ist.

In den vorgenannten Gebieten ist die einzige höchste organisierende Macht die vom Estnischen *Maapäev* gebildete Volksmacht in Form des **Komitees zur Rettung Estlands**.

Die Republik Estland strebt eine völlige politische Neutralität gegenüber allen Staaten und Völkern an und hofft gleichzeitig, dass seine Neutralität von diesen mit einer ebenso völligen Neutralität beantwortet wird.

Die estnischen Truppen werden bis zu einem Maß reduziert, das zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung nötig ist. Die estnischen Soldaten, die in der Russischen Armee gedient haben, werden nach Hause gerufen und demobilisiert.

Bis die Estnische Verfassungsgebende Versammlung, die aufgrund des allgemeinen, direkten, geheimen und gleichen Wahlrechtes zusammentritt, die verfassungsmäßige Ordnung des Landes festlegt, bleibt alle exekutive und legislative Gewalt in den Händen des Estnischen *Maapäev* und der von ihm gebildeten Estnischen Provisorischen Regierung, die sich in ihrer Tätigkeit von den folgenden Prinzipien leiten wird:

1) Alle Bürger der Republik Estland, ungeachtet ihres Glaubens, ihrer Nationalität und politischen Weltanschauung, finden gleichen Schutz vor den Gesetzen und den Gerichten der Republik.

2) Den in den Grenzen der Republik lebenden nationalen Minderheiten: den Russen, Deutschen, Schweden, Juden und anderen wird das Recht auf nationale Kulturautonomie gewährt.

3) Alle bürgerlichen Freiheiten, die Freiheit des Wortes, der Presse, der Religion, der Versammlung, der Gemeinschaft, der Vereinigung und des Streiks sowie die Unverletzbarkeit der Person und des Heims sollen in den Grenzen des Estnischen Staates unabänderlich auf der legalen Basis gelten, die die Regierung unverzüglich ausarbeiten muss.

4) Der Provisorischen Regierung wird es zur Aufgabe gemacht, unverzüglich zum Schutz der Sicherheit der Bürger Gerichtsbehörden einzurichten. Alle politischen Gefangenen sind sofort zu befreien.

5) Die Stadt-, Kreis- und Gemeindegewaltverwaltungen sind aufgerufen, ihre gewaltsam unterbrochene Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen.

6) Eine den Selbstverwaltungen unterstehende Volksmiliz soll zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung umgehend ins Leben gerufen werden, genauso wie Selbstschutzorganisationen der Bürger in den Städten und auf dem Land.

7) Der Provisorischen Regierung wird es zur Aufgabe gemacht, auf breiter demokratischer Basis Gesetzesprojekte zur Lösung der Landfrage, der Arbeiterfrage sowie zu Fragen der Lebensmittelversorgung und des Finanzwesens unverzüglich auszuarbeiten.

Estland! Du stehst auf der Schwelle zu einer hoffnungsvollen Zukunft, in der du frei und unabhängig dein Schicksal bestimmen und lenken kannst! Beginne, dein Heim aufzubauen, in dem Ordnung und Recht regieren, um ein wertvolles Mitglied in der Familie der Kulturvölker zu sein! Alle Söhne und Töchter der Heimat, vereinigt euch wie ein Mann in der heiligen Arbeit des Aufbaus der Heimat! Das Blut und der Schweiß unserer Vorfahren, die für dieses Land geflossen sind, fordern dies, unsere Nachkommen verpflichten uns dazu.

Möge Gott über Dich wachen
Und reich segnen
Was immer Du auch tust
Mein teures Vaterland!⁸³

Es lebe die unabhängige estnische Republik!
Es lebe der Frieden der Völker!
Der Ältestenrat des *Eesti Maapäev*.

In Tallinn, am 21. Februar 1918.

SUMMARY

The birth of the Estonian Independence Manifesto

This article is about the preparation, declaration and publication of one of the most important founding documents of the Estonian state. Until the end of January 1918 the national leaders thought that independence would be proclaimed by the Constituent Assembly. The suspension of the Constituent Assembly election by the Bolsheviks on 27 January 1918 forced them to look for other possibilities to declare independence. The commission for the preparation of the manifesto and the Committee of National Salvation consisting of three members were set up in the Estonian Intellectuals' Club in Tallinn on 18-19 February. The Club had become the centre of national liberation forces. Formally they acted on behalf of the Provincial Council, a local government institution established after the February Revolution. Juhan Kukk was entrusted with writing the text

⁸³ Im estnischen Original: „Su üle jumal valvaku / Ja võtku rohkest õnnista / Mis iial ette võtad sa / Mu kallis isamaa!“

of the manifesto. The completed text was supplemented and amended in the Intellectuals' Club on 20 and 21 February. The manifesto was based on documents that had been published earlier: the Socialist Revolutionaries' memorandum "The Labour Republic of Estonia", the explanation of the Provincial Council regarding "The Independent National State of Estonia" and the note of the foreign delegation. It was therefore a collective document.

The possibilities for proclaim the document first seemed to be non-existent. Neither the Bolsheviks controlling inland Estonia nor German troops approaching from the south and west were interested in Estonia's independence. The opportunity to use the interregnum that could probably arise after Bolsheviks leave and before Germans arrive was negligible. Therefore the members of the Committee of National Salvation tried to go to Haapsalu on 21 February in order to proclaim the manifesto under the protection of the 1st Estonian regiment based there. Unfortunately, the Germans occupied Haapsalu before the Committee arrived there. An attempt to go to Tartu also failed. For the first time they managed to proclaim the independence manifesto officially on the evening of 23 February in Pärnu, then on 24 February in Viljandi, on 25 February in Tallinn and Paide and on 26 February in Rakvere. The news spread from the cities to the countryside.

Five typewritten copies of the manifesto were made on 21 February in Tallinn. The printing of the manifesto first seemed to be impossible because printing houses had been nationalised by the Bolsheviks and were under their strict control. Still, there was a chance to print the manifesto in Pärnu on 23 February and in Tallinn and Paide on 24 February. A total of 40,000 copies were printed. The text that was printed in Tallinn is slightly different from the Pärnu and Paide version: apparently somebody from the Committee of National Salvation edited it further, but the differences are not particularly important.

Züge der stalinistischen Politik in Bezug auf die estnische Bildungselite

VON VÄINO SIRK

Die sowjetische Politik in Bezug auf die Intellektuellen war kompliziert und widersprüchlich. Einerseits wollte man die wachsende Bedeutung der Gebildeten im 20. Jahrhundert nicht zu stark betonen. Andererseits beschäftigten sich die Machthaber immer wieder mit der Intellektuellen-Problematik, zum Teil sogar pathologisch häufig, was die Bedeutung dieser Gesellschaftsschicht eigentlich nur unterstreicht. Diese wurde im engeren Sinne als „Kader des Staatsapparates“¹ definiert, dessen Angehörige vor allem durch soziologische Faktoren – geistige Arbeit und höhere oder mittlere Fachausbildung – miteinander verbunden war. Im Übrigen handelte es sich um eine sehr bunte Gruppe von Menschen, die nur schwer unter den allgemein integrierenden Nenner etwa einer Idee zu bringen sind. Die Formierung gerade einer solchen Gebildeten-schicht war eines der wichtigsten Ziele der sowjetischen Politik auf diesem Gebiet.

In Estland hatte es die Sowjetmacht mit einer nationalen Intelligenz zu tun, die in den zwei Jahrzehnten der Unabhängigkeit vor 1940 sich sowohl qualitativ verbessert hatte als auch quantitativ gewachsen war. Es war unmöglich, die Mitarbeit dieser nicht immer sowjetisch gesinnten Schicht im Sowjetsystem zu vermeiden. Fachleute, die für das Funktionieren der Gesellschaft notwendig waren, konnte man nicht so einfach ersetzen.

Die sowjetische Politik teilte die Intellektuellen in die Kategorien „alt“ und „neu“. In Estland musste man die neue „sozialistische Intelligenz“ in den 1940er Jahren allerdings erst noch schaffen. Schon im Sommer und Herbst 1940 begann parallel zur Marginalisierung bzw. Verhaftung der estnischen Intelligenz die Immigration aus dem Osten. Die Neuan-kömmlinge waren oft Vertreter eines völlig neuen Gebildeten-typs, da im sowjetischen Bildungswesen eine durchaus aggressive Ideologie im Mittelpunkt des Interesses stand.

Nach der Wiederbesetzung Estlands 1944 bekleideten Hunderte von ehemaligen einfachen Arbeitern sowie zahlreiche Demobilisierte aus dem

¹ COLAK A. STEPANJAN: Nõukogude riigi osatähtsusest kommunismi ülesehitamisel NSV Liidus [Über die Rolle des sowjetischen Staates beim Aufbau des Kommunismus in der UdSSR], in: Nõukogude sotsialistliku ühiskonna arenemise-st. Kogumik artikleid [Über die Entwicklung der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft. Artikelsammlung], Tallinn 1951, S. 149.

Estnischen Schützenkorps der Roten Armee Führungs- und Spezialistenpositionen. Mehr als 600 der ehemaligen Rotarmisten waren 1947 als Fabrikdirektoren oder Ingenieure tätig. Im November 1947 gab es in der estnischen Volkswirtschaft insgesamt 40 313 Personen auf der Führungs- und Spezialistenebene in der Produktion, von denen nur 13,2 % einen Hochschulabschluss vorweisen konnten. Zwei Drittel von ihnen – 25 139 oder 62,4 % – hatten aber weder eine höhere noch eine mittlere Fachausbildung durchlaufen.² Diese Politik, bei der Ausbildung und Fachkompetenz der politischen Zuverlässigkeit untergeordnet waren, führte zu dem kuriosen Ergebnis, dass die einfachen Ingenieure im Durchschnitt eine bessere Ausbildung vorzuweisen hatten als die Chefingenieure – und diese wiederum besser als die Direktoren auf ihre Arbeit vorbereitet waren.

Im Herbst 1944 verlagerte sich – parallel zu den Verhaftungen aufgrund von Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht und anti-sowjetischer Tätigkeit – der Schwerpunkt immer mehr auf den Kampf gegen die „bürgerlich-nationalistische Ideologie“. Hierunter verstanden die Stalinisten alle Erscheinungen von nationalen Gefühlen unter den Esten. Die Ursache alles Bösen sah man natürlich in der Intelligenz.

Wahrscheinlich macht es keinen Sinn, von mehreren verschiedenen Handlungsstrategien der neuen Führung gegenüber der Intelligenz im damaligen Estland zu sprechen, allerdings waren verschiedene Auslegungen dieser Politik festzustellen: eine konsequent orthodoxe und eine etwas flexiblere, eine betont großmachtbezogene und eine mehr von den örtlichen Bedingungen ausgehende. Hierin spiegelten sich jeweils sowohl das Bildungsniveau als auch der Kulturkontext der Führung. Einige Mitglieder der Führungsgremien hielten die estnische Kultur immerhin trotz allem für wichtig, während sie für andere, die im sowjetrussischen Kulturkreis unter dem Terrorregime Stalins geprägt worden waren, weitaus weniger Relevanz besaß.

Die KPE(b) (Kommunistische Partei Estlands [Bolschewiki]) war eine Unterorganisation der sowjetischen KP mit begrenzter Handlungsfreiheit. 1950 hatte die Partei 17 639 Mitglieder. Davon besaßen 8,3 % einen Hochschulabschluss (dazu 4,6 % ohne Abschluss), 22,9 % hatten eine Allgemeinbildende Schule beendet (27,7 % ohne Abschluss), 34,4 % besaßen Grundschulbildung (2,1 % ohne Abschluss).³ 42,8 % der Parteimitglieder waren Esten und 46,3 % Russen.⁴ Die Esten auf den Führungspositionen der Partei stammten größtenteils aus Russland – die so genannten Russlandesten. Viele von ihnen konnten jedoch nicht besonders gut Estnisch. Solch eine Führung mit einem derartigen Unterschied im Bildungsni-

² Tallinna Polütehniline Instituut. 1936-1986 [Die Polytechnische Institut Tallinn. 1936-1986], hrsg. von MATI GRAF, Tallinn 1986, S. 117f.

³ Grundlage der Berechnungen: Коммунистическая партия Эстонии в цифрах 1920-1980. Сборник статистических данных, Таллин 1983, S. 107.

⁴ Ebenda.

veau war nicht von Einmütigkeit und Kooperationsbereitschaft gekennzeichnet, und diese Gruppe war auch keineswegs stabil. Dem Arbeitsbericht des ZK der KPE(b) aus dem Jahr 1947 zufolge waren z. B. in diesem und im Jahr davor 40 Menschen aus der ZK-Nomenklatura entlassen worden, doch hielt man die notwendige Säuberung des Apparats vom „feindlichen Element“ bei weitem noch nicht für abgeschlossen.⁵

Diese Gruppe voller Gegensätze wurde angeführt von Nikolai Karotamm, der in Estland geboren und aufgewachsen war und sich in der estnischen Kultur und Sprache gut auskannte. Er war 1926 nach Russland ausgeweist; in die kommunistische Partei war er zuvor bereits in den Niederlanden eingetreten. Aufgrund seines Lebenslaufs konnte er – trotz seines Glaubens an die Sowjetunion und an Stalin – kaum hoffen, jemals das Verständnis und volles Vertrauen der Moskauer Spitzenkommunisten zu genießen.

Unmittelbar nach Kriegsende führte der Kreml noch keine besonderen Massenrepressionen gegen die Bildungselite durch. Einerseits waren immer noch die Nachwirkungen der etwas pragmatischeren Politik der Kriegsjahre zu spüren, andererseits war der staatliche Gewaltapparat mit anderen Aufgaben beschäftigt. Dies war auch in Estland zu spüren. Schon Anfang 1945 wurde der I. Gebildetenkongress der Estnischen SSR zusammengerufen, für den man aus den Landkreisen und Städten mehr als 700 Abgeordnete wählte. In seiner Rede betonte Karotamm vor dieser Versammlung die Bedeutung der Intelligenz, die eingeladen sei „eine führende Rolle beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu spielen“. ⁶ Er rief die Delegierten auf, ihre professionelle Kompetenz mit dem sozialistischen Idealismus zu vereinigen. Diejenigen, die „in der einen oder anderen Weise sich gegen ihr Volk und ihre Heimat gewandt“ hätten, könnten nun diesen Verstoß mit ehrlicher Arbeit „wiedergutmachen“. Wer aber nicht dazu bereit sei, stünde dem Leben im Wege – dieses würde an ihnen vorbei und über sie hinweg fahren.

In seiner Rede auf der Landeskonferenz der technischen Intelligenz im Januar 1946 teilte Karotamm die Intelligenz Estlands in drei Gruppen. Erstens diejenigen, die eine feindliche Einstellung gegenüber der Sowjetmacht in sich trügen, diese aber meistens verbargen; zweitens die Unentschlossenen, welche auf eine mögliche Änderung der außenpolitischen Situation warteten, sowie drittens diejenigen, die auf einer gemeinsamen Plattform mit der Sowjetmacht stünden und zusammen mit der Arbeiterklasse und den werk tätigen Bauern eine neue Gesellschaft erbauen woll-

⁵ EK(b)P KK tööaruanne [Arbeitsbericht des ZK der KPE(b)], in: Eesti Riigiarhiivi Filiaal [Filiale des Estnischen Staatsarchivs, ERAF], Bestand 1, Findbuch 47, Akte 25 (1947), Bl. 18, 20.

⁶ Eesti NSV intelligentsi esimene kongress [Erster Kongress der Intelligenz der Estnischen SSR], Tallinn 1945, S. 17f.

ten.⁷ Im Vergleich zur zitierten Rede vom Anfang 1945 wurde die erste Gruppe diesmal in schärferen Worten kritisiert: In den älteren Sowjetrepubliken seien die Intellektuellen, die es nicht gelernt hätten, die sowjetische Staatsordnung zu schätzen, „vom Rad des Lebens überfahren“ worden. Die Mehrheit der Skeptiker müsse sich zu „tüchtigen Arbeitern und ehrlichen Sowjetbürgern“ entwickeln. In diesem Ton einer begrenzt anerkennenden, gleichzeitig aber fordernden und drohenden Rhetorik wurden die eigentlichen Repressionen und Verfolgungen durchgeführt. Einige der so genannten alten Intellektuellen durften noch im eigenen Fach arbeiten, dies gelang manchmal sogar einigen ehemaligen politischen Gefangenen oder Deportierten – z. B. dem Sprachwissenschaftler Paul Ariste oder dem Chemiker Paul Kogerman. Daneben war man bestrebt, die Exilgemeinden in Westeuropa und Übersee zu schwächen, weshalb man für die Repatriierung warb und gerade auch die Intelligenz aus dem Exil zurückzulocken versuchte.

Dabei war die Politik nicht in allen Lebensbereichen dieselbe: Im Rechtssystem z. B. wurde schon in den ersten Nachkriegsjahren eine strenge Säuberung durchgeführt. Eine besondere Gruppe bildeten auch die Geistlichen, die schon auf Grund der sowjetischen Ideologie unter einen Pauschalverdacht gerieten. Im Arbeitsbericht des ZK aus dem Jahre 1947 hieß es, dass die evangelischen Geistlichen den bürgerlichen Nationalisten vielfältige Hilfe erwiesen und in ihren Predigten mehr oder weniger verschleiert gegen die Sowjetmacht aufträten. Eine ganze Reihe von evangelischen „Popen“ unterstütze und verberge zudem die „Banditen“, wie die Partisanen der „Waldbrüder“ im sowjetischen Vokabular meist genannt wurden. Die orthodoxe Kirche hingegen, so hieß es im Arbeitsbericht, stünde auf einer loyaleren Position.⁸ Im Jahre 1945 wurden in Estland überhaupt nur 87 ordinierte evangelische Geistliche registriert. Mehr als 20 von ihnen wurden 1944–1949 verhaftet.⁹ Der Sicherheitsdienst hat versucht, auch unter den Geistlichen eine eigene Agentur aufzubauen, jedoch blieben die Ergebnisse dieser Aktion zunächst eher mager.

1947 hieß es im Leitartikel der Zeitschrift „Eesti Bolševik“ (Der estnische Bolschewik), dass die „Überreste des Kapitalismus“ am stärksten „in den Kreisen einer gewissen bürgerlich-nationalistischen Intelligenz verwurzelt“ seien, welche „in ihrem ganzen Wesen“ mit den „Resten der zerstörten Ausbeuterklasse“ verbunden sei.¹⁰ Sogar der „beste und fort-

⁷ NIKOLAI KAROTAMM: Uut elu ehitades. Kõnesid ja kirjutisi 1945/1946. aastal [Das neue Leben erbauend. Reden und Aufsätze 1945/1946], Tallinn 1946, S. 340f.

⁸ EK(b)P KK tööaruanne (wie Anm. 5), Bl. 4.

⁹ RIHO ALTNURME: Eesti Evangeeliumi Luteriusu Kirik ja Nõukogude riik 1944–1949 [Die evangelisch-lutherische Kirche Estlands und der Sowjetstaat], Tartu 2001, S. 81f., 256, 278.

¹⁰ Haritlaskonna kasvatamisest marksismi-leninismi vaimus [Über die Erziehung der Intelligenz im Geiste des Marxismus-Leninismus], in: Eesti Bolševik [Der estnische Bolschewik] 1947, Nr. 10, S. 3.

schrittlichste Teil“ der Intelligenz würde häufig unter antisowjetischen Einfluss fallen, da keine unüberwindliche Hürde ihn vor dem „bürgerlich-nationalistischen Gift“ schütze. Kurz gesagt, der Verführer stellt überall seine Fallen auf, und eigentlich sind alle Intellektuellen gefährdet oder verdächtig. Bildung wurde geradezu als Erbsünde behandelt, wodurch es möglich wurde, einen unkonkreten und allgegenwärtigen Feind zu mystifizieren. Erst einmal jedoch empfahl die Partei eine „erprobte Waffe“ anzuwenden – „bolschewistische Kritik und Selbstkritik“.¹¹ Aus der wissenschaftlichen und überhaupt aus jeder schöpferischen Arbeit müsse der Liberalismus, der jegliche scharfe Kritik an Kollegen für unangebracht hält, ausgemerzt werden. Von der so genannten schöpferischen Intelligenz, den Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern, wurde erwartet, dass sie eigene Mängel an den Tag brächten, ihre früheren Werke kritisierten, Fehler zugäben und bereuten.

Am 21. März 1948 fand in Tallinn der 2. Gebildetenkongress der Estnischen SSR statt. Die Grundsatzrede sowie die Schlussfolgerungen stammten von Eduard Päll, dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Estnischen SSR. Er erinnerte an die jüngst verkündeten Worte von Andrej Ždanov, einem der führenden Ideologen der sowjetischen Kommunisten: „Das Zentrum des antimarxistischen Kampfes ist heutzutage nach Amerika und England verlegt worden [...]. Die abgenutzten Waffen der Geistesblindheit und religiöser Vorurteile [...] sind wieder ans Tageslicht geholt worden: der Vatikan und die Rassenlehre, dreister Nationalismus und [...] demoralisierte bürgerliche Kunst.“¹² Hieraus ergaben sich die die neuen Schwerpunkte der politischen Haltung gegenüber den Intellektuellen, die auch von Päll hervorgehoben wurden: die Bemühungen, die Intelligenz weltanschaulichen umzuerziehen, seien bislang zu schwach gewesen; die bürgerlichen Nationalisten, die direkten Feinde, verheimlichten immer noch ihr wahres Gesicht; der Anbetung des Auslands solle ein Ende gemacht, der volksfremde Formalismus aufgegeben werden. Es sei an der Zeit, mit der Unentschlossenheit und dem Zögern endlich entschieden Schluss zu machen. Zweifelnde Intellektuelle liefen Gefahr, „für die Entwicklung Ballast zu werden.“ Das Schicksal von Ballast sei jedoch bekannt – er werde als Störfaktor vom Weg gestoßen. In den letzten Jahren habe unter den Intellektuellen der älteren und mittleren Generation „ein Prozess der Umwandlung“ sowie ein gewisser Diversifizierungsprozess stattgefunden. Ein großer Teil habe angefangen, seine Weltanschauung zu verän-

¹¹ JOHANNES KÄBIN: Mõningatest Eesti NSV Teaduste Akadeemia tööküsimustest [Über einige Arbeitsfragen der Akademie der Wissenschaften der Estnischen SSR], in: Eesti Bolševik 1947, Nr. 24, S. 22.

¹² Intelligentsi ülesanded sotsialistlikus üleshitustöös (ENSV Ülemnõukogu esimehe E. Pälli kõnest) [Die Aufgaben der Intelligenz beim sozialistischen Aufbau (Aus der Rede des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der ESSR Eduard Päll)], in: Sirk ja Vasar [Sichel und Hammer], 27. März 1948, Nr. 13.

dern und die Theorie des Marxismus-Leninismus zu studieren. In geringem Maße jedoch gebe es aber auch in Estland solche Intellektuellen, die gegen die Sowjetmacht eingestellt seien. Diese lernten nichts und hätten auch keine Lust dazu. Päll zufolge schleppe das Schicksal diejenigen, die nicht lernen wollen, eine Weile mit und werfe sie dann vom Weg der Geschichte in den Straßengraben. Nur erbarmungslose Kritik und Selbstkritik könnten die konkreten Fehler und Mängel, aber auch die jeweiligen Schuldigen ans Tageslicht bringen.

1949 verschärfte sich die politische Situation mehrfach. In der Zeit von 25. bis zum 29. März wurden knapp 21 000 Menschen aus Estland deportiert, meistens in den östlichen Teil Russlands. In seinem Auftritt am 9. April 1949 in der Aula der Universität Tartu versuchte Karotamm die düstere Stimmung nach den Deportationen aufzulockern und Hoffnung zu wecken.¹³ Dieser Auftritt des Parteichefs im geistigen Zentrum Estlands missfiel jedoch vielen Mitgliedern der höheren Parteihierarchie. Gegen Ende des Jahres zeigten sich klare Anzeichen eines Machtkampfes in der Parteielite. Sowohl in Moskau als auch in Tallinn arbeitete die Zeit für die Vertreter einer streng dogmatischen Linie. Ein Jahr später begann eine Großaktion mit dem Ziel der endgültigen Gleichschaltung Estlands. Vorbereitet wurde diese durch die Moskauer ZK-Resolution „Über die Fehler und Mängel in der Arbeit der Zentralkomitee der KPE(b)“, die vom 21.-26. März 1950 auf dem VIII. Plenum des ZK der KPE(b) besprochen wurde. Ein wesentlicher Teil des Führungspersonals der Estnischen SSR wurde durch Personen ersetzt, die der Moskauer Zentrale besser passten. Karotamm wurde vom Amt des Ersten Sekretärs des ZK entlassen, an seiner Stelle wurde Johannes (Ivan) Käbin gewählt.

Unmittelbar nach dem Plenum begannen Massensäuberungen, während derer bis zu 400 Wissenschaftler, Dozenten, Schriftsteller, Künstler und Musiker die Möglichkeit verloren, auf ihrem Fachgebiet zu arbeiten; viele wurden verhaftet.¹⁴ Die Duldung des Historikers Hans Kruus, des Literaturwissenschaftlers Nigol Andresen, des Justizministers Aleksander Jõeäär und anderen in der Republik Estland der Zwischenkriegszeit namhaft gewordenen Personen auf bedeutenden Positionen wurde als schwerer Verstoß in der Personalpolitik verstanden. Die genannten Personen wurden jetzt zu „Ideologen des Bürgertums“ erklärt und verhaftet. Der „Eesti Bolševik“ tönte in seinem Leitartikel: „Wir müssen die Luft

¹³ LEMBIT RAID: Vaevatee. Tartu Ülikool kommunistlikus parteipoliitikas aastail 1940-1952 [Der Schmerzensweg. Die Universität Tartu in der kommunistischen Parteipolitik in Jahren 1949-1952], Tartu 1995, S. 56.

¹⁴ ÕIE ELANGO: EK(b)P Keskkomitee 1950. a. VIII pleenum (märts 1950) ja loovintelligents [Das VIII. Plenum des Zentralkomitees der KPE(b) im Jahr 1950 (März)], in: Sirp ja Vasar, 14. April 1989.

Sowjetestlands vom bürgerlich-nationalistischen Marasmus befreien“.¹⁵ Man wies darauf hin, dass sich alte Spezialisten und bürgerliche Intellektuelle immer noch in ihren Zitadellen versteckten, und forderte, dass auf ihre Stellen mehr junge Menschen aus der Arbeiter- und Bauernklasse sowie der sowjetischen Intelligenz befördert werden sollten.

Die Entlassung der „bürgerlichen Nationalisten“ hatte ihre Folgen für die wissenschaftlichen Institutionen und das Bildungswesen, wo es sowieso an qualifizierten Arbeitskräften mangelte. Aus den Angaben von Ende 1947 über die Akademie der Wissenschaften der Estnischen SSR geht hervor, dass von den 727 Mitarbeitern 291 wissenschaftliche Mitarbeiter waren, davon trugen 42 einen Doktor- und 64 einen Kandidatentitel. Auf Stellen, für die eigentlich ein wissenschaftlicher Grad notwendig war, arbeiteten Menschen, die keinen besaßen; 62 Mitarbeiter hatten gar keine höhere Bildung. Trotzdem wurde diesen Angaben hinzugefügt, dass 169 Mitarbeiter (23 %) aufgrund ihres politischen Hintergrunds den Kader „beschmutzen“, gleichzeitig gab es nur 53 Partei- und sieben Komsomolmitglieder (insgesamt 8 % der Mitarbeiter).¹⁶ Allein 1950 wurden aus der Akademie der Wissenschaften der Estnischen SSR über 100 Mitarbeiter aus politischen Gründen entlassen, darunter waren sowohl die Akademiesekretäre Jüri Nuut und Voldemar Vadi als auch mehrere Institutsdirektoren.¹⁷ Nachdem im Laufe eines Jahres 79 Dozenten aus politischen Gründen von der Universität Tartu entlassen worden waren, stellte man im Frühjahr 1951 fest, dass in der medizinischen Fakultät die bürgerlichen Nationalisten immer noch nicht endgültig bloßgestellt und verjagt worden seien.¹⁸ Die Stellen der Spitzenwissenschaftler, die entweder gekündigt hatten oder entlassen worden waren, wurden in der Regel mit wissenschaftlich niedriger qualifizierten Personen besetzt. Zumindest die Produktivität der Wissenschaftler scheint davon durchaus beein-

¹⁵ Lõpuni paljastada kodanlikud natsionalistid, eesti rahva kõige kurjemad vaenlased [Die bürgerlichen Nationalisten, die Erzfeinde des estnischen Volkes, müssen endgültig bloßgestellt werden], in: Eesti Bolševik 1950, Nr. 7, S. 9.

¹⁶ Ettekanne Akadeemia kaadrite koosseisu kohta 20. novembri 1947 seisuga. ENSV Teaduste Akadeemia tegevuse uurimise komisjoni esimehele sm. Käbinile esitanud komisjoni liige J. Martin [Vortrag über die Kaderzusammensetzung der Akademie zum 20. November 1947. Dem Vorsitzenden der Kommission für die Untersuchung der Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften der Estnischen SSR, Genossen Käbin vorgelegt vom Kommissionsmitglied J. Martin], in: ERAF 1-10-4 (1947), Bl. 1-6.

¹⁷ RAID, Vaevatee (wie Anm. 13), S. 265.

¹⁸ EK(b) P Keskkomitee propaganda ja agitatsiooni osakonna ülema asetäitja A. Buračenko 10.03.1951 informatsioon massilisest propaganda-, poliitilisest ja ideoloogilisest tööst aastatel 1949-1950 [Information des stellvertretenden Vorsitzenden der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der EKP(b), A. Buračenko vom 10.03.1951 die über propagandistische, politische und ideologische Massenarbeit in den Jahren 1949-1950], in: ERAF 1-86-3, Bl. 66.

trächtig worden zu sein: 1948 wurden in Estland 93 wissenschaftliche Titel veröffentlicht, 1949 waren es 91, 1950 66 und 1951 nur 63.¹⁹

Im Sommer 1951 wurde Feodor Klement, ein Dozent der Universität Leningrad, zum Rektor der Universität Tartu ernannt. Dieser schränkte die Willkür der Sonder- und Personalabteilung der Universität, die für die Säuberungen zuständig war, ein. Daraufhin wurde die Verfolgung der Studenten aus politischen und ideologischen Gründen zwar auch im folgenden Jahr systematisch fortgesetzt, doch verringerte sie sich gegenüber den Dozenten in wesentlichem Maße.²⁰

Nicht nur die Mitarbeiter der höheren Bildungsanstalten wurden verfolgt. Allein im Jahre 1950 wurden 200 Schullehrer aus politischen Gründen aus ihrem Amt entlassen, 22 wurden verhaftet. Gleichzeitig arbeiteten in den Schulen immer noch 500 Lehrer, die während der estnischen Unabhängigkeit verschiedenen politischen Parteien und anderen Organisationen angehört hatten. 104 Personen hatten in der deutschen Armee gedient; das Stigma, 1941-1944 unter der deutschen Besatzung in Estland geblieben zu sein, trugen 5 900 der insgesamt 7 500 Lehrer.²¹ Nur 266 Lehrer und 23 Schuldirektoren hatten in der Sowjetarmee gedient. 1951 wurden erneut 439 „politisch unerwünschte“ Personen aus den Schulen entfernt, in denen es eigentlich nur noch eine „Handvoll“ feindlicher Elemente geben sollte; 150 Pädagogen wurden für kürzere oder längere Zeit verhaftet.²² Meistens musste man einen erfahrenen Lehrer durch jemanden ersetzen, der nur in Eile mithilfe von Kursen vorbereitet werden konnte, häufig keine spezielle Ausbildung durchlaufen hatte und nur eine geringe Allgemeinbildung besaß. Folglich sank das durchschnittliche Bildungsniveau der Lehrer: Im Schuljahr 1950/51 gab es in der Oberstufe nur 401 Lehrer mit höherer Bildung (53,5 %).²³

Anfang der 1950er Jahre war die Lage in vieler Hinsicht pathologisch und barg alle Anzeichen einer Krise. Die extrem kommandowirtschaftliche Industriegesellschaft erforderte Funktionäre mit Hochschulbildung. Gleichzeitig jedoch vergrößerte sich in den Nachkriegsjahren die Zahl der Intellektuellen, die ja zum Funktionieren der Gesellschaft notwendig waren, kaum, sondern verringerte sich in vielen Lebensbereichen noch.

¹⁹ KARL MARTINSON: Teadlane ja teaduslik publikatsioon Eesti NSV-s [Der Wissenschaftler und die wissenschaftliche Publikation in der Estnischen SSR], Tallinn 1973, S. 17, 68.

²⁰ RAID, Vaevatee (wie Anm.13), S. 265.

²¹ HEINART PUHKIM: Pedagoogilise kaadri repressioonidest sõjajärgses Eestis [Über die Repressionen am pädagogischen Kader in Estland während der Nachkriegszeit], in: Haridus [Bildung] 1991, Nr. 10, S. 12f.

²² Ebenda, S. 14.

²³ AINO KITS: Õpetajakond ja tema kutsealane ettevalmistus esimesel sõjajärgsel viisaastakul (1946-1950) [Die Lehrerschaft und ihre Fachausbildung im ersten Jahrfünft nach Kriegsende (1946-1950)], in: Nõukogude Kool [Die sowjetische Schule] 1985, Nr. 5, S. 56.

Es mangelte an Agronomen,²⁴ Ärzten,²⁵ Ingenieuren²⁶ usw. Die Zahl der Hochschulabsolventen blieb zu gering, als dass die Lücke rasch zu schließen gewesen wäre.²⁷ Dadurch wurde deutlich, dass die Intellektuellenpolitik auf Grund gelaufen war und die Situation ad absurdum geführt wurde. In Estland gab es nahezu keine einheimischen Kader mit einem sauberen Lebenslauf. Es gab immer etwas Negatives in den Lebensläufen älterer Menschen, den Jüngeren wurden wiederum die Sünden der Eltern oder Verwandten, das Tragen der deutschen Uniform o.ä. vorgeworfen. Selbst Personen, die mit Begeisterung dem sowjetischen Regime zu dienen gedachten, wurden deswegen zur Seite geschoben. Vieles hing von der Personalabteilung ab, die in jeder Institution die Vertretung der Sicherheitsdienste darstellte. Der Historiker Tõnu Tannberg bestätigt, dass das „größte Hindernis für die Beförderung der örtlichen Kader nicht der Parteiapparat, sondern die Sicherheitsorgane darstellten, ohne deren Einverständnis die Positionen in der Nomenklatur nicht besetzt werden konnten“.²⁸ Letzten Endes begriffen auch die höheren Kreise im Kreml, dass gewisse Änderungen notwendig waren.²⁹

Der VI. Kongress der KPE(b) im April 1951 verpflichtete die Parteiorganisation, ihre Arbeit mit der Intelligenz zu verbessern. Man stellte fest, dass die bürgerlichen Nationalisten zerschlagen seien, der erbarmungslose Kampf jedoch fortgesetzt werden müsse. Dabei wurde befohlen, Kampagnen zu vermeiden und gegenüber den Gebildeten eine differenzierte Politik zu entwickeln. Als Richtlinie galt, die kontrollierende und lenkende Tätigkeit der Partei den Intellektuellen näher zu bringen und die Aktivität der Parteiorganisationen in den ideologischen Institutionen effizienter zu machen.³⁰

²⁴ 170 aastat kõrgemat põllumajanduslikku haridust Eestis [170 Jahre höhere landwirtschaftliche Bildung in Estland]. Bd. 1, hrsg. von JÜRI KUUM, HANS KEDDER, Tallinn 1976, S. 115.

²⁵ HELLA MERILA-LATTIK: Muutused Eesti arstkonnas alates 1939. aastast [Die Veränderungen in der estnischen Ärzteschaft nach 1939], in: Kultuur ja Elu [Kultur und Leben] 1990, Nr. 7, S. 8-10.

²⁶ EK(b)P KK tööaruanne (wie Anm. 5), Bl. 18.

²⁷ Tartu ülikooli ajalugu [Geschichte der Universität Tartu] Bd. 3, 1918-1982, hrsg. v. KARL SILIVASK, HILAR PALAMETS, Tallinn 1982, S. 203, 210; Tallinna Polütehniline Instituut (wie Anm 2), S. 155; Ehitusinsenerid TPI-st [Die Bauingenieure aus dem Tallinner Polytechnischen Institut], Tallinn 1986, S. 247f.; EK(b)P KK tööaruanne (wie Anm. 5), Bl. 18.

²⁸ TÕNU TANNBERG: „Lubjanka marssal“ Nõukogude impeeriumi äärealasid reformimas. Beria rahvuspoliitika eesmärkidest ja tagajärgedest 1953. aastal. III [Der „Marschal der Lubjanka“ beim Reformieren der Randgebiete des Imperiums. Über die Ziele und Folgen der Nationalpolitik Berijas 1953. Teil III], in: Tuna 2000, Nr. 1, S. 51. Die ersten beiden Teile dieses Artikels sind erschienen in Tuna 1999, Nr. 3 und 4.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Intelligentsi ideelis-poliitiline kasvatamine olgu parteiorganisatsioonide tähelepanu keskpunktis [Die ideell-politische Erziehung der Intelligenz muss im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen], in: Eesti Bolševik 1951, Nr. 14, S. 9-16.

Die Beziehung zwischen der estnischen Intelligenz und dem Sowjetregime in der Zeit des Stalinismus kann als eine vertikale, vor allem auf Angst und Zwang beruhende, teils sogar irrationale Beziehung zwischen Unterworfenen und Unterwerfer charakterisiert werden. Es gab Intellektuelle, die aktiv den Widerstand im Untergrund unterstützten. Die Reaktion in der breiteren Gebildeten-schicht war jedoch eher passiver Widerstand bzw. das bloße Bemühen um das eigene Überleben.

Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erhielt das Verhältnis zwischen Staat und Bildungselite Züge eines Dialogs zwischen der Intelligenz eines undemokratischen Staats und der allmächtigen Parteibürokratie. Man war gezwungen, die totale Machtvollkommenheit, die endlose Wiederholung der einen Ideologie sowie die Vorschriften der Partei anzupassen an die Notwendigkeit des Anhörens, verhaltener Diskussionen und des Dialogs. Somit wurde der rationale Faktor im Verhältnis des Staats zu den Intellektuellen gestärkt. Der Widerspruch zwischen der offiziellen Politik gegenüber der Intelligenz und den objektiven Entwicklungsbedürfnissen des Landes entschärfte sich zwar, wirkte jedoch noch weiter. Während der so genannten Tauwetterperiode unter Nikita Chrusčev sprach die schöpferische Intelligenz öffentlich über das Recht auf Fehler: „keine Fehler macht nur der, der gar nichts macht“.³¹ Unter dem immer noch währenden ideologischen Terror verstand man unter dieser entschuldigenden Formulierung die Erlaubnis zu Experimenten und zur Suche nach Neuem. In der Geschichte der estnischen Intelligenz fing ein neuer Abschnitt an, der durch eine sukzessive, mal mehr, mal weniger erfolgreiche Erweiterung des geistigen Raumes charakterisiert war.

SUMMARY

Features of the Stalinist intelligentsia policy

This article provides an overview of the attempts by the Communist regime to integrate educated Estonians into the totalitarian political system. Along with repressions (arrests, deportations, dismissals and the like) the Soviet regime tried to force some educated people to cooperate using propaganda, intimidation and privileges. The lack of politically loyal intellectuals was alleviated by recruiting them from other parts of the Soviet Union. Still, of those occupying leading positions in the econ-

³¹ Kirjandus- ja kunstitöötajate vabariikliku nõupidamise stenogramm 2. aprillil 1963. aastal [Stenogramm der Republikskonferenz der Literatur- und Kunstarbeiter am 2. April 1963], in: ERAF 1-4-3005, Bl. 131.

omy in 1947 only 13.2 % had a university degree and 62.4 % did not even have secondary education.

The breakthrough was made at the Plenary Meeting of the Central Committee of the Estonian Communist Party in March 1950, which in addition to the replacement of the local leadership started an extensive repression campaign to eradicate “bourgeois nationalism”. The campaign lasted until the “thaw” that started after Stalin’s death. Some educated people who had cooperated with the Soviet regime and become ministers such as Hans Kruus and Nigol Andresen were also repressed. The cleansing campaign involved some fields that were little related to the Communist ideology. In particular, a lot of doctors were fired. As a result, the number of educated people dramatically decreased. Only 53.5% of high school teachers in 1950-51 had finished high school themselves.

The new stage in relations between the authorities and educated people in the second half of the 1950s is characterised by greater mutual adjustment.

MITTEILUNGEN

GROSS UND KLEIN IN DER GESCHICHTE DES OSTSEERAUMS. *Die Veränderung der Staatenwelt durch die Jahrhunderte und ihre historiographischen Reflexionen: Ständige Konferenz der Historiker des Ostseeraums (SKHO). Tartu, 29. Juni – 2. Juli 2005.*

Die SKHO hat sich zum Ziel gesetzt, ihren Mitgliedern aus den zehn Ländern des Ostseeraumes ein Begegnungs- und Diskussionsforum zu sein, auf dem die diese Region konstituierenden und prägenden geschichtlichen Entwicklungen zur Sprache gebracht werden. Das Oberthema der 4. Tagung war dementsprechend breit gewählt, wobei die „staatstragende“ Historiographie der Ostseeanrainer von zentraler Bedeutung sein sollte. Nach der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Gastgeber Mati Laur (Tartu) führte Horst Wernicke (Greifswald) in das Tagungsthema ein, wobei er die Besonderheit der Tagungen der SKHO betonte, die für gewöhnlich sowohl mittelalterliche, frühneuzeitliche sowie zeithistorische Themen zum Gegenstand haben.

Norbert Angermann (Hamburg) eröffnete die Reihe der Vorträge mit einer Würdigung der Verdienste deutschbaltischer Historiker um die seit 1876 im Hansischen Geschichtsverein konzentrierte Beschäftigung mit der Hansegeschichte. Schon allein die zentrale Stellung der baltischen Städte im Hansehandel habe dazu geführt, dass die Relevanz der Hanse in der livländischen Geschichte sich auch in der deutschbaltischen Historiographie niederschlug. Stadthistoriker wie Konstantin Mettig (zu Riga), Heinrich Laakmann (zu Pernau) oder der im Juni 2005 verstorbene Heinz von zur Mühlen (zu Reval) nahmen zwangsläufig auch hansische Themen auf, und für den Russlandhandel leistete namentlich Wolfgang Schlüter Grundlegendes. Die aus dem Baltikum stammenden Waitz-Schüler Konstantin Höhlbaum und Goswin von der Ropp zeichneten für die großen Editionsprojekte der Hansischen Urkunden und der Hanserecesse mit verantwortlich, außerdem trat Wilhelm Stieda als Quellenherausgeber hervor. Wie kein anderer hat nach dem Zweiten Weltkrieg der aus Reval stammende Hamburger Professor Paul Johansen das westdeutsche Bild des hansischen Osthandels geprägt. In der Diskussion nahm Angermann dezidiert Stellung zu der von Johansen aufgestellten These, der Russlandhandel habe längere Zeit nur Luxusgüter umfasst und sei von keiner großen Bedeutung für die Hanse insgesamt gewesen, wohingegen die neuere russische Forschung (Elena Rybina)

behauptet hat, dass der Hansehandel nicht so wichtig für die Stadt gewesen sei. Angermann kritisierte beide Ansichten, da einerseits das Kontor in Russland sehr stark frequentiert worden sei und andererseits ohne die Hanse sich weder der Novgoroder Metall- noch der Pelzhandel in dem Maße entwickelt hätten.

Der Tartuer Mediävist Anti Selart wies auf kommunikationstechnische Besonderheiten im Verhältnis Livlands mit dem Papsttum hin. Ihm zufolge ist die oft gestellte Frage nach den Einflussmöglichkeiten der Kurie im äußersten Nordosten, die oft nur aus dem Inhalt der päpstlichen Botschaften herausgelesen worden seien, in erster Linie eine Frage der Navigations- und Reisebedingungen. Schon aus Gründen der mangelnden Informationen über die Situation in Livland war man in Rom von den Petenten abhängig. Die von Selart vorgenommene Analyse der päpstlichen Urkunden in Bezug auf den Zeitpunkt ihrer Abfassung sowie in Bezug auf die von ihnen behandelte Region bestätigt für die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts einen Höhepunkt der Livland betreffenden Urkunden von Oktober bis Januar sowie im April. Ein ähnlicher Befund ergab sich bei der Untersuchung der Dänemark betreffenden Urkunden. Offensichtlich gab es daher eine Art Wettrennen der verschiedenen livländischen Petenten zur Kurie, wofür die ersten im Frühling aus Lübeck nach Livland segelnden Schiffe auf ihrer Rückfahrt genutzt worden. Diese spezifischen Jahresrhythmen spiegeln somit in erster Linie die Reisemöglichkeiten, nicht die Interessen der Parteien.

Mit der recht neuen Richtung der Archäologie der Reformation machte im Anschluss Edgar Ring anhand des Lüneburger Beispiels bekannt. Schon seit dem 15. Jahrhundert hätten Alltagsgegenstände religiöse Motive gezeigt, die oft von einer graphischen Vorlage auf Ton übertragen worden seien. Die Reformation habe die Motive u.a. um Kampfbilder ergänzt. In Lüneburg hatte sich die Reformation spätestens 1530 durchgesetzt, wobei v.a. Brauer und Kaufleute sich zu dem neuen Glauben bekannten. Ring zeigte anhand von Ausgrabungsfunden die Umstellung des lokalen Handwerks auf „protestantische“ Produktion, zu der Andachtstafeln und Lutherporträts auf Alltagsgegenständen gehörten. Dies sei als Serienproduktion im Dienst der Reformation zu deuten, die bis ins späte 16. Jahrhundert kontinuierlich fortgesetzt worden sei und eine spezifische Identität im öffentlichen und privaten Raum illustriert habe. Zu den Abnehmern dieser Produktion dürfte in erster Linie das Bürgertum gezählt haben.

Der in Narva/Estland lehrende Osteuropahistoriker Karsten Brüggemann befasste sich in seinem Vortrag über „die heimliche Liebe der Esten zum Meer“ mit einem eigentümlichen Widerspruch zwischen der estnischen Fremd- und Selbstwahrnehmung. Während sich die Esten selbst als klassisches Bauernvolk imaginieren, sah schon die frühe russische Ethnographie sie nicht zuletzt aufgrund der geographischen Lage

des Landes als „Menschen des Meeres“. Estnische Forscher hätten selbst bereits eine auffällige Abwesenheit der Ostsee im nationalen Diskurs festgestellt. Brüggemanns Ausführungen fragten anhand von schriftlichen Quellen und der oralen Tradition nach der Rolle des Meeres für die estnische Nation. Obgleich bereits während des „nationalen Erwachens“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine estnische „Meeresmentalität“ beschworen wurde, geriet sie im Laufe des 20. Jahrhunderts in Vergessenheit und lebte höchstens noch in der Legende von den estnischen Wikingern, die Ende des 12. Jahrhunderts das schwedische Handelszentrum Sigtuna brandschatzten. Für das junge nationale Narrativ wiederum war diese Legende konstitutiv, um zu zeigen, was die Nation durch die deutsch-dänische Kolonisation im 13. Jahrhundert verloren habe. Während der Sowjetzeit wiederum könnte eine nähere Beschäftigung mit der Beziehung der Esten zum Meer schon aus ideologischen Gründen unerwünscht gewesen sein. Gerade die Sowjetisierung des Landes habe an den Küsten, die von nun an zu einer streng bewachten Grenze wurden, zu einem Traditionsbruch geführt, der sich in der Emigration ganzer Bevölkerungsgruppen wie der Küstenschweden und der Deportation ganzer Berufsgruppen (Kapitäne, Matrosen, Fischer) nach Sibirien äußerte.

Einen interessanten Blick auf Reval im Seekrieg lieferte Juhan Kreem vom Stadtarchiv Tallinn. Er behandelte eine wohl als einmalig zu bezeichnende Aktion der Stadt im Jahre 1526, als sie 5 Schiffe ausrüstete, die den ehemaligen Gotländer Hauptman Sören Norby, der im selben Jahr von den Dänen verjagt worden war, vor Narva zur Schlacht stellten. Anhand der im Tallinner Stadtarchiv verwahrten Soldlisten legte Kreem eine materielle Bilanz des Unternehmens vor, das er im Revaler Kontext als „beachtliche Leistung“ qualifizierte. Die Stadt hätte sonst nie mehr als 2 oder höchstens 3 Schiffe gleichzeitig im Dienst gehabt. Wie im Kriegswesen der Zeit üblich, behalf man sich mit Söldnern, ein Personal, das sich durch extrem hohe Fluktuationsraten auszeichnete. Auch die eingesetzten Schiffe waren angeworben worden, von den 5 Schiffen stammte je eins aus Turku und Gotland, während nur eines ausdrücklich aus Reval selbst kam. Reval scheint im frühen 16. Jahrhundert ein Zentrum der Söldneranwerbung gewesen zu sein, doch zeigt eine Untersuchung der 1526 aufgelisteten Namen, wie international die gegen Norby eingesetzte Mannschaft tatsächlich war, denn neben Livländern stellten Skandinavier einen großen Anteil, wobei aber auch u.a. Bremen, Köln und Brügge vertreten sind. Zu vermuten ist, dass auch einige wenige Esten und Finnen teilgenommen haben, doch lässt sich ihr genauer Anteil schwer abschätzen.

Evgenija Nazarova (Moskau) untersuchte in ihrem Beitrag die russischsprachige Historiographie zum Livländischen Krieg, wobei sie ihre Ausführungen auf drei aus dem Baltikum stammende Historiker

beschränkte: Robert Vipper, Karlis Landers, Jānis Zutis. In allen Fällen sei die Einflussnahme des Staates auf die akademische Forschung augenfällig gewesen. Vor allem die dritte, 1945 erschienene Ausgabe von Vippers Buch über Ivan IV. (Original 1922) sei in diesem Zusammenhang symptomatisch, da sie, für die Massenverbreitung konzipiert, die Schablonen des stalinistischen Geschichtsbildes getreulich übernahm, obgleich ihr Autor grundsätzlich als Gegner des Regimes zu bezeichnen sei. Anhand der von Landers und Zutis in den 1930er Jahren verfassten Artikel für die „Große Sowjetenzyklopädie“ zu baltischen Themen könne nachvollzogen werden, wie sich in diesen Jahren das offizielle Bild des Livländischen Kriegs herausgebildet habe. Während im Text zu Estland 1933 der Krieg noch kaum erwähnt wurde, hätte sich die Sicht des Regimes auf Ivans IV. Baltikumpolitik 1938, als der entsprechende Artikel veröffentlicht wurde, zementiert. Abweichungen von diesen Schemata seien in der Folge nicht mehr möglich gewesen.

Olaf Mertelsmann (Tartu) stellte der estnischen Geschichte die Frage, ob es aus ökonomischen Gründen sinnvoll gewesen sei, aus dem Imperium auszuscheren, wo doch zweimal im 20. Jahrhundert alte ökonomischen Bindungen deswegen aufgelöst worden sind. Vor dem Ersten Weltkrieg habe Estland ökonomisch stark von der Einbindung in den imperialen Rahmen profitiert, auch wenn die Besitzverteilung ungerecht gewesen sei. Nach der Unabhängigkeit konnte sich das Land nur bis 1922 als Transitland profilieren, danach sei das Wirtschaftswachstum eher moderat gewesen. All dies sei jedoch schwierig nachzuvollziehen aufgrund der Veränderung in der Methodik der statistischen Datenerfassung. Mertelsmann zufolge sei sogar damit zu rechnen, dass hierdurch die schwache Leistung z.B. der estnischen Landwirtschaft absichtlich verschleiert werden sollte. Die sowjetische Darstellung stand nach 1944 vor dem Dilemma, die estnische Unabhängigkeit verdammen zu wollen und zugleich das Zarenreich nicht zu verherrlichen. Mertelsmanns Beurteilung der Sowjetisierung der estnischen Wirtschaft ist eindeutig. Der Einbezug in das Sowjetimperium sei verheerender gewesen als die Folge der Kriegszerstörungen. Zwar handelte es sich beim sowjetischen System keinesfalls um koloniale Ausbeutung, da sich Investitionen und Ausfuhren grundsätzlich die Waage hielten. Die Ineffizienz der Kommandowirtschaft jedoch verstärkte die Auffassung, dass für die eingangs gestellte Frage die Wirtschaftsform des Imperiums entscheidend sei. Nach 1991 hingegen habe sich die Eigenstaatlichkeit als Garant für eine positive ökonomische Entwicklung erwiesen.

Torbjörn Eng (Stockholm) erläuterte die Konzeptionalisierung schwedischer Herrschaftsformen in der Frühen Neuzeit, die Schweden fundamentale Veränderungen gebracht hätte. Die Zentralmacht vergrößerte ihren Einfluss auf sowie ihre Kontrolle über Gesellschaft und Untertanen. Zudem erlebte Schweden eine erhebliche territoriale Expan-

sion und später seinen Abstieg als Großmacht. Während der Zeit der Expansion wurden verschiedene neue Territorien unter der schwedischen Krone aufgrund verschiedener legaler Grundlagen vereinigt. Diese Entwicklung machte den schwedischen Staat wirtschaftlich, sozial, politisch, juristisch und administrativ heterogener, so dass er zu einem weiteren „Mischstaat“ in Europa wurde. Eng analysierte die Rezeption der Zusammensetzung der schwedischen Herrschaftssphäre, die größer war als die Grenzen des eigentlichen Reiches, und erläuterte die Konzepte „Schweden“ und „Reich“ während der vornationalen Epoche, als die territorialen Rahmen Schwedens wie wir sie heute kennen sich noch keineswegs herauskristallisiert hatten. Das Konzept „Schweden“ wurde, so die wesentliche Schlussfolgerung Engs, durch die gesamte aufgezeichnete Geschichte hindurch auf unterschiedliche Weise verstanden und ausgedrückt, wobei hieran wesentlichen Anteil die jeweiligen Zeitläufe sowie die fließende Natur der Grenzen in Zeit und Raum hatten.

Der Hamburger Historiker Ralph Tuchtenhagen beschäftigte sich mit dem dualistischen Konzept von Hegemonie und Gleichgewicht, dessen Wirkung für den Ostseeraum bislang noch nicht untersucht worden sei. Nach Auffassung der Dehio-Schule hätten sich die bedeutenden Entwicklungen der Frühen Neuzeit im atlantischen Bereich und in Eurasien, nicht jedoch im Ostseeraum abgespielt. Zwischen 1890 und 1940, unter dem Einfluss von Geopolitik, Volkstumsforschung und Rassenlehren, sei die Ostsee von deutschen und schwedischen Historikern als „germanisches Meer“ gesehen worden, als modernes Mittelmeer, das Natur und Geist der germanischen Welt besessen und als Damm gegen das „asiatische Nomadentum“ gedient habe. Ein einheitliches „Dominium maris Baltici“ habe jedoch erst Schweden begründen können. Demgegenüber sei in der internationalen Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem der russische, niederländische und britische Einfluss in der Region betont worden, wobei sich in den 1970er Jahren das sozialwissenschaftliche Paradigma in Bezug auf die Handelsgeschichte durchgesetzt hätte. So konnte der Nachweis erbracht werden, dass im wirtschaftlichen Sinne das schwedische „Dominium maris Baltici“ auf wackligen Beinen gestanden habe. Die marxistische Forschung habe die Dialektik von Kapitalismus und Feudalismus betont, womit sie auf den Dualismus der politisch-militärischen Hegemonie von Monarchie und Adel einerseits und Bürgertum/Handelshegemonie andererseits hinwies. Für die Gleichzeitigkeit der politisch-militärischen Hegemonie Russlands und der kapitalistischen Englands bot sie jedoch keine Erklärung. Abschließend wies Tuchtenhagen darauf hin, dass es außer der These von der Ostsee als „protestantischem Meer“ keine konfessionell angeleitete Konzeption der Geschichte des Ostseeraums gebe. Auch für die These einer gemeinsamen Ostseeidentität taue bisherige Forschung über die Frühe Neuzeit im Ostseeraum kaum. Wie sich in der Diskussion herausstellte,

zweifelte der Referent auch die identitätsbildenden Potentiale anderer Epochen an.

Unter der interessanten Fragestellung, ob Schweden im 17. Jh. eine Kolonialherrschaft im Baltikum ausgeübt habe, beleuchtete Aleksander Loit (Stockholm) das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, das ab den 1680er Jahren jedoch von Zentralisation und Integrationsbemühungen seitens Stockholms gekennzeichnet gewesen sei. Spätestens jetzt seien die Bauern nicht anders als in Schweden selbst behandelt worden, wie sich in der Reduktionspolitik gezeigt habe. Diese hätte vor allem in Livland zu einer Bauernbefreiung geführt, wäre sie durchgeführt worden. Vor allem den Bildungsreformen, welche die Krone in Est- und Livland anstieß, hätte ein enormes traditionsbildendes Potential für die Bevölkerung innegewohnt. Stockholm wollte sowohl mit den Gemeindeschulen als auch mit der Gründung der Universität Tartu (Dorpat) neue menschliche Ressourcen für die Weiterentwicklung der Gesellschaft heranziehen und sich eine eigene Machtbasis unter den Letten und Esten schaffen, um nicht immer nur mit den Deutschbalten konfrontiert zu sein. Wenn Kolonialbeziehungen durch ihre Ungleichheit charakterisiert sind, so fasste Loit zusammen, dann war vor allem die letzte Phase schwedischer Herrschaft im Baltikum nicht kolonial. Die schwedische Integrationspolitik habe sich auf die Mobilisierung aller Ressourcen konzentriert und gleichzeitig die Emanzipation der einheimischen Bevölkerung vorangetrieben.

Pärtel Piirimäe aus Cambridge sprach über das Thema „Patriot oder Verräter: Johann Reinhold Patkuls polemische Schriften“. Patkul war durch seinen Kampf gegen die schwedische Reduktionspolitik in den 1690er Jahren bekannt geworden, weshalb er 1694 zum Tode verurteilt wurde, bald darauf floh, 1699 in die Dienste August d. Starken trat und 1702 russischer Botschafter in Sachsen wurde. Nach dem Altranstädter Frieden wurde er an Stockholm ausgeliefert und 1707 hingerichtet. Patkuls Auffassung nach habe sich Livland nur dem König von Polen unterworfen und daher nur in Personalunion mit Schweden – weshalb die Reduktion ohne die Zustimmung der Ritterschaft Unrecht sei. Piirimäe analysierte die Auseinandersetzung als Konflikt zwischen dem begrenzten, gewährten Recht des Monarchen auf Herrschaft und dem absolutistischen Anspruch Schwedens. Aus schwedischer Perspektive habe Patkul sich angemaßt, im Namen des Vaterlands aufzutreten, wodurch er zum Verräter wurde, da er selbst nur Livland als Vaterland gelten ließ. Die Reduktion wiederum habe im öffentlichen Interesse gelegen, das Karl XI. wichtiger war als alte Verträge. Abschließend wies Piirimäe darauf hin, dass sich Patkul in seinen Verteidigungsschriften geschickt auf das von Pufendorf postulierte natürliche Recht auf Selbstschutz berief, um gegen den König aufzutreten – Pufendorf war Hofhistoriker Karls XI.

In einem kommunikationsgeschichtlich aufschlussreichen Referat sprach Enn Küng (Tartu) über die Einführung eines Postsystems in Est- und Livland während der schwedischen Herrschaft. Schweden war bis 1636 ohne ein eigenes Postsystem und nur über Dänemark mit Europa verbunden. Bis Ende 1630 waren auch in Livland nach schwedischem Vorbild die Kronbauern zur Beförderung von königlichen Postsachen verpflichtet (Vorspannverpflichtung), seither hatte sich die Gouvernementsverwaltung um die Beförderung zu kümmern. Riga wurde in der Folge zum zentralen Knotenpunkt im Baltikum. Am 5.3.1631 wurde die estländische Postordnung verkündet, die für die staatliche Post entlang der Hauptstraßen ein von den umliegenden Gutsherren zu organisierendes Beförderungssystem vorsah, wofür die Ritterschaft die Verantwortung trug. Da Estland freiwillig unter schwedische Herrschaft getreten war, meinte letztere jedoch, sich ihren Pflichten entziehen zu können. Nach der Verbindung der beiden Postroutennetze in Livland und Ingermanland und dem Anschluss an das Postsystem Schweden-Finnlands entstand in den 1640er Jahren die dringende Notwendigkeit, eine Verbindung mit der Nachbarprovinz Estland herzustellen. Schließlich sei es zu einer Vertraglösung gekommen, so dass auch der estländische Bereich in das schwedische System einbezogen werden konnte, nachdem zuvor das ingermanländische Narva sowie das livländische Tartu die einzigen estnischen Poststationen besaßen.

Erkki Kouri (Helsinki) beschäftigte sich mit der Rolle der finnischen Sprache im Schwedischen und im Russischen Reich. Versuche, in Finnland das Schwedische zu verwurzeln galten im Erbkönigtum als Voraussetzung für einen zentralisierten Staatsapparat. Erfolge zeitigten sich allerdings nur bei der Schwedisierung der finnischen Oberschicht, die Volkssprache blieb Finnisch. Diese Vereinheitlichungspolitik habe dazu geführt, dass die Entwicklung der finnischen nationalen Kultur anhielt. Pragmatische Erwägungen, wenigstens Gesetzestexte ins Finnische zu übertragen, kamen noch im 17. Jahrhundert über Entwürfe nicht hinaus. Im 18. Jahrhundert setzte sich Kouri zufolge diese Diskriminierung fort. Finnische Forderungen, wenigstens die Reichsbeamten in Finnland sollten Finnisch können, wurden von höherer Instanz abgewiesen. Aber auch nach den Napoleonischen Kriegen und dem Einbezug Finnlands als Großfürstentum in das Russische Reich gewann das Schwedische weiter an Präsenz. In einem Spracherlass verboten die Behörden 1850 die Publikation von politischen Schriften auf Finnisch, trotzdem ergab sich nach 1848 eine Wende der Nationalbewegung zur offenen Loyalität dem Zaren gegenüber. Dafür dankte St. Petersburg mit der Einführung von Professuren für Finnisch und finnische Geschichte an der Universität Helsinki. 1858 wurde das Finnische schließlich als Verwaltungssprache auf kommunaler Ebene zugelassen, der Prozess der Ablösung des Schwedischen setzte ein, der bis ins 20. Jahrhundert währte. Als Schlussfolge-

rung betonte Kouri, dass es ohne das Russische Reich keine so rasche Emanzipation des Finnischen gegeben hätte, da das Land unter schwedischer Herrschaft dem irischen Beispiel gefolgt und Finnisch an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden wäre.

Der Berliner Historiker Reinhold Zilch betrachtete die Selbstrepräsentation junger Staaten der Zwischenkriegszeit mit Hilfe von numismatischen Objekten. Als Teil der visuellen Kultur seien Münzen und Scheine Träger nationaler Identität schon aufgrund der zwangsläufigen Totalität ihrer Verbreitung. Nach einem kurzen Überblick über die gemeinsamen Vorgänger der jeweiligen nationalen Währungen in Estland, Lettland, Litauen und Polen, die russischen Rubel sowie das Geld der deutschen Okkupationsverwaltung OberOst–letzteres im Gegensatz zu den Rubeln mehrsprachig!–und der diversen russischen Bürgerkriegsadministrativen, stellte Zilch die alten und neuen Währungen im Bild vor. Dabei sei ein deutlicher Unterschied zwischen den frühen und den späteren Motiven festzustellen, als die Länder und ihre wirtschaftliche Situation sich gefestigt hatten und sie sich aufwändigere Druck- und Prägeverfahren leisten konnten. In den 1930er Jahren sei das Geld aber auch für den Personenkult der jeweiligen Machthaber genutzt worden. Insgesamt sei die Motivwahl von Modernität und Zukunftshoffnung gekennzeichnet gewesen; genutzt wurden v.a. allegorische Figuren und Persönlichkeiten der Geschichte. Dabei hätten „große“ Staaten wie Polen und Litauen in erster Linie ihre Geschichte visualisiert, während in Estland und Lettland allegorische Darstellungen überwogen.

Muntis Auns (Riga) berichtete über die Partizipation der Kleinstädte Alt-Livlands an den Städtetagen im 15. Jahrhundert. Gerade kurländische Magistrate seien sehr selten vertreten gewesen, offenbar aus Gründen der Handelskonkurrenz mit Riga. Auns beklagte, dass es kaum Material gebe, um etwas über die Identität der Kleinstädte und ihre Beziehungen zur Hanse zu erfahren. Die lettische Geschichte gründe sich immer noch auf den Stand der deutschbaltischen Forschung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Heute seien die Verbindungen zur Hanse zwar wieder populär, um die Verbindung des Landes mit Europa zu belegen. Eigene Forschungen hingegen seien nicht erbracht worden, da die Letten sich nur für ihre eigene Geschichte interessierten – und die Hanse als „fremd“ gelte.

Die St. Petersburger Archäologen Denis Chrustalev und Nikolaj Novoselov behandelten mit der Kriegs-Marien-Kapelle in Viru-Nigula eines der umstrittensten Themen der estnischen Architekturgeschichte. Wahrscheinlich wurde diese Kapelle am Ende des 13. Jahrhunderts zur Erinnerung an eine Schlacht errichtet, die 1268 zwischen den Russen auf der einen und Deutschen und Dänen auf der anderen Seite stattgefunden hatte. Sie ist der älteste sakrale Steinbau Wierlands und der einzige mittelalterliche Zentralbau Estlands, was als Hinweis auf russische Ein-

flüsse gesehen werden kann. Chrustalev und Novoselov verglichen Bauweise und Grundriss der Kapelle von Viru-Nigula mit einem ebenfalls Ende des 13. Jahrhunderts errichteten Kirchenbau bei Novo-Ol'govo im Rjazaner Gebiet der Russischen Föderation und kamen zu dem Schluss, dass es sich bei der Kriegs-Marien-Kapelle um den einzigen von russischen Meistern errichteten Sakralbau des Baltikums handele.

Zum Abschluss der Tagung gab die Musikwissenschaftlerin Geiu Rohtla (Tartu) Einblicke in das öffentliche Musikleben der Universitätsstadt zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Bei seiner Entwicklung hätten vor allem die Universitätslehrer selbst eine bedeutende Rolle gespielt, da es keine maßgebliche private oder gesellschaftliche Aktivität in diesem Bereich gab. Die 1802 wiedereröffnete Universität mit ihrer Aula hingegen entwickelte sich rasch zum Mittelpunkt des öffentlichen Lebens der Stadt, seit 1814 vor allem dank der neu gegründeten „Akademischen Musse“, die neben den Professoren auch Vertreter des öffentlichen Lebens der Stadt vereinte. Rohtla zufolge stehe die sozialgeschichtliche Forschung im Bereich der Musikgeschichte in Estland erst an ihren Anfängen. Anhand der in der Unibibliothek vorhandenen Quellen entwickelte sie in ihrem Vortrag Grundzüge eines spannenden Forschungsgebiets. Musik stand allerdings als Gebrauchsmusik im Kanon der Fächer zunächst auf einer Stufe mit Schwimmen, Tanzen und Reiten. Sie habe einen Teil des Alltags verkörpert, doch finden sich in den Quellen wenige Informationen darüber, welche Musik bei gesellschaftlichen Anlässen zum Vortrag kam. Seit 1807 gab es das Amt des Universitätsmusiklehrers; Kandidaten mussten eine eigene Komposition bei der Kommission einreichen. Zur Erbauung der Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden einige dieser Arbeiten im Anschluss an den Vortrag im Historischen Museum der Stadt Tartu vorgetragen.

Tagungen wie diese sind schwer zu resümieren, da die verschiedenen Fragestellungen oft nur die Konstante des Raumes haben. Aber mit Sicherheit bieten die Tagungen der SKHO interessierten Forscherinnen und Forschern die Möglichkeit neue Ergebnisse einem Fachpublikum vorzutragen und neue Kontakte zu knüpfen. Nicht zuletzt geht es auch um die Vernetzung der durch den Kalten Krieg getrennten Ostseeanrainer. Es wäre zu wünschen, dass z.B. die schwedische Historikerzunft sich noch intensiver um das Erbe des *Dominium Maris Baltici* auch im östlichen Ostseeraum kümmerte und die Historiker aus den neuen EU-Staaten einmal ihren nationalen Tellerrand überschreiten. Für den Austausch über die Geschichte des Ostseeraums wären diese Impulse höchst willkommen.

KARSTEN BRÜGGEMANN

DISSERTATIONEN AUS DEM FACHBEREICH GESCHICHTE DER UNIVERSITÄT TARTU SEIT 1991.

Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Estlands 1991 brachte auch eine Änderung des bisherigen Systems der akademischen Grade mit sich. In der Sowjetunion dauerte das Geschichtsstudium fünf Jahre und wurde mit der Abfassung einer Diplomarbeit abgeschlossen. Es folgte eine dreijährige Aspirantur zur Anfertigung einer Dissertation, durch deren Verteidigung der akademische Grad *Kandidat der Wissenschaften* erlangt werden konnte. In der Regel nahm das Verfassen einer Kandidatendissertation jedoch erheblich mehr Zeit in Anspruch: So galt es im Fachbereich Geschichte als ein gutes Ergebnis, wenn die Dissertation fünf bis sechs Jahre nach Abschluss des Universitätsstudiums verteidigt werden konnte. Der höchste akademische Grad in der Sowjetunion war der Grad *Doktor der Wissenschaften*. Die Abfassung einer Doktorarbeit dauerte im Fachbereich Geschichte zumeist etwa zehn Jahre. Somit wurden die Kandidatendissertationen überwiegend im Alter von 30-35 Jahren, die Doktorarbeiten im Alter von 45-50 Jahren verteidigt.

Ab 1976 mussten alle in der Sowjetunion zur Promotion vorgelegten Dissertationen auf Russisch vorliegen, was zusätzlich Zeit kostete. Nach der Promotion wurden die Dissertationen in der Obersten Attestationskommission in Moskau (russ. BAK) durchgesehen. Erst die Bestätigung dieser Kommission, deren Ausstellung ein Jahr oder sogar ein paar Jahre in Anspruch nehmen konnte, verlieh dem Promovierten die mit dem akademischen Grad verbundenen Rechte.

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit wurden die akademischen Grade *Kandidat der Wissenschaften* und *Doktor der Wissenschaften* durch den Magister- und Doktorgrad ersetzt. Es wurde ein dreistufiges Studiensystem eingeführt, dessen erste Stufe das vierjährige (für diejenigen, die das Studium ab dem Jahre 2002 aufnahmen, das dreijährige) Bakkalaureatsstudium, die zweite Stufe das zweijährige Magisterstudium und die dritte Stufe das vierjährige Doktorstudium darstellt. Alle bisherigen Kandidaten der Wissenschaften bewahrten in Estland ihren akademischen Grad, der nun mit dem neuen Doktorgrad gleichgesetzt wurde. Dies ermöglichte auch den Kandidaten der Wissenschaften sich um eine Professur bewerben zu können, was früher in der Regel den Doktorgrad vorausgesetzt hatte. Der Doktorgrad ist auch für die Dozentur erforderlich, so wie im sowjetischen System der *Kandidat der Wissenschaften* hierfür Voraussetzung gewesen war. Für die Lektorenstelle, wofür in der sowjetischen Zeit kein akademischer Grad erforderlich war, begann man jetzt den Magistergrad zu fordern.

Von Fachgebiet zu Fachgebiet hat man auf die Änderungen unterschiedlich reagiert. In der Abteilung für Geschichte der Universität Tartu hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass die neuen Doktoren eher den

an den alten Doktorgrad als den an den Kandidatengrad gestellten Anforderungen genügen müssen, weswegen viele Doktoranden, deren Kandidatendissertationen in der Schlussphase der Fertigstellung waren, sie als Magisterarbeit verteidigten, was deren Niveau in den 1990er Jahren überaus hoch werden ließ. Zugleich war unter denjenigen, die im Fachbereich Geschichte neue Dissertationen verteidigten, eine relativ hohe Anzahl von Personen, die schon in der sowjetischen Zeit den Grad *Kandidat der Wissenschaften* erworben hatten, was in den anderen Fachbereichen ungewöhnlich war. Die allmähliche Vereinheitlichung der an die Dissertationen gestellten Anforderungen an der ganzen Universität hat auch in der Abteilung für Geschichte zu einer Kursänderung geführt, sodass heute bereits die ersten Historiker, die das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, promoviert worden sind.

In den Jahren 1992–2005 sind vor dem Promotionsrat des Fachbereichs Geschichte der Universität Tartu 34 Dissertationen verteidigt worden. 32 davon sind mehr oder weniger mit der estnischen Geschichte verbunden, nur in zwei Dissertationen geht es nicht um Estland. Chronologisch teilen sich die verteidigten Dissertationen relativ einheitlich auf: fünf zur Vorzeit, fünf zum Mittelalter, sieben zur Frühen Neuzeit, sechs zur Neuzeit, fünf zur Zeitgeschichte 1918–1945 und fünf zu den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Geschichte des Altertums ist bisher nur mit einer verteidigten Dissertation vertreten. Da in der Abteilung für Geschichte der Universität Tartu die Doktorarbeiten in drei Fachrichtungen durchgeführt werden – Geschichte, Archäologie und Ethnologie –, sind von den oben genannten Doktorurkunden sechs in der Fachrichtung Archäologie und vier in der Fachrichtung Ethnologie ausgestellt worden.

Gemäß der Promotionsordnung der Universität Tartu gilt für die zur Promotion vorgelegten Arbeiten eine Publikationspflicht. Die Mehrzahl der verteidigten Dissertationen ist im Universitätsverlag *Tartu Ülikooli Kirjastus* veröffentlicht worden, doch sind diese Bücher aufgrund der sehr geringen Auflagenhöhe (in der Regel 80 Exemplare) nur in äußerst begrenztem Maße zugänglich. Die ab 2004 im Universitätsverlag publizierten Dissertationen sind allerdings über das Internet erreichbar unter der URL: <http://www.tyk.ee>. Die anderen im Fachbereich Geschichte verteidigten Dissertationen sind in verschiedenen estnischen Verlagen veröffentlicht worden, von denen die Reihe des Historischen Archivs Estlands (*Scripta Archivi Historici Estoniae*), in der bisher sieben Dissertationen publiziert worden sind, hervorgehoben sei. Von allen verteidigten Dissertationen sind vier auf Englisch, alle übrigen aber auf Estnisch verfasst worden. Die Letzteren sind mit einem englischsprachigen, in einigen Fällen auch mit einem deutschsprachigen Resümee versehen. Wie in den anderen Fachbereichen, so ist auch im Fachbereich Geschichte eine kumulative Promotion auf der Basis zuvor publizierter wissenschaftlicher

Publikationen möglich. Solche Dissertationen gibt es jedoch nur fünf an der Zahl, alle anderen Dissertationen sind als Monographien verfasst und veröffentlicht worden.

Während der sowjetischen Herrschaft gab es Promotionsräte für den Fachbereich Geschichte sowohl an der Universität Tartu als auch am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Estnischen SSR in Tallinn. Die Wissenschaftsorganisation der Republik Estland sieht vor, dass das Promotionsrecht nur den Universitäten vorbehalten ist. Der einzige Promotionsrat für den Fachbereich Geschichte in Estland befindet sich zurzeit an der Universität Tartu. In naher Zukunft sind jedoch die ersten Promotionen auch an der Universität Tallinn, die 2005 durch den Zusammenschluss mehrerer Hochschulen und wissenschaftlicher Einrichtungen entstanden ist, zu erwarten.

ANHANG:

*Die Publikationen der in der Abteilung für
Geschichte der Universität Tartu in den Jahren
1992–2005 verteidigten Dissertationen*

1992

OLAF-MIHKEL KLAASSEN (geb. 1929): Eesti Vabariigi konsulaarpoliitika Aasias ja Aafrikas 1918–1940 / Consular policy of the Republic Estonia in Asia and Africa 1918–1940, Tartu 1991 (Dissertationes Historiae Universitatis Tartuensis, 1).

1993

JÜRI LINNUS (1926–1995): Maakäsitöölised Eestis 16. sajandist kuni 19. sajandini [Die Landhandwerker im estnischen Gebiet vom 16. bis 19. Jh.], Tartu 1991 (Dissertationes Historiae Universitatis Tartuensis, 2).*

1996

TÕNU TANNBERG (geb. 1961): Maakaitseväekohustus Balti kuberman- gudes 19. sajandi 1. poolel (1806–1856), Tartu 1996 (Scripta Archivi Historici Estoniae, 1). *Milizpflicht in den baltischen Gouvernements in der ersten Hälfte des 19. Jh. (1806–1856)*. Zusammenfassung, S. 289–293.
VALTER LANG (geb. 1958): Muistne Rävalla. Muistised, kronoloogia ja maaviljelusliku asustuse kujunemine Loode-Eestis, eriti Pirita jõe

alamjooksu piirkonnas, Tartu 1996 (Muinasaja teadus, 4). *Prehistoric Rävåla: antiquities, chronology and the establishment of farming settlement in North-West Estonia, with special reference to the area on the lower reaches of the Pirita River*. Summary, S. 543-629.

1997

EERO MEDIJAINEN (geb. 1959): Saadiku saatus. Eesti Välisministeerium ja saatkonnad 1918-1940, Tallinn 1997. *The Estonian Foreign Ministry and legations 1918-1940*. Summary, S. 301-310.

1999

VAHUR MADE (geb. 1971): Eesti ja Rahvasteliit, Tartu 1999 (Dissertationes Historiae Universitatis Tartuensis, 3). *Estonia and the League of Nations*. Summary, S. 238-242.

AGO PAJUR (geb. 1962): Eesti riigikaitsepoliitika aastail 1918-1934, Tartu 1999 (Uurimusi ja allikmaterjale Eesti sõjaajaloost, 2). *Die Verteidigungspolitik Estlands 1918-1934*. Zusammenfassung, S. 318-326.

ALDO KALS (geb. 1945): Hariduse osa Eesti nägemisvaegurite integratsiooni ajaloos. Kokkuvõtlik ülevaade, Tartu 1999. *On the role of education in history of integration of the Estonian blind and visually impaired*. Summary, S. 22-23.*

2000

MATI LAUR (geb. 1955): Eesti ala valitsemine 18. sajandil, Tartu 2000 (Scripta Archivi Historici Estoniae, 3). *Die Verwaltung des estnischen Gebietes im 18. Jahrhundert (1710-1783)*. Zusammenfassung, S. 242-250.

ÜLLE LIITOJA-TARKIAINEN (geb. 1957): Hajatalud ja külad Põhja-Liivimaal 17. sajandil. Tartu 2000 (Scripta Archivi Historici Estoniae, 4). *Dispersed farmsteads and villages in Northern Livonia in the 17th century*. Summary, S. 237-243.

MARGUS LAIDRE (geb. 1959): Üks hä tru ja öige sullane. Elust Rootsi sõjaväes Eesti- ja Liivimaal 1654-1700, Tartu 1999 (Scripta Archivi Historici Estoniae, 2). *Swedish military forces in Estonia and Livonia in 1654-1700*. Summary, S. 450-460.

2001

ENN KÜNG (geb. 1963): Rootsi majanduspoliitika Narva kaubanduse küsimuses 17. sajandi teisel poolel, Tartu 2001 (Scripta Archivi Historici Estoniae, 5). *The Swedish economic policy in the commercial aspect in Narva in the second half of the 17th century*. Summary, S. 349-358.

MARTIN HALLIK (geb. 1975): Tartu Ülikooli õppejõudude ja kasvandike osast humanitaarorientalistikas (1802-1940), Tartu 2005 (Disserta-

tiones Historiae Universitatis Tartuensis, 4). *About the role of professors and students of the University of Tartu in the studia humaniora orientalia (1802-1940)*. Summary, S. 227-228.

- JAANUS PLAAT (geb. 1967): Usuliikumised, kirikud ja vabakogudused Lääne- ja Hiiumaal: usuühenduste muutumisprotsessid 18. saj. keskpaigast kuni 20. sajandi lõpuni, Tartu 2001 (Eesti Rahva Muuseumi Sari, 2). *Religious movements, churches and free congregations in Lääne-maa and Hiiumaa: Processes of change in religious organisations from the mid-18th to the end of 20th century*. Summary, S. 393-407.
- TIINA KALA (geb. 1967): Euroopa kirjakultuur hiliskeskagestes õpetekstides. Tallinna dominiiklase David Sliperi taskuraamat, Tallinn 2001 (Tallinna Linnaarhiivi Toimetised, 5). *Late medieval literary culture and school manuscripts. The handbook of the dominican friar David Sliper from the Tallinn friary*. Summary, S. 277-302.
- HEIKI VALK (geb. 1959): Rural Cemeteries of Southern Estonia 1225-1800 AD. Tartu 2001 (CCC Papers, 3).
- ANDRES TVAURI (geb. 1970): Muinas-Tartu. Uurimus Tartu muinaslinnuse ja asula asustusloost, Tartu - Tallinn 2001 (Muinasaja teadus, 10). *Prehistoric Tartu. A study of the settlement history of the prehistoric hillfort and settlement of Tartu*. Summary, S. 295-366.

2002

- MARIKA MÄGI (geb. 1968): At the Crossroads of Space and Time. Graves, Changing Society and Ideology on Saaremaa (Õsel), 9th-13th centuries AD. Tartu 2001 (CCC Papers, 6).
- JUHAN KREEM (geb. 1971): The Town and its Lord. Reval and the Teutonic Order (in the fifteenth century), Tallinn 2002 (Tallinna Linnaarhiivi Toimetised, 6).
- ANTI SELART (geb. 1973): Liivimaa ja Vene 13. sajandil. Uurimus poliitilisest ajaloost, Tartu 2002 (Dissertationes Historiae Universitatis Tartuensis, 5). *Livonia and Russia in the 13th Century. A study in political history*. Summary, S. 270-273.
- ANU KANNIKE (geb. 1967): Kodukujundus kui kultuuriloomine. Etnoloogiline Tartu-uurimus, Tartu 2002 (Eesti Rahva Muuseumi sari, 4). *Home decoration as culture building. An ethnological study of Tartu*. Summary, S.210-235.

2003

- JAAK VALGE (geb. 1955): Lahtirakendamine. Eesti Vabariigi majanduse stabiliseerimine 1918-1924, Tallinn 2003. *Economic separation: Stabilizing the Estonian economy 1918-1924*. Summary, S. 370-395.
- ALDUR VUNK (geb. 1959): Ristisõjad ja palverännakud Eestis 12.-16. sajandil. Uurimus nende iseloomust ja alatüüpidest, Tartu 2003 (Disserta-

- tiones Historiae Universitatis Tartuensis, 6). *Crusades and pilgrimages in Estonia during the 12th-16th centuries*. Summary, S. 234-242.
- MAIT KÕIV (geb. 1961): Ancient Tradition and Early Greek History. The Origins Of States in Early-Archaic Sparta, Argos and Corinth, Tallinn 2003.
- MATI MANDEL (geb. 1945): Läänemaa 5.-13. sajandi kalmed, Tallinn 2003 (Eesti Ajaloomuuseum. Töid ajaloo alalt, 5). *Die Grabstätten des 5.-13. Jahrhunderts im Landkreis Läänemaa (Wiek)*. Zusammenfassung, S. 197-241.

2004

- ANDRES ANDRESEN (geb. 1971): Luterlik territoriaalkirik Eestimaal 1710-1832. Riigivõimu mõju kirikuvalitsemisele, -institutsioonidele ja -õigusele, Tartu 2004 (Dissertationes Historiae Universitatis Tartuensis, 7). *Die Ev.-Lutherische Territorialkirche im Gouvernement Estland 1710-1832. Der Einfluß der Staatsgewalt auf Verwaltung, Institutionen und Recht der Kirche*. Zusammenfassung, S. 210-224.
- KATRI RAIK (geb. 1967): Eesti- ja Liivimaa kroonikakirjutuse kõrgaeg 16. sajandi teisel poolel ja 17. sajandi alul, Tartu 2004 (Dissertationes Historiae Universitatis Tartuensis, 8). *Die Hochphase der Chronistik Estlands und Livlands in der zweiten Hälfte des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts*. Zusammenfassung, S. 267-277.*
- AIGI RAHI-TAMM (geb. 1965): Teise maailmasõja järgsed massirepressioonid Eestis: allikad ja uurimisseis, Tartu 2004 (Dissertationes Historiae Universitatis Tartuensis, 9). *Mass repressions in Estonia after World War II: Sources and current state of research*. Summary, S. 340-346.*
- ENE KÕRESAAR (geb. 1971): Memory and History in Estonian Post-Soviet Life Stories: Private and Public, Individual and Collective from the Perspective of Biographical Syncretism, Tartu 2004 (Dissertationes Ethnologiae Universitatis Tartuensis, 1).*

2005

- MART LAAR (geb. 1960): Äratjad. Rahvuslik ärkamisaeg Eestis 19. sajandil ja selle kandjad, Tartu 2005 (Scripta Archivi Historici Estoniae, 6). *Awakeners. The national awaking in Estonia in 19th century and its bearers*. Summary, S. 392-407.
- HEIDI LUIK (geb. 1963): Luu- ja sarvesemed eesti arheoloogilises leiutamaterjalis viikingiajast keskajani, Tartu 2005 (Dissertationes Archaeologiae Universitatis Tartuensis, 1). *Bone and antler artefacts among Estonian archaeological finds from the viking age until the middle ages*. Summary, S. 63-117.*

- ANU RAUDSEPP (geb. 1962): Ajaloo õpetamise korraldus Eesti NSV eesti õppekeelegra koolides 1944-1985, Tartu 2005 (Dissertationes Historiae Universitatis Tartuensis, 10). *The organisation of history teaching in Estonian-speaking schools in Estonian SSR in 1944-1985*. Summary, S. 178-184.
- INDREK JÄÄTS (geb. 1971): Etnilised protsessid Vene impeeriumi siseperifeerias 1801-1904. Komi rahvusluse sünn, Tartu 2005 (Dissertationes Ethnologiae Universitatis Tartuensis, 2). *Ethnic processes in inner periphery of Russian Empire, 1801-1904: The birth of Komi nationalism*. Summary, S. 305-311.
- KERSTI LUST (geb. 1976): Pärisorjast päriskoohaomanikuks. Talurahva emantsipatsioon eestikeelse Liivimaa kroonukülas (1819-1915), Tartu, 2005 (Scripta Archivi Historici Estoniae, 7). *Emancipation of state peasants in the Estonian part of Livland (1819-1915)*. Summary, S. 349-361.

Anmerkung: ein Sternchen * bezeichnet die kumulativen Dissertationen.

MATI LAUR

ZEHN JAHRE „JAHRESPREIS DER ESTNISCHEN GESCHICHTSSCHREIBUNG“ (1996–2005).

Seit der Wiederherstellung der estnischen Unabhängigkeit ist recht viel über die Stärkung der gesellschaftlichen Position der Wissenschaft gesprochen worden, allerdings sind den Worten noch keine nennenswerten Taten gefolgt. Gleichzeitig gibt es keinen Zweifel, dass die Wissenschaftler verschiedener Disziplinen es verdienen, dass ihre Arbeit auch öffentliche Anerkennung und Beachtung findet. Die höchste Auszeichnung, die es in Estland für wissenschaftliche Forschungsarbeit auch auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften gibt, ist der jährlich verliehene staatliche Wissenschaftspreis. Im geisteswissenschaftlichen Bereich sind auch Historiker mehrere Male mit dieser höchsten Auszeichnung geehrt worden.¹ Allerdings wird bereits seit zehn Jahren innerhalb der Historikergunft noch ein weiterer Preis verliehen – der Jahrespreis der estnischen Geschichtsschreibung, mit dem das beste historische Werk prämiert wird.

Die Verleihung des Historiographiepreises wurde im Jahre 1995 vom Estnischen Historischen Archiv (Tartu) und dem Institut für Geschichte (Tallinn) angeregt. Diesem Vorschlag schlossen sich die Abteilung für Geschichte der Universität Tartu, das Estnische Staatsarchiv (Tallinn), das Stadtarchiv Tallinn, das Estnische Historische Museum (Tallinn) sowie das Pärnuer Museum an, zeitweise war auch die Pädagogische Hochschule Tallinn – die jetzige Universität Tallinn – an diesem Vorhaben beteiligt. Die Schaffung eines solchen Preises entsprang in erster Linie dem Wunsch, mehr als zuvor den in Estland veröffentlichten historischen Werken Anerkennung zu zollen, auf neuartige Betrachtungsweisen hinzuweisen, die Autoren der Untersuchungen zu würdigen und die Öffentlichkeit auf die Aktivitäten der Gunft aufmerksam zu machen.²

¹ Unter den Laureaten des staatlichen Wissenschaftspreis der Republik Estland waren die folgenden Historiker: Valter Lang (1997), Toomas Karjahärm (1999), Mati Laur (2004), Magnus Ilmjärv (2005). Prof. em. Sulev Vahtrre wurde 2004 für sein Lebenswerk ausgezeichnet.

² TAMBET KAUGEMA: Ajalookirjanduse aastapreemia sai kogumik Eesti seltsiliumisest [Den Jahrespreis der Geschichtsschreibung bekam ein Sammelband zur estnischen Vereinsbewegung], in: Postimees, 17.02.1996; HELMUT PIIRIMÄE: Parima ajalooraamatu konkurs [Der Wettbewerb um das beste historische Buch], in: Kleio. Ajaloo Ajakiri 1996, Nr. 1, S. 51f.; URMAS KLAAS: 1996. aasta ajaloo preemia Tõnu Tannbergile [Der Geschichtspreis für das Jahr 1996 geht an Tõnu Tannberg], in: Postimees, 15.02.1997; HELMUT PIIRIMÄE: Mis siis ikka on parimatest parim? [Was ist denn nun das Beste der besten?], in: Tuna 1999, Nr. 2, S. 152–155; TÕNU TANNBERG: 1999. aasta parima ajalooraamatu preemiaga pärjati Margus Laidre [Der Jahrespreis für das beste historische Buch wurde Margus Laidre verliehen], in: Tuna 2000, Nr. 2, S. 147f.; TOOMAS KARJAHÄRM: Eesti ajalookirjanduse aastapreemia 2000 [Der Jahrespreis der estnischen Historiographie 2000], in: Tuna 2001, Nr. 3, S. 144–146; ANTS HEIN: 2001. aasta Eesti ajalookirjanduse preemia Enn Küngile [Der estnische Historiographiepreis 2001 geht an Enn Küng],

Die Bedingungen für die Vergabe des Preises und die Formalien der Bewerbung um ihn sind nicht allzu detailliert geregelt. Für den Jahrespreis können alle im Laufe eines Kalenderjahres erschienenen estnischsprachigen Bücher über historische Themen nominiert werden. Der Satzung gemäß kann jedes Werk für den Preis in Frage kommen, wobei nicht zwischen Quellenpublikationen, Monographien oder Artikelsammlungen unterschieden wird. Auch wird der Rahmen der Disziplin möglichst breit definiert, sodass neben historischen und archäologischen Titeln auch kunsthistorische oder ethnologische Werke sowie Arbeiten über das Archivwesen nach denselben Kriterien vorgeschlagen werden können. Dadurch wird zwar die Entscheidung über die Vergabe des Preises zwangsläufig erschwert, da nur ein einziges Buch prämiert werden kann – ein gesonderter Preis für jedes einzelne engere Fachgebiet wäre im estnischen Rahmen wohl übertrieben. Außerdem fällt es zuweilen recht schwer, die engere Disziplin einer historischen Arbeit zu bestimmen, da es sich oft um interdisziplinäre Untersuchungen handelt.

Zu den Kriterien für die Bewertung der Bücher zählen eine einheitliche Betrachtungsweise, das wissenschaftliche Niveau sowie die Neuartigkeit des Zugangs zu einem bestimmten Thema bzw. die Qualität der Ergebnisse, zudem wird auch die drucktechnische Ausführung bewertet. Über die Vergabe des Preises entscheidet eine unabhängige Expertenkommission, die aus drei bis fünf Mitgliedern besteht, zu denen jeweils auch die Preisträgerin oder der Preisträger des vorangegangenen Jahres gehört. Personen, die ein nominiertes Buch verfasst oder sich unmittelbar an dessen Entstehung beteiligt haben, können der Kommission jedoch nicht angehören.

Wie ist die Ernte der ersten zehn Jahre des Preises für die estnische historische Literatur ausgefallen? Während dieser Zeit sind insgesamt 89 Titel für den Preis nominiert worden.³ Allerdings sind nicht alle Jahre gleichermaßen ertragreich gewesen, denn die Zahl der nominierten Titel schwankte zwischen vier (1997) und vierzehn (2001). Zusammenfassend kann aber doch mit Recht konstatiert werden, dass die nominierten Bücher die Spitze der heutigen estnischen Historiographie darstellen.

Unter den preisgekrönten Büchern sind mit sieben Titeln Monographien zahlenmäßig am stärksten vertreten, drei Mal ist der Preis auch an Sammelbände vergeben worden. Die Tatsache, dass Monographien am häufigsten ausgezeichnet worden sind, hängt auch damit zusammen,

in: Tuna 2002, Nr. 3, S. 142f.; HEIKI VALK: 2002. aasta ajalookirjanduse aastapremia konkursist [Über den Wettbewerb um den Jahrespreis der Historiographie], in: Tuna 2003, Nr. 2, S. 154-156; JUHAN KREEM: Ajaloo aastapremia 2004 [Der Geschichtsjahrespreis 2004], in: Tuna 2005, Nr. 3, S. 148f.; JUHAN KREEM: Indrek Jürjo aasta. Ajaloolased ja nende mullused tööd [Das Jahr von Indrek Jürjo. Die Historiker und ihre jüngsten Arbeiten], in: Sirp, 20.05.2005.

³ Siehe näher im Internet unter der URL: http://www.eha.ee/kirjanduspreemia/preemia_indeks.htm (letzter Zugriff 6.12.2005).

dass es sich meist um die Publikation von an verschiedenen Universitäten verteidigten Dissertationen handelt. Fünf Mal ist der Preis für das beste Geschichtsbuch Arbeiten verliehen worden, die im Verlag *Eesti Ajalooarhiiv* publiziert worden sind, je zwei Mal ging die Auszeichnung an Veröffentlichungen des *Eesti Riigiarhiiv* bzw. des Verlags *Eesti Entsüklopeediakirjastus*.

Die zehn Jahre, in denen der Jahrespreis der estnischen Geschichtsschreibung verliehen worden ist, haben bewiesen, dass die jährlich erfolgte Erfassung des aktuellen Standes der Geschichtswissenschaft und die Zusammenfassung der Resultate durchaus von eigenem Wert gewesen sind. Nicht unbedeutend ist dabei auch die Tatsache, dass der Preis von den Historikern selbst hoch eingeschätzt wird, da sie durchaus die Anerkennung ihrer Zunftgenossen zu würdigen wissen. Somit handelt es sich um eine Veranstaltung, deren weitere Fortsetzung sicherlich berechtigt ist. Dieser Ansicht sind auch die bisherigen Organisatoren des Preises, die noch im Jahre 2005 die bisherige Satzung des Preises präzisieren und einen neuen Kooperationsvertrag abgeschlossen haben, damit die Verleihung des Jahrespreises auf einer sicheren Basis fortgesetzt werden kann. Die Befürchtung, dass es in Zukunft an Historikern mangeln werde, die mit dem Preis ausgezeichnet werden könnten, dürfte wohl unbegründet sein.

ANHANG:

Die Preisträger des „Jahrespreises der estnischen Geschichtsschreibung“ (1995–2005)

- Seltsid ja ühiskonna muutumine: talupojähiskonnast rahvusriigini [Ver-
eine und der Wandel der Gesellschaft: von der Bauerngesellschaft
zum Nationalstaat], hrsg. von EA JANSEN, JAANUS ARUKAEVU, Tartu:
Eesti Ajalooarhiiv, 1995, 214 S.
- TÕNU TANNBERG: Maakaitseväekohustus Balti kubermangudes 19.
sajandi 1. poolel (1806–1856) [Die Milizpflicht in den baltischen Gou-
vernements in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1806–1856)],
Tartu: Eesti Ajalooarhiiv, 1996, 311 S.
- TOOMAS KARJAHÄRM, VÄINO SIRK: Eesti haritlaskonna kujunemine ja
ideed 1850–1917 [Herausbildung und Ideen der estnischen Intelligenz],
Tallinn: Eesti Entsüklopeediakirjastus, 1997, XVI, 423 S.
- Eesti Rahvakultuur [Estnische Volkskultur], hrsg. von ANTS VIRES,
ELLE VUNDER, Tallinn: Eesti Entsüklopeediakirjastus, 1998, 676 S.

- MARGUS LAIDRE: Üks hä tru ja öige sullane. Elust Rootsi sõjaväes Eesti- ja Liivimaal 1654-1700 [Ein guter, treuer und rechter Knecht. Über das Leben in der schwedischen Armee in Estland und Livland 1654-1700], Tartu: Eesti Ajalooarhiiv, 1999, XII, 570 S.
- VEIKO BERENDSEN, MARGUS MAISTE: Esimene ülevenemaaline rahvaloendus Tartus 28. jaanuaril 1897 [Die erste allrussische Volkszählung am 28. Januar 1897 in Dorpat], Tartu: Eesti Ajalooarhiiv, 2000, 493 S.
- ENN KÜNG: Rootsi majanduspoliitika Narva kaubanduse küsimuses 17. sajandi teisel poolel [Die schwedische Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hinsichtlich der Frage des Narvaer Handels], Tartu: Eesti Ajalooarhiiv, 2001, 403 S.
- Keskus – tagamaa – ääreala. Uurimusi asustushierarhia ja võimukeskuste kujunemisest Eestis [Studien über die Entwicklung der Siedlungshierarchie und der Machtzentren in Estland], hrsg. von VALTER LANG, Tallinn-Tartu: Ajaloo Instituut, Tartu Ülikool, 2002 (Muinasaja teadus II), 430 S.
- JAAK VALGE: Lahtirakendamise. Eesti Vabariigi majanduse stabiliseerimine 1918-1924 [Abtrennung: Die Stabilisierung der Wirtschaft der Republik Estland 1918-1924], Tallinn: Riigiarhiiv, 2003, 440 S.
- INDREK JÜRJO: Liivimaa valgustaja August Wilhelm Hupel 1737-1819 [Der livländische Aufklärer August Wilhelm Hupel 1737-1819], Tallinn: Riigiarhiiv, 2004, 556 S.

TÕNU TANNBERG

BESPRECHUNGEN

NARVA UND DIE OSTSEEREGION. *Beiträge der II Internationalen Konferenz über die politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Russland und der Ostseeregion (Narva, 1.-3. Mai 2003). Narva and the Baltic Sea Region. Papers Presented at the II International Conference on Political and Cultural Relations between Russia and the Baltic Region States (Narva, May 1-3, 2003). Hrsg. von Karsten Brüggemann. Tartu Ülikooli Narva Kolledž, Narva 2004. 476 S. ISBN 9985404173.*

Die Ostsee als Verbindungsweg hat in der Entwicklung der Küstengebiete durch die Jahrhunderte hindurch eine zentrale Rolle gespielt. Dieses Binnenmeer, das sich im Westen durch die dänischen Meerengen und Lübeck zu den wichtigsten Zentren Westeuropas öffnet, integrierte die an Flussmündungen gelegenen Städte und dadurch weite Festlandsgebiete im Osten in den internationalen Handel. Die deutsche Hansekultur, die sich im 12. und 13. Jahrhundert an der Ostseeküste verbreitete, traf auf die im Baltikum ansässigen Slawen und finnisch-ugrischen Kulturen. Damit begann in Nordeuropa eine neue Epoche, die durch vielseitige, sowohl militärische als auch friedliche Kontakte zwischen West und Ost gekennzeichnet war. Zu einem der Zentren dieses Kontakts der Kulturen im Mittelalter wurde die auf einer Landenge zwischen dem Finnischen Meerbusen und dem Peipussee an den nach Novgorod führenden Handelswegen gelegene Burg und Stadt Narva.

Die faszinierende, wechselvolle und vielseitige Geschichte und Gegenwart Narvas als einer bedeutenden multikulturellen Grenzstadt Europas hat lange im Hintergrund gestanden. Jetzt ist genau die richtige Zeit, die Geschichte dieser alten, im Zweiten Weltkrieg fast völlig zerstörten Barockstadt in den Mittelpunkt zu rücken, damit sie auch internationales Aufsehen erregt. Die Anregung von Karsten Brüggemann, Dozent für Allgemeine Geschichte am Narva Kolleg der Universität Tartu, eine internationale Konferenz über die politischen und kulturellen Beziehungen Russlands und der Ostseeregion in Narva zu veranstalten, wurde mit großem Interesse angenommen. Auf einem viertägigen wissenschaftlichen Forum, das Anfang Mai 2003 stattfand, traten mehr als 30 Wis-

senschaftler aus der Ostseeregion, den nordischen Ländern, Russland und Deutschland, aber auch den Vereinigten Staaten und Großbritannien mit Vorträgen auf, die nun in einen umfangreichen und gehaltvollen Sammelband eingeflossen sind. Ein besserer Start für die Verlagstätigkeit des Narva Kollegs als diese fast 500 Seiten starke deutsch- und englischsprachige Publikation lässt sich kaum vorstellen.

Der ehemalige Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Estland Jürgen Dröge schreibt im Vorwort, dass es höchste Zeit sei, neben Tallinn und Tartu auch Narva in stärkerem Maße als zuvor öffentliche Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Als Herausgeber des Bandes konstatiert Brüggemann Folgendes: Während Narva aus dem Blickwinkel Europas eher exotisch anmute, so gelte es im heutigen Estland als graues und verlassenes Gebiet. Daher ist die Konferenz auch vor dem Hintergrund eines sozialen Auftrags zustande gekommen und das Motto der Konferenz – *borders unite* – ist im Hinblick auf die gegenwärtige Situation durchaus angebracht. Am wichtigsten ist jedoch der wissenschaftliche Beitrag der Konferenz, von dessen reichhaltigem Ertrag an dieser Stelle nur einige Beispiele hervorgehoben werden können.

Der erste Teil der Konferenzpublikation ist betitelt „Die Geschichte Narvas zwischen Ost und West“. Er enthält mehrere umfangreiche überblicksartige Beiträge, die einen guten Ausgangspunkt darstellen und so in die anderen Teile des Werkes einführen. Professor Jüri Kivimäe (Toronto) hebt in seinem Beitrag „Medieval Narva: Featuring a Small Town between East and West“ hervor, dass die Frühgeschichte Narvas von zwei Tatsachen überschattet gewesen sei: Erstens gehörte die Stadt nie dem Hansebund an und zweitens trat 1492 mit der am östlichen Flussufer gegründeten russischen Burg Ivangorod ein Rivale hervor. Aus diesen Gründen kannte man Narva lange nicht als eine Stadt, sondern in erster Linie als handelspolitische Streitfrage. Besonders aktuell wurde die „Narvafrage“ im 16. Jahrhundert. Kivimäe knüpft die Entwicklung Narvas im Mittelalter geschickt an zwei Themen: Zum einen stand die Stadt unter der Herrschaft des livländischen Ordensstaates und somit auf anderen Grundlagen als Reval und diente zum anderen zugleich als eine eigenartige „Filiale“ der Hansestadt; Narvas Kaufleute durften jedoch nicht im Novgoroder Hansekontor Handel treiben. Diese Situation habe die Entstehung einer eigenen Identität in Narva verhindert, so dass es weiterhin die Rolle einer Kleinstadt an der russischen Grenze spielte.

Professor Torkel Jansson (Uppsala) betont in seinem ins Hauptthema der Konferenz einführenden Beitrag „Über den Begriff „Norden“ und die nordische Identität in Estland – unter besonderer Berücksichtigung Narvas“ auf elegante Weise, dass die Stadt nicht nur als Zankapfel zwischen Ost und West, sondern auch als eigenartiges „nordisches“ Projekt in der Ostseeregion angesehen werden könne. Janssons Abhandlung beschränkt sich nicht nur auf das Mittelalter, sondern betrachtet dieses geographisch

ausgedehnte Gebiet an der Ostsee durch die Jahrhunderte hindurch. Insbesondere die Geschichte Narvas in der schwedischen Zeit im 17. Jahrhundert, die blau-gelbe Farbe der Stadtfahne und die nordische Mentalität (im weiteren Sinne) stellten eine Verbindung mit den nordischen Ländern her.

Die dritte Untersuchung des einführenden Teils ist historiographisch. Der zeitgenössischen Geschichtsschreibung Narvas fehlt es nicht an Vorgängern. Über zwei Pioniere der Erforschung der Stadtgeschichte – Heinrich August von Pott und Heinrich Johann Hansen – hat man bislang nur sehr wenig gewusst. Dirk-Gerd Erpenbecks (Bochum) Beitrag „Ad fontes: Die Anfänge der Stadtgeschichtsbeschreibung Narvas im 19. Jahrhundert“ leistet daher einen wertvollen Beitrag zur Forschungsgeschichte der alten Handelsstadt. Die beiden frühen Historiographen Narvas vertraten eine für das 19. Jahrhundert typische lokalhistorische Richtung mit Wurzeln in der Aufklärungszeit, für die charakteristisch war, Stadtgeschichte anhand von statistischen Angaben und Quellenreferaten in eine gehaltvolle Beschreibung zu verwandeln.

Eine moderne Forschungsrichtung, welche die Ideen- und Architekturgeschichte verbindet, vertritt der vom Herausgeber, dem Dozenten Karsten Brüggemann verfasste interessante Beitrag „Der Wiederaufbau Narvas nach 1944 und die Utopie der sozialistischen Stadt“. Warum wurde die im Krieg zerstörte schöne barocke Altstadt Narvas in den 1950er Jahren gänzlich abgetragen, während andere in Trümmern liegende Städte Osteuropas wiederaufgebaut wurden? Das rührte von der sozialistischen Ideologie her, die der Wiederherstellung des deutsch-schwedischen Kulturdenkmals keinen Vorrang beimaß. An der Stelle Narvas wurde eine neue Stadt als Industriezentrum angelegt, ein so genannter *socgorod*, für den die sowjetische Stadtplanung als Vorbild herangezogen wurde. Über die Frage der Altstadt Narvas kam unter den sowjetestnischen Architekten zwar eine Diskussion auf, in der auch vorgebracht wurde, dass die zerstörten Gebäude wiederhergestellt und die im Krieg völlig zerstörten Viertel durch Parks ersetzt werden sollten; neben ideologischen Zielvorgaben besiegelten aber vor allem fehlende Kapazitäten angesichts der Priorität des Wohnungsbaus ihr Schicksal. Das Ziel der „Beseitigung der deutschen Adelsarchitektur“ habe in Narva nie die Rolle gespielt wie z. B. in Königsberg/Kaliningrad.

Doktor Olaf Mertelsmann (Hamburg und Tartu) betrachtet in der letzten Abhandlung des ersten Teils „Die Herausbildung des Sonderstatus der Nordostregion innerhalb der Estnischen SSR“, deren Zentrum sich in Sillamäe befand, unter territorial-geographischem Aspekt. Diese Region wurde als Gegengewicht zum ruralen Hauptgebiet Estlands in ein mit Arbeitern aus der Sowjetunion besiedeltes Industriezentrum verwandelt. Sukzessive hat dieser Teil Estlands nach 1944 den Charakter einer typischen sowjetischen Region angenommen. Auf welche Weise

und vor allem warum ist es so erfolgt? Mertelsmann zufolge bildeten die vor dem Krieg in dieser Region angelegte Ölschieferindustrie, die Zerstörungen während des Krieges sowie die Evakuierung bzw. Flucht der Einwohner die Voraussetzungen für die einschneidenden Veränderungen. Aufgrund der Uranvorkommen zeigte die sowjetische Führung ein besonderes Interesse an Nordostestland. Eine forcierte Förderung der Industrie hatte hier mithilfe des Gulag in Form von Arbeitslagern eingesetzt, doch begann die Region schon bald Werktätige aus der ganzen Sowjetunion anzuziehen, trotz dürftiger Wohnverhältnisse und der hohen Zahl der in den Bergwerken zu verzeichnenden Grubenunglücke. Aus kulturellen Gründen beschränkte sich die erste Migrationswelle auf Nordostestland, wo sich die Verhältnisse innerhalb kurzer Zeit denjenigen in der Sowjetunion annäherten.

Der zweite Teil des Sammelbandes, der einen breiten Themenkreis umfasst, trägt den Titel „Kreuzzüge, Kommerz und Herrschaft in der Ostseeregion“. Die drei Autoren, der Dozent Anti Selart (Tartu), Magister Karsten Labahn (Rostock) und Doktor Torbjörn Eng (Uppsala) legen durchweg seriöse Abhandlungen zu verschiedenen Themen vor. Besonders interessant ist der Gedanke von Eng, dass Schweden in seiner Großmachtzeit einen eigenartigen Konglomeratstaat dargestellt habe, eine bunte Vereinigung von Gebieten mit unterschiedlichen Rechten, wobei Narva, im Unterschied zu vielen anderen Städte der Ost- und Südküste der Ostsee, die unter schwedische Herrschaft geraten waren, seinem Status nach den Städten des Mutterlandes Schweden glich.

Im dritten Teil der Publikation – „Russland und seine Grenzprovinzen“ – wird der Blickwinkel im Vergleich zu den vorigen Abschnitten umgedreht. Als besonders bahnbrechend ist die vom Dozenten Aleksandr Filjuškin (St. Petersburg) verfasste Untersuchung „Der Diskurs von der Notwendigkeit des Durchbruchs zur Ostsee in der russischen Geschichte und Historiographie“ zu bezeichnen. Die Vorstellung vom Baltikum als einem besonderem Pufferstaat, durch den der Moskauer Staat seit der Zeit Ivans III. und später unter Ivan IV. Vorstöße an die Ostseeküste versucht habe, stellt eines der Lieblingsthemen der westlichen Geschichtsschreibung dar. Allerdings lägen in den russischen Quellen vor der Zeit Peters I. für diese Interpretation keine Nachweise vor. Filjuškin präsentiert in seinem Text die spannende Version der Geschichte dieser Idee seit dem Jahre 1551, als sie vom livländischen Diplomaten Philipp von der Brüggen zum ersten Mal formuliert wurde. Daraufhin habe diese Vision in der livländischen, polnischen, schwedischen, päpstlichen und kaiserlichen Propaganda bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts vorgeherrscht, als das Wortpaar „Russland und die See“ schließlich in die Realität umgesetzt wurde. Filjuškin zeigt anschaulich, in welchem Maße die Zeitläufte des 19. Jahrhundert, das Kolonialzeitalter und westliche Historiker dazu beigetragen haben, dass diese Idee in

frühere Zeiten projiziert worden ist. Dieser Beitrag gehört zweifellos zu den interessantesten des vorliegenden Sammelbandes.

Im Rahmen dieses thematischen Blocks bilden drei weitere Untersuchungen zum 18. Jahrhundert eine Einheit – der von Professor Mati Laur (Tartu) verfasste Aufsatz „Der aufgeklärte Absolutismus der Kaiserin Katharina II. im Baltikum“, die von der Dozentin Guzel' Ibneeva (Kazan') vorgelegte Untersuchung über „Katharina II. und die Gesellschaft in den Ostseeprovinzen im Jahre 1764“ sowie der von Privatdozent Michael Schippan (Berlin) verfasste Beitrag „Der „Patriotismus“ des Aufklärungszeitalters in den baltischen Provinzen des Russischen Imperiums“. Alle drei Autoren vertreten den Standpunkt, dass das Aufklärungszeitalter, insbesondere dessen Ausgang bzw. die Zeit Katharinas II. einen entscheidenden Umbruch in der Entwicklung der Identität der baltischen Gouvernements dargestellt habe. Von der deutschsprachigen Oberschicht der Region wurde eine Vorstellung vom Vaterland angenommen und bewahrt, die auf folgenden drei Eckpfeilern beruhte: Loyalität gegenüber der Romanov-Dynastie, Liebe zur engeren Heimat in den Ostseegouvernements und kulturpolitische Orientierung an der deutschsprachigen Welt Mitteleuropas. Diese verschiedenen Faktoren ließen den baltischen Patriotismus zu einer eigenartigen ideologischen Strömung werden, die das Fremde und das Eigene anders vermischte als in den großen, national homogenen europäischen Staaten. Diese sich vom Patriotismus in Mitteleuropa und Russland etwas unterscheidende Auffassung, wie sie von mehreren Literati und kulturell aktiven Persönlichkeiten der baltischen Provinzen vertreten wurde, wird in dem hier publizierten Beitrag von Schippan einer stilvollen Betrachtung unterzogen.

Mit der Kulturgeschichte der Grenzprovinzen sind auch die drei Aufsätze verbunden, die Finnland und Karelien aus dem Blickwinkel Russlands betrachten. Diese Texte, die allesamt von Wissenschaftlern aus dem russischen Teil Kareliens verfasst worden sind, Helena Soini, Elena Dubrovskaja und Maksim Pul'kin, lassen auf eine interessante Richtung der Ideen- und Kulturgeschichte aufmerksam werden, die in Petrozavodsk an der Universität und der Akademie der Wissenschaften vertreten ist. Vielleicht der interessanteste darunter ist der von Helena Soini verfasste Artikel „The Image of Finland and Finnish Culture in the Russian Art of the End of the 19th and the First Third of the 20th Centuries“, da er ein wenig bekanntes Thema behandelt. Am Ende des 19. Jahrhunderts begannen sich nämlich russische Künstler in stärkerem Maße für die unberührte Natur Ostfinnlands zu interessieren, deren exotische Beschaffenheit – Labyrinth der Seelen und der weite, sich von den Bergen eröffnende Horizont – sie für beeindruckend hielten. In ihrem durch Belesenheit bestechenden Beitrag zeigt die Autorin, dass die ganze Schule der russischen Landschaftsmaler damals in der Natur der Grenz-

gebiete, die sich erheblich von den Fluss- und Waldlandschaften Zentralrusslands unterschied, künstlerische Inspiration suchte.

Im vierten Teil des Sammelbandes, „Theoretischer Zugang zu Grenzfragen“, wird die Problematik der Geschichte der Grenzgebiete, die mit der Betrachtung der Geschichte Narvas begann, auf eine theoretische Ebene gehoben. Professor Ralph Tuchtenhagen (Hamburg) konstatiert in seinem Beitrag „Border – Aspects of a Notion in Humanities“, dass die Philosophie stets über die Bedeutung der Unterschiede in den Zivilisationen reflektiert habe. Wodurch lässt sich erklären, dass im Allgemeinen gerade die Unterschiede in der Politik, im wirtschaftlichen Denken, im gesellschaftlichen Leben und in der zeitgenössischen Kultur oft die Grundlage für eine fruchtbare Entwicklung bildeten? Die Grenzen zwischen zwei Erscheinungen sind da, um sie von anderen zu unterscheiden und davor zu schützen, wobei ihre Aufrechthaltung von der Eigenmacht der erwähnten Erscheinungen abhängt. So ist die politische Grenze oftmals das Ergebnis eines Krieges. Die „Erniedrigung“ (im Status) oder das Verschwinden einer Grenze zeugt von der Abschwächung dieser Macht oder von Widerstand, wobei die Grenze sogar beginnen kann, gegensätzliche Faktoren zu vereinen. Dieser Gedankengang wird in der von Doktor Christoph Waack (Leipzig) verfassten Untersuchung über „Borders and Border Regions in Eastern Europe“ konkretisiert und aktualisiert. Die durch den Vertrag von Schengen erreichte Abschaffung der Grenzen innerhalb der Europäischen Union habe paradoxerweise dazu geführt, dass diese Hindernisse jetzt an die Grenzen der Union, darunter auch nach Osteuropa verlagert worden sind. Daher ist das „Europa ohne Grenzen“ kein unbedingt stimmiger Ausdruck für die Änderungen, die man auch als Errichtung einer „Festung Europa“ bezeichnen kann. Der Beitrag des Lizenziaten Dennis Zalamans (Stockholm) „The Next Generation. A Study of Youths in Five Border Towns“ zeigt deutlich, wie unterschiedlich die Auffassungen der Jugendlichen in den untersuchten, an einer Staatsgrenze liegenden Städten – Haaparanta/Tornio, Narva und Valga/Valka – vom Begriff „Grenze“ sind. Während die an der schwedisch-finnischen Grenze liegende Doppelstadt Tornio/Haaparanta faktisch keine Grenze kennt, ist die Grenze zwischen Estland und Russland in Narva durchaus deutlich erkennbar. Dasselbe gilt für Valga/Valka, wo die Grenze zwischen Estland und Lettland allerdings nicht als derartig prägend wahrnehmbar ist wie in Narva. Die Grenzen zwischen den nordischen Ländern sowie die Binnen- wie auch Außengrenzen der EU beeinflussen die Einwohner der Umgebung auf ganz unterschiedliche Weise und schaffen durchaus unterschiedliche Kontakte. Eine gemeinsame Sprache auf beiden Seiten der Grenze scheint allerdings den in der Untersuchung dargelegten Angaben zufolge ein weniger stark verbindender Faktor zu sein, als man annehmen könnte.

Im fünften Teil der Konferenzpublikation „Grenzen, Identität und Minderheiten“ wird eine ganze Reihe von Fragen, die mit der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung von Grenzgebieten verbunden sind, angeschnitten. Die fünf Autoren betrachten die aktuellen nationalen Minderheiten des Baltikums, die Letten in Südostestland, die Setus in derselben Region sowie die Russen im Ostteil Estlands und in Lettland. Der Beitrag der Dozentin Irena Saleniece (Daugavpils) zeigt darüber hinaus, welches Bild die Letten in den 1940er Jahren von den Rotarmisten hatten und gehört somit mehr in den Bereich der Stereotypenforschung, wobei sie sich interessanter Quellen der *oral history* bedient. Insgesamt ergibt sich aus den Beiträgen der Eindruck, dass sich unter den nationalen Minderheiten des Baltikums – insbesondere bei der größten Minderheit der Region, der russischen Bevölkerung – eine Tendenz abzeichnet, die im Ergebnis auch für die sowjetische Ideologie charakteristisch war, nämlich der Verlust der nationalen Identität. Hieraus folgt, dass die Einstellung im Hinblick auf die neue Situation bei diesem Bevölkerungsteil relativ unterschiedlich ist. Ein Teil der Russen sucht, nach dem Vorbild anderer Minderheiten, seine Wurzeln in der Sprache und Kultur und identifiziert sich mit anderen Auslandsrussen, während ein anderer Teil dem überhaupt keine Bedeutung zumisst und ein dritter Teil wiederum zum Wechsel seiner Identität und Sprache bereit sei. Vor allem in der Elite scheint die erste Variante zu dominieren. Doktor Daniel A. Kronefeld (Berkeley) vertritt in seinem Beitrag „Ethnogenesis Without the Entrepreneurs. The Emergence of a Baltic Russian Identity in Latvia“, der diesen Anpassungsprozess behandelt, die Auffassung, dass es gute Voraussetzungen für eine friedliche Identitätsbildung der Minderheiten gibt – unter der Bedingung jedoch, dass die Belange der russischen Gemeinde weder bewusst politisiert noch angefochten werden.

Im letzten Teil der Konferenzpublikation – „Die Konsequenzen der EU-Erweiterung“ – wird der Leser schon mit Zukunftsproblemen konfrontiert. Dieses Kapitel umfasst drei Pilotuntersuchungen zu den folgenden Themen: Die dänisch-deutsche Kontaktzone in Südjütland, die in Finnland und Polen, zwei Grenzstaaten der Europäischen Union, verbreitete Einstellung zur Russland-Frage und schließlich die Analyse der Möglichkeiten und Gefahren, die sich aus einer grenzüberschreitenden Kooperation für Narva ergeben. Hinsichtlich des letztgenannten Komplexes hebt der EU-Experte und Journalist Andrew Cave (London) in seinem Beitrag „Cross Border Cooperation and Structural Funding in the Enlarged EU – Opportunities and Dangers for Narva“ hervor, dass die Grenzstädte der EU große Schwierigkeiten bei der Mittelverwendung aus den Strukturfonds hätten, da die Möglichkeiten dieser Gebiete, finanzielle Hilfen zu beantragen, geringer seien als die der entwickelteren Regionen, etwa – im Falle Estlands – von Tallinn und

Tartu. Auch verfüge die Umgebung von Narva über geringere Voraussetzungen vom Grenzübergang zu profitieren als etwa Ostfinnland, dessen Wirtschaftsumfeld in stärkerem Maße unternehmerische Tätigkeit fördere. Das Problem der Region Narva bestehe darin, dass sie eigentlich von zwei Grenzen umgeben sei – im Osten von der Staatsgrenze zwischen Estland und Russland, die zugleich die Grenze der EU bildet, doch zugleich auch von einer mentalen Grenze im Westen, d. h. von der „Grenze“ zum übrigen, dem estnisch besiedelten Estland. Eben die „Erniedrigung“ dieser zuletzt genannten Grenze sei nach Ansicht des Autors eine unvermeidliche Voraussetzung dafür, dass die Region die durch ihre Lage bedingten Vorteile ausnutzen könnte.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass das Narva Kolleg der Universität Tartu auf Initiative von Karsten Brüggemann einen interessanten und vielseitigen Sammelband vorgelegt hat. Diese gehaltvolle Publikation über die Geschichte, Gegenwart und auch Zukunft Narvas sowie der gesamten Ostseeregion ist ein hervorragender Start in eine hoffentlich wachsende neue Buchreihe.

KARI TARKIAINEN

СТРАНЫ БАЛТИИ И РОССИЯ: ОБЩЕСТВА И ГОСУДАРСТВА. *Отв. ред.-сост. Д. Е. Фурман, Э. Г. Задорожнюк. Публикация Музея и общественного центра «Мир, прогресс, права человека» им. Андрея Сахарова. Вып. 5. Москва: Реферendum, 2002. 556 S. ISBN 5980970010.*

Unter der Schirmherrschaft des Andrej Sacharov gewidmeten Museums und des nach ihm benannten Zentrums „Frieden, Fortschritt und Menschenrechte“ in Moskau ist seit 1997 eine Bücherreihe mit dem Titel „Die Länder der ehemaligen Sowjetunion und Russland: Gesellschaften und Staaten“ erschienen. Die Reihe setzt sich zum Ziel, die Erfahrungen der nach der Auflösung der Sowjetunion unabhängig gewordenen Staaten und die Entwicklungen in ihren Gesellschaften im Kontext der im post-sowjetischen Russland erfolgten Änderungen einer näheren Betrachtung und Analyse zu unterziehen. Im weiteren Sinne setzen sich alle in dieser Reihe veröffentlichten Bände mit der folgenden Frage auseinander: Was könnte Russland aus der Erfahrung dieser Staaten bei der Erlangung der

Unabhängigkeit sowie beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung lernen – sowohl im positiven wie im negativen Sinne?

Bisher sind in dieser Reihe sechs Sammelbände publiziert worden, in denen die Beziehungen Russlands zur Ukraine (1997), zu Weißrussland (1998), Tschetschenien (1999), Aserbaidshan (2001), zu den baltischen Staaten (2002) und zu Kasachstan (2004) betrachtet werden.¹ All diese Sammelbände sind von Dmitrij Furman (1943) herausgegeben worden, gelegentlich in Zusammenarbeit mit anderen Kollegen. Furman, der die Universität Moskau als Historiker absolviert und dort auch den Doktorgrad in Geschichte erworben hat, fungiert heute als Leiter des Zentrums für Russland und die GUS am Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften. In den letzten Jahren hat er recht fruchtbare Arbeit bei der Erforschung der im postsowjetischen Russland erfolgten Änderungen geleistet und ist als Wissenschaftsadministrator und Leiter verschiedener Forschungsprojekte aktiv gewesen. In dieser Eigenschaft hat er gewiss auch bei der Initiative für die hier interessierende Reihe eine zentrale Rolle gespielt. Unter den Institutionen sei besonders der Beitrag des Sacharow-Museums und des gleichnamigen Zentrums nicht nur für die Publikation der genannten Reihe, sondern auch für die Veranstaltung von themengebundenen Konferenzen, Runden Tischen und Präsentationen hervorgehoben, welche die erschienenen Bände vorbereitet haben.

Entsprechend ist man auch im Falle des anzuzeigenden Sammelbands über die baltischen Staaten und ihre Beziehungen zu Russland vorgegangen. Im Februar 2001 fand in Moskau im Rahmen der Ausstellung „Der Baltische Weg“ auch ein Runder Tisch zum Thema „Die Erfahrung der baltischen Demokratien. Unterschiede der postsowjetischen Entwicklung in Russland und in den baltischen Staaten“ statt, der als Vorbereitung für die Publikation diente. An diesem Runden Tisch haben Diplomaten aus den baltischen Staaten, einige Politiker und Moskauer Historiker teilgenommen, um gemeinsam die Besonderheiten der Entwicklung in den baltischen Staaten und in Russland zu erörtern sowie über deren historische Wurzeln, die jeweiligen Parteisysteme, die Wirtschaftsstruktur sowie die zwischenstaatlichen Beziehungen zu diskutieren.

Im Hinblick auf den vorliegenden Band können im Großen und Ganzen mehrere positive Momente hervorgehoben werden. An erster Stelle ist sicherlich der komparative Ansatz zu unterstreichen. Die baltischen Staaten werden nicht gesondert betrachtet, sondern die in ihnen erfolgten Prozesse werden einer vergleichenden Analyse unterzogen. Dies hat es ermöglicht, sowohl Gemeinsamkeiten als auch Besonderheiten der konkreten gesellschaftlichen Entwicklungen in verschiedenen

¹ Die Texte einiger Bücher sind auch über die Homepage des Andrej Sacharow-Museums und -Zentrums erreichbar: <http://www.sacharov-center.ru/publications/publications.htm> (letzter Zugriff 6.3.2006).

Bereichen anschaulich darzulegen. Im gegebenen Kontext ist es zudem von wesentlicher Bedeutung, dass bei der Betrachtung der baltischen Staaten ein Vergleich mit Russland angestrebt wird. Ein zweiter Vorteil dieses Sammelbandes ist zweifelsohne die Tatsache, dass die in ihm präsentierten Artikel durchweg wissenschaftlich sind, d.h. frei von tagespolitischer Rhetorik. Eine derartig sachlich-nüchterne und von der aktuellen Politik unberührte Auseinandersetzung mit den russisch-baltischen Beziehungen findet man in der russischsprachigen Literatur relativ selten. Die dritte starke Seite des Buches stellt sicherlich das internationale und kompetente Autorenteam dar: Insgesamt haben sich an diesem Projekt 21 Autoren aus neun Ländern beteiligt, wodurch die Vielfalt der Untersuchungsansätze und die Aktualität der Standpunkte gewährleistet werden konnten. Mit zehn Autoren stellt die Russische Föderation zwar fast die Hälfte der Autoren, doch sind daneben Finnland mit drei, Litauen mit zwei sowie eine Reihe von Ländern – USA, Estland, Polen, Deutschland, Tschechien – mit jeweils einem Autor vertreten.

Die im Buch publizierten 16 Artikel können zwei größeren thematischen Blöcken zugeordnet werden. Der erste stellt einen Überblick über den historischen Hintergrund dar, denn hier geht es um die baltischen Provinzen als Bestandteil des russischen Imperiums vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Jahr 1920 und daran anknüpfend um die Geschichte der nun unabhängigen Staaten Estland, Lettland und Litauen in der Zwischenkriegszeit. Der zweite Teil des Sammelbandes konzentriert sich demgegenüber auf den Prozess der Wiedererlangung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten am Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre sowie auf den Aufbau und das Funktionieren der Demokratie seither.

Die Geschichte der baltischen Provinzen als Bestandteil des russischen Imperiums im 18. Jahrhundert wird von Ralph Tuchtenhagen (Deutschland, Universität Hamburg) dargestellt, während Karsten Brüggemann (Estland, Narva Kolleg der Universität Tartu) die Entwicklungen in der Region bis zur Gründung der unabhängigen baltischen Staaten verfolgt. Die Abhandlungen der beiden Autoren sind gründlich gearbeitet, ausgewogen formuliert und argumentiert. Man kann ohne Übertreibung behaupten, dass in Russland bisher keine derartig seriöse und einheitliche Übersicht über die Geschichte des Baltikums vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Jahr 1920 publiziert worden ist. Allerdings ist den Beiträgen der beiden Autoren anzumerken, dass die in der sowjetischen Zeit erschienene estnische historische Literatur stärker in den Anmerkungen vertreten ist als die neueren Untersuchungen, die in Estland seit 1991 verfasst worden sind. So finden wir in diesen Abhandlungen beispielsweise keine Verweise auf die in den 1990er Jahren in Estland verteidigten und im Druck erschienenen Dissertationen. Auch der militärische Aspekt der baltisch-russischen Bezie-

hungen in der betreffenden Periode ist nach Meinung des Rezensenten zu oberflächlich behandelt worden. Die Einbeziehung des Baltikums ins Militärsystem des russischen Imperiums hatte ja recht schwerwiegende Folgen, die einen wesentlichen Einfluss auf die damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse ausübten. So begann der Wehrdienst, der ab dem Ende des 18. Jahrhunderts auf das Baltikum ausgedehnt wurde, sowohl die demographische wie auch wirtschaftliche Entwicklung wesentlich zu beeinflussen, indem er die soziale Struktur der Gesellschaft veränderte (ausgediente Soldaten, Soldatenfrauen und -kinder). Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurden allein aus Estland beinahe 300 000 Mann zur russischen Armee eingezogen. Für den militärischen Aspekt war auch der Dienst der Deutschbalten in der russischen Armee von wesentlicher Bedeutung – dieses Thema wird von Tuchenhagen flüchtig behandelt – sowie der Einfluss der Kriege des Imperiums auf das Baltikum. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Unabhängigkeitskriege 1918–1920 wäre mit Sicherheit auch die Herausbildung eines aus estnischen und lettischen Militärs bestehenden Offizierskorps in der Zarenarmee der Erwähnung wert gewesen.

Im Kontext dieser Periode verdient die vergleichende Übersicht über die nationalen Bewegungen im Baltikum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sicherlich Beachtung, die aus der Feder des mit einer Abhandlung über die Beziehungen der Tschechoslowakei zu den baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit hervorgetretenen Luboš Švec (Tschechien, Karls-Universität Prag) stammt.² Seine Abhandlung basiert erwartungsgemäß auf dem von seinem Landsmann Miroslav Hroch vorgelegten Periodisierungsschema der nationalen Bewegungen und gibt im Großen und Ganzen einen sachkundigen, wenn auch auf einer relativ beschränkten Anzahl von Quellen basierenden Überblick über die Herausbildung der modernen Völker in Estland, Lettland und Litauen vor dem breiteren Hintergrund der in Russland erfolgten Modernisierungsprozesse.

Für die Geschichte der baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit sind die von Piotr Łossowski, Oleg Ken und Aleksandr Rupasov verfassten Beiträge instruktiv. In der von Łossowski (Polen, Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau) verfassten vergleichenden Abhandlung über die politische Entwicklung werden die Momente des Umbruchs dargelegt, infolge derer sich die drei Staaten vom Parlamentarismus verabschiedeten und autoritäre Regime installiert wurden. Dabei werden die Ideologien und Wirkungsmechanismen der jeweiligen Machtapparate in den 1930er Jahren einer Untersu-

² LUBOŠ ŠVEC: Československo a pobaltské státy v letech 1918–1939. Vývoj politických a hospodářských vztahů Československa s Litvou, Lotyšskem a Estonskem v meziválečném období [Die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten 1918–1939. Die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit], Prag 2001.

chung unterzogen. Betrachtet wird auch der wirtschaftliche Hintergrund der politischen Ereignisse. Leider beruht der Beitrag auf einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Quellen und Literatur, was insbesondere bei der Betrachtung der Ereignisse in Estland und Lettland auffällt.

Der gemeinsame Beitrag von Ken (Russland, Europäische Universität St. Petersburg) und Rupasov (Russland, St. Petersburger Filiale des Historischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften) setzt sich auf der Grundlage bisher nicht benutzter Archivalien mit den Beziehungen Moskaus zu den baltischen Staaten in den 1920er und 1930er Jahren auseinander. Hier werden die diplomatischen Ereignisse in den Mittelpunkt gerückt, wobei ebenfalls deutlich wird, welchen Stellenwert die baltischen Staaten in den militärischen Plänen der Sowjetunion hatten. Andererseits werden auch die Eigenarten im Verhalten der baltischen Staaten beim Umgang mit Moskau dargestellt: Die estnische Politik wird von den Autoren als „hartnäckig“, die lettische als „konstruktiv“ und die litauische als „freundlich“ bezeichnet. Schließlich führten jedoch diese unterschiedlichen Verhaltensmuster gegenüber Moskau zu ein- und demselben Endergebnis – zum Verlust der Selbstständigkeit. Besondere Hervorhebung verdient der Standpunkt der Autoren, dass die überhebliche Einstellung Moskaus zu den selbstständig gewordenen Kleinstaaten – den „Bananenrepubliken“ – einer der Hauptgründe gewesen sei, warum sich zwischen der Sowjetunion und den baltischen Staaten keine gutnachbarschaftlichen Beziehungen entwickelt hätten. In gewisser Hinsicht bleibt die von den Autoren vorgelegte Darstellung der sowjetisch-baltischen Beziehungen jedoch unvollständig, da ausgerechnet die Periode vom Herbst 1939 bis zum Sommer 1940, d.h. genau die Zeit des Verlusts der Unabhängigkeit, nicht näher betrachtet wird. Hierbei stoßen wir auf ein charakteristisches Merkmal dieses Sammelbands: Die Geschichte der sowjetischen Periode wird fast überhaupt nicht thematisiert!

Die Mehrzahl der Untersuchungen des Bandes ist aber der Wiedererlangung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten sowie einer vergleichenden Analyse des jeweiligen Staatsaufbaus gewidmet. Soili Nystén-Haarala (Finnland, Universität Rovaniemi) vergleicht die politischen Institutionen und Grundgesetze der baltischen Staaten mit denen der Russländischen Föderation und konstatiert folgendes: Obwohl die demokratischen Kräfte Russlands und der baltischen Staaten zum Ende der 1980er Jahre dasselbe Ziel verfolgt hätten – die Gründung marktwirtschaftlicher Rechtsstaaten –, habe die weitere Entwicklung in jedem dieser Staatswesen zum Teil erhebliche Unterschiede aufgewiesen. Während die Entwicklung in Russland die Stichhaltigkeit früherer Überzeugungen, denen zufolge der Aufbau einer neuen Gesellschaft unter den Bedingungen eines autoritären Regimes tendenziell erfolgreicher sei – man braucht nur an die unter dem Putin-Regime erlangte so genannte

„Stabilität“ zu denken –, bewiesen hat, so konnte die Erfahrung der wieder unabhängig gewordenen baltischen Staaten diese Anschauung eindeutig widerlegen. Denn hier wurde gezeigt, dass eine Übergangsperiode auch unter den Bedingungen einer schwachen Präsidialgewalt von Erfolg gekrönt sein kann.

An das Thema von Nystén-Haarala knüpfen auch zwei weitere Beiträge des Sammelbandes an. Im ersteren vergleicht Algis Krupavičius (Litauen, Technische Universität Kaunas) das Parteiensystem der baltischen Staaten nach 1990. Daran anschließend analysiert Mara Ustinova (Russland, Institut für Ethnologie und Anthropologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau) die Tätigkeit der Nichtregierungsorganisationen in den baltischen Staaten sowie die Herausbildung von Zivilgesellschaften (mit einem flüchtigen Rückblick in die Geschichte). Recht interessant ist auch die von Vladas Gaidys (Litauen, Institut für Sozialforschungen Vilnius) vorgelegte soziologische Untersuchung darüber, welche Einstellung die Esten, Letten und Litauer zu ihrer kommunistischen Vergangenheit haben und wie sie ihrer kapitalistischen Zukunft gegenüber gesinnt sind, wobei die Besonderheiten der Einstellungen verschiedener Nationalitäten auffallen.

Der von Mark Beissinger (USA, Universität Wisconsin, Madison) verfasste spannende Beitrag über die „Außergewöhnlichkeit“ des Prozesses der Wiedererlangung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten versucht die folgende Frage zu beantworten: Warum sind die baltischen Staaten im Vergleich zu den anderen postkommunistischen Staaten beim Aufbau der demokratischen Staatsordnung und bei der Einführung der Marktwirtschaft so erfolgreich gewesen? Beissinger hebt hervor, dass die „Außergewöhnlichkeit“ der baltischen Staaten weitgehend durch den Ausschluss alternativer Entwicklungswege bestimmt worden sei – die Staatlichkeit wurde auf Grund einer Rechtsnachfolge der vorkriegszeitlichen Republiken aufgebaut und als allgemeines Ziel die möglichst rasche „Rückkehr nach Europa“ angestrebt. Im Interesse dieser Ziele waren die Gesellschaften als Ganzes bereit, die Schwierigkeiten der Übergangsperiode zu ertragen und nicht an Alternativen zu denken.

Außerdem findet sich im anzuzeigenden Werk der Beitrag von Pekka Sutela (Finnland, Bank von Finnland, Helsinki), in dem die wirtschaftliche Transformation der baltischen Staaten analysiert wird, sowie die von Kimmo Kaariainen (Finnland, Institut der Evangelisch-Lutherischen Kirche, Tampere) verfasste Übersicht über kirchliche Verhältnisse und die Religiosität der Bevölkerung. In mehreren Untersuchungen wird zusätzlich die Lage der Russen in den baltischen Staaten aufgegriffen. Dmitrij Furman und die Mitherausgeberin Èlla Zadorožnjuk (Russland, Institut für Slawistik der Russischen Akademie der Wissenschaften) analysieren in ihrem umfangreichen Beitrag die Einstellungen der russischen Minderheiten, wobei sie sich in erster Linie auf diverse soziolo-

gische Umfragen stützen. Die Entwicklung der Medien in den baltischen Staaten und die Behandlung der so genannten baltischen Frage in der russischen Presse werden im gemeinsamen Beitrag von Renal'd Simonjan (Russland, Leiter des Russland- und Baltikum-Zentrums des Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau) und Tat'jana Kotšegarova (Russland, Koordinatorin des Projekts „Russland- und Baltikum-Zentrum“, Moskau) betrachtet. Sie stellen fest, dass in den Moskauer Medien oftmals ein schiefes Bild von den Verhältnissen in Estland, Lettland und Litauen vermittelt wird, indem die Lage künstlich als problematisch dargestellt wird. Jurij Abyzov (Lettland, Mitglied des Lettischen Schriftstellervereins, Riga) hingegen betrachtet die Lage der Russen in den baltischen Staaten durch das Prisma der Literatur.

Der Sammelband wird mit dem von Vladimir Abramov (Russland, Staatliche Universität Kaliningrad), Natal'ja Borovskaja (Russland, Korrespondentin der Nachrichtenagentur „Rossbalt“), Vadim Martinjuk (Russland, Technische Universität Kaliningrad) und Abdurašid Jafasov (Russland, Stellvertreter des Vorsitzenden der Kaliningrader regionalen Organisation „Mediasojuz“) verfassten Beitrag über die *oblast'* Kaliningrad, ihren historischen Hintergrund, ihre Entwicklung in der sowjetischen Zeit sowie ihre Zukunftsperspektiven abgeschlossen.

Zusammenfassend hat der Rezensent keinen Zweifel daran, dass der vorliegende Sammelband ein wichtiges Wegzeichen in der Erforschung der russisch-baltischen Beziehungen markiert und für jeden Wissenschaftler, der sich mit dieser Thematik beschäftigt, zur Pflichtlektüre werden wird.

TÖNU TANNBERG

ESTLAND UND RUSSLAND. *Aspekte der Beziehungen beider Länder*, hrsg. von Olaf Mertelsmann. Hamburg: Verlag Dr. Kovač 2004, 322 S. (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa. Bd. II). ISBN 3830015100.

In der Reihe „Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa“ ist ein neuer Band erschienen, der – von Olaf Mertelsmann herausgegeben – den Titel trägt: „Estland und Russland. Aspekte der Beziehungen beider Länder“. Der Bogen der hierbei versammelten 14 Beiträge

spannt sich vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, wobei dem Herausgeber klar ist, dass der Begriff Estland sich „auf den geographischen Raum der von Esten besiedelten Gebiete im nördlichen Baltikum“ zu beziehen hat, da „Estland erst im Zuge eines Freiheitskriegs 1918–1920 die staatliche Unabhängigkeit erreichte“ (S. 7). Gedacht als erstes Zwischenergebnis eines interdisziplinären Forschungsprojekts zu den estnisch-russischen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert (unter Leitung von Aadu Must), will der Band verschiedene Aspekte des Themas beleuchten, aber erhebt nicht den Anspruch auf einen allgemeinen Abriss aller Facetten estnisch-russischer gemeinsamer Geschichte. Ohne dezidiert auf alle Beiträger und ihre Forschungsergebnisse eingehen zu können, seien im Folgenden einige Höhepunkte – positiver wie weniger positiver Art – angeführt.

In einer kenntnisreichen Darstellung zur Chronik Johann Renners aus dem 16. Jahrhundert (S. 9–30) stellt Anti Selart – erneut – seine akribischen Kenntnisse in Bezug auf frühneuzeitliche Quellen für die estnisch-russische Beziehungsgeschichte unter Beweis. Indem sich der Autor auf die Beziehung zweier Protagonisten sich gegenüberstehender Mächte (Deutscher Orden und russische Zarenmacht) untersucht, macht er klar, wie deutlich man zu unterscheiden hat zwischen den persönlichen Beziehungen zweier Individuen – hier Ordensgebietiger Dietrich von der Steinkuhl, dort russischer Heerführer Pavel Petrovič Zaboločkij – und den politischen und militärischen Interessen zweier antagonistischer Machtblöcke. So erscheint Selarts Fazit sehr aktuell, wenn er das entstandene Vertrauen und Verständnis der beiden Protagonisten betont und über alle Staatsräson hinweg möglicherweise auch für die Gegenwart estnisch-russischer Beziehungen reklamiert.

Mati Laur beleuchtet die baltischen Gebiete während der Regierung Katharinas II. (S. 31–52) und verdeutlicht die allmählich entstehende Diskrepanz zwischen der Sonderstatusregelung für die baltischen Gouvernements und den beginnenden Zentralisierungsbemühungen der Petersburger Metropole gerade im Agrarbereich. Wurden die Privilegien des deutschbaltischen Adels von der Zarin anerkannt, um die Integration und Loyalität der baltischen Oberschicht zu befördern, und dienten Handelserleichterungen (Zollsenkungen, Privilegien im Transithandel) demselben Ziel, so wurden ab 1783 unter den Vorzeichen der Statthaltertschaft gegenläufige politische Intentionen erkennbar, um die Vorbildregion stärker und unwiderrufbar in das Zarenreich einzugliedern.

Der Überblick von Tiit Rosenberg ist der russischen Historiographie seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewidmet (S. 77–108), die geprägt war von Panslawismus und großrussischem Chauvinismus. Die Auffassung, das Baltikum sei seit altersher für das Russische Reich bestimmt, wird durch Kontinuitätstheorien untermauert, die der deutschen Eroberung eine Verzerrung der natürlichen Entwicklung Livlands unterstellen, während Peter der Große die Sammlung russischen Bodens

fortgesetzt habe. Während von einer Richtung der russischen Historiker der zarische Friede und die russischen Reformbemühungen verherrlicht wurden, betont Rosenberg eine zweite, andere Tendenz der Geschichtsschreibung: russische Intellektuellenkreise, zumeist den Deutschbalten gegenüber ablehnend eingestellt, verteidigten die Geschichte des estnischen Bauernvolkes gegen die Jahrhunderte währende Dominanz der Deutschen. Anhand von Spezialthemen der Historiografie zur Agrarfrage, zur Orthodoxie oder Schulgeschichte erläutert Rosenberg plausibel, dass die „Geschichte der russischen baltischen Historiographie und besonders ihre Verbindungen zur deutschbaltischen und nationalen estnischen und lettischen Geschichtsschreibung einer noch gründlicheren und systematischeren Untersuchung“ (S. 108) bedarf.

Ein weiterer, ungemein lesenswerter Beitrag stammt aus der Feder von Karsten Brügge mann, der den russischen Blick auf das Baltikum am Beispiel der weißen Bewegung (1917-1920) untersucht (S. 127-156). Sein interessanter und bildreicher „Blick von Osten“ zeigt das Übergewicht panslawistischer Ideen in der russischen Historiografie seit 1850: Russland war in den Augen vieler das Maß aller Dinge. Und gerade die weiße Bewegung nach 1917 mit ihrem unverrückbaren Ziel des „Einen und unteilbaren Russland“ verkannte die reale Lage; ihr Ziel im Bürgerkrieg, das Baltikum als gesetzmäßigen Besitz Russlands zurückzugewinnen, scheiterte an der eigenen Selbstüberschätzung und der geschickten estnischen Politik, als deren Schlüsselfigur Brügge mann den militärischen Oberbefehlshaber Johan Laidoner ausmacht, der die weißen Russen geschickt für ein siegreiches Ende des estnischen Freiheitskampfes instrumentalisierte. Dem Autor gelingt nicht nur eine überzeugende Darstellung estnisch-russischer konfliktbeladener Beziehungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts – er schlägt auch die Brücke zur Gegenwart, indem er den nicht von der Hand zu weisenden Gedanken für den Leser schärft: „Die von Rußland ausgehende Bedrohung für das Baltikum ist um so größer, je schwächer der Gedanke der einheitlichen russischen Staatlichkeit in der Realität umgesetzt ist“ (S. 156).

Während der eben erwähnte Beitrag ein Gewinn für den historisch interessierten Leser ist, kann der Beitrag von Jaak Valge zum Gold der Bolschewiki in Estland 1920-1922 (S. 157-192) nur bedingt überzeugen. Hier hätte eine sprachliche Überarbeitung an mehreren Stellen dem Text sicherlich gut getan und recht kursorische oder saloppe Formulierungen glätten können (S. 169, 170 u.ö.). Das Ziel des Autors, das Estland der Zwischenkriegszeit im Wirtschaftskalkül Lenins darzustellen, wird nur ansatzweise erreicht, denn die Aneinanderreihung von Fakten und Daten ersetzt immer noch nicht eine wissenschaftlich fundierte und argumentativ nachvollziehbare Darstellung.

Positiv davon hebt sich der Aufsatz von Eero Medijainen zur Migrationsbewegung nach Estland 1920-1923 (S. 193-211) ab. Dies war kein ein-

zigartiges Phänomen in dieser Zeit, da Migrationsbewegungen als Folge des Ersten Weltkrieges allgegenwärtig waren. Medijainen bietet einen gut lesbaren und informativen Überblick über die Esten und ihre Organisation in Russland bzw. der Sowjetunion sowie über ihre Gründe, die Option nach Westen, die Übersiedelung in die neu entstandene Republik Estland, wahrzunehmen.

Der Herausgeber ist mit zwei eigenen Beiträgen in dem Band vertreten. In seiner Darstellung zum Studium an der Universität Tartu in der Stalinzeit (S. 229-248), deren Basis Erinnerungen, Interviews und die Estnischen Lebensbeschreibungen im Literaturmuseum Tartu bilden, entsteht ein guter Überblick einer Zeit, in der studentische Verbindungen enorm wichtige Netzwerke für den Einzelnen darstellten. Durch plakative Streiflichter aus dem Alltag der Memoirenschreiber lässt sich ablesen, dass das Studium während der Stalinzeit der Reproduktion von Wissen diene und Qualitätsverlust offensichtlich in Kauf genommen wurde. Eine aus den Quellen deutlich ablesbare Polarisierung – hier böse Sowjets, dort arme Esten – wird vom Autor bisweilen unkommentiert übernommen; hier hätte man sich an einigen Stellen eine deutlichere Reflexion und kritischere Würdigung der Primärliteratur gewünscht.

Den Zusammenhang von Sowjetisierung und Alkoholmissbrauch aus der Sicht der estnischen Bevölkerung (S. 249-274) will Mertelsmann aus demselben Quellenfundus beleuchten. Die subjektiven Wahrnehmungen der Berichtenden lassen nichts an Deutlichkeit übrig: „Mit dem Kolchos kam der Wodka!“ (S. 278) Als Leser kann man sich aber des Eindrucks nicht erwehren, dass der Autor diese im kollektiven Gedächtnis gespeicherten Überzeugungen kritiklos als Wahrheit akzeptiert und den einseitigen Akzent: Esten trinken aus Verzweiflung über die Sowjets allzu vordergründig betont. Der Leser erfährt über das stalinistische Prinzip der Ein-Mann-Leitung (in der EKP bzw. den Sowjets in Dorf und Stadt), dass dieses „nicht nur den Machtmissbrauch förderte, sondern es den Mächtigen ermöglichte, weitgehend ungehindert zu trinken“ (S. 282-3). Des weiteren informiert Mertelsmann darüber, dass „das Kolchossystem bis zum Ende der 50er Jahre eine starke Ähnlichkeit mit der Leibeigenschaft besaß“ (S. 284). Dass damit die sicherlich nicht zu beschönigenden Missstände zu verallgemeinerten Vorurteilen verkrustet, wird in Kauf genommen, gerade wenn man im Weiteren von der „Übernahme ‚russischer‘ Trinksitten beim Wehrdienst“ (S. 286) lesen kann – oder davon, dass „die Vermutung zahlreicher Informanten, die Regierung förderte den Alkoholismus, um die Bevölkerung ruhig und bei Laune zu halten, sicherlich einen wahren Kern“ habe (S. 288). Hier wird auf der Grundlage subjektiver Erinnerungen ein Geschichts- und Gesellschaftsbild gezeichnet, das ausgezeichnet in die Schwarz-Weiß-Malerei derjenigen Kreise passt, die auf der einen Seite das Böse = Russische/Sowjetische, auf der anderen Seite das Gute = Estnische wahrneh-

men – und dazwischen keine Übergänge erkennen möchten. Politische Korrektheit hilft aber leider ebenso wenig wie essayistische Poetik der Geschichtswissenschaft weiter.

Der Beitrag von Uwe Liszkowski zu Georg von Rauch als Russlandhistoriker (S. 289–312) macht klar, wie schnell das Thema eines Sammelbandes in Frage gestellt werden kann. Unabhängig von den ausgezeichneten Ausführungen zur Person von Rauchs vermisst der Leser auf der Suche nach einem zusammenhängenden, „roten“ Faden den Bezug zum anfangs gestellten Oberthema, zu Aspekten der estnisch-russischen Beziehungen. Ähnliche Gedanken konnten den Leser bereits aufsuchen bei Artikeln zu den Generalgouverneuren im Baltikum, zu Anton N. Jasinskij oder zum Lotman-Archiv in Tartu. Zugegeben: Diese Arbeiten haben unbestritten ihre Berechtigung, doch der Zusammenhang mit dem Buchtitel wirkt doch recht konstruiert. Abgesehen von den bereits angesprochenen sprachlichen Bearbeitungsnotwendigkeiten muss abschließend festgehalten werden, dass es das Verdienst des Herausgebers ist, dem deutschsprachigen wissenschaftlichen Publikum aktuelle Forschungsergebnisse der estnischen Historiographie in einem Umfang zur Verfügung gestellt zu haben, der immer noch keine Selbstverständlichkeit ist. Bedauern könnte man allenfalls, dass in einigen Beiträgen das Oberthema „Estland und Russland“ aus dem Blick geraten bzw. gerade angesichts dieser aktuellen Fragestellung – nicht erst seit 1991 – schablonenhafte Argumentation bisweilen recht stark in den Vordergrund getreten ist. Dass das Buch möglicherweise nicht über den Kreis der Spezialisten hinaus bekannt wird, kann nicht dem Herausgeber angelastet werden – der Ladenpreis von € 78,00 wurde vom Verlag festgesetzt.

KONRAD MAIER

DIE BALTISCHEN LÄNDER UND DER NORDEN. *Festschrift für Helmut Piirimäe zum 75. Geburtstag.* Hrsg. von Mati Laur und Enn Küng in Verbindung mit Stig Örjan Ohlsson (*Nordistica Tartuensia* 13). Tartu: Akadeemiline Ajalooselts 2005. 564 S. ISBN 9949132088.

Im September 2005 beging der emeritierte Professor Helmut Piirimäe in Tartu seinen 75. Geburtstag. Aus diesem Anlass konnten ihm seine Schü-

ler und Kollegen im Rahmen eines Festakts im Weißen Saal des Universitätsmuseums eine umfangreiche Festschrift überreichen. Dr. hist. Piirimäe hat sich in den langen Jahren seines Wirkens nicht nur als Historiker international einen Namen gemacht, er genießt auch als Pädagoge bei seinen ehemaligen Studenten ein hohes Ansehen und erwarb kaum zu überschätzende Verdienste als Verfasser von Schulbüchern sowie in der Lehrerfortbildung. Kurz gesagt, sein Ruf in Estland ist nahezu legendär. Wie die Auszeichnung mit der Ehrendoktorwürde der Universität Uppsala im Jahr 1982 belegt, verfügt er auch in Skandinavien über ein hohes Ansehen.

Die Herausgeber haben keine Mühen gescheut, das Jubiläum würdig zu ehren. Der ansprechend aufgemachte Band versammelt 23 Beiträge von Kollegen und Schülern zu einem Thema, das dem Jubilar besonders am Herzen liegt: „Die baltischen Länder und der Norden“. Die überwiegende Mehrzahl der Autoren schreibt auf Deutsch, sechs englisch- und zwei schwedischsprachige Aufsätze runden ein wahres Kaleidoskop von Themen ab. An den Anfang gestellt sind ein knapper Lebenslauf Piirimäes sowie die Liste der Gratulanten, am Ende finden wir eine Bibliografie sämtlicher Veröffentlichungen des Geehrten.

Eine Festschrift zu besprechen, ist kein einfaches Unterfangen, da die Beiträge gewöhnlich keiner ganz einheitlichen Linie folgen und der Rezensent sie sicherlich nicht alle angemessen würdigen kann. Insgesamt ist der Eindruck des Bandes sehr positiv und der Leser wird eine Reihe von Aufsätzen vorfinden, die seinen Interessen entsprechen und sein Wissen über das Thema erweitern. Die Herausgeber und die Sprachkorrektoren haben sich alle Mühe gegeben, eine lesenswerte Festschrift vorzulegen. Angesichts der inhaltlichen Spannweite der Beiträge und der Tatsache, dass die meisten Verfasser nicht in ihrer Muttersprache schreiben, haben sie die auferlegte Aufgabe gut gemeistert.

Der Rezensent möchte nicht als kleinlich erscheinen, doch sollte er anfangs auf einige Punkte hinweisen. Für einen Leser, der das Werk und die Persönlichkeit Helmut Piirimäes nicht kennt, wäre eine Einleitung wünschenswert gewesen. Ein Verzeichnis der beteiligten Autoren vermisst man ebenfalls. An einigen wenigen Stellen gibt es Probleme mit der Transliteration des Russischen, die nicht immer einheitlich ist, und nicht alle Sonderzeichen erscheinen im Druck korrekt. Schwerer wiegt, dass nicht an alle Aufsätze gleich strenge Kriterien für die sprachliche Korrektur angelegt worden sind. So finden wir mancherorts *bad simple English*, an anderer Stelle ein holperiges und fehlerhaftes Deutsch. Die Schwedischkenntnisse des Rezensenten erlauben nicht, die sprachliche Qualität der beiden schwedischsprachigen Aufsätze angemessen zu beurteilen. Der Lesegenuss wird im Falle einzelner Aufsätze deshalb eingeschränkt, dies gilt jedoch nur für eine Minderheit der Beiträge. Positiv ins Auge sticht, dass Quellen ausführlich abgedruckt werden, und für eine Reihe von zitierten Buchtiteln eine Übersetzung angeboten wird.

In einer Festschrift sind oftmals Aufsätze, die sich nur an einen sehr kleinen Expertenkreis wenden, neben solchen vertreten, die für ein breiteres Publikum gedacht sind. Dies gilt auch für das zu besprechende Buch. Einzelne Beiträge haben eher den Charakter einer Miszelle, während es sich bei anderen um voll elaborierte Aufsätze handelt. Das inhaltliche Niveau wird nicht immer dem angestrebten internationalen Standard gerecht. Ein wenig aus dem thematischen Rahmen fällt Thomas Kämmerers Beitrag „Gesichts-, Körpermasken und maskierte Sprache im sumerischen und babylonischen Kult“ (S. 24-39). Angesichts von 23 Beiträgen vermag der Rezensent nicht auf jeden einzelnen einzugehen, möchte jedoch einige herausgreifen. Diese Auswahl bedeutet aber nicht, dass die anderen Aufsätze weniger Beachtung verdienen.

Der kürzlich verstorbene Heinz von zur Mühlen gibt einen Überblick über „die baltischen Länder im europäischen Kräftefeld“ (S. 40-57). Dieser Beitrag bietet wohl dem Experten wenig Neues, hilft aber dem weniger informierten Leser beim Einstieg in die baltische Geschichte. Norbert Angermann schreibt über den Russlandhandel der Stadt Dorpat/Tartu in der Mitte des 16. Jahrhunderts (S. 82-93) und bezieht dabei sowohl neueste Literatur als auch Archivalien in die Darstellung ein. Der Russlandhandel war ein komplexes und bedeutendes Phänomen, das sich leider nicht quantifizieren lässt, aber eine wichtige Rolle für die Stadt spielte.

Torbjörn Eng (S. 94-113) liefert einen Überblick über die schwedische Forschung bezüglich der baltischen Provinzen im Rahmen des schwedischen Konglomeratstaates, die in den letzten Jahren eine Intensivierung erfuhr. Hatte man bisher die deutschen und baltischen Provinzen des Reiches eher etwas vernachlässigt, so können problemorientierte Studien in diesem Feld unser Wissen über die schwedische Geschichte wesentlich erweitern, folgert der Verfasser und der Rezensent kann ihm nur zustimmen. Ralph Tuchtenhagen bietet mit seinem Aufsatz über das Dorpater Hofgericht in den Jahren 1629 bis 1710 (S. 114-151) eine gelungene Fallstudie, welche die Funktionsmechanismen des neuzeitlichen Konglomeratstaates erhellt. Fundiert und gut dokumentiert untersucht er die Beziehung von Zentralstaat und Ständerechten im Rahmen des schwedischen Staatswesens sowie die Entwicklung des Rechtswesens.

Der Beitrag Enn Kungs führt uns in die Welt des Handels von Narvaer und Revaler Kaufleuten mit den Niederlanden um 1675, als dieser von der schwedischen Krone für ein Jahr verboten wurde (S. 194-217). Kung, ein ausgewiesener Kenner der Narvaer Handelsgeschichte des 17. Jahrhunderts, folgt mit diesem Aufsatz einer Empfehlung seines akademischen Lehrers Piirimäe, die dieser vor zwanzig Jahren aussprach. Er weist nach wie das Verbot umgesetzt bzw. auch umgangen wurde und schließt den Beitrag mit umfangreichen Auszügen aus dem Ratsprotokoll der Stadt Narva.

Sulev Vahtre widmet seinen Aufsatz der Person Reiner Broocmanns, eines Pastors und Propstes, der zu den bekanntesten Umsetzern der schwedischen Kirchen- und Volksbildungspolitik im estnischen Siedlungsgebiet zählte (S. 22-247). Diese interessante Fallstudie führt vor Augen, welche Bedeutung die Persönlichkeit eines Geistlichen für die Entwicklung einer Region im 17. Jahrhundert haben konnte, an den sich die Bevölkerung noch lange erinnern sollte.

Aleksander Loit untersucht die „Abwicklung des Lehnswesens“ in den baltischen Provinzen am Ende der schwedischen Herrschaft (S. 374-399). Die Phase der Güterreduktion sollte einerseits die Gesellschaftsstruktur und andererseits die Gutswirtschaften wesentlich beeinflussen und die Macht des schwedischen Zentralstaates stärken. Da die Reformen durch die russische Eroberung der Provinzen kurze Zeit später weitgehend wieder rückgängig gemacht wurden, fanden sie in der Forschung nach Aussage des Verfassers keine umfassende Berücksichtigung. Ob die von Loit verwendeten Konzeptionen des Lehnswesens und des Feudalismus für die baltischen Provinzen so zutreffend sind, kann der Rezensent als Zeithistoriker nicht angemessen beurteilen. Im Anschluss analysieren Mati Laur und Katrin Kello den Rechtsstatus der livländischen Bauern in Übergangsphase von der schwedischen zur russischen Herrschaft in den baltischen Provinzen (S. 400-413). Sie setzen sich deutlich ab von der Interpretation Loits und untersuchen vor allem den rechtlichen Rahmen. Interessant ist das lange Fortwirken der schwedischen Rechtsnormen und ihr erst allmählich nachlassender Einfluss. Die Reformen der Zarin Katharina II. führten dann wesentliche Änderungen herbei.

Sehr instruktiv ist der Beitrag Torkel Janssons über die Darstellung der Geschichte Estlands in den Enzyklopädien der Nachbarländer (S. 414-441). Nicht nur ideologischer Druck wie in den sozialistischen Staaten, sondern auch das Fortwirken älterer Vorstellungen und schlichtweg Uninformiertheit führten dazu, die Geschichte Estlands zum Teil recht schief und lückenhaft darzustellen. Die umfangreichen Zitate helfen dabei, den Glauben des Lesers in die Zuverlässigkeit von scheinbar doch so objektiven Nachschlagewerken wesentlich zu erschüttern. Andererseits findet Jansson auch Belege dafür, dass selbst im Rahmen einer Diktatur ein Teil der Informationen recht angemessen und objektiv weitergegeben werden konnte.

Tõnu Tannberg schreibt über die Aufstellung von Milizen in den baltischen Provinzen des Zarenreichs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (S. 442-461) und gewährt einen spannenden Einblick in einen eher vernachlässigten Teil der Militärgeschichte des Baltikums und Russlands. Seppo Zetterberg untersucht das erste estnische Sängerfest 1869 und die Rezeption dieses Ereignisses in Finnland (S. 462-485). Da die Sängerfeste im Verlauf des so genannten nationalen Erwachens im Baltikum eine wesentliche Rolle spielten und heute einen anscheinend untrennbaren Bestandteil der estnischen Identität darstellen, ist die

finnische Perspektive ausgesprochen erhellend. Dort fand ein erstes finnisches Sängersfest erst 15 Jahre später statt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vorliegende Festschrift der wissenschaftlichen Bedeutung des Jubilars gerecht wird und einen wichtigen Beitrag zum Thema „Die baltischen Länder und der Norden“ liefert. Zahlreiche Aufsätze sind ausgesprochen anregend und dem Sammelband ist eine über das engere Fachpublikum hinausreichende Beachtung zu wünschen.

OLAF MERTELSMANN

KESKUS – TAGAMAA – ÄÄREALA: UURIMUSI ASUSTUSHIERARHIA JA VÕIMUKESKUSTE KUJUNEMISEST EESTIS. [*Zentrum – Hinterland – Peripherie: Studien über die Entwicklung der Siedlungshierarchie und der Machtzentren in Estland*]. Hrsg. von Valter Lang. Tallinn-Tartu 2002. 432 S. (Muinasaja teadus II). ISBN 998550349X.

Die Geschichtswissenschaft ist von Zeit zu Zeit Veränderungen ausgesetzt, bei denen nicht so sehr neue inhaltliche Fakten vorgelegt, sondern vielmehr alte Standpunkte revidiert und Problemstellungen neu formuliert werden. Fragestellungen werden anhand von Grundbegriffen und Grundkategorien formuliert, wobei gerade deren Veränderung essenzielle Änderungen in der Wissenschaft hervorbringt. In dem hier zu besprechenden umfangreichen Sammelband werden unter dem Titel „Zentrum – Hinterland – Peripherie“ viele Grundbegriffe und Grundsätze, die die Wissenschaft über die vorzeitliche Gesellschaft Estlands bislang formuliert hat, in einem neuen Licht betrachtet. Das Buch beinhaltet Beiträge von Aivar Kriiska, Mare Aun, Gurly Vedru, Marika Mägi, Valter Lang, Ain Lavi, Andres Tvauri, Heidi Luik, Anti Pärn, Tiina Kala sowie einen gemeinsam verfassten Aufsatz von Jaak Mäll und Villu Kadakas; damit liegt das Ergebnis eines stiftungsfinanzierten Forschungsprojekts des Tallinner Instituts für Geschichte vor, wofür das Team jedoch durch kompetente Forscher von außerhalb verstärkt wurde.

Dieser Sammelband stellt nicht einfach eine aktualisierte Umschreibung der alten Vorstellungen dar, sondern präsentiert eine grundsätzlich neue Perspektive auf die territoriale Regelung und die Machtstrukturen des vorzeitlichen Estland während einer sehr langen Periode – von

der Steinzeit bis zum Beginn des Mittelalters. Ein diesbezüglicher Überblick, der in der Einleitung des Bands vorgelegt wird, verbindet die verschiedenen Aspekte des Themas zu einem Ganzen.

Versuchen wir, die neue Vorstellung von der vorzeitlichen Gesellschaft, wie sie von der estnischen Archäologie heute vertreten wird, zusammenzufassen: Während im Hinblick auf die Steinzeit von zentralen Siedlungsbezirken und deren Peripherien gesprochen werden kann, handelt es sich von der Bronzezeit an um reale territoriale Machtstrukturen. Die materielle Ungleichheit nimmt dermaßen zu, dass zentrale bzw. dominierende Bauernhöfe entstehen, denen in Form von Spenden oder Steuern auch ein Teil der Produktion der anderen Bauernhöfe zufließt. Solche zentralen Bauernhöfe lassen sich auf der Grundlage der Grabstätten bis zum Ende der Vorzeit verfolgen. Im Unterschied zu der früheren, auf schriftlichen Quellen beruhenden Betrachtungsweise kann auch die ab dem Mittelalter bekannte Institution der Wacke, die mit den im archäologischen Material nachgewiesenen Bauernhöfen in Zusammenhang gebracht wird, bis in die Vorzeit zurückgeführt werden: Die Wacke stellt das Hinterland des zentralen Bauernhofs, der dem örtlichen Ältesten niederen Ranges gehörte, sowie den Steuerbezirk dar.

In der territorialen Machthierarchie bildet von der mittleren Eisenzeit an der Burgbezirk die der Wacke übergeordnete Ebene. Er besteht aus einer gewissen Anzahl von Wacken, die mit der Burg verbunden sind und von ihr besteuert werden. Wir wissen nicht, welche territorialen Einheiten in der Chronik Heinrichs von Lettland mit dem Terminus *provincia* bezeichnet werden, der in der früheren Geschichtsschreibung je nach Kontext entweder als Landschaft oder Gau übersetzt worden ist. Zweifelsohne existierten auch Landschaften und Gaue, doch gelten sie im neuen Gesellschaftsmodell nicht so sehr als territoriale Machtstrukturen, sondern vielmehr als durch natürliche Grenzen voneinander abgetrennte Gebiete, deren Bewohner aufgrund ihrer historischen Zusammengehörigkeit bzw. eines Stammesgefühls sowie aufgrund von sich aus der räumlichen Abtrennung ergebenden ethnokulturellen Besonderheiten verbunden sind. Es ist möglich, dass vorzeitliche Gaue wie mittelalterliche Kirchspiele auch im kultischen Sinne territoriale Einheiten darstellten. In der neuen Auffassung von der Gesellschaft sind Burgbezirke, Landschaften und Gaue nicht durch feste und eindeutig definierbare Beziehungen verbunden. In einem Gau konnte es eine Burg oder mehrere Burgen geben, zugleich existierten aber auch solche Gaue, in denen es keine Burg gab. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die neue Vorstellung der territorialen Machthierarchie das frühere Modell „Dorf – Gau – Landschaft“ durch ein Modell mit den Grundeinheiten Dorf, Wacke und Burgbezirk ersetzt hat.

Auch die Bedeutung der vorzeitlichen Burgen ist einer Revision unterworfen worden. Die Vorstellung von den Burgen als Gemeindebesitz, die

in erster Linie einen militärischen Zweck erfüllten, ist heute als überholt zu betrachten: Die neue Auffassung sieht die Burgen in erster Linie als lokale Machtzentren, deren Machtbereich unterschiedlich groß sein konnte. Außerdem waren die Burgen auch Handwerkszentren – hiervon zeugen die von Andres Tvauri festgestellten Unterschiede im Fundmaterial der Burgen und der ländlichen Siedlungen. Anhand der im nördlichen Teil des Landkreises Tartu/Dorpat befindlichen Burgen veranschaulicht Ain Lavi die asymmetrische Struktur der Burgen der späten Eisenzeit: Bei räumlich nah beieinander liegenden Altertüern kann es sich nicht um Zentren auf der Ebene eines Gaus handeln, vielmehr sind sie als Zentren einer anderen Ebene anzusehen.

Ein gesondertes Thema ist die Kontinuität der Machtstrukturen beim Übergang von der Vorzeit ins Mittelalter. Außer in der Institution der Wacke zeigt sich diese Kontinuität auch in den Machtverhältnissen auf Saaremaa/Ösel. Marika Mägi betrachtet die Kontinuität zwischen den vorzeitlichen Ältesten und den mittelalterlichen Vasallen Saaremaas, wobei sich auf der Grundlage archäologischen Materials ergebe, dass die in den schriftlichen Quellen des Frühmittelalters erwähnten Gutshöfe aus den vorzeitlichen lokalen Zentren erwachsen sind. Somit kann die Existenz von Gutshöfen der estnischen Oberschicht schon in der Vorzeit als nachgewiesen gelten. Außerdem wird in diesem Beitrag die Auflösung des Systems der vorzeitlichen Zentren infolge der Landverteilung nach der Eroberung untersucht.

Der Schlussteil des Bandes behandelt die Genese von Städten in Estland. Anton Pärn, der die bislang vorliegenden archäologischen Angaben zusammenfasst, ist der Auffassung, dass die estnischen Städte als Zentren nicht bis in die Vorzeit zurückreichen, sondern erst in der Zeit nach der Eroberung entstanden seien.¹ Gestützt auf schriftliche Quellen konstatiert auch Tiina Kala, dass Reval als real existierende Stadt nicht früher als um die Mitte des 13. Jahrhunderts entstanden sei. Jaak Mäll und Villu Kadakas präsentieren ergänzend ihre Auffassung von der Herausbildung der Revaler Stadtbefestigungen.

Die Bedeutung der Machtstrukturen und Zentren durch die Vorzeit hindurch wird auch anhand anderer Beiträge verdeutlicht, die auf verschiedene Perioden und Einzelfragen eingehen. Die von Aivar Kriiska gelieferte Übersicht über die Besiedlung der westestnischen Inseln und die Herausbildung der dortigen Dauerbesiedlung verdeutlicht die jeweilige Bedeutung des Zentrums und des Hinterlandes in der Steinzeit. Hierbei wird auch darauf eingegangen, inwieweit die so genannte Landhebung, also das Auftauchen der Inseln aus dem Meer, und die erste

¹ Vgl. Pärns deutschsprachigen Beitrag: ANTON PÄRN: Die Städtegründungen in Estland – Eine Analyse der Einflüsse auf die Siedlungsentwicklung, in: *The European Frontier. Clashes and Compromises in the Middle Ages*, hrsg. von JÖRN STAECKER, Lund 2004 (Lund Studies in Medieval Archaeology 33; CCC Papers 7), S. 259-282.

Landnahme miteinander in Beziehung stehen. Gurly Vedru versucht, die Landschaft in der Umgebung des Sees Kahala mit den Augen eines Menschen aus der vorrömischen Eisenzeit zu sehen. Mare Aun unterstreicht die Bedeutung der in den Grabhügeln Südostestlands befindlichen Keramik, indem sie zusammenfassend feststellt, dass sich in den Randgebieten alte kulturelle Erscheinungen länger erhalten haben, weshalb allein auf der Grundlage des Materials aus der Peripherie keinerlei Verallgemeinerungen formuliert werden können. Heidi Luik zeigt anhand der in der Kulturschicht gefundenen Knochengegenstände Unterschiede zwischen den Burgen, Ortschaften und ländlichen Siedlungen auf und betrachtet den Ort des mittelalterlichen Leal in einem breiteren Kontext.

Abschließend lässt sich feststellen, dass sich im anzuzeigenden Sammelwerk eine neue Geschichtsauffassung manifestiert, die davon ausgeht, dass die Entwicklung Estlands im gleichen Rhythmus wie im benachbarten skandinavischen Raum erfolgt sei. Die für die Historiographie der späten Sowjetzeit charakteristische Vorstellung, dass es sich beim vorzeitlichen Estland um eine grundsätzlich egalitäre Gesellschaft gehandelt habe, ist durch die Auffassung einer sozial stark gegliederten Gesellschaft ersetzt worden. Die Entwicklung solch einer materiellen und sozialen Differenzierung reicht demnach bis in die Bronzezeit zurück.

HEIKI VALK

EESTI AASTAL 1200. [*Estland im Jahre 1200*]. Hrsg. von Marika Mägi. Tallinn: Argo 2003, 252 S. ISBN 9985949501.

Unter sowjetischer Herrschaft ließ sich die estnische Archäologie – von den 1950er Jahren vielleicht abgesehen – von der offiziellen Ideologie und Phraseologie ziemlich wenig beeinflussen. Wenn die Veröffentlichung von Forschungsarbeiten auch ihren Preis in Gestalt der obligatorischen Zitate von Marx, Engels oder Lenin hatte, so wurde das Hauptgewicht auf die Beschreibung des Fundmaterials gelegt und weiter reichende Schlussfolgerungen vermieden. Dabei wurde die Gesellschaft auf dem Gebiet des frühzeitlichen Estlands vor den Kreuzzügen des 13. Jahrhunderts in den 1960er bis 1980er Jahren jedoch weitgehend in Anlehnung an die zwischen den Weltkriegen oder sogar früher entstandene nationalromantisch gefärbte Tradition betrachtet, die von der frühzeitlichen Demokratie eines freien Volkes kündete.

Seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Estlands 1991 hat die estnische Archäologie eine Reihe wesentlicher Änderungen erfahren. Von den Archäologen werden viel mutiger als bisher theoretische Konstruktionen herangezogen und das frühzeitliche Estland wird viel intensiver mit den Nachbarländern verglichen. Für einen breiten Leserkreis ist diese Richtung jedoch nahezu gänzlich unbekannt geblieben. Das anzuzeigende, bilderreiche Buch setzt sich zum Ziel, Brücken zwischen den Wissenschaftlern und einem breiteren Leserkreis zu schlagen. In seinen Aufsätzen findet man daher eher Schlussfolgerungen als die Beschreibung der Wege, auf denen man zu diesen Erkenntnissen gelangt ist. Die Herausgeberin Dr. Marika Mägi vom Institut für Geschichte in Tallinn betont in ihrem Vorwort, dass es sich um Vorstellungen von der Vergangenheit handle, die sich künftig gewiss wieder ändern werden. Die von ihr kritisch vermerkte „sprunghafte Entwicklung der Geisteswissenschaften in Estland während des letzten Jahrzehnts, die in erster Linie darin besteht, dass im Westen schon jahrzehntelang verwendete theoretische Modelle und Gesichtspunkte in die Forschungsarbeit einbezogen werden“ (S. 5), führt tatsächlich auf neue Pfade. Auf ihnen zu wandeln ist jedoch nicht immer leichter als auf den alten. Eher ist es umgekehrt.

Dem Inhalt nach ist das Sammelwerk keineswegs kompakt und einheitlich. Es versteht sich, dass der im Titel umrissene enge chronologische Rahmen zwangsläufig überschritten werden muss. Der zentrale Aufsatz des Sammelwerkes mit Rücksicht auf dessen allgemeine Ausrichtung und seinen Aufbau ist von Mägi unter dem Titel „Estnische Gesellschaft an der Schwelle zum Mittelalter“ (S. 15-42) verfasst worden.¹ In einer lebhaften Polemik gegen die in den 1970er und 1980er Jahren eingebürgerte Vorstellung, dass die Gesellschaft des frühzeitlichen Estlands an der Schwelle zur Epoche der Kreuzzüge sozial und wirtschaftlich wenig differenziert gewesen sei, malt sie ein Bild von einer Gesellschaft „mit frühfeudalen Zügen“ (S. 18), die „mit der gleichzeitigen feudalen Zersplitterung in Westeuropa verglichen“ werden könne (S. 21). Mägi schreibt weiter: „Auf der Grundlage des archäologischen Materials kann man annehmen, dass das überwiegend landwirtschaftliche Binnenland hauptsächlich von freien Einzelbauern besiedelt war, während in den vorwiegend auf den internationalen Handel orientierten Küstengebieten und auf den Inseln die Großgrundbesitzer in der Gesellschaft eine wesentlich größere Rolle spielten“ (S. 23); „der Großteil der persönlich freien Menschen arbeitete jedoch für jemand anderen“ (S. 29).

Liest man diese von einer Archäologin verfasste, weitgehend von möglichen Analogien zu Skandinavien beeinflusste Darlegung des Stoffes aus der Perspektive eines Historikers, so gewinnt man den Eindruck, dass

¹ Vgl. MARIKA MÄGI: *At the Crossroads of Space and Time. Graves, Changing Society and Ideology on Saaremaa (Ösel), 9th-13th Centuries AD*, Tallinn 2002 (CCC Papers 6).

die oberflächliche Betrachtung der schriftlichen Quellen und der diesbezüglichen Historiographie zu einer Reihe von Verwirrungen geführt hat, angefangen etwa mit der weitschweifigen und inkonsequenten Verwendung des Begriffs „Feudalismus“. Da im Aufsatz die auf archäologischen Quellen beruhenden Hypothesen zumeist in Gestalt von recht sicheren Behauptungen vorgelegt werden, die Gedankengänge, die zu ihnen geführt haben, jedoch nicht näher vermittelt werden, erweckt der Aufsatz zum Teil zwangsläufig den Eindruck, als seien die von der Autorin benutzten schriftlichen Quellen bewusst in den Dienst bereits fertiger Konzeptionen gestellt worden.

Um hierbei nur ein Beispiel herauszugreifen: Im Familienmodell der Ostseefinnen sei Mägi zufolge „die Rolle der Geschlechter mehr im Gleichgewicht [gewesen] als bei den indoeuropäischen Nachbarn“ (S. 39). Auch der Aufsatz derselben Autorin über „Das geistige Leben: die Weltanschauung und Bestattungssitten“ (S. 91-106), der darüber berichtet, dass der christliche Glaube von der frühzeitlichen Elite und deren Nachfolgern nach den Eroberungen in sehr kurzer Zeit ohne Vorbehalt angenommen worden sei, beruht hauptsächlich auf möglichen skandinavischen Parallelen, die allerdings nicht überzeugend nachgewiesen werden können.

Der Aufsatz von Ivar Leimus „Der Kaufmann“ (S. 43-68) betrachtet auf der Grundlage der Schatzfunde den Geldumlauf und den Handel im Baltikum am Ende der Frühzeit. Diese gut lesbare Abhandlung berichtet nicht nur über den Umgang mit dem Geld und mit Silber in der damaligen Welt, sondern reflektiert gründlich über die Rolle des estnischen Gebietes im Handel Nordeuropas im 11.-12. Jahrhundert. Jüri Peets schreibt über die örtliche Eisenherstellung und das Schmiedehandwerk in Estland bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts (S. 143-188).²

Interessant und für weitere Forschungen inspirierend ist die von der Kunsthistorikerin Kersti Markus vorgelegte Interpretation der in den alten Kirchen und auf den Kirchhöfen Ösels und der Wiek befindlichen trapezförmigen Grabplatten aus Kalkstein. Nach ihrer Meinung handelt es sich um nach gotländischem Vorbild angefertigte Grabmäler der estnischen Oberschicht, die im 13. Jahrhundert den christlichen Glauben annahm. Die in Karris/Karja befindliche Grabplatte wird von Markus mit dem Kriegszug der Dänen von 1222, die in Hannehl/Hanila) und Karusen/Karuse) befindlichen Grabplatten aber mit Gefallenen der gegen die Litauer ausgetragenen Schlacht von 1270 in Verbindung gebracht.

Darüber hinaus enthält der Sammelband zum Teil mehr, zum Teil weniger gelungene Übersichten über den frühzeitlichen heidnischen Glauben der Esten, das Dorf und den Bauernhof, die Viehzucht sowie die Küstenbesiedlung von Lahemaa (in Nordestland). Außerdem werden

² Vgl. JÜRI PEETS: *The Power of Iron. Iron Production and Blacksmithy in Estonia and Neighbouring Areas in Prehistoric Period and the Middle Ages*, Tallinn 2003 (Muinasaja Teadus 12).

die damalige Kleidung und Bewaffnung sowie der Körperbau und die Körpergröße der Einwohner Estlands am Ende der Vorzeit betrachtet.

Im Sammelwerk zeigen sich sowie Vor- als auch Nachteile der interdisziplinären Forschungsweise: Dort, wo die Grenzen des engen eigenen Fachgebietes überschritten werden, finden sich manchmal eine unerwartet oberflächliche Herangehensweise und sogar Fehler.

Einen weiteren Problemkreis stellt die betonte Orientierung an Skandinavien dar, die von einigen am Sammelwerk beteiligten Autoren vertreten wird. Die Beziehungen der älteren estnischen Geschichte zu Skandinavien sind in der Historiographie aus verschiedenen Gründen zwar unverdient im Hintergrund geblieben, die lobenswerte Beseitigung dieses Missstandes sollte jedoch nicht bedeuten, dass man die Vergleichsmöglichkeiten und Deutungstraditionen der anderen Nachbarländer, insbesondere diejenigen Deutschlands oder Russlands außer Acht lässt.

Hinsichtlich der in diesem Buch wiederholt angeschnittenen Frage, wer eigentlich mit dem lateinischsprachigen Wort *seniores* bezeichnet wurde – dieser Begriff wird bekanntlich in der Chronik Heinrichs von Lettland beim Bericht über die Führungsschicht der vorzeitlichen Esten verwendet – ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass Heinrich vermutlich aus Deutschland, aus dem Magdeburgischen stammte und sein Sprachgebrauch nicht durch die Schulen und Kanzleien Schwedens, sondern durch diejenigen Deutschlands geprägt worden ist.

Dieses schöne Buch ist ein dankenswerter Versuch, die von den Archäologen und Historikern in den letzten Jahren geleistete Arbeit allen Lesern, sowohl den Fachwissenschaftlern wie auch einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Die Geschichte wird hier lebendig präsentiert und wenn die gestellten Fragen manchmal auch ohne Antwort bleiben, so geben sie trotzdem Denkanstöße und Anregungen, nicht nur über die Vergangenheit an sich, sondern auch über das Schreiben und Reden über diese Vergangenheit zu reflektieren. Etwa darüber, welches die gegenwärtigen Träume und Wünsche der Esten in Hinsicht auf ihre Vergangenheit sind. Inwieweit wird in der geänderten methodologischen Herangehensweise, faktisch also in einer rein wissenschaftlichen Frage, das geänderte Ideal der vorzeitlichen Gesellschaft widergespiegelt? Gilt es, in der längst vergangenen Zeit das demokratische Ideal oder eine Ähnlichkeit mit dem eindeutig hierarchischen Gesellschaftsmodell und der Entwicklungsstufe der westlichen Nachbargebiete zu finden, um dadurch den „frühzeitlichen Pessimismus“ und den „masochistischen Aspekt unserer nationalromantischen Geschichtsvorstellung“ loszuwerden?³ Die zitierten Formu-

³ PRIIT LIGI: Ühiskondlikest oludest Eesti alal hilispronksi- ja rauaajal [Zu den sozialen Verhältnissen im estländischen Gebiet in der späten Bronze- und Eisenzeit], in: Eesti arheoloogia historiograafilisi, teoreetilisi ja kultuuriajaloolisi aspekte [Historiographische, theoretische und kulturgeschichtliche Aspekte der estnischen Archäologie], hrsg. von VALTER LANG, Tallinn 1995 (Muinasaja Teadus 3), S. 182-270, hier S. 189, 191.

lierungen stammen aus der Feder des estnischen Archäologen Priit Ligi (1958-1994), der vor etwa zehn Jahren ein Forschungsprogramm formulierte, als dessen Manifestation sich das Sammelwerk „Estland im Jahre 1200“ versteht.

ANTI SELART

SAARE-LÄÄNE PIISKOPKOND: ARTIKLID LÄÄNE-EESTI KESKAJAST. [Das Bistum Ösel-Wiek: Beiträge zum Mittelalter in Westestland]. Hrsg. von Ülla Paras. Haapsalu: Läänemaa Muuseum 2004. 287 S.; 58 Fotos; Abb. ISBN 9985913388.

Die vor allem aus Beiträgen der jüngeren estnischen Historikergeneration bestehende zweisprachige¹ Artikelsammlung stellt nach 70 Jahren die erste ernsthafte Untersuchung der Geschichte des Bistums Ösel-Wiek im Mittelalter dar. Während sich die früheren Forschungen auf die politische Geschichte und das Städtewesen konzentrierten, hat die Insel Ösel/Saaremaa in letzter Zeit auch bei den Kunsthistorikern² und Archäologen³ reges Interesse erweckt. Der vorliegende Sammelband stellt die bisher weniger untersuchte Kirchengeschichte in den Mittelpunkt und analysiert die administrativ-politische Entwicklung des Bistums, das infolge der Kreuzzüge 1228 an der Westküste Livlands errichtet worden war, sowie die Beziehungen des Bistums zu nahen und fernen Machtzentren. In dieser Form ist der Band ein Resultat des Interesses an europäischen Grenzgebieten im Mittelalter, das in den letzten Jahrzehnten auch in der estnischen Mediävistik spürbar gewachsen ist.

Obwohl Kreuzritter die Gebiete des späteren Bistums Ösel-Wiek, das strategisch günstig an der Kreuzung wichtiger Handelsstraßen lag, schon im Jahre 1206 erreicht hatten, wurde Ösel erst 1227 erobert. Die weitere Entwicklung des Bistums wird von Tiina Kala zusammengefasst: „Unter den Kleinstaaten des mittelalterlichen Livlands galt das

¹ Alle Beiträge sind vollständig auf Estnisch und Deutsch veröffentlicht.

² Z.B. KERSTI MARKUS, TIINA-MALL KREEM, ANU MÄND: Kaarma kirik [Die Kirche zu Karmel], Tallinn 2003 (Eesti kirikud Bd. 1).

³ Z.B. MARIKA MÄGI: At the Crossroads of Time and Space: Graves, Changing Society and Ideology on Saaremaa (Ösel), 9th- 13th Centuries AD, Tallinn 2002 (CCC Papers Bd. 6).

Bistum Ösel-Wiek als eines der eigenartigsten. War es ja aus dem festländischen Teil und den Inseln, die ein recht unterschiedliches Schicksal hatten, zusammengesetzt. Sowohl auf die Insel Ösel als auch auf die Wiek haben alle wichtigen Mächte Anspruch erhoben, die im 13. Jahrhundert an der Besetzung Livlands beteiligt waren—die Dänen, Schweden, der Bischof von Riga, die päpstlichen Legaten, die Schwertbrüder und nach ihnen der livländische Zweig des Deutschen Ordens. Die verschiedenen Gebiete des Bistums gingen im Mittelalter wiederholt von Hand zu Hand und die bischöfliche Residenz wechselte mehr als ein Mal ihren Standort“ (S. 177). Mitte des 16. Jahrhunderts waren die Entwicklungen schon so zentrifugal verlaufen, dass die Region während des Livländischen Kriegs ohne direkte Kampfhandlungen unter verschiedenen Staaten aufgeteilt wurde. Aus diesem Grunde stellt die Herausgeberin Ülla Paras sogar die Frage, ob es berechtigt sei, die Geschichte des Festlandes und der Insel, die sich ja so unterschiedlich entwickelten, gemeinsam zu betrachten. Letztlich sei dieser Ansatz aber doch dadurch begründet, dass das Gebiet—mit einigen Ausnahmen—unter einer einheitlichen administrativen Verwaltung stand (S. 178).

Neben den administrativ-politischen Entwicklungen im Bistum werden vor allem die Beziehungen der Vertreter der provinziellen geistlichen und weltlichen Hierarchie zu den livländischen und ferner liegenden Machtzentren, d.h. zur römischen Kurie, zu den Hochmeistern des Deutschen Ordens sowie zum Kaiser, unter die Lupe genommen. Das gegenseitige Verhältnis von Machtzentrum und Grenzgebiet stellt, wie bereits erwähnt, die grundsätzliche Ausgangsfrage für die Untersuchungen dar. Die Sammlung gewinnt durch die Bemühungen der Autoren, die Geschehnisse möglichst differenziert zu betrachten und mehr Aufmerksamkeit auf bisher weniger untersuchten Personen und Faktoren zu lenken. Charakteristisch ist weiterhin, dass viele Beiträge von persönlichen Lebensgeschichten dominiert werden, in denen die in der damaligen Zeit tonangebenden Tendenzen hervorgehoben werden oder die soziale Mobilität der provinziellen Machthaber unter Beweis gestellt wird. Da hier vor allem die Herrschaftsverhältnisse des Bistums behandelt werden (worauf sich ja übrigens auch der größte Teil der erhaltenen Quellen bezieht), wird über die Geschichte der Bauern hinweggesehen. Der einleitende Beitrag von Tiina Kala „Über das Schicksal des Bistums Ösel-Wiek“ (S. 177–208) gibt einen guten Überblick über die Geschichte des Bistums vom 13. bis zum 16. Jahrhundert, über die Entwicklung und Kirchenordnung in den Zentren des Bistums (Leal, Alt-Pernau, Hapsal) wie über die bisherige Forschungsgeschichte. Darüber hinaus skizziert die Übersicht potentielle Untersuchungsbereiche und lässt den Leser auf diese Weise gespannt auf weitere, detailliertere Arbeiten hoffen, da die vorliegende Sammlung ja zum Beispiel die durch die Christianisierung

bedingten großen religiösen, kulturellen und sozialen Änderungen weitgehend außer Acht lässt.⁴

Die weiteren Artikel sind chronologisch geordnet, wobei der Text von Aldur Vunk „Über die Entwicklungsgeschichte des Bistums Ösel-Wiek“ (S. 209-219) den Anfang macht. In den Machtkämpfen um Ösel-Wiek prallten die Interessen des Bistums Riga, der Schwertbrüder, Schwedens, Dänemarks und der römischen Kurie schonungslos aufeinander. Vunk gibt einen Überblick über die militärischen und diplomatischen Konflikte, doch stützt er sich dabei allzu sehr auf Heinrichs Livländische Chronik, die ja entstand, um die Ansprüche des Bistums Riga von 1225 bis 1227 zu rechtfertigen. In dieser Form hat der Beitrag den bisherigen Kenntnissen wenig Neues hinzuzufügen, weil die Chronik zweifelsohne parteiisch ist und für die vorliegende sorgfältige Darstellung einer gründlicheren Analyse bedurft hätte.

Der folgende Überblick von Tõnis Lukas „Die Domherren des Bistums Ösel-Wiek 1228-1563“ (S. 221-244) untersucht anhand des Werdegangs von 190 Domherren die Herausbildung der Bischofsmacht und die Beziehungen des Bischofs zu anderen livländischen Bistümern. Doch wenn der Autor zu Beginn feststellt, dass „die katholische Kirche über beinahe das gesamte heutige Europa ein sorgfältig geknüpftes Netz“ ausgebreitet habe, das „die verschiedenen Gesellschaften auf diesem großen Territorium zusammenhielt“, wären ebenso stark auch die Initiative vor Ort und die Bedeutung der verschiedenen Interessen hervorzuheben gewesen. Die Vergleiche mit dem Dorpater Bistum⁵, das in Livland die stärkste Anziehungskraft hatte (S. 231), zeigen, dass sich das Domkapitel in Westestland, obwohl es nach denselben Regeln zusammengesetzt und genauso beeinflusst wurde wie die Parallelinstitution in Dorpat, durch niedrigere Einnahmen unterschied. Daher gingen in Ösel-Wiek viel mehr Kapitelmitglieder ihren Pflichten im Amt nach als einer „nebenberuflichen“ Tätigkeit (49% der Domherren waren zur gleichzeitigen Amtsausübung an anderen Orten bestellt) (S. 233). Gleichzeitig war das Bistum stärker auf andere Kirchenzentren angewiesen.

Mit einem ähnlichen Thema setzt Juhan Kreem fort: „Über die Streitigkeiten um den Bischofsstuhl von Ösel-Wiek im 15. Jahrhundert“ (S. 245-255). Während die Bürgerkriege im Bistum Ösel-Wiek traditionell als der Kampf zwischen dem livländischen Zweig des Deutschen Ordens und den Bischöfen aufgefasst worden sind, weist Kreem darauf hin, dass die lokalen Konflikte deutlich mehr Protagonisten aufwiesen. Besonders deutlich ist dies in den zwischen 1423 und 1462 aufgeflamten Streitigkeiten um die Nachfolge des Bischofs zu sehen, deren Analyse der Arti-

⁴ Vgl. TIINA KALA: The Incorporation of the Northern Baltic Lands into the Western Christian World, in: *Crusade and Conversion on the Baltic Frontier, 1150-1500*, hrsg. von ALAN V. MURRAY, Aldershot etc. 2001, S. 3-20.

⁵ Vgl. TÕNIS LUKAS: *Tartu toomhäräd [Die Domherren von Dorpat] 1224-1558*, Tartu 1998.

kel gewidmet ist. Diese heftigen Auseinandersetzungen hat man sowohl mit Hilfe von Feldzügen als auch der Diplomatie zu lösen versucht. An den genannten Bestrebungen waren die Vertreter der kirchlichen wie der weltlichen Hierarchie verschiedenen Ranges beteiligt: vom Papst, Konzil und dem Kaiser bis hin zum örtlichen Domkapitel und den Vasallen. An den Geschehnissen hat auch die Stadt Reval mitgewirkt, die im Herrschaftsgebiet des Ordens lag und seine Politik unterstützte.⁶ Schließlich führte der Konflikt sogar dazu, dass der dänische König das Bistum zeitweilig unter seinen Schutz nahm. Doch konnte keine der Parteien den Streit einer endgültigen Lösung zuführen, die Verhandlungen brachten unzählige Kompromisse mit sich, aber die Frage blieb bis 1468 offen, als der letzte Gegenbischof verhaftet wurde und im Kerker starb. Somit gelingt es dem Autor überzeugend nachzuweisen, dass der Orden keineswegs die einzige ernstzunehmende militärische Macht Livlands stellte, da das souveräne politische und militärische Potenzial des Bischofs mehr als bisher betont werden müsste.

Der Archäologe Mati Mandel analysiert in seinem Beitrag „Hat Leal im Mittelalter wirklich fünf Kirchen gehabt?“ (S. 257-273) die materielle Seite der kirchlichen Macht. Der Autor geht von der aus dem Jahre 1667 stammenden Behauptung aus, in bischöflicher Zeit habe es in Leal/Lihula fünf Kirchen gegeben. Er macht sich nicht nur anhand eines 1683 aufgezeichneten Plans auf die Suche, sondern betrachtet auch die heutige Landschaft. Plan und Natur bieten ihm dabei Hinweise auf drei Kirchen und zwei Kapellen. Obwohl diese Gebäude nicht erhalten sind und die unbeantworteten Fragen lediglich mit Hilfe archäologischer Forschungen zu lösen wären, zeigt der Verfasser, dass auch die Auslegung der Volksüberlieferungen und die geschickte Deutung der Spuren in der Landschaft spannende Interpretationen bieten können, denn genauso wie die Beständigkeit des mittelalterlichen Erbes in der Natur liefern auch Gedächtnisbilder unter Umständen Beweise. Zugleich greift sein Beitrag in gewisser Weise auch ein anderes Thema auf, das gelegentlich in den Texten des Bandes angesprochen wird. Während Mandel sich die Frage stellt, warum die Entwicklung Leals zum Stillstand kam, denken auch die anderen Autoren darüber nach, weshalb sich das Bistum und die in seinem Herrschaftsgebiet liegenden Städte nicht zu einem wichtigen Zentrum im mittelalterlichen Livland herausgebildet haben. Die scheinbar „verspielten Möglichkeiten“ werden gut durch Leal veranschaulicht, durch eine Ortschaft, die sich Anfang des 13. Jahrhunderts zu einem der bedeutendsten Zentren der Wiek und zur ersten Residenz des Bischofs von Ösel-Wiek herausgebildet hatte. Genauso wie der Untergang von Leal, das ab dem 15. Jahrhundert immer mehr an Bedeutung verlor, hatte

⁶ Vgl. JUHAN KREEM: *The Town and its Lord: Reval and the Teutonic Order (in the Fifteenth Century)*, Tallinn 2002 (Tallinna Linnaarhiivi toimetised Bd. 6).

auch der Untergang anderer Zentren seine Ursache vor allem im ununterbrochenen gegenseitigen Kampf der örtlichen Machthaber.

Die Anpassung der früheren Beamten des Bistums an die sich verändernden Zeiten ist der Gegenstand des Beitrags „Die Laufbahn und Tätigkeit der Vasallen und Beamten des Bistums Ösel-Wiek in Neu-Pernau in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts“ von Inna Põltsam (S. 275-287). Mit Hilfe des Stadt- und Erbebuchs der Ordenstadt Neu-Pernau/Uue-Pärnu wird in diesem Beitrag die Teilnahme der ehemaligen Beamten und Vasallen des Bistums Ösel-Wiek am städtischen Leben und der Stadtverwaltung erörtert. Hiermit wird eine beachtenswerte Analyse der sozialen Beziehungen, Möglichkeiten und Wertvorstellungen vorgelegt, die zur gleichen Zeit die in der Übergangsepoche zur Frühen Neuzeit in der Gesellschaft zu beobachtenden umfassenderen Entwicklungen aufzeichnet. Anhand von fünf ehemaligen Beamten des Bistums Ösel-Wiek, die, gestützt auf ihre frühere Laufbahn und auf das in dieser Zeit angesammelte Grundkapital, Ratsherren der Stadt Neu-Pernau und Ältere wurden, verweist Põltsam auf die Herausbildung einer neuen, aus Beamten bestehenden Elite des Bürgertums, die wie in anderen europäischen Städten ihren Platz neben der aus den alteingesessenen Kaufleuten herausgewachsenen Elite einnahm. Neben den Beamten begannen auch die Vasallen des Bischofs, Grundbesitz in Neu-Pernau zu erwerben, doch sie selbst wohnten nicht in der Stadt. Põltsam beleuchtet in ihrem Beitrag auch die Lebensgeschichte von vier Vasallen näher. Ihre erwähnten Erwerbungen stellen nicht nur ihre gestiegene Kreditfähigkeit unter Beweis, sondern auch die beachtenswerte Tatsache, dass neben dem Lehnsgut auch der Grundbesitz in einer Kleinstadt als wirtschaftlich rentabel galt und soziales Ansehen gewährleistete. In diesem Zeitraum wurden die Vasallen immer mehr auch durch wirtschaftliche und familiäre Beziehungen an das Bürgertum gebunden, so dass der Unterschied zwischen den beiden Ständen, dem Adel und der Elite des Bürgertums, offensichtlich nicht mehr besonders deutlich war.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der vorliegende Sammelband zweifellos einen wichtigen Schritt zu einer ausführlicheren Behandlung des Themas darstellt. Es wäre wünschenswert, wenn die Mediävistik in der nächsten Zukunft Ähnliches auch in Bezug auf die anderen Bistümer in Livland bzw. das Mittelalter in der ganzen hiesigen Region zu leisten imstande wäre.

LINDA KALJUNDI

EESTI AJALUGU. IV: *Põhjasõjast pärisorjuse kaotamiseni* [Estonische Geschichte. IV: Vom Nordischen Krieg bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft]. Verfasst von Mati Laur, Tõnu Tannberg, Helmut Piirimäe. Verantwortlicher Redakteur Mati Laur. Chefredakteur Sulev Vahtre. Tartu: Ilmamaa, 2003. 311 S. Abb. ISBN 9985770625.

Im zweiten Jahrzehnt der ersten Eigenstaatlichkeit Estlands wurde in Tartu die Veröffentlichung von zwei großen historischen Überblickswerken in Angriff genommen. Bei der Estnischen Literaturgesellschaft (*Eesti Kirjanduse Selts*) erschien die *Eesti ajalugu* [Estonische Geschichte] (1935-1940) und beim Verlag „Loodus“ die *Eesti rahva ajalugu* [Geschichte des estnischen Volkes] (1932-1937). Allerdings konnte keines der beiden Projekte aufgrund der 1940 einsetzenden sowjetischen Okkupation vollendet werden. Von den geplanten fünf Bänden der von Hans Kruus verantworteten *Eesti ajalugu* konnten nur drei veröffentlicht werden; der letzte erschien noch im Herbst 1940, wobei allerdings das schon als Korrekturbogen gedruckte Kapitel über den Nordischen Krieg 1700-1710 ausgelassen wurde.¹

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit wurde die Erarbeitung einer neuen größeren allgemeinen Darstellung wieder auf die Tagesordnung gesetzt. 1999 regte Präsident Lennart Meri an, die drei Bände der *Eesti ajalugu* in einer kommentierten Neuauflage herauszugeben und ab dem Jahr 1700 das Werk fortzusetzen. Nach ausführlichen Beratungen beschloss man jedoch, diesen Plan aufzugeben und die ersten Bände später neu zu verfassen, um sich erst einmal auf die Erstellung des neuen Teils zu konzentrieren, einer dreibändigen Geschichte der drei letzten Jahrhunderte.

Die Vorbereitung eines solchen groß angelegten Projekts nimmt viel Zeit in Anspruch. Im Vorwort des besprochenen Bandes wird erwähnt, dass das auf den Nordischen Krieg folgende Jahrhundert in der estnischen Geschichtsschreibung als ein ereignisloses und graues Zeitalter dargestellt worden sei, in dem die Zeit geradezu stehen geblieben ist. Die Herausgeber geben demgegenüber ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die vorliegende Arbeit dazu beitragen möge, dieses verloren gegangene Jahrhundert der Geschichte des estnischen Volks zurückzugeben und auch weitaus freundlichere Aspekte in ihm zu entdecken.

¹ Einem Blatt, das dem III. Band beigelegt war, konnte der Subskribent Folgendes entnehmen: „Nach dem veröffentlichten Plan sollte das Werk mit dem Kapitel über das Zeitalter des Nordischen Krieges abschließen. Da aber der IV. Band des Werkes die Behandlung der estnischen Geschichte im zaristischen Russland beinhaltet und die estnische Geschichte im Zeitalter des Nordischen Krieges eng mit der Geschichte des Territoriums der heutigen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbunden ist, hat die Redaktion beschlossen, dieses Kapitel in den folgenden Band zu übertragen, ohne den Umfang des Kapitels wesentlich zu ändern.“

Das Werk wird durch einen kurzen Überblick zu Est- und Livland am Ende des 17. Jahrhunderts eingeleitet. In mancher Hinsicht ist es eine vereinfachte Perspektive, die hier geboten wird. Das estnische Gebiet war nicht nur in zwei Teile geteilt (S. 15), Narva und Alutaguse/Alentagh gehörten zu Ingermanland, und der Status von Ösel/Saaremaa war unbestimmt. Es mag ja richtig sein, dass in den besseren Jahren Schweden gerade aus Est- und Livland bis zu einem Viertel aller seiner Einnahmen erhielt. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass dasselbe Geld für die Aufrechterhaltung der Verwaltungs- wie auch der Militärfunktionen in die Provinzen zurückgeführt wurde. Auch verwundert die Verwendung des Begriffs „Seminar von Forselius“ (S. 17), obwohl Aivar Pöldvee doch nachgewiesen hat, dass dieser Name in den zeitgenössischen Urkunden nicht vorkommt und man die Schule erst später als „Seminar“ zu bezeichnen begann.²

Hierauf folgt eine umfassende Beschreibung des Nordischen Krieges aus der Feder von Helmut Piirimäe, wobei die Forschungen von Margus Laidre eine hervorragende Inspirationsquelle geboten haben. Flüssig werden Kriegspläne, Vorbereitungsmaßnahmen für die Schlachten sowie deren Verlauf geschildert; weniger erfährt man über das Leben in der Etappe. Darüber berichten andere Kapitel. Es wird zwar erwähnt, dass im September 1710 die Burg Arensburg/Kuressaare kapitulierte, nicht aber, dass die Schweden Ösel ein Jahr später zurückerobern wollten.³ Über die Verschleppung aus Dorpat/Tartu wird ausführlich berichtet, während Vergleichbares in anderen Orten nur flüchtige Erwähnung findet (S. 39). Es wird nicht erklärt, warum Menschen nach Osten verfrachtet wurden. Später erfährt man jedoch, dass die Russen aus Angst vor einem schwedischen Angriff Dorpat im Juli 1708 gesprengt haben (S. 77).

Die positive Seite des Werkes ist die Beschreibung des allgemeinen historischen Kontexts, der einen Zusammenhang zwischen Estland und seinen Nachbarländern sowie Europa herstellt, wobei Russland, das ja über das estnische Gebiet herrschte, besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Von den damaligen führenden Verwaltungsbeamten waren mehrere auch anderer als deutscher oder russischer Herkunft, so waren z.B. die Generalgouverneure von Riga Peter Lacy (1719-1751) und George von Browne (1762-1792) irischer Herkunft. 1738 wurde Gustav Otto Doug-

² AIVAR PÖLDVEE: Talurahvakoolid Eesti- ja Liivimaa 17. sajandi viimasel veerandil [Bauernschulen in Est- und Livland im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts], in: Läänemere provintside arenguperspektiivid Rootsi suurriigis 16./17. sajandil [Entwicklungsperspektiven der Ostseeprovinzen während der schwedischen Großmachtperiode im 16./17. Jahrhundert], hrsg. von ENN KÜNG, Tartu 2002 (Eesti Ajaloarhiivi toimetised 8 (15)), S. 102-107.

³ VOITTO AHONEN: Det svenska försöket att erövra Ösel 1711 [Die schwedischen Versuche zur Eroberung Ösels 1711], in: Historisk tidskrift för Finland 77 (1992), S. 73-85. Dieser Aufsatz fehlt in der Bibliographie.

las, der ehemalige Gardist Karls XII., der seiner Herkunft nach Schotte war, zum Gouverneur von Estland bestellt. Ab 1740 wurde er vom Dänen Woldemar Löwendahl abgelöst, der 1743 den russischen Dienst quittierte und später in Frankreich Marschall wurde. Keine Erwähnung findet der Umstand, dass Hermann Jensen Bohn, der im Jahre 1726 die Pflichten des Generalgouverneurs von Riga erfüllte (S. 68), sein Landsmann war. Über dessen Herkunft wird erst später berichtet, als er in seiner Eigenschaft als Gutsbesitzer in Maart/Maardu die Herausgabe der ersten estnischsprachigen Vollbibel unterstützte (S. 228). Mit dem dänischen Königshof verwandt war ebenfalls Prinz Peter August von Holstein-Beck, der Gouverneur von Estland 1743-1753 und 1758-1774, dessen Heimatstadt allerdings Königsberg war (S. 70). Am Ende der hier interessierenden Periode war der Italiener Marquis Filippo Paulucci Generalgouverneur (S. 129).

Ausführlich wird die Lage im baltischen Landesstaat beschrieben. Bei der Behandlung der Verwaltungsordnung werden die Eigenarten der Insel Ösel erwähnt, die sowohl von den schwedischen als auch von den russischen Behörden, von denen die in der schwedischen Zeit herrschende Ordnung übernommen wurde, respektiert wurden. Es wird behauptet, dass diese Eigenarten zum Teil darauf zurückzuführen seien, dass Ösel fast ein Jahrhundert lang unter dänischer Herrschaft gewesen war (S. 73), was jedoch bezweifelt werden darf. Dänemark hatte Ösel 1559 zwar gekauft, es jedoch erst 1572 der dänischen Monarchie einverleibt. Bis zur Abtretung an Schweden 1645 wurden keine besonderen Reformen durchgeführt, sondern hauptsächlich alte Traditionen befolgt. So können diese Eigenarten, die vermutlich auch durch die insulare Lage bedingt waren, ebenso gut auf das Bistum Ösel-Wiek zurückgehen. Es ist auch nicht ganz korrekt, dass die Estländische Ritterschaft 1584, als sich der Adel Jerwens und der Wiek mit der Vasallenschaft von Harrien-Wierland zusammenschloss, gebildet wurde. 1584 schloss sich nur die Wiek an, die anderen hatten sich schon früher vereinigt.

Auf S. 84 ist die Rede vom estländischen Ritter- und Bodenrecht, das 1650 von Philipp Crusius erstellt worden sei. Dieser war aber bereits 1649 als von Krus geadelt worden, woraus später Krusenstern und schließlich (von) Krusenstierna wurde. Es ist auch nicht richtig zu behaupten, dass es schon während des Nordischen Kriegs Poststellen in Reval/Tallinn, Dorpat, Narva und Pernau/Pärnu gegeben habe, später auch in Hapsal/Haapsalu und Arensburg (S. 90). In vielen Städten waren Postmeister schon zu Beginn der 1640er Jahre eingestellt worden.⁴

Im Hinblick auf die Kronsbehörde werden alle damaligen Gouverneure aufgezählt. Dementsprechend hätte man im Abschnitt über die Selbst-

⁴ Ausführlicher hierzu: ENN KÜNG: Kullerposti ja reisijateveo sisseseadmine Eestija Liivimaa 17. sajandi esimesel poolel [Die Einrichtung des Kurierdienstes und der Beförderung von Reisenden in Est- und Livland in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts], in: Läänemere provintside arenguperspektiivid (wie Anm. 2), S. 205-234.

verwaltung des Adels auch die Führer der Ritterschaften erwähnen können.⁵ Die im Jahre 1722 zur Festlegung der Hierarchie des Adels im Russischen Reich eingeführte Rangliste (S. 74) stützte sich übrigens auf ein dänisches Vorbild. Im vorliegenden Band wird insgesamt eine Übersicht über die Entwicklung der Städte, die Gerichts- und Rechtsordnung, die örtliche Verwaltung, das Bodengesetzbuch sowie die öffentliche Ordnung und die Kommunikation gegeben, die wesentliche Voraussetzungen für das Verständnis der Probleme des Zeitalters bietet.

Anschließend werden die Reformen Katharinas II. untersucht, der, wie es hier ausdrücklich heißt, in der bisherigen Geschichte Russlands „am meisten gebildeten Monarchin“ (S. 95). Während Peter I. für Russland ein Fenster nach Europa aufgestoßen hatte, so öffnete Katharina ihrem Land die Tür nach Europa (S. 97). Ihre Rundreise durch Est- und Livland im Jahre 1764 wird bei ihr einen angenehmen Eindruck hinterlassen und vermutlich den Wunsch zur Fortsetzung der Reformen vertieft haben. Dies wird recht ausführlich beschrieben. Zudem wird hierbei der schon früher (auf S. 80) erwähnte Zwischenfall in Dorpat mit dem aufgrund eines ratskritischen Plakats zwischenzeitlich verhafteten Maurermeister Georg Melck, der hier Steinmetz genannt wird, wiederholt (S. 102). 1782 begann die Einführung der Statthalterschaft, womit die Privilegien des baltischen Adels eingeschränkt wurden. Diese wurde aber vom Nachfolger Katharinas, Paul I. (1796-1801), der auch die früheren Privilegien des Adels wiederherstellte, aufgehoben.

Ab der Zeit Pauls I. wird die von Mati Laur begonnene Darstellung von Tõnu Tannberg weitergeführt. Pauls Regierungszeit blieb kurz. Ausführlicher und mit größerer Sympathie wird sein Nachfolger Alexander I. (1801-1825) beschrieben, dessen Regierungszeit sowohl liberale Reformen als auch äußerst rückschrittliche Maßnahmen umfasste (S. 115). Darauf folgt eine längere Übersicht über die Militärpolitik Russlands während der ganzen betrachteten Zeit und deren Verbindung mit dem Baltikum. Aufgrund der umfangreichen Forschungen des Autors können diese Fragen hier informativer und vielseitiger dargelegt werden als früher. Er bietet Näheres über die lokal stationierten russischen Truppen, Reval als Festungsstadt, die Anlage des Kriegshafens in Baltischport/Paldiski, den Russisch-Schwedischen Krieg 1788-1790, die Einführung der Rekrutenpflicht, die napoleonischen Kriege und das Territorialheer sowie über deutschbaltische Offiziere im Dienst des russischen Imperiums.

Es fällt auf, das der Rapport des schwedischen Offiziers J. A. Ehrenström etwas widersprüchlich referiert wird. Nach Laur (S. 112) habe die-

⁵ Aus der Periode 1710-1783 finden sie Erwähnung bei MATI LAUR: *Eesti ala valitsemine 18. sajandil (1710-1783)* [Die Verwaltung des estnischen Gebiets im 18. Jahrhundert (1710-1783)], Tartu 2000 (Scripta Archivi Historici Estoniae), S. 254-255.

ser die Bereitschaft der örtlichen Gesellschaft, an Schweden zurückzufallen, eindeutig bestritten, während Tannbergs Text (S. 136f.) ausführlicher ist und beim Leser sogar einen eher gegenteiligen Eindruck erweckt.

Hierbei haben wir es mit einem sozusagen einleitenden Hintergrundrahmen zu tun, der den größten Teil des Werkes ausmacht. Erst hierauf folgt die eigentliche Geschichte des estnischen Volkes, die hauptsächlich von Mati Laur behandelt wird, wobei ihm Tõnu Tannberg in manchen Abschnitten zur Hand geht, der den Abschnitt über die Aufhebung der Leibeigenschaft erarbeitet hat. Zunächst folgt eine Übersicht über Bevölkerung und Besiedlung; mit Recht wird hier die Behauptung angezweifelt, dass die Einwohnerzahl des estnischen Gebietes während eines halben Jahrhunderts nach dem Nordischen Krieg um mehr als das Zweifache angestiegen sei. Vermutlich wird aber eine größere Anzahl von Menschen den Nordischen Krieg überlebt haben, als bisher angenommen (S. 161). Das Leben des estnischen Volkes drehte sich um das Gut und den Bauernhof, denen ein gesondertes Kapitel gewidmet ist. Laur nennt die Anzahl der Güter und deren Einteilung, widmet sich den Fragen der Restitution und des Grundbesitzes und unterzieht anschließend die Gutswirtschaft und deren staatliche Lasten einer sachlichen Betrachtung. Das Gleiche gilt für die Bauernwirtschaft und die Abgaben des Guts. An manchen Stellen wäre eventuell eine genauere Erklärung vonnöten gewesen. So wird hinsichtlich der Güter etwa über die Dreifelderwirtschaft gesprochen (S. 170), eine Erklärung folgt aber erst später, bei der allerdings sehr kurzen, verallgemeinernden und zusammenfassenden Beschreibung der Bauernwirtschaft (S. 176). Hier ist allgemein vom Getreide die Rede, wobei nicht erwähnt wird, dass Roggen und Gerste überwogen, während Hafer in erster Linie als Tierfutter angebaut wurde.⁶

Das Kapitel über den Handel, das Handwerk und das Gewerbe vermittelt den Eindruck einer positiven Entwicklung, in der auch die Esten ab und zu eine gewisse Rolle spielten, allerdings zumeist um den Preis der Germanisierung. Bei der früher behandelten sozialen Gliederung der Bauernschaft hätte man auch über die Abwanderung vom Land in die Stadt schreiben können. Diese Passagen sind recht ordentlich gelungen, allerdings stützen sie sich in manch einem Aspekt zu stark auf gesetzgeberische Akte. So kann etwa der Eindruck entstehen, dass russische Kaufleute in Reval und Narva in recht großem Umfang Handel trieben, obwohl der Handel eher den örtlichen Kaufleuten vorbehalten war (S. 180). Ebenda wird die Versandung der Flussmündung der Narva in die Ostsee als einer der Gründe erwähnt, warum Narvas Hafen an Bedeutung einbüßte. Dies war schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts zum Problem geworden, hatte jedoch zu keinen größeren Schwierigkeiten geführt. Die

⁶ Eesti talurahva ajalugu, kd. I [Geschichte der estnischen Bauernschaft, Bd. I], hrsg. von JUHAN KAHK u.a., Tallinn 1992, S. 332.

Tatsache, dass Schiffe den Hafen nicht anlaufen konnten, bot Verdienstmöglichkeiten für Lastkähne und Fuhrleute. Der Rückgang des Handels war jedoch in erster Linie auf die zwangsweise Bevorzugung von St. Petersburg und ferner auf die große Verschleppung der Bevölkerung von 1708 zurückzuführen.⁷ Was die Einfuhr betrifft, so wird es sich kaum um spanisches Salz gehandelt haben (S. 181), da dieses vorwiegend aus dem portugiesischen Saint Ubes (Setúbal) kam. Es ist wohl auch nicht korrekt zu behaupten, dass zur Verhinderung des Schleichhandels an den Toren der größeren Städte Wächter eingesetzt worden seien, die rund um die Uhr Kontrolle ausgeübt hätten. Die Stadttore waren ja gewöhnlich nicht 24 Stunden geöffnet. Es ist wahr, dass der Schleichhandel auch mithilfe ausführlichster Anweisungen nicht gestoppt werden konnte. Es wird über die Zölle und Zollreformen gesprochen, aber kein einziges Mal erwähnt, wie hoch die Zollsätze und Zolleinnahmen des Staates waren. Es wird auch weder über verschiedene Zollarten noch darüber berichtet, wie viel Prozent der Stadt und wie viel dem Staat zufiel. Ganz unerwähnt bleibt die Verbrauchssteuer, die eine wesentliche Einnahmequelle des Staates war.

Die Darstellung des Handwerks und des Gewerbes ist etwas zu knapp geraten. In der Bibliographie fehlt das Werk von Küllike Kaplinski über Tallinns Handwerker, in dem auch das 18. Jahrhundert zur Sprache kommt.⁸ So ist auch die Behauptung etwa verfehlt, dass die Anfertigung von Perücken und die Buchbinderei neue Handwerksarten gewesen seien (S. 186). Sie waren schon im 17. Jahrhundert sowohl in Reval und Dorpat als auch in Narva vertreten.

Besonderes Interesse verdienen demgegenüber die Passagen über die Leibeigenschaft, wobei Laur über die Leibeigenschaft im 18. Jahrhundert und Tannberg, wie gesagt, über deren Aufhebung schreibt. Einleitend wird darauf aufmerksam gemacht, dass das 18. Jahrhundert in Bezug auf die Situation der Esten gewöhnlich als eine der dunkelsten und schwierigsten Perioden in der ganzen estnischen Geschichte behandelt worden sei. In der nationalen Historiographie vor dem Zweiten Weltkrieg wurde der Beginn der russischen Zeit als die Zeit der Leibeigenschaft gesehen, als der rechtliche Status der Bauernschaft seinen Tiefstand erreicht hatte. Neuere Studien sowie Vergleiche mit anderen benachbarten Völkern lassen die bisherigen drastischen Einschätzungen in etwas milderem Licht

⁷ Siehe neuerdings hierzu: VIKTOR ZACHAROV: Die Außenhandelstätigkeit der Kaufmannschaft Narvas im 18. Jahrhundert, in: Narva und die Ostseeregion. Beiträge der II. Internationalen Konferenz über die politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Russland und der Ostseeregion, hrsg. von KARSTEN BRÜGGEMANN, Narva 2004 (Studia Humaniora et Paedagogica Collegii Narovensis. 1), S. 47-59.

⁸ KÜLLIKE KAPLINSKI: Tallinn – meistrite linn [Reval – die Stadt der Meister], Tallinn 1995.

erscheinen, zumal festzustellen ist, dass das estnische Volk nie in die rechtlose Stellung von Sklaven geraten ist (S. 158).

Ein zentrales Problem dieses Zeitalters ist das Ausmaß der Leibeigenschaft. Aleksander Loit, der diese Probleme gründlich erforscht hat, ist der Auffassung, dass sich in der schwedischen Provinzpolitik die Bemühungen um die soziale Integration der Bauernschaft durchaus deutlich gezeigt hätten. Die Frage der Bauernbefreiung sei dabei von erst-rangiger Bedeutung gewesen. Die schon in der Zeit von Herzog Karl existierenden Pläne, die Bauern von der Leibeigenschaft zu befreien, konnten Loit zufolge während der Reduktion auf Anweisung Karls XI. verwirklicht werden: Die Leibeigenschaft wurde in den Kronsgütern, die den größten Teil des Grundbesitzes in den Ostseeprovinzen ausmachten, aufgehoben. Bei der Übernahme der Güter wurde den zusammengerufenen Bauern eindeutig und in ihrer eigenen Sprache verkündet, dass sie nicht mehr Leibeigene der Gutsbesitzer, sondern Bauern des Königs seien. Folglich befreite die schwedische Reduktion die Bauernschaft faktisch von der Leibeigenschaft.⁹ Darauf wird auch im anzuzeigenden Band verwiesen (S. 190). Der andere Standpunkt ist die während der sowjetischen Okkupation offiziell verbreitete Überzeugung, derzufolge die ganze Bauernpolitik der schwedischen Zeit eine auf der Leibeigenschaft beruhende Kolonialpolitik gewesen sei, wobei auch die Reduktionszeit nicht als Ausnahme galt. Obwohl diese Auffassung hier unerwähnt bleibt (wobei sie durchaus Berücksichtigung findet), wird konstatiert, dass ein Großteil der Reduktion nicht verwirklicht worden und die auf dem Frondienst beruhende Basis durch die Reduktion nicht ersetzt, sondern nur geregelt worden sei. Zudem hätte man zwischen der Reduktion und dem Nordischen Krieg zu wenig Zeit gehabt, um durchgreifende Änderungen im Leben der Bauern zu verwurzeln. Somit gehe die mündlich überlieferte Tradition der „guten schwedischen Zeit“ eher auf die damaligen Hoffnungen als auf die wahre Lage zurück. Es wird zwar kontrafaktisch hinzugefügt, dass unter der Bedingung der Fortdauer der schwedischen Herrschaft eine Verbesserung der Anordnungen der 1690er Jahre durchaus nicht ausgeschlossen werden könne, doch werden an diese Aussage gleich wieder Zweifel angemeldet. Ebenso wahrscheinlich hätte eine fortdauernde schwedische Regierung Rückschläge oder sogar die Wiederherstellung des Status quo ante mit sich bringen können. In diesem Zusammenhang wird der von der Königin Ulrika Eleonora erlassene Gnadenbrief für die Estländische, Livländische und Öselsche Ritterschaft von 1719 erwähnt, in dem die Bereitschaft zu größeren Zugeständnissen an den örtlichen Adel ausgedrückt wurde, als die

⁹ ALEKSANDER LOIT: Läänemere provintside riigiõiguslik asend Rootsi suurrügis 1561-1710 (1721) [Die staatsrechtliche Stellung der Ostseeprovinzen während der schwedischen Großmachtperiode 1561-1710 (1721)], in: Läänemere provintside arenguperspektiivid (wie Anm. 2), S. 19f.

russischen Behörden dies in den Kapitulationsakten von 1710 getan hatten (S. 46, 191). Der erwähnte Gnadenbrief war jedoch ohne praktische Bedeutung, ein bloß taktischer Zug anlässlich der Friedensverhandlungen, und blieb einflusslos. So ist das Argument nicht überzeugend, dass er auf die Möglichkeit hinweise, wie sich der baltische Landesstaat im 18. Jahrhundert bei andauernder schwedischer Herrschaft hätte weiterentwickeln können, als ob die Entwicklung damit stehen geblieben wäre (S. 46). Hier wäre es sinnvoll gewesen, einen Blick auf die Verhältnisse in Schweden selbst zu werfen, wo das ganze Jahrhundert hindurch die Tendenz der Vereinheitlichung der Privilegien zu beobachten ist, in deren Ergebnis zu Beginn des 19. Jahrhunderts alle Stände freien Zugang zu den Staatsämtern erhielten. Darüber hinaus konnten die Kronsbauern Erbeigentum an ihren Bauernhöfen erwerben, so dass bis zum Ende des Jahrhunderts ein Großteil des Kronlandes in Erbeigentum der Bauern übergegangen war.

Ein weiteres Grundproblem der Leibeigenschaft ist der Vergleich ihrer Auswirkungen in der schwedischen und in der russischen Zeit. Hierbei wird die nachdrückliche Hervorhebung der früheren estnischen Historiographie in Abrede gestellt, derzufolge gerade das 18. Jahrhundert *die* Zeit der Leibeigenschaft gewesen sei, wobei ein Teil der Historiker die Einführung der russischen Herrschaft gar als den Beginn der tatsächlichen Leibeigenschaft ansah. In Wirklichkeit blieben die ehemaligen, in der Reduktionszeit erlassenen Verfügungen in den Kronsgütern auch in der russischen Zeit weiter bestehen. Es wird zugleich zu verstehen gegeben, dass mit der Einführung der russischen Herrschaft die während der Reduktion verstaatlichten Güter wieder in Privatbesitz überführt wurden und ein Großteil der bisherigen Kronsbauern wieder in den Besitz der Privatgüter geriet. Der Anteil der Kronsbauern verringerte sich etwa im estnischen Teil von Livland im Landkreis Dorpat auf 13,5 %, in Werro/Võru auf 16 %, in Fellin/Viljandi auf 31,3 % und in Pernau auf 33,4 %. In Estland verringerte sich der Anteil der Kronsbauern durch das ganze Jahrhundert hindurch auf nur noch 2 %. Der Staat zeigte für die Umgestaltungen im Agrarbereich fast kein Interesse und die korporative Herrschaft des Adels über die Bauern konnte wiederhergestellt werden (S. 166, 191). Logischerweise müsste dies aber die Verschlechterung ihrer rechtlichen Stellung bedeuten. Wie sah nun in der russischen Zeit die Lage der Kronsbauern im Vergleich zur schwedischen Zeit aus? Die mit dem Frondienst einhergehende Leibeigenschaft hatte mehrere Merkmale: die Hörigkeit, die umfangreiche Polizei- und Gerichtsgewalt der Gutsherren, den Verkauf der Bauern getrennt vom Land, die Einschränkung der Eigentumsrechte u.ä. Dies wird hier weder definiert noch präzisiert, was auch schwer fällt, da es weitgehend auf jeden einzelnen Gutsherrn ankam – und unter jenen kann man sowohl positive als auch negative Beispiele finden.

Nicht unerwähnt bleibt die so genannte „Rosensche Declaration“ aus dem Jahre 1739, die als eine Urkunde charakterisiert wird, auf die die bisherige Ansicht über eine merkliche Verschlechterung der Lage der Bauern im 18. Jahrhundert basiert habe. In diesem Zusammenhang wird allerdings betont, dass die Bauern nicht ganz rechtlos waren. Auch Rosens Deklaration erkannte zur Anregung des Bauernfleißes den Grundsatz an, dass das Getreide und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, die nach der Entrichtung der Abgaben übrig blieben, dem Bauern gehörten, der sie nach eigenem Ermessen zum Verkauf anbieten konnte. Auch hatten die est- und livländischen Bauern das Recht auf gerichtliche Verteidigung, welches den Bauern in den zentralen Gouvernements Russlands fehlte. Aufgrund der Privilegien des baltischen Landesstaates waren seine Bauern bis zum Ende des 18. Jahrhunderts auch von der Rekrutenpflicht freigestellt. Es wird hinzugefügt, dass Rosens Deklaration in erster Linie das Ziel verfolgt habe, den baltischen Landesstaat zu schützen und jegliche Eingriffe der Staatsgewalt in die Beziehungen zwischen dem örtlichen Gutsherrn und dem Bauern zu vermeiden (S. 193). Eben darin steckt aber ein großer Unterschied zwischen der schwedischen und russischen Zeit, der zur Herausbildung der Auffassung von der guten schwedischen Zeit beitragen haben kann. Anschließend werden die immer strenger werdenden Maßnahmen beschrieben, etwa zur Gewährleistung der Hörigkeit. Jene gilt den Autoren als die wesentlichste Einschränkung der persönlichen Rechte der Bauern, denn sie habe oftmals zur Flucht geführt, welche es in jeder Weise zu verhindern galt (S. 194). Es wird nicht erwähnt, dass die Bauern nicht nur nach Russland oder Finnland, sondern von Ösel aus auch zu den Åland-Inseln und nach Gotland flohen, und sicherlich auch andere schwedische Gebiete ansteuerten. Obwohl das Gesetz dem Gutsbesitzer die Verhinderung einer Bauernheirat untersagte, durfte der Pastor die Paare ohne Zustimmung des Herrn oder (im Falle seiner Abwesenheit) des Gutsverwalters nicht trauen.

Im 18. Jahrhundert begann man immer mehr über die Notwendigkeit einer Agrarreform zu sprechen, die der Förderung des unternehmerischen Geistes des Bauern dienen sollte. Die Livländische Ritterschaft willigte 1765 unter dem Druck des Generalgouverneurs Browne in den Vorsatz ein, dem Bauern erstmals ausdrücklich eine juristische Bestätigung über das Recht, bewegliches Vermögen zu besitzen, zu erteilen. Ferner mussten die Gutsbesitzer die gültigen Lasten der Bauern deklarieren, auch wurde der Umfang ihres Rechts, jene ohne gerichtliche Verfügung zu bestrafen, festgelegt. Im gleichen Jahr wurde den Gutsbesitzern aber das Recht verliehen, ungehorsame Bauern zu Zwangsarbeit zu verurteilen. Der Wunsch der Staatsgewalt, vor Ort die Agrarverhältnisse zu verbessern, erwies sich jedoch als weitgehend deklaratorisch. Die Bereitschaft der Gutsbesitzer, die bisherige Agrarordnung gründlicher zu revidieren, war am Ende des 18. Jahrhunderts gering, und es herrschte eine konservative Einstellung

vor. Als der Estländische Landtag 1796 die Gesetze zum Schutz der Bauern verabschiedete, die den im Jahre 1765 in Livland erlassenen positiven Verordnungen ähnelten, blieben sie unter dem Vorwand auf der Ebene eines adligen „Gentleman's Agreement“, dass sie unter den Bauern zu Missverständnissen und Unruhen führen könnten (S. 205). Dies ermöglichte den Gutsbesitzern ihre Bauern völlig zu ignorieren.

Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts gelang es der Zentralverwaltung, die Bauern von der Leibeigenschaft zu befreien, allerdings ohne Land. Für Alexander I. waren wirtschaftliche Faktoren bei der Aufhebung der Leibeigenschaft nicht von allzu großer Bedeutung, er betonte in seinen Bemerkungen die Notwendigkeit der Befreiung der Bauern als einen Schritt, der dem Zeitgeist entspreche. Die Einwilligung des baltischen Adels ist aber mindestens zum Teil auf die Auffassung zurückzuführen, dass sich das auf der Leibeigenschaft beruhende Wirtschaftsmodell erschöpft habe.

Zur Leibeigenschaft gehört auch der Verkauf der Menschen getrennt vom Land. Dies gilt auch für Mati Laur als eines der sichersten Kriterien, doch sei so etwas in der schwedischen Zeit nur vereinzelt vorgekommen, ohne zu einer Massenerscheinung zu werden.¹⁰ In der russischen Zeit scheint dies hingegen immer üblicher geworden zu sein. Zur Illustrierung der Schlussfolgerungen werden im besprochenen Werk oft sehr passende Zitate herangezogen. Der direkte Verkauf der Bauern wird allerdings nicht als ein Problem behandelt, das man in gleicher Weise beschreiben könnte. Zu Ende des 18. Jahrhunderts hat August Wilhelm Hupel darüber wie über eine durchaus gesetzliche und notwendige Sache geschrieben: „Die Häusler und ihre Kinder werden gelegentlich verkauft oder gegen andere Gegenstände wie Pferde, Hunde, Endstücke der Pfeifen usw. getauscht. Die Menschen hier sind gar nicht so teuer wie die Neger in den amerikanischen Kolonien. Einen ledigen Mann kann man hier für 30–50 Rubel kaufen. Wenn er das Handwerk kennt, Koch, Weber oder etwas Derartiges ist, so auch für 100 Rubel. Ebenso viel wird für die ganze Familie gegeben; für das Mädchen wird selten mehr als 10 Rubel gegeben, für das Kind aber etwa 4 Rubel [...]“.¹¹ Zugleich behauptete Hupel, wenn die Esten und Letten auch Sklaven seien, so sei doch nicht jeder Sklave unglücklich. In Livland gebe es Bauern, die zehn Mal zufriedener und glücklicher lebten als die Bauern in Frankreich. Somit wollte er die widerwärtige Auslegung dieses Begriffs mildern, indem er Folgendes versicherte: Wenn der Herr und der Sklave wahrnehmen, dass sie durch das Gesetz geschützt sind, so sei die Knechtschaft nicht so schlimm, wie man annehmen könnte.¹²

¹⁰ MATI LAUR: *Eesti ajalugu varasel uusajal 1550-1800* [Etnische Geschichte in der frühen Neuzeit 1550-1800], Tallinn 1999, S. 103.

¹¹ AUGUST WILHELM HUPEL: *Topographische Nachrichten von Lief- und Ehstland*, Bd. II, Riga 1777, S. 127f.

¹² Ebenda, S. 122f.

Diese Grundhaltung Hupels, die sich aufgrund seines Hintergrundes verstehen lässt, gibt sich auch im besprochenen Werk zu erkennen. Da zugegeben wird, dass die russische Staatsgewalt kein Interesse an den Rechten und der Lage der Bauern bekundete (S. 191, 194), setzt dies zugleich voraus, dass die Gutsherren Zuvorkommenheit und Verständnis zeigten. Es mochte ja auch so sein, da sich die Bauern selbstverständlich nicht in der Stellung völlig rechtloser Sklaven befanden, was auch durch ihre Abstufung untereinander verhindert wurde. Die Bauern waren dem Gut zuträglicher als die Häusler; und im Gutsstall wurde der eine Leibeigene von dem anderen Leibeigenen verprügelt.

Im Kapitel über das Geistesleben wird auf etwa fünfzig Seiten eine zusammenfassende Übersicht über dessen Aspekte im 18. Jahrhundert gegeben und das Bildungswesen beschrieben. Besondere Beachtung verdienen der Pietismus und die Tätigkeit der Herrnhuter Brüdergemeinen. Es wird zwar die estnischsprachige Bibelausgabe (S. 229f.), nicht aber das *Kodu- ja kirikuraamat* (Haus- und Kirchbuch) erwähnt, das im Laufe von 50 Jahren (1721-1777) 16 Mal herausgegeben wurde, insgesamt in 94 000 Exemplaren – eine beeindruckende Zahl! Dies verdiente wohl eine Hervorhebung, zumal es ja auch einiges über die Lesekundigkeit aussagt. Es wurden noch weitere pietistische Werke veröffentlicht, so erschien im Jahre 1727 ein Sonderwerk über diese Lehre, nämlich eine Übersetzung des Handbuchs von Johann Anastasius Freylinghausen, das einem Katechismus ähnelte, indem es Fragen und Antworten zum Inhalt hatte. Dieses Handbuch, das auf Estnisch mit dem Titel *Jummala Nou Innimesse iggarwesset önnistusses...* versehen wurde, erschien später noch in mehreren Auflagen. In der Darstellung über die Bildungssituation ist leider von diesen Fibeln nicht die Rede, die früher als das Werk von Otto Wilhelm Masing aus dem Jahre 1795 herausgegeben worden waren. Dieses Thema ist zuletzt von Lembit Andresen ausführlich behandelt worden, dessen Werk über die estnische Volksschule auch in der Bibliographie verzeichnet ist.¹³ In dieser Hinsicht entspricht die im besprochenen Werk vorgelegte Interpretation im Allgemeinen den früheren. Vergleicht man die Übersichtswerke *Eesti rahva ajalugu* aus den 1930er Jahren und die *Eesti NSV ajalugu* [Geschichte der Estnischen SSR] aus dem Jahre 1955 mit dem vorliegenden Werk, so entsteht der Eindruck, dass man den goldenen Mittelweg zu finden versucht hat. In *Eesti rahva ajalugu* wird viel größere Aufmerksamkeit auf die Lesekundigkeit gelegt, insbesondere auf den häuslichen Unterricht als einen Grundpfeiler der Volksbildung. Im I. Band der *Eesti NSV ajalugu* wird dagegen der Hauptakzent auf die beherrschende Literatur gelegt. Hier wird zusätzlich auch die Volksdichtung des Zeitalters behandelt, die im anzuzeigenden Werk keine Berücksichti-

¹³ LEMBIT ANDRESEN: *Eesti rahvakooli ja pedagoogika ajalugu*, kd. II: Kaheksateistkümnese sajand [Geschichte der estnischen Volksschule und Pädagogik, Bd. II: Das achtzehnte Jahrhundert], Tallinn 1999.

gung fand. Dafür leitet im aktuellen Text eine Übersicht über die Kirche und den Klerus die Darstellung über das Geistesleben ein, welche 1955 verschwiegen wurden. In diesem Teil hätte man bei der Behandlung der Herausgabe der ersten estnischsprachigen Bibel (S. 229) eventuell noch die von Kristiina Ross vorgelegten neueren Angaben erwähnen können, vor deren Hintergrund die Rolle von Anton Thor Heile bei der Übersetzung und der Herausgabe der Vollbibel wesentlich verringert wird.¹⁴ Leider sucht man in der Darstellung des Kultur- und Bildungswesens vergeblich nach Informationen über die Kunst und Architektur.

Im Hinblick auf die Geschichte des estnischen Volkes ist das besprochene Werk die zwar etwas ergänzte, aber wohl nicht die umfassendste Übersicht über das 18. Jahrhundert und den Beginn des 19. Jahrhunderts, die bisher veröffentlicht worden ist (S. 10). Die Zeit nach dem Nordischen Krieg wird wohl etwa auf 220 Seiten, auf etwa demselben Umfang wie in der *Eesti rahva ajalugu* behandelt. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass im Letzteren dem historischen Kontext und der russischen Militärpolitik nicht allzu viel Aufmerksamkeit gewidmet wurde, Themen, die im besprochenen Werk fast die Hälfte des Textumfanges ausmachen. In der *Eesti NSV ajalugu* von 1955 wird die „auf der Leibeigenschaft beruhende Feudalordnung“ nach dem Nordischen Krieg auf etwa 160 größeren Seiten (S. 426-588) behandelt, also kaum in geringerem Umfang.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass man erwartet hätte, etwas mehr über die Geschichte des estnischen Volkes zu erfahren. Die Kriegspläne Russlands und die Hofintrigen, die ja interessant sein mögen, haben das Schicksal des örtlichen Landvolkes, dessen mühseliges alltägliches Leben eine ausführlichere Betrachtung verdient hätte, nur indirekt beeinflusst.

Visuell macht der IV. Band der „Estnischen Geschichte“ einen guten Eindruck: das Titelblatt ist in verschiedenen Grautönen gehalten, dem Text beigegebene Illustrationen zeigen auch hellere Farben, die Gestaltung ist angenehm. Die Illustrationen sind im Allgemeinen gut gewählt, wenn auch die Auswahl etwas eintönig anmutet: Es sind zu viele Bauten, viel zu wenige Menschen in ihrem alltäglichem Leben zu sehen. Der damalige Karoliner – zusammen mit seinem russischen Gegner – würde über den Nordischen Krieg mehr aussagen als die Abbildung der Ruine der Burg Laiuse (S. 31). Besser gewählt ist etwa die Darstellung des Gutes Rogosi/Ruismäe im Vergleich damals und heute (S. 166, 168). Nähere Angaben zu den Illustrationen liegen in einer Übersicht vor (S. 297). Allerdings hätte es zur zeitlichen Zuordnung jeder einzelnen Illustration beigetragen, wenn hier jeweils auch Jahreszahlen beigefügt worden wären. Die Orientierung wird auch durch die Anhänge über die

¹⁴ Esialgseid täendus! Vana Testamendi tõkeloole [Vorläufige Ergänzungen zur Übersetzungsgeschichte des Alten Testaments], in: Keel ja Kirjandus 45 (2002), Nr. 2, S. 73-87; dieser Artikel fehlt in der Bibliographie.

estnischen Kirchspiele im Jahre 1765 und die im 18. Jahrhundert verwendeten Maßeinheiten erleichtert. Ebenfalls nützlich ist die Übersicht über die Gouverneure der baltischen Länder. Da aber die örtliche Verwaltung durch die Ritterschaften repräsentiert wurde, hätte man auch die Namen ihrer Oberhäupter in gleicher Weise angeben können. Es versteht sich, dass bei der Zusammenstellung der Bibliographie eine Auswahl getroffen werden musste, es wäre auch zu viel verlangt gewesen, etwa alle im Jahrbuch der schwedischen Karolinen vorhandenen kleinen Artikel über Estland aufzuzählen. In den Anmerkungen zu dieser Besprechung wird auf einige Titel hingewiesen, deren Hinzufügung begründet wäre.

Zugleich ist es erfreulich, dass dieses Projekt überhaupt gestartet worden ist. Dahinter stehen ja auch tüchtige Forscher, die Abhandlung wurde nicht nur vom Altmeister Helmut Piirimäe, sondern auch von seinen jüngeren Kollegen Mati Laur und Tõnu Tannberg verfasst, die beide inzwischen eigene wichtige Monographien veröffentlicht haben. Sie verstehen es auch hier, die Probleme der damaligen Zeit leserfreundlich zu behandeln und wenig bekannte Aspekte aufzuzeigen. So beginnt nach langjährigem ideologischen Druck die Behandlung der älteren Geschichte Estlands allmählich Gestalt anzunehmen. Das besprochene Werk ist ein guter Ausgangspunkt für Lehrbücher und weitere Forschungen.

Mit den hier vorgebrachten Bemerkungen soll die grundlegende Bedeutung des Werkes keineswegs in Abrede gestellt werden. Bei einem so großen Vorhaben müssen zwangsläufig verschiedene Vorstellungen und Prioritäten berücksichtigt werden. Gleichzeitig verdient diese mutige Initiative zweifelsohne unsere Anerkennung.

VELLO HELK

MART LAAR: ÄRATAJAD. RAHVUSLIK ÄRKAMISAEG EESTIS 19. SAJANDIL JA SELLE KANDJAD. [*Die Erwecker. Die Zeit des nationalen Erwachens in Estland im 19. Jahrhundert und deren Protagonisten*]. Tartu: Verlag Eesti Ajalooarhiiv, 2005. 495 S., Abb. ISBN 9985858433.

„Die Erwecker“ von Mart Laar ist ein umfangreiches Werk, das die Ergebnisse der geschichtswissenschaftlichen Beschäftigung mit der estnischen nationalen Bewegung zusammenfasst und aktuelle Erkenntnisse

zu deren geographischer und quantitativer Verbreitung sowie zu ihren Trägerfiguren vorlegt. Die Studie setzt sich zudem mit der Frage auseinander, ob die nationale Bewegung in erster Linie auf sozioökonomischen und kulturellen Faktoren oder auf der Existenz einer nationalen Träger-schicht basiert hat.

Bei der Lektüre wird deutlich, dass dieses Werk sich nicht nur an professionelle Historiker, sondern auch an einen breiteren Leserkreis richtet. Das umfangreiche Kapitel „Nationen und Nationalismus“, in dem eine Übersicht über den Begriff „Nation“ und ihre Entstehungsmechanismen sowie verschiedene Richtungen des Nationalismus gegeben und die Herausbildung einiger der „kleinen Völker“ Osteuropas beschrieben wird, ist angesichts eines breiteren Leserkreises zweifellos notwendig.

Den gleichen Zweck – die Verständlichkeit für den Durchschnittsleser – scheint auch die zum Teil etwas nationalromantisch gefärbte Begrifflichkeit zu verfolgen. Während sich die neuere estnische Geschichtswissenschaft etwa vom Ausdruck „vorzeitlicher Freiheitskampf“ (*muistne vabadusvõitlus*) distanziert, könnte man eine ähnliche Distanz auch hinsichtlich der von Laar verwendeten zentralen Begriffe „Zeit des nationalen Erwachens“ (*ärkamisaeg*) und dem hieraus abgeleiteten, titelgebenden Wort von „den Erweckern“ erwarten. Es liegt jedoch auf der Hand, dass im Geschichtsbewusstsein der überwiegenden Mehrheit der estnischsprachigen Leser diese Periode eben mit diesen Begriffen verbunden ist und neue Begriffe zwangsläufig fremd anmuten, zumal zum Begriff *ärkamisaeg* wohl auch keine adäquate Alternative vorliegt. Zumal der weniger nationalromantische Begriff der „nationalen Bewegung“ eine Periode umfasst, die über den im besprochenen Werk behandelten Zeitraum hinausgeht. Allerdings kommt es bei der Verwendung von Begriffen ja in erster Linie darauf an, ob nationalromantische Termini die Darstellung des Themas unbegründet beeinflussen und somit der Unwissenschaftlichkeit Vorschub leisten. Zumindest dem Teil von Laars Untersuchung, in dem die Geographie der nationalen Bewegung behandelt wird, kann man nichts Derartiges vorwerfen. Insgesamt hat der Autor bei der Darstellung seiner eigentlichen Forschungsergebnisse die Grenzen der Wissenschaftlichkeit beachtet, doch zeigt sich eine gewisse nationalromantische Färbung im Ton in den Kapiteln, die einen Überblick über den Forschungsstand geben, da offensichtlich die Rhetorik der behandelten Texte übernommen wurde.

An dieser Stelle sei auf den eigentlichen Wert des anzuzeigenden Buches hingewiesen: Zwar ist die estnische nationale Bewegung recht gründlich erforscht worden, doch wurde die Mehrzahl der Untersuchungen nur in Aufsatzform publiziert und liegt daher nur verstreut vor. Laars Arbeit kann in diesem Bereich beanspruchen, zu den einheitlichsten und übersichtlichsten zu zählen. Während die von Toomas Karjahärm und Väino Sirk verfasste Untersuchung über die Heraus-

bildung und die Ideen der estnischen Intelligenz in erster Linie auf die ideologische Seite der nationalen Bewegung eingeht,¹ fasst Laar auch Informationen aus sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zusammen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das Maß der nationalen Aktivität. Wie der Autor jedoch erklärt, sei es kompliziert, einen geeigneten Maßstab zu finden, da „nationale Taten“ qualitativ sehr unterschiedlich sein konnten – bei einer ethnischen Gruppe konnte die Tätigkeit von Abstinenzvereinen Teil der nationalen Aktivität sein, bei einer anderen nicht. Laar untersucht die geographische Aktivität der nationalen Bewegung sowie deren Abhängigkeit von sozioökonomischen Faktoren bzw. der Aktivität ihrer Protagonisten mithilfe von vergleichenden und quantitativen Methoden, die im Folgenden noch anzusprechen sein werden.

Im Mittelpunkt der Einschätzung der Aktivität der nationalen Bewegung steht die „nationale Tat“. Um national gesinnt zu sein, reichte nicht nur das Verkünden einer nationalen Weltanschauung aus, es kam auch auf eine konkrete Tat zur Förderung der Nation an – zumindest Laars Definition zufolge. Der Autor hat potenzielle „nationale Taten“ in verschiedene Gruppen eingeteilt: Zweifellos als „national“ gelten die Unterstützung der Gründung der „Alexanderschule“, die Mitgliedschaft in der *Eesti Kirjameeste Selts* (Estnische Literarische Gesellschaft) oder in der *Eesti Üliõpilaste Selts* (Verein Studierender Esten), die Mitarbeit bei Zeitungen, das Sammeln von Volksdichtung sowie die Teilnahme an den Sängereisen. Die übrigen Aktivitäten können in gewissen Fällen als national gelten, brauchen es jedoch nicht *a priori* zu sein.

Einen wesentlichen theoretischen Ausgangspunkt stellt die vom Autor getroffene Entscheidung dar, als administrative Einheit für die Untersuchung das Kirchspiel zugrunde zu legen. Dies sei ein praktikabler Kompromiss zwischen der Gemeinde, die theoretisch ideal wäre, doch die Kräfte eines einzelnen Autors definitiv übersteigt, und dem Gouvernement, das jedoch nur allgemeine Rückschlüsse erlaubt und daher nur begrenzt aussagefähig wäre. Der Autor geht somit von der Voraussetzung aus, dass die Ergebnisse einer Untersuchung umso genauer sind, je detaillierter sie durchgeführt wird.

Laars Vergleich der Kirchspiele basiert auf diesen „nationalen Taten“, denen er Punkte gegeben hat in Abhängigkeit davon, ob ihre Anzahl den Durchschnittswert übersteigt oder nicht. Als Ergebnis konnte er eine Tabelle erstellen, in der die nationale Aktivität verschiedener Kirchspiele deutlich wird. Obwohl ein methodischer Ansatz dieser Art als recht umstritten gelten muss, hält die Rezensentin die konkrete Anwendung in diesem Fall für gelungen – statistische Ergebnisse sind interessant und man kann ihnen auch von der Logik her zustimmen. Wesent-

¹ TOOMAS KARJAHÄRM, VÄINO SIRK: *Eesti haritlaskonna kujunemine ja ideeid 1850-1917* [Die Herausbildung der estnischen Bildungsschicht und ihrer Ideen 1850-1917], Tallinn 1997.

lich für diesen Ansatz ist, dass möglichst viele unterschiedliche Arten von „nationalen Taten“ berücksichtigt werden, da ihre Bedeutung von Kirchspiel zu Kirchspiel differieren konnte. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass auf der Grundlage der Leserschaft der Zeitschrift „Sakala“ etwa keine Rückschlüsse für die Messung der nationalen Aktivität in ganz Estland gezogen werden können, da der Einflussbereich einer Zeitung stark an ihren Erscheinungsort gebunden war. In ganz Estland und unter Berücksichtigung verschiedener Arten von „nationalen Taten“ zeigt sich ein einheitlicheres Bild.

Der vom Autor hergestellte Zusammenhang zwischen der Aktivität der nationalen Bewegung und sozioökonomischen Faktoren ist im Vergleich zur Analyse ihrer geographischen Verbreitung weniger eingehend. Als sozioökonomische Kennzahlen hat Laar den prozentualen Anteil des Rekrutenfreikaufs, die Erwerbung von Erbeigentum an Bauernhöfen, die Dichte des Schulnetzes, den Einfluss der Herrnhuter Brüdergemeine und die Anzahl der Protagonisten in der Frühphase des „nationalen Erwachens“ berücksichtigt. Allerdings versäumt es der Autor deutlich zu machen, wie er die Bedeutung des einen oder anderen Faktors gewichtet. Allein über den prozentualen Anteil des Rekrutenfreikaufs legt er ausführlichere Angaben vor, die einer einschlägigen Arbeit von Herbert Ligi entnommen sind.² Insgesamt kommt Laar zu dem Schluss, dass der Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Faktoren und der nationalen Aktivität schwach und von Region zu Region uneinheitlich gewesen sei.

Ein weiterer methodischer Ansatz ist die Suche nach Zusammenhängen zwischen der Aktivität des Kirchspiels und der Anzahl der zentralen Figuren der nationalen Bewegung. Aus der Menge der Protagonisten wird eine Gruppe besonders aktiver Menschen, die so genannten „Erwecker“ herausgefiltert, die mindestens an drei Vorhaben der nationalen Bewegung teilgenommen haben. Aus diesen Angaben ist eine Datenbank erstellt worden, die insgesamt 153 Personen umfasst. Ergänzend finden wir eine Liste der Protagonisten der nationalen Bewegung mit 4040 Namen. Solch eine Datenbank ist im Kontext der estnischen Geschichtswissenschaft zweifelsohne wertvoll, denn hier wird Forschung auf der Mikroebene präsentiert, die neue Analysen ermöglicht. Eine wesentliche Schlussfolgerung Laars besagt, dass die nationale Aktivität des Kirchspiels in erster Linie von der Existenz der „Erwecker“ abhing. Ihre Existenz war mithin nicht Folge der nationalen Tätigkeit, sondern deren Voraussetzung.

² HERBERT LIGI: *Geographie der Nationalen Bewegung*, in: *National Movements in the Baltic Countries during the 19th Century. The 7th Conference on Baltic Studies in Scandinavia*, Stockholm, June 10-13, 1983, hrsg. von ALEKSANDER LOIT, Stockholm 1985 (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensia, 2), S. 259-269.

Grundsätzlich ergibt sich somit in Kontext der genannten Ansätze folgende grundlegende Schlussfolgerung aus Laars Untersuchung: Es seien keinerlei offensichtliche Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Faktoren und der Aktivität der nationalen Bewegung sowie deren geographischen Verbreitung festzustellen. Die einzig erkennbare Regel sei, dass es keine Regel gebe. Die nationale Aktivität sei in erster Linie auf die Existenz der Protagonisten der nationalen Bewegung in einer gegebenen Region zurückzuführen. Bei der Herausbildung der estnischen Nation sei somit die nationale Agitation von ausschlaggebender Bedeutung gewesen.

Wie bereits dargelegt, hält die Rezensentin die statistische Methode und die Ergebnisse der Untersuchung der geographischen Faktoren für durchaus gelungen. Dies gilt allerdings nicht für die von Laar formulierten Schlussfolgerungen, zumindest nicht im Kontext der gegebenen Fragestellung, d.h. dem Problem der bestimmenden Faktoren für die Herausbildung einer Nation. Anhand derselben statistischen Angaben können völlig andere Rückschlüsse über die nationale Bewegung gezogen werden: Das Kirchspiel ist für sozioökonomische und geographische Verallgemeinerungen eine zu kleine Einheit, weshalb allein die Methodik die Existenz der Protagonisten zwangsläufig in den Mittelpunkt der nationalen Aktivität rückt.

Lassen Sie es mich genauer erklären. Wenn sich die Untersuchung zum Ziel gesetzt hat, komparativ vorzugehen, dann kann man voraussetzen, dass die zu vergleichenden Größen in etwa einer Kategorie angehören. Eine Einheit wie das Kirchspiel, dies betont auch Laar, hat in der Forschung über die Herausbildung anderer Nationen noch keine Anwendung gefunden. Die kleinsten hierfür genutzten Einheiten sind in der Regel die Gouvernements gewesen, da sich Gesetzmäßigkeiten erst auf einer gewissen Abstraktionsstufe zu zeigen pflegen, wenn sich der statistische Fehler, den man auch Zufall nennen könnte, verringert. Wird eine zu kleine Region betrachtet, dann ist die Verteilung der Protagonisten der nationalen Bewegung zufällig. Wie auch Laar weiß, bewirkte das Hinzukommen eines einzigen weiteren Aktivisten eine durchschnittliche statistische Änderung von 23 %. Je größer die betrachtete Region ist, desto einheitlicher sind die Protagonisten verteilt und desto eher ist die Bedeutung des Zufalls vernachlässigbar. Somit kann die genannte Voraussetzung der Studie – die Ergebnisse einer Untersuchung sind umso genauer, je detaillierter sie durchgeführt wird – für die Erforschung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten keine Gültigkeit beanspruchen. Allerdings bedeutet dieser methodische Einwand nicht, dass die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung als misslungen angesehen werden müssen, da uns ja auch die Erkenntnis, dass die Ebene des Kirchspiels keine Ergebnisse zeitigt, weiterbringt.

Geht man von dem Grundsatz aus, dass die Ebene des Kirchspiels nicht für die Erforschung des Einflusses sozioökonomischer Faktoren geeignet ist, dann sollte man weiter fragen, wie die erforderliche kritische Masse beschaffen sein muss, damit sich allgemeine Tendenzen zu zeigen beginnen. In der bisherigen estnischen Geschichtsschreibung ist das Gouvernement als Einheit angemessener Größe angesehen worden. Betrachtet man die von Laar veröffentlichten statistischen Angaben, dann kann man diesem Standpunkt nur zustimmen. Während Laar zufolge sich auf der Ebene des Kirchspiels keine Gesetzmäßigkeiten zeigen, so zeichnet sich bei der Analyse derselben Angaben auf der Ebene des Gouvernements ein viel klareres Bild ab. In jedem Landkreis gibt es Kirchspiele, deren Aktivität oberhalb oder unterhalb des Durchschnitts liegt. Die Verteilung der Aktivität über ganz Estland zeigt sich in dieser Hinsicht recht einheitlich.

Betrachtet man die Beziehungen zwischen der nationalen Aktivität und den sozioökonomischen Faktoren, so kann man dieselbe Regel beobachten – während es auf der Ebene des Kirchspiels keinen Zusammenhang gibt, so ist ein solcher auf der Ebene des Gouvernements durchaus erkennbar. Der Autor streitet diesen Konnex nicht ab, hält ihn jedoch aus irgendwelchen Gründen, vermutlich aufgrund seiner Ansicht, derzufolge eine detaillierte Untersuchung bessere Ergebnisse liefere, für wenig aussagekräftig. Es fällt jedoch sehr schwer der Schlussfolgerung zuzustimmen, dass es zwischen der nationalen Aktivität und etwa dem Schulnetz keinen Zusammenhang gab. Während sich die nationale Aktivität in Nord- und Südostland um das Zweifache unterschied, so war der Unterschied in der Dichte des Schulnetzes zu Beginn der 1860er Jahre ebenso groß. Obwohl sich das Bild bis zu den 1880er Jahren vereinheitlichte, geschah dies erst allmählich. Aber selbst wenn man das Schulnetz nicht berücksichtigt, machten die Dorfschullehrer die Hälfte der „Erwecker“ aus. Dies zeigt, dass Bildung im Hinblick auf die nationale Aktivität ein wesentlicher Faktor war. Hierbei sei erwähnt, dass der Nationalismus eine abstrakte Denkweise ist und Abstraktionsvermögen voraussetzt, weshalb Bildung und Nationalismus zwangsläufig auf das Engste miteinander verbunden sind.

Mit diesen kritischen Anmerkungen soll die Bedeutung des besprochenen Werkes für die estnische Geschichtswissenschaft keineswegs in Abrede gestellt werden. Die Datenbank der zentralen Figuren der nationalen Bewegung und die hier versammelten statistischen Informationen über die nationale Aktivität der Kirchspiele, aber auch die Zusammenfassung der bisherigen Untersuchungen zu diesem Komplex lassen dem besprochenen Werk zweifelsohne einen wesentlichen Stellenwert zuteil werden. Die Schlussfolgerungen der Untersuchung geben Anstoß zu interessanten Diskussionen.

Ist man bereit, als Indikator für die Wichtigkeit eines Werkes dessen Rezeption unter den Studenten anzusehen, so war zumindest das in der Tartuer Universitätsbibliothek verfügbare Exemplar von Laars Dissertation schon ein paar Monate nach ihrem Erscheinen von fleißigen Studenten Zeile für Zeile unterstrichen worden.

KRISTI KUKK

JAAK VALGE: LAHTIRAKENDAMINE: EESTI VABARIIGI MAJANDUSE STABILISEERIMINE 1918-1924. [*Abtrennung: die Stabilisierung der Wirtschaft der Republik Estland 1918-1924*]. Tallinn: Rahvusarhiiv 2003. 440 S. Summary: *Economic Separation: Stabilizing the Estonian Economy 1918-1924*, S. 370-395. ISBN 998594514X.

Ein Wirtschaftswissenschaftler, der die wirtschaftsgeschichtliche Abhandlung eines Historikers kritisieren muss, gerät unvermeidlich ein wenig in Verlegenheit. Denn ein in die Vergangenheit blickender Wirtschaftswissenschaftler wählt sich andere Ziele, setzt andere Akzente, sodass auch seine Bewertungsmaßstäbe durchaus andere sind. Dies ist vor allem durch die unterschiedliche Herangehensweise bedingt: für den Historiker ist – zumindest nach Auffassung des Wirtschaftswissenschaftlers – die so genannte endogene, also eine von den konkreten historischen Prozessen ausgehende Herangehensweise wichtiger, sowie die sich daraus ergebenden Verallgemeinerungen; anders gesagt, die Geschichte in der Wirtschaft. Wirtschaftswissenschaftler wiederum bevorzugen eine exogene Herangehensweise, sie geben einem vorgegebenen und allgemein anerkannten Modell den konkreten, lebendigen Inhalt und korrigieren gegebenenfalls dies Modell gleich mit. Bei der Arbeit von Jaak Valge, mit der er am 25. Juni 2003 an der Universität Tartu zum Dr. phil. im Fach Geschichte promoviert worden ist, lassen sich jedoch beide Herangehensweisen feststellen.

Die von Valge untersuchte Zeitspanne ist zweifellos außergewöhnlich spannend sowohl in Hinsicht auf den ökonomischen und wirtschaftstheoretischen Aspekt als auch aus der Perspektive der estnischen Wirtschaftsgeschichte bzw. der estnischen Geschichte im Allgemeinen. Für währungspolitisch interessierte Wirtschaftswissenschaftler gelten die Nachkriegsjahre als Beginn einer zielgerichteten Währungspolitik.

Waren doch die Jahre der Goldwährung (ca. 1880–1914) die Epoche der sogenannten natürlichen Entwicklung, in der unumstrittene „Spielregeln“ galten. Die Goldwährung war a priori Träger einer „gesunden“ Währungspolitik, konnte doch das Manipulieren mit Geld nur böse enden.

Die Nachkriegszeit war charakterisiert durch Bemühungen, zum Währungssystem der Vorkriegszeit zurückzukehren in dem Glauben, dass man es mit den früher gültigen Wechselkursen würde leisten können – das erste eindeutig gestellte währungspolitische Ziel in ganz Europa. Allerdings war zu dieser Zeit der wirtschaftstheoretische Hintergrund dieser Bemühungen noch gar nicht so recht klar. John Maynard Keynes' Buch „The Tract on Monetary Reform“ ist ja erst 1923 erschienen, und es hat seine Zeit gebraucht, ehe es als bekannt gelten konnte. Umso weniger konnte man voraussetzen, dass es im jungen Staat Estland, der ja gerade erst unabhängig geworden war, irgendwelche währungspolitischen Vorkenntnisse gab. Valge zufolge besaßen selbst diejenigen, die sich nun anschickten, die estnische Währungspolitik zu leiten, „in der Regel nur die Praxis der zarischen Kredit- und Spargenossenschaften“ (S. 109). Nur einige wenige Personen hatten in Währungs- und Finanzdingen auch eine theoretische Vorstellung, so z.B. der Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftswissenschaftler Nikolai Köstner (1889–1959), der in den 1950er Jahren als Abteilungsleiter in der ägyptischen Nationalbank tätig war, oder Leo Sepp (1892–1941), der als Finanz- und Wirtschaftsminister verschiedenen Kabinetten der Zwischenkriegszeit angehört hat. Beide standen in den 1920er Jahren jedoch erst am Beginn ihrer Karriere. Betrachtet man die im staatlichen Wirtschaftsrat geführten Debatten (S. 139–141), war Köstner der Einzige, der schon im Jahre 1919 den Grund für die Verbilligung der Estnischen Mark in der ungedeckten Emission gesehen hat. Von akademischer Seite her hätte man vielleicht auch etwas von dem 1921 an die Universität Tartu zurückgekehrten Professor Michail Kurinskij (1876–1939) erwarten können, doch konnte er bislang noch nicht mit den wirtschafts- und währungspolitischen Entscheidungen der Republik in Verbindung gebracht werden.

Was konnte man denn auch von Estland erwarten, dessen Experten eigentlich erst ex post und mithilfe von Verallgemeinerungen soweit waren, zu einer wirtschaftstheoretischen Interpretation der Alternativen im Nachkriegseuropa und zur Beurteilung der getroffenen Entscheidungen zu gelangen; wobei dies bereits in der Absicht geschah, wertvolle Lehren für die Zeit nach dem nächsten Weltkrieg herauszuarbeiten. In diesem Sinne kann das Lebenswerk eines Esten, Ragnar Nurkse (1907–1959), als bahnbrechend für die weltweite Wirtschaftswissenschaft gelten. Seine 1944 und 1946 erschienenen Untersuchungen „International Currency Experience: Lessons of the Inter-War Period“ und „The Course and Control of Inflation: A Review of Monetary Experience in Europe after World War I“ – er war der Hauptautor dieser noch unter

der Ägide des Völkerbunds veröffentlichten Untersuchungen – darf kein seriöser Autor übersehen, der die währungspolitischen Entwicklungen zwischen den beiden Weltkriegen behandelt. Zur Schande der hiesigen Wirtschaftswissenschaftler muss man allerdings feststellen, dass es die Historiker waren, die den weltbekannten Wirtschaftswissenschaftler Nurkse für das heutige Estland wieder entdeckt haben.¹ Dem Umstand, dass auch Valge Nurske mehrmals zu Rate gezogen hat, kann der Wirtschaftswissenschaftler nur Anerkennung zollen.

Valge präsentiert auch einen Überblick darüber, was in anderen Ländern währungspolitisch nach 1918 unternommen wurde. Das hier allgemein Festgehaltene kann im Hinblick auf die anschließende Behandlung des estnischen Falls als allgemein anerkannter Hintergrund gelten, der jedoch für den estnischen Leser nahezu unbekannt ist. Zwar könnte man an dieser Stelle über die eine oder andere Bewertung eingehend diskutieren, doch mag das für die Beurteilung der vorliegenden Untersuchung nicht unbedingt entscheidend sein. Über die verschiedenen Vorstellungen zu diskutieren, die von Keynesianern und den Anhängern einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik in Bezug auf die 1920er Jahre entwickelt worden sind, gehört ja schon in den Bereich der Wirtschaftswissenschaft. In diesem Sinne ist Valges bewusster Verzicht darauf, „die Entwicklung der theoretischen Diskussion über die Wirkung von Deflation und Inflation auf das Wirtschaftswachstum zu analysieren“, durchaus berechtigt (S. 19). Dabei handelt es sich bei ihm um einen eindeutigen Anhänger einer angebotsorientierten Wirtschaftsdeologie, obwohl man an einigen Stellen ein Abgleiten in den Keynesianismus bemerkt; dies kann aber auch mit dem Sprachgebrauch eines nicht-Wirtschaftswissenschaftlers zusammenhängen. Die zuweilen vorkommende Inkonsistenz im wirtschaftsideologischen Weltbild des Autors ist lediglich als Feststellung zu werten – und nicht als Vorwurf des Wirtschaftswissenschaftlers an den Historiker.

Trotzdem ist auf einige Unklarheiten bezüglich der Inflation und der Interpretation ihrer Wirkung hinzuweisen. Hier geht es zunächst um die Auffassung, dass es möglich sei, mit der Hyperinflation Wirtschaftswachstum zu fördern (S. 35). Es ist richtig, dass kurzfristig und unter entsprechenden Umständen eine die Inflation begünstigende Wirtschaftspolitik das Wirtschaftswachstum beschleunigen kann – wenigstens glauben das diejenigen, die die Phillips-Kurve akzeptieren. Aber dies auch im Falle einer Hyperinflation zu behaupten, wäre sicher übertrieben. Wenn überhaupt, dann könnte man die „positive“ Wirkung einer solchen Inflation, die das Niveau der so genannten Preisstabilität überschreitet, in der Umverteilung des Vermögens bzw. der Ressourcen zugunsten effizienterer Wirtschaftsagenten sehen, d. h. als stimulierenden Faktor der

¹ Siehe auch: VAHUR MADE: *Külalisena maailmapoliitikas* [Als Gast in der Weltpolitik], Tartu 1999.

selektiven wirtschaftlichen Aktivität und als beschleunigenden Faktor struktureller Umwandlungen. Keinesfalls kann man der Behauptung zustimmen, dass „die verhältnismäßig schnelle Inflation bis in die zweite Hälfte der 1920er Jahre hinein den finnischen Export begünstigt“ habe (S. 81). Was der Autor hiermit im Auge hatte, wird erst auf der nächsten Seite deutlich: Mit der Begünstigung der Inflation, die ihrerseits von der Angst vor einer Deflation angetrieben wurde, wollte man in Finnland in den Jahren 1921-1923 die Abwertung der Finnischen Mark erreichen, um den Export zu stützen. Eher hat wohl die zwischenzeitliche Inflation und die sich daraus ergebende Abwertung der Finnischen Mark die Rückkehr zur Goldwährung auf der Basis eines Wechselkurses ermöglicht, der von der Wirtschaft akzeptiert wurde.

Zudem ist es befremdlich in Valges Zusammenfassung zu lesen, dass „die Fälle Jugoslawiens, Lettlands und der Tschechoslowakei die Effektivität des inflationären Modells in Osteuropa“ zu bestätigen scheinen (S. 350). Ob es sich hierbei um den lockeren Sprachgebrauch des Autors handelt, weshalb der Begriff des „inflationären Modells“ keinen quantitativ definierten Inhalt hat, oder schlicht um einen etwas überdramatisierten Standpunkt, ist wahrscheinlich nicht so wichtig. Dabei muss man aber hinzufügen, dass in solchen Extremsituationen, wie sie der Erste und Zweite Weltkrieg mit Sicherheit darstellten, die inflationäre Finanzierung der Wirtschaft in den am Krieg beteiligten Staaten mehr oder weniger unvermeidlich war. Für Estland war das 1919 zweifellos die einzige Möglichkeit, den Unabhängigkeitskrieg zu finanzieren.

Der Übergang von einer die Wirtschaft störenden extrem hohen Inflation – ob wir sie nun „galoppierend“ oder Hyperinflation oder ganz anders nennen, ist egal – zur Stabilisierung der Preise ist nicht über Nacht zu erreichen, ohne dass ein hoher Preis dafür zu zahlen wäre. Die Frage ist nur, ob eine abrupte Unterdrückung der Inflation noch nicht härter ist, wenn die schmerzhafteste Phase einer Dis- bzw. Desinflation ausgelassen wird. In vielen Fällen wäre es für Valge korrekter gewesen, von einer Stabilisierung in unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu reden, d. h. von der Verlängerung der Desinflation, und nicht von der Nutzung des inflationären Wirtschaftsmodells als einer bewusst getroffenen Entscheidung. Die Möglichkeit die Phase der Desinflation zu verlängern und vielleicht auch in Einzelfällen das inflationäre Modell wirklich einzusetzen, war in solchen Ländern gerechtfertigt, in denen man mehr Investitionen für den Wiederaufbau brauchte und überhaupt, je größer die Notwendigkeit für die Umorientierung der Wirtschaft war. „Die Inflation stellte somit den Preis dar, den die Bevölkerung für das Erreichen des neuen Gleichgewichts in der Wirtschaft bezahlt hat“ (S. 350-351). Dagegen hat das Ankurbeln der Hyperinflation à la Walther Rathenau nur die Schwäche und Kopflosigkeit der Regierungen gezeigt.

Die zweite Tatsache, auf die man im Kontext der Stabilisierungspolitik der 1920er Jahre achten sollte, ist der „theoretische“ Unterschied zwischen den damaligen und den heutigen Zielen. Während man in den 1920er Jahren die Stabilisierung des Wechselkurses, d. h. des Außenwerts der Währung zu erreichen bestrebt war – und dabei eine Deflation mehr oder weniger in Kauf nahm –, dann versteht man gegenwärtig unter einer Stabilisierung die Preisstabilität, d. h. die Stabilisierung des Innenwerts der Währung. Auch bei der estnischen Währungsreform 1992 war die Festlegung des Wechselkurses der Estnischen Krone in Form gegenüber der Deutschen Mark (Currency Board) lediglich ein Mittel für die Stabilisierung der Wirtschaft, nicht das Ziel an sich.

Gerade wenn man die gegenwärtigen Begriffe im Auge behält, wäre es der vorliegenden Untersuchung zugute gekommen, wenn sie die Effizienz der unterschiedlichen Stabilisierungsmodelle in den verschiedenen Ländern nicht nur im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum bewertet, sondern auch konkrete Angaben über die Entwicklung der Inflation bzw. der Deflation hinzugefügt hätte. Glücklicherweise kann der estnische Leser solche Trends in der Estnischen Statistischen Monatsschrift „Recueil Mensuel du Bureau Central de Statistique de l’Estonie“ (*Eesti Statistika Kuukiri*) für das Jahr 1922 selbst finden.

Die Behandlung des europäischen Hintergrunds wird in der vorliegenden Untersuchung damit begründet, dass der Autor die Antwort vor allem auf zwei Fragen finden wollte: 1) ob und in welchem Umfang die Ereignisse in Europa die estnischen Entscheidungen beeinflusst haben – bis zum Jahre 1922 hatten Österreich, Litauen, Lettland und Schweden ihre Währungen stabilisiert –, und 2) wie effizient man die in Estland angewandten Methoden bewerten konnte. Obwohl in Estland das warnende Beispiel der Hyperinflation in Deutschland, deren Gründe Valge übrigens mit Recht auch als exogen sieht, bekannt war, und auch über die von Lettland ergriffenen Maßnahmen gesprochen wurde, muss man dem Autor zustimmen, wenn er behauptet, dass in Estland hauptsächlich improvisierte Ad-hoc-Entscheidungen getroffen worden sind. Allerdings sollte man sich mit dem Stichwort „Otto Strandman“ im Kopf für die Zukunft noch Interpretationsspielraum lassen – Strandman (1875-1941) war als Ministerpräsident bzw. Staatsältester der Republik Estland 1919 und 1929-1931 sowie als Außen- und Finanzminister 1924 eine der Schlüsselfiguren der Stabilisierungsprozesse – doch zu ihm gleich mehr.

Auch die zu den Klassikern der Wirtschaftswissenschaften gehörenden oben genannten Arbeiten von Ragnar Nurkse, in denen Estland eindeutig im Schatten von Lettland geblieben ist, weisen auf keinerlei Vorbilder hin. An dieser Stelle sollte man nochmals betonen, dass die Ereignisse im Nachkriegseuropa der 1920er Jahre mit der Ausnahme von Deutschland für die estnischsprachige Wirtschaftsliteratur ein fast gänzlich unbekanntes Terrain ist. Nach Ansicht von Gustav Cassel handelte

es sich außerdem bei der Währungsgeschichte zwischen den zwei Weltkriegen um „nichts anderes als einen Bericht über fortgesetzte Versuche, das System eines internationalen Goldstandards wieder aufzubauen, und über das endgültige Scheitern all dieser Anstrengungen“.²

Wenn man in Betracht zieht, dass frühere wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen estnischer Autoren, die u. a. auch den Anfang der 1920er Jahre behandeln, meist rein deskriptive und auf Estland konzentrierte Studien sind, ist die umfangreiche, gründliche und auf breitem Quellenmaterial basierende Arbeit Valges bereits aus einer qualitativ völlig anderen Perspektive geschrieben worden. Ob der Autor damit erst einmal nur eine Tür aufgestoßen oder sein Thema bereits mehr oder weniger erschöpfend bearbeitet hat, darauf wird die Zeit eine Antwort geben. Zumindest im Vergleich zu solchen Arbeiten wie der im Jahre 1962 in Bonn veröffentlichten Doktorarbeit von Uno Kaur³ oder der in den letzten Jahren hierzulande publizierten kürzeren oder längeren Texte ist Valge einen großen Schritt voran gekommen, aber auch, um im Bild zu bleiben, ein wenig zur Seite getreten. Was in der Sowjetzeit innerhalb eines halben Jahrhunderts veröffentlicht wurde ist der Erwähnung ohnehin nicht wert.

Dass Estland in den so wichtigen Jahren 1923-1924 mit Otto Strandman über einen durchsetzungsfähigen Wirtschaftspolitiker verfügt hat, einen der wenigen Visionäre unter den Spitzenpolitikern überhaupt, war zweifellos ein glücklicher Zufall. Offensichtlich war es eben jener Strandman, der Estland wenigstens für eine Weile vom Weg des korporativen Staatskapitalismus hat abweichen lassen. Grundsätzliche Beschlüsse, wie etwa die Valorisation der Anleihen, die auf seine Initiative hin gefasst wurden, sind nicht in Zweifel zu ziehen. Trotzdem bleibt die Frage, die auch von Valge mehrfach gestellt wird, ob und inwieweit das auf eine Deflation zielende Stabilisierungsmodell begründet war. Unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse müsste man eine solche, eine Aufwertung nicht nur akzeptierende, sondern sogar anstrebende Währungspolitik als höchst riskant, als einen so genannten Doppelschock betrachten, den Estland, im Unterschied zu Lettland und Litauen, dank seiner Währungsreform mithilfe des Currency Board-Systems 1992 vermeiden konnte.

Zum Glück hat das naturalwirtschaftliche Wesen der estnischen Volkswirtschaft die aus der deflationsorientierten Stabilisierungspolitik resultierenden sozialen Rückschläge abmildern können, worauf Valge auch hinweist. Gleichzeitig hat diese Wirtschaftspolitik die notwendigen strukturellen Änderungen der damaligen estnischen Wirtschaft gebremst. Die so genannte Dänisierung der estnischen Wirtschaft

² GUSTAV CASSEL: Der Zusammenbruch der Goldwährung, Stuttgart 1937, S. 1.

³ UNO KAUR: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik des Freistaates Estland 1918-1940, Bonn 1962 (Commentationes Balticae, 8/9).

hat den Irrweg „nach Osten“, also die Idee einer Wiederherstellung der zarischen Großindustrie zwar gestoppt; allerdings hat sie das Land auf keinen neuen Entwicklungsweg geführt. Das war ein Kompromiss, der für lange Zeit die Entwicklung Estlands als Agrarland bestimmt hat. Es war damals nicht üblich an der Richtigkeit solch einer Wende zu zweifeln. Als einzige Ausnahme könnte man vielleicht auf den hervorragenden Wirtschaftsanalytiker Juhan Janusson verweisen, der 1932 darauf hingewiesen hat, dass „die Dominanz des landwirtschaftlichen Produktionsbereichs auch ein ziemlich geringes volkswirtschaftliches Bruttoproduct pro Kopf“ bedingt.⁴

Man kann Valges Schlussfolgerung nur zustimmen, dass die Aufwertung der Estnischen Mark um 15-20 %, sodass also 1 Schwedische Krone 100 Mark entsprach, das Wirtschaftswachstum gebremst hat, und dass ein der finnischen Wirtschaftspolitik ähnliches Modell mit Sicherheit die bessere Variante für Estland gewesen wäre (S. 341). Diese Weisheit kommt natürlich zu spät, denn, wie auch der Autor selbst zugibt, konnten „die estnischen Wirtschaftspolitiker und Gestalter der öffentlichen Meinung die Wirkung des Wechselkurses auf das Wirtschaftswachstum nicht genau bewerten“ (S. 342).

Zweifellos stellen die Ermittlung der damaligen Entscheidungsprozesse und deren gründliche Analyse den wertvollsten Teil der Untersuchung Valges dar. Deutlich werden die wirtschaftlichen Interessen der Vertreter einer „nach Osten“ orientierten Ideologie herausgefiltert und der Preis der entsprechenden Fehlentscheidungen für die estnische Wirtschaft genannt. Aus der Untersuchung ergibt sich eine erstaunliche Ähnlichkeit des Untersuchungszeitraums mit der ersten Hälfte der 1990er Jahre, als Industriekreise sowohl von der Estnischen Bank als auch von der Regierung Kredite und vieles mehr verlangt haben, nur um ihre unnützen Waren in der zahlungsunfähigen ehemaligen Sowjetunion abzusetzen.

Einzelne Fehlschläge Otto Strandman vorzuwerfen wäre falsch, und das tut Valge auch nicht. Einerseits muss man den innenpolitischen Umständen Tribut zollen, wie es der Autor klar und deutlich zeigt; andererseits kann man feststellen, dass es den Briten, obwohl ihnen im Vergleich zu den Esten ein sehr viel umfangreicheres theoretisches „Gepäck“ zur Verfügung stand, vielleicht sogar etwas schlechter gegangen ist. Hier war der nostalgische Wunsch zur Vorkriegsparität des Pfundes zurückzukehren stärker als der gesunde wirtschaftliche Sachverstand. In der Überzeugung, dass, wenn es mit einer kontraktiven Geldpolitik gelingen sollte, die Preise auf dem Binnenmarkt herunterzudrücken, man auch die Wettbewerbsfähigkeit der englischen Industrie verbessern könne, hat man das Wichtigste übersehen – die Flexibilität der Löhne nach unten:

⁴ Eesti majanduslik areng [Die wirtschaftliche Entwicklung Estlands], hrsg. von JUHAN JANUSSON, Tallinn 1932, S. 8.

Entgegen den Erwartungen war es nicht möglich die Löhne zu drücken. Dass die damalige Wirtschaftspolitik und -wissenschaft Ursache und Folge verwechselt haben, wie es auch Valge betont, zeigt wieder einmal nur, dass man hinterher immer schlauer ist.

Valges im Laufe des letzten Jahrzehnts verfasste Aufsätze wie seine hier besprochene Monographie haben bei der Widerlegung vieler Mythen der estnischen Geschichte eine große Rolle gespielt. Dies gilt sowohl bezüglich der Personen als auch der Ereignisse. Seien es die persönlichen wirtschaftlichen Interessen von Konstantin Päts (1874-1956), dem mehrfachen Staatsältesten und späteren ersten Präsidenten der Republik, oder von Johann Laidoner (1874-1953), dem Oberbefehlshaber der Armee, oder sei es das Thema des russischen Goldes. Ganz bestimmt ist dieses Buch, das sich gründlich mit den korrupten, von der Staatskasse ausgehenden und durch die Estnische Bank abgewickelten Finanzoperationen beschäftigt, eine große Enttäuschung für all diejenige, die sich um die Heroisierung der estnischen Geschichte verdient gemacht haben.

Was das Schicksal des nach dem Tartuer Friedensvertrag 1920 von Sowjet-Russland erhaltenen Goldes in Höhe von 15 Millionen Goldrubel angeht, so verdient vor allem die Rolle der Estnischen Bank bei seiner „Verschwendung“ eine anhaltende Diskussion.⁵ Die Frage besteht eigentlich darin, wie genau die Kompetenzen zwischen der Regierung bzw. dem Finanzminister und der Staatsbank verteilt waren. Die als Notenbank der Republik Estland gegründete Bank funktionierte in ihren Anfangsjahren als eine typische Staatsbank, zu deren Aufgaben die Finanzierung des Budgets sowie die Ausführung der Kreditpolitik der Regierung zählten.

Die Estnische Bank war keine eigenständige Institution mit einer selbständigen Währungs- und Kreditpolitik, sie wurde als reine Regierungsbehörde behandelt. Die Regierung erfüllte de facto die Rolle einer Aktionärsgeneralversammlung, und alle wichtigen Beschlüsse wurden auf der Ebene der Exekutive gefasst. In diesem Sinne könnte man eine bewusst versteckte Ironie in den Worten von Leo Sepp erkennen, die er zum 10. Jahrestag der Bank formulierte: „Die Bank von Estland war immer und ist auch jetzt das nützlichste und gewinnbringendste Staatsunternehmen“.⁶ Dass das Gold verkauft wurde, war die unvermeidliche Konsequenz der ungedeckten Emissionen. In einer Situation, in der es keine Devisenbeschränkungen für Importe gab – es geht hier schon nicht mehr um die Kriegszeit oder die unmittelbaren Nachkriegsjahre –, musste die Estnische Bank das in Umlauf gebrachte Papiergeld gegen „echtes“

⁵ Vgl. auf Deutsch den Beitrag JAAK VALGE: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Das Gold der Bolschewiki in Estland 1920-1922 und die Folgen, in: Estland und Russland. Aspekte ihrer Beziehungen, hrsg. von OLAF MERTELSMANN, Hamburg 2005 (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa 11), S. 157-192.

⁶ Panga reform [Bankreform], in: Eesti Pank 1919-1929 [Die Estnische Bank 1919-1929], Tallinn 1929, S. 21.

einlösen, um die irriige Wirtschaftspolitik der Regierung zu unterstützen. Solange man im Stande war dies zu tun, war es möglich das Vertrauen gegenüber dem Geldsystem und damit auch gegenüber dem Staat zu erhalten. Das war tatsächlich eine rein inflatorische Wirtschaftspolitik, die – zumindest deutet die Veränderung der Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten darauf hin – für die Statistik zum einen aufgrund der Devisen gemildert wurde, welche die Vermittlung des sowjetischen Goldes eingebracht hatte, und zum anderen aufgrund der vom so genannten „Gründertum“ verursachten außergewöhnlich starken Nachfrage nach Kapitalgütern, die zeitweilig die potentielle Nachfrage nach Verbrauchsgütern absorbiert hat.

Wäre der Geldhahn noch für einige Monate offen geblieben (als Wende gilt der Mai 1924), hätte der estnischen Wirtschaft ein regelrechter Crash gedroht. Valge hat in seiner Arbeit argumentativ herausgearbeitet, dass die verhängnisvolle Wirtschaftspolitik der Päts-Westel-Gruppe,⁷ deren Preis $15 + x$ Millionen Goldrubel betrug, buchstäblich im letzten Moment gestoppt werden konnte. Hierbei muss man die Zahlen respektieren, die der Autor im Buch anstelle des „x“ des Rezensenten angeführt hat.

Später hat man sich offensichtlich geschämt für die Geschichte mit dem „Gold des Tartuer Friedens“. Als bestes Beispiel hierfür kann man sich der Worte des erwähnten Juhan Janusson erinnern: „Ob die Tätigkeit der Notenbank in diesen Jahren zweckmäßig war und auf welche Weise damals was für Fehler zugelassen wurden, werden wir an dieser Stelle nicht diskutieren. Die Estnische Bank hat den tatsächlichen Bedingungen entsprechend gehandelt und sich dabei auch politischem Druck unterworfen.“⁸ Die damalige Estnische Bank, die ihrer Satzung nach eine Notenbank war, handelte tatsächlich jedoch als geschäftsorientierte Regierungsbank. Dies hat übrigens auch das Finanzkomitee des Völkerbundes den estnischen Behörden in seinem Bericht vom 25. März 1925 über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes vorgeworfen. Laut diesem Bericht sollte die Regierung anregen, die damalige Satzung der Bank zu ändern, um die absolute Unabhängigkeit der Bank vom Staat zu garantieren und sie eindeutig vom Finanzministerium zu trennen.

Noch weniger sprach man damals über die Vermittlung des russischen Goldes in den Westen, da es sich hierbei bestenfalls um ein halblegales Geschäft gehandelt hat, das man heutzutage wohl als Goldwäsche bezeichnen würde. Hier hat Valge das größte Tabuthema der estnischen Wirtschaftsgeschichte angesprochen. Die von ihm geschätzte Gold-

⁷ Georg Westel (1882-1933) war Politiker und Geschäftsmann; als enger Vertrauter von Konstantin Päts gehörte er 1921-1924 verschiedenen Kabinetten als Finanzminister an.

⁸ Eesti majanduslik areng (wie Anm. 4), S. 49.

menge, 600-700 t (in heutigen Preisen etwa im Wert von 9-10 Milliarden US-Dollar), die über Estland in den Westen verfrachtet wurde, ist durchaus glaubwürdig. Wenn man davon ausgeht, dass es damals um 18 t schwere Güterwagen ging, dann darf man mit ca. 30 Goldwaggons oder fast drei Goldzügen nach Estland rechnen. Angesichts einer solchen Menge ist allein schon die konkrete „Logistik“ der physischen Bewegung des Goldes von Interesse.

Die Glaubwürdigkeit der Zahlen von Jaak Valge unterstützt übrigens auch der Finne Vesa Vasara, nach dessen Kalkulation allein das Bankhaus Scheel 275 Tonnen Gold vermittelt hat.⁹ Valges konkrete Angaben über die so genannten Goldgewinne der Estnischen Bank kann man natürlich anzweifeln, doch bleibt deren Kritik bzw. Bestätigung Aufgabe der zukünftigen Forschung. Doch scheint es Valge zufolge sicher zu sein, dass ein irgendwie unverhältnismäßig großer Teil der Gewinne der Staatskasse zugeschrieben wurde. Man könnte nun auch fragen, was z.B. für die Harju Bank dabei herausrang. Es ist aber auch klar, dass für das „Waschen“ des russischen Goldes „die staatliche Ebene“ notwendig war.

Man muss aber auch fragen, ob die Estnische Bank sozusagen ihr eigenes Gold vermittelt hat, oder ob sie anderen, vor allem den Geschäftsbanken, Depotdienste erwiesen hat. Der Gewinn aus diesen Geschäften dürfte aber nicht allzu hoch gewesen sein. Was für Geld und wessen Vermögen sich in den Schatzkammern der Estnischen Bank, die ihrem Wesen nach eine gewöhnliche Geschäftsbank war, tatsächlich befunden haben, war natürlich auch nicht Sache des Staatsrechnungshofes, der die Bank geprüft hat. Die in den Jahresberichten der Bank veröffentlichten Angaben, denen zufolge sich ihr Gesamtertrag in den Jahren des größten Goldverkaufs 1921 und 1922 auf 190,5 bzw. 280,1 Millionen Estnische Mark belief, lassen allerdings Zweifel an Valges Zahlen aufkommen. Selbst wenn man voraussetzt, dass alle Erträge aufgrund der Depotgeschäfte mit dem Gold erzielt worden sind, sind es extrem bescheidene Summen im Vergleich zu Valges Schätzungen. Wenn aber die durch die Vermittlung des Goldes verdienten Summen nicht im Jahresbericht der Bank von Estland aufgetaucht sind, was man nicht ausschließen darf, dann hängt Valges Frage weiter in der Luft: „Wie wurde das Gold bewegt?“ 17 Millionen Goldrubel waren eine zu große Summe, um einfach zu verschwinden.

Hinsichtlich der in Estland während der letzten zehn bis fünfzehn Jahren getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen verdient eine der in der vorliegenden Untersuchung vorgebrachten Tatsachen besondere Betonung, die Valge selbst als beispiellos und damit wohl auch als

⁹ VESA VASARA: Das Bankhaus Georg Scheel & Co., Reval (1884-1940), in: Die deutsche Volksgruppe in Estland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-estnischen Verhältnisses, hrsg. von BORIS MEISSNER, DIETRICH A. LOEBER, CORNELIUS HASSELBLATT, Hamburg 1996, S. 99.

weniger entscheidend interpretiert hat. Hier geht es dem Rezensenten um einen Vorschlag, den der skandalumwitterte Geschäftsmann Madis Jaakson, der in den 1920er Jahren auch politisch engagiert war, am 6. Oktober 1924 im staatlichen Wirtschaftsrat eingebracht hat: Man solle doch die Sicherung der estnischen Währung in die Hände einer ausländischen Bank geben (S. 310). Es ist nicht auszuschließen, dass Jaakson bei seiner Empfehlung an die Einrichtung eines Currency Board-Systems gedacht hat, wie es in seiner orthodoxen Form damals gut bekannt war. In diesem Fall wäre er der erste, der dem Staat ein auf die Emissionsprinzipien eines Währungsrats (Currency Board) gestütztes Finanzsystem empfohlen hätte! Die Geschichte hat zwar gezeigt, dass diese Idee in modifizierter Form erst durch die Währungsreform 1992 umgesetzt worden ist. Allerdings enthielt auch schon ein am 28. Dezember 1923 von der Regierung bewilligter Aktionsplan mehrere Elemente eines Currency Board-Systems, doch wurde er in der vorgelegten Form nicht verwirklicht (S. 252).

Zusammenfassend darf festgehalten werden, dass Valges Untersuchung eine gründliche, korrekte und dabei auch gut lesbare Abhandlung über eine äußerst interessante aber auch widerspruchsvolle Periode der estnischen Geschichte darstellt. Sie markiert einen qualitativen Schritt voran im Vergleich zu früheren Autoren, die die wirtschaftliche Entwicklung Estlands in dieser Zeit behandelt haben. Zum ersten Mal hat Valge Estlands Wirtschaftspolitik im europäischen Kontext und im Vergleich zu anderen Ländern analysiert. Seine Arbeit stützt sich auf umfangreiches, repräsentatives Quellenmaterial, darunter Archivalien, legislative und exekutive Dokumente der Republik, die Presse dieser Jahre und statistische Angaben sowie auf die nationale und internationale Forschungsliteratur. Man kann dem Autor nicht vorwerfen, er habe etwas besonders Entscheidendes übersehen. Man könnte höchstens hinzufügen, dass (wenigstens für den Rezensenten) der Titel des Buches – „Abtrennung“ – nicht allein auf die physische Abtrennung der estnischen Wirtschaft von Russland *resp.* Sowjet-Russlands verweist, sondern auch auf die Trennung von einer aus früheren Zeiten vererbten Denkweise. Leider handelte es sich dabei, wenn man die Ereignisse der nächsten Jahrzehnte berücksichtigt, nicht um eine endgültige Trennung in beiden Sinnen.

KALEV KUKK

MAGNUS ILMJÄRV: HÄÄLETU ALISTUMINE. EESTI, LÄTI JA LEEDU VÄLISPOLIITILISE ORIENTATSIOONI KUJUNEMINE JA ISESEISVUSE KAOTUS. 1920. AASTATE KESKPAIGAST ANNEKTSIOONINI. [*Stumme Unterwerfung. Die Herausbildung der außenpolitischen Orientierung und der Verlust der Selbständigkeit Estlands, Lettlands und Litauens. Von der Mitte der 1920er Jahre bis zur Annexion*]. Tallinn: Argo 2004. 986 S., Abb. ISBN 9949415047.

Über das Buch von Magnus Ilmjärv – von dem auch eine gekürzte englische Version erschienen ist¹ – ist viel gesprochen und geschrieben worden. Die höchste Auszeichnung, die ihm zuteil wurde, ist wohl der von der Universität Helsinki verliehene Doktorgrad. Worauf ist das große Interesse sowohl des an Geschichte interessierten Publikums als auch der meinungsbildenden Medien an diesem seriösen, sehr umfangreichen und nicht gerade leicht zu lesenden Buch zurückzuführen? Der Autor selbst hatte die Spannung angeheizt, indem er in den vergangenen Jahren wiederholt andeutete, dass er ein großes Werk verfasse. Ilmjärv versucht hierin nichts weniger als die Frage zu beantworten, welche die Esten die letzten 65 Jahre gequält hat: Wo wurden Fehler gemacht und wer ist schuld daran, dass Estland scheinbar so leicht seine Unabhängigkeit 1940 einbüßte? Die Antwort, die Ilmjärv auf diese Fragen gibt, ist mehrschichtig, wie es von einer Dissertation ja auch zu erwarten ist.

Das Buch besteht aus dreizehn Kapiteln. Ilmjärv beginnt mit der Tätigkeit der sowjetischen Vertreter in Estland, Lettland und Litauen in den 1920er Jahren. Anhand russischer Archivdokumente verdeutlicht er die Versuche der UdSSR, die Schlüsselfiguren der baltischen Staaten zu bestechen oder zumindest unter ihren Einfluss zu bringen. An dieser Stelle beginnt auch die Geschichte der mit der Sowjetunion verbundenen Wirtschaftsinteressen von Konstantin Päts, dessen ganze spätere politische Karriere dem Autor zufolge hiervon beeinflusst worden ist. Ilmjärv hat sich auch in die lettische und litauische Geschichte vertieft – gestützt auf die dortigen Archive, Presseartikel und historische Literatur. Seiner Auffassung nach trug die engere Zusammenarbeit zwischen Estland, Lettland und Litauen dazu bei, dass man dem Druck seitens der Sowjetunion und auch Deutschlands widerstehen konnte.

Das zweite bis achte Kapitel des Buches umfassen mehr als 400 Seiten und sind der osteuropäischen Außenpolitik der 1930er Jahre gewidmet. Der Autor hat immense Mengen von Archivmaterialien durchgearbeitet, in erster Linie in russischen Archiven, aber auch in Estland, den Vereinigten Staaten, in Lettland, Litauen, Finnland, Ungarn, Schweden und Deutschland. Seine Hauptquelle sind die Materialien der Außenminis-

¹ MAGNUS ILMJÄRV: *Silent Submission: Formation of Foreign Policy of Estonia, Latvia and Lithuania: Period from mid-1920s to Annexation in 1940*, Stockholm 2004 (Studia Baltica Stockholmiensia 24).

terien und Gesandtschaften. Dokumente anderer Behörden hat Ilmjärv nur in geringerem Umfang verwendet. Er hat große Mengen der damaligen Presse und der Literatur, die später zu diesem Themenbereich veröffentlicht worden ist, sowie zahlreiche Memoiren durchgearbeitet. Ilmjärv referiert ausführlich die Memoranden der ausländischen Gesandten und Beamten der Außenministerien, wobei er die in ihnen enthaltenen Standpunkte der Diplomaten verschiedener Staaten für seine Argumentation fleißig verwertet. Es hat jedoch den Anschein, dass der Autor die in diesen Memoranden enthaltenen Behauptungen zu ernst nimmt, wenn er mitunter deren Verfasser außer Acht lässt, aber sich auch nicht weiter darum kümmert, in welcher Situation und aus welchen Gründen sie überhaupt verfasst worden sind. Entscheidungen wurden ja nicht in Denkschriften, sondern in Versammlungen oder von Einzelpersonlichkeiten gefällt, erst danach wurden sie in Verfügungen, Verordnungen, Verträgen und Gesetzen fixiert. Letztere sind veröffentlicht worden – der Autor hat sie jedoch nur in geringem Umfang herangezogen. Dabei sind die Entscheidungen sicherlich relevanter als die Beratungen, die nicht zu Beschlüssen geführt haben.

Die Außenpolitik wird von den Staaten, nicht von deren Vertretern betrieben. Dabei handeln die Vertreter der Staaten in amtlicher Eigenschaft, nicht als Privatpersonen. Mitunter ist das Herangehen des Autors an sein Thema wiederum zu stark an Personen gebunden. So steht etwa ist einer Fußnote: „Munters an Krieviņš“, es folgen die üblichen Angaben zu Archiv und Signatur. Allerdings schrieb Munters an Krieviņš nicht als Privatperson an eine andere Privatperson, sondern in seiner Eigenschaft als lettischer Außenminister an den lettischen Botschafter. Die berufliche Stellung des Absenders sowie des Empfängers verdeutlicht die Ebene, auf der die Beratung erfolgte, und die Entscheidung gefällt wurde, welche so manches Mal sogar relevanter ist als das eine oder andere Zitat, das der Autor aus dem betreffenden Brief herausgegriffen hat.

Die letzten fünf Kapitel (IX-XIII) behandeln den Verlust der Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens vom Hitler-Stalin-Pakt an bis zu ihrer förmlichen Inkorporation in die Sowjetunion. In diesen Kapiteln findet sich viel Interessantes. So etwa die Machenschaften Deutschlands und der Sowjetunion um die estnische Ölschieferindustrie, denn die moderne deutsche Armee brauchte ja viel mehr Flüssigbrennstoff und Öle, als die eigene Rohstoffbasis liefern konnte. Interessant ist auch Ilmjärvs Interpretation des berühmt-berüchtigten Moskau-Besuchs des estnischen Außenministers Karl Selter im Herbst 1939. Seine Schlussfolgerung, wonach der Beistandsvertrag im September 1939, der die Stationierung von Einheiten der Roten Armee im Lande vorsah, vor dem Hintergrund einer Initiative Estlands zustande gekommen sei, hat bereits mehrere Rezensenten geärgert.

Der Verfasser hat zahlreiche Ermittlungsakten des NKVD/NKGB herangezogen. Ein Großteil der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Elite Estlands wurde ab Juni 1940 verhaftet. Verfehlt ist jedoch die Ansicht, dass sie einfach gefangen genommen und erschossen bzw. nach Sibirien verschleppt wurden, wo sie zum Sterben verurteilt waren. Das sowjetische System sah den Nachweis der „Schuld“, in erster Linie aber die Ermittlung der „Mittäter“ vor. Das Strafgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), insbesondere der berüchtigte Artikel 58, wurde übrigens bereits vor dessen förmlichen Inkrafttreten auf dem Territorium der Estnischen SSR angewandt. Aufgrund der in Artikel 58 festgelegten Bestimmungen konnten jegliche politische oder gesellschaftliche Aktivitäten z. B. als „aktiver Kampf gegen die Sowjetunion und das internationale Proletariat“ ausgelegt werden. Die Unterlagen mussten den Anschein von Ordnung erwecken und versiegelt sein. Daher enthalten die Akten außer den Vernehmungsprotokollen auch Haftbefehle und -verordnungen, Durchsuchungsbefehle, Anweisungen zur Verlängerung der Haft, Anklageschriften, Sitzungsprotokolle des Tribunals, Dokumente über die Verurteilung zu einer Gefängnis- oder Lagerstrafe sowie Todesurkunden. Am grässlichsten sind die Akten über Erschießungen und Begräbnisse in den Kleidern. Allerdings brauchen diese Dokumente und insbesondere deren Datierungen nicht der Wahrheit zu entsprechen.

Es muss immer wieder daran erinnert werden, dass die politische Verurteilung in der Sowjetunion in den Jahren 1940–1941 ohne Recht auf Verteidigung erfolgte und zum Erzwingen der Aussagen physische Gewalt angewandt wurde. Daher wirft Vello Helk in seiner Rezension von Ilmjärvs Buch diesem die Heranziehung dieser Materialien vor, indem er darauf hinweist, dass dänische Historiker auf die Verwendung der Vernehmungsprotokolle der Gestapo verzichtet haben.² Die dänischen Historiker kann man verstehen: Historiker in Friedenszeiten können sich in der Regel nicht in die Situation eines gewaltsamen geheimpolizeilichen Verhörs einfühlen und so kann die Tatsache, dass der Verhörte während der Vernehmung etwas ausspricht oder jemanden denunziert, als schändlicher Verrat empfunden werden. Mitunter kann es vorkommen, dass der Verfasser, erfüllt vom Eifer der Enthüllung, sogar die kriminelle Natur der Vernehmenden vergisst und voraussetzt, dass alles, was im Verhör ausgesagt wird, die reine Wahrheit sei. Die Lebendigen können sich – zumindest theoretisch – vor Gericht gegen Verleumdung verteidigen, die Toten entbehren auch dieser Möglichkeit.

Ich würde nicht so kategorisch auf dem Verzicht der Verwendung der Ermittlungsakten bestehen wie die von Helk erwähnten dänischen His-

² VELLO HELK: Ohvrid on süüdlased? [Sind die Opfer schuld?], in: Akadeemia 16 (2004), S. 2058–2079, hier S. 2067.

toriker. Im Vergleich zur Opferzahl der stalinistischen Geheimpolizei in Estland geriet in Dänemark nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Menschen in die Klauen der Gestapo. Über das Schicksal tausender Menschen hätte man ohne diese Akten keine Informationen. Außerdem findet der quellenkritisch arbeitende Forscher in den Ermittlungsakten auch authentische Dokumente, die durch die Logik der Bürokratie entstanden sind. So etwa wurde Juhan Narma, der Wirtschaftsminister der im Juni 1940 von den Sowjets gebildeten Marionettenregierung von Johannes Vares, am 14. Juni 1941 verhaftet und nach Russland deportiert, da er vom NKVD beschuldigt wurde, der Vaterlandsunion (*Isamaaliit*) angehört zu haben. Narma brachte zu seiner Rechtfertigung vor, dass er Aufgaben der sowjetischen Auslandsspionage erfüllt habe. Die Vernehmer versuchten die Richtigkeit dieser Behauptung über ihre Kanäle nachzuprüfen. Die Akte enthält ein Dokument, das am 5. Mai 1942 von der 5. Unterabteilung der 1. Sonderabteilung der Hauptverwaltung für Staatssicherheit des NKVD ausgestellt worden ist (übrigens auf einem Sonderformular für die Beantwortung solcher Nachfragen), worin bescheinigt wird, dass Juhan Nihtig-Narma während seines Moskau-Aufenthalts im Frühling 1940 tatsächlich als Agent angeworben worden sei. Diese Kontakte zur sowjetischen Auslandsspionage vermochten ihn jedoch nicht zu retten, er wurde zu einer Lagerstrafe von drei Jahren verurteilt und starb im gleichen Jahr im Gefängnislager. Speziell seien hier auch solche Dokumente erwähnt, die bei einer Durchsuchung entdeckt wurden und sich ebenfalls in den Akten finden. So hatten NKVD-Agenten etwa Ado Anderkopp den Mitgliedsausweis der Estnischen Konstituierenden Versammlung (1919/20) fortgenommen. Warum ein Minister und langjähriges Mitglied des Estnischen Parlaments zwanzig Jahre später, im Juli 1940, gerade diesen Ausweis im Portemonnaie trug, lässt sich nur vermuten. Und schließlich helfen uns die umfangreichen Akten der von der sowjetischen Geheimpolizei verhafteten Menschen, die Mechanik des Systems zu verstehen sowie aufzuklären, auf welche Angaben sich die sowjetische Geheimpolizei stützte, welche Mittel sie heranzog und nach welchen Informationen sie fahndete.

Texte von Historikern und Publizisten aus der sowjetischen Zeit zieht Ilmjärv recht kritiklos heran. Es mutet recht seltsam an, wenn der eine oder andere estnische Politiker aufgrund der Arbeiten sowjetischer Historiker oder Parteifunktionäre in einem schlechten Licht dargestellt wird. Bei einer gründlichen wissenschaftlichen Forschung versteht es sich von selbst, dass man auf die Quellen zurückgreift, ungeachtet dessen, dass jemand anderes schon über denselben Sachverhalt geschrieben hat. In Bezug auf die Zeitgeschichte ist dies schon daher notwendig, weil viel mehr Quellen vorliegen, als in der bisherigen Forschung herangezogen worden sind. Auf keinen Fall jedoch darf man sich auf Fakten und Argumente verlassen, die unter ideologischer Aufsicht und Zensur vor-

gebracht wurden. Hiervon werden zwangsläufig die Faktenauswahl und mitunter auch die Interpretation beeinflusst. Zum Beispiel schreibt Ilmjärv: „Im Jahre 1919 nannte Viktor Kingissepp in seiner Broschüre „Wilsoni heeringa eest“ [*Für Wilsons Hering*] die [Gebrüder] Puhk³ Diebe und Schieber [...]“ (S. 55). Der Verfasser verweist dabei nicht auf das Original, sondern auf einen 1986 veröffentlichten Dokumentenband.⁴ Wenn die Behauptung von Kingissepp dem Autor so gut gefallen hat, hätte deren Wahrheit anhand der Quellen bewiesen werden müssen. Ilmjärv lehnt sich zwar an das im Jahre 1963 erschienene Buch von Oskar Sepre über den estnischen bürgerlichen Staat im Dienst der Monopole⁵ an, was jedoch die von Kingissepp formulierte Behauptung kaum zuverlässiger macht. Trotzdem resümiert Ilmjärv: „Durch diese Geschäfte gelang es den Puhk-Brüdern, auf Kosten der Steuerzahler ordentlich zu verdienen. Im Jahre 1929 kam der Fall mit den Uniformmänteln vor Gericht, jedoch wurde keine Strafe ausgesprochen“ (S. 55).

Hier noch ein weiteres Beispiel. Über Außenminister Karl Selter schreibt Ilmjärv: „Dass estnische Kommunisten jedoch korrupte Geschäfte des ehemaligen Wirtschafts- und Außenministers für wichtig hielten, verdeutlicht folgendes Beispiel. Als Johannes Lauristin am 6. August 1940 vom Rednerpult des Obersten Sowjets der Sowjetunion den Antrag auf die Inkorporation begründete, verkündete er zugleich, dass Selter durch Bestechungen tausende Kronen angehäuft habe.“ (S. 448). Die Absurdität dieses Abschnittes liegt auf der Hand – was in die Rede von Johannes Lauristin hineingeschrieben worden war, betrifft keineswegs eventuelle Missetaten Selters.

Natürlich schrieb man über diese Angelegenheiten auch in der damaligen Presse, woraus auch Kingissepp und Sepre ihre Kenntnisse geschöpft haben werden. Da aber, wie Ilmjärv schreibt, der Fall Puhk vor Gericht kam und keine Strafe ausgesprochen wurde, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wurde der Prozess eingestellt oder der Angeklagte freigesprochen. Anstatt die Behauptungen der roten Propaganda im 21. Jahrhundert erneut zu veröffentlichen, hätte sich der Verfasser in die Urkunden vertiefen können, um festzustellen, ob Selter ein Schwindler und die Puhk-Brüder Betrüger waren.

In dieselbe Rubrik gehören auch die von Ilmjärv wohl bewusst wiederholt dargelegten Einschätzungen der sowjetischen Propaganda über

³ Joakim Puhk (1888-1942), politisch aktiver Industrieller (Maschinenfabrik „Ilmarine“), saß in den Leitungsgremien des „Eesti Lloyd“ und der Estnischen Bank und war finnischer Honorargeneralkonsul in Tallinn 1927-1940; Voldemar Puhk (1891-1937), Industrieller und Diplomat, war 1918-1919 stellvertretender Handels- und Industrieminister, seit 1924 Direktor der „Ilmarine“ (Anm. d. Red.).

⁴ Kodusõda ja välisriikide interventsioon Eestis 1918-1920. Dokumente ja materjale [Bürgerkrieg und ausländische Intervention in Estland. Dokumente und Materialien], Bd. 2, hrsg. von ARVO ALAS u.a., Tallinn 1986.

⁵ OSKAR SEPPE: Eesti kodanlik riik monopolide teenistuses [Der estnische bürgerliche Staat im Dienst der Monopole], Tallinn 1963.

die eine oder andere Person. Auf S. 145 verwendet Ilmjärv in Bezug auf die Mitglieder der Deutsch-Baltischen Partei ohne Anführungszeichen die Verallgemeinerung – keine Ahnung, wer dies formuliert haben soll – „nationalsozialistische Barone“. Genau genommen ist es sogar falsch, denn Victor von zur Mühlen z. B. war kein Baron. Der Satz über die Christliche Volkspartei: „Daher fiel es den Parteiführern Akel und Lattik, der mit Päts verwandt war, nicht schwer, Diener des autoritären Regimes zu werden“ (S. 344), enthält mehr Beleidigungen, als es für ein akademisches Werk angebracht ist. Auch an anderen Stellen hat man den Eindruck, als ob der Verfasser mit Päts, aber auch mit einigen anderen Staatsmännern der Estnischen Republik ein Hühnchen zu rupfen habe – was freilich schon angesichts Ilmjärvs Geburtsjahr zumindest im Nachwort einer Erklärung bedurft hätte.

Als positiv möchte ich demgegenüber zu allererst betonen, dass Ilmjärv für sein Buch reiches, bisher nicht genutztes Quellenmaterial sowohl aus estnischen wie aus ausländischen Archiven zusammengetragen hat. Zweitens möchte ich auf die Abschnitte des Buches hinweisen, in denen der Autor ausführlich beschreibt, wie die Sowjetunion die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Einflussnahme auf die Innen- und Außenpolitik ihrer Nachbarländer nutzte. Der Sowjetunion fiel dies leicht, da der Staat das Außenhandelsmonopol besaß. Ein Teil der Außenpolitik der Sowjetunion bestand auch darin, die Intelligenz, insbesondere die geisteswissenschaftliche Intelligenz, für ihre Pläne zu gewinnen. Denkstoff bietet auch die Schlussfolgerung des Autors, dass für einige estnische Politiker die Eigenstaatlichkeit Estlands ein Geschäftsprojekt gewesen sei, wobei dessen Verwirklichung rücksichtslos umgesetzt wurde. Außerdem sei auf Ilmjärvs interessante Diskussion der Frage hingewiesen, wie die im Juni 1940 auf Anweisung von Andrej Ždanov ernannte Regierung zu bezeichnen sei – als aufgrund eines Ultimatums eingesetzt oder als Okkupationsregierung (S. 830)? Die Frage ist relevant, da auch in der neueren historischen Literatur immer noch die Begriffe „Juniwende“, „Juniregierung“ und sogar „Volksregierung von Johannes Vares“ ohne Anführungszeichen verwendet werden. In dieser Frage wären terminologische Genauigkeit sowie Einigkeit zwischen den Historikern auf der einen und der Öffentlichkeit auf der anderen Seite sicher empfehlenswert. Man muss nicht Analytiker sein, um zu verstehen, dass die Diskussionen über die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs in Estland nicht am 60. Jahrestag seiner Beendigung abgeschlossen sein können.

Ilmjärv interessiert sich für Außenpolitik, das Militärwesen ist ihm weniger vertraut. Daher geht er nicht allzu gründlich vor, wenn er die Truppenstationierung der Roten Armee auf estnischem Territorium 1939 sowie während der Okkupation 1940 betrachtet. Dabei ist diese Stationierung eines der Schlüsselprobleme. Es hat den Anschein, dass der Plan

Estland, Lettland und Litauen zu annektieren – der nicht schwarz auf weiß vorliegt – vorsah, dass eine militärische Okkupation auf jeden Fall vermieden werden sollte. Die militärische Okkupation war aufgrund geltenden internationalen Rechts als provisorisch anzusehen. Die baltischen Staaten sollten aber für immer an die Sowjetunion angeschlossen werden. Somit war der Anschluss „nach dem Willen des Volkes“ die einzige Möglichkeit. Die Inkorporation eines militärisch okkupierten Gebiets wäre schwieriger gewesen, denn dies hätte eine völkerrechtliche, wohl auch unter internationaler Aufsicht erfolgende Prozedur bedeutet. Daher galt es, die Anwesenheit der Roten Armee vom 17. Juni 1940 an als möglichst unbedeutend erscheinen zu lassen. In gewissem Maße ist es auch gelungen. Heute weiß man, dass etwa hunderttausend Männer stationiert wurden, detailliertere Forschungen über die Rote Armee in Estland stehen allerdings noch aus.

Im Hinblick auf die Mitglieder der Vares-Regierung weist Ilmjärv auf deren Beziehungen zur sowjetischen Abwehr hin. Über Juhan Narma, Boris Sepp und Maksim Unt finden sich Angaben in ihren Akten. Künftig sollte der Autor auch die Estland-Akten der finnischen Staatspolizei *Valpo* im Finnischen Nationalarchiv zu Rate ziehen. Darin liegen recht detaillierte Materialien zu den Mitgliedern des „Marxistischen Bunds der Werktätigen“ (*Marksisitlik Töörabva Ühendus*) Aleksander Jõeäär, Unt und Nigol Andresen vor, in erster Linie aber zu den Kontakten des Letzteren zur Komintern, die ab den 1930er Jahren über Finnland und Schweden liefen. Die *Valpo* sammelte Angaben über Andresen in Zusammenhang mit der Verfolgung des finnischen Linkssozialisten und Abgeordneten des finnischen Reichstages und gleichzeitig finnischen Verbindungsmanns der Komintern, Cay Sundström. Dieser hat unter anderem auch Kontakte estnischer Linkssozialisten zur Komintern vermittelt.

Magnus Ilmjärv ist ein kämpfender Historiker. Seine Welt ist die Welt des Guten und des Bösen, wobei es ihm primär darum geht, im Hinblick auf die Vergangenheit klarzumachen, wer auf der guten und wer auf der bösen Seite gestanden hat. Allerdings ist seine Welt schwarz-weiß. Die menschliche Mittelmäßigkeit, die unter den Verhältnissen der jungen Eigenstaatlichkeit Estlands im vorigen Jahrhundert mehrmals mit Herausforderungen konfrontiert wurde, die sie nicht zu bewältigen imstande war, lässt sich seiner Auffassung nach nicht rechtfertigen – und es sei richtig so. Daher betrifft der gravierendste Vorwurf, den man diesem Buch machen muss, die kategorische und mitunter unbegründete Verurteilung einiger estnischer Politiker (Konstantin Päts, Karl Selter, Friedrich Akel, Heinrich Laretei). Die Geschichte darf nicht mit der Rechtsprechung gleichgesetzt werden, aber selbst in der fairen Rechtsprechung ist es nicht üblich, dass die Schuldigen bereits vor dem Delikt feststehen. Der verurteilende Ton verschleiert vernünftige Argumente, ärgert

den nationalistisch gesinnten Leser und freut den Boulevardjournalisten, indem er einen Großteil vernünftiger Diskussionen ausschließt und schadenfrohe Meldungen provoziert à la „Die estnische Öffentlichkeit war auf das Buch von Ilmjärv nicht vorbereitet“. Ein weiterer Fehler des Buches besteht darin, dass es dem Autor offensichtlich darauf angekommen ist, bereits vor Beginn der Forschungsarbeit vorhandene Behauptungen zu beweisen, anstelle seine Thesen auf dem untersuchten Material aufzubauen.

TOOMAS HIIO

SÕJA JA RAHU VAHEL I: EESTI JULGEOLEKUPOLIITIKA 1940. AASTANI. [*Zwischen Krieg und Frieden. Bd. 1: Die estnische Sicherheitspolitik bis zum Jahr 1940*]. Chefredakteur Enn Tarvel, verantwortlicher Redakteur Tõnu Tannberg. Tallinn: S-keskus, Rahvusarhiiv 2004, 566 S. ISBN 9985952014.

Dieses unter der Schirmherrschaft des Forschungszentrums zur estnischen Zeitgeschichte, dem so genannten „S-Keskus“ publizierte Buch ist der erste Band eines auf zehn Bände angelegten Werks über die militärische und sicherheitspolitische Geschichte Estlands in den Jahren 1939-1956. Der zeitliche Rahmen des Gesamtprojekts umfasst die Periode vom Hitler-Stalin-Pakt bis zur Niederschlagung des Ungarischen Aufstands 1956. Für Estland brachte der Beginn dieser Periode die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der Vereinbarungen der Großmächte die eigene Politik neu auszurichten, während Mitte der 1950er Jahre der aktive bewaffnete Kampf gegen die Sowjets aufhörte. Der nun vorliegende erste Band behandelt in erster Linie die Herausbildung der Außen- und Verteidigungspolitik im unabhängigen Estland und deren Ergebnisse bis zum Ende der 1930er Jahre.

Im von Magnus Ilmjärv und Heino Arumäe verfassten ersten Abschnitt wird die Außenpolitik der Großmächte in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in Nordosteuropa sowie die estnische Außenpolitik in den 1930er Jahren betrachtet, woran sich die Schilderung der politischen Ereignisse des Jahres 1939 anschließt. Ilmjärvs Text lässt sich wie folgt resümieren: Das wesentliche Ziel der Baltikumpolitik der Sowjetunion

in der Zwischenkriegszeit sei es gewesen, die Bildung eines starken militärisch-politischen Bündnisses der baltischen Staaten zu verhindern. Die estnische Außenpolitik wiederum habe im Gegenteil genau auf die Bildung solch eines Bündnisses hingearbeitet, mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges im Hintergrund – darunter in erster Linie England.

Die Sowjetunion zog zwei Instrumente heran, um dieses Ziel zu erreichen: ihre „offizielle“ Außenpolitik und die Komintern. Ilmjärv zufolge wurde Moskau noch in zwei weitere Richtungen aktiv, indem es nämlich Beziehungen zur kulturellen Elite und den Militärs der baltischen Staaten pflegte. Wie aus seinem Beitrag später ersichtlich wird, dürfte der wirtschaftliche Vorteil der Sowjetunion ein noch wesentliches Instrument gewesen sein. Denn durch die Vergabe wirtschaftlicher Aufträge – oder zumindest, indem man solche in Aussicht stellte –, gelang es der sowjetischen Außenpolitik, einen Keil zwischen die baltischen Staaten zu treiben. Allerdings sei gleich erwähnt, dass Ilmjärv in „seinen“ Kapiteln dieses Buches weder auf die „Sonderbeziehungen“ der Sowjetunion zu den einflussreichen Politikern der baltischen Staaten, wie etwa zu Konstantin Päts, detaillierter eingeht, noch sich mit deren Einfluss auf die Entwicklung der Politik dieser Staaten auseinandersetzt.¹

Am effektivsten scheint sich dabei tatsächlich das Ziel des wirtschaftlichen Vorteils auf die sowjetische Außenpolitik ausgewirkt zu haben. Ilmjärv zufolge hat der im Jahre 1927 zwischen Moskau und Riga abgeschlossene Handelsvertrag die Gründung einer Baltischen Union vereitelt. Angemerkt sei hier, dass Estland in seinem Bestreben einer baltischen Kooperation bereits zuvor an vergleichbaren Umständen gescheitert war – der Friedensvertrag von Tartu hatte Estland 1920 zwar erhebliche wirtschaftliche Vorteile gegenüber den anderen baltischen Staaten gebracht, doch hatte es sich dadurch von der baltischen Einheitsfront isoliert. Am weitesten auf Moskau zu ging indes Litauen, das im Jahre 1926 mit der Sowjetunion eine Nichtangriffspakt sowie ein – 1931 erneuertes – „Gentleman’s agreement“ abschloss, in dem sich die Parteien verpflichteten, Informationen von gegenseitigem Interesse auszutauschen und einander diplomatisch zu unterstützen. So wurde Litauen zum diplomatischen Spion der Sowjetunion in Europa. Veranlasst sah sich Kaunas zum Spielen dieser Rolle aufgrund des Konflikts mit Polen hinsichtlich der Vilnius-Frage.

¹ Mit der These, Päts’ Beziehungen zur sowjetischen Botschaft in Tallinn hätten potentiell dessen Politik beeinflussen können, da er käuflich geworden sei, machte Ilmjärv vor einigen Jahren in Estland Furore. Näheres bei KARSTEN BRÜGGEMANN: Von der Renationalisierung zur Demontage nationaler Helden Oder: „Wie schreibt man estnische Geschichte?“, in: Osteuropa 51 (2001), S. 810-819, sowie in der Dokumentation der Debatte: DERS., ULRIKE PLATH: Vom Tanz mit des Teufels Großmutter. Die estnische Debatte um die Zusammenarbeit von Präsident Konstantin Päts mit der Sowjetunion, in: Osteuropa 50 (2000), A 329-A 339.

Im Jahre 1934 schlug die Sowjetunion nach dem Ende der vom Rapallovertrag geprägten Epoche jedoch einen neuen außenpolitischen Kurs ein. Nun gab sie einer Union der drei baltischen Staaten ihre Einwilligung, wobei sie von Litauen erwartete, die Politik der drei zu koordinieren. Allerdings stellte die nun zustande gekommene Baltische Union etwas ganz anderes dar, als das, was estnische und lettische Politiker voller hehrer Ideale zu Beginn der 1920er Jahre zu gründen versucht hatten. Vor diesem Hintergrund war die Union 1934 nur noch ein Schatten ihrer selbst.

In den nächsten fünf Jahren erfolgten diverse komplizierte Verhandlungen, in deren Verlauf versucht wurde, unterschiedlich betitelte und in verschiedenen Kombinationen unterzeichnete Dokumente zum Schutz der Sicherheit der baltischen Staaten zu produzieren, die in ihren Hauptstädten in verschiedenen Kombinationen wiederum begrüßt oder abgelehnt wurden. Diese diplomatische Geschäftigkeit war ziemlich kompliziert – auch Ilmjärv trägt nicht gerade zu einem besseren Verständnis bei –, doch steht eines jedenfalls fest: Auf die estnische Sicherheit dürfte sich all diese Aktivität nicht vorteilhaft ausgewirkt haben. Finnland wahrte zudem Distanz zu den mittlerweile autoritär regierten baltischen Staaten. Estland begann sich dem gestärkten Deutschen Reich anzunähern, was durch die Ernennung des Berlin freundlich gesinnten Diplomaten Friedrich Akel zum Außenminister im Sommer 1936 signalisiert wurde. Auch die Zusammenarbeit des estnischen Militärs mit dem Reich wurde enger. 1939 schließlich distanzierte sich Estland von der Baltischen Union, da der Oberbefehlshaber der estnischen Streitkräfte Johan Laidoner davon ausging, dass Lettland nicht gemeinsam mit Deutschland gegen die Sowjetunion Krieg führen würde und im Kriegsfall Estland nicht zu Hilfe käme. Zunächst wurde eher darauf gehofft, dass Polen mit Deutschland eine Abmachung hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens gegen Moskau trifft.

Im Folgenden analysiert Heino Arumäe die politischen Ereignisse von 1939, indem er zunächst eine klare Übersicht über die veränderte politische Konstellation gibt. Die Tschechoslowakei war von Deutschland eingenommen worden, die Taktik Großbritanniens und Frankreichs, Deutschland beruhigen zu wollen, war gescheitert. London und Paris, die schon jetzt um ihre Sicherheit bangten, leiteten nun sofortige Gegenmaßnahmen gegen Berlin ein, u.a. mit den im Frühling aufgenommenen Verhandlungen mit Moskau. Dessen Position war durch die Polen zugesicherten Garantien nur verstärkt worden, da im Falle eines Kriegsausbruchs Großbritannien und Frankreich eingreifen müssten, während die Sowjetunion ruhig abwarten konnte, um dann selbst die Karten auf den Tisch zu legen. Die sowjetische Führung verstand es Arumäe zufolge, die entstandene Situation voll auszunutzen. In den Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion wurde der Frage

der Gewährleistung der finnischen und baltischen Sicherheit großes Gewicht beigemessen. Gemäß der von Moskau aufgezwungenen Auslegung hätte eine solche Gewährleistung faktisch das Recht der sowjetischen Regierung bedeutet, Aktionen gegen die baltischen Staaten nicht nur im Falle einer direkt gegen diese gerichteten Aggression einzuleiten, sondern auch dann, wenn diese Staaten einem Aggressor weitreichende und „gefährliche“ Zugeständnisse gemacht hätten. Was genau unter „gefährlichen“ Zugeständnissen zu verstehen war, hing dabei ausschließlich von Moskaus Einschätzung ab – eine solche Okkupationsmechanik zu verhindern war im Frühling und Sommer 1939 zentrales Ziel der estnischen Außenpolitik. Zunächst hatte zwar die britische Regierung dem Moskauer Ansinnen gegenüber eine negative Haltung eingenommen, doch war sie nach Einschätzung Arumäes Ende Juli bereit, in die Bedingungen Moskaus einzuwilligen.

Diese Möglichkeit eröffnete sich ihnen jedoch nicht. Am 2. August 1939 gab die sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine Erklärung ab, worin sie ihre Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Verhandlungen ausdrückte, und Hitler zu verstehen gab, dass es der deutschen Regierung möglich sei, die Westmächte zu überbieten. Das Weitere war ein diplomatischer Blitzkrieg – zitieren wir Arumäe: „Hitler und Stalin brauchten weder das Parlament, die Einstellung des Volkes, internationales Recht, die öffentliche Weltmeinung noch irgendwelche ethischen Überzeugungen zu berücksichtigen; angespornt wurden sie nur durch Machtgier und Großmachtsambitionen“ (S. 121). Ergebnis war der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939.

Ob Estland und die anderen baltischen Staaten in der entstandenen Situation ihre Interessen besser hätten verteidigen können als sie es taten, weiß man nicht. In den dynamischen dreißiger Jahren gab es auf dem außenpolitischen Schachbrett Europas sehr viele kraftvolle, zynische und ambitionierte Figuren und eigensinnig vorgehende Bauern. Es liegt jedoch auf der Hand, dass die Leitung der estnischen Außenpolitik immer wieder von neuen Situationen überrascht wurde, wobei die einzige Gesetzmäßigkeit zu sein schien, dass es sich um böse Überraschungen handelte.

Der zweite Abschnitt des vorliegenden Bandes, der von Tõnu Tannberg, Ago Pajur, Urmas Salo und Toe Nõmm verfasst wurde, darf als der zentralste und aktuellste Teil gelten. Hier werden die Verteidigungsdoktrin und die Streitkräfte Estlands untersucht. Zunächst analysiert Tannberg die Grundzüge der Verteidigungsdoktrinen verschiedener europäischer Staaten sowie die jeweiligen Ursachen ihrer Entwicklung. Anschließend betrachtet Pajur den speziellen Fall Estlands. Seinen Ausführungen zufolge nahm die estnische Staatsführung zwei größere Gefahren wahr – zum einen das Szenario, dass Estland in einen internationalen Kataklysmus hineingerissen werden könnte, zum anderen dachte

man an die Bedrohung durch einen unmittelbaren Angriff einer Großmacht. Die größte Gefahr schien aus dem Osten zu drohen, weshalb die im Armeestab erstellten Verteidigungspläne in erster Linie auf die Abwehr eines Angriffs der Sowjetunion ausgerichtet waren. Salo zufolge war auf der Grundlage der bis 1933 durchgeführten Erkundungsarbeiten und Stabsübungen ein recht „pessimistisches Bild“ von der potentiellen Lage in den ersten Kriegstagen an den Fronten gezeichnet worden. Im Nachhinein wissen wir, dass es ein realistisches Bild war. In jedem Fall hat die vor dem Staatsstreich von Päts und Laidoner im März 1934 prognostizierte Lage die Stärkung der estnischen Verteidigung eigentlich zwingend erforderlich gemacht.

Allerdings wurden diese Ansichten nach dem Staatsstreich korrigiert. Während die estnische Armeeführung zu Beginn der 1930er Jahre zweifelte, ob der übermächtige Feind an der estnischen Grenze gestoppt werden könne, so wurde nach dem Staatsstreich von 1934 das Prinzip der aktiven Verteidigung verfolgt. In einem 1939 unter Laidoners Leitung erstellten Bericht wurde festgestellt, dass in den Grenzschutzplänen die Gegner überschätzt und die eigenen Möglichkeiten unterschätzt worden seien. In Wirklichkeit unterschätzte Laidoner selbst den Gegner, denn er war noch im August 1939 der Meinung, dass „die russische Armee gegenwärtig nicht zur Offensive“ taugte (S. 160). Die zu Beginn der 1930er Jahre in der estnischen Armeeführung aufgekommenen Befürchtungen vor den Panzern der Roten Armee seien zum Ende des Jahrzehntes zerstreut worden, beteuerte der Oberbefehlshaber, der zudem der Ansicht war, dass es gar nicht so einfach sei, Städte aus der Luft zu zerstören.

Der Beschluss über die Anordnung der Mobilmachung oblag aufgrund der Verfassung von 1938 dem Präsidenten. Im Jahre 1939 betrug die Kriegsstärke der Armee und des Kriegsministeriums 104 000 Mann. Die Konzentration der Truppen in den nach den Operationsplänen eingeteilten Bezirken sollte bis zum Abend des fünften Tags der Mobilmachung vollendet sein. Da nach Ansicht Laidoners und seines Stabschefs Nikolai Reek Gebietsverluste verhindert werden mussten, sollte Estland das Prinzip der aktiven Verteidigung verfolgen. Gemäß dem Grenzschutzplan von 1939 waren Offensive und aktives Vorgehen zur besten Verteidigungsstrategie erklärt worden. Bei der ersten Möglichkeit sollte die Kriegführung auf das Territorium des Gegners getragen werden. Für diese Planung wurde, wie Urmas Salo mit Recht anmerkt, der Freiheitskrieg von 1918–1920 als Vorbild herangezogen, doch hatte Estland, das sich 1939/40 mit übermächtigen Gegnern konfrontiert sah, keine reale Möglichkeit, einen Gegenschlag zu führen oder die Verteidigungslinie auf das Territorium der Sowjetunion zu tragen. Es konnte nicht einmal gelingen, die Verteidigung um jeden Preis an der Staatsgrenze zu halten. Abschließend bemerkt Salo, dass die „von Laidoner geplanten Verteidigungsprinzipien zweifelsohne von großer moralischer Bedeutung waren,

angesichts der im Jahre 1939 herausgebildeten tatsächlichen Kräfteverhältnisse sich jedoch nicht erfolgreich einsetzen ließen“ (S. 170).

1939/40 war die estnische Armee hinsichtlich der Feuerkraft und Kampffähigkeit den entsprechenden Truppen der Großmächte eindeutig unterlegen. Estnische Infanterieregimente waren nur mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet, was ungefähr der Bewaffnung der Truppen im Ersten Weltkrieg 1916 ähnelte – moderne Infanterieregimente der Großmächte verfügten zudem noch über Panzerabwehrwaffen, Minenwerfer und Infanteriegeschütze. Die Bewaffnung der estnischen Infanterieregimente war auch denen Lettlands und Litauens unterlegen, deren Streitkräfte sich generell am Ende der 1930er Jahre schneller entwickelt haben. Die estnische Armee hingegen, die zur Zeit des Freiheitskrieges zu einer der stärksten in Nordosteuropa gezählt hatte, war jetzt zur schwächsten geworden. Zugleich hätte das Wirtschaftsniveau Estlands (dessen BIP *per capita* beinahe um ein Drittel größer war als das der Sowjetunion) zumindest auf der Ebene der Einheiten eine ebenso gute Bewaffnung ermöglicht. Auch angesichts der Verteidigungsbereitschaft und Ausbildung der Bevölkerung und Streitkräfte wäre dies möglich gewesen. Damit beschränkte sich Salo zufolge die Überlegenheit Estlands gegenüber der UdSSR auf das Potential.

Es hat den Eindruck, als ob in dieser Hinsicht ein entwickelter Staat einer fanatischen Gesellschaft gegenübergestanden hätte – mit der Sowjetunion in der ersten und Estland in der zweiten Rolle. Salo behauptet, dass die estnischen Streitkräfte im September 1939 nicht auf einen Krieg vorbereitet waren. Die Organisation der Armee genügte nicht den Anforderungen, das knappe Personal verringerte die Einsatzbereitschaft und auch in den Grenzschutztruppen mangelte es an Männern. Die Anschaffung modernerer Waffen war von der Armeeführung gerade erst in Angriff genommen worden, wobei die bereits vorhandenen neuen Waffen nicht in vollem Umfang eingesetzt werden konnten. Es fehlten weiterhin eine effektive Luftabwehr sowie Luftstreitkräfte, auch steckte der Ausbau der Grenzbefestigungen noch in den Anfängen u.v.m. Im Herbst 1939 hatte der Gegner mehr als das zehnfache Übergewicht über die estnischen Streitkräfte in Friedensstärke. Besonders gravierend war das Übergewicht der Sowjetunion an Panzern und Flugzeugen, das einem Verhältnis von 1:60 bzw. 1:37 entsprach. Um Salo zu zitieren: „Weder das höhere Niveau der Ausbildung der estnischen Streitkräfte noch deren größere Kampfbereitschaft hätten das im voraus feststehende Endergebnis des Krieges zu verändern vermocht“ (S. 221).

Die Frage, warum Estland im Hinblick auf die Aufrüstung seinen Nachbarländern hinterherhinkte, wird von Toe Nõmm behandelt. Wendepunkte in der zunächst verhältnismäßig adäquaten Aufrüstungspolitik Estlands waren die Jahre 1933 und 1934, als die veraltete Bewaffnung verkauft wurde, die neuen Lieferungen aber erst mit Verzögerung eintra-

fen. Als klassisches Beispiel sei hier die Vervollständigung der Luftstreitkräfte angeführt. Um mit den raschen Änderungen Schritt zu halten, gab es zwei Wege – entweder hätte man die Luftwaffe mit der in den Jahren 1932-1935 entwickelten waffentechnischen Zwischengeneration aufrüsten oder gleich mit den Waffen der neuesten Generation versehen können. Der Großteil der Staaten entschied sich für den ersten, schnelleren und kostengünstigeren Weg. Die estnische Armeeleitung aber zögerte die Entscheidung hinaus und beschloss dann, die Streitkräfte gleich mit der modernsten Technik der Welt aufzurüsten. Allerdings war die diesbezügliche Auswahl in den Jahren 1937/38 gering. Erst im Sommer 1938 gelang es, eine Vereinbarung über den Kauf von zwölf englischen Jagdflugzeugen vom Typ „Spitfire“ und von zehn Aufklärungsflugzeugen zu treffen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 bzw. in der ersten Hälfte des Jahres 1940 geliefert werden sollten. Allerdings nötigte die ausgebrochene Feuersbrunst in Europa die Briten zur Stornierung des Auftrags. Dies hatte zur Folge, dass sich die Anzahl der estnischen Flugzeuge zum Jahr 1939 um die Hälfte verringert hatte. Die Luftwaffe war von allen Truppengattungen diejenige, die sich im schlechtesten Zustand befand.

Mit der Luftabwehr stand es anscheinend etwas besser. 1937 beschloss man, Luftabwehrkanonen aus Deutschland zu kaufen. Vier Geschütze hat man im Jahr darauf auch geliefert bekommen. Der 1939 mit Rheinmetall abgeschlossene Vertrag über die Lieferung von 34 automatischen Luftabwehrkanonen konnte jedoch nicht sofort realisiert werden. Estland kam wieder zu spät. Mit einem schweren und präzisen Waffensatz von Krupp, der für die Luftabwehr Tallinns vorgesehen war und stolze 2,43 Millionen Kronen kostete – wofür man etwa zehn Jagdflugzeuge bekommen hätte –, passierte aber eine recht kuriose Geschichte. Der entsprechende Vertrag wurde im November/Dezember 1938 abgeschlossen, doch trafen die Waffen erst im Mai/Juni 1940 ein. Nömm zufolge wurden dieselben Waffen offensichtlich im Herbst 1941 für die Luftabwehr Moskaus eingesetzt.

Die Maßnahmen zur Anschaffung moderner Panzerabwehrkanonen waren in Estland zwar schon 1934 eingeleitet worden, früher als in vielen anderen Ländern. Allerdings wurde die Entscheidung wieder hinausgezögert. Bis 1939 gelang es jedoch, 44 deutsche und vier österreichische Panzerabwehrgeschütze geliefert zu bekommen. Die weiteren Aufträge konnten aber nicht mehr vergeben werden. Auch hinsichtlich der Panzerabwehrkanonen hatte sich somit eine jahrelange Verzögerung ergeben. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges standen Estland nur fünf gute Panzerabwehrgeschütze zur Verfügung, die erste Partie im Umfang von zehn Einheiten wurde erst zu Beginn und die nächsten zehn bis zum Sommer 1940 angefertigt – sie kamen der Aufrüstung der Roten Armee zugute.

Die Erstellung und Perfektionierung der Pläne für den Grenzschutz nahm viele Jahre in Anspruch. Nach dem endgültigen Plan, der 1939

erstellt worden war, sollten an der Ostgrenze zumindest 748 Feuerpunkte und Unterstände aus Eisenbeton errichtet werden, deren Ausbau im Sommer 1939 in Angriff genommen wurde. Bis zum 21. September, als sich die Befestigungen als notwendig erwiesen, war lediglich 1,3 % des Plans realisiert bzw. es waren zehn MG-Gänge aus Eisenbeton errichtet worden.

Faktisch ließ sich daher am Ende der 1930er Jahre nur bei der terrestrischen Luftabwehr ein Fortschritt feststellen, wie Nõmm resümiert. Das Aufrüstungstempo wurde nicht erhöht, sondern bei Entstehung der Kriegsgefahr sogar noch verlangsamt. Als positive Ausnahme galten nur die U-Boote. Nõmm zieht die anderen kleineren Staaten Europas zum Vergleich heran und konstatiert, dass dort gerade bei Kriegsbeginn eine rasche Entwicklung der Bewaffnung erfolgte.

Zieht man eine Parallele zur Wirtschaftsgeschichte der Estnischen Republik, so lässt sich feststellen, dass Päts und Laidoner, die in den Jahren 1920-1923 alle wirtschaftlichen Hebel in der Hand hatten, auch die estnische Wirtschaft trotz guter Voraussetzungen in eine katastrophale Lage manövriert haben. Allerdings konnte Estland unter demokratischen Verhältnissen 1924 ein Team unter der Leitung von Otto Strandman bilden, das diese nahezu ausweglose Situation mit drastischen Methoden noch zu retten vermochte. 1939 verhielt sich die Lage aber anders: 1934 hatten Päts und Laidoner die Alleinherrschaft usurpiert und gestatteten im Unterschied zum Jahr 1924 niemandem, ihre gescheiterte Politik zu korrigieren. Zum Herbst 1939 waren die Bewaffnung und das militärisch-politische Denkmuster der estnischen Streitkräfte im Zeitalter des auf dem Deckel des rezensierten Buches abgebildeten Husaren stehen geblieben und konnten höchstens mit den Epitheta „paradierend“ und „leichtsinnig“ charakterisiert werden. Die heutige estnische Öffentlichkeit verbindet die Kritik am politischen Kurs der zweiten Hälfte der 1930er Jahre und an dessen Leitfiguren vorwiegend mit dem Namen von Magnus Ilmjärv und eventuell auch mit dem des finnischen militärhistorikers Martti Turtola.² Allerdings leisten die ausgewogenen Analysen von Urmas Salo und Toe Nõmm einen weitaus größeren Beitrag zur Kritik an der Politik von Päts und Laidoner.

Der dritte Abschnitt behandelt die Vorbereitung der Okkupation Estlands. Zunächst betrachtet Tõnu Tannberg die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion. Das Aufrüstungstempo der Roten Armee nahm im Unterschied zu Estland in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre sprunghaft zu. In ihren Kriegsplänen wurde die Kampffähigkeit der Gegner, wiederum anders als in Estland, eher überschätzt. Ende September/Anfang

² Der finnische Historiker legte in 2002 eine knappe Päts-Biographie vor, in der vorwiegend die damalige kritische Sicht Helsinkis rekapitulierte. Siehe MARTTI TURTOLA: Presidentti Konstantin Päts: Viro ja Suomi eri teillai [President Konstantin Päts: Estland und Finland – verschiedene Wege], Helsingissä: Otava 2002.

Oktober 1939 wurde eine riesige Truppenansammlung gegen Estland und Lettland konzentriert: 440 000 Mann, 3 635 Geschütze, 3 052 Panzer etc. Im Kriegsfall sollte die Kingissepp-Gruppe der Roten Armee in Richtung Rakvere, Tapa und Tallinn, die 8. Armee aber auf Tartu, danach auf Pärnu und Tallinn vorstoßen. Weiter erläutert Tannberg die Aktivitäten der sowjetischen Spionage in Estland. Bemerkenswert ist, dass die „Vertreter der sowjetischen Auslandsspionage dem Zentrum, modern ausgedrückt, zur positiven Erschließung der Standortländer rieten“ (S. 332). So ist es auch erfolgt. Im Folgenden geht Tannberg auch auf die Sowjetisierungspolitik in der Westukraine und im westlichen Weißrussland sowie auf den Angriff der Sowjetunion auf Finnland ein.

Anschließend beschäftigt sich Magnus Ilmjäv mit dem Abschluss des sowjetisch-estnischen Stationierungsvertrags und dessen Durchführung. Vom Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts hatten man in den baltischen Hauptstädten in relativ kurzer Zeit Kenntnis erlangt. Den Auslandsvertretern wurde jedoch zugesichert, dass die baltischen Staaten in keinerlei Hinsicht gefährdet seien. Der Vertreter Großbritanniens informierte am 9. September Laidoner und den Außenminister Karl Selter über die Forderungen, welche die Russen an die Briten bei den trilateralen Verhandlungen hinsichtlich der baltischen Staaten gestellt hatten. Daraufhin verkündete der Oberbefehlshaber der estnischen Streitkräfte, dass er der britischen Nachricht, die Sowjetunion plane im Baltikum Marinebasen zu okkupieren, nicht traue. Am 28. August hatte Selter dem deutschen Gesandten in Tallinn zum Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts gratuliert und betont, dass mit dem Pakt eine Grundlage für die Sicherheit Estlands geschaffen worden sei, über die Estland glücklich sein müsse. Ilmjäv betont, dass der Pakt in Tallinn und Riga zwar für unmoralisch gehalten, zugleich jedoch als eine gewisse Erleichterung empfunden wurde. „Im Vergleich zu einem eventuellen Vertrag zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich wurde der Pakt für vorteilhafter gehalten, da der Erstere für Deutschland einen Krieg an zwei Fronten bedeutet hätte. Es lag auf der Hand, dass mit dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands die Expansion der Sowjetunion in Osteuropa einhergeht. In Tallinn war man überzeugt, dass das Schicksal des Baltikums im Endergebnis vom deutsch-sowjetischen Krieg abhängen würde, der den schnellen Zusammenbruch der Sowjetunion zur Folge haben würde“ (S. 362).

Am 1. September 1939 brach in Europa der große Krieg aus. Die Rote Armee begann ihre Truppen an den estnischen und lettischen Grenzen zu konzentrieren. Estland erklärte sich für neutral. Es war der einzige baltische Staat, der es unterließ, militärische Maßnahmen zur Verteidigung seiner Neutralität zu ergreifen und ordnete nicht die Teilmobilmachung an, wie Lettland und Litauen. Ilmjäv bemerkt hierzu: „Es wurde so getan, als ob nichts passiert sei“ (S. 364).

In der Nacht zum 18. September ergriff das polnische U-Boot „Orzeł“ die Flucht aus dem Tallinner Hafen. So endete die Internierung des U-Bootes, die Ilmjärv als überaus große Bereitwilligkeit gegenüber Deutschland interpretiert. Nun aber verkündete Molotov, dass die sowjetische Marine eine Suchaktion nach dem polnischen U-Boot in der näheren Umgebung Tallinns durchführen werde, woraufhin die Schiffe der sowjetischen Marine aus Kronstadt aufbrachen. Der estnische Gesandte in Moskau August Rei legte daraufhin ein Memorandum vor, worin er erklärte, dass die estnische Regierung die Aktivitäten der Sowjetunion zum Schutz der Sicherheit ihrer Marine mit Genugtuung zur Kenntnis nehme.

Vom 19. September an waren daher die Verbindungen Estlands zur Außenwelt unter der Kontrolle der sowjetischen Marine. Selter reiste am 22. September im Auftrag der Regierung nach Moskau. Die Regierung selbst war eifrig damit beschäftigt, sowohl die eigenen Diplomaten in den Botschaften als auch in- und ausländische Journalisten zu desinformieren, denn sie verkündete, dass die Sowjetunion die an den estnischen Grenzen konzentrierten Truppen abgezogen habe und erklärte, das Ziel der Moskau-Visite Selters sei der Abschluss eines Handelsvertrags. Am 28. September wurde dann schließlich der Stationierungsvertrag abgeschlossen. Die estnische Regierung war bemüht, ihn als eine Verlängerung des Friedensvertrags von Tartu und des Nichtangriffspakts von 1932 darzustellen. Nach der Kontaktaufnahme mit Deutschland stellte sich heraus, dass Berlin die Kapitulation der baltischen Staaten ohne militärischen Widerstand wünschte; immerhin machte es noch mündliche Versprechungen, dass man die Sowjetunion an der Sowjetisierung der baltischen Staaten zu hindern suche. Während bislang in der Historiographie häufig der Eindruck erweckt worden ist, als ob Estland Finnland und Lettland um Hilfe ersucht hätte, zeigt Ilmjärv, dass ganz im Gegenteil die Finnen sogar erstaunt darüber gewesen waren, dass Estland nicht einmal andeutungsweise in Helsinki vorstellig wurde. Mit Lettland verhielt es sich entsprechend – auch in Riga staunte man darüber, dass Selter, der in dieser Zeit zweimal durch die Düna-Metropole reiste, keinen Kontakt mit dem lettischen Außenminister aufzunehmen versuchte. Auch die britische Regierung wurde von Moskaus Forderungen in Bezug auf die Truppenstationierung nicht in Kenntnis gesetzt.

Estland wurde somit zum Aufmarschraum für den Krieg der Sowjetunion gegen Finnland. In den letzten Kapiteln des Buches behandeln Luule Rand bzw. Aivar Niglas die Umsiedlung der Deutschbalten sowie das Verhältnis zwischen den in den sowjetischen Militärbasen stationierten Truppen und der einheimischen Bevölkerung. Dieses Kapitel, das überwiegend Einzelfälle beschreibt, unterscheidet sich seiner Art nach von den anderen Teilen des Buchs und bildet einen gewissen Kontrapunkt. Nur ein Beispiel: Am 24. Februar 1940 wurden in Tallinn zwei

sowjetische Marinesoldaten von der estnischen Polizei festgenommen, da sie das Restaurant „Gloria“ ohne die Rechnung bezahlt zu haben verlassen wollten. Einer von ihnen prahlte „bald sind sie alle verloren“ und – zu den Polizisten gewandt – „bald werden diese Schurken an die Wand gestellt“.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass dieses Sammelwerk ein neues Niveau bei der Erforschung dieser angesichts des estnischen Schicksals so wesentlichen Umbruchszeit erreicht. Der Rezensent wagt sogar zu behaupten, dass das vorliegende Werk eine der bedeutendsten historischen Studien ist, die seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit verfasst worden sind. Heute sind wir sowohl akademisch als auch moralisch stark genug geworden, um, gestützt auf neue Materialien, weitaus objektiver und auch ehrlicher gegen uns selbst zu sein als früher. Dieses Buch vereint zudem hohes wissenschaftliches Niveau mit guter Lesbarkeit. Daneben besticht es auch durch das reichhaltige Bildmaterial, das den Text anschaulich und lebendig werden lässt, sowie durch die als Anlage beigefügten zahlreichen Dokumente. Diese Abhandlung ist nicht einfach „erstellt“ worden, sondern durch Forschungsarbeit zustande gekommen, denn es werden vorwiegend neue Ergebnisse präsentiert. Als besonders lobenswert hervorzuheben ist die Tatsache, dass der internationale Hintergrund der lokalen Ereignisse mit vielen Vergleichsmomenten organisch in den Text eingegliedert worden ist; er umrahmt die Abhandlung, die dadurch den engen Rahmen der Heimatforschung sprengt.

JAAK VALGE

CARL GÖRAN ANDRÆ: SVERIGE OCH DEN STORA FLYKTEN FRÅN ESTLAND 1943-1944. [*Schweden und die große Flucht aus Estland 1943-1944*]. *Acta Academiae Regiae Gustavi Adolphi, LXXXIII*. Uppsala, Kungl. Gustav Adolfs Akademien för svensk folkkultur, 2004, 184 S.¹ ISBN 9185352527

Die Flucht von Esten nach Schweden während des Zweiten Weltkrieges stellt einen komplizierten Komplex von Problemen dar, der sowohl vom geschichtswissenschaftlichen als auch vom politisch-propagandistischen Aspekt her interessant ist. Die Frage kann zwar vom persönlichen Standpunkt eines jeden Flüchtlings her thematisiert werden – anhand der

¹ Diese Rezension ist erschienen in: *Akadeemia* 17 (2005), Nr. 3, S. 621-634.

Erinnerungen; der wissenschaftlichen Forschung muss es jedoch in erster Linie darum gehen, eine einheitliche und verallgemeinernde Analyse des Schicksals dieser Gruppe von Menschen vorzunehmen. Carl Göran Andræ zufolge war die Flucht der Esten im Jahre 1944 ein Ereignis, das nicht allein aus der Perspektive der schwedischen Geschichte von Bedeutung war. Bis zur Veröffentlichung des anzuzeigenden Buchs war diesem Thema noch keine umfassende, auf Materialien zahlreicher Archive beruhende wissenschaftliche Studie gewidmet worden. Zwar sind demgegenüber viele Memoiren publiziert und diverse Umfragen durchgeführt worden, in denen sich Realität und Wunschbilder jedoch zuweilen vermischen. Die Studie von Andræ gründet sich hauptsächlich auf Materialien aus dem Schwedischen Reichsarchiv sowie dem Kriegsarchiv, aus dem Archiv des schwedischen Außenministeriums, und aus den Landesarchiven Uppsala und Visby. Dabei ist hervorzuheben, dass der Autor zu den geheimen Dokumenten im Archiv der schwedischen Sicherheitspolizei (*Säpo*) Zugang erhielt. Zudem hat sich Andræ auch mit den Materialien des Estnischen Staatsarchivs, der Estnischen Nationalbibliothek und des Estnischen Nationalmuseums beschäftigt. Ferner sind für die Untersuchung Materialien aus dem Bundesarchiv Berlin sowie der Franklin-D.-Roosevelt-Bibliothek und des -Archivs in New York herangezogen worden.

Verwendet worden ist auch die einschlägige schwedische Forschungsliteratur. Darüber hinaus finden sich in der Abhandlung Hinweise auf Erinnerungen und Erlebnisberichte von Esten. Sicherlich hätte man außerdem noch die im Jahre 2002 veröffentlichten Aufzeichnungen von Östen Undén heranziehen können.² Als Außenminister (ab Juni 1945) war Undén mit der Problematik der baltischen Flüchtlinge konfrontiert, unter anderem im Zusammenhang mit der Forderung der Sowjetunion, die Flüchtlinge – darunter in erster Linie die Militärs – zurückzuschicken. Die Auslieferung der Balten an die Sowjetunion ist auch von Curt Ekholm behandelt worden.³

In seinem Buch verfolgt Andræ das Ziel, wie die Aufnahme der aus dem Baltikum und aus Finnland zuströmenden Flüchtlinge in Schweden bewerkstelligt werden konnte. Die Flüchtlinge kamen auf unterschiedlichen Wegen in Schweden an, wo sich dann ihre Schicksale miteinander verflochten haben. Auf der einen Seite muss zur Beantwortung dieser Frage die innerstaatliche Ebene Schwedens berücksichtigt werden, d.h. die Einrichtung der Flüchtlingslager, die Verpflegung der Flüchtlinge

² Anteckningar / Östen Undén [Aufzeichnungen / Östen Undén], hrsg. von KARL MOLIN, Teil 1: 1918-1952, Stockholm 2002. Vgl. etwa S. 112-130 u.a.m.

³ CURT EKHOLM: Balt- och tyskutlänningen. Omständigheterna kring interneringen i läger i Sverige och utlänningen till Sovjetunionen av f.d. tyska krigsdeltagare [Die Auslieferung der Balten und Deutschen. Umstände betreffend die Internierung der ehemaligen deutschen Kriegsteilnehmer in den Lagern in Schweden und deren Auslieferung an die Sowjetunion], Uppsala 1984 (Neuaufgabe 1995).

usw.; auf der anderen Seite sind die zwischenstaatlichen Beziehungen vor allem zur Sowjetunion zu untersuchen, da Moskau ja die Rückführung der baltischen Flüchtlinge forderte. Die Lösung der entstandenen Krise war Aufgabe der schwedischen Regierung. Später kam es darauf an, die Flüchtlinge in die schwedische Gesellschaft zu integrieren, womit die Frage nach deren Recht auf Pflege der eigenen Kultur in der neuen Heimat verbunden war.

Die rechtliche Grundlage für die Aufnahme der Flüchtlinge in Schweden bildete das im Jahre 1937 vom Reichstag verabschiedete Ausländergesetz, worin das Recht auf politisches Asyl fixiert war. Die ersten Flüchtlinge, die Schweden im Jahre 1933 aufgenommen hatte, waren aus Deutschland geflohene Juden. Zu einem härteren Prüfstein für die Schweden wurden die Kriegsflüchtlinge aus den Nachbarländern Dänemark und Norwegen, die nach deren Okkupation im April 1940 nach Schweden strömten. Im Zusammenhang mit der Ausweitung der dänischen Widerstandsbewegung stieg auch die Flüchtlingszahl an, insbesondere in Verbindung mit der in Dänemark erfolgten Auflösung der Polizei und der Einweisung der Widerständler in deutsche Konzentrationslager im September 1944. Nahezu zeitgleich erfolgte die große Flucht der Esten über die Ostsee.

Die Evakuierung der in Estland lebenden schwedischen Minderheit, der so genannten Küstenschweden (estn. *rannarootslased*, ca. 7000 Menschen) wurde von den schwedischen Behörden mithilfe der Vermittlung des Komitees der Estlandschweden organisiert. Die schwedische Regierung erkannte das Problem der Estlandschweden 1939/40, als nach dem Tallinn von der UdSSR aufoktroierten Beistandspakt an der estnischen Küste sowjetische Militärbasen eingerichtet wurden, da hiervon auch das Siedlungsgebiet der Küstenschweden betroffen war. Als Ergebnis der nach der Okkupation Estlands mit den sowjetischen Behörden geführten Verhandlungen gelang es, 110 Schweden von der Insel Ruhnu/Runö nach Schweden umzusiedeln. Man darf davon ausgehen, dass man in Schweden über die große Deportation der estnischen Bevölkerung ins Innere der Sowjetunion vom 14. Juni 1941 informiert war, was Anlass zu ernsthafter Sorge um die jenseits der Ostsee ansässigen Landsleute gab, zumal diese auch noch von der Einberufung in die Rote Armee bedroht waren. In eine neue Phase trat die Frage der Evakuierung der Schweden in Verbindung mit dem Eintreffen der deutschen Besatzungstruppen auf estnischem Territorium. Aus Schweden wurde eine Delegation nach Estland entsandt, der auch Carl Mothander angehörte, ein Veteran des estnischen Freiheitskrieges 1918-20, der mit den estnischen Verhältnissen gut vertraut war. Durch seine Beziehungen zu deutschen politischen Kreisen in Berlin, Riga und Tallinn konnten im Mai 1943 die ersten 42 Estlandschweden aus Estland nach Schweden evakuiert werden. Im Spätherbst wurden noch weitere 738 Menschen über die Ostsee verfrach-

tet. Eine wesentliche Rolle bei der Rückführung der Schweden in ihre historische Heimat spielte der Reichsarchivar Sigurd Curman. Auf deutscher Seite wurde das Vorhaben hauptsächlich von Ludwig Lienhard abgewickelt, der sich als Beamter des deutschen Außenministeriums in Estland aufhielt. Im Oktober 1942, als Heinrich Himmler Estland besuchte, unterbreitete Lienhard ihm den Vorschlag, den Estlandschweden einen Sonderstatus in Form einer Autonomie zu verleihen, wobei auch die germanische Stammesverwandtschaft betont wurde. Lienhard wurde zur für die Estlandschweden verantwortlichen Person beim Estnischen Generalkommissariat. Trotz intensiver Verhandlungen konnten die nächsten Estlandschweden erst im April/Mai 1944 nach Schweden evakuiert werden, diesmal durch Finnland und oftmals heimlich. Die Küstenschweden gründeten auch ein eigenes Komitee für die Übersiedlung der Estlandschweden (*Estlandssvenska kommittén för överflyttning*) mit dem Hauptquartier in Tallinn. In den ländlichen Siedlungen wurden Zweigstellen des Komitees eingerichtet. Bei der Übersiedlung wurden die hier erstellten Verzeichnisse zugrunde gelegt.

Bereits während der Umsiedlung der Deutschbalten 1939/40 hatten viele Esten nach ihren deutschen Wurzeln gesucht, um mit umgesiedelt zu werden – dieses Szenario wiederholte sich 1944, als viele in ihrer Familiengeschichte Verwandtschaftsverhältnisse zu den Küstenschweden zu finden suchten. In Verbindung mit der Übersiedlung nahm der im Jahre 1940 geschlossene Verein „Schwedische Bildungsfreunde“ (*Svenska Odlingens Vänner*) seine Tätigkeit wieder auf. Da die Zugehörigkeit zu diesem Verein bei der Bestimmung der Nationalität von ausschlaggebender Bedeutung war, wurden dessen Mitgliedsausweise mitunter gefälscht und gekauft. Dies führte dazu, dass vom Juni bis September 1944 außer den 3335 Estlandschweden auch ca. 3000 Esten nach Schweden übersiedelten.

Während die Estlandschweden jedoch aufgrund einer Vereinbarung zwischen Schweden und Deutschland evakuiert wurden, erfolgte die große Flucht der ethnischen Esten in der späteren Phase oftmals spontan. Vereinzelte Flüchtlinge aus Estland waren in Schweden bereits gleich nach der Juniwende von 1940 eingetroffen. Zwar war zu Beginn der deutschen Besatzung keine Flucht nach Westen zu verzeichnen, wohl aber entstand die Notwendigkeit zur Flucht im Jahre 1943, als zahlreiche junge Männer vor deutschen Mobilisierungsversuchen nach Finnland flüchteten – die so genannten „Finnlandjungs“ (finn. *Suomenpajat*). Manche dieser jungen Esten zogen weiter nach Schweden, wo im Juli 1944 die Anzahl der estnischen Flüchtlinge auf 2000 angestiegen war. Anschließend flüchteten 6000 Esten auf eigene Faust über die See nach Gotland, Färö und Sandö. In den Stockholmer Schären landeten 12 000 Bootsflüchtlinge. Im Herbst flüchteten aus Finnland weitere 5000 Esten. Nach Angaben des schwedischen statistischen Jahrbuchs hielten sich unmittel-

bar nach dem Krieg über 22 000 Esten im Lande auf, denen Aufenthaltsgenehmigungen erteilt worden waren.

Andræ geht gründlich auf die verschiedenen Organisationszentren dieser Fluchtbewegung ein: 1) die Widerstandsbewegung in Estland und deren Zweigorganisationen in Stockholm und Helsinki; 2) die von estnischen Flüchtlingen in Schweden gegründeten Organisationen; 3) die schwedische Abwehr (*Svenska försvarets underrättelsetjänst*); 4) die Aktionen der Vereinigten Staaten zur Rettung estnischer Intellektueller.

Eine organisierte Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung Estlands formierte sich 1943, als sich endgültig herausstellte, dass die Besatzungsmacht nicht gewillt war, die Estnische Republik wiederherzustellen. Es handelte sich um getrennte Gruppierungen ohne eine einheitliche Führung, die zur Bildung einer Schattenregierung imstande gewesen wäre. 1943 ordneten die Deutschen die Zwangsrekrutierung an, wovor tausende junge Männer über die See nach Finnland flüchteten. Am 23. März 1944 wurde das Nationalkomitee der Estnischen Republik gegründet, zusammengesetzt aus Vertretern der früheren Parteien und der Widerstandsbewegungen aus Tallinn und Tartu. Nach Einschätzung des Nationalkomitees war die Zusammenarbeit mit den Deutschen beim Kampf gegen die Sowjetunion unvermeidlich. Der frühere Ministerpräsident Jüri Uluots hatte im Februar 1944 das Volk aufgerufen, auf deutscher Seite zu kämpfen, und diesem Aufruf wurde auch Folge geleistet. Zugleich geriet das Nationalkomitee schon im April 1944 in die Klauen der Gestapo. Einige hundert Menschen wurden verhaftet und die Tätigkeit des Komitees wurde eingestellt. Bei Wiederaufnahme der Tätigkeit wurde der Entsendung von Delegationen nach Stockholm und Helsinki hohe Priorität beigemessen. Das Nationalkomitee war bemüht, die Regierung des estnischen Staates allmählich zu übernehmen. Am 18. September, unmittelbar vor dem Abzug der deutschen Truppen aus Estland, setzte Uluots die Regierung von Otto Tief ein, die jedoch nur bis zum 22. September agieren konnte.

Eine große Rolle in der Widerstandsbewegung spielte die im September 1940 von Heinrich Laretei, Aleksander Warma und August Rei gebildete Auslandsdelegation der Estnischen Republik, die das Ziel verfolgte, mit diplomatischen Aktivitäten zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Estlands beizutragen. In ihrer Tätigkeit stützte sie sich auf die von Churchill und Roosevelt am 14. März 1941 proklamierte Atlantik-Charta, die jedem Staat das Recht auf Unabhängigkeit garantierte. Die Vereinigten Staaten hatten schon 1940 die Nichtanerkennung der Okkupation der baltischen Staaten verkündet. 1942 wurde in Stockholm noch die Estnische Hilfsorganisation gegründet, mithilfe derer die Erhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen Estlands in Schweden gewährleistet werden sollte. 1943 wurde in Helsinki ein Estnisches Büro mit Eerik Laid an der Spitze gegründet, das sich um die estnischen Freiwilligen-

ligen in der finnischen Armee, aber auch um die Flüchtlinge kümmerte. Die Widerstandsbewegung wurde somit von einem zwischen Stockholm, Helsinki und Tallinn agierenden Dreieck geleitet. Außer durch die geographische Entfernung wurde die Zusammenarbeit aber vor allem durch die Konflikte zwischen den Anhängern des autoritär regierenden letzten Präsidenten Konstantin Päts und den Befürwortern einer parlamentarischen Staatsform gehemmt. Das Estnische Büro in Helsinki wurde zudem geschlossen, nachdem die Sowjetunion und Finnland im September 1944 einen Waffenstillstand abgeschlossen hatten.

Zur II. Sektion des Stabs der schwedischen Streitkräfte gehörte das C-Büro, das Informationen über die Nachbarländer, darunter auch die baltischen Staaten, sammelte. Das Büro unterhielt enge Kontakte zur deutschen Abwehr. Ab 1943 stieg das Interesse des C-Büros für das Baltikum, wobei man in erster Linie bemüht war, ein eigenes Spionagenetz vor Ort aufzubauen. Dazu konnten die in Schweden Zuflucht suchenden Flüchtlinge herangezogen werden. Man interessierte sich für die Dislozierung der deutschen Truppen in Estland, aber auch für die Stimmung und Gesinnung der Bevölkerung. Unter Mithilfe des Büros wurden regelmäßige Bootsreisen über die Ostsee organisiert und unter anderem auch Flüchtlinge nach Schweden überführt.

Aufgrund eigener Erwägungen waren die Vereinigten Staaten, deren Spionageorgane in Stockholm aktiv waren, an der Übersiedlung der estnischen Flüchtlinge nach Schweden interessiert. Das amerikanische *Office of Strategic Services* (OSS) eröffnete sein Büro in Stockholm im Dezember 1943 – die schwedische Hauptstadt war während des Kriegs zum internationalen Spionagezentrum geworden. Auch das Baltikum geriet in den Focus der Organe. Am 22. Januar 1944 wurde auf Anweisung Roosevelts das *War Refugee Board* (WRB) gegründet, dessen vorrangige Aufgabe es war, die Juden vor den Deutschen zu retten, aber auch anderen nationalen Minderheiten zu helfen. 1944 nahmen die US-Vertreter Kontakt zu den in Stockholm residierenden estnischen Politikern auf, um mit deren Hilfe Politiker, Militärs, Intellektuelle und andere Flüchtlinge aus Estland nach Schweden zu evakuieren. Roosevelts auch beim OSS tätiger Sondergesandter Iver Olsen war beim WRB dafür zuständig, die Flucht aus Estland zu organisieren. Auf Anregung des WRB wurden drei Evakuierungskomitees gegründet und für die Operation 50 000 Dollar bereitgestellt. Die Rettung der Balten war allerdings nicht nur eine humane Aktion, sondern erfolgte Hand in Hand mit der Sammlung von Informationen sowohl zur deutschen Armee als auch zur Sowjetunion. Hierbei arbeiteten die amerikanischen, englischen und schwedischen Organe zusammen, obwohl das Prinzip galt, dass gegen die Alliierten keine Spionage getrieben wird. Deren Mitarbeiter reisten oft in einem Boot über die See ins baltische Operationsgebiet. Mit den für das Geld der Amerikaner angeschafften Booten konnten hunderte Intellektuelle und Poli-

tiker nach Schweden befördert werden, nur die Rettung der Mitglieder der Regierung Tief scheiterte. Den Amerikanern wurde aus Schweden allerlei Hilfe zuteil, nachdem es im Zuge der Kriegereignisse seine vormalige Sympathie zu NS-Deutschland änderte und England sowie die USA zu unterstützen begann. Außerdem musste Stockholm zwangsläufig den Druck der Sowjetunion berücksichtigen. Die im Jahre 1944 getroffene Wahl prägte die außenpolitische Haltung Schwedens in der Nachkriegszeit.

Die Übersiedlung der estnischen Intellektuellen nach Schweden wurde auch vom Estnischen Verein, dem Estnischen Komitee und der Estnischen Hilfsorganisation organisiert. Reisen über die See mit gekauften und gemieteten Booten erfolgten bis in den Oktober 1944 hinein, trotz der heftigen Kampfhandlungen zwischen der Wehrmacht und der Roten Armee in dieser Region. Auf diese Weise konnten im September/Oktober mit 17 aus Stockholm und mit 40 von Gotland aus unternommenen Reisen 1430 Menschen aus Estland evakuiert werden. Die Operationen wurden vom ehemaligen Tallinner Bankier Klaus Scheel geleitet, der auch zu ihrer Finanzierung beitrug. Außer den Finanzen stellte die Versorgung mit Benzin und Motoröl ein kompliziertes Problem dar. Unter den Bedingungen des Krieges war der Kraftstoffverbrauch limitiert, sodass Treibstoff insgeheim aus den Reserven der Streitkräfte bereitgestellt werden musste.

Im September 1944 tauchte ein weiteres Problem auf. Am 19. September schloss Finnland mit der Sowjetunion einen Waffenstillstand. Zu dieser Zeit hielten sich noch etwa 5000 estnische Flüchtlinge in Finnland auf, überwiegend junge Männer, die als Freiwillige in die finnische Armee eingezogen worden waren. Die Sowjetunion hielt die Flüchtlinge für ihre Staatsbürger und forderte deren Auslieferung. Zugleich musste das Estnische Büro seine Tätigkeit in Finnland einstellen. Mit Kenntnis und unter indirekter Mithilfe der finnischen Behörden konnten allerdings vom 23. September bis zum 7. Oktober die Esten – ehemalige Soldaten, Frauen und Kinder – über den Botnischen Meerbusen nach Schweden befördert werden. Auf der finnischen Seite wurden die Operationen von Kapitän Otto Kumenius geleitet.

Es tauchten auch einige Personen auf, welche die Flüchtlinge gegen Geld oder Wertsachen bzw. auf Wechsel über die See beförderten. Solche Aktionen erregten bei den staatlichen Behörden zwar Ärger, doch konnte diese Geschäftsmacherei nicht gestoppt werden. Zur Menschenschlepperei trug die nervöse Lage an der estnischen Westküste bei, wo die auf ein Boot wartenden Menschen bereit waren, egal welchen Preis für die Passage zu zahlen. Voller Angst dachten sie weder an die Seetauglichkeit der Boote, die strapaziöse Reise auf der stürmischen See noch an deutsche und russische Küstenwachtschiffe oder an andere Gefahren. In

ihren Erinnerungen kann man nachlesen, wie schwer es war, ein rettendes Boot aufzutreiben.

Ab September 1944 patrouillierten an der schwedischen Küste, an der Seegrenze des Landes von Färö bis zu Stockholm und zu den Åland-Schären, vier schwedische Küstenwachtschiffe, die den Bootsflüchtlingen hauptsächlich beim Kurshalten behilflich waren, aber es wurden auch Seekarten, Proviant und bei Bedarf sogar Kraftstoff verteilt. Mitunter wurden auch Rettungsoperationen vorgenommen – so konnten im September 201 und im Oktober 431 Menschen gerettet werden. Die Flüchtlinge wurden von der Küstenschutzpolizei empfangen, die sich allein im September in der Stockholmer Region um 101 Flüchtlingsboote kümmerte, in denen sich insgesamt 5842 Menschen befanden. Man versuchte zu vermeiden, dass die Flüchtlinge selbstständig an Land gingen. Deren Reiseroute in den Küstengewässern wurde verfolgt und die Boote wurden in bestimmte Häfen geleitet.

In den ländlichen Gebieten Schwedens hatte man schon 1943 Vorbereitungen für die Aufnahme größerer Menschenmengen getroffen. Zunächst konzentrierte man sich darauf, Einwohner schwedischer Städte im Falle eventueller Luftangriffe aufs Land zu evakuieren. Als geeignete Unterkünfte wurden Ferienwohnungen, Schulhäuser, Gemeindehäuser, Vereinshäuser und andere öffentliche Gebäude in Betracht gezogen. Während diese Pläne bislang nur auf dem Papier existiert hatten, war man im Herbst 1944 plötzlich mit der Frage der Unterbringung der Flüchtlinge ganz praktisch konfrontiert. Die Presse berichtete damals ausführlich über die Ankunft der Flüchtlinge, die Treffen mit Vertretern der Regierungsbehörden, die Beförderung in die Sammelpunkte und Flüchtlingslager sowie die Unterbringungs- und Verpflegungslage. Solange die Flüchtlingszahl niedrig war, ging die Aufnahme der Menschen reibungslos vonstatten. In der zweiten Septemberhälfte, als die Zahl der Flüchtlinge erheblich anstieg, tauchten aber immer neue Schwierigkeiten auf – insbesondere im Hinblick auf deren langfristige Unterbringung und Verpflegung. Der größten Belastung war die Insel Gotland ausgesetzt, wo im Herbst 1944 nicht nur 6462 Esten ankamen, sondern auch 3605 Letten, 242 Litauer, 255 Polen und 638 Deutsche.

Andræ betrachtet die Aufnahme der Flüchtlinge in Schweden hauptsächlich am Beispiel Gotlands. Die Flüchtlinge, die an der schwedischen Küste anlangten, litten Hunger, waren durchgefroren und müde. Erste Hilfe leisteten Lotsen und Leuchtturmwärter, die heiße Schokolade und Butterbrote verteilten. Die Ankommenden wurden auch von örtlichen Bewohnern aufgenommen. Mit der Zeit entwickelte sich die Organisation der Flüchtlingshilfe immer besser. Hierzu wurde auch das Schwedische Rote Kreuz sowie die „Lottas“, Mitglieder einer freiwilligen Frauenhilfsorganisation, eingesetzt. Es mussten schnellstens warme Räume für Kleinkinder zur Verfügung gestellt werden. Alle Eingetroffenen

wurden registriert und einer Kontrolle unterzogen. Jedes Familienoberhaupt bzw. jede Einzelpersonen wurde verhört.

Andrä stellt fest, dass die ersten Eintreffenden, insbesondere in der Zeit, als die Estlandschweden in der Überzahl waren, gründlicher verhört wurden, zumal die Sprache eine Verständigung ermöglichte. Die Befragung der Esten fiel schwerer, da die Flüchtlinge oftmals keiner Fremdsprache kundig waren. Es wurden zwar Dolmetscher herangezogen, doch der Vernehmungsprozess zog sich in die Länge und so beschränkte man sich nur auf allgemeine Angaben. Während eines Werktages konnte ein Polizist bis zu 80 Flüchtlinge verhören, was wiederum bedeutete, dass nicht auf jeden Einzelfall gründlich eingegangen werden konnte.

Unmittelbar nach der Ankunft wurden die Flüchtlinge ärztlich untersucht. Die auf ein Boot wartenden Flüchtlinge hatten an der estnischen Küste mehrere Wochen lang in primitiven Verhältnissen verbracht. Zur Durchführung der ärztlichen Untersuchung wurden außer schwedischen Ärzten auch die Kollegen unter den Flüchtlingen herangezogen. Zunächst wurden die Flüchtlinge von der Insel gleich ins Landesinnere befördert, doch als ihre Anzahl immer größer wurde, waren die vorhandenen Unterkünfte bald besetzt, weshalb beschlossen wurde, auch auf Gotland provisorische Flüchtlingslager (etwa in Schulsälen u.ä.) einzurichten. Jedes Lager hatte einen estnischen Vorsteher. Es wurden Arbeitsgruppen zur Instandhaltung der Lager, zur medizinischen Versorgung, zum Transport usw. gebildet. Diese provisorischen Flüchtlingslager stellten ihre Tätigkeit Ende Oktober ein, als der Großteil deren Bewohner auf das Festland befördert und unter Quarantäne gestellt worden war.

Außer der ärztlichen Untersuchung und der Vernehmung hatten die Flüchtlinge einen Antrag auf Ausstellung eines schwedischen Fremdenpasses einzureichen. Das betreffende schwedisch- und estnischsprachige Formular war von der Schwedischen Flüchtlingskommission ausgearbeitet worden. Ein provisorischer Pass wurde insgesamt mehr als 36 000 aus dem Baltikum eingetroffenen Flüchtlingen ausgestellt.

Von der schwedischen Öffentlichkeit, den Beamten und der Regierung wurden die aus dem Osten gekommenen Flüchtlinge voller Verständnis und im Allgemeinen positiv aufgenommen. Zur gleichen Zeit dauerte der Krieg an, weshalb es Schweden schwer fiel, seine Sympathien öffentlich zu verkünden. Die Aufnahme erfolgte aus humanitären Erwägungen, weswegen den Eintreffenden jegliche politische Tätigkeit untersagt wurde. Dieses Verbot betraf auch die Diplomaten, die schon früher in Stockholm residiert hatten. So durften etwa Laretei und Rei der schwedischen Presse nicht über das Nationalkomitee in Estland berichten. Ferner war den Diplomaten der Besuch der Flüchtlingslager untersagt. In dieser Hinsicht berücksichtigte Schweden die Forderungen der Sowjetunion. Eigene Forderungen stellten auch die USA,

die den nicht Krieg führenden Staaten die Aufnahme von Kriegsverbrechern verboten. Für Schweden bedeutete dies die Notwendigkeit, alle aus den deutschen Besatzungsgebieten in Dänemark und Norwegen sowie aus dem Baltikum zuströmenden Flüchtlinge zu kontrollieren. Im Spätherbst 1944 wurden „unerwünschte“ Personen ermittelt, von denen 139 mit den Deutschen, 74 mit den Russen und 17 mit beiden Besatzungsregimes zusammengearbeitet hatten. Ein Großteil dieser Menschen wurde in ein und dasselbe Lager eingewiesen. Laretei und Rei legten vor der zur Ermittlung eingesetzten Regierungskommission die Ereignisse in Estland in den letzten Kriegsjahren dar. Dabei informierten sie auch darüber, warum Esten mit den deutschen Besatzungsgruppen zusammengearbeitet hatten.

Andererseits war die schwedische Regierung dem Druck der örtlichen kommunistischen Presse ausgesetzt. Die Tageszeitung „Ny Dag“ veröffentlichte am 17. Oktober 1944 einen Artikel über die Massenflucht der Balten nach Schweden, der offensichtlich im Auftrag Moskaus verfasst worden war. Es wurde u.a. behauptet, dass die Flüchtlinge in Schweden ihre gegen die Sowjetunion gerichtete Tätigkeit fortsetzten. Die Flüchtlingspolitik der Regierung hielten die Kommunisten daher für gefährlich. Es wurde betont, dass die Bootsreisen über das Meer nur mit Kenntnis und Zustimmung der schwedischen Behörden erfolgt sein konnten. Außerdem brachten die Kommunisten als Argument vor, dass die schwedische Regierung im Jahre 1940 die baltischen Unionsrepubliken anerkannt hatte, doch nun mit der Evakuierung ihrer Bevölkerung beschäftigt war. Am 30. Oktober 1944 warfen die Kommunisten im schwedischen Reichstag die Frage nach der vermeintlichen Zusammenarbeit der Balten mit den Deutschen auf. Am 13. Dezember informierte die schwedische Regierung den Reichstag darüber, dass ca. 100 Personen unter zusätzliche Kontrolle gestellt werden müssten. Von den Vereinigten Staaten dagegen wurden die baltischen Flüchtlinge nicht mit den Faschisten gleichgesetzt. Allerdings konnten die Balten nicht abstreiten, dass sich unter ihnen auch solche Menschen befanden, deren Hände aufgrund der Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden mit Blut befleckt waren, oder die einen anderen kriminellen Hintergrund hatten.

Andræ geht auch auf das Problem der Repatriierung der geflüchteten Balten ein. In der Endphase des Krieges begann sich die Sowjetunion dafür zu interessieren, ihre Staatsangehörigen, die nach Deutschland geraten waren oder unter deutscher Besatzung gelebt hatten, in die Heimat zurückzuführen. Ab Herbst 1944 war die Repatriierungskommission tätig, die formal dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, faktisch aber den Sicherheitsorganen unterstellt war. Im November warf Aleksandra Kollontaj, die sowjetische Gesandte in Stockholm, die Frage der Repatriierung der Balten auf, die allerdings mit Rücksicht auf den Standpunkt der schwedischen Regierung als eine Aktion

erscheinen sollte, den zeitweilig vor dem Krieg nach Schweden evakuierten sowjetischen Staatsangehörigen bei der Rückkehr in ihre Heimat zu helfen. Kollontaj beantragte die Erlaubnis, Kontakt mit den Balten aufzunehmen und in der schwedischen Presse Aufrufe zur Rückkehr in die Heimat zu veröffentlichen. Die schwedische Regierung gestattete den Angestellten der sowjetischen Botschaft, sich mit den Flüchtlingen zu treffen, was bei den Esten heftigen Protest hervorrief.

Die schwedische Regierung sah sich mit einem komplizierten Problem konfrontiert. Es war klar, dass das schwedische Volk die Auslieferung der Flüchtlinge nicht gutheißen würde. Andererseits wurde verstanden, dass das Verbleiben der Balten im Lande den Kommunisten die Möglichkeit gab, die Flüchtlingsfrage in den Brennpunkt zu rücken, insbesondere unter dem Aspekt der Arbeitslosigkeit. Man gelangte jedoch zu der Auffassung, dass diejenigen, die freiwillig nicht zurückkehren wollten, dazu auch nicht gezwungen werden dürften. Auf demselben Standpunkt beharrte auch die Regierung von Ministerpräsident Erlander, die im Juni 1945 rein sozialdemokratisch geworden war. Bekanntlich kehrten in den Jahren 1945–1950 182 Personen aus Schweden in die UdSSR zurück, von denen ein Großteil von der sowjetischen Propaganda beeinflusst war; diese Anzahl machte allerdings nur einen Bruchteil im Vergleich zu denjenigen aus, die sich zum Verbleib in Schweden entschlossen hatten.

In eine noch verzwicktere Lage war die schwedische Regierung im Hinblick auf die 1944 aus Kurland geflüchteten Militärs sowohl deutscher, wie auch anderer Herkunft geraten. Diese Menschen sollten auf Beschluss der Regierung als Kriegsgefangene ausgeliefert werden. Diese Entscheidung war jedoch nicht einmütig, sondern hatte Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen. Das ganze Land wurde von einer Protestwelle erfasst. Die Auslieferung, von der 160 Letten und 7 Esten betroffen waren, wurde zu einem dramatischen Ereignis, begleitet von Hungerstreiks und Selbstmorden. Außerdem ging die schwedische Regierung noch hinsichtlich einer anderen Frage auf die Forderungen der Sowjetunion ein, indem sie nämlich bis zu 500 Flüchtlingsboote auslieferte – ausschließlich in dem Wunsch, das Verhältnis zu Moskau zu verbessern. Immerhin leistete die schwedische Regierung den Eigentümern Schadenersatz für die Boote und ihre Ausstattung.

Während die verhörten Flüchtlinge im Jahre 1944 einmütig davon überzeugt waren, dass man nur zeitweilig im schwedischen Exil leben werde, so kam man bald zu der Erkenntnis, dass man auf Dauer in Schweden bleiben wolle. Das schwedische Volk hatte die Flüchtlinge zunächst mit großer Sympathie und Fürsorge empfangen, jedoch dauerte diese Idylle nicht lange an. Zunächst begann die Agitation der Kommunisten; aber auch in Regierungskreisen begann man sich nach und nach ernsthafter für frühere Aktivitäten der Flüchtlinge zu interessieren. Als dann die Flüchtlinge auch noch auf den Arbeitsmarkt drängten,

erwachte auch die schwedische Arbeiterbewegung. Zudem verweigerten sich die Flüchtlinge, in die Gewerkschaften einzutreten. Mit der Zeit kam es auch unter den Esten zu einer gewissen Unzufriedenheit, die mit der Angst einherging, doch noch ausgeliefert zu werden. Aus Angst vor der Sowjetunion emigrierten in den Jahren 1949-1951 aus Schweden 6800 Esten in die USA, nach Kanada, Lateinamerika und Australien. Die Mehrzahl verblieb jedoch in Schweden, sodass 1955 mehr als 10 000 Esten die schwedische Staatsangehörigkeit besaßen, wodurch sie die endgültige Gewissheit hatten, nicht mehr ausgeliefert zu werden. Die Frage nach der doppelten Staatsangehörigkeit stand länger auf der Tagesordnung. Denn trotz der Proteste estnischer Organisationen sah die Sowjetunion die baltischen Flüchtlinge weiterhin als ihre Staatsangehörigen an. Auch in den Urkunden der schwedischen Standesämter wurden die Esten nicht als ehemalige Staatsangehörige der Estnischen Republik, sondern als ehemalige Staatsangehörige der Sowjetunion geführt.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Studie von Andræ einen wesentlichen Beitrag zur Flucht der Esten und anderer Balten im Jahre 1944 darstellt. Sicherlich wird sich auch die zeitliche Distanz vorteilhaft auf die Untersuchung ausgewirkt haben. Im Buch spiegelt sich recht deutlich wider, dass Andræ das Schicksal der Flüchtlinge mit Sympathie begleitet. Daher werden in seiner Arbeit die mit der „großen Flucht“ verbundenen heiklen Themen, wie etwa die Tatsache, dass sich unter den Flüchtlingen zweifellos Kollaborateure, Spione (auch für die UdSSR) oder Kriminelle befanden, gemieden oder nur flüchtig erwähnt. Gleichzeitig rechtfertigt Andræ die offizielle Politik der damaligen schwedischen Regierung, insbesondere hinsichtlich der Frage nach der Auslieferung der baltischen Militärs. Es wäre von Gewinn für die Leser gewesen, wenn der Autor mehr auf die Leiden des estnischen Volkes im ersten Jahr der sowjetischen Okkupation eingegangen wäre und ihn über die Eliminierung der politischen und militärischen Elite, die Repressionen und Deportationen informiert hätte. War doch dieses schreckliche Jahr (bzw. seine bevorstehende Wiederholung im Herbst 1944) der Hauptgrund für die Flucht. Dies hätte auch dazu beigetragen, den Lesern deutlich zu machen, warum die Esten ihren Feind Nummer Eins – die Sowjetunion – auf der Seite ihres Feindes Nummer Zwei – Deutschland – bekämpft haben. Denn die baltischen Flüchtlinge sind ja noch zu Ende des 20. Jahrhunderts in Schweden mitunter als so genannte Helfershelfer der Faschisten angesehen worden.

Es versteht sich, dass ein historisches Thema kaum je erschöpfend erforscht werden kann. Während die über das Meer erfolgte Flucht nun erstmals wissenschaftlich behandelt worden ist, vermisst man eine Untersuchung des Integrationsprozesses der Esten in der schwedischen Gesellschaft. Die estnische Gemeinde in der neuen Heimat müsste auch einmal unter dem demographischen Aspekt, ihrer sozialen Zusammen-

setzung usw. betrachtet werden. Es wäre ebenso wichtig, Vergleiche mit anderen Ländern anzustellen, in denen estnische Flüchtlinge ankamen. Es wäre zudem möglich, auf die von Andræ behandelten Themen, etwa auf die auf Estland gerichtete Tätigkeit von WRB, OSS und anderer Spionageorganisationen, näher einzugehen. Man könnte die Frage zu beantworten versuchen, welche Informationen konkret in Estland gesammelt und in welchem Maße und zu welchem Zweck sie verwendet wurden. Interessante Forschungsergebnisse ließen sich sicherlich auch anhand einer einheitlichen Analyse der Vernehmungsprotokolle der Flüchtlinge gewinnen. Die von Andræ behandelte Problematik hat aber noch eine weitere Dimension. Bekanntlich waren die Esten die erste große ethnische Minderheit, die von den Schweden aufgenommen worden ist. Estnische Flüchtlinge waren für die schwedische Gesellschaft der erste Prüfstein, auf welcher Grundlage das spätere Verhaltensmuster gegenüber den anderen in Schweden ansässig gewordenen Minderheiten entwickelt wurde.

ENN KÜNG